

Grundriß einer Geschichte der Volkswirtschaftslehre

Von
Eugen Fridrichowicz



Duncker & Humblot *reprints*

DOI <https://doi.org/10.3790/978-3-428-56016-5>

Grundriß einer Geschichte der Volks- wirtschaftslehre

Von

Dr. Eugen Fridrichowicz

Leitwort:

Das Schwerste klar und faßlich sagen,
Heißt aus gediegenem Golde Münzen schlagen



Verlag von Duncker & Humblot
München und Leipzig 1912

Alle Rechte vorbehalten.

**Altenburg
Pierersche Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.**

DOI <https://doi.org/10.3790/978-3-428-56016-5>

Generated for Hochschule für angewandtes Management GmbH at 88.198.162.162 on 2025-09-14 07:49:35
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

Vorwort.

Auf den folgenden Blättern wird der Versuch gemacht, in dem Umfange eines Grundrisses doch eine erschöpfende Geschichte der Volkswirtschaftslehre zu bringen. Ich habe dies Ziel zu erreichen gesucht durch eine kurze, präzise, jedes unnütze Wort meidende Sprache, durch eine scharfe, jede Wiederholung ausschließende Disposition, durch eine gedrängte, ja gepreßte, nur immer das Charakteristische hervorhebende Darstellung, nicht aber, indem ich dem Stoff selbst Abbruch tat. Diesen habe vielmehr noch dadurch erweitert, daß ich mich nicht auf eine einfache Darstellung der Volkswirtschaftslehre beschränkt habe, sondern die Volkswirtschaftslehre in enge Beziehung zur Wirtschaftsgeschichte zu bringen versuchte, indem ich es unternahm, zu zeigen, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse die Forderungen der Volkswirtschaftslehre erzeugen und wie andererseits diese wieder auf jene wirken. Neben diesem Versuch, die Volkswirtschaftslehre als in enger Wechselwirkung mit der Geschichte der Volkswirtschaft zu zeigen, ist neu an dem vorliegenden Buch der Versuch, Schulen und Gruppen zu bilden. Bisher kannten alle Darstellungen, wenn es hoch kam, sieben Schulen: den Merkantilismus, den Physiokratismus, den Smithianismus, den Romantizismus, den Sozialismus, die Soziologen und die historische Schule. Abgesehen vom Altertum und Mittelalter unterscheide ich zunächst vier Richtungen: den Merkantilismus, den Rationalismus, die Soziologen und den Historismus. Schon beim Merkantilismus unterscheidet sich meine Darstellung von den früheren, indem ich die innerhalb des Merkantilismus sich geltend machenden Strömungen und seine historische Abwandlung darzustellen suchte, was alle älteren Darstellungen bisher vermissen ließen. Beim Rationalismus unterscheide ich zunächst drei Hauptrichtungen: den individualistischen, den populationistischen und den antiindividualistischen, bei dem ersteren wiederum den physiokratischen, den klassischen und den anarchistischen, bei dem letzteren den auf dem Boden der heutigen Staats- und Wirtschaftsordnung stehenden und den die heutige Staats- und Wirtschaftsordnung bekämpfenden; bei den beiden Hauptgruppen des antiindividualistischen Rationalismus bilde ich sodann wieder Untergruppen, und zwar bei der ersten Gruppe, den merkantilistischen, den religiös-ethischsozialen, den psychologischen und den mathematischen, bei der zweiten Gruppe den föderalistischen, den sozialistischen, den kommunistischen und den agrarsozialistischen Rationalismus. Bei den Soziologen bilde ich fünf Gruppen: die Methodologen, die Deskriptiven, die Biologen, die Pragmatiker und die Spezialisten. Die Historiker teile ich in die alte und die neue Schule, außerdem suche ich zu zeigen, wie in jedem Lande die historische Schule noch wieder besondere Gruppen erzeugt

hat. In Deutschland, Amerika und Rußland war mir das jedoch nicht möglich. Für die beiden letzten Länder liegt der Grund darin, daß hier die nationalökonomische Literatur noch zu schwach vertreten ist, daß man außer den Hauptrichtungen noch Unterabteilungen machen könnte. In Rußland vermochte ich außerdem nur die deutsch-französisch geschriebene Literatur zu berücksichtigen, denn meine Fähigkeit in bezug auf fremdsprachige Literatur beschränkt sich auf Griechisch, Lateinisch, Französisch, Englisch und Italienisch. Bücher aber zu besprechen, in die ich nicht selbst einen Einblick zu nehmen vermochte, konnte ich mich nicht entschließen. Ich habe hier mich darum nur darüber auszusprechen, weshalb ich in Deutschland die Anhänger der historischen Schule nicht nach Schulen, sondern alphabetisch geordnet habe. Man könnte den Grund vielleicht darin sehen, daß ich zur deutschen Literatur nicht die nötige Distanze habe, ihr nicht objektiv und interesselos genug gegenüber stehe, um auch hier wie in den andern Ländern nach Schulen trennen zu können. Ich selbst möchte aber den Grund nicht in mir, sondern darin sehen, daß es in Deutschland wohl führende Gelehrte, aber keine Schulen gibt. Für diese Behauptung glaube ich den Beweis erbringen zu können. Der Deutsche schließt sich nicht in dem Maße, wie das der Romane tut, an einen bestimmten Lehrer oder an eine bestimmte Richtung an. Er sieht und hört sich alle Richtungen an, entnimmt denen, die ihm gefallen, das, was ihm daran gefällt, und gestaltet das zu einer individuellen, mehr oder weniger einheitlichen Lehrmeinung aus. Kurz, daß wir Deutschen so wenig das Jurare in verba magistri kennen, scheint mir der Grund zu sein, daß es in Deutschland keine Schulen gibt. Nun könnte man mir aber entgegenhalten, es gäbe in Deutschland doch den Unterschied zwischen der älteren oder neueren historischen Schule. Gewiß gibt es diesen Unterschied, er tritt aber mehr in der Art, wie die betreffenden Gelehrten ihre Kollegs halten, als in der Literatur zutage. Die Interna der Lehrtätigkeit aber hier an die Öffentlichkeit zu ziehen, halte ich mich nicht für berechtigt. Darum habe ich auch auf diese Scheidung verzichtet, obgleich ich in der Lage gewesen wäre, sie durchzuführen. So habe ich mich damit begnügt, die jüngere deutsche Schule im allgemeinen zu charakterisieren, ohne mich darüber auszusprechen, wer der älteren oder der jüngeren Schule angehört, und die deutschen Nationalökonomien der historischen Schule dann alphabetisch aufzuführen.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Erstes Kapitel. Die volkswirtschaftlichen Anschauungen des Altertums	1—11
§ 1. Die Stellung der Volkswirtschaftslehre im Altertum S. 1. —	
§ 2. Xenophon S. 1. — § 3. Platon S. 1. — § 4. Aristoteles S. 5. —	
§ 5. Die Römer S. 9.	
Zweites Kapitel. Die volkswirtschaftlichen Anschauungen des Mittelalters.	12—14
§ 6. Die Stellung der Volkswirtschaftslehre im Mittelalter S. 12. —	
§ 7. Die volkswirtschaftlichen Anschauungen des Mittelalters S. 12.	
Drittes Kapitel. Der Merkantilismus bzw. Kameralismus. Erster Teil. Übersicht über seine wirtschaftspolitischen Bestrebungen	14—37
§ 8. Die Aufgaben und Ziele des Merkantilismus im allgemeinen S. 15. — § 9. Die Politik der Merkantilisten, um Geld ins Land zu schaffen S. 18. — § 10. Die Kolonialpolitik des Merkantilismus S. 20. — § 11. Die Bemühungen des Merkantilismus, Geld ins Land zu ziehen durch Belebung derjenigen Produktionszweige, die sich für den Export eignen S. 24. — § 12. Die Geldausfuhrverbote und Geldausfuhrerschwerungen S. 35. — § 13. Die Versuche des Merkantilismus, Papiergeld einzuführen S. 35. — § 14. Die Bevölkerungspolitik des Merkantilismus S. 2.	
Viertes Kapitel. Der Merkantilismus und Kameralismus. Zweiter Teil. Übersicht über die Literatur.	38—49
§ 15. Allgemeine Übersicht über die merkantilistische Literatur S. 38. — § 16. Die italienischen Merkantilisten S. 39. — § 17. Die französischen Merkantilisten S. 40. — § 18. Die englischen Merkantilisten S. 41. — § 19. Die deutschen Merkantilisten S. 42. — § 20. Die freihändlerischen Handelsbilanztheoretiker S. 44. — § 21. Die protektionistischen Handelsbilanztheoretiker S. 46. — § 22. Boisguillebert und Delamarre S. 47. — § 23. Die Geldfrage zur Zeit des Merkantilismus S. 48. — § 24. Die Bankfrage in der merkantilistischen Literatur S. 49. — § 25. Süßmilch S. 49.	
Fünftes Kapitel. Der Rationalismus im allgemeinen und Übersicht über die rationalistischen Schulen	50—53
§ 26. Die Grundanschauungen des Rationalismus S. 50. — § 27. Die verschiedenen Richtungen des volkswirtschaftlichen Rationalismus S. 52.	
Sechstes Kapitel. Der Physiokratismus	54—64
§ 28. Die Entstehung und Entwicklung des Physiokratismus S. 54. —	
§ 29. Das physiokratische Lehrgebäude S. 56.	
Siebentes Kapitel. David Hume und Adam Smith	65—80
§ 30. David Hume S. 65. — § 31. Adam Smith S. 67.	
Achstes Kapitel. Malthus.	81—83
§ 32. Malthus.	
Neuntes Kapitel. Die klassische Schule unter dem Einfluß der Malthusschen Lehre. Erster Teil. Ricardo.	84—99
§ 33. David Ricardo.	

	Seite
Zehntes Kapitel. Die klassische Schule unter dem Einfluß der Malthusschen Lehre. Zweiter Teil. Schluß.	99—107
§ 34. Übersicht über die übrigen Vertreter der klassischen Schule S. 99. — § 35. Die Engländer S. 99. — § 36. Die Franzosen S. 101. — § 37. Die Deutschen S. 106. — § 38. Die Italiener S. 107. — § 39. Die Amerikaner S. 107.	
Elfte Kapitel. Der Anarchismus.	108—109
§ 40. Proudhon, der Begründer des Anarchismus S. 108. — § 41. Kurze Übersicht über die Literatur des Anarchismus S. 109.	
Zwölftes Kapitel. Der merkantilistische Rationalismus.	110—114
§ 42. Der merkantilistische Rationalismus in Frankreich S. 110. — § 43. Carey S. 110. — § 44. Hamilton S. 114.	
Dreizehntes Kapitel. Der religiöse, ethische, soziale Rationalismus	114—126
§ 45. Die bedeutendsten Vertreter des religiösen, ethischen, sozialen Rationalismus S. 115. — § 46. Die Engländer S. 115. — § 47. Die Franzosen S. 116. — § 48. Die Deutschen S. 119. — § 49. Die Italiener S. 125.	
Vierzehntes Kapitel. Der psychologische Rationalismus.	127—131
§ 50. Die Sonderstellung des psychologischen Rationalismus zum übrigen Rationalismus S. 127. — § 51. Die bedeutendsten Vertreter des psychologischen Rationalismus S. 127. — § 52. Die Deutschen S. 127. — § 53. Die Österreicher S. 128. — § 54. Die Franzosen S. 130. — § 55. Die Italiener S. 131.	
Fünfzehntes Kapitel. Der mathematische Rationalismus	132—136
§ 56. Beurteilung und Übersicht des mathematischen Rationalismus S. 132. — § 57. Johann Heinrich von Thünen S. 132.	
Sechzehntes Kapitel. Der föderalistische Rationalismus.	137—153
§ 53. Begriff und Einteilung des Föderalismus S. 137. — § 59. Die Fouriergruppe S. 137. — § 60. Die Saint Simongruppe S. 139. — § 61. Die Buchezgruppe S. 148. — § 62. Robert Owen S. 152.	
Siebzehntes Kapitel. Der sozialistische Rationalismus.	154—181
§ 63. Begriff und Übersicht des Sozialismus S. 154. — § 64. Johann Gottlieb Fichte und Karl Johann Rodbertus-Jageŕow S. 154. — § 65. Karl Marx und Friedrich Engels S. 160. — § 66. Die Epigonen S. 168. — § 67. Die Revisionisten S. 170. — § 68. Die Hauptpunkte des gegenwärtigen sozialdemokratischen Lehrgebäudes S. 170. — § 69. Die sozialistische Bewegung in Deutschland S. 175. — § 70. Die sozialistische Bewegung in Frankreich S. 78. — § 71. Die sozialistische Bewegung in England S. 178. — § 72. Die sozialistische Bewegung in Österreich-Ungarn S. 178. — § 73. Die sozialistische Bewegung in Belgien S. 179. — § 74. Die sozialistische Bewegung in Holland S. 179. — § 75. Die sozialistische Bewegung in der Schweiz S. 179. — § 76. Die sozialistische Bewegung in den skandinavischen Staaten S. 179. — § 77. Die sozialistische Bewegung in Italien S. 179. — § 78. Die sozialistische Bewegung in Spanien und Portugal S. 180. — § 79. Die sozialistische Bewegung in Rußland S. 180. — § 80. Die sozialistische Bewegung in Amerika S. 180. — § 81. Die sozialistische Bewegung in Australien S. 181. — § 82. Die internationale sozialistische Bewegung S. 181.	

	Seite
Achtzehntes Kapitel. Der kommunistische Rationalismus	182—184
§ 83. Begriff und Übersicht des Kommunismus S. 182. — § 84. Überblick über kommunistische Gemeinden in der Geschichte S. 183.	
Neunzehntes Kapitel. Der agrarsozialistische Rationalismus der Bodenreformer	185—188
§ 85. Die Hauptarten der Bodenbesitzreformbewegung S. 185. — § 86. Henry George, Michael Flürscheim, das Gegenwartsprogramm der deutschen Bodenreformer S. 186. — § 87. Die den Bodenbesitzreformern nahestehenden Schriftsteller S. 188.	
Zwanzigstes Kapitel. Die Soziologen	189—199
§ 88. Übersicht über die Soziologen S. 189. — § 89. Die Methodologen S. 189. — § 90. Die deskriptiven, historischen oder empirischen Soziologen S. 193. — § 91. Die Biologen S. 194. — § 92. Die Pragmatiker und Politiker S. 196.	
Einundzwanzigstes Kapitel. Die historische Schule	200—249
§ 93. Die Vorläufer der historischen Schule S. 200. — § 94. Die Begründer der historischen Schule S. 202. — § 95. Die jüngere historische Schule S. 210. — § 96. Die bedeutendsten Vertreter der historischen Schule in Deutschland S. 212. — § 97. Weitere erwähnenswerte Vertreter der historischen Schule S. 222. — § 98. Die historische Schule in Italien S. 229. — § 99. Übersicht über die historische nationalökonomische Schule in Frankreich und Belgien S. 231. — § 100. Übersicht über die englische historische Schule S. 243. — § 101. Die historische Schule S. 249. — § 102. Die russische historische Schule S. 249.	
Zweiundzwanzigstes Kapitel. Die Stellungnahme der sozialen Schulen zu den Fragen der Volkswirtschaftspolitik und ihr Einfluß auf sie.	250—258
§ 103. Die Stellungnahme der sozialen Schulen zur Lehre von der freien Konkurrenz S. 250. — § 104. Die Stellung der sozialen Schulen zu den Fragen der Arbeiterversicherung S. 256. — § 105. Die Stellung der sozialen Schulen zur Frage des Getreidezolls S. 257. — § 108. Einfluß der sozialen Schulen auf die Wirtschaftspolitik S. 257.	
Namenregister	259—262
Sachregister.	263—267

Erstes Kapitel.

Die volkswirtschaftlichen Anschauungen des Altertums.

§ 1. Die Stellung der Volkswirtschaftslehre im Altertum.

Die Aufmerksamkeit der Wissenschaft war im Altertum nur wenig auf die Volkswirtschaft gerichtet, weil einmal infolge der Sklaverei die wirtschaftliche Arbeit gering geschätzt war und sich darum auch die Wissenschaft nicht gern mit diesem Gegenstande beschäftigte, für den sie wenig Interesse bei den Lesern und Schülern voraussetzen konnte, zweitens aber bei dem System der Hegemonie einiger weniger Staaten über die übrigen in den um den Vorrang streitenden Staaten das Interesse für volkswirtschaftliche Fragen dadurch zurückgehalten wurde, daß die Bürger alle ihre Kräfte dem Staate widmen mußten und, um dies zu können, durch die angeblich freiwilligen, in Wahrheit aber tributartigen Zahlungen der Bundesgenossen entschädigt wurden, in den übrigen Staaten aber durch das Gefühl der politischen Machtlosigkeit. Dennoch haben sich bei den Griechen wie bei den Römern bedeutende Männer mit volkswirtschaftlichen Fragen beschäftigt. Bei den Griechen sind hervorzuheben Xenophon, Platon und Aristoteles.

§ 2. Xenophon.

Von Xenophon besitzen wir zwei volkswirtschaftliche Schriften, den *Oeconomicus* und die *Staatseinkünfte*. Die erstere preist die Landwirtschaft. Sie wecke im Menschen Vaterlandsliebe, Religiosität und Gerechtigkeitsinn, stähle ihn körperlich und lasse ihm Zeit zur Erfüllung seiner Staatspflichten. Doch zeigt Xenophon auch hier Verständnis für das Gewerbe und den Handel. Auch in der zweiten Schrift wird als Hauptmittel zur Hebung der Staatseinkünfte die Pflege der Landwirtschaft daneben aber auch von Handel und Gewerbe empfohlen. Die Geldausfuhr sei nicht vollständig zu verbieten sondern zum Zwecke der Einfuhr von Rohprodukten, die man im Inlande nicht selbst erzeugen könne, zu gestatten. Die Metöken, die Handel und Gewerbe ins Land zögen und Schutzgelder zahlten, seien zuvorkommend zu behandeln. Der Bergbau sei wieder zu beleben und mit Staatsklaven zu betreiben. Als staatliche Einkommensquelle wird dabei auch die Vermietung von Staatsklaven genannt. Um alle wirtschaftlichen Kräfte des Landes wecken zu können, sei der Frieden nach Möglichkeit zu wahren.

§ 3. Platon.

Platons volkswirtschaftliche Anschauungen finden sich in seinem *Idealstaat* und in den *Gesetzen*. Der erstere knüpft an zwei historische Vorbilder an, nämlich an das Vorbild des altspartanischen Staates, wie es ihm in dunkler Erinnerung vorschwebt, wie es ihm etwa sein Großvater, als er noch auf seinen Knien saß, als schöne Erinnerung seiner Jugend geschildert haben mochte, und an den Philo-

2 Erstes Kapitel. Die volkswirtschaftlichen Anschauungen des Altertums.

sophenstaat, wie ihn einst in der zweiten Hälfte des sechsten vorchristlichen Jahrhunderts Pythagoras in Croton aufgerichtet hatte. Sein Idealstaat soll eine Mischung beider sein, wobei dann noch dasjenige ins Extrem getrieben wird, was ihm als Ideal an diesen beiden Staatswesen erschien. An dem Pythagoreischen Staat ist es die Leitung des Staates durch Philosophen, an dem spartanischen Staat, 'die im Sinne der griechischen Hegemoniestaaten ja gelegene und hier ebenso wohl notwendige wie durchführbare Auffassung, daß das Leben der Bürger ganz aufzugehen habe im Staate, daß der Bürger darum nur Krieger oder Beamter sein dürfe, die in allen griechischen Staaten sich findende, aber in Sparta besonders scharf durchgeführte Trennung in drei Stände, in die politisch allein berechtigten Vollbürger, in die persönlich zwar freien, aber politisch ganz unberechtigten Mit- oder Umwohner, die im alten Sparta besonders lange aufrecht erhaltene Gleichheit des Vermögens aller Vollbürger, zu alledem noch mancherlei Zeichen wirtschaftlicher Zurückgebliebenheit, wie sie ein solcher Staat, an dessen Spitze ein kriegerischer Adel steht, wohl aufweisen mochte, wie geringer Außenhandel und geringes Edelmetallgeld. Endlich verschließt er sich auch der Erkenntnis nicht, daß Spartas wirtschaftliche Entwicklung im Gegensatz zu manchen anderen griechischen Staaten wie Athen, Korinth, Argos u. a. wohl deshalb zurückgeblieben sei, weil es fern vom Meere lag. Auch dies erscheint ihm darum als ein Ideal. Dies waren die Grundlagen seines Idealstaates. Es ist also ein aristokratischer und doch zugleich kommunistischer Krieger- und Philosophenstaat, in welchem für den Vollbürger das Leben vollständig im Dienste des Vaterlandes als Krieger oder Beamter aufgeht und ihm allein gehört. Selbst die Kindererzeugung geschieht im Dienste des Staates. Für die Vollbürger gibt es ein Familienleben nicht. Der Staat bestimmt nach seiner Erfahrung, wieviel Zeugungsakte ungefähr in jedem Jahre vorzunehmen seien, damit die Zahl der Bürger dem Bedarf und den wirtschaftlichen Verhältnissen des Staates angepaßt sei. Ganz nach dem Gesetze der Zuchtwahl werden zur Zeugung nur die gesündesten und kräftigsten Männer zugelassen, jedem von ihnen eine Anzahl kräftiger und gesunder Frauen zugewiesen, damit er zusammen mit ihnen den Zeugungsakt vollziehe, auf daß sie dem Staate gesunde und kräftige Menschen gebären mögen. Gleich nach der Geburt kommt dann das Kind in eine staatliche Auferziehungsanstalt. Unter Leitung alter, im Kinderaufziehen besonders bewährter Frauen stillen und versorgen hier die Mütter ihre Kinder. In diesen von Frauen geleiteten Anstalten bleiben die Kinder bis zum vollendeten sechsten Lebensjahre. Nun kommen sie in andere Anstalten, die der Erziehung gewidmet sind. Diese ist hauptsächlich auf die Körperstählung, auf die Erweckung von Vaterlandsliebe und frischem Mut gerichtet, auf die geistige Ausbildung bei den meisten

aber nur in geringem Umfange. Finden die Leiter dieser Erziehungsanstalt aber besonders geweckte und an schlägige Köpfe unter den Knaben heraus, so werden sie in besondere Philosophenschulen gebracht und hier zu Philosophen und späteren Staatsmännern erzogen. Im späteren Alter kommen die Jünglinge in Erziehungsanstalten, die diesem gereiften Alter entsprechen, hier werden sie in den Kenntnissen über den Staat unterwiesen, in allen kriegerischen Übungen, stählen den Körper auch viel durch die Jagd und lernen auch unter Leitung der Staatsleiter die landwirtschaftlichen und anderen gewerblichen Arbeiten der Staatssklaven, der Heloten überwachen. Ist der Vollbürger erwachsen und nicht in einer staatlichen Anstalt oder als Aufseher der Heloten draußen auf dem Felde oder in den gewerblichen Anlagen des Staates oder im Kriegslager tätig, so wohnt er in großen befestigten Heerlagern, wo die Mahlzeiten gemeinsam sind. Alles, was der Vollbürger von Geburt an bis zum Tode gebraucht, erhält er vom Staate zugewiesen, um Essen, Trinken, Kleidung und sonstigen Unterhalt hat er sich nie zu sorgen; er lebt nur für den Staat und nur durch den Staat. Die Frauen kommen gleich nach der Entlassung aus der ersten Erziehungsanstalt in Frauenanstalten, hier haben sie weiter nichts zu tun, als durch körperliche Übungen ihren Körper zu stählen, um dem Staate gesunde und kräftige Kinder zu gebären. Ist dies geschehen, kommen sie in die Kleinkinderanstalten, bis ihr neugeborenes Kind entwöhnt ist, dann kehren sie in die Frauenanstalt zurück. Können oder sollen sie keine Kinder mehr gebären, dann haben sie entweder die körperlichen Übungen der jüngeren Frauen in den Frauen- und Erziehungsanstalten zu leiten oder die Arbeiten der weiblichen Heloten zu überwachen oder endlich für die Auferziehung in den Kleinkinderanstalten die nötigen Anweisungen zu geben. Auch ihr Leben also gehört ganz dem Staate und besteht nur durch den Staat. Dieser Teil der Darstellung des Idealstaates, der sich mit dem Leben der Vollbürger beschäftigt, ist sehr eingehend. Kürzer ist der zweite Teil, der dem zweiten Stande, den zwar politisch Rechtslosen aber persönlich Freien gewidmet ist. Er schenkt diesem Stande nur geringe Achtung, er spricht von diesem gleichsam mit Verachtung und Geringschätzung, die gewerbliche Tätigkeit erniedrige den Geist und schwäche den Körper, sie mache darum den, der sich ihr widme, zur Erfüllung staatlicher Pflichten unbrauchbar; darum sei jede solche Betätigung den Vollbürgern zu untersagen und dürfe ein Mit- oder Umwohner nie in den Bürgerstand aufgenommen, auch nie zum Kriegsdienste herangezogen werden. Eher könne beides bei solchen Heloten geschehen, die zur Bearbeitung der Felder benutzt würden; denn die Landwirtschaft stellt Platon als echter Aristokrat weit über jede gewerbliche Tätigkeit. Trotz aller Geringschätzung des Gewerbe- und Handels-

standes verhehlt sich Platon doch nicht, daß gerade dieser Stand besonders befähigt ist, große Reichtümer und durch sie nicht nur große wirtschaftliche, sondern auch politische Macht zu erwerben, daß sie dadurch in die Lage kommen könnten, politische Gleichberechtigung zu erzwingen und so das ganze politische Gefüge des Idealstaates zu zersprengen. Um dieser Gefahr vorzubeugen, empfiehlt er in seinem Idealstaate Maßregeln, um die einzelnen Gewerbetreibenden niederzuhalten und um den Handel sich nicht stark entwickeln zu lassen. Dem letzteren Zweck soll auch die Verlegung der Stadt des Idealstaates in eine vom Meere ferne Gegend dienen sowie die geringe Ausprägung von Edelmetallgeld. Damit ein Kapitalistenstand sich nicht ausbilden kann, soll das Zinsnehmen verboten sein. Die Verpflichtungen der Um- oder Mitwohner bestehen in Naturallieferungen in die staatlichen Magazine gewerblicher Produkte zur Ausstattung der Vollbürger. Von den Heloten wird insbesondere überhaupt nicht gehandelt.

Als Platon seine Schrift über den Idealstaat veröffentlicht hatte, erregte sie allgemeines Mißfallen. Selbst seine Schüler, Verehrer und Freunde nahmen Anstoß an der vollständigen Auflösung des Familienlebens und der Erzeugung der Kinder nach dem Gesetze der Zuchtwahl rein wie in einem großen Menschenstall. Deshalb erklärte er in seiner zweiten Schrift, den Gesetzen, daß man vergessen habe, daß der von ihm geschilderte Staat doch nur ein Idealstaat sein solle, daß in diesem aber manches die schwache Menschheit abschrecken müsse, weil sie sich bis zu der großen und erhabenen Auffassung, daß der Einzelne nur durch und für den Staat lebe, nicht aufzuschwingen vermöge. In seinen Gesetzen wolle er nun ein Staatsbild entwickeln, wie es für die Menschheit, wie sie nun einmal sei, erreichbar sei. So läßt er das besonders Anstößige, die Auflösung des Familienlebens und die stalmäßige Menschenerzeugung nach dem Gesetze der Zuchtwahl, fallen, empfiehlt aber nun, um den Staat vor Schwächlingen und übergroßer Kinderzahl zu bewahren, die übrigens im griechischen Altertum vielfach geübte Aussetzung schwächlicher und verkrüppelter Kinder und die späte Verheiratung der Vollbürger erst im besten Alter.

Auch im übrigen zeigen uns die Gesetze einen durch Lebenserfahrung und Beobachtung gereiften Mann und berühren darum den Praktiker weit sympathischer als der ins Extreme gesteigerte Idealstaat. Platon gibt uns in den Gesetzen gleichsam eine praktische systematische Staats-, Verwaltungs- und Volkswirtschaftslehre seiner Zeit freilich von einem etwas einseitig aristokratischen Standpunkte aus, den er auch in dieser Schrift nicht zu verleugnen vermochte, wie uns z. B. auch eine Überschätzung der Landwirtschaft und eine zu geringe Einschätzung von Gewerbe, Handel und Verkehr entgegentritt.

Auf viele Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden, hervorgehoben sei nur, daß Platon in dieser Schrift ein sehr weitgehendes Verständnis für das Wesen und die Bedeutung der Arbeitsteilung, ins-

besondere auch für die soziale Klassenbildung, zeigt und so im allgemeinen zutreffend den Einfluß der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse auf die Verfassung der Staaten und ihre Fähigkeit, eine politische Macht nach außen zu entwickeln, darlegt. Auch über das Wesen und die Bedeutung des Reichtums spricht er sich aus. Der Reichtum birgt nach ihm viele Gefahren in sich, die nur von den durch eine philosophische Erfahrung sittlich Gekräftigten überwunden werden können. Hierin liegt sicherlich etwas Richtiges. Man denke nur an die *Jeunesse dorée* und das *Parvenutum* aller Zeiten, der die wahre Bildung des Herzens, des Charakters und des Intellektes mangelt. Die Kriege werden nach ihm hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen geführt, was sicherlich zutrifft. Das Staatsgebiet muß alle Erwerbsmöglichkeiten und Urproduktionen, also nicht nur den Landbau sondern auch Forstwirtschaft, Fischerei und Bergbau gestatten, und zwar jeden in einem Umfange, daß damit alle Bedürfnisse der Einwohner nach Urprodukten gedeckt sind. Ein Staat, dessen Fläche alle diese Möglichkeiten einschließe, werde, sofern die Bürger die natürlichen Hilfsquellen auch alle entwickeln, sich selbst genügen und darum nach außen sich abschließen können. An diesem Abschluß nach außen hält Platon im altspartanischen Sinne fest, nicht verlangt er das Streben nach Selbstgenügsamkeit in dem Sinne moderner Volkswirtschaftslehre, die es nur deshalb fordert, weil sie die großen politischen Gefahren erkannt hat, die es mit sich bringen kann, in dem Bedarf an Lebensmitteln und Rohprodukten sich allzusehr von der Zufuhr aus dem Auslande abhängig zu machen. Auch in den Gesetzen hält Platon noch an der Idee fest, daß der Staat der Ausbildung zu großer Vermögen steuern müsse, weil sie einerseits zu politischer Übermacht der Großkapitalisten und großen Gewerbetreibenden und andererseits zu großer Massenarmut führe, Beobachtungen, die er in seiner Zeit sicherlich vielfach machen konnte. Bei alledem zeigt er aber doch in diesem Buche ein weit besseres Verständnis für den Gewerbebetrieb und den Handel als im ersten und spricht von ihm nicht mehr ganz so verächtlich und geringschätzig wie in jenem, wenn er ihnen auch freilich keineswegs gerecht wird. Auch in den Gesetzen tritt er übrigens noch für das Verbot des Zinsnehmens ein.

§ 4. Aristoteles.

Aristoteles' volkswirtschaftliche Anschauungen sind niedergelegt in seiner Ethik, seiner Politik und seiner Ökonomik, wobei jedoch zu bemerken ist, daß zwar die beiden ersten Werke nach Niederschriften des Meisters für den Lehrgebrauch wohl ziemlich getreu von seinen Schülern wiedergegeben sind, daß aber die letztere, wohl schon, weil sie nur sehr lückenhaft erhalten war, von den Schülern durch das ergänzt zu sein scheint, was sie von den Lehren des Philosophen im Gedächtnis behalten hatten oder doch im Gedächtnis behalten zu haben glaubten. So muß

6 Erstes Kapitel. Die volkswirtschaftlichen Anschauungen des Altertums.

gerade das für den vorliegenden Zweck wichtigste Buch des Aristoteles als nicht immer ganz zuverlässig in bezug auf die Wiedergabe seiner Ideen bezeichnet werden. Im ganzen aber wird man es unter dem gemachten Vorbehalt zur Darstellung seiner Lehre doch auch heranziehen dürfen. Auf seine Staatslehre einzugehen, ist hier nicht der Platz, das gehört in das Gebiet der allgemeinen Staatslehre. Nur so viel sei hier bemerkt, daß seine politischen Erörterungen von einem ungemein feinen Verständnis und vorzüglicher Beobachtung zeugen, wenn er auch vielfach bei der Bekämpfung des Platonischen Idealstaates den auch politisch gereiften Platon der Gesetze gegen den auf dem politischen Gebiet sich als Neuling bewegendem Platon des Idealstaates ausspielt und darum in der Politik keineswegs so originär ist, wie man früher vielfach glaubte, weil man unter dem Einfluß der rein abstrakten philosophischen Betrachtung den von den Philosophen ziemlich gering angeschlagenen Gesetzen nicht die nötige Beachtung geschenkt hatte und so übersehen hatte, wie viele der Ausführungen des Aristoteles in seiner Politik sich schon in den Platonischen Gesetzen finden. Doch betreffen diese Einschränkungen nur die Originalität nicht den wissenschaftlichen Wert seiner Politik. Dieser war unzweifelhaft ein ganz unermesslicher. Bei weitem nicht so hoch wie seine politischen Ausführungen stehen seine ökonomischen, wieweil sie das Bedeutendste sind, was die Wissenschaft des griechischen Altertums uns auf diesem Gebiete überliefert hat und auch später niemals übertroffen sind. Die volkswirtschaftlichen Anschauungen des Aristoteles systematisch darzustellen, ist nicht möglich, da er auf volkswirtschaftliche Fragen in den beiden zuerst genannten Werken nur gelegentlich zu sprechen kommt und auch sein ökonomisches Werk mehr Privatwirtschaft als Volkswirtschaft behandelt.

Wichtig für die Erkenntnis von Aristoteles' volkswirtschaftlichen Anschauungen sind zunächst seine Ausführungen über die Unfreien und die zwar persönlich Freien, aber politisch unberechtigten Mit- oder Umwohner als der unentbehrlichen Grundlage für den Aufbau eines Kulturstaates. Auch in diesen Ausführungen ist er, wie überhaupt in der Politik, Empiriker. Da er beobachtet hatte, daß die Arbeit, die im modernen Staat die Dienerschaft, die abhängigen, angestellten Arbeitskräfte und die Maschinen verrichten, fast durchgängig von Sklaven versehen wurde, so erklärte er das für das Natürliche. Freilich belegt er diese seine Behauptung auch noch mit dem knechtischen Charakter der meisten Sklaven. Die Natur habe von vornherein zwei Arten von Menschen gemacht, die einen zum Herrschen und Befehlen, die anderen zum Dienen und Gehorchen. Nicht immer stimme freilich die Wirklichkeit mit dem Willen der Natur überein, indem durch menschliche Willkür oft Personen in die Sklaverei geraten, die von der Natur zu Freien geschaffen seien.

Die von Aristoteles gemachte Unterscheidung der Sklavennaturen und der Herrennaturen beruht unzweifelhaft auf einer richtigen Beobachtung, die er zur Zeit der Sklaverei noch mehr machen konnte, als es ihm heute möglich sein würde; falsch ist aber seine Folgerung, die Natur habe von vornherein gleich zwei Arten von Menschen gemacht; die von Aristoteles beobachtete Verschiedenheit ist vielmehr das Ergebnis einer langen Entwicklung und Vererbung.

Hier findet sich auch die oft zitierte berühmte Stelle: »Wenn die Plektra von selbst die Zither schlagen, die Weberschiffchen von selbst

gehen könnten, so brauchten wir keine Sklaven.« Aristoteles soll hier nach Ansicht vieler den Fabrikbetrieb vorausgesehen haben. Er bezeichnet ihn hier ja aber gerade als Utopie. Als zweiten Unterbau hat der Kulturstaat neben den Dienenden und Gehorchenden auch noch eine zweite Klasse von Menschen nötig, die Gewerbe und Handel treibenden, die zwar persönlich frei sind, aber doch auf dem Wege des Tausches ihre Tätigkeit in den Dienst Fremder stellen. Ihre Tätigkeit ist nach Aristoteles ganz im Sinne eines Spartaners und vornehmen Atheners und eines Aristokraten eine zu niedrige, als daß sie nicht auf den Charakter und die Denkweise derer zurückwirken sollte, die sich ihr hingeben, und sie unfähig machen sollte, sich den bürgerlichen Pflichten zu widmen; sie sind darum ebenfalls vom Bürgerrecht auszuschließen, wenngleich man sie als notwendigen Unterbau eines Kulturstaates zulassen muß. Auch hier freilich stimmt die Wirklichkeit mit den Forderungen der Natur nicht überein und macht viele zu Mit- oder Umwohnern, die das Bürgerrecht genießen sollten. Hierbei mag Aristoteles an sich selbst gedacht haben, da er in keiner Stadt das Bürgerrecht genoß, auch in Mazedonien nicht, obschon er der Erzieher Alexanders war. Wichtig für die Kenntnis der volkswirtschaftlichen Anschauungen des Aristoteles ist dann ferner seine Schilderung des Idealstaates. Aristoteles vertritt zwar, seinem empirischen, relativistischen und historischen Standpunkt gemäß, die Anschauung, daß eigentlich von einem Idealstaate gar keine Rede sein könne sondern nur von einem nach den gegebenen Verhältnissen besten Staate, das sei ein Staat, der unter Vermeidung aller Extreme und unter Hineinnahme von Eigenheiten auch der anderen Verfassungen, einem Volke diejenige Verfassung gebe, die seiner Eigenart und Geschichte am meisten entspreche, er wolle aber, sagt er, den drängenden und oft an ihn gerichteten Fragen nachgebend, darlegen, wie er sich einen Idealstaat denke, der aber nur bei Neugründung eines Staates verwirklicht werden könne, wenn es bei der Neugründung auch möglich sein würde, alle Siedler so auszuwählen, daß sie sich ohne Schwierigkeit in den neu zu gründenden Staat einfügen; ob eine solche Auslese sich ermöglichen lassen würde, wolle er unerörtert lassen. Das Bild, das er nunmehr entwickelt, — gerade in diesem Teil ist die uns erhaltene Politik leider lückenhaft — zeigt mit der Realität vielmehr Verwandtschaft als die phantasiereiche Schilderung Platons und hat darum viele durch ihre Nüchternheit abgestoßen; der mit den Realien rechnende Empiriker möchte vielleicht gerade durch diese Nüchternheit sich angezogen fühlen. Zunächst verlangt Aristoteles selbst nicht im Idealstaat ein so vollständiges Aufgehen des Einzelnen in den Staat wie Platon, nicht nur das Recht des Einzelnen auf ein Familienleben sondern auch sein Recht, ein individuelles Eigenleben neben dem Leben für den Staat zu

führen, erkennt er an, wenngleich er als antiker griechischer Bürger, der enge Föhlung mit den athenischen Aristokraten und dem Herrscherhause Mazedoniens hatte, immerhin noch für unsere Anschauung ein ganz unermeßliches Maß von Anforderungen des Staates an den Bürger als ein Ideal hinstellt. So ist für den Vollbürger Eheschließung und Eingehung des Zeugungsaktes von staatlicher Erlaubnis abhängig. Wer das staatliche Verbot mißachtet, wird aus dem Vollbürgerstand ausgestoßen. Seine Kinder werden ausgesetzt, wie auch alle schwächlichen Kinder. Auch den platonischen Kommunismus bekämpft er, weil er für den Idealstaat weder nötig noch selbst wünschenswert sei, doch will er die Syssitien der Vollbürger gelten lassen. Er erkennt voll die ungeheure kulturbelebende Kraft, die in dem Privateigentum an Grund und Boden und an Produktionsmitteln steckt. Auch eine vollständige Vermögensgleichheit verwirft er; es müsse vielmehr eine gewisse Ungleichheit vorhanden sein, weil sonst dem Volke die Führer im kulturellen Vorwärtstreben fehlen würden, denn diese könnten immer nur aus einer sozialen Oberschicht hervorgehen; gefährlich sei freilich eine zu große Ungleichheit; dieser müsse man entgegenarbeiten. Hier finden sich die gleichen Erörterungen wie bei Platon an der Stelle, wo er rät, zu großen Vermögensbildungen unter den Mit- und Umwohnern entgegenzutreten. Zu diesen allgemeinen und grundlegenden Abweichungen vom platonischen Vorbilde treten nun noch manche Einzelheiten. Hatte Platon die Hauptstadt nach spartanischem Vorbilde fern von der Küste ins Innere verlegen wollen, so verlangt Aristoteles gerade umgekehrt nach athenischem Vorbilde, sie müsse der Küste möglichst nahe liegen. Damit im Zusammenhange steht, daß Aristoteles keineswegs die Furcht hegt, sein Idealstaat könne durch die Berührungen von außen, durch die schlechten äußeren Einflüsse zusammenbrechen; er hält seinen Idealstaat für gesund, kräftig und lebensfähig genug, sich solcher von außen kommender schlechter Einflüsse erwehren zu können, ohne sich gegen das Ausland möglichst hermetisch abzuschließen. Kaufleute, Gewerbetreibende, Landarbeiter und andere abhängige Arbeiter können in seinem Idealstaate, gemäß seiner schon früher dargelegten Stellung zu diesen Ständen, selbstverständlich nicht Bürger sein, wenngleich ihrer auch der Idealstaat, wie jeder Kulturstaat, als Grundlage nicht entbehren kann. Statt der platonischen Krieger und Philosophen sind seine Bürger Krieger und Politiker, und zwar nach dem Altersunterschiede erst lange Krieger, dann mit voll gereifter Lebenserfahrung, wenn sie zum Kriegsdienste nicht mehr tauglich sind, Berater, erst Gehorchende, dann Befehlende. Ein Hauptproblem auch seines Idealstaates bleibt die Erziehung der Jugend der Vollbürger zu würdigen Vollbürgern des Idealstaates. Hier macht er ähnliche Vorschläge wie Platon, nur verlangt er die Ausbildung der

geistigen und intellektuellen Anlagen für alle und nicht nur für die zu Philosophen und Politikern Auserwählten; denn bei ihm ist diese Teilung ja durch das Alter bedingt und muß darum bei allen in der Jugend vorbereitet werden.

Wichtig endlich für die Kenntnis der volkswirtschaftlichen Anschauungen des Aristoteles sind dann ferner die zahlreichen volkswirtschaftlichen Erörterungen in dem *Oeconomicos*. Aristoteles unterscheidet hier schon zwischen Genußgütern, Produktions- und Tauschmitteln, zwischen Eigen- und Erwerbswirtschaft, auch zwischen den vagierenden und den festen Wirtschaftstufen, zwischen Natural- und Geldwirtschaft, zwischen Urproduktion und Veredelungsproduktion, zwischen Gebrauchs- und Tauschwert, und charakterisiert alle diese im allgemeinen ziemlich zutreffend. Auch seine Ausführungen über Arbeitsteilung, Berufs- und Ständebildung, die freilich nicht originär, sondern meist von Platon entlehnt sind, zeugen von einem guten volkswirtschaftlichen Verständnis, wenngleich er eine übertriebene Vorliebe für die Wirtschaftsstufe der Eigenproduktion und der Landwirtschaft zeigt, weil er in der Erwerbswirtschaft, den Gewerben und dem Handel den Keim für den Niedergang der Staaten gefunden zu haben glaubt, auch die Veredelungsproduktion ähnlich gering, wie es später die Physiokraten taten, einschätzt und, wie fast alle ethisierenden Sozialpolitiker, den Handel falsch beurteilt. Demgemäß sind auch seine Vorstellungen vom Gelde noch sehr dürftig, als allgemeines Tauschmittel und als Wertmesser hat er es zwar schon erkannt; daß es darum auch Spar- und Leihmittel sein kann, erscheint ihm aber höchst verderblich, denn von seiner Wirksamkeit als produktionsbelebendes Element hat er noch gar keine Ahnung; darum erklärt er sich auch noch, wie Platon, gegen das Zinsennehmen. Er weist hin auf den Namen des Zinses (Tokon, d. h. das Kind) und fragt, ob die Geldstücke denn auch Junge zu zeugen vermöchten. Zutreffend sind übrigens hier seine Ausführungen, daß der Reichtum nicht nur im Goldbesitz liege (Midassage). In der Ethik endlich sowohl wie im Idealstaat hält Aristoteles einen Wohlstand, der sorgenfrei zu leben gestatte, für das $\epsilon\acute{\iota}\varsigma\ \tilde{\nu}\tilde{\nu}$ für notwendig.

§ 5. Die Römer.

Die Juristen und die landwirtschaftlichen Schriftsteller, der ältere Cato, Varro, Columella, der ältere Plinius haben die Volkswirtschaftslehre sehr gefördert, bedurften sie ihrer doch als einer Hilfswissenschaft und konnten darum an vielen volkswirtschaftlichen Fragen nicht achtlos vorübergehen. Hervorzuheben sind ihre Ausführungen über die Güterlehre, den Güterverkehr, den Tausch, den Wert, den Preis, die Preisbildung, das Geld, die Güterproduktion, die Produktionsfaktoren Natur, Kapital und Arbeit, die Güterverteilung, die Einkommenslehre und die verschiedenen Arten des Einkommens wie insbesondere die Grundrenten und die Kapitalrenten, Wohlstand, Reichtum, den Konsum usw. Bei einigen dieser Lehren ist es geradewegs staunenswert, wie tief sie schon in das Wesen der

Dinge eingedrungen waren, so z. B. in das Wesen des Geldes; sie sind nicht etwa nur auf dem Standpunkte des Aristoteles stehen geblieben, sie kennen den Unterschied zwischen dem nominellen und dem Kurswert des Geldes, sie sprechen von den durch die Schwankungen im Geldvorrat hervorgerufenen Preisrevolutionen und erkennen ganz richtig, daß solche eintreten müssen, wenn sich das Verhältnis zwischen dem Geldvorrat und dem Güterumsatz, den dieser Vorrat vermitteln soll, in scharfer Weise verschiebt. Auch im übrigen zeugen gerade ihre Ausführungen über die Preisbildung schon von einem sehr weitgehenden Verständnis. Sie machen den Preis, abgesehen von den großen Preisschwankungen, abhängig von Angebot und Nachfrage, und zwar nicht nur von dem gegenwärtigen Angebot und der gegenwärtigen Nachfrage sondern auch schon von dem zukünftig zu erwartenden Angebot und der zukünftig zu erwartenden Nachfrage, soweit dieses Angebot und diese Nachfrage nur immer die Gegenwart zu beeinflussen vermögen, und führen auch weiter schon aus, wie das Angebot beeinflußt werde durch den Reproduktionskostenwert. Selbst in die Lehre vom Kredit und dem Bankwesen sind die römischen Juristen schon sehr tief eingedrungen, wenn sie sich auch noch nicht mit Bankpolitik beschäftigten und sich für den Gebrauch der Juristen mit der Darstellung des Bestehenden begnügten. Wir dürfen den römischen Juristen nachrühmen, daß sie gute Beobachter der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse gewesen seien, in das Wesen der wirtschaftlichen Erscheinungen ihrer Zeit tief eingedrungen seien und sie mit außerordentlicher Schärfe und Klarheit, freilich immer im Hinblick auf den Gebrauch für den Juristen, zur Darstellung zu bringen vermochten. Daneben freilich findet sich auch vielerlei Schiefes und Falsches. Sie besäßen für das Wesen des Tausches kein richtiges Verständnis. Man ist noch nicht zu der Erkenntnis gelangt, daß beim Tausch für beide Teile das eingetauschte Gut einen höheren Wert als das ausgetauschte habe, man glaubt, daß gleichwertige Dinge getauscht werden, und daß da, wo dies objektiv nicht der Fall ist, von der einen Seite eine Täuschung stattfinde; daß darum derjenige, der aus dem Tauschhandel ein berufsmäßiges Gewerbe mache, notwendig auf Täuschung ausgehen müsse, weil er ja sonst gar nicht bestehen könne. »Mercator«, heißt es, »nihil proficit, nisi mentitur«. Nur bei dem älteren Cato und dem älteren Plinius finden sich einmal einsichtigeren Anschauungen. Sonderbar freilich kontrastiert damit die Achtung vor dem Großkaufmann, der uns in allen römischen Quellen begegnet. Freilich wies er in dem hochangesehenen Ritterstande so bedeutende Vertreter auf, daß man sich seiner etwas richtigeren Würdigung kaum entschlagen konnte. Im Gegensatz dazu ist dann aber wieder der Kleinkaufmann, der Krämer und der kleine Gewerbetreibende und Handwerker tief verachtet. Diese Berufe werden als eines römischen Vollbürgers vollständig unwürdig bezeichnet. Mehr Verständnis bringt man dagegen wieder dem Großindustriellen entgegen. Der Sinn für das Großzügige, die Verachtung für das Kleinliche ist diesem bei aller seiner kriegerischen Anlage doch zugleich auch großkaufmännischem Volke angeboren. Wie in der Tauschlehre findet sich auch in der Geldlehre manches Schiefe, und zwar begegnen uns hier zwei ganz unvermittelte Kontraste. Einmal finden wir ähnlich wie bei den Griechen und selbst noch bei Aristoteles durchaus gar kein Verständnis für das Geld als ein die Produktion belebendes Element. Darum sprechen sich alle wissenschaftlichen Betrachtungen gegen das Zinsnehmen aus, woran sich freilich die Gesetzgebung, die Zinsen bis zu 8% gestattete, und noch weniger die Praxis kehrte, die Mittel genug fand, auch die gesetzliche Zinsgrenze noch zu überschreiten. In vollständiger Verkennung der produktionsbelebenden Wirkung des Geldes konnte der ältere Plinius sogar den Wunsch der Rückkehr zum Naturaltauschhandel äußern, weil die Einführung des Geldes, insbesondere des

Goldgeldes verantwortlich zu machen sei für das gierige Streben nach Reichtum, die Üppigkeit und Völlerei, die geschlechtlichen und sittlichen Ausschweifungen im Gegensatz zu der altrömischen Einfachheit und Sittenreinheit. Im Widerspruch zu dieser Verkennung der produktionsbelebenden Wirkung des Geldes finden wir ganz merkantilistisch anmutende Ausführungen, daß man danach trachten müsse, die Geldausfuhr zu verhindern, finden wir Ansätze dazu sogar in der Gesetzgebung und finden wir selbst die Ricardosche Lohnfondtheorie schon im Keim entwickelt. Weniger als diese mancherlei Schiefheiten und Widersprüche in den volkswirtschaftlichen Lehren der Römer kommt für die Beurteilung ihrer volkswirtschaftlichen Anschauungen der Grundzug ihrer volkswirtschaftlichen Auffassung in Betracht, wie er uns im *Corpus iuris* begegnet. Wir erkennen in diesem den Standpunkt einer zurückgebliebenen Entwicklung, die zurückgeblieben war aus denselben Gründen wie bei den Griechen, nämlich der Sklaverei und der von Rom ausgeübten Weltherrschaft wegen. So ist bei ihnen das Agrarrecht und das Gewerberecht außerordentlich dürftig entwickelt und vollständig den Anschauungen über den Geldverkehr nachgebildet. Diese Rechtsanschauungen aber wurzeln in einer überaus schroffen Entwicklung des Eigentumsbegriffes. Ihre Rechtsanschauung war, kurz gesagt, die des Großkaufmanns, der eine ihm unterworfenen und in der Entwicklung zurückgehaltene Bevölkerung, eine *misera contribuens plebs*, schonungslos ausbeutete. So ist das Gesamtbild, daß wir aus den allgemeinen volkswirtschaftlichen Betrachtungen der Römer gewinnen, trotz mancher Lichtblicke, doch kein sehr sympathisches. In der praktischen Volkswirtschaftslehre beschäftigten die Römer zwei miteinander eng zusammenhängende Fragen, diese waren der Rückgang der Landwirtschaft und der Rückgang in der Bevölkerung Italiens. Ganz besonders sind die landwirtschaftlichen Schriftsteller auf diese beiden Fragen näher eingegangen. Ganz merkwürdig einsichtigen Ausführungen begegnen wir hier mitunter. Varro, Plinius und Columella führen alle drei sehr eingehend aus, daß der Ackerbau erst dann wieder ein Segen für den Staat werden könne, wenn er wieder in die Hände freier römischer Bürger anstatt der Sklaven gelegt werde, wenn statt der großen Sklavenplantagen wieder Bauernstellen treten. Nur durch eine innere Kolonisation Italiens mit vielen kleinen Bauern könne der Staat wieder regeneriert werden.

Zweites Kapitel.

Die volkswirtschaftlichen Anschauungen des Mittelalters.

§ 6. Die Stellung der Volkswirtschaftslehre im Mittelalter.

Auch im Mittelalter wandte sich die Aufmerksamkeit der Wissenschaft wenig der Volkswirtschaftslehre zu, weil erstens der größte Teil der Bevölkerung unfrei war (vgl. § 1), zweitens das mittelalterliche wirtschaftliche Leben sich meist in dem engen Rahmen des Kantonalsystems, d. h. einer Stadt mit dem Bannmeilengebiet, bewegte, das Wirtschaftsleben, soweit es über diesen engen Rahmen hinausging, einzig und allein vom Kaufmannstande getragen wurde, der zum Bücherschreiben noch nie Neigung empfunden hat, drittens Pfleger der mittelalterlichen Wissenschaft die Geistlichen waren, die einer Wissenschaft abhold sein mußten, die ihrem auf die überirdische Glückseligkeit gerichteten Streben, ein Streben nach irdischer Wohlfahrt und materiellem Glück an die Seite zu setzen suchte, viertens die Vervielfältigung der Bücher ungemein schwierig war, weil die Maschinen des Altertums, die Sklaven, fehlten (Atticus läßt die Schriften Ciceros 200 Sklaven gleichzeitig diktieren). Eigentliche volkswirtschaftliche Darstellungen fehlen darum im Mittelalter ganz. Wir können nur von den Quellen der volkswirtschaftlichen Anschauungen des Mittelalters sprechen, diese sind die Rechtssatzungen des Agrarrechtes, die Zunftstatuten und Zunftberichte, das kanonische Recht und die Scholastik und das Lehnrecht.

§ 7. Die volkswirtschaftlichen Anschauungen des Mittelalters.

Nach dem Agrarrecht des Mittelalters hatte der Kaiser als Nachfolger Davids, weil die Christen an Stelle der Juden Gottes auserwähltes Volk sein sollten, und als Nachfolger der römischen Kaiser Anspruch auf alles herrenlose Land. Als solches sah man auch, da das römische Recht den Begriff des condominium nicht kannte, die Mark- und Dorfallmende an, die den Bauern kurzerhand abgesprochen und auf dem Wege des Lehens an die Grundherren gegeben wurde, die damit ein Hauptmittel der Knechtung des Bauernstandes empfangen. Als sich trotzdem zur Zeit der Römer- und Kreuzzüge die Lage der Bauern wieder gehoben hatte, weil unter dem Einfluß der fortwährenden Abwesenheit der Grundherren und ihrer Vertretung durch die Lehnsmänner, Maier, Vögte, Schultheißen, die Grund- und Personallasten aus ungemessenen zu gemessenen wurden, gerade zu einer Zeit, wo durch die Berührung mit dem viel höher kultivierten Orient die landwirtschaftlichen Erträge sich verdoppelten, nahm eine erneute Rezeption römischen Rechtes, das den Begriff des Ober- und Untereigentums nicht kannte und kurzerhand den Grundherren als den Ober-eigentümer für den eigentlichen Eigentümer erklärte, den Bauern ihr Eigentum ganz.

In den Zunftstatuten und Zunftberichten tritt uns ein ungemein scharf ausgeprägter sozialer Geist entgegen. Niemand soll dem andern sein Brot nehmen. Wovon zwei und mehrere leben können, davon soll nicht einer versuchen, allein zu leben. Darum werden die Betriebe niedergehalten durch Vorschriften über die zu beschäftigenden abhängigen Arbeitskräfte, über die einzustellenden Handwerkszeuge und Arbeitsmaschinen, über die zu haltenden Vorräte. Man hat freilich alle diese Vorschriften auslegen wollen als Konkurrenzregelungen, die von dem kleinsten Konkurrenzneid diktiert seien. Zur Konkurrenzregelung gehört doch aber in erster Linie, daß man sich den Konkurrenten selbst vom Leibe zu halten sucht. Davon merken wir aber im Mittelalter selbst nichts, im Gegenteil erzählen uns die Zunftberichte oft und gern mit einem gewissen Stolz und einer gewissen Befriedigung von dem steten Anwachsen der Zahl der Zunftmitglieder. Ungemein

ausgeprägt findet sich ferner der kollegiale Geist. Hört jemand von guter Gelegenheit zum Einkauf von Rohmaterialien oder Werkzeugen und Maschinen oder umgekehrt von guter Verkaufsgelegenheit, und er macht davon nicht den Zunftgenossen Mitteilung, um die günstige Gelegenheit für sich allein auszunutzen, so macht er sich strafbar; gesehen wird ferner auf gute, solide und preiswerte Ware, dafür sorgen die von der Zunft selbst vorgenommene Warenbeschau und Preistaxe. Die Preise sollen der in den Waren investierten Arbeit und den Kosten für das Rohmaterial entsprechen, ganz wie die Kirche es verlangte und wie es dem soliden und ehrlichen Charakter des Mittelalters entsprach, der in einer Ausnutzung der Nachfrage zur Erzielung eines über den Kostenwert hinausgehenden Preises den Versuch zu einem Betrüge gesehen hätte. Der Meister soll tüchtige Kenntnisse besitzen, darum soll er, nachdem er in der Heimat gelernt und noch einige Zeit als Geselle gearbeitet hat, sich erst umtun in der Welt und die Plätze aufsuchen, in denen sein Handwerk einen besonders guten Ruf genießt, was man neidlos anerkennt. Dann mag er wieder heimkommen, zu Hause sein Meisterwerk ablegen und sich darauf selbständig niederlassen. So atmen alle Zunftstatuten und Zunftberichte einen zwar spießbürgerlichen, aber soliden, sozialen und kollegialischen Geist.

Die Kanonisten predigen einen gemäßigten Kommunismus, d. h. Verschenkung aller über die eigene Lebensnotdurft und die der Angehörigen hinausgehenden irdischen Güter, weil der wahre Christ nicht am Mammon hängen dürfe, an die von den Dienern der Kirche, den Priestern zu verwaltende Armenkasse. Nicht Geiz und Habsucht sondern Nächstenliebe und Gemeinsinn müssen den Christen lenken. — Die Arbeit die sich auf dem Gebiete der Landwirtschaft und des Gewerbes betätigt, wird hoch eingeschätzt, noch mehr freilich die letztere als die erstere, diese ist Gott ganz besonders wohlgefällig. Dagegen ist das kanonische Recht dem Kaufmann gar nicht gewogen. Sein Tun und Handeln ist Gott durchaus nicht wohlgefällig. Der redliche Mann wird für ein Gut nicht mehr verlangen, als in ihm Arbeit, sei es eigene, sei es übernommene, investiert ist, das ist für die kanonische Lehre das pretium iustum. Verlangt er mehr, so zeugt dies sein Verlangen von Ungerechtigkeit, Begierde und Habsucht und kann darum Gott nicht wohlgefällig sein. Wie kann also Gott ein Stand wohlgefällig sein, der es sich zum Beruf macht, das Verhältnis von Angebot und Nachfrage so zu seinem Gunsten auszubeuten, daß er für eine Ware einen Preis fordert, der über den Wert der in ihr investierten Gestellungskosten, d. h. der auf die Herstellung und Heranschaffung der Ware aufgewandten Arbeit hinausgeht. — Nach dem Ausspruch der Bibel selbst ist das Zinsennehmen verboten. Darum bezweifelt dies die Kirche auch keinen Augenblick. Wie sollte auch eine Zeit, in der der Kredit wesentlich noch ein auf Not begründeter Konsumptivkredit und kaum ein Produktivkredit war, wo sich auch die Produktionsbelebende Wirkung des Kapitals noch wenig bemerkbar machte, ein Verständnis für den Zins haben! Bei alledem hatten aber doch die Kanoniker für die Produktionsbelebende Wirkung des Kapitals schon mehr Verständnis als Aristoteles z. B. und selbst die römischen Schriftsteller, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben. Sie sahen schon ein, daß jemand für eigene Unternehmungen in die Lage kommen könnte, fremde Kapitalien hineinzuziehen, daß es für den Kapitalisten auch keine Schande sei, sich mit seinen Kapitalien an fremden Unternehmungen zu beteiligen. Dann soll er sich aber auch wirklich beteiligen und nicht sein Kapital leihweise hineingeben. So entsteht der von der Kirche selbst durchaus gutgeheißene und von ihr selbst zur Anlage ihrer Kapitalien sehr oft benutzte Rentenkauf, bei dem aber, im Gegensatz zum Geldleihgeschäft, der Rentenberechtigte keinen andern Anspruch an den Rentenverpflichteten hat, als daß dieser ihm die ausbedungene Rente regelmäßig bezahle, nicht aber verlangen kann, daß dieser ihm das einmal ins Unternehmen eingeschossene Kapital

wieder herausgabe, während es dem Rentenverpflichteten jederzeit freisteht, durch teilweise oder völlige Zurückzahlung des Kapitals sich von der Rentenverpflichtung zu befreien. Auch Staatsanleihen wurden von der Kirche unter diesem Gesichtspunkt des Rentenkaufs angesehen und gut geheiß; demgemäß aber auch dem Staatsschuldner das Recht abgesprochen, von dem Staat jemals die Rückzahlung der Anleihe verlangen zu können. Auch das Wechselgeschäft hieß die Kirche gut, indem sie dabei von dem ursprünglichen Zweck des Wechsels ausging, nach dem er, wie schon sein Name besagt, nicht, wie heute, ein Mittel der Kreditgewährung sondern ein Mittel des Geldwechsels sein sollte. Für dieses Geldwechselgeschäft, nicht für ein Darlehen ist der Wechseldiskont gerechtfertigt. Darum trug auch die Kirche selbst kein Bedenken, sich an dem Wechselgeschäft zu beteiligen und wesentlich zu seiner Verpflanzung von Italien nach Westfrankreich und dem burgundischen Reich beizutragen. — Zu gedenken wäre endlich noch der Stellung der Kirche in der Bevölkerungsfrage. Sie stand hier auf dem Boden des Bibelwortes »Seid fruchtbar und mehret euch«, und sah in jedem neugeborenen Kind einen Segen Gottes, selbst als um 1350 West- und Mitteleuropa für damalige Verhältnisse übervölkert war und nur der schwarze Tod, die dauernde Übervölkerung abgewendet hatte.

Die Scholastiker haben sich bemüht, den wirtschaftlichen Forderungen der Kirche aus Aristoteles eine philosophische Grundlage zu geben. Es kam ihnen dabei zu statten, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse des Abendlandes fast genau dieselben waren wie die wirtschaftlichen Verhältnisse Griechenlands zur Zeit des Aristoteles.

Dem Lehnsrecht lag die wirtschaftliche Idee zugrunde, die im Staatsdienst Tätigen an die Einnahmequelle selbst zu verweisen. Man hat früher das Lehnswesen für etwas spezifisch Deutsches gehalten. Heute aber wissen wir, daß es sich überall dort findet und auch notwendig dort finden muß, wo der Staat auf der Stufe der Naturaltauschwirtschaft versucht, einen größeren Flächenstaat zu organisieren. Es ist auch in Ägypten, Mazedonien, Persien, Rußland, China, Japan, Mexiko, Siam und anderen Ländern nachgewiesen. Die große Gefahr, der das Lehnswesen ausgesetzt ist und die auch keiner der okzidentalischen Staaten vermieden hat, besteht darin, daß die an die Einnahmequelle Gewiesenen, diese Einnahmequelle selbst als ihr Eigentum zu betrachten sich gewöhnen, aber der staatlichen Verpflichtungen vergessen, welche mit dieser Einnahmequelle verbunden sind. Eine Folge dieser Entwicklung muß dann das Auseinanderbrechen der großen Flächenstaaten in viele kleine Territorialstaaten sein, die dann erst durch die mächtigsten dieser Territorialstaaten gewaltsam wieder zu einem Staatsgefüge zusammengeschweißt werden müssen. Unterstützt wird diese Entwicklung gewöhnlich dadurch, daß das Leben der einzelnen Staatsangehörigen sich in viel kleineren Verbänden abspielt, so daß ihnen das Interesse und das Verständnis für den großen Flächenstaat völlig mangelt, sich den divergierenden Interessen der Lehens-träger gegen die zentrale Spitze also keine Kräfte aus dem Inneren des Volkes heraus entgegenstellen, so daß also die zentrale Spitze im Kampfe gegen die divergierenden Kräfte völlig isoliert bleibt, ja eher vielleicht noch die divergierenden Kräfte vom Innern des Volkes heraus in ihren partikularistischen Bestrebungen unterstützt sieht, weil die kleinen Wirtschaftseinheiten mit großer Zähigkeit an der Abgeschlossenheit und Selbstgenügsamkeit festhalten und jeder Verschmelzung widerstreben. Kurz gesagt, Lehnstaaten sind meist vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ein Anachronismus, eine Vorwegnahme einer erst unter viel entwickelteren wirtschaftlichen Verhältnissen möglichen politischen Gestaltung und darum so vielen Angriffen von innen heraus ausgesetzt, daß es immer nur eine Frage der Zeit ist, wann sie diesen Angriffen erliegen.

Drittes Kapitel.

Der Merkantilismus bzw. Kameralismus.

Erster Teil.

Übersicht über seine wirtschaftlichen Bestrebungen.

§ 8. Die Aufgaben und Ziele des Merkantilismus im allgemeinen.

Die Lehre des Merkantilismus war weniger diejenige einer theoretischen Lehrschule als die Überlieferung und Anweisung älterer praktischer Verwaltungsmänner an den jungen Nachwuchs. Die Merkantilisten wollten keine theoretischen Lehrbücher schreiben sondern die Erfahrungen einer reichen Lebenspraxis für die Nachwelt niederlegen. Sie kommen deshalb auch zu ihrer Erkenntnis nie auf theoretisch deduzierendem, sondern auf praktisch empirischem Wege. Der Merkantilismus steckte sich die drei Ziele, die Territorien bezw. Staaten wirtschaftlich zu einigen, Geld ins Land zu schaffen und die Bevölkerung zu heben.

ad 1. *Das Streben, die Territorien bzw. Staaten wirtschaftlich zu einigen*, ist ein Teil der allgemeinen Einigungspolitik. Alle Staaten der damaligen Zeiten waren neue Gebilde, die nur durch die Person des Herrschers zusammengehalten wurden. Sollten sie wirklich zu einer Einheit verwachsen, wie es das Staatsinteresse dringend heischte, konnte es nur geschehen durch Niederhaltung und Unterdrückung der partikularistischen Elemente in den Einzelteilen der noch sehr jungen Staatsgebilde. Den damaligen Fürsten aber, die, wie erwähnt, von sehr gut beobachtenden Regierungsbeamten bedient und beraten wurden, mußte es sehr bald zum Bewußtsein kommen, daß die politischen Elemente, welche sich ihren politischen Einigungsbestrebungen widersetzen, dieselben waren, welche auch an der Erhaltung der alten Wirtschaftseinheiten interessiert waren, und so mußten sie sich ganz von selbst als erstes Ziel das setzen, die neuen Staatsgebilde wirtschaftlich zu einigen, um so ihr Hauptziel, die politische Einigung, vorzubereiten und zu erleichtern.

ad 2. Die scharf beobachtenden und aus den Beobachtungen die Aufgaben der Zeit mit großem Geschick ableitenden Merkantilisten hatten aus den Erfahrungen ihrer Zeit zum erstenmal die Bedeutung des Geldes als eines die Produktion belebenden Elementes sehr wohl erkannt. Sie hatten zunächst gesehen, wie in Spanien durch den Besitz der Gold- und Silberbergwerke Amerikas sich eine glänzende Volkswirtschaft entwickelt hatte; sie hatten freilich nur die Glanzseiten dieser Entwicklung gesehen, nicht auch die Schattenseiten, nicht auch,

wie das bisher noch nicht an Arbeit gewöhnte spanische Volk, für das das Omajadenreich die milchende Kuh gewesen war, wiederum Gelegenheit fand, ohne alle eigene Arbeit, von der Arbeitsamkeit fremder Völker zu leben, zugleich aber auch in eine immer größere Abhängigkeit von fremder Einfuhr geriet, was ihnen freilich leicht entgehen konnte, solange die Mittel vorhanden waren, diese zu bestreiten; noch vermochten sie nicht entfernt zu ahnen, welchem großen wirtschaftlichen Ruin Spanien dadurch entgegenging, daß einerseits das Geld durch sein Gebiet nur hindurchging und andererseits das Volk noch immer keine Gelegenheit fand, sich an Arbeit zu gewöhnen. Die Merkantilisten hatten die produktionsbelebende Wirkung des Kapitals dann aber auch in Portugal und den spanischen und den freien Niederlanden wahrnehmen können; sie konnten die gleichen Beobachtungen dann später auch in Frankreich und in England machen. Dazu hatte das Geld damals auch eine große politische Bedeutung gewonnen. Durch das Beispiel der Städte belehrt, die, durch die Not gezwungen, zuerst darauf verfallen waren, hatten auch die Fürsten begonnen, sich einen besoldeten Beamtenstand und ein besoldetes Heer, das Landsknechtsheer, zu schaffen, zunächst um sich von ihrem anspruchsvollen Lehensadel zu befreien, dann aber, um diesen sich zu unterwerfen. Zu beiden war in erster Linie Geld notwendig. Dazu kam endlich noch ein dritter Grund, der den Regierungen die Geldeinfuhr mußte wünschenswert erscheinen lassen. In demselben Maße, wie ihnen die wirtschaftliche Einigung der neu von ihnen geschaffenen Staatsgebilde gelang, in demselben Maße bürgerte sich auch mehr und mehr die Geldwirtschaft ein und verlangte nach immer größeren Geldmengen zur Vermittlung des Güterumsatzes.

ad 3. Fast in allen Ländern West- und Mitteleuropas hatten verheerende Kriege das Land entvölkert. In Spanien hatte der Krieg mit dem Omajadenreich zwar 1492 durch die Einnahme von Granada seinen Abschluß gefunden, damit aber der fanatische Religionshaß noch nicht aufgehört, das Land zu entvölkern. Nachdem schon Jahrzehnte lange Bedrückungen die Juden und Mauren bewogen hatten, das ungastliche Land, das ihnen einst seine Blüte verdankt hatte, zu verlassen, vertrieb Philipp III. 1609 fast eine Million Juden und Mauren aus seinem Reich. In Frankreich hatte erst der hundertjährige Krieg mit England, der sich ja ganz auf französischem Boden abspielte, dann der vierzigjährige Religionskrieg, der besonders in letzter Zeit durch die Einmischung Spaniens sehr verheerend geworden war, das Land sehr entvölkert, die beiden Niederlande waren durch den achtzigjährigen Freiheitskampf des nördlichen Teils gegen Spanien sehr mitgenommen worden, in England hatte lange der Krieg zwischen der weißen und roten Rose gewütet, dann war es beinahe zehn Jahre von dem Revolutionskriege

heimgesucht worden. Deutschland war besonders im Süden und Osten nicht im Nordwesten durch den verwüstenden dreißigjährigen Krieg entvölkert worden. So mußte in allen Ländern die Devise der Staatsmänner sein, wie sie eine starke Zunahme der Bevölkerung erreichen könnten. Kaum hatten diese Bestrebungen einigermaßen Erfolg gehabt, als von Osten her eine todverbreitende Pest über Mittel- und Westeuropa hinwegzog und alle Errungenschaften einer fleißigen und stillen Arbeit in einigen wenigen Jahren zunichte machte. In Ostpreußen z. B. waren große weite Flächen ganz menschenleer. Dazu kamen in Osteuropa der verheerende nordische, in Westeuropa der nicht minder verheerende spanische Erbfolgekrieg. So mußte die Bevölkerungspolitik noch einmal aufgenommen werden und beherrschte darum den Merkantilismus fast während seiner ganzen Zeit, besonders aber in Preußen und Österreich, wo die drei schlesischen bzw. der österreichische Erbfolgekrieg die vorangegangenen Errungenschaften wenigstens teilweise zunichte gemacht hatten, so daß hier die Arbeit sogar zum drittenmal aufgenommen werden mußte.

Als nun die Fürsten ihrem oben gegebenen Programm gemäß daran gingen, ihre Staaten bzw. Territorien wirtschaftlich zu einigen, da mußten sie auf den Widerstand aller derjenigen Elemente stoßen, welche von dem Bestande der bisherigen Verhältnisse die größten Vorteile gehabt hatten, das waren:

1. die Städte im allgemeinen, welche das umliegende Bannmeilengebiet beherrschten;
2. in den Städten zunächst die Geschlechter, welche aus ihrer Mitte den Stadtrat stellten und so eine enge die Stadt beherrschende Gevatterschaft bildeten;
3. ferner in den Städten die Zünfte, welche sich in all und jeder Weise den bisherigen städtischen Markt zu sichern suchten;
4. auf dem flachen Lande der Grundadel, der einen vielfach größeren Bauernstand meist in Hörigkeit hielt;
5. die einzelnen Kantone, d. h. die Städte mit ihrem Bannmeilenkreise in ihrer Gesamtheit, welche, der Macht der Gewohnheit folgend und vor so weit gehender Neuerung wie der starken Vergrößerung der Wirtschaftseinheit zurückschreckend, an der alten gegenseitigen Abgeschlossenheit und Selbstgenügsamkeit festzuhalten trachteten.

Der Kampf gegen diese Widerstände wurde den Landesfürsten jedoch durch die folgenden Momente erleichtert:

1. Machten sie der Beherrschung des umliegenden Bannmeilengebietes durch die Städte ein Ende, indem sie den Bauern erlaubten, ihre Rohprodukte dort abzusetzen, wo es ihnen am günstigsten schien, ihren Bedarf an veredelten Produkten dort zu decken, wo sie es unter den besten Bedingungen vermochten, und endlich auch die Ausübung des Handwerks auf dem flachen Lande zuließen, so gewannen sie an 90% der Bevölkerung ihres Staats bzw. Territoriums für sich. Denn im allgemeinen wohnten zu damaliger Zeit etwa nur 10% der Bevölkerung in den Städten.

2. Machten sie der höchst willkürlichen gevatterschaftlichen Regierung des Rates in den Städten ein Ende, indem sie ihn absetzten und an seiner Stelle einen Stadtkommissar ernannten, so wurden sie von der übrigen städtischen Bevölkerung als Befreier begrüßt, nicht aber als solche, die der Stadt die Gerechtersame der

Selbstverwaltung nahmen, denn als solche sahen die übrigen Bürger die Herrschaft des Rats, der sich überall schon längst alle Sympatien verscherzt hatte, durchaus nicht mehr an.

3. Brachen die Landesfürsten, worauf wir an anderer Stelle zurückkommen werden, die Macht der schon lange verknöcherten Innungen, die die engherzigste Konkurrenzpolitik trieben, so gewannen sie dadurch die große Masse der Gesellen für sich, denen sich so von neuem die Aussicht zur Selbstständigkeit öffnete, die ihnen die Innung verschlossen hatte.

4. Dämpften sie die Macht des Grundadels, besserten sie die Lage des Bauernstandes, was ebenfalls an anderer Stelle darzulegen sein wird, so gewannen sie dadurch 80—90 beinahe 90% ihrer Untertanen; denn soviel machte damals noch der Bauernstand aus.

Die Einigungsversuche der Landesfürsten stellten sich darum als eine großartige Revolution von oben her dar und versprachen schon deshalb einen guten Erfolg, zu gleicher Zeit vermochten die Landesfürsten aber auch denjenigen Teilen, die am meisten unter der Umwälzung leiden mußten, den Kaufleuten, den rührigeren Handwerkern und dem Grundadel für das Verlorene einen Ersatz zu bieten, der sie mit dem Verlust reichlich aussöhnen mußte, den beiden ersten nämlich eine ganz neue Betätigung als Großunternehmer, wie sie die bisherige wirtschaftliche Entwicklung nicht gekannt hatte, worauf wir in einem späteren Zusammenhange zurückkommen wollen, den letzteren entweder Versorgung ihrer jüngeren Söhne in den Pflanzschulen oder Kadettenanstalten, wo sie auf Kosten der Landesherrn für den Staatsdienst als Beamte, Richter und Offiziere erzogen wurden, wodurch zugleich der Bund zwischen Adel und Regierung hergestellt wurde, der sich zum großen Teil auch heute noch sehr bemerkbar macht, oder aber, wie z. B. in Spanien, Frankreich und England, die Gelegenheit sich im Glanze des Hofes zu sonnen, freilich mit der von Karl V. an seinen Sohn Philipp II. in seinem Testament offen ausgesprochenen Idee, den übermächtigen Adel wirtschaftlich zu schwächen und körperlich und geistig zu entnerven, um ihn so schließlich zu einem willenlosen Werkzeug der Regierung zu machen.

§ 9. Die Politik der Merkantilisten, um Geld ins Land zu schaffen.

Über die Politik, welche einzuschlagen sei, um Geld ins Land zu schaffen, wurde der Merkantilismus sich ebenfalls klar aus der Erfahrung; man schlug vor, es

1. zu machen wie Spanien, d. h. sich in den Besitz gold- oder silberhaltiger Bergwerke zu setzen, oder aber, wo sich hierzu keine Gelegenheit bietet, es

2. zu machen wie Portugal, d. h. sich in den Besitz tropischer Kolonien zu setzen, um durch den Vertrieb tropischer Produkte, d. h. also durch den Transithandel, Geld ins Land zu ziehen, oder aber, wenn auch hierzu sich keine Gelegenheit biete, es

3. zu machen wie die beiden Niederlande und Frankreich, d. h. alle diejenigen Produktionszweige zu pflegen, die nach Lage der Verhältnisse sich am meisten zur Produktion von Ausfuhrartikeln eignen, d. h. also durch Exporthandel,

4. sich aber auch gegen die Versuche fremder Staaten zu wehren,

dem Staate das Geld aus dem Lande zu ziehen, sei es durch Transit-
handel, sei es durch Import eigener Produkte,

5. den Betrag des umlaufenden Hartgeldes zu ergänzen durch
Papiergeld.

Für die Zeit des Merkantilismus war es durchaus richtig, daß er die Erzielung
einer günstigen Handelsbilanz gewissermaßen in den Mittelpunkt seiner Be-
trachtungen rückte; denn

1. deckte sich in der damaligen Zeit die Zahlungsbilanz noch vollständig mit
der Handelsbilanz, da alle anderen die internationale Zahlungsbilanz beeinflussenden
Momente, wie Kapitalsanlagen im Auslande, das in der internationalen Verkehrs-
Handels- und Kreditvermittlung arbeitende Kapital, der internationale Reiseverkehr,
die internationale Wanderung u. a. m. die Zahlungsbilanz noch sehr wenig be-
rührten;

2. spielte das Geld in der damaligen Zeit, wo man gerade erst mit einem
internationalen Bedarfshandel — bisheriger internationaler Handel war inter-
nationaler Luxushandel gewesen — begonnen hatte, als produktionsbelebendes
Element eine außerordentlich große Rolle; noch war die Zeit nicht gekommen,
um es in dieser Eigenschaft durch Geldsurrogate oder den Buch- und Übertragungs-
verkehr zu ersetzen.

Schon den Zeitgenossen selbst erschien dieser Teil der merkantilistischen Lehre
als der wichtigste; sie nannten die Schule von diesem Teil ihrer Lehre, nach dem
sie hauptsächlich durch die Pflege des Handels, durch Erzielung einer günstigen
Handelsbilanz, Geld ins Land ziehen wollte, Merkantilismus. In Deutschland
nannte man die dem Merkantilismus entsprechende Lehre auch Kameralistik oder
Eudämonismus. Der Name Kameralistik kam von Kammer; so nannte man in
damaliger Zeit ganz allgemein die Regierungsbehörden in Deutschland. Kamera-
listik war also alles Wissen, das man in den Kammern nötig hatte. Die Kamera-
listik umfaßte

1. die politische Ökonomie, die gewissermaßen eine Einleitung und Begründung
der anderen beiden Zweige bildete und das System dieser Schule, das, wie wir
sehen werden, auf eine starke Bevormundung der ganzen Volkswirtschaft hinaus-
lief, rechtfertigen sollte;

2. die innere Verwaltungslehre oder Polizeiwissenschaft, besonders die Finanz-
wissenschaft und die Bevölkerungslehre außer der eigentlichen inneren Verwaltungs-
lehre noch mit einschließend;

3. die technischen oder Gewerbewissenschaften, wie die Landwirtschafts- oder
Forstwirtschaftslehre, den Bergbau, die Technologie, die Handelswissenschaften
und die Verkehrsbetriebslehre, besonders das Wege- und Postwesen.

Der Name Eudämonismus war eigentlich ein Spottname, der das Bevormundungssystem
kennzeichnen sollte, es lag darin zugleich ein Wortspiel. Wie ein *εὖ δαίμων* (ein guter Gott), sagte man, wolle der Kameralist die Staats-
angehörigen zu *εὐδαίμονας* (zu glücklichen) machen. Wie es mehrfach geschah
(Tories, Wighs, Geusen, Armagnacs usw.), wurde der Spottname von den Be-
spöttelten gut geheißt und angenommen; das, erklärten sie, sei in der Tat ihr
Ziel. Daß das Bevormundungssystem zur Zeit seines Aufkommens
und seiner Blüte berechtigt war, das...beweist

1. der große Erfolg, wengleich auch einzelne Fehler gemacht wurden, wie
z. B. Friedrich der Große den uns heute seltsam anmutenden Versuch machte, auch
die Rohseidegewinnung in seinen Staaten einzubürgern;

2. die folgende Erwägung: Bis dahin hatte die Produktion im wesentlichen für den engen lokalen Bedarf gearbeitet, jetzt arbeitete sie für den größeren Bedarf eines Staates bzw. Territoriums und darüber hinausgehend selbst schon für den internationalen Bedarf. Da nun aber bei der geringen Entwicklung des Nachrichten- und Verkehrswesens dem freien Wettbewerb die Regelung des Marktverkehrs noch nicht überlassen werden konnte, andererseits aber die lokale Regelung nicht mehr genügte, mußte eine territoriale ergänzend an ihre Seite treten. Diese konnte aber zunächst nur durch die Regierungen erfolgen. Später war jedoch die Bevormundungspolitik nicht mehr berechtigt, weil die Produktion ihrem ehemaligen Vormunde

1. selbst über den Kopf gewachsen war, so daß die Regierung gar nicht mehr in der Lage war, durch ihre Beamten das zu leisten, was sie in der Blütezeit der Kameralistik geleistet hatte — kein Beamter war bei dem späteren Stande der Technik mehr in der Lage, alle die Kenntnisse noch zu beherrschen, die sein Vorgänger noch sehr wohl hatte erlernen können —,

2. auch entwachsen war; sollte sie sich weiter entwickeln, mußte die Regierung die Produktion aus der Bevormundung freigeben, nur die Gewährung von Bewegungsfreiheit, soweit es sich nur immer mit der Aufgabe des Staates trägt, die Schwachen vor den Starken zu schützen, aber nicht mehr die Bevormundung konnte nun fördern, die letztere nur hemmen.

Es war der Fehler der späteren Kameralisten, daß sie dies nicht haben einsehen und die Produktion nicht rechtzeitig aus der Bevormundung haben freigeben wollen, wie ein eigensinniger Vater, der den erwachsenen Sohn noch immer seinem Willen unterordnen will.

§ 10. Die Kolonialpolitik des Merkantilismus.

In bezug auf die Kolonialpolitik zur Zeit des Merkantilismus kann man zwei Punkte unterscheiden:

1. *die Begründung der verschiedenen Kolonialreiche,*
2. *die Behandlung der Kolonien durch das Mutterland.*

Ad 1. Bis zum Jahre 1600 zirka waren Spanien und Portugal die einzigen Kolonialreiche, dann erwuchsen ihnen drei gefährliche Konkurrenten, dies waren die Niederlande, Frankreich und England.

a) Das spanische Kolonialreich.

Am 12. Oktober 1492 landet der Genuese Christoforo Columbo (Christobal Colon) auf Guanahani (San Salvador), einer der Bahama-Inseln, entdeckt dann Kuba und Haïti und begründet auf dieser die erste spanische Kolonie San Domingo. Später wird Kuba der Mittelpunkt des spanischen Kolonialbesitzes in Westindien. Von hier aus fährt Cortez 1519 mit 600 spanischen Fußsoldaten, 16 Reitern, 14 Geschützen und 200 Indianern nach Mexiko. Durch Tlaskalaner verstärkt marschiert Cortez auf Mexiko, die Residenz des Montezuma, der ihn in die Stadt aufnimmt. Vorübergehend geht Mexiko den Spaniern verloren, wird aber von Cortez, der sein Heer außer durch Tlaskalaner auch durch spanische Truppen zweimal hatte verstärken können, zurückerobert. Daran schließt sich später die Eroberung von ganz Neuspanien, das außer dem heutigen Mexiko auch noch Neumexiko, Texas, Kalifornien und Florida und das ganze mittelamerikanische Festland umfaßte. Von Panama fuhr Pizarro nach mehreren vorangegangenen vergeblichen Versuchen nach Peru und eroberte, begünstigt durch einen Bruderkrieg, das große Inkareich durch einen Handstreich. Von Peru aus erobert Almagro Chile, auch nach Norden dringen die

Spanier vor und stellen die Verbindung mit Neuspanien her. Aus den Eroberungen werden die beiden Vizekönigreiche Neugranada und Peru gebildet. Von Südperu, dem heutigen Chile, aus wird später das La Plata-Gebiet, d. i. Nordargentinien, erobert. Seit 1570 beteiligten die Spanier sich auch an dem Erwerb von Inseln im südostasiatischen Archipel; sie erwarben die Philippinen, Karolinen und Ladronen. Die letzte Kolonialerwerbung war im Frieden von Fontainebleau 1762 Spanisch Guinea, das Portugal abtreten mußte.

b) Das portugiesische Kolonialreich.

Begründer des portugiesischen Kolonialreichs war Diogo Cão. Er legte 1485—1488 den Grund zu der heutigen portugiesischen Provinz Angola. Sein Werk setzte Vasco da Gama fort, als er einen Küstenstrich an dem heutigen portugiesischen Ostafrika besetzte. Von Ostafrika fuhr Almeida 1505 nach Vorderindien hinüber und eroberte hier einige feste Küstenplätze. Um die alte Handelsstraße nach Ostindien ganz zu sperren, wollte er die Ausfahrt aus dem arabischen und persischen Meerbusen blockieren, geriet jedoch darüber mit den Venetianern in einen Kampf, in dem die Portugiesen zwar mehrere Siege errangen, sich aber doch von der Undurchführbarkeit ihres Planes überzeugten. Sein Nachfolger war Albuquerque; dieser besetzte 1508 Ormuß am Eingange des persischen Meerbusens, eroberte 1510 St. Goa und machte es zum Mittelpunkt des portugiesischen Besitzes in Vorderindien, er besetzte 1511 Malakka und 1512 die Molukken. Seine Nachfolger fügten noch Ceylon hinzu. Erst 1557 wurde Macao an der südchinesischen Küste gegründet. Schon 1500 hatte Cabral die erste Niederlassung an der brasilianischen Küste angelegt. — Die portugiesische Kolonisation blieb ein Faktoreisystem, eine auf Tauschhandel mit den Eingeborenen basierte Zwischenhandelspolitik, ohne nachhaltige Besiedlung und Verwaltung der Kolonialgebiete.

c) Das niederländische Kolonialreich.

Die Niederländer waren die gefährlichsten Konkurrenten Portugals, da sie ihnen selbst zu Leibe gingen. Veranlassung dazu gab ihnen der Anfall Portugals an Spanien im Jahre 1580. So gingen seit 1600 an die Niederlande verloren die hinterindischen Kolonien bis auf einen kleinen Rest, Malakka, Ceylon, die vorderindischen Kolonien bis auf kleine Reste, die Ostküste Brasiliens, die Portugal aber später zurückerwarb, dazu kamen Kolonien in Guayana und Westindien, an der Ostküste von Nordamerika, die aber später an England verloren gingen, und die Südküste von Afrika.

d) Das französische Kolonialreich.

Auch die Franzosen machten, wie erwähnt, um 1600 den ersten Anlauf zur Eroberung von Kolonien, anfangs jedoch bei weitem nicht mit der Energie der Niederländer. Sie begnügten sich anfangs mit der Anlage einiger fester Plätze in Kanada und Vorderindien. Einen neuen Anlauf machte ihre Kolonialpolitik um 1630, es wurden einige feste Plätze in Guayana und Westindien angelegt. Energisch griff erst Colbert die Kolonialpolitik auf; er baute nicht nur die alten Kolonialgebiete aus sondern erwarb auch das ganze Gebiet des Mississippi, Louisiana. Mit seinem Tode ließen jedoch die französischen Kolonialbestrebungen wieder sehr nach.

e) Das englische Kolonialreich.

Noch länger als bei den Franzosen dauerte es bei den Engländern, ehe sie den Kolonialgedanken energisch aufgriffen. Zwar waren schon anfangs des 17. Jahrhunderts englische Kolonien an der Ostküste von Nordamerika angelegt worden; doch geschah dies von Kolonisten, die den religiösen Bedrückungen des Mutterlandes zu entgehen suchten, sie standen deshalb anfangs im Gegensatz zu ihrem

Mutterlande, und erst Cromwell stellte zwischen ihnen und dem Mutterlande eine Verbindung her. Außerdem begnügte sich England damit, mit der Anlage einzelner Faktoreien in Ostindien und mit der Besetzung einzelner kleiner Inseln in Westindien in den Kolonialhandel einzugreifen. Erst 1630 erwarb es seine erste ostindische Kolonie Madras, dazu legte es den Grund zu dem heutigen englischen Guayana. Auch Cromwell konnte außer der Herstellung eines festeren Bandes zwischen den sog. Neuenglandstaaten an der Ostküste Nordamerikas und dem Erlaß der Navigationsakten auf dem Gebiet der Kolonialpolitik nur eine bedeutendere Erwerbung machen, in dem er den Spaniern Jamaika entriß. Unter Karl II. wurde Bombay erworben und der sog. neuenglische Besitz durch die Eroberung von New York abgerundet. Dann ruhte die englische Kolonialpolitik ganz bis zum Ende des 17. Jahrhunderts. Der Utrechter Friede brachte England New Foundland, New Scotland, die Hudsonsbay und Gibraltar. Erst mit dem siebenjährigen Krieg trat aber England eigentlich in die Reihe der Kolonialmächte ein. Es erwarb damals Kanada von Frankreich und legte unter Lord Clive den Grund zum Kaiserreich Indien. 1780 begann die Kolonisation Australiens. 1783 ging die Ostküste von Nordamerika verloren. Die napoleonischen Kriege zerstörten das alte französische Kolonialreich fast vollständig. Die Vereinigung der Niederlande mit Frankreich hatte den Engländern Gelegenheit geboten, die niederländischen Kolonien in Verwahrung zu nehmen. Als Kosten für die Verwahrung ließen sie sich den vorderindischen Besitz der Niederlande, Ceylon und Südafrika abtreten.¹

Ad 2. Die Behandlung der Kolonien durch das Mutterland zur Zeit des Merkantilismus.

Für die Behandlung der Kolonien durch das Mutterland zur Zeit des Merkantilismus sind die Navigationsakten Cromwells typisch: Als Vorbild für die Behandlung der Kolonien von seiten des Mutterlandes diente diesem die mittelalterliche Bannmeilenpolitik. Man setzte die Kolonien zum Mutterlande in dasselbe Verhältnis, wie es einst zwischen den Städten und ihrem Bannmeilenbezirk bestanden hatte; demgemäß wurde den Kolonien jede Veredelungsproduktion untersagt, sie durften ihren Bedarf an veredelten Produkten nur vom Mutterlande her decken und durften außerdem alle ihre Rohprodukte nur an das Mutterland absetzen. Die strikte Durchführung dieser Politik war die Veranlassung für den Verlust der Neuengland-Kolonien gewesen, wodurch die Engländer sich belehren ließen und den kanadischen und australischen Kolonien und

¹ Die Beteiligung anderer Staaten an der Kolonialpolitik zur Zeit des Merkantilismus.

1. Schweden gründete eine Kolonie an der Stelle des späteren New York, verlor sie aber bald an die Niederlande; ebensowenig Glück hatte es, wie wir sehen werden, mit der Gründung der ostindischen Kompagnie.

2. Dänemark erwarb einige der kleinen Antillen und einen größeren Kolonialbesitz im nordarktischen Gebiet und gründete eine westindische und eine arktische Kompagnie. Seine Kolonialbestrebungen hatten einen dauernden Erfolg. In den arktischen Kolonien trieb es hauptsächlich einen einträglichen Fischfang.

3. Der Große Kurfürst gründete eine Kolonie Fort Großfriedrichsburg an der Goldküste von Guinea und eine Kompagnie für den Handel dorthin, sein Enkel gab die Kolonie wieder auf, worauf die Kompagnie sich wieder auflöste.

später auch den südafrikanischen größere Handelsfreiheit gewährten, während die Spanier auch fernerhin an dieser Politik festhielten und dadurch ihren amerikanischen Kolonialbesitz verloren. Von den drei Navigationsakten Cromwells beschäftigten sich übrigens nur zwei mit der Behandlung der Kolonien; von der dritten werden wir an anderer Stelle zu sprechen haben. Zur Belebung des Transithandels von und nach den Kolonien wurden ferner Handelskompagnien begründet und mit Privilegien ausgestattet. Am bekanntesten wurden die fünf ostindischen. Es waren nach der Reihenfolge ihrer Gründung die englische (1600), die holländische (1602), die dänische (1612), die französische (1664), die schwedische (1731), welche letztere aber nie eine Rolle gespielt hat.

Die Bemühungen Preußens, Österreichs und Sachsens, durch Belebung des Überlandhandels Geld in ihr Land zu ziehen.

Während die Westeuropäischen Staaten auf dem Wege der Eroberung von Kolonien bemüht waren, durch Transithandel Geld in ihr Land zu ziehen, suchten die binnenländischen Staaten ganz nach mittelalterlicher Weise aus ihrer Lage selbst Vorteil zu ziehen, indem sie den Transithandel über ihr Land zu leiten bemüht waren. Freilich mußte dieser Handel jetzt eine andere Richtung einschlagen; hatte er sich im Mittelalter von Norden nach Süden bewegt, mußte man ihn jetzt von Osten nach Westen zu lenken suchen. Drei Staaten, alle drei durch ihre geographische Lage selbst darauf hingewiesen, haben sich an diesem Wettbewerb beteiligt Brandenburg-Preußen, Österreich und Sachsen. Brandenburg-Preußen hat das Ziel auf dreifachem Wege erstrebt durch Ausbildung seines Postwesens, das unterstützt wurde durch sein Etappenrecht, so daß schon der Große Kurfürst seine berühmte Post von Königsberg nach Kleve einrichten konnte, durch Kanalbauten, durch die der östliche Teil des Mittellandkanals bis zur Elbe fertiggestellt wurde, und durch die politische Erwerbung der Oder- und Elbgebiete. Der Große Kurfürst erwarb das Erzbistum Magdeburg und Hinterpommern, Friedrich Wilhelm I. erwarb Alt-Vorpommern, Friedrich der Große Schlesien. Der dritte schlesische Krieg sollte ihm nach seiner ursprünglichen Absicht, die durch die Niederlage bei Kollin vereitelt wurde, durch welche der Krieg aus einem Angriffs- zum Verteidigungskrieg wurde, Sachsen und Böhmen einbringen. Diese Bemühungen Brandenburg-Preußens durch den Transithandel Geld ins Land zu ziehen, haben vielfach seine Bestrebungen, alle Produktionszweige zu pflegen, die sich für den Export eigneten, gehemmt und durchkreuzt, indem es, um der einen willen, von einem Schutz Zoll zur Pflege der anderen absehen mußte. Älter als die brandenburgisch-preußischen Bemühungen, den Ost-Westhandel über ihr Land zu lenken, sind die österreichischen. Besaß doch Österreich am Oberrhein noch den alten Stammesbesitz seines Hauses und erwarb es unter Maximilian I. am Niederrhein die Niederlande, von denen ihm dann später 1713 wenigstens ein Teil, das heutige Belgien, wieder zufiel. Um eine Verbindung zwischen dem östlichen und westlichen Besitz seines Hauses herzustellen, verließ schon Maximilian nach langen Vorbereitungen an den Fürsten von Thurn und Taxis das erbliche Amt eines Generalpostmeisters für das Reich. Doch erstreckte sich das Recht in Wahrheit nur auf die kaiserliche Hausmacht und diejenigen Reichsstände, die nicht die sog. *iura reservata limitata* besaßen; von den andern mußte es das Haus Thurn und Taxis erst auf dem Wege einer eigenen Beleihung erwerben, was ihm aber nur teilweise gelang. Daher mußte sich die Thurn und Taxissche Post vielfach auf

Umwegen bewegen und hat sich der Transithandel ihr bei weitem nicht in dem Maße angeschlossen wie der Brandenburgisch-Preußischen Post. Sachsen endlich hat hauptsächlich deshalb auf die Erwerbung von Polen so großen Weg gelegt, weil es durch die politische Vereinigung beider Länder wieder die alte Verkehrsstraße, die sog. hohe Landstraße zwischen Warschau und Leipzig, zu beleben hoffte; aus diesem Grunde hat es auch der Verbindung Schlesiens mit Preußen sich so energisch widersetzt, ging doch diese Straße über Liegnitz. Die Erreichung der politischen Verbindung beider Staaten brachte Sachsen aber doch nicht den gewünschten Erfolg, einerseits nämlich lag noch ein fremdes Gebiet dazwischen, und andererseits waren die sächsischen Kurfürsten nicht so tüchtige Verwaltungsbeamte wie die brandenburgisch-preußischen Kurfürsten und Könige.

§ 11. Die Bemühungen des Merkantilismus, Geld ins Land zu ziehen durch Belebung derjenigen Produktionszweige, die sich für den Export eignen.

Wenn wir jetzt dazu übergehen, die Bemühungen des Merkantilismus darzulegen, Geld ins Land zu ziehen durch Belebung derjenigen Produktionszweige, die sich für den Export eignen, so können wir ein Bild dieser Bestrebungen nicht für alle Länder zeichnen sondern müssen uns auf einige charakteristische Staaten beschränken. Zu dem Zwecke sind darum Brandenburg-Preußen, Frankreich und England ausgewählt und bei beiden die Bemühungen einerseits zur Hebung der Landwirtschaft andererseits zur Förderung der Veredelungsproduktion dargelegt worden.

1. *Brandenburg-Preußen.*

a) Die brandenburgisch-preußischen Bemühungen zur Hebung der Landwirtschaft.

- α) Der sogenannte Bauernschutz,
β) die innere Kolonisation.

Ad α. Die Politik, welche man unter dem Namen Bauernschutz zusammenfaßt, fällt in Brandenburg-Preußen in das achtzehnte Jahrhundert und in die ersten Jahre des neunzehnten Jahrhunderts. Man faßt darunter dreierlei zusammen:

1. die auf die Erhaltung der Bauernstellen,
2. die auf die Rechtssicherheit der Bauern,
3. die auf die Erleichterung bezw. Aufhebung der Hörigkeit gerichtete Politik.

Ad 1. 1739 erging das Verbot, in Zukunft noch irgendeine Bauernstelle einzuziehen. Als der Adel nach Friedrich Wilhelms I. Tode glaubte, dies Verbot nicht achten zu brauchen, weil er nach dem Vorleben seines Nachfolgers glaubte, dieser werde in französisch-leichtfertiger Weise regieren und sich um das Wohl und Wehe seiner Untertanen, besonders aber der Bauern wenig kümmern, erneuerte Friedrich II., sobald er davon erfuhr, das Verbot in sehr nachdrücklichen Worten. Bald aber ging er noch über die Anordnungen seines Vaters hinaus; 1749 ergingen für Schlesien, 1763 für Brandenburg und Pommern, 1777 für das erst vor fünf Jahren erworbene Westpreußen die sogenannten Restitutionsedikte, nach denen alle jemals vorhanden gewesenenen Bauernstellen

wieder hergestellt werden mußten. Nachdem ferner schon sein Vater die Stellen aller Dominialbauern in Brandenburg-Preußen für erblich erklärt hatte, erließ Friedrich II. 1777 ein Edikt, nach dem alle eingetragenen Bauernstellen erblich sein sollten.

Ad 2. Durch die Gerichtsreform unter Cocceji um 1750 wurden die Patrimonial (und Stadt-)gerichte aufgehoben und an ihrer Stelle staatliche Kreis (und für größere Städte Stadt-)gerichte mit staatlich geprüften (die Referendarprüfung genügte damals für die unteren Gerichte, die Assessorprüfung war nur für die Berufungsgerichte nötig) und staatlich besoldeten Richtern besetzte Gerichte geschaffen. Dadurch waren die Bauern in Zukunft vor der willkürlichen patrimonialen Rechtsprechung (Kleist, der zerbrochene Krug) geschützt. Von der alten Patrimonialgerichtsbarkeit blieb nur noch übrig, daß die Kosten der Gerichtsbarkeit, soweit sie nicht durch die Gebühren und Strafgeelder gedeckt wurden, auf die Herren der alten Patrimonialgerichte umgelegt wurden.

Ad 3. Die letztgenannten Reformen wurden hauptsächlich durch die französische Revolution angeregt und fallen darum ganz an das Ende der Periode. 1799 wurde den Dominialbauern Gelegenheit geboten, die Reallasten abzulösen, und zugleich bestimmt, daß alle Dominialbauern, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen würden, auch von der Erbuntertänigkeit befreit sein sollten. 1804 wurde für Ost- und Westpreußen die Erbuntertänigkeit der Dominialbauern aufgehoben, auch ohne daß sie die Reallasten ablösen mußten.

Zur Durchführung und Überwachung all dieser Reformen und zur Verwaltung der Landkreise wurden Landeskommissare — die Vorläufer der heutigen Landräte — bestellt. Da diese nun aber selbst aus dem Landadel waren und die Kreise der dünnen Bevölkerung wegen noch sehr groß waren, konnten sie viel weniger durchgreifen als die Stadtkommissare.

Fragen wir nun nach den Beweggründen der brandenburgisch-preußischen Könige bei ihrer Bauernschutzpolitik, so müssen wir eingestehen: Soziale Gesichtspunkte lagen den preußischen Königen bei dem Bauernschutz vollständig fern und mußten ihnen auch ganz fern liegen. Sozial dachte in jener Zeit noch keiner und konnte auch keiner denken. Sozial zu denken ist erst immer in einer wohlhabenden und gesättigten Zeit möglich wie der unsrigen, nicht aber in einer Zeit wie der des Merkantilismus, in der sich die Staaten erst groß hungern mußten. Das Großhungern müssen freilich zumeist die unteren Stände besorgen; dabei ist dann an eine soziale Politik nicht zu denken. Die preußischen Könige wollten vielmehr durch ihre Bauernschutzpolitik einerseits die Landwirtschaft zum Export befähigen, was ihnen ja auch in Verbindung mit der Siedelungspolitik gelungen ist, andererseits lag ihnen an der Erhaltung des Bauerntandes, weil sie ihn brauchten als Arbeiter, Steuerzahler und Soldaten. In Brandenburg-Preußen bestand zwar eine allgemeine Dienstpflicht, d. h. jeder war auf den Ruf des Landesherrn verpflichtet, zwanzig Jahre lang als Berufssoldat bei der Fahne zu dienen, davon aber gab es zahlreiche Befreiungen, jeder älteste Sohn eines Landwirts, eines selbständigen Handels- oder Gewerbetreibenden, alle Studierenden und Studierten, die männlichen Eingeborenen vieler privilegierter

Städte (weshalb in diesen Städten Entbindungsanstalten entstanden, wohin wohlhabende Frauen vor der Geburt sich begaben, um den eventuell geborenen Knaben das Privileg der Stadt zu sichern) waren frei. So reichten, da das Heer 5 % der Bevölkerung ausmachte, die Kantonierungspflichtigen (Kantone hießen die Aushebungsbezirke) kaum für den Ersatz des Heeres, und man mußte auf Hebung und Erhaltung ihrer Zahl bedacht sein.

Ad β. Die innere Kolonisation in Brandenburg-Preußen.

Die innere Kolonisation in Brandenburg-Preußen ist hauptsächlich das Werk Friedrich Wilhelms I., der das von der Pest entvölkerte Ostpreußen mit Holländern und Salzburgern wieder besiedelte, und Friedrichs des Großen, der durch seine berühmten Entwässerungen des Spreewaldes, des Oderbruches, des Wartebbruches, des Neßebbruches und des Weichseldeltas ungemeine Landstrecken gewann und mit Großbauern in Einzelhöfen dicht besiedelte. Mit verhältnismäßig geringen Summen hat Friedrich der Große hier Unermeßliches geleistet.

b) Die brandenburgisch-preußischen Bemühungen zur Hebung der Veredelungsproduktion.

- a) die Reform des Handwerks,
- β) die Bemühungen zur Schaffung einer Großindustrie.

Ad α. Die Bemühungen, das Handwerk zu reformieren, teilte Brandenburg-Preußen mit dem gesamten übrigen Deutschland. Teils infolge der allgemeinen mißlichen wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands, teils aber auch gerade infolge der Bemühungen der Regierungen, aus ihren Territorien einheitliche Wirtschaftsbezirke zu machen, weil sie infolge dieser Bemühungen den Kantonalmarkt nicht mehr ausschließlich beherrschten, hatte bei den Innungen anstatt des früheren sozialen und kollegialen Geistes ein kleinlicher Konkurrenzneid Platz gegriffen und ängstlich suchten sie sich jede Konkurrenz vom Leibe zu halten. Zu dem Zwecke erschwerten sie das Meisterwerden derart, daß zur Meisterwürde und damit zu dem Rechte, das Handwerk selbständig auszuüben, nur noch der gelangen konnte, der als Meisterssohn die Tochter eines andern Meisters heiratete und sich so innerhalb der Meisterschaft eine große Fürsprache sicherte. Hier griffen nun die deutschen Fürsten ein. Nach Verhandlungen, die sich fast zwei Menschenalter hinzogen, einigte man sich endlich über die sogenannte deutsche Zunftordnung.

Diese hob die bisherige Autonomie der Zünfte auf und unterstellte sie vollständig der Staatsgewalt, alle Innungsbriefe und Innungsstatuten waren den Landesregierungen zur Genehmigung vorzulegen und waren erst dann wieder gültig, wenn sie diese erlangt hatten. Sie verbot den Zünften, Zusammenkünfte ohne obrigkeitliche Erlaubnis und ohne die Anwesenheit eines obrigkeitlichen Beamten abzuhalten. Sie verbot den Innungen, Verbände zu bilden, die über ein Territorium hinausgingen, und ließ auch territoriale Verbände nur mit Genehmigung der Territorialregierung zu. Sie verbot den Zünften verschiedener Territorien, miteinander in Korrespondenz oder geselligen Verkehr zu treten, und machte Korrespondenz

und geselligen Verkehr zwischen den Zünften desselben Territoriums von der Genehmigung der Territorialregierungen abhängig. Sie verbot den Zünften und Zunftverbänden jede Jurisdiktion, insbesondere jede Verrufserklärung gegenüber Außenstehenden. Sie gab ihnen auch gegenüber den eigenen Zunftsangehörigen nur noch eine sehr geringe Disziplinargewalt, alle schwereren Fälle hatten sie vor die ordentlichen Gerichte zu bringen. Auch den Gesellenverbänden wurde jede Jurisdiktion und vor allem jedes Recht der Verrufserklärung abgesprochen und jeder Versuch dazu unter Strafe gestellt. Auch die Gesellenverbände durften nur Lokalverbände sein, sich auf den Umkreis eines Territoriums nur mit Genehmigung der Territorialregierung, über diesen hinaus überhaupt nicht erstrecken. Sie gab den Territorialregierungen das Recht, die Zunftsatzungen jederzeit zu ändern, auch die Zünfte, wenn sie es für gut hielten, jederzeit aufzuheben. Das gleiche galt von den Gesellenverbänden. Über die Aufnahme in die Innung als Lehrling, Geselle oder Meister entschieden zwar nach wie vor die Innungen, doch konnte von den Innungen bei ungünstigem Bescheide an die obrigkeitliche Gewalt appelliert werden, die dann endgültig entschied. Das war also besonders wichtig für die Zulassung zum selbständigen Gewerbebetriebe, die nun nicht mehr von der Erlaubnis durch die Innung allein abhängig war. Den Gesellen wird streng verboten, durch Koalition auf die Meister in bezug auf die Arbeitsbedingungen einen Druck auszuüben, insbesondere wurde jeder Streik, jeder Bruch des Arbeitsvertrages verboten. Kein Geselle durfte in Arbeit genommen werden, der von seiner letzten Stelle nicht ein obrigkeitlich beglaubigtes Abgangszeugnis, die sog. Kundschaft besaß, die sich über Zeit und Art seiner letzten Beschäftigung aussprach.

Dreierlei ersehen wir an dieser Zunftordnung, nämlich,

1. daß die Territorialregierungen auch den Zünften gegenüber das Prinzip der Abgeschlossenheit des Territoriums gewahrt sehen wollten,
2. daß die Territorialregierungen die Selbstverwaltung der Zünfte nur unter ihrer Aufsicht und Genehmigung zulassen wollten,
3. daß die Gesellen wieder den Innungsmeistern scharf untergeordnet wurden, und daß der Grundsatz des Individualvertrages zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer statuiert wurde.

Da Reichsgesetze als solche in den Territorien keine Gültigkeit hatten, mußten sie erst in den einzelnen Territorien als Territorialgesetze publiziert werden; dies geschah auch mit der Zunftordnung überall in dem nächsten Jahrzehnt, aber nur in den größeren Territorien wurde sie auch mit Nachdruck durchgeführt, insbesondere in Brandenburg-Preußen, wo eine sorgfältige Nachprüfung aller Zunftsatzungen stattfand und die Regierung durch die Stadtkommissariate von dem Recht, die Aufnahme in die Zünfte und damit die Erlaubnis zum freien Gewerbebetriebe zu gewähren, sehr ausgiebigen Gebrauch machen ließ, was überall in den Städten unter den Gesellen freudigen Anklang fand, wenngleich allen Wünschen keineswegs entsprochen wurde. Auch auf dem flachen Lande erlaubten die Regierungen vielfach diesen sogenannten landesherrlichen Meistern, sich anzusiedeln, was wiederum von der Landbevölkerung mit großer Genugtuung begrüßt wurde.

Ad β . *Die Bemühungen zur Schaffung einer Großindustrie.*

Bei den Bemühungen zur Schaffung einer Großindustrie folgte man in Brandenburg-Preußen ebenso wie in Österreich und England dem Vorbilde Colberts in Frankreich; so daß also die hier gemachten Ausführungen auch für jene Länder zu gelten haben. Es bewegten sich diese Bemühungen auf dem Gebiete der Haus- oder Verlagsindustrie und auf dem Gebiete der Manufaktur, da nach dem Stande der Technik an eine Fabrikindustrie noch nicht zu denken war; denn der Stand der Technik war noch immer derselbe wie alle die Jahrhunderte vorher, die Schaffung der Großindustrie stellte teilweise nur einen kaufmännisch-organisatorischen Fortschritt dar, nämlich bei der Hausindustrie, teilweise einen kaufmännisch- und betriebsorganisatorischen Fortschritt, wie bei der Manufaktur. Bei der Hausindustrie blieb die alte handwerksmäßige Arbeitsweise vollständig bestehen, nur der kaufmännisch organisierte Absatz war das Neue, bei der Manufaktur begegnet uns zum erstenmal die Vereinigung einer größeren Zahl von Arbeitskräften in einem Betriebe, was nach den sozialen Grundsätzen des Mittelalters, wie wir früher sahen, gar nicht möglich gewesen war. Während aber die Manufaktur eine vollständige Neuerung war, war es die Hausindustrie auch insofern nicht, als auch im Mittelalter schon manche Handwerksbetriebe für kaufmännische Abnehmer gearbeitet hatten, und zwar waren es gerade die berühmtesten gewesen, wie die Tuchmacher in Flandern, die Schwertfeger in Solingen, die Schiffsbauer in Ulm, die Spielwarenverfertiger in Nürnberg, die Lebkuchenbäcker in Nürnberg und Thorn, die Schuhmacher in Breslau und vielen pommerschen und westpreußischen Städten, die Möbeltischler in Wien und viele andere Handwerksbetriebe mehr. Volle Gewerbefreiheit gewährte man für die Verleger der Hausindustrie und die Manufakturisten jedoch keineswegs, vielmehr griff gerade hier eine sehr weitgehende Bevormundungspolitik platz. Die Normen der Bevormundungspolitik waren der alten Zunftpolitik entlehnt, sie bestanden hauptsächlich in Konzession zum Gewerbebetrieb, Warenbeschau und Preistaxen. Jede Ware wurde zu den beiden letzten Zwecken staatlich verpackt und mit einem Stempel versehen, der die Quantität und den taxierten Preis ersehen ließ. Diese staatlichen Diplome genossen im Auslande ein solches Vertrauen, daß daraufhin unbesehen jedes Stück abgenommen wurde. Der Weltruf der schlesischen Leinenindustrie hat sich z. B. auf diesen Diplomen begründet. Für die Erteilung von Konzessionen waren drei Gesichtspunkte maßgebend; diese waren 1. die Personenfrage, 2. die Lokalfrage, 3. die Bedarfsfrage.

Ad 1. Man fragte nicht danach, ob der Betreffende das Gewerbe technisch auszuüben vermöge, sondern, ob er die Waren zu beurteilen verstünde, ob er die Beziehungsplätze für die Rohprodukte, die Absatzplätze für die fertigen Produkte kenne, ob er die allgemeinen kauf-

männischen Kenntnisse besitze, und, ob er auch im übrigen zur ge-
dehlichen Durchführung des Unternehmens geeignet erscheine. Man
verfuhr dabei durchaus vorurteilsfrei. Friedrich der Große hat z. B. die
Juden zur Durchführung seiner industriellen Bestrebungen vielfach
herangezogen. Viele der alten angesehenen jüdischen Familien
Preußens verdanken ihren Wohlstand der Politik Friedrichs des Großen
und haben ihm dies bis auf den heutigen Tag mit einer gut preußischen
Gesinnung gedankt, wie ja Dankbarkeit ein Grundzug jüdischen
Charakters ist.

Ad 2. Man fragte hier einerseits, ob das Lokal selbst zu dem Be-
triebe geeignet sei, und andererseits, ob durch den Betrieb nicht die
Umgegend besonders sanitär und in bezug auf störenden Lärm be-
einträchtigt werde.

Ad 3. Hier wurde sorgfältig erwogen, ob eine Vermehrung der
schon bestehenden Konkurrenz für die Konsumenten erwünschter sei
als die Verhinderung neuer Konkurrenz für die Produzenten. Es muß
ganz besonders hervorgehoben werden, daß die preußischen Regierungen
niemals da die Konzession für einen Verlag oder eine Manufaktur er-
teilt haben, wo einem blühenden und gesunden Handwerk dadurch hätte
Konkurrenz gemacht werden können.

2. England.

a) Die englischen Bemühungen zur Hebung der Land- wirtschaft.

- α*) Die Hebung des Bauernstandes,
- β*) die Getreidehandelspolitik.

Ad *α*. In bezug auf die Befreiung des Bauernstandes aus der
Hörigkeit eilte England durch seine große Revolution von zirka 1640
an der Entwicklung des Kontinents um 140 bis 160 Jahre voraus. Diese
große Bewegung machte den Bauernstand frei. Es war eine der ersten
Regierungshandlungen Karls II., diesen tatsächlichen Zustand durch eine
feierliche Akte gesetzlich zu sanktionieren. Damit hörten Erbuntertänig-
keit und Dienstverpflichtungen jetzt auch gesetzlich auf. Fortbestehen
blieb das grundherrliche Eigentum am Grund und Boden; der Bauer
war ein freier Pächter und damals als solcher noch zahlreicher als
gegenwärtig vertreten. Daß die Bauern in großer Zahl ihre Pachthöfe ver-
ließen, gehörte erst einer nachmerkantilistischen, ja sogar nachsmithschen
Zeit an. Erst seit 1820 zirka entstanden die großen, menschenleeren
Parke und die großen, menschenleeren Pachthöfe mit vorwiegender
Weidewirtschaft. Smith kennt noch die kleinen bäuerlichen Pächter und
schwärmt auch selbst für den kleinen bäuerlichen Betrieb; denn auch
die theoretische Vorliebe für den großen Pachthof gehört der nach-
smithschen Lehre an.

Ad β . Die protektionistische Getreidehandelspolitik begann in England 1660 zunächst mit einem geringen Zoll. 1689—1815 galt das folgende System. War der Londoner Preis für das Quarter besten Weizens unter 48 sh, so war ein Einfuhrzoll von 16 sh zu zahlen und wurde eine Ausfuhrprämie von 5 sh gewährt. Stieg der Preis über 48 sh, so verringerten sich Einfuhrzoll und Ausfuhrprämie in demselben Betrage wie der Preis stieg, bei 53 sh hörte also die Ausfuhrprämie und bei 64 sh der Einfuhrzoll auf. In der napoleonischen Zeit hatte man infolge des Ausbleibens des kontinentalen Getreides jedes Fleckchen Erde aufs intensivste anbauen und die Landwirtschaft zur Erreichung dieses Zieles große Opfer bringen müssen, die bei Aufhebung der Kontinentalsperre alle nutzlos wurden. Dem Verlangen der Landwirte, nicht plötzlich vor eine allgemeine Misere gestellt zu werden, mußten die Regierung und das Parlament, weil es durchaus berechtigt war, nachgeben. Darum wurden 1815 die obigen Sätze in der folgenden Weise modifiziert. War der Londoner Preis für das Quarter besten Weizens unter 64 sh, so war ein Einfuhrzoll von 16 sh zu zahlen und wurde eine Ausfuhrprämie von 5 sh gewährt. Stieg der Preis über 64 sh, so verringerten sich Einfuhrzoll und Ausfuhrprämie in demselben Betrage wie der Preis stieg, bei 69 sh hörte also die Ausfuhrprämie und bei 80 sh der Einfuhrzoll auf. 1828 wurden die Sätze aufs neue geändert. War der Inlandspreis unter 51 sh, so betrug der Einfuhrzoll 37 sh; von da ab fiel der Einfuhrzoll in dem Maße wie der einheimische Preis stieg, bei 88 sh war die Einfuhr zollfrei. 1846 wurden die Sätze wiederum geändert. War der Inlandspreis unter 53 sh, so betrug der Einfuhrzoll 20 sh; von da ab fiel der Einfuhrzoll dann wieder in dem Maße, wie der Preis stieg, bei 73 sh war die Einfuhr also zollfrei. 1846 wurden die Sätze noch weiter ermäßigt. War der Inlandspreis unter 48 sh, so betrug der Einfuhrzoll 10 sh; von da ab fiel der Einfuhrzoll wieder in dem Maße, wie der Preis stieg, bei 53 sh betrug der Einfuhrzoll also 4 sh, sank dann aber nicht mehr. 1849 wurde ein fester Zoll von 1 sh erhoben, 1864 von 3 sh, seit 1869 wird nur noch die sogenannte statistische Gebühr erhoben.

Mit dem 1828 erfundenen System glaubten die Engländer den Stein der Weisen gefunden und das Interesse der Konsumenten und Produzenten gleichmäßig wahrgenommen zu haben. Das Gegenteil war der Fall. Produzenten und Konsumenten wurden gleichmäßig geschädigt und nur die Taschen der Getreidehändler auf Kosten der beteiligten Kreise gefüllt, indem der wütesten Spekulation Tür und Tor geöffnet wurde. Dies aber kam folgendermaßen. Gegen Ende einer Ernteperiode waren meist die gesamten Getreidevorräte des Landes in den Händen der Händler, umso mehr als dies, wie wir sehen werden, durch das geschilderte System ihnen noch erleichtert wurde. Dann ließen sie die Preise anziehen. Aus den südlichen Ländern führten sie nun Getreide in großen Mengen zollfrei ein und verteilten die Einfuhr auf alle Einfuhrplätze so, daß man besonders bei dem damals noch schlechten Nachrichtenwesen nur eine schwache Übersicht über die eingeführten Mengen gewinnen konnte. Von diesem gaben sie dann immer nur

soviel ab, daß der Preis sich auf der Höhe hielt, bei der zollfreie Einfuhr gestattet war. So verfahren sie, bis die einheimische Ernte auf dem Markte erschien; dann ließen sie die Preise stark fallen, was sie ja konnten, da sie zollfrei eingeführt hatten und sie den scheinbaren Verlust einbrachten durch billigen Einkauf der einheimischen Ernte. So wie es noch heute ist, war es auch damals und damals vielleicht noch in verstärktem Maße, daß der Landwirt nämlich nach Abschluß der Erntezeit vielerlei Zahlungen zu machen hat und darum notwendig Geld braucht. Waren die Inlandspreise niedrig, so mußten sie einen umso größeren Teil ihrer Ernte gleich nach dem Einbringen verkaufen, und so wurde die Absicht der Getreidehändler, möglichst früh und möglichst billig alle inländischen Getreidevorräte in ihre Hände zu bekommen, ihnen durch dies System erleichtert. War das aber geschehen, so waren sie die Herren der Situation und konnten die Preise wieder anziehen lassen, wenn sie es für gut befanden. Einige Jahre ließen die englischen Landwirte und Konsumenten sich diese Manipulationen gefallen; dann aber brach der Sturm los (Anti Corn Law League) und fegte nicht nur dies System sondern den ganzen Merkantilismus weg. Wenn den Engländern heute der Freihandel für ein Dogma gilt, so sind diese letzten Ausschreitungen des Merkantilismus in England hauptsächlich daran schuld. Das Skalensystem hatten auch Frankreich, und zwar von 1819—1859 mit Ein- und Ausfuhrverboten, Schweden, Belgien, die Niederlande und Portugal.

b) Die englischen Bemühungen zur Hebung der Veredelungsproduktion.

α) Die Reform des Handwerks,

β) die Bemühungen zur Schaffung einer Großindustrie.

Ad α. Die Zünfte waren in England, wie überhaupt die ganze städtische Bevölkerung, dem Landesherrn gegenüber nie so selbständig gewesen wie auf dem Kontinent; darum waren sie aber auch vor solchen Ausschreitungen des Selbstregiments bewahrt geblieben, wie wir sie in Deutschland in der Zeit nach dem dreißigjährigen Kriege antreffen. Ihr Gesetzgebungsrecht hatte sich nie über das engste Weichbild der Stadt hinaus erstreckt, Bannmeilenrechte hatte es zugunsten der städtischen Zünfte nie gegeben, ein Verbot des Gewerbebetriebs auf dem platten Lande also nie bestanden.

Ad β. Die Grundzüge der Bemühungen des Merkantilismus zur Schaffung einer Großindustrie haben wir schon oben kennen gelernt. Hier haben wir darum nur das für England Spezielle noch nachzuholen. Da wäre zuerst zu erwähnen, daß die geringe Macht der Zünfte in England der Regierung ihre Bestrebungen zur Schaffung einer Großindustrie wesentlich erleichterten. Die neu entstehenden Großindustrien konnten sich auf dem platten Lande von vornherein ungestört entwickeln. Die neuen Gewerbeplätze Leeds, Sheffield, Manchester, Birmingham hatten alle ursprünglich überhaupt kein Handwerk getrieben. Die Hausindustrie dehnte sich in England seit Mitte des siebzehnten Jahrhunderts sehr stark aus. Die Manufakturindustrie dagegen machte nur sehr geringe Fortschritte. Noch zu der Zeit, da Adam Smith sein Werk abfaßte, war sie kaum über die ersten Stadien der Entwicklung

hinaus. Wichtiger als die charakterisierte Abweichung von der kontinentalen Entwicklung war es, daß in England um das Jahr 1650 die Lehre von der sogenannten Exportindustrie aufkam. Diese Lehre erklärte es für das allervorteilhafteste, die beiden von dem älteren Merkantilismus empfohlenen Wege, Gold und Silber ins Land zu schaffen, zu vereinigen. England, hieß es, müsse den Besitz der sogenannten Neuengland-Kolonien ausnutzen, um sich von ihnen auf dem Veredelungswege zu verarbeitende Rohprodukte liefern zu lassen, und dann diese veredelten Produkte an das Ausland abzusetzen suchen. Dadurch werde man die beiden von den älteren Merkantilisten empfohlenen Wege vereinigen, man werde Erwerbszweige pflegen, die sich besonders für den Export eignen, und man werde durch den Vertrieb veredelter Kolonialprodukte auch den Vermittlungshandel mit Kolonialwaren pflegen. Das müsse dem Lande auch einen doppelten Vorteil bringen. Diese Lehre wäre an sich noch nicht durchaus falsch gewesen, wenn man nicht darauf verfallen wäre, die Exportindustrie durch ein sehr sonderbares Mittel zu fördern. Um in dem Vertrieb veredelter Kolonialprodukte durch Billigkeit des Angebots jede Konkurrenz aus dem Felde schlagen zu können, suchte man die Unternehmer in den Stand zu setzen, möglichst geringe Löhne zu zahlen, und glaubte dies dadurch erreichen zu können, daß man die Preise für Lebensmittel möglichst niedrig hielt. Als die Cromwellsche Regierung im Jahre 1653, nachdem wieder überall geordnete Verhältnisse zurückgekehrt waren und die Getreidepreise wieder ihren normalen Stand erreicht hatten, ersucht wurde, die Getreideausfuhr, die von den Zeiten der Königin Elisabeth an aufgehoben worden war und zu einer Umwandlung immenser früher angebauter Flächen in Weideland geführt hatte, wieder frei zu geben, verweigerte sie dies unter der obigen Begründung. Damals tauchte übrigens zum erstenmal der später oft wiederholte Satz auf, England müsse danach streben, das erste Industrieland der Welt zu werden, weil bei ihm mehr als bei irgendeinem andern Lande alle Voraussetzungen dafür gegeben seien, besonders nach dem Erwerb der schönen neuenglischen Kolonien.

Anfänglich schien es, als ob die Regierung mit dem von ihr betretenen Wege zur Hebung der Exportindustrie Recht behalten sollte, die Preise für den Weizen fielen sehr stark, bald aber zogen sie wieder sehr stark an und beim Tode Cromwells hatten sie wieder einen sehr hohen Stand erreicht, eine Hungersnot drohte auszubrechen. Daß man den gewollten Zweck mit dem Ausfuhrverbot nicht erreichte, die Maßregel vielmehr den entgegengesetzten Erfolg hatte, war leicht erklärlich. Die englischen Landwirte hatten sich darauf eingerichtet, daß sie in Jahren mit normaler Ernte den ganzen Ertrag im Inlande auch absetzen konnten, als nun ein schlechtes Erntejahr kam, da reichte die Ernte für die Ernährung der Bevölkerung nicht aus, und da England ferner auch keinen Getreidehändlerstand mehr hatte, auch gerade damals die schwache Regierung von Cromwells Sohn Richard versagte, so drohte eine Hungersnot auszubrechen. Es war darum eine der ersten Maßregeln Karls II., daß er das prinzipielle Ausfuhrverbot wieder aufhob und den

Landwirten die Zusicherung gab, er würde das Ausfuhrverbot wieder zurücknehmen, wenn der Preis für das quarter auf 24 sh gefallen wäre. Drei Jahre später machte er das Versprechen schon für den Fall eines Preisfalls bis auf 48 sh. Die weitere englische Politik in bezug auf den Getreidehandel, die im Gegensatz zu der Cromwellschen eine sehr agrarfreundliche wurde und es auch nach der Vertreibung der Stuarts blieb, haben wir schon oben kennen gelernt.

Frankreich.

a) Die französischen Bemühungen zur Hebung der Landwirtschaft.

Colbert und seine meist recht bedeutenden Nachfolger in der Leitung der französischen Handelspolitik hatten erkannt, daß die französische Landwirtschaft im Sinne des Merkantilismus ein Produktionszweig sei, den man ganz besonders fördern müsse, um durch seine Pflege Geld aus dem Auslande ins Land zu ziehen, daß sie aber auf ihren verschiedenen Gebieten, dem Getreidebau, der Viehzucht, dem Anbau von Gemüsen, Obst- und Südfrüchten und dem Weinbau, nur der Erlaubnis freier Ausfuhr bedürfe, um sich selbst aufs beste entwickeln zu können; so haben denn die französischen Handelsminister, mit Ausnahme der Jahre 1694—1702, wo sich zum erstenmal eine der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte feindliche Stimmung geltend zu machen suchte, die aber durch Boisguilleberts geschicktes und tatkräftiges Eingreifen zum Segen Frankreichs im Keime erstickt wurde, in den Jahren von 1669 bis 1720, wo es nur immer die Ernteverhältnisse und die inneren Preise Frankreichs gestatteten, die Getreideausfuhr freigegeben und daran, wie der Erfolg zeigte, recht getan. Die Konsumtion litt unter der Freigabe der Ausfuhr nicht, und diese selbst brachte Frankreich und seiner Landwirtschaft schöne Geldsummen ein.

b) Die französischen Bemühungen zur Hebung der Veredelungsproduktion.

- α*) Die Reform des Handwerks,
- β*) die Bemühungen zur Schaffung der Großindustrie.

Ad *α*. Die Zünfte waren in Frankreich, wie überhaupt die ganze städtische Bevölkerung, dem Landesherrn gegenüber freilich bedeutend selbständiger wie in England, aber doch nie so selbständig wie in Deutschland gewesen. Ein staatliches Aufsichts- und Bestätigungsrecht hatte stets bestanden. Dazu kam, daß der Hauptgrund für den Niedergang der Zünfte in Deutschland, der allgemeine wirtschaftliche Niedergang, der erst zu einem Mißbrauch der Zunftrechte geführt hatte, in Frankreich erst im achtzehnten Jahrhundert sich geltend machte, d. h. zu einer Zeit, wo die absolute Regierung auch ohne besondere Gesetzgebung dem Eindringen von Mißbräuchen in der Ausübung der Zunftgewalt begegnen konnte. Aus allen diesen Gründen waren auch in

Frankreich so eingreifende Zunftreformen wie in Deutschland nicht nötig.

Ad β . Die Grundzüge der Bemühungen des Merkantilismus zur Schaffung einer Großindustrie haben wir schon weiter oben kennen gelernt, auch schon erwähnt, daß sie gerade von Frankreich ausgegangen sind. Hier haben wir darum nur das für Frankreich Spezielle noch nachzuholen. Eine eigenartige Entwicklung finden wir in Frankreich in bezug auf die sogenannte Exportindustrie. Um das Jahr 1675 nahm Colbert nach dem Erwerb der Kolonie Louisiana die englische Politik der Förderung der Exportindustrie auf; durch den englischen Mißerfolg aber belehrt, hütete er sich, sie auf Kosten der Landwirtschaft zu unterstützen. Erst 1694 gelang es der französischen Industriepartei unter Hinweis darauf, welchen Aufschwung die englische Exportindustrie unter Cromwell genommen habe, und daß es für die französische Exportindustrie außerordentlich schwer sei, den englischen Vorsprung einzuholen, die französische Regierung zu einem prinzipiellen Ausfuhrverbot für Getreide zu bewegen. Die üblen Folgen blieben nicht aus, und Boisguillebert gelang es dann 1702 unter Hinweis darauf, daß England seinerzeit dieselben üblen Erfahrungen gemacht habe und sich dadurch zu einer Rücknahme des prinzipiellen Verbotes habe bewegen lassen, die Aufhebung des prinzipiellen Verbotes wieder durchzusetzen. Im Jahre 1720 aber ließ sich der damalige Prinzregent Louis Philippe bewegen, das prinzipielle Ausfuhrverbot wieder zu erneuern, und die Regierung hielt daran fest bis zum Jahre 1754, obgleich sich die gehofften günstigen Folgen nicht einstellten, dafür aber sehr viel häufiger und sehr viel stärker Hungerjahre auftraten als früher, und zwar aus den Gründen, die wir oben bei England schon kennen gelernt haben¹.

¹ Einige weitere allgemeine Maßregeln zur Hebung der Produktion.

Zur Vervollständigung des gezeichneten Bildes von den Maßnahmen der Regierungen zur Hebung der Produktion haben wir zum Schluß noch einiger weiterer Maßregeln zur Förderung der Landwirtschaft und der Veredelungsproduktion im allgemeinen zu erwähnen. Diese bewegten sich hauptsächlich auf dem Gebiete des Zollwesens. Wie die speziellen Bemühungen zur Schaffung einer Großindustrie von Frankreich ausgegangen waren, so begegnen wir auch den ersten Anfängen eines von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus geleiteten Zollwesens in Frankreich. Während man bis dahin das Zollwesen nur als eine ergiebige Finanzquelle benutzte und ohne Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen Folgen Ein- und Ausfuhr mit Abgaben überladen hatte, geht man nunmehr zum erstenmal daran, das Zollwesen in den Dienst der Volkswirtschaftspolitik zu stellen. Da man aus finanziellen Gesichtspunkten auf die Einfuhrzölle von Roh- und Halbfabrikaten und die Ausfuhrzölle von Ganzfabrikaten noch nicht ganz verzichten kann, so werden diese wenigstens, soweit es nur immer die finanziellen Verhältnisse erlauben, ermäßigt, andererseits aber zum Schutz der einheimischen Industrie die Zölle auf Ganzfabrikate bedeutend erhöht. Des Ferneren war man zur Hebung

§ 12. Die Geldausfuhrverbote und Geldausfuhrerschwerungen.

Was nun die Bemühungen der Staaten betrifft, sich gegen die Versuche fremder Staaten zu wehren, dem Staate das Geld aus dem Lande zu ziehen, sei es durch Transithandel, sei es durch den Import eigener Produkte, so dienten diesem Zweck zunächst Prohibitivzölle und Einfuhrverbote, sodann Verschließung der Grenzen gegen jeden Transithandel. Die dritte der Cromwellschen Navigationsakten verbot ausländische Waren anders als auf englischen Schiffen oder denjenigen des Ursprungslandes in England einzuführen, verschloß also England dem Transithandel. Da damals nur die Niederlande Transithandel trieben, richtete sie sich also gegen diese. Sie beantworteten demgemäß auch die dritte Navigationsakte mit einer Kriegserklärung. Sie hatten jedoch in diesem Kriege wenig Erfolg und mußten auf den Transithandel nach England verzichten. Cromwell ging sogar noch weiter, er verbot jede Geldausfuhr, indem er behauptete, England könne seinen Transithandel damit treiben, daß es für seine Veredelungsprodukte die Rohstoffe für seine Exportindustrie hole, es bedürfe dazu des Geldes nicht. Auch dieses Verbot wurde, und zwar hauptsächlich auf Betreiben von Thomas Mun, ebenso wie das Getreideausfuhrverbot von Karl II. zurückgenommen.

§ 13. Die Versuche des Merkantilismus, Papiergeld einzuführen.

Was endlich den letzten Punkt der auf die Vermehrung des einheimischen Geldes gerichteten Politik des Merkantilismus betrifft, den Versuch, den Umgang des Hartgeldes durch Papiergeld, und zwar durch uneigentliches, nicht staatliches Papiergeld, zu ergänzen, so wurde ein solcher zuerst von England im Jahre 1694 gemacht. In diesem Jahre wurde die Bank von England gegründet. Der Versuch gelang von Anfang an gut. 1715 gründete der Schotte John Law in Frankreich eine Notenbank. Sie brach schon nach fünf Jahren zusammen und zwar aus vier Gründen. Zunächst war ihr Aktienkapital von vornherein viel zu klein gewesen, dann wurden ihr viel zu viel Staatsschulden aufgehalst, dann ließ John Law sich mehr und mehr dazu drängen, die

von Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe bemüht, das Verkehrswesen zu verbessern. Straßen, Kanäle, Häfen wurden angelegt, und die Zölle wurden zur Erleichterung des inneren Verkehrs von dem Inneren an die Grenze verlegt, worauf man freilich in Deutschland bei seinen zerrissenen politischen Verhältnissen verzichten mußte. Maß- und Münzwesen wurden vereinheitlicht, was wiederum in Deutschland sich nicht durchführen ließ. Dazu kamen noch verschiedene kleinere Maßregeln. Fremde Arbeiter und Unternehmer werden ins Land gezogen, um von ihnen die fremden Arbeitsweisen zu erlernen, Unterstützungen und Privilegien werden den Unternehmern gewährt, die sich auf einem bis dahin fremden Produktionszweige zu versuchen versprechen, auch mit fremden Anpflanzungen, wie z. B. der Kartoffel, mit fremden Züchtungen, wie z. B. der Seidenraupenzucht, versucht man sich.

Bank zu einem Finanzierungsinstitut für die gewagtesten Kolonialgründungen zu machen, und endlich hatte sie viel zu viel Banknoten ausgegeben. Nicht viel besser erging es der nächsten französischen Notenbank, der 1793 gegründeten Caisse d'Escompte. Auch ihr Aktienkapital war von vornherein viel zu klein, auch sie wurde gezwungen, dies an sich schon geringe Aktienkapital in Staatsanleihen anzulegen, sie beteiligte sich durch den Aufkauf von Assignaten viel zu viel an den Grundstücksspekulationen mit den Gütern der Emigranten und hatte endlich auch wieder viel zu viel Banknoten ausgegeben. 1765 gründete Friedrich II. eine Giro- und Lehnbank mit dem Sitze in Berlin und Breslau und versah sie im folgenden Jahre mit dem Recht der Notenausgabe. Das Institut war ein verfrühtes und hat lange Zeit nur vegetiert. Um überhaupt Geschäfte zu machen, legte es seine Kapitalien in Hypotheken an, was 1807 zusammen mit dem Tilsiter Friedensschluß über dasselbe eine schwere Krise heranziehen ließ, die es erst viele Jahre später überwunden hat.

§ 14. Die Bevölkerungspolitik des Merkantilismus.

In bezug auf die Bevölkerungspolitik des Merkantilismus kann man zwei Gruppen von Bestrebungen unterscheiden. Die eine Gruppe von Bestrebungen war gerichtet auf die Heranziehung kapitalkräftiger und rühriger für das Erwerbsleben besonders befähigter Personen. Hierher gehört es, wenn die französischen Refugiés und die spanischen und portugiesischen Juden vielfach sehr gern aufgenommen wurden. Vor die Zeit des Merkantilismus fällt, hat aber hiermit Verwandtschaft, die Einladung des polnischen Königs an die aus Deutschland vertriebenen Juden in sein Land, weil er sich so einen Bürgerstand schaffen wollte, der nicht wie der germanische Bürgerstand in Mähren, Böhmen, Schlesien, der Lausitz und Pommern die Gefahr in sich barg, das ganze Land seiner Nationalität zuzuführen, denn daß die Juden aus Polen ein jüdisches Land machen würden, glaubte er nicht fürchten zu müssen. Die zweite Gruppe war einfach auf die Heranziehung einer zahlreichen Bevölkerung gerichtet. Hierhin gehört einerseits die innere Kolonisation, von der schon die Rede war, und andererseits die Hausindustrie, denn vielfach mußte sie dazu dienen, die Gebirge zu bevölkern.

In späterer Zeit hat sich dies verhängnisvoll erwiesen, und hat man vielfach die Leute unter großen Kosten aus den Gebirgen wieder herausholen müssen. Man hat darum diese Politik selbst als fehlerhaft bezeichnet. Man hat dabei aber übersehen, daß diese Politik sich erst verhängnisvoll erwies mit dem Aufkommen der Eisenbahnen. Unmöglich aber wird man die Staatsmänner des Merkantilismus dafür verantwortlich machen können, daß sie nicht Verhältnisse voraussahen, wie sie später das Aufkommen der Eisenbahnen schuf. Daß aber die Eisenbahnen jenen Kolonisationen so verhängnisvoll wurden, hatte seinen doppelten Grund. Erstens wurde durch das Aufkommen der Eisenbahnen die relative Ablegen-

heit der Gegenden noch erhöht. Hatten sie früher in die Kosten des Arbeitsproduktes die Reise vom Gebirge zu den Stätten der Verleger noch hineinrechnen können, so vermochten sie das jetzt, wo aus den mit Eisenbahnen verbundenen Gegenden die Konkurrenten so viel schneller und billiger hereinkamen, nicht mehr. Zweitens aber waren für die Leute im Gebirge die mechanischen Maschinen unbenutzbar, da Kohlen nicht hingeschafft werden konnten. Mit ihren einfachen alten Arbeitsmaschinen aber konnten sie die Konkurrenz mit den modernen und nicht nur schneller sondern auch besser arbeitenden Kraftmaschinen nicht aufnehmen. Alles das konnte der Merkantilismus unmöglich voraussehen; deshalb ist es falsch, seine Besiedelungspolitik der Gebirge für falsch zu erklären, für seine Zeit war sie richtig und erwies sich erst unter gänzlich veränderten, nicht voraussehbaren Verhältnissen als verhängnisvoll.

Viertes Kapitel.

Der Merkantilismus und Kameralismus.

Zweiter Teil.

Übersicht über die Literatur.

15. Allgemeine Übersicht über die merkantilistische Literatur.

Wenn es eigentlich auch keinen Schriftsteller gibt, der sich mit dem, was man den Merkantilismus zu nennen pflegt, in seiner Gesamtheit beschäftigt hat, so kann man doch die Merkantilisten in zwei große Hauptgruppen teilen; nämlich:

1. diejenigen, die fast das gesamte System erörtert haben, und
2. diejenigen, die einzelne Fragen des Systems im besonderen durchgesprochen haben.

Unter den ersteren sind als die bedeutendsten zu nennen:

- a) die Italiener Machiavelli und Antonio Genovesi,
- b) die Franzosen Jean Bodin und Montchrétien de Watteville
- c) die Engländer William Stafford, Bacon von Verulam und James Steuarts,
- d) die Deutschen Veit Ludwig von Seckendorf, Hornigk, Becher und Justi.

Unter den zweiten sind zu nennen:

- a) diejenigen, die auf die Bedeutung der Handelsbilanz hingewiesen haben,
- b) diejenigen, die die Getreideausfuhrfrage im besondern erörtert haben,
- c) diejenigen, die die Geldfrage zum Gegenstand ihrer Untersuchung gemacht haben,
- d) diejenigen, die die Bankfrage in den Rahmen der volkswirtschaftlichen Untersuchungen zum erstenmal hineingezogen haben, und
- e) die Populationisten oder Bevölkerungstheoretiker.

Bei den Handelsbilanztheoretikern kann man wiederum zwei Gruppen unterscheiden, eine protektionistische und eine freihändlerische. Hierbei sei bemerkt, daß sämtliche große Staatsmänner und Fürsten, die den Merkantilismus in die Tat umgesetzt haben, wie Cromwell, Colbert, Wilhelm der Oranier, Robert Walpole, der große Minister Georgs I. von England, William Pitt, der berühmte Minister Georgs III. (Consolidation acte, Vereinigung aller bis dahin gültigen Zollgesetze — es waren nicht weniger als 3000 — in ein Gesetz), Leopold I., Maria Theresia und ihr Minister Kaunitz, die brandenburgisch-preussischen Herrscher vom Großen Kurfürsten bis zu Friedrich dem Großen, ohne Ausnahme Schutzzöllner waren.

α) Freihändlerisch waren:

- αα) die Holländer Dirck Graswinkel und Pieter und Jan de la Court,
- ββ) die Engländer Sir Walter Raleigh, Thomas Mun, Petty, North, Locke,
- γγ) die Franzosen François Mélon und Le Forbonnais,
- δδ) der Italiener Antonio Serra;

β) protektionistisch waren:

- αα) die Engländer Fortrey und Coke, der ungenannte Verfasser von Britannia languens, Sir Josia Child, Temple und Davenant (die drei letzten gemäßigt),

ββ) die Franzosen Montaigne und Necker,
γγ) die Deutschen Klock und Schrötter.

Die Getreideausfuhrfrage haben die beiden Franzosen Boisguillebert und Delamarre behandelt.

Die Geldfrage haben erörtert:

α) die ungenannten Verfasser der drei Flugschriften über den Münzstreit der ernestinischen und der albertinischen Linie,

β) Copernikus,

γ) Gaspari Scaruffi,

δ) Jean Bodin.

Das Bankwesen hat nur John Law behandelt.

Als Populationist oder Bevölkerungstheoretiker ist nur Johann Süßmilch zu nennen.

§ 16. Die italienischen Merkantilisten Macchiavelli und Antonio Genovesi.

1. Macchiavelli (um 1500) kann als der Begründer des Merkantilismus hingestellt werden. Er ist der erste Schriftsteller, der in seinem »Il principe« den Fürsten darauf aufmerksam macht, daß er seiner fortwährend sich steigernden Aufgaben wegen zur Unterhaltung eines Söldnerheeres und zur Besoldung seiner Beamten in steigendem Maße Geld brauchen werde, daß er darum, wofern er in seinem Lande nicht selbst über Edelmetallbergwerke verfüge, darauf bedacht sein müsse, den steigenden Bedarf an Edelmetall dadurch zu decken, daß er ihn aus dem Auslande ziehe. Erfahrungsgemäß werde er das am besten tun können bei blühender Industrie und blühendem Handel, während der Ackerbau wenig Ausfuhrartikel zu liefern vermöge; dennoch aber würde es falsch sein, die Pflege des Ackerbaus zu vernachlässigen, vielmehr müsse man auch ihn möglichst intensiv zu gestalten suchen; einerseits nämlich werde man dadurch auch in Notjahren genügend Nahrung für die Bevölkerung haben, und andererseits werde sich bei gutem Ackerbau die Bevölkerung schnell und stark vermehren, und werde man dadurch neue Arbeitskräfte für die Industrie und den Handel gewinnen. Auf weitere Einzelheiten geht er noch nicht ein. Seine Vorstellungen über das Geld sind zum Teil noch recht mangelhaft, so eifert er noch ganz im Sinne des Mittelalters, der Kanonisten und der Scholastiker, gegen das Zinsennehmen.

2. Bildet Machiavelli den Ausgangspunkt des Merkantilismus, so macht Antonio Genovesi um 1770 den Schlußpunkt. Er war der erste Professor für Volkswirtschaftslehre, er bekleidete die ausdrücklich für ihn auf der Universität Neapel neuerrichtete Professur für Volkswirtschaftslehre. Seine Vorlesungen erregten ein solches Aufsehen, daß man ihn bewog, sie herauszugeben. Die herausgegebenen Vorlesungen »Lezioni di Commercio ossia di Economia Civile« stellen das erste vollständigere, systematische Lehrbuch der theoretischen Volkswirtschaftslehre dar. Zum erstenmal werden in ihm die Begriffe

nicht einfach vorausgesetzt sondern eingehend besprochen, so z. B. die Begriffe Bedürfnis, Wert, Geld, Kredit, Handelsbilanz; er kennt die liberalen Regungen seiner Zeit und ist ihnen gegenüber keineswegs immer ablehnend. So will er z. B. das Agrarwesen nach jeder Richtung hin reformiert sehen und stellt hier alle die Forderungen auf, die das neunzehnte Jahrhundert erfüllen sollte, ja, er geht sogar noch weiter und fordert Aufhebung der Fideikomisse, ebenso warnt er davor, bei dem alten Kolonialsystem zu beharren; schwere Verluste könnten die Folge sein. Schon die allernächste Zeit sollte ihm bekanntlich Recht geben (um 1775 Abfall der Neuenglandsstaaten vom Mutterlande). Ganz im Sinne der englischen Industrieschule sieht auch er schon in der Arbeit den wichtigsten Produktionsfaktor, wenn er sie auch noch nicht einseitig den einzigen nennt. Er geht hier sogar weiter wie die spätere Industrieschule, er zeigt auch Verständnis für die rein geistige Arbeit. Andererseits aber erweist er sich doch noch als Merkantilist und zwar der sogenannten Colbertschen Richtung, indem er noch großen Wert auf eine günstige Handelsbilanz legt und diese hauptsächlich durch Pflege der Industrie erzielen will; den Handel will er möglichst von allen Fesseln befreit sehen. Endlich muß noch hervorgehoben werden, daß er die Bedeutung der ethischen Kräfte für eine gesunde Volkswirtschaft sehr stark betont.

§ 17. Die französischen Merkantilisten Jean Bodin und Montchrétien de Watteville.

1. Jean Bodin bekundet sich in seinem Hauptwerk »Six Livres de la république« (1576) als bevormundenden Merkantilisten insofern, als er ein tatkräftiges Eingreifen der Regierung in wirtschaftliche Angelegenheiten — also fast genau hundert Jahre, bevor Colbert als erster diese Idee verwirklichte, — hohe Zölle auf ausländische gewerbliche Erzeugnisse, niedrige Zölle auf Rohstoffe und Nahrungsmittel empfiehlt und auf dichte Bevölkerung großen Wert legt. Für den Handel aber verlangt er Bewegungsfreiheit und bekämpft den von Montaigne ausgesprochenen Satz, der trotzdem bald zum Leitsatz der Merkantilisten wurde, daß der Gewinn des einen Staates notwendig durch den Verlust des andern erkauft sein müsse. Auch verwirft er die Lehre von der günstigen Handelsbilanz, indem er betont, Reichtum, Wohlstand und Kapital seien keineswegs immer identisch.

2. Montchrétien de Watteville nannte sein um 1615 erschienenes Buch *Traité de l'Oeconomie* und gab dadurch der neuen Wissenschaft ihren Namen. Ein zusammenhängendes abgeschlossenes Buch ist jedoch sein *Traité* nicht sondern nur eine das Thema durchaus nicht erschöpfende Sammlung lose aneinander gereihter Essays über verschiedene Fragen. Wie lückenhaft sein *Traité* ist, kann man z. B. daraus ersehen, daß er kein Wort über die Landwirtschaft verliert, freilich entsprach dies seinem einseitigen sog. Colbertschen Standpunkt. Auch

§ 18. Die englischen Merkantilisten William Stafford, Bacon von Verulam usw. 41

originell kann man ihn kaum nennen, er lehnt sich vielmehr an Machiavelli, Bodin, Montaigne u. a. sehr stark, wenn auch eklektisch, an; so verwirft er alle Parteien von Bodin, wo dieser Montaigne widerspricht, und bringt nichts von den Ausführungen Machiavells über die Landwirtschaft. Selbständiger sind nur seine begeisterten Ausführungen über den Erwerb von Kolonien und ihre Ausbeutung zu Gunsten des Mutterlandes. Es ist das um so bemerkenswerter, als Frankreichs Kolonialbesitz damals noch ein sehr geringer war.

§ 18. Die englischen Merkantilisten William Stafford, Bacon von Verulam und James Steuarts.

1. William Stafford (um 1600) behandelt in seinen Briefen *concepts of English policy*, die also kein System sondern nur lose aneinander gereichte Abhandlungen sein sollten, die Gefahren der Münzverschlechterung, die üblen Folgen des Getreideausfuhrverbots, empfiehlt eine Gewerbepolitik im Sinne Bodins, an den er sich hier sehr eng anlehnt, und endlich im Sinne Montaignes sehr starke Einschränkungen der Handelsfreiheit.

2. Von den zahlreichen Schriften Bacons von Verulam (um 1600) gehören hierher »*Novum Organon*«, »*De Augmentis Scientiarum*« und »*Sermones fideles*«. Bacon ist einer der ausgesprochensten Vertreter der merkantilistischen Bevormundungspolitik nach allen Seiten hin, dagegen aber kein sogenannter Colbertianer, er verlangt vielmehr auch Pflege der Landwirtschaft; in einem tüchtigen Bauernstande sieht er das Rückgrat des Staates, er wünscht Beseitigung des Latifundienbesitzes, damit der Bauer wieder Eigentümer auf dem von ihm bebauten Grund und Boden werden könne; er warnt ferner schon als erster davor, die Kolonien nur auszubeuten, das könne auf die Dauer kein gutes Ende nehmen. Bekanntlich verhallte seine Warnung ungehört. Endlich muß noch hervorgehoben werden, daß er ebenfalls als einer der ersten die Bedeutung der ethischen Kräfte für eine gesunde Entwicklung der Volkswirtschaft sehr stark betont.

3. James Steuarts Buch »*Inquiry into the principles of political economy*«, erschienen 1767, ist neben Genovesis Buch das vollständigste Lehrbuch des Merkantilismus und zeichnet sich zudem überall durch einen gemäßigten und abgeklärten Standpunkt aus, vermochte sich aber in England selbst neben David Hume und später Adam Smith seinen Platz nicht zu wahren. Hervorgehoben werden muß noch ganz besonders sein historischer, relativistischer Standpunkt; bevor man sich entschieße, eine Maßregel, die sich bei einem andern Volke bewährt habe, auch bei dem eigenen einzuführen, müsse man genau prüfen, ob die äußeren Verhältnisse und die Charaktere auch dazu stimmten, sonst müsse man von einer Einführung entweder ganz absehen oder die nötigen Modifikationen vornehmen. Auch über die Entwicklungsstufen der Völker handelt er ausführlich. Ganz besonders vorsichtig ist er in der Bevölkerungsfrage, wenn auch noch nicht pessimistisch in dem späteren Malthusschen Sinne.

§ 19. Die deutschen Merkantilisten Veit Ludwig von Seckendorf, Hornigk, Becher und Justi.

1. Veit Ludwig von Seckendorf vertrat, was Bevormundung der Produktion und Fesselung des Handels anbetrifft, in seinem Buch »Der teutsche Fürstenstaat« (1656) den merkantilistischen Standpunkt in seiner größten Schärfe, doch ist er kein Vertreter des sogenannten Colbertismus, er tritt vielmehr ungemein warm auch für die Hebung der Landwirtschaft ein; merkwürdig ist, daß er von privilegierten Kompagnien und auch von den Zünften nichts wissen will, weil diese nur selbstsüchtige Interessen verfolgten und den gemeinsamen Vorteil ganz unbeachtet ließen, auch nicht etwa sonst durch ihren Bestand, wenn auch ungewollt, der Volkswirtschaft Nutzen brächten. Seine Beweggründe bei der Bekämpfung der Zünfte und Kompagnien sind also vollständig andere als die der späteren Liberalen, die sie bekämpften, weil sie der Durchführung des Prinzips des laissez faire et passer hinderlich seien. Der Forderung des Zunftverbotes begegnen wir übrigens damals sehr oft; glücklicherweise war man später, wie wir sahen, in diesem Punkte gemäßigter Anschauung und begnügte sich mit einer den zeitlichen Verhältnissen sehr gut angepaßten Reform der Zünfte.

2. Hornigk bewog durch sein Buch »Österreich über Alles, wenn es nur will« (1654), den bald darauf (1658) zur Regierung gelangenden jungen Kaiser Leopold I. das merkantilistische Regierungssystem sich ganz zu eigen zu machen, um dadurch die durch den dreißigjährigen Krieg ungemein stark mitgenommenen österreichischen Erblände wieder zu heben. Er ist jedoch in keinem Punkte ein extremer Vertreter der merkantilistischen Lehre; so betont er wohl die produktionsbelebende Wirkung des Geldes, legt aber auch zugleich dar, wie diese nicht nur durch Vergrößerung des Geldvorrates sondern auch durch eine regere Geldzirkulation erreicht werden könne; im Anschluß daran verlangt er denn auch nicht nur Belebung des Aus- und Durchfuhrhandels sondern auch Belebung des Binnenhandels, damit die einzelnen Landesteile sich in ihren Bedarfsartikeln ergänzen könnten und nicht aufs Ausland angewiesen seien, und damit das im Lande befindliche Geld Gelegenheit erhalte durch regere Zirkulation seine produktionsbelebende Wirkung zu zeigen; mit allen Merkantilisten rät er Bevormundung der Produktion und zu ihrer Hebung ein gemäßigtes Schutzollsystem. Endlich betont er, daß die Regierung bei allen Maßnahmen die Vermehrung der Bevölkerung ganz besonders scharf ins Auge fassen müsse.

3. Becher untersucht in seinem hochbedeutsamen »Politischen Discurs« (1672) zunächst die Ursachen des Auf- und Niederganges der

Staaten, stellt also damit sein Buch auf eine breite historische Grundlage. Ausgangspunkt seiner Betrachtungen ist dann die Bevölkerungsfrage, d. h. die Vermehrung der Volkszahl und die Hebung des Volkswohlstandes. Da ihm nun Reichtum und Wohlstand mit Geld identisch sind, so fällt nach seiner Meinung dies Ziel zusammen mit Erzielung einer günstigen Handelsbilanz. Immerhin ist merkwürdig, daß ihm die Erzielung einer günstigen Handelsbilanz nicht wie bei den meisten anderen Merkantilisten der Hauptzweck sondern nur Mittel zum Zweck ist, und daß er schon das Wohl und Wehe der Bevölkerung und eine starke Volkszahl zum Ausgangspunkt der Volkswirtschaft macht. Aus diesem Grunde ist er auch der erste Nationalökonom, der die Wichtigkeit der Distributions- und Konsumptionsfrage betont; wenn er darum auch z. B. die Zölle sowohl als Finanz- wie als Schutzzölle empfiehlt, meint er doch, daß man zugleich auch immer die Wirkung der Zölle auf den Konsum beachten müsse. Auch im übrigen erweist er sich als ein gemäßigter Protektionist, weil er der Meinung ist, daß derjenige, der verkaufen wolle, auch von seinem Käufer kaufen müsse. Ebenso gemäßigt ist er in der Empfehlung des Bevormundungssystems. Er will es nur soweit geführt sehen, wie es sich zur Hebung der Erwerbsfrage als nötig erweise. Völlig fremd steht er dem einseitigen sogenannten Colbertismus gegenüber; er verlangt vielmehr mit Nachdruck eine gleichmäßige Hebung aller Erwerbszweige, weil, wie er sehr modern ausführt, die Erwerbszweige nur dann wirklich gedeihen könnten, wenn sie sich gegenseitig hoben und förderten; denn jeder Erwerbszweig sei in seinem Wohl und Bestande von dem Wohlbefinden aller übrigen abhängig; insbesondere dürfe man nie in den Fehler verfallen, einen Erwerbszweig auf Kosten eines anderen fördern zu wollen, so z. B. nicht die Industrie auf Kosten der Landwirtschaft. Gegenüber den Forderungen der Handwerker betont er die Notwendigkeit der Großindustrie; nur diese könne für einen größeren Markt arbeiten, der Handwerker könne immer nur den lokalen Bedarf decken. Als Merkwürdigkeit sei endlich noch erwähnt, daß er große staatliche Kornmagazine empfiehlt. So gehört Becher, der seiner etwas weitschweifigen und schlechten deutschen Sprache wegen sehr häufig verkannt ist, in vieler Beziehung zu den sympatischsten unter den Merkantilisten.

4. Wie wir schon bei den Italienern und Engländern sahen, daß der Merkantilismus gerade zu einer Zeit, wo er begann sich selbst zu überleben, wissenschaftlich den Höhepunkt der Darstellung erreichte, war es auch in Deutschland. Den Höhepunkt des wissenschaftlichen Merkantilismus bildet hier Justi mit seiner 1755 erschienenen »Staatwirtschaft«. Es ist das einzige vollkommene und systematische Werk der Volkswirtschaft und dabei in allen seinen Forderungen abgeklärt und gemäßigt, frei von allen Einseitigkeiten, denen wir ja überhaupt bei den größeren

deutschen Merkantilisten fast gar nicht begegnen, sondern nur bei denen, die sich auf einzelne Fragen beschränken. So mißt er z. B. dem Gelde zwar noch eine sehr große Bedeutung als produktionsbelebendes Element bei, wehrt es aber ab, das Geld mit dem Volksreichtum und dem Volkswohlstand zu identifizieren. Ein Volk, das dies tue, müsse notwendig verarmen, da es, auf sein Geld pochend, die übrigen Quellen des Nationalwohlstandes vernachlässige. Unzweifelhaft hat er dabei schon von Spanien gelernt. Ein ferneres Beispiel für seine gemäßigte Anschauungsweise ist, daß er sich gegen das Geldausfuhrverbot ausspricht. Auch auf die Bedeutung der Geldzirkulation geht er ein. Außer John Law ist er ferner der einzige Merkantilist, der von der Ergänzung der Hartgeldzirkulation durch den Umlauf von Kreditmitteln wie von Wechseln und Banknoten sehr ausführlich handelt. Ganz im Sinne Bechers betont er die Interessenharmonie aller Berufsstände. Bemerkenswert sei endlich noch, daß er die Ausstattung von Handelskompagnien mit Privilegien aus dem gleichen Grunde wie Seckendorff verwirft.

§ 20. Die freihändlerischen Handelsbilanztheoretiker.

1. Unter den drei holländischen Verteidigern des Freihandels ist der bedeutendste Pieter de la Court. Er bekämpft nicht nur alle Handelsschranken sondern das Bevormundungssystem an sich. An seinem Werke »Aanswysing der heilsame politike Gronden en Maximen van de Republike von Holland en Westfriesland« (1669) hat der berühmte Großpensionär Jan de Witt mitgearbeitet. Das Buch richtet sich scharf gegen die Oranier, die, wie schon einmal erwähnt wurde, die Ansicht vertraten, Holland könne sich gegen die Konkurrenz von England und Frankreich nur durch Akzeptierung der Merkantilpolitik wehren. Wenn es nämlich auch durch den Freihandel groß geworden sei, verdanke es dies doch nur der Dummheit der andern Völker. Jetzt aber, wo diese erwacht seien, müsse es auf der Hut sein, sonst würde es von seinen Konkurrenten bald überholt sein. Es wurde freilich auch nach Annahme des Merkantilsystems überholt; denn, sobald die großen Nachbarstaaten die Konkurrenz aufnahmen, mußte es sich fühlbar machen, daß Holland für eine Weltpolitik zu klein war. Jan de la Court hat nur einzelne Teile des Hauptwerkes seines Bruders in Einzelartikeln ausführlicher behandelt, als sein Bruder es in einem zusammenfassenden Werk konnte. Grasmann behandelt nur die Frage der freien Getreideausfuhr.

2. Sir Walter Raleigh, ein genialer Abenteurer, schildert in seiner kleinen Schrift »Treatise on our Trade and the Commerce with the united Provinces of Netherlands« seine Beobachtungen als Offizier des nach den Niederlanden gesandten Hülfskorps. Wie die Niederlande müsse auch England durch Annahme des niederländischen Freihandelssystems hochzukommen suchen, wobei er den zeitlichen Vorsprung der Holländer vergißt.

3. Thomas Mun, erster Präsident der 1600 begründeten ostindischen Kompagnie, bekämpft in seinem Hauptwerk »Treasure by foreign trade or the balance of our trade« das Cromwellsche Geldausfuhrverbot. Zu Cromwells Lebzeiten wagte es niemand zu drucken; so erschien es erst 1664 zur Rechtfertigung der Aufhebung dieses Verbots durch Karl II.

4. Petty, North und Locke nennt Roscher das Triumvirat hervorragender englischer Nationalökonomien vom Ende des 17. Jahrhunderts.

a) Locke (seine nationalökonomischen Hauptwerke erschienen um 1690), der berühmte englische Philosoph, identifiziert ganz merkantilistisch Geldbesitz mit Reichtum und Wohlstand, sieht in einer günstigen Handelsbilanz das Hauptmittel des Gelderwerbs, verteidigt die populationistischen Bestrebungen, verwirft aber die Bevormundungspolitik und alle Handelsbeschränkungen, insbesondere auch die Zinsgesetze, bekämpft die Münzverschlechterung, erklärt die Teuerung mit der Edelmetallzufuhr aus Amerika und verlangt zu ihrer Milderung eine auf die Erhöhung der Arbeitslöhne gerichtete Politik der Regierung.

b) Petty sieht in Arbeit und Boden die wichtigsten Produktionsfaktoren, macht sich die mittelalterlichen und stets volkstümlichen Lehren, daß alle Dinge nur soviel wert seien, als in ihnen Arbeit investiert sei, und daß nur die Bevölkerung, die sich mit der Erzeugung nützlicher stofflicher Dinge beschäftigt, produktiv sei, zu eigen. Er nimmt als allgemeines Wertmaß schon ganz zutreffend das in Geld ausgedrückte Ernährungsminimum eines erwachsenen männlichen Arbeiters an. Die Grundrente identifiziert er noch mit der Bodenrente. Er tritt für einheitliche Währung ein, weil Doppelwährung undurchführbar sei. Nachdrücklichst bekämpft er den immer wieder auftauchenden Satz des Montaigne und Bacon von Verulam und alle Fesselungen des Handels, die man daran knüpfte. Da die Gegner den Satz des Montaigne aus der Handelsstatistik zu beweisen versucht hatten, führt er aus, daß man die Ein- und Ausfuhr nicht völkerweise gegenüberstellen müsse, sondern im ganzen; denn was man bei dem einen Volke verliere, gewinne man bei dem andern und nur auf das Gesamtergebnis komme es an. Auch die Zinsgrenze verwirft er. So erweist sich Petty als eine sonderbare Mischung ganz zurückgebliebener mittelalterlicher Anschauungen und sehr liberaler Ideen. An Locke reicht er nicht heran.

c) North greift die merkantilistische Lehre in ihrem Kernpunkt an, indem er die Identifizierung von Reichtum und Wohlstand mit Geld leugnet. Die Edelmetalle bildeten nur einen, wenn auch einen sehr wichtigen Teil des Volksvermögens. Deshalb dürfe man auf seinen Besitz und Erwerb wohl großen Wert legen, man dürfe ihn aber nicht zum Mittel- und Angelpunkt einer Lehre machen. Wenn man glaube, daß der Handelsumsatz allein bedingt sei durch den Geldvorrat, darum alle Handelsstockungen von einem Mangel an Geld abhängig machen wolle und aus diesem Grunde aus Furcht vor Handelsstockungen die Geldausfuhr verbiete, so sei die Erklärung der Handelsstockungen eine ganz irrige; sie entstünden entweder aus einer Überproduktion auf dem einheimischen Markt und damit aus der Festlegung des Geldes in der falsch geleiteten einheimischen Produktion oder aus einer Überproduktion für den Weltmarkt, was ebenfalls einer Festlegung des Geldes in der falsch geleiteten Produktion gleichkäme, oder aus verminderter Konsumtionsfähigkeit infolge von Fehlschlägen in einigen wichtigen Produktionszweigen, wie z. B. der Landwirtschaft, also sehr häufig aus Mißwachs, Viehseuchen usw. Die Geldausfuhr zum Zwecke der Einfuhr von zu veredelnden Rohprodukten sei mit der Aussaat des Sämanns zu vergleichen. Er wirft dem Merkantilismus Überschätzung des Außen- und Unterschätzung des Binnenhandels vor, wendet sich gegen den Vorwurf, daß der hohe Zinsfuß auf Machinationen der Kapitalisten zurückzuführen sei, bekämpft die Bestrebungen auf Wiedereinführung des Getreideausfuhrverbotes, will von der Bevormundungspolitik nichts wissen. Bei alledem müssen wir uns erinnern, daß der Oranier zur Regierung gelangt war, der im Gegensatz zu den Stuarts zur Bevormundungspolitik und Fesselung des Handels neigte.

5. François Mélon bekämpft zwar in seinem Werk »Essais politiques sur le commerce« (1731) den bekannten Montaigneschen Satz, steht im übrigen aber durchaus auf merkantilistischem Boden.

6. Forbonnais, dessen Hauptleistungen auf dem Gebiet der Finanzwissenschaft liegen, vertritt in seinen »Éléments du commerce« (1754) durchaus Mélonische Ideen mit der einzigen Ausnahme, daß er in dem Gelde nicht Vermögen sondern nur ein produktionsbelebendes Element sieht. In seinen »observations économiques« (1767) wirft er den Physiokraten vor, durch ihre rationalistischen Deduktionen der Sache der Aufhebung des Getreideausfuhrverbotes geschadet zu haben.

7. Antonio Serra galt lange als der Begründer der merkantilistischen Lehre, weil er in seinem »Breve trattato d'elle cause che persono fare abbondare li regni d'oro e d'argento dove non sono miniere« (1613) die merkantilistische Lehre von der Bedeutung des Geldes und von den Mitteln, es ins Land zu ziehen, am klarsten entwickelt hat. Er gibt für die Erzielung einer günstigen Handelsbilanz freilich der Industrie den Vorzug vor der Landwirtschaft, verkennt jedoch nicht, daß auch diese exportfähig sei. Als Freihändler bekämpft er die Geld- und Getreideausfuhrverbote. In der Arbeit sieht er den wichtigsten Produktionsfaktor.

§ 21. Die protektionistischen Handelsbilanztheoretiker.

1. Fortrey (»Englands Interest and Improvement«, 1663), Coke (mehrere Broschüren aus dem Jahre 1671) und der unbekannte Verfasser von »Britannia languens« (1680) suchen in der Art von Montaigne und Bacon von Verulam durch eine für ihre Zwecke zurechtgelegte Handelsstatistik den Nachweis zu erbringen, daß der Freihandel an Englands Niedergang schuld sei.

2. Sir Josiah Child verlangte in »Brief observations concerning trade and the interest of money« (1668) und »A new discourse of trade« Rückkehr zur Cromwellschen Getreidehandelspolitik, ist dagegen gegen Geldausfuhrverbote. Die Regierung soll auf einen niedrigen Zinsfuß hinarbeiten.

3. William Temple war durch die Klarheit seiner Darstellung für England, was Antonio Serra für Italien war. Seine beiden Werke »Observations upon the united Provinces of the Netherlands« (1672) und »Essay on the trade of Ireland« (1675) galten für ein Jahrhundert lang als Englands größte national-ökonomische Werke. Sein Standpunkt ist ein gemäßigter. Als wichtigsten Produktionsfaktor nennt er die Arbeit.

4. Davenant verteidigt in seinen beiden Werken »Essay on the East Indian trade« (1695) und »Essay on the probable ways of making the people gainer in the balance of trade« (1699) die Handelsbilanztheorie und die Cromwellschen Akten, bekämpft aber die Getreide- und Geldausfuhrverbote, die Anschauung, daß der Volksreichtum im Gelde zu suchen sei, und eine zuweit gehende Bevormundungspolitik.

5. Montaigne stellte in seinen Essais (1571) zuerst den Satz auf »Il ne se fait aucun profit qu'au dommage d'autrui«, der in der Bacon'schen Formulierung »quidquid alicui adicitur, alibi detrahitur« zum Dogma der protektionistischen Merkantilisten wurde.

6. Necker bekämpft in seiner Schrift »De la Législation et du Commerce des Grains« 1775 die von den Physiokraten geforderte Freigabe der Getreideausfuhr.

7. Klock kommt in seinen beiden finanzwissenschaftlichen Werken »Tractatus juridico politicus et historicus de aerario« (1634) und »Tractatus juridico politicus et historicus de contributionibus« (1651) mehrfach auf die Regelung des Außenhandels zu sprechen und verteidigt dabei die stärkste Knebelung des Handels.

8. Der Freiherr von Schrötter nimmt in seiner »Fürstlichen Schatz- und Rentkammer« (1686) zu den Fragen des Außenhandels eine sehr schwankende,

wenn auch im allgemeinen der Freiheit des Handels wenig günstige Stellung ein. Er sieht zunächst den Reichtum eines Volkes nur im Gelde und betrachtet als einzige Reichtumsquellen darum den Bergbau und eine günstige Handelsbilanz. Er schwärmt für den Außenhandel und spricht dem Binnenhandel jede Bedeutung ab. Ebenso wenig wie ein Kleid dadurch reicher werde, wenn man seinen kostbaren Perlenbesatz von den Ärmeln auf die Hosen setze, werde auch ein Land nicht reicher, wenn man nur sein Geld aus einem Beutel in den anderen tue. Dabei zeigt er aber doch an anderer Stelle wieder Verständnis dafür, daß ein schnellerer Geldumlauf dieselbe Wirkung auf die Volkswirtschaft auszuüben vermöge wie eine Erhöhung des Geldvorrates.

§ 22. Boisguillebert und Delamarre.

Boisguillebert führt in seinen Schriften »Le Détail de la France sous le présent Règne« (1695 und 1707), »Factum de la France ou moyens très faciles de rétablir les finances de l'Etat« (1707), »Traité de la Nature, Culture, Commerce et Intérêt des Grains tant par Rapport au Public qu'à toutes les conditions d'un État« (1702 und 1707), »Dissertation sur la Nature des Richesses, de l'Argent et des Tributs« (1703 und 1707), »Causes de la Rareté de l'Argent« (1703 und 1707) aus: Der Reingewinn, welchen Frankreich aus seiner Landwirtschaft zöge, sei seit dem Tode Colberts (1683) um mehr als die Hälfte zurückgegangen, weil einerseits der Absatz ins Ausland, teils infolge der oft wiederkehrenden bzw. ständigen Ausfuhrverbote, teils infolge der Kriegswirren ständig nachgelassen habe, andererseits auch der Absatz im Inlande wegen der allgemeinen Verarmung des Volkes infolge des Steuerdrucks sich vermindert habe und beides ein Nachlassen der Preise zur Folge gehabt habe, dem auf der anderen Seite eine Vergrößerung der Produktionskosten gegenüberstehe, weil die Industrie der Landwirtschaft die Arbeitskräfte raube. So habe man den Getreidebau einschränken müssen auf die Teile des Landes, wo er bei geringerer Arbeit doch noch einen erträglichen Gewinn abwerfe. Aus den anderen Teilen sei der Pächter einfach in die Stadt gezogen. Auch die Intensität sei zurückgegangen, weil einerseits ein höherer Intensitätsgrad sich nicht mehr bezahlt mache und andererseits auch die Viehhaltung und damit die Düngung eingeschränkt sei. Er verlangt von der Regierung, daß sie auf eine Steigerung der Getreidepreise um ein Drittel hinarbeite. Dadurch werde zwar jede Arbeiterfamilie eine jährliche Mehrausgabe von 125 Francs haben, für diese Mehrausgabe sichere sich der Arbeiter aber mehr als bisher vor Hungersnot; denn es sei eine allgemeine Erfahrung, die übrigens später auch von den Physiokraten gemacht wurde und sich in den überlieferten Getreidepreislisten bestätigt findet, daß auf Jahre mit sehr billigem Preise die Hungersjahre fast unmittelbar folgten. Der Landwirt werde mutlos, schränke den Umfang und die Intensität des Getreidebaus sehr ein und verwende den Überfluß teils als Viehfutter teils zum Brantweinbrennen und Bierbrauen, so daß im zweiten Jahr nach einer Absatznot die Hungersnot sich fast stets einstelle. Doch sei diese Sicherung vor Hungersnot nicht der einzige Erfolg der Mehrausgabe; durch die gehobene Kaufkraft der Landwirte würden sich auch die Einnahmen der Industrie vermehren und die Mehrausgabe des Arbeiters zu diesem zu einem großen Teile wieder zurückkehren. Jetzt seien, was ebenfalls die Physiokraten später wiederholen, Hungerjahre die einzige Zuflucht des Landwirts, weil dann die Preise so stark anzögen, daß er für seine kleine Ernte mehr Geld erhalte als in Jahren mit guter Ernte für den großen Ertrag. Zur Hebung der Preise fordere er die Aufhebung des Getreideausfuhrverbotes, womit er, wie wir wissen, durchdrang. In der vierten der oben genannten Schriften greift er die Identifizierung von

Reichtum und Wohlstand mit Geldbesitz an. Nur ein die Produktion belebendes Element, aber keinen Reichtum an sich will er vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus im Gelde sehen. Er macht hierbei den später sich als so verhängnisvoll erweisenden Vorschlag, zur Erhöhung der Preise den Geldvorrat durch Papiergeld zu vergrößern. Mit dem Gelde soll alles Unglück und alles Unrecht in die Welt gekommen sein¹.

Delamarre behauptet ganz im Sinne der Regierung in seinem »*Traité de police*«, die hohen Getreidepreise seien verschuldet durch die Machinationen der Kaufleute; deshalb und, um den Binnenhandel leiten zu können, sei es nötig, den Getreidevorräten nachzustöbern. Die Leitung des Binnenhandels sei erforderlich, weil der Kaufmann sich über die Bedürfnisse und Angebote der verschiedenen Landesteile allein nicht unterrichten könne und dazu der Benachrichtigung durch die Regierung bedürfe, bei der alle Fäden zusammenliefen. Auch könne nur die Regierung wissen, wann und wieviel Getreideüberfluss im ganzen Lande sei, um danach die Ausfuhrerlaubnisscheine zu erteilen.

§ 23. Die Geldfrage zur Zeit des Merkantilismus.

Im Jahre 1530 erhob sich zwischen der ernestinischen und der albertinischen Linie der Wettiner ein Münzstreit, indem jene die Münzen verschlechtern, diese es ihr wehren wollte. Darüber erschienen drei Flugschriften. Die ernestinische Streitschrift, die die schlechtere Sache verteidigen mußte, ist außerordentlich gewunden und spitzfindig; dagegen zeigen die beiden albertinischen ein großes volkswirtschaftliches Verständnis; sie sprechen sich in einer selbst heute noch anzuerkennenden Weise aus über das Wesen des Volkswohlstandes, des Geldes, des Handels, der Rechte und Pflichten der Regierungen in volkswirtschaftlicher Beziehung.

2. Im Jahre 1526 forderte der König Sigismund I. von Polen von Kopernikus ein Gutachten über die Handhabung des Münzwesens. Das Gutachten verschwand zunächst in den Archiven und wurde erst beinahe 300 Jahre später gedruckt. Das Gutachten befürwortet eine einheitliche Münze im ganzen Königreich Polen, strenge Unverletzlichkeit der Münzqualität und Beschränkung des Schlagschatzes auf die Prägekosten.

3. Um 1580 veröffentlichte Gaspari Scaruffi seinen »*Discorso sopra le monete e della vera proportione fra l'oro e l'argento*«. Er forderte ein einheitliches Weltgeld, eine Universalmünze und ein festes Wertverhältnis zwischen Silber und Gold von 1:12. Da dieses Wertverhältnis das ganze Mittelalter hindurch bis zur Zeit des Scaruffi mit sehr geringen Schwankungen gewährt hatte, so konnte es Gaspari Scaruffi wohl nach den bisherigen Erfahrungen als »wahr« und feststehend annehmen.

4. Im Jahre 1568 hatte ein an sich sehr unbedeutender Malestroit eine Broschüre veröffentlicht, in der er die Teuerung den Machenschaften der Kaufleute zuschrieb; hiergegen veröffentlichte Bodin eine »*Réponse aux paradoxes de M. Malestroit touchant l'encherissement de toutes les choses et des monnoyes*«. Später kam er auf dasselbe Thema noch einmal zurück in seinem »*Discours sur le rehaussement et la diminution des monnoyes*«. Als Grund für die Preisrevolution führt er den größeren Vorrat an Edelmetallen an, der durch die starke Ausfuhr nach Italien und Spanien nach Frankreich geflossen sei, ist aber doch auch der Meinung, daß auch die Machinationen der Kaufleute und

¹ Über Boisguilleberts *impôt unique* vgl. meine Finanzwissenschaft, 2. Aufl. 1910, S. 15.

Gewerbetreibenden dabei mit im Spiele seien, weil sie durch Privilegien vielfach eine Art von Monopol besäßen. Er kommt dabei auch auf die Edelmetallausfuhrverbote zu sprechen und mißbilligt sie, führt auch aus, daß Volkswohlstand und Geld nicht identisch seien. Sehr scharf tadelt er die Münzverschlechterungen. Er betont ferner, daß die Arbeitslöhne der allgemeinen Preissteigerung nicht im gleichen Maße gefolgt seien, und daß dadurch die Lage der arbeitenden Volksklassen sich bedeutend verschlechtert habe.

§ 24. Die Bankfrage in der merkantilistischen Literatur.

Mit der Bankfrage hat sich in der merkantilistischen Literatur nur der uns schon bekannte Schotte John Law in seinem Buche »Money and Trade considered« (1705) beschäftigt.

§ 25. Süßmilch.

Süßmilch war Pastor an der Petrikirche zu Berlin. In seinen Mußestunden liebte er es, in dem standesamtlichen Verzeichnis seiner Kirche zu blättern und zu lesen. Als ein kluger und anschlätiger Kopf fielen ihm bald gewisse, stets gleichmäßig wiederkehrende Zahlenverhältnisse auf. Indem er der Sache etwas tiefer nachging, wurde er der Begründer der Bevölkerungsstatistik. Die von ihm gemachten Beobachtungen legte er nieder in dem zweibändigen Werke »Die göttliche Ordnung in den Veränderungen der menschlichen Geschlechter«, 1741; denn ihm, dem frommen Pastor, erschienen selbstverständlich die immer wiederkehrenden Regelmäßigkeiten als von Gott gewollt.

Fünftes Kapitel.

Der Rationalismus im allgemeinen und Übersicht über die rationalistischen Schulen.

§ 26. Die Grundanschauung des Rationalismus.

Man kann den Rationalismus am besten als eine Überwucherung der Logik auf Wissensgebiete bezeichnen, die nicht unter sie rubriziert werden können. Als eine rein exakte und rein deduktive Wissenschaft waren die Logik und die mit ihr verwandte Mathematik am frühesten zu einwandfreien wissenschaftlichen Ergebnissen gelangt, während die Erfahrungswissenschaften, insbesondere diejenigen Erfahrungswissenschaften, die die Tendenzen menschlichen Handelns zu ergründen sich bestrebten, wegen der Schwierigkeiten, auf diesem Gebiete Erfahrungen zu sammeln, aus den vielen Einzelbeobachtungen das Generelle und Typische herauszuerkennen, den ursächlichen Zusammenhang zwischen den einzelnen Erscheinungen klarzustellen, d. h. klarzustellen, wodurch jene einzelnen Erscheinungen bedingt sind und welchen Einfluß sie selbst auf das Willensleben des Volkes ausüben und auszuüben vermögen, das also Gefundene in einer allgemein und klar verständlichen Darstellung zusammenzufassen, vor allen Dingen aber auch den Wert der typischen und generellen Erscheinungen für das ganze Willensleben eines Volkes darzustellen, wegen aller dieser Schwierigkeiten also ungemein langsame Fortschritte machten, viel langsamer als sie der Ungeduld der Menschheit entsprachen. Dazu kam noch eins. Der Stoff selbst, mit dem sich diese Wissenschaft beschäftigt, ist ein historisch wandelbarer, und was darum heute als richtig erkannt ist, beginnt morgen schon wieder falsch zu werden. Bevor man aber erkannte, daß dies am Stoff selbst liege — und dies zu erkennen, war erst den letzten Jahrzehnten vorbehalten —, mußte man das unaufhörliche Veralten der Ergebnisse derjenigen Wissenschaften, die die Tendenzen menschlichen Handelns zu ergründen suchten, der Forschungsmethode und nicht dem Stoffe selbst zuschreiben. Was wunder, daß man an der auf Erfahrung aufgebauten Wissenschaftsmethode schließlich zu zweifeln begann, und daß man aus Verzweiflung über die langsamen Fortschritte auf dem eigenen Gebiete, während doch die reinen Geisteswissenschaften schon so weit vorangekommen waren, schließlich darauf verfiel, das Verfahren dieser Wissenschaften auch für die so ungemein schwierigen Erfahrungswissenschaften auf dem Gebiete menschlichen Willens zu akzeptieren. Zuerst wurde die Rechtswissenschaft von dieser Ungeduld ergriffen und begann sich ein rein logisches Recht zu konstruieren. Hatte man früher mit dem Versuch, Erfahrungen zu machen, so geringe Fortschritte gemacht, so wies man jetzt alle Er-

fahrungen prinzipiell von sich; man dürfe, hieß es ausdrücklich, sich den reinen Vernunftblick nicht durch die Beobachtung der Erscheinungen der Umgebung trüben lassen; der von Erfahrung nicht getrübe Blick war nicht nur ein Spott der Gegner, er war vielmehr ein außerordentlich wichtiges Lehraxiom dieser Schulen, und diejenigen Lehrer galten als die größten und tüchtigsten, denen es am meisten gelang, allen tatsächlichen Boden unter den Füßen zu verlieren und ein ausschließlich in der Luft schwebendes Lehrgebäude aufzuführen, sofern es sich nur logisch einwandfrei aneinander fügte und logisch wie aus einem Guß erschien. Weil dies Recht aus und von der Vernunft geboren war oder doch geboren zu sein schien, so nannte man es Vernunftsrecht, und da die Natur doch nichts anderes als Vernünftiges wollen konnte, nannte man es auch Natur- oder natürliches Recht, und da endlich das natürliche Recht auch ursprüngliches Recht sein muß, so nannte man es auch das ursprüngliche Recht. Ursprünglich, natürlich und vernunftgemäß war also das Gleiche. Die Anhänger des Rationalismus selbst waren aber von der Richtigkeit ihrer Hirngespinnste so sehr überzeugt, daß sie alle Abweichungen der positiven Rechtssatzungen als vernunftwidrig und unnatürlich bezeichneten und mit aller Energie Rückkehr zu dem ursprünglichen, natürlichen, vernunftgemäßen Recht, d. h. unbedingte Anerkennung der unabweisbaren Richtigkeit und unbedingte Verwirklichung ihres Hirngespinnstes forderten, so sehr ferner, daß Grotius ihren allseitigen Beifall fand, als er sich zu dem Satz verstieg, daß selbst Gott das Natur- oder Vernunftrecht nicht abzuändern vermöge, und daß dies Naturrecht auch dann gelten würde, wenn es keinen Gott gäbe. Freilich ein Verdienst hat sich auch der Rationalismus um die Rechtswissenschaft erworben, er hat die juristische Begriffslehre und die Systematik ausgebildet. Nachdem der Rationalismus schon beinahe zwei Jahrhunderte das Recht beherrscht hatte, drang er auch in die Volkswirtschaft ein, und zwar sind wir in der Lage, genau das Datum dieses ersten Eindringens des Rationalismus' in die Volkswirtschaftslehre angeben zu können. Es ist das Jahr 1757. In diesem Jahre lieferte Quesnay einen Artikel »Grains« für die Diderotsche Enzyklopädie. Die beiden ersten Teile sind rein auf Erfahrung aufgebaut und so ausgeführt, wie auch wir heute wieder ein solches Thema behandeln würden. Das Thema und die vorangeschickte Disposition ist auch mit diesen Teilen vollständig erschöpft, da fühlte sich Quesnay auf einmal bewegt, den beiden ersten offensichtlich schon gedruckten Teilen noch einen dritten hinzuzufügen, der das Thema rein logisch, deduktiv, abstrakt, ohne irgendwelches Eingehen auf die tatsächlichen Verhältnisse behandelte. Von da an schrieb Quesnay nur noch rationalistisch. Der Rationalismus beherrschte bald darauf die Volkswirtschaftslehre auf beinahe ein Jahrhundert, er ist selbst heute noch nicht ganz verschwunden

und findet, wie wir sehen werden, selbst heute noch Vertreter. Ähnlich wie der Rationalismus in der Rechtslehre das sogenannte Natur- oder Vernunftrecht konstruiert hatte, so glaubte er auch für die politische Ökonomie die reinen und unveränderlichen Prinzipien der Wissenschaften aufdecken und darlegen zu können. Nach den Rationalisten gibt es feste, unverrückbare Naturgesetze, nach denen sich das wirtschaftliche Leben vollzieht, nur ihre Nichtbeachtung und gewaltsame Unterdrückung führe zu krankhaften wirtschaftlichen Verhältnissen. Kenne man diese Naturgesetze, nach denen sich alles wirtschaftliche Leben regelt, so genüge es, diese zu beachten, um die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Staates stets gesund zu erhalten. Diese wirtschaftlichen Naturgesetze gelte es also zu ergründen, um die wirtschaftlichen Probleme aller Zeiten und aller Völker ein für allemal zu beantworten. Auf der Grundlage einiger weniger Grundsätze lasse die Volkswirtschaftslehre wie ein mathematisches Lehrgebäude sich aufrichten. Es gibt also nur eine Volkswirtschaftslehre, die für alle Zeiten, alle Völker und alle Verhältnisse paßt. In der Tat lehrte der volkswirtschaftliche Rationalismus, daß der nicht zu richtigen volkswirtschaftlichen Ergebnissen gelangen könne, der sich von den Vorstellungen von Raum und Zeit nicht ganz frei zu machen wisse, für den es z. B. noch politische Grenzen und Geschichtsperioden gebe, der sich seinen reinen Vernunftblick durch Beobachtung der ihn umgebenden Verhältnisse trüben lasse. Nur durch reine Spekulation der Vernunft könne man die reinen Vernunftgesetze ergründen. Wie in der Rechtswissenschaft zur Zeit des Rationalismus jeder seine Anschauung für die vernunftgemäße erklärte und es deshalb so viele Richtungen in der Naturrechtsschule gab, wie das praktische Leben Parteiströmungen hervorrief, wie also ein Teil der Rationalisten die unmittelbare Demokratie, ein anderer Teil gerade das direkte Gegenteil von dieser, den unbeschränkten Absolutismus für naturgemäß erklärte, so gab und gibt es auch unter dem volkswirtschaftlichen Rationalismus so viel Richtungen, als es im praktischen Leben Parteiströmungen gibt; ja selbst der Methodenstreit hat hier neue Richtungen des Rationalismus entstehen lassen.

§ 27. Die verschiedenen Richtungen des volkswirtschaftlichen Rationalismus.

Man kann im volkswirtschaftlichen Rationalismus die folgenden Richtungen unterscheiden:

1. die individualistischen:
 - a) die physiokratische,
 - b) die ponokratische oder industrielle, auch die klassische Schule genannt,
 - c) die extreme oder anarchistisch-individualistische;

2. die populationistische;
3. der antiindividualistische, aber auf dem Boden der heutigen Staats- und Wirtschaftsordnung stehende Rationalismus:
 - a) der merkantilistische bzw. vom Merkantilismus ausgehende oder doch merkantilistische Ideen vertretende Rationalismus,
 - b) der religiöse, ethische, soziale Rationalismus,
 - c) der psychologische Rationalismus,
 - d) der mathematische Rationalismus;
4. der antiindividualistische, die heutige Staats- und Wirtschaftsordnung bekämpfende Rationalismus:
 - a) der föderalistische,
 - b) der sozialistische,
 - c) der kommunistische,
 - d) der agrarsozialistische der Bodenreformer.

Sechstes Kapitel.

Der Physiokratismus.

§ 26. Die Entstehung und Entwicklung des Physiokratismus.

Die Veranlassung zur Entstehung des Physiokratismus war eine ganz spezielle. Wir haben gesehen, daß in Frankreich die Getreideausfuhr von 1720—1754 prinzipiell verboten war. Um das Jahr 1750 zirka erwachte der Streit um die Freigabe der Getreideausfuhr von neuem und wurde die Veranlassung zur Bildung einer neuen Schule der Économisten oder, wie sie sich später selbst nannten, der Physiokraten. Indem man nämlich zunächst nur diese eine Forderung der extremen Merkantilisten anfocht, gelangte man dazu, seine Angriffe auf immer weitere Punkte des merkantilistischen Lehrgebäudes zu richten, so daß daraus schließlich eine neue Schule mit einem dem Merkantilismus durchaus entgegengesetzten Lehrgebäude entstand. Die Führer in diesem Kampf gegen den Merkantilismus waren ursprünglich zwei Männer: Gournay und Quesnay. Gournay oder, wie sein voller Name lautet, Jaques Claude Marie Vincent Seigneur de Gournay war ursprünglich Großkaufmann. Im Jahre 1749 zog er sich von seinen Geschäften zurück. Um jedoch sein Vermögen sicher anzulegen und sich zugleich eine angesehene und einflussreiche Stellung in der Gesellschaft zu wahren, kaufte er im Jahre 1751 das Amt eines der vier Handelsintendanten. Neigung und Amt bewogen ihn, den unabhängigen und vermögenden Mann dann dazu, allgemeinen volkswirtschaftlichen Fragen näherzutreten. Ursprünglich ging er als der frühere Großkaufmann allein von der Bemühung aus, in die Verwaltung des Handels einen etwas freieren Zug hineinzubringen. Erst allmählich erweiterte sich ihm dann der Kreis seiner Bestrebungen, und immer allgemeiner richtete er sein Augenmerk darauf, die allen Gewerben von dem Merkantilismus auferlegten und damals in der Tat wohl kaum noch zeitgemäßen Fesseln zu brechen. Erst später wurde er mit dem Rationalismus bekannt und bestrebte sich nun, seine schon früher aufgestellte Lehre vom *laissez faire et laissez passer* mit den rationalistischen Lehren von der natürlichen Freiheit und dem natürlichen Eigentumsrecht zu stützen. Von den übrigen Physiokraten unterschied er sich aber in drei Punkten: als ehemaliger Großkaufmann blieb er ein Anhänger der Lehre von der günstigen Handelsbilanz und hat sich mit ihrer Ersetzung durch die Lehre vom *Produit net* nicht einverstanden erklärt, er hat ferner an den populationistischen Bestrebungen der Bevölkerungspolitik festgehalten und konnte sich endlich auch, da er in der Stadt aufgewachsen war und hier als Großkaufmann zur Industrie in mancherlei Beziehungen getreten war, nicht mit der Lehre der übrigen Physiokraten befreunden, nach-

dem die menschliche Arbeit nicht fähig sein sollte, mehr als ihren eigenen Kostenwert zu erzeugen, und darum auch nicht fähig sein sollte, sich an der Schöpfung des *Produit net* zu beteiligen. Er selbst hat seine Lehre nur in Eingaben an die Minister, die bis heute noch nicht wieder aus den Archiven hervorgekommen sind, zu Papier gebracht, wohl aber hat er einen großen Schülerkreis um sich versammelt, die in seinem Sinne durch die Schrift wirkten. Seine bedeutendsten Schüler waren *Herbert* und der ältere *Mirabeau*, der sich später aber eng an *Quesnay* anschloß.

Einen ganz anderen Entwicklungsgang nahm *Quesnay*. Er war in *Méré* bei *Versailles* geboren. Sein Vater war ein vielbeschäftigter Advokat, die Mutter, eine kluge und energische Frau, bewirtschaftete das kleine Familiengut. So empfing er durch seine Jugendeindrücke die Vorliebe für das Landleben. Er trat jedoch erst 1757, also in einem Alter von mehr als 60 Jahren als ökonomistischer Schriftsteller auf. Man hat Anklänge zu seinem späteren ökonomischen System zwar schon in seinem ersten 1736 erschienenen halb physiologischen, halb psychologischen Werke »*Essay physique sur l'Économie animale*« besonders in dem Abschnitte »*La Liberté*« finden wollen, man wird aber selbst bei aufmerksamster Lektüre solche nicht entdecken können. Da lieferte er plötzlich eine ganze Reihe ökonomischer Schriften für die *Diderot-D'Alembertsche* Enzyklopädie. Die Veranlassung dazu war eine äußerliche. Im Jahre 1755 hatte er, nachdem er wenige Jahre zuvor vom Könige geadelt worden war, weil er in seiner Stellung als Hofarzt den *Dauphin* von den Blattern geheilt hatte, vom Herzog von *Nivernais* eine große Besizung gekauft und damit ein stilles Sehnen befriedigt, das er von Jugend auf genährt hatte. Seitdem war sein Interesse für volkswirtschaftliche Fragen erwacht. *Quesnays* Wirksamkeit als volkswirtschaftlicher Schriftsteller kann man nun, obgleich sie nur über 12–13 Jahre sich erstreckt, in drei Perioden einteilen:

Der ersten Periode, die nur die Jahre 1756 und 1757 umfaßt, gehören an, um nur die Hauptschriften zu nennen, die beiden Artikel »*Fermiers*« und »*Grains*« (nur 2 Teile) für die Enzyklopädie und die »*Questions intéressantes sur la Population, L'agriculture et le Commerce*«, wenngleich diese letzteren erst sehr viel später veröffentlicht sind; die hier genannten Schriften sind noch nicht rationalistisch.

Der zweiten Periode, die nur die Jahre 1757 und 1758 umfaßt, gehören an, um wiederum nur die Hauptschriften zu nennen, der dritte Teil des Artikels *Grains*, das *Tableau économique* und die *Maximes générales*, die ganz rationalistisch gehalten sind.

Der dritten Periode, die die Jahre 1765—1774 umfaßt — in der Zwischenzeit hat er nichts veröffentlicht — gehören von seinen Hauptwerken an: »*Le Droit naturel*«, »*Du Commerce*«, »*Sur les Travaux des Artisans*« und endlich die beiden Werke, in denen er sein System

zusammenfaßt: »Analyse du Gouvernement des Incas de Pérou« und »Despotisme de la Chine«.

Quesnays bedeutendste Schüler waren der ältere Mirabeau, der sich erst später eng an Quesnay anschloß, Mercier de la Rivière, Dupont de Nemours, Turgot und Morellet. Die Schüler Gournays und Quesnays haben veröffentlicht:

Herbert: »Essay sur la Police générale des Grains« 1755 (nicht rationalistisch).

Der ältere Mirabeau: »Ami des hommes ou traité sur la population«, 1756—1760, in drei Bänden, von denen der erste noch nicht rationalistisch war, und »Philosophie rurale ou économie générale et politique de l'agriculture«, 1763, das erste Werk, das eine vollständige Darstellung des physiokratischen Systems brachte.

Mercier de la Rivière: »L'ordre naturel et essentiel (im Wesen nicht veränderlich, unverrückbar) des sociétés politiques«, 1767 (Rationalistisch wie ein mathematisches Lehrbuch gehalten).

Dupont de Nemours: »Physiocratie«, 1768, ein Sammelwerk aller bis dahin erschienenen Schriften der Physiokraten mit Biographien der Verfasser, Einleitung, Kommentar und Schlußbemerkung. Der Titel »Physiocratie« begegnet uns hier zum erstenmal.

Turgot: »Réflexions sur la formation et la distribution des richesses«, 1766, die beste Darstellung der physiokratischen Lehre.

Morellet: »Réfutation de l'Ouvrage qui a pour Titre, Dialogues sur le Commerce de Bleds« (ein Werk Galianis, auf das wir an anderer Stelle zurückkommen werden), 1774 (ganz streng rationalistisch).

§ 29. Das physiokratische Lehrgebäude.

Bei dem Physiokratismus treten uns die folgenden sechs Hauptpunkte seiner Lehre entgegen: er bekämpft

1. die Landwirtschaftspolitik des ausgearteten französischen Merkantilismus,
2. die Industriepolitik des ausgearteten französischen Merkantilismus,
3. die Bevölkerungspolitik des Merkantilismus,
4. die Münzpolitik des John Law,
5. die damalige ständische Gliederung,
6. die Bevormundungspolitik in der Landwirtschaft, dem Handwerk und der Großindustrie.

Ad 1. *Die Bekämpfung der Landwirtschaftspolitik des ausgearteten französischen Merkantilismus.*

Als Aufgabe der Volkswirtschaft betrachtet zwar auch er die Hebung des Volkswohlstandes und des Volksreichtums, glaubte aber dies Ziel

nicht durch eine günstige Handelsbilanz, sondern durch das *Produit net* erreichen zu sollen, d. h. einen Überschuß der Volksproduktion über den Volksverbrauch. Volksreichtum kann darum nur durch eine Förderung derjenigen Berufszweige begründet werden, welche sich an der Erzeugung dieses *Produit net* beteiligen. Nur die Beteiligung an der Erzeugung des *Produit net* ist produktiv. Mithin definiert der Physiokratismus Produktion als die Schaffung solcher neuer Güter, deren Gesamtwert größer ist als der Wert der in den neuen wirtschaftlichen Gütern aufgegangenen Güter, Produktion ist die Schaffung von Mehrwerten (*survaleurs*); zu den in den neuen wirtschaftlichen Gütern aufgegangenen Gütern seien aber auch im Sinne des *Produit net* die Subsistenzmittel zu rechnen, deren der Arbeiter zur Herstellung seiner bei der Gütergewinnung aufgewandten Arbeitskräfte benötige. Nun behauptete aber der Physiokratismus, kein Mensch sei imstande, durch seine Arbeit mehr Werte zu schaffen, als dem Kostenwert seiner Arbeit entspreche; daraus ergebe sich, daß jede Herstellung von Gütern, bei der nur die menschliche Arbeit als Produktionsfaktor in Betracht kommt, nicht produktiv sei, daß dagegen produktiv nur eine Herstellung von Gütern genannt werden könne, bei der ein Produktionsfaktor mitwirke, der seine Mitwirkung entweder frei oder doch billiger als die menschliche Arbeit anbiete. Es gäbe aber nur einen Produktionsfaktor, der hier in Betracht kommen könne, das sei der Produktionsfaktor Natur (*φύσις κρατεῖ*, Physiokratismus). Mithin könnten produktiv nur die Berufe genannt werden, die sich der Mitwirkung des Produktionsfaktors Natur erfreuten. Derjenige Beruf aber, der sich der Mitwirkung der Natur bei seiner Gütergewinnung vornehmlich erfreue, das sei die Landwirtschaft. Mithin sei die Landwirtschaft in erster Linie produktiv. Mithin könne Volkswohlstand nur begründet werden durch eine Volkswirtschaftspolitik, welche hauptsächlich die Landwirtschaft stütze und fördere. Zur Unterstützung und Förderung der Landwirtschaft aber genüge es erfahrungsgemäß — d. h. an einem der wichtigsten Punkte ihrer Deduktion müssen die Physiokraten in die von ihnen perhorreszierte Empirie zurückfallen —, wenn man ihr freie Ausfuhr gestatte, mithin sei es nötig, sofort alle Schranken dieser freien Ausfuhr zu beseitigen und dafür zu sorgen, daß derartige Schranken in Zukunft nicht wieder errichtet werden könnten. Durch die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte würden dem Lande aber wirkliche *survaleurs* gewonnen werden, nämlich die Werte, die man vom Auslande für die frei waltenden Kräfte der Natur erhalte. Für die Landwirtschaft kommt der Physiokratismus also zu dem Resultate, daß jedes Eingreifen der Regierung nur von Schaden sein könne, und faßt darum zunächst diesen Teil seiner Volkswirtschaftslehre in den einen Satz zusammen *laissez faire et passer*.

Die Lehre vom *produit net* ist eine Verwechslung der privatwirtschaftlichen und der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung. Die Vermögen der einzelnen privaten

Personen entstehen und vermehren sich freilich dadurch, daß in einem bestimmten Zeitraum aus der Wirtschaft der Personen weniger herausgeht als hereingeht; volkswirtschaftlich aber entsteht Reichtum dadurch, daß von vornherein ein Teil der vorhandenen Produktionsfaktoren nicht zur Erzeugung von Genußgütern verwandt wird sondern, um die vorhandenen Produktionsfaktoren einerseits immer ergiebiger zu gestalten und andererseits nicht nur in dem Maße, wie sie schwinden, immer wieder durch neue zu ersetzen sondern auch immer mehr zu erweitern. Aus dieser Verwechslung zwischen Reichthums- und Wohlstandsbildung im privatwirtschaftlichen und im volkswirtschaftlichen Sinne ergibt sich nun:

1. Es ist durchaus privatwirtschaftlich gedacht, aber ein unvermeidliches Ergebnis aus der Lehre vom *produit net*, wenn die Physiokraten zu den in den neuen wirtschaftlichen Gütern aufgegangenen Gütern die Subsistenzmittel rechneten, deren der Arbeiter zur Herstellung seiner bei der Gütergewinnung aufgewandten Arbeitskräfte benötigt. Volkswirtschaftlich dürfen die Unterhaltungsmittel der Arbeitskräfte nicht zu den in den neuen wirtschaftlichen Gütern aufgegangenen Gütern gerechnet werden, denn volkswirtschaftlich kommt nicht die Rentabilität des Unternehmens für den Unternehmer, sondern die Produktivität für die Volkswirtschaft, d. h. die Schaffung von Genußgütern und die Erschließung neuer Produktionsfaktoren, in Betracht. Daraus ergibt sich nun:

2. Der Begriff »produzieren« ist von den Physiokraten falsch gefaßt: Produzieren heißt nicht *Survaleurs* schaffen sondern Werte schaffen, die den gebrachten volkswirtschaftlichen Opfern entsprechen. Eine Arbeit ist darum erst dann als unproduktiv anzusehen, wenn ihr Ergebnis ihrem Kostenwert nicht entspricht. Wir dürfen aber bei dieser Betrachtung an die geschaffenen Werte einerseits und die Opfer andererseits nicht einen privatwirtschaftlichen Maßstab, das Geld, sondern einen volkswirtschaftlichen Maßstab, das Ernährungsminimum eines erwachsenen normalen Mannes legen. Eine Arbeit ist dann unproduktiv, wenn ihr Ergebnis und ihr Kostenwert, in diesem Maßstab berechnet, nicht mindestens gleichwertig sind.

4. Selbst aber, wenn wir an die Arbeit den physiokratischen Maßstab der Produktivität legen, dürften wir sie wohl kaum als unproduktiv bezeichnen können. Die industrielle Schule hat wohl vollständig Recht gehabt, wenn sie meinte, auch bei dem physiokratischen Maßstabe müsse die menschliche Arbeit zum mindesten in dem gleichen Maße, wenn nicht in einem viel höheren Maße für produktiv erklärt werden als die Natur. Auch hier beruhte die Behauptung der Physiokraten übrigens auf einer Beobachtung bzw. Erfahrung, wenn sie sich auch den reinen Vernunftblick durch Beobachtung nicht wolltten trüben lassen. Die Beobachtung bzw. Erfahrung war freilich eine falsche. Die Löhne der Arbeiter waren damals ganz miserable, so daß ein Arbeiter zusammen mit seiner Frau und seinen mehr als sechsjährigen Kindern nicht mehr erübrigen konnte, als um für sich und seine Familie, wobei zu den älteren höchstens noch zwei jüngere Geschwister kommen durften, den Lebensunterhalt zu verdienen. Die Physiokraten aber glaubten den Unternehmern, wenn sie behaupteten, aus ihren Büchern den Nachweis bringen zu können, daß sie höhere Löhne nicht zahlen könnten. Das stimmte vollständig, so lange ihre Konkurrenten die billigen Arbeitskräfte fanden, konnten auch sie nicht mehr zahlen, weil einerseits die große Konkurrenz in Industrieprodukten die Unternehmer zwang, sich gegenseitig zu unterbieten, und weil andererseits die Arbeiter sich ebenfalls in der Anbietung ihrer Arbeitskraft unterboten. So hatte man eben noch keinen Versuch gemacht, ob nicht die Konsumenten gewillt sein würden, die Produkte auch dann zu kaufen, wenn für sie ein höherer Preis gefordert würde. Als die Arbeiter sich nicht mehr gegenseitig die wildeste Konkurrenz in der Anbietung ihrer Arbeitskraft machten, als die Industriellen deshalb, den höheren Löhnen entsprechend, höhere Preise fordern mußten und forderten, da zahlte das

Publikum willig auch diese, und es zeigte sich, wie falsch die Arbeit selbst ihren Preis eingeschätzt hatte.

4. Wenn endlich der Physiokratismus behauptete, es gäbe nur einen Beruf, der sich vornehmlich der Mitwirkung der Natur bei seiner Gütergewinnung erfreue, das sei die Landwirtschaft, so hatte nach dem damaligen Stande der Produktionstechnik, abgesehen von den Verkehrsgewerben, die Landwirtschaft in der Tat allein gelernt, die Naturkräfte vornehmlich in ihren Dienst zu stellen.

5. Endlich war die ganze Lehre vom *produit net* auch insofern eine Verwechslung der privatwirtschaftlichen und der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung, als sie das ganze volkswirtschaftliche Getriebe vom privatwirtschaftlichen und nicht vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte aus aufbaute. Sie sah in der Volkswirtschaft gewissermaßen ein großes privatwirtschaftliches Unternehmen zur Erzielung eines Überschusses. Dabei mußten dann aber schließlich die Personen, die in diesem Unternehmen tätig sind, selbst nichts als Angestellte dieses Unternehmens sein, deren Aufgabe vom Standpunkte des Unternehmens aus es ist, an der Erzielung dieses *produit net* mitzuwirken. Was ist denn nun aber der Zweck dieser Erzielung eines *produit net*? Wem soll es zugute kommen?

Ad 2. *Die Bekämpfung der Industriepolitik des ausgearteten französischen Merkantilismus.*

Zur Bekämpfung der Industriepolitik des ausgearteten französischen Merkantilismus führte der Physiokratismus aus: Abgesehen davon, daß die merkantilistische Politik nicht die Landwirtschaft, sondern die Industrie fördere, sei sie noch ganz besonders dadurch fehlerhaft, daß sie gerade die Exportindustrie begünstige. Während nämlich bei der übrigen Industrie im allgemeinen doch wenigstens Güter geschaffen würden, deren Gesamtwert dem Wert der in den neuen wirtschaftlichen Gütern aufgegangenen Güter entspreche, während diese Veredelungsproduktion, wenn auch nicht produktiv, so doch wenigstens stabil, d. h. Werte erhaltend sei, würden bei der Exportindustrie stets Güter geschaffen, deren Gesamtwert hinter dem Wert der in den neuen wirtschaftlichen Gütern aufgegangenen Güter zurückbleibe. Auf die Exportgüter müsse nämlich, einmal weil die späteren Abfälle einen ganz unnötigen Transport erforderten, sodann aber, weil auch die verarbeiteten Stoffe einen ganz unnötigen Umweg machten, so viel unnötige Arbeit verwandt werden, daß ihre Herstellungskosten notwendig ihren Wert übersteigen müßten; denn für die Veredelungsprodukte würden in der Volkswirtschaft nur der Wert der Rohstoffe und der Kostenwert der wirklich nötigen Arbeit bezahlt. Wenn man demgegenüber einwende, daß auch die Exportindustrie doch wenigstens insoweit auf ihre Kosten komme, daß sie alle ihre Gestellungskosten einschließlich aller Transportkosten bezahlt bekomme, sonst würden die Unternehmer sie doch unzweifelhaft schon lange eingestellt haben, so sei das nur insoweit richtig, als zuzugeben sei, daß die Unternehmer in einer solchen Industrie auf ihre Kosten kommen, aber nicht das Land, das solche Exportindustrie fördere. Die Fehlkosten trügen nicht die Unternehmer sondern die Landwirte, indem man sie durch das Ausfuhrverbot zwingt, in normalen Jahren das Getreide unter dem Kostenwert

abzugeben. In Notjahren hielten sie sich dann freilich schadlos. In Notjahren müßten die Industriellen dann wieder abhungern, was sie in Normaljahren den Landwirten abgerungen hätten. Durch die Exportindustrie werde darum auch nicht Geld für das Land gewonnen, sondern im Gegenteil Geld an das Ausland abgegeben, so daß das Land notwendig verarmen müsse. Aus diesem Grunde dürften in einem Lande nur diejenigen Industrien gepflegt werden, für welche die Rohprodukte im Lande selbst gewonnen würden, d. h. nur die sogenannten naturwüchsigen oder bodenständigen Industrien. Wenn nämlich bei dem Export solcher Veredelungsprodukte auch keine Mehrwerte erzielt würden, so setze man dabei doch wenigstens keine Werte zu, und die Herstellung solcher Güter für den Export habe wenigstens den einen Zweck, sonst brachliegende Arbeitskräfte ihrem Kostenwerte entsprechend zu verwerten. Diese Industrien aber würden sich, eben weil ihre Voraussetzungen schon im Lande selbst gegeben seien, ohne jedes Zutun der Regierung von selbst entwickeln, sie würden sich aber auch nicht mehr entwickeln, als ihr Bestand für das Land notwendig sei, um sonst brachliegende Arbeitskräfte beschäftigen zu können. Wo nämlich würde jemand wohl, so lange die Landwirtschaft mit ihrer besseren Verwertungsmöglichkeit nach Arbeitskräften solche suche, sich zur Veredelungsproduktion drängen, wenn ihm eine volle Freiheit der Wahl des Berufes gegeben sei?

Auch für die Industrie kommt der Physiokratismus mithin zu dem Resultat, daß jedes Eingreifen der Regierung, um die Industrie in die richtigen Bahnen zu lenken und um zu verhüten, daß sie nicht mehr Arbeitskräfte beschäftige, als bei ihr Zuflucht suchen müßten, um nicht brach zu liegen, unnötig sei, daß sich der gewünschte Erfolg vielmehr gerade dann ergeben würde, wenn die Regierung sich jedes Eingriffes enthalte; daß umgekehrt aber jedes Eingreifen der Regierung, weil sie sich dabei leicht vergreifen könnte, die Gefahr in sich schließe, daß dadurch die Industrie in falsche Bahnen gelenkt würde und größere Dimensionen annehme, als nach den volkswirtschaftlichen Verhältnissen erforderlich sei; dadurch aber würden nicht nur den wünschenswerten Produktionszweigen die nötigen Arbeitskräfte entzogen, um in Produktionszweigen beschäftigt zu werden, wo sie entweder sogar unter ihrem vollen Wert ausgenutzt würden oder doch wenigstens nicht mit demjenigen wirtschaftlichen Nutzen, den sie bei richtiger Verwertung haben könnten, sondern auch den Konsumenten teils solche Produkte vorenthalten, die sie bei richtiger Verwertung der Arbeitskräfte reichlicher genießen könnten, teils solche Produkte unnütz verteuert, die sie gegen ihre eigenen Produkte vorteilhafter eintauschen könnten, weil das Ausland sie unter günstigeren Bedingungen erzeugen und darum auch unter günstigeren Bedingungen abgeben könne, als sie selbst sie herstellen könnten.

Mit anderen Worten: Auch für die Industrie kommt der Physiokratismus mithin zu dem Resultat, daß jedes Eingreifen der Regierung nur von Schaden sein könne, und faßt darum auch diesen Teil seiner Volkswirtschaftslehre in den einen Satz zusammen: »Laissez faire et passer.«

So sollte denn also nur die Exportindustrie, was sicherlich ganz einseitig behauptet wurde, an dem damals unleugbaren wirtschaftlichen Rückgange Frankreichs schuld sein, während man doch höchstens dem Versuch, die Exportindustrie durch das Getreideausfuhrverbot zu fördern, einen Teil der Schuld hätte zumessen dürfen. Im übrigen aber ist diese Bekämpfung der merkantilistischen Industriepolitik durch die Physiokraten eine logische Konsequenz ihrer Bekämpfung der merkantilistischen Landwirtschaftspolitik; sie steht und fällt deshalb mit jener.

Ad. 3. *Die Stellung des Physiokratismus zur Bevölkerungspolitik des Merkantilismus.*

Die inzwischen schon von der Entwicklung teilweise überholte merkantilistische Lehre, daß eine schnelle Bevölkerungszunahme unbedingt als wünschenswert anzusehen sei, verwarf er und stellte ihr die Lehre entgegen, nur eine mit den Produktionsverhältnissen des Landes gleichen Schritt haltende Bevölkerungszunahme sei wünschenswert.

Eine mit den Produktionsverhältnissen des Landes gleichen Schritt haltende Bevölkerungszunahme würde sich aber von selbst ergeben, wenn der Staat auf jede künstliche Anspornung der Volksvermehrung verzichte. Auch für die Bevölkerungslehre kommt der Physiokratismus mithin zu dem Resultat, daß jedes Eingreifen der Regierung nur von Schaden sein könne, und faßt darum auch diesen Teil seiner Volkswirtschaftslehre in dem einen Satz zusammen: »laissez faire et passer.«

Die Ausführungen des Physiokratismus zur Bevölkerungslehre in ihrem ersten Teil sind richtig, ebenso ist zuzugeben, daß der Physiokratismus, wenn er in seinen Schlußfolgerungen auf das Prinzip des laissez faire et laissez passer hinauswollte, nicht anders seine Schlußfolgerungen ziehen konnte als er es hier tat.

Damit sind aber diese Schlußfolgerungen an sich nicht richtig. Weisen die Bevölkerungsverhältnisse eines Landes, wie es in fast ganz Europa zur Zeit des Merkantilismus der Fall war, daraufhin, daß eine starke Bevölkerungsvermehrung wünschenswert sei, so darf nicht nur, sondern muß die Regierung mit allem Nachdruck auf eine solche hinarbeiten, sie darf sich dann aber damit nicht begnügen, sondern muß die Produktionsmittel des Landes so zu entwickeln suchen, daß sie mit der Bevölkerungszunahme, insbesondere auch mit der künstlich vermehrten Bevölkerungszunahme gleichen Schritt halten. Weisen die Bevölkerungsverhältnisse eines Landes aber nicht daraufhin, daß eine stärkere Bevölkerungszunahme als die zeitweilige wünschenswert sei, dann soll die Regierung auf diesem Gebiet dem Modus, nicht dem Prinzip des laissez faire und laissez passer folgen. Das war damals in fast ganz Europa der Fall, und darum war damals auch die Bevölkerungspolitik des Merkantilismus überlebt. Nicht prinzipiell, sondern aus historischen Gründen war es also damals für die Regierungen richtig, in der Bevölkerungsfrage dem Modus, nicht dem Prinzip des laissez faire et passer zu folgen.

Ad 4. *Die Stellung des Physiokratismus zur merkantilistischen Lehre von der Größe des Betrages der Umlaufsmittel.*

Der merkantilistischen Lehre von der Größe des Betrages der Umlaufsmittel stellte der Physiokratismus den zutreffenden Satz entgegen, eine künstliche übermäßige Vermehrung des Geldes im Lande führe nur zu seiner Entwertung und habe deshalb keinen volkswirtschaftlichen Nutzen sondern könne nur Schaden anrichten. Jede künstliche Vermehrung des Geldes würde sich aber vermeiden lassen, wenn der Staat auf künstliche Umlaufsmittel an sich, d. h. auf alles Papiergeld verzichte, metallene Umlaufsmittel aber nur soweit präge, als ihm das Metall selbst dazu aus dem Publikum angeboten werde. Dadurch würde der aufgedruckte Wert der Münze mit ihrem Metallwert immer übereinstimmen. Habe das Metallgeld einen Wert, der höher sei als der Metallwert, so werde soviel Metall angeboten werden, daß beide Werte im Einklang seien, habe das Metallgeld einen Wert, der niedriger sei als der Metallwert, so werde ein Teil des Metallgeldes in den Schmelztiegel wandern, bis beide Werte im Einklang seien. Auch für die Münzpolitik kommt der Physiokratismus mithin zu dem Resultat, daß jedes künstliche Eingreifen der Regierung nur von Schaden sein könne, und faßt darum auch diesen Teil seiner Volkswirtschaftslehre in die Worte zusammen: »Laissez faire et passer.«

Was nun diese Ausführungen des Physiokratismus zur Münzfrage betrifft, so begegnet uns hier zum erstenmal ein Fehler des Liberalismus, der uns in der praktischen Volkswirtschaftslehre sehr häufig begegnet, das ist der, daß er das Kind mit dem Bade ausschüttet, weil doch das Kind das Waschwasser beschmutzt habe. Also weil die John Lawsche Politik einen vollständigen Mißerfolg gehabt hatte, also mußte auch sein Vorschlag zur Einführung von Papiergeld falsch sein. Kein Physiokrat dachte daran, weiter zu untersuchen, ob an dem Vorschlage an sich nicht doch etwas Richtiges sei, und ob er nicht nur falsch durchgeführt sei; mit ihrem reinen, von Sachkenntnis nicht getrübbten Vernunftblick übersahen sie ganz, daß in England Banknoten schon seit 1694 umliefen, und daß die Volkswirtschaft dort durch sie noch keinen Schaden erlitten, aber schon viele Vorteile genossen hatte. Die Ausführungen des zweiten Teils treffen zu für ein Land mit einheitlicher Währung für das Währungsmetallgeld, nie aber für die übrigen Münzsorten; (bei ihnen muß der Staat sich vorbehalten, wie viel er prägen will,) und nicht für ein Land mit Doppelwährung. Befolgte ein Staat hier den physiokratischen Rat, würde ihm das Metall, dessen Wertverhältnis zum fiktiven Wertverhältnis sich zu seinen Ungunsten verschoben hat, in Unmengen zum Ausprägen angeboten werden und nach dem Grashamschen Gesetz würde dann dieses Metallgeld das andere aus dem Lande treiben. Das Land würde so schließlich zwar zur einheitlichen Währung gelangen, aber in einem minderwertigen Metall. Die Einzelheiten gehören in die Münzpolitik und können ihrer großen Kompliziertheit wegen hier nicht erörtert werden.

Ad 5. *Die Ständelehre des Physiokratismus.*

An die Lehre, daß nur bei der Landwirtschaft ein Mehr der Produktion über die Produktionskosten erzeugt werde, schloß sich die Einteilung der Bevölkerung in drei Stände an, nämlich in

- a) die produktiven Stände, das sind die Landwirte, die jenes Mehr der Produktion erzeugen (*classe productive*),
- b) die nur Werte umformenden Stände, das sind alle beim Handwerk, beim Gewerbe und beim Handel tätigen Personen (*classe stérile* bei Quesnay, *classe stipendiée* bei Turgot),
- c) die nur konsumierenden Stände, das sind alle liberalen Berufe, die Rentner, die Gutsbesitzer u. a., wozu zur Erklärung zu bemerken ist, daß die Gutsbesitzer in damaliger Zeit nie selbst Landwirte waren (*classes des propriétaires*).

Als Ziel einer vernunftgemäßen inneren Wirtschaftspolitik sei es aber anzusehen, daß die soziale und politische Bewertung der Stände ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspreche. Dieses Zieles werde am besten erreicht werden, wenn die bisherigen künstlichen Schranken und Begünstigungen der einzelnen Stände eingerissen würden; dann werde von selbst jeder Stand sich entweder zu derjenigen politischen und sozialen Stellung durchringen oder in diejenige politische und soziale Stellung hinabgedrängt werden, welche seiner wirtschaftlichen Bedeutung für das Volksleben entspreche. Auch für die Ständepolitik gelangt der Physiokratismus mithin zu dem Resultat, daß jedes künstliche Eingreifen der Regierung nur von Schaden sein könne, und faßt darum auch diesen Teil seiner Volkswirtschaftslehre in die Worte zusammen: »*Laissez faire et passer*«.

Der erste Teil dieser Ständelehre steht und fällt mit der Lehre vom *produit net*, der zweite Teil stellt uns ein sehr ungewisses Resultat der ständischen Entwicklung in Aussicht; noch nie ist der eigentliche Stand der Landwirte der herrschende Stand gewesen, dazu klebt er viel zu sehr an der Scholle und ist er viel wenig rührig. In unsichern Zeiten ist der Kriegerstand und der die Geister in Bann schlagende Priesterstand der herrschende; sobald die Geldwirtschaft beginnt, sind es die sog. Wertbildner, der Stand der Großkapitalisten, der Leiter der großen Geldinstitute, die Großkaufleute und die Großfabrikanten, niemals die Landwirte¹.

Ad 6. *Die Bekämpfung der Bevormundungspolitik in der Volkswirtschaft durch den Physiokratismus.*

Da der Physiokratismus in den fünf ersten Punkten seines Programms überall zu dem Resultat gelangt war, daß man nur das Prinzip des *laissez faire et passer* zu befolgen brauche, so mußte er darum auch die Bevormundungspolitik auf allen Wirtschaftsgebieten bekämpfen. So verlangt er auf dem Gebiet der Landwirtschaft selbständige Pächter, da er zu enge Beziehungen zum Hofe hatte, um die der damaligen Zeit ganz revolutionär erscheinende Forderung aufzustellen, die Pächter durch irgendeine Reform zu Eigentümern der von ihnen bewirtschafteten Ländereien zu machen, Ablösung aller Frohnden und Lieferungen, Aufhebung der Erbuntertänigkeit, Beseitigung der Gemengelage und der

¹ An die Lehre von der Erzeugung des *produit net* schloß sich übrigens auch die Steuerlehre der Physiokraten an. Vgl. darüber meine Finanzwissenschaft, 2. Aufl. 1910, S. 19.

Gemeinheiten, woran übrigens schon die letzte Zeit des Merkantilismus gedacht hatte, wie z. B. Friedrich der Große. In einem Punkte gingen die Physiokraten hier auseinander: Quesnay befürwortete die großen Güter, weil sie größere Reinerträge abwürfen, Mirabeau die kleinen Güter, weil sie größere Bruttoerträge brächten. Auf dem Gebiete der Handwerkerpolitik verlangten sie Beseitigung der Zünfte und damit zugleich vollständige Aufgabe der Bevormundungspolitik für die kleine Veredelungsproduktion, die bisher durch die Zünfte geübt worden war. Endlich verlangten sie für das übrige Gewerbe und für den Handel Aufgabe der gesamten merkantilen Bevormundungspolitik und Aufgabe aller Privilegien, die ja auch nur Beschränkungen der Masse zugunsten eines einzelnen seien.

Nachdem wir die physiokratische Lehre in ihren Grundzügen kennen gelernt haben, bleiben uns zum Schluß noch ein paar Worte darüber zu sagen, weshalb es berechtigt sei, den Physiokratismus eine individualistische Lehre zu nennen. Man darf den Physiokratismus deshalb eine individualistische Lehre nennen, weil er

1. keine wirtschaftlichen Organisationen wollte, auch vom Staate verlangte, er solle sich nicht als eine wirtschaftliche sondern nur als eine Rechts- und Machtorganisation ansehen, da er in jeder wirtschaftlichen Organisation nur eine Organisation sah zur Bekämpfung des Prinzips des *laissez faire et laissez passer*, weil nach seiner Meinung jede wirtschaftliche Organisation den doppelten Zweck verfolgen müßte, zugunsten seiner Mitglieder Privilegien zu erlangen und dem einzelnen Schranken aufzuerlegen zugunsten der Gleichheit aller, weil er damit also das volkswirtschaftliche Leben individualisierte;

2. infolge seiner engen Beziehungen zum Enzyklopädismus eines Diderot und D'Alembert als Vorläufer der großen revolutionären Bewegung den starren Staatsgedanken des Mittelalters und des Merkantilismus, nach welchem der einzelne Bürger um des Staates willen da sein sollte, angriff und ihm den entgegengesetzten Gedanken entgegenstellte, daß der Staat um der Bürger willen da sei;

3. das Recht des einzelnen Individuum an seiner Person betonte und darum alle persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse, wie der Erbuntertänigkeit scharf bekämpfte, weil er das Recht der einzelnen Persönlichkeit, des einzelnen Individuums, sich voll auszuleben, verlangte, soweit dadurch nur nicht das gleiche Recht der anderen Individuen und die Sicherheit aller gefährdet wurde.

¹ Den Gedankengang der Physiokraten, wenn auch nicht ihr ganzes rationalistisches System hat sich in dem 1905 erschienenen Buche »Le retour à la Terre et la surproduction industrielle« der Parteiführer der rechtsstehenden Republikaner und einstige Ministerpräsident Jules Méline zu eigen gemacht.

Siebentes Kapitel.

David Hume und Adam Smith.

§ 30. David Hume.

1. Aus seinem Leben.

David Hume (1711—1776) hat das Gebiet seiner wissenschaftlichen Betätigung zweimal gewechselt. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß er auf dem Gebiete der Volkswirtschaftslehre nicht das geleistet hat und für sie nicht das geworden ist, was er für sie bei seiner hervorragenden Begabung hätte werden können. Der Volkswirtschaftslehre hat er, nachdem er sich vorher auf dem Gebiete der Philosophie und Moral betätigt hatte, nur zwei Jahre seines Lebens gewidmet. 1752 veröffentlichte er »Political Discourses« und 1753 »Essays et treatises on several subjects«, dann zog ihn die Geschichtschreibung derart an, daß er der Volkswirtschaft wieder Vale sagte. Wir besitzen von ihm als Hauptwerk seines Lebens eine Geschichte Englands von 54 vor Chr. bis 1688 nach Chr., die man noch heute zu den besten Werken über englische Geschichte zählt.

2. Seine Lehre.

In seinen political discourses stellt er ganz in dem Sinne, wie es nachher Smith in seinem großen Werke tut, die Arbeitsamkeit als die Hauptquelle des Reichtums und Wohlstandes der Völker hin. Landwirtschaft, Gewerbe und Handel können, wenn sie nur mit Fleiß und Rührigkeit betrieben werden — jeder Beruf nach seinem Teil — zum Wohlstande der Völker beitragen. Dahingegen spricht David Hume, ganz so wie es später auch Ad. Smith tut, den Produzenten der immateriellen Güter, Ärzten, Sachwaltern usw. die eigentliche Produktivität ab und behauptet, sie bereicherten sich auf Kosten der produzierenden Stände. — Sklavenarbeit sei kostspieliger und minder ergiebig als freie Arbeit und führe auch zur Geringschätzung der Arbeit an sich.

In den Essays spricht er vom Handel, vom Luxus, vom Gelde, von den Zinsen, von der Verteilung des Volksvermögens. Auswärtiger Handel und Binnenhandel hätten die gleiche Fähigkeit, zur Hebung des Volkwohlstandes beizutragen. Der Binnenhandel ist das bindende Glied zwischen der Landwirtschaft und dem Gewerbe bzw. der Industrie eines Landes; da nun beide, wie er sehr modern sagt, in ihrem Wohlbefinden voneinander abhängig sind, so ist für beider Wohlbefinden auch das Vorhandensein und gute Funktionieren dieses Bindegliedes notwendig, ebenso ist der Außenhandel das fördernde Element für Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie, ohne ihn können jene ihre Produktion nicht über den Bedarf des eigenen Landes hinaus ausdehnen; endlich hat auch der Konsum von ihm Vorteil, indem ihm durch den Außenhandel solche Produkte zugeführt werden, die das Inland nicht zu liefern vermag, er zugleich aber durch ihn in die Lage versetzt wird, dies Bedürfnis durch Abgabe von Produkten des eigenen Landes zu be-

friedigen; der Lehre von der gegenseitigen Schädigung durch den Außenhandel wird hier also die Lehre von der gegenseitigen Ergänzung der Bedürfnisse entgegengestellt. — Beim Luxus unterscheidet er einen den Verhältnissen der Luxus treibenden Person angepaßten und einen verschwenderischen und nennt den ersteren gesund und wohlthätig, weil er den Gewerbefleiß fördere, das Leben verfeinere und damit auch auf den Charakter hebend wirke, den zweiten schädlich, weil er den Gewerbefleiß in falsche Bahnen leite, das Leben veräußerliche und damit auch auf den Charakter verflachend und verrohend wirke. — Die wechselnde Kaufkraft des Geldes ist nach ihm, wie es für seine Zeit wohl noch vollständig zutreffend sein mochte, davon bedingt, ob der Geldvorrat und der durch den Geldvorrat zu vermittelnde Güterumsatz sich in gleicher Weise bewegen oder der erstere dem zweiten voraus-eile oder hinter ihm zurückbleibe. Im übrigen ist ihm das Geld nur Wertmaß und ist sein Wert entsprechend dem aufgedruckten Wert. Was sicherlich nur dann zutrifft, wenn bei gleichzeitigem Zusammenwirken von Papier- und Hartgeld die Regierung durch die leichte Ausgabemöglichkeit des ersteren sich nicht verleiten läßt, soviel Papiergeld auszugeben, daß die Kaufkraft des Papiergeldes zurückbleibt hinter dem Metallwert, der in der gleichnamigen Münze enthalten ist. — Der Zins ist nach ihm abhängig von Angebot und Nachfrage des Geldes, also nicht nur von der Menge des Geldes sondern auch von der Rührigkeit der Produktion, die aber selbst wieder abhängig ist von den bei der Produktion zu erhoffenden Gewinnen. Niedrigkeit des Zinsfußes und Niedrigkeit des Gewinnes bei jeder volkswirtschaftlichen Leistung seien Merkmale einer blühenden und gesunden Volkswirtschaft; er sieht also im Gegensatz zu unsern Mittelstandsparteilern schon 1750 in dem geschäftlichen Grundsatz »Großer Umsatz, kleiner Gewinn« das Zeichen einer blühenden Volkswirtschaft. — Eine ungleiche Vermögensverteilung beginne schon dort, wo ein Volk sich aus dem Urzustande erhebe, aber ein großes Mißverhältnis sei schädlich, besonders weil es auch zu politischer Übermacht der ganz Reichen führe, die ihre Übermacht benutzten, um alle öffentlichen Lasten auf die Armen abzuwälzen. — Hoher Arbeitslohn verbessere den Fleiß und das Arbeitsangebot, verteuere aber den Warenpreis, erschwere so die Warenausfuhr und sei darum für den Nationalwohlstand schädlich. Er vertritt also hier noch den ganz merkantilistischen Standpunkt einer starken Überschätzung der Bedeutung des Außenhandels für den Nationalwohlstand. — Der Unternehmergewinn sei einerseits abhängig von dem Risiko des Unternehmens und schließe andererseits den Arbeitslohn des Leiters der Unternehmung ein.

§ 31. Adam Smith.

I. Aus seinem Leben.

Adam Smith war 1723 zu Kirkcaldy in Schottland geboren. Sein Vater war vor seiner Geburt gestorben. Er hinterließ seine Familie in zwar nicht glänzenden, aber immerhin doch so guten Verhältnissen, daß sein Sohn, der schon früh eine reiche Begabung verriet, eine gute Schul- und Universitätsbildung erhalten konnte. Schon 1748 wurde er in Edinburgh als Dozent für Rhetorik und Ästhetik zugelassen. Seine Vorlesungen fanden sehr viel Anklang; daher wurde er schon 1751 als Nachfolger seines früheren Lehrers Hutcheson auf den Lehrstuhl für Moralphilosophie in Glasgow berufen. Wie es damals Usus war, teilte Smith seine Vorlesungen in vier Teile, Naturtheologie, Sittenlehre, Naturrechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre. Zwei von diesen Teilen befriedigten ihn nach ihrem damaligen Stande sehr wenig, die Sittenlehre und die Volkswirtschaftslehre. So erschien zunächst von ihm die »Theory of moral sentiments« (1759). Nun wollte er an die Neubearbeitung einer Volkswirtschaftslehre gehen. Mehr und mehr aber drängte sich ihm die Überzeugung auf, daß er, von seiner Lehrtätigkeit in Anspruch genommen und an den Aufenthalt in Glasgow gefesselt, nicht zum Ziele gelangen werde. Da wird Ende des Jahres 1763 für den jungen schottischen Herzog Buccleugh für eine Reise nach Italien und Frankreich ein Mentor gesucht. Der damals schon berühmte Professor Smith bewirbt sich um diesen Posten und erhält natürlich vor allen andern Bewerbern den Vorzug. Besonders in Paris weilte er lange mit seinem Zögling. Als er nach beinahe dreijährigem Aufenthalt im Ausland in die Heimat zurückkehrt, fühlt er sich auch jetzt noch nicht bewegt, seine Lehrtätigkeit wieder aufzunehmen. Bei seinen nicht großen Lebensansprüchen ist er, besonders da er unverheiratet ist, jetzt wohlhabend genug, um auf Einnahmen verzichten zu können. Er kehrt in seine Heimatstadt zurück und widmet hier seine ganze Zeit der Ausarbeitung des Werkes, das seinen Weltruf begründen sollte. Zehn Jahre, die häufig von Reisen unterbrochen waren, teils um Bibliotheken aufzusuchen, teils um sich mit bedeutenden Männern der Praxis und der Wissenschaft über diese oder jene Punkte auszusprechen, widmete er dem groß angelegten Werke. 1776 wurde es veröffentlicht. Zum Zwecke der Herausgabe hatte er London aufgesucht. Hier trat er Burke nahe, durch seine Vermittlung erhielt er die einträgliche Stelle eines kgl. Kommissars der Zölle in Edinburgh, die er bis zu seinem 1790 erfolgten Tode bekleidete.

Es ist bekannt, daß Smiths großes Werk »Inquiry into the nature and the causes of the wealth of Nations« sofort bei seinem Erscheinen ein ungeheures Aufsehen erregte. Wenn wir nun nach der Ursache dieses Aufsehens fragen, so müssen wir gleich sagen, daß es die Originalität der Gedanken nicht gewesen sein könne; denn es enthielt eigentlich keinen einzigen originalen Gedanken; alle Gedanken waren einer überaus fleißigen Lektüre verdankt, so z. B. die Lehre von der Bedeutung der Arbeit und der Arbeitsteilung für den Volkswohlstand Platon bzw. den mehr liberalen merkantilistischen Schriftstellern, die sich jenen in diesem Fall zum Vorbilde genommen hatten, bzw. auch, wie wir oben sahen, David Hume, der berühmte erste Teil seiner Wertlehre den Kanonisten bzw. den Merkantilisten, die auf die Kanonisten zurückgegriffen hatten: aber es fehlte ihm auch keine der Ideen, die die Zeit bewegten und in Atem hielten, und alle Ideen dieser Zeit waren gemeinverständlich und klar in ein System gebracht oder doch wenigstens in eine Ordnung, die den Anschein eines sehr gut durchgearbeiteten und anschaulichen Systems erweckte; sieht man nämlich genauer hin, so fehlt dem Werke selbst die Systematik, und ist es weiter nichts als eine

lose Aneinanderreihung einzelner Artikel in einem Rahmen, dem man das Aussehen eines Systems gegeben hat, ohne daß doch eigentlich ein System darin läge. Aber eben darum, weil es alle Ideen widerspiegelte, die damals die Opposition zu dem herrschenden Merkantilismus erfüllte, weil es diese Ideen in ein wenigstens dem äußeren Anschein nach sehr gutes System brachte, wurde es so rasch beliebt. — Dazu kam nun noch ein weiteres. Das Werk war zwar ein deduktives, aber die deduktive Form drängte sich dem Leser doch nicht so scharf auf wie bei den Physiokraten, deren Bücher durch ihre scharfen logischen Schlußfolgerungen dem Leser auf die Nerven fielen. Adam Smith war ein Schotte und ließ als solcher die allen Schotten eigentümliche Verbindung scharfer logischer Schulung mit hervorragender Beobachtungsgabe erkennen; so sind in sein Werk so viele und so breite aus den Beobachtungen geschöpfte Darstellungen eingeflochten, daß der Leser es beinah ganz vergißt, daß der Verfasser das System im ganzen ebenso wie den Beweisgang im einzelnen aus der reinen Vernunft und nicht aus der Beobachtung geschöpft hat. — Schließlich, endlich, last not least: — obgleich deduktiv, kam das Werk doch nicht zu so verschrobenen, so widersinnigen und so einseitigen Schlußfolgerungen, wie das gesamte physiokratische System, und wo im einzelnen einseitige Schlußfolgerungen sich aufdrängten, da unterließ es Adam Smith, wie wir es sehen werden, solche bis in ihre letzten Konsequenzen zu ziehen; erst eine spätere Zeit tat dies und haute so, wie wir ebenfalls noch sehen werden, gerade auf den Ergebnissen des größten Bourgeoisnationalökonomen mit großer Kunst und großem Scharfsinn ihr sozialistisches System auf. Adam Smith selbst sind die letzten Konsequenzen seiner Schlußfolgerungen wohl auch schwerlich zum Bewußtsein gekommen; sonst hätte er sie sicherlich gezogen; an Mut fehlte es ihm dazu nicht. So tritt es denn bei ihm weniger aufdringlich hervor, daß sein sog. Rationalismus doch weiter auch nichts ist als die Forderungen seiner Zeit und seines Volkes, in ein Gewand der Darstellung gehüllt, das diesen Forderungen den Anschein eines allgemein gültigen Rechtes für alle Zeiten und alle Völker gibt. So erwecken sie den Anschein größerer Wissenschaftlichkeit und eines tieferen philosophischen Gehaltes und wirken so bestechender auf den unbefangenen Leser, der sich dessen nicht bewußt bleibt, daß Fragen der Erfahrungswissenschaften sich nicht rationalistisch lösen lassen.

II. Die wirtschaftlichen Verhältnisse Englands zur Zeit der Abfassung von Adam Smiths Lebenswerk.

Um das große Lebenswerk von Adam Smith zu verstehen und richtig zu würdigen, wird es nötig sein, uns die wirtschaftlichen Verhältnisse Englands zur Zeit seiner Abfassung zu vergegenwärtigen. Wir können dabei auf die früheren Ausführungen bei der Darstellung des Merkantilismus zurückverweisen und wollen hier nur noch auf die technisch wirtschaftliche Entwicklung eingehen. Die maschinelle Fabrikindustrie war in den allerersten Stadien ihrer Entwicklung. Sie arbeitete noch mit Wasserkraften, nicht schon mit Dampfkraft! Wir finden solche mit Wasserkraft in Bewegung gesetzte Betriebe in der Nadelindustrie, deren Technik uns Adam Smith selbst beschreibt, um an ihr die Vorteile der Arbeitsteilung darzulegen, und in der Textilindustrie. Gerade in dem Jahre, wo Adam Smith die vorbereitenden Studien für sein Werk in England begann, im Jahre 1765 erfand der Spuler Highs die erste Jenny, das sog. spinnende Hannchen, durch die er sechs Spindeln auf einmal in Bewegung setzen konnte, im Jahre 1767 verbesserte Hergreave, der früher immer fälschlich für den Erfinder selbst galt, diese so, daß sie jetzt 25 Spindeln auf einmal in Bewegung setzen konnte. Im selben Jahre erfand Highs die Waterframe, eine mit Wasserkraft betriebene Maschine, welche zu

gleicher Zeit auch noch den Vozug bot, daß man mit ihrer Hilfe baumwollenes anstatt des bisher stets benutzten leinenen Kettengarns herstellen konnte. Ein Barbier Arkwright kauft den beiden zwar technisch tüchtigen, aber kaufmännisch unerfahrenen Erfindern ihre Erfindung für ein geringes Geld ab, läßt sie sich patentieren und errichtet um 1770 die erste Textilfabrik. Kurze Zeit darauf wurde auch die Krempelmaschine erfunden, und ein Jahr, bevor Smith sein Buch abschloß, vereinigte Samuel Crompton die Jenny und Waterframe zu einer einzigen Maschine, der Mule, die 500 Spindeln und damit 500 Arbeitskräfte ersetzte und durch jedes Kind bedient werden konnte. War schon vordem Frauen- und Kinderarbeit in der Hausindustrie stark zur Verwendung gekommen, so drohte jetzt in der Textilindustrie diese soviel billigere Arbeitskraft diejenige des natürlichen Ernährers der Familie, des Vaters, zu ersetzen. Es bereitete sich schon der Zustand vor, wo der Vater den Hausstand besorgte und Frau und Kindern das Essen zutrug, ja die letzteren sogar, weil sie die Arbeit nicht unterbrechen durften, beim Arbeiten fütterte. Zu gleicher Zeit, wo die Veredelungsproduktion die ersten großen Anläufe zur Großindustrie machte, begann sich auch die zweite Voraussetzung für eine solche zu erfüllen, die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse. Der Verkehr hatte sich zu Cromwells Zeiten noch auf sog. Saumpfadern vollzogen. Packpferde und Packesel waren noch im ganzen siebzehnten Jahrhundert die einzigen Hilfsmittel des Verkehrs. Erst im achtzehnten Jahrhundert begann man die Flüsse zu befahren, und kamen auch die Wagentransporte auf, die aber bei starkem Regen der aufgeweichten Wege wegen stets ruhen mußten. Erst um 1765, zu der Zeit also, wo Adam Smith gerade begann, das Material für seine Arbeit zu sammeln, begannen auch die ersten Straßen- und Kanalbauten.

III. Das Smithsche Lehrgebäude.

A. Übersicht über sein Hauptwerk.

Smiths Hauptwerk zerfällt in fünf Bücher. Das erste betitelt sich: *Of the causes of improvement in the productive Powers of Labour and of the order according to which its produce is naturally distributed among the different ranks of the people*. In der Einleitung wird hervorgehoben, daß die Arbeit eines Volkes der Fond ist, der es mit allem Bedarf und allen Genußmitteln versorgt, daß darum im ersten Buche zunächst die Gründe der Produktivität der Arbeitskräfte untersucht werden sollten. Demgemäß beginnt das erste Buch mit der Arbeitsteilung, daran schließt sich die Lehre vom Tausche, als der notwendigen Ergänzung der Arbeitsteilung, daran wieder die Lehre vom Gelde und vom Wertmesser, vom Geldpreis und von dem im Wertmesser ausgedrückten Preis. Die Preislehre wird dann angewandt auf den Arbeitslohn, als dem Preis der Marktware Arbeit; damit gleitet Adam Smith unmerklich und, ohne es hervorzuheben, in die Distributionslehre über; die nächsten Kapitel behandeln dann den Kapitalgewinn, das Verhältnis beider zueinander und die Grundrente. Nun folgt eine lange Reihe von »Digressionen«. An die Lehre von der Grundrente schließt sich als erste »Digression« eine historische Betrachtung über die Schwankungen des Silberwerts vom 15. bis zum 18. Jahrhundert, daran wieder als zweite »Digression«

eine historische Betrachtung über das Wertverhältnis von Gold und Silber. Im Anschluß daran wird als dritte »Digression« die Frage behandelt, welchen Einfluß der Fortschritt der Kultur auf die verschiedenen Arten der Roh- und Veredelungsproduktion habe.

Schon diese kurze Übersicht liefert uns den Beweis, wie wahr die oben getane Behauptung sei, daß das Werk jeder scharfen, bewußten und durchgearbeiteten systematischen Disposition entbehre, daß von einem sog. Plane nirgendwo die Rede sein könne.

Das zweite Buch betitelt sich: »The Nature Accumulation and Employment of Stock«. Es geht wiederum von der Arbeitsteilung aus. Aus ihr wird die Notwendigkeit der Vorratshaltung erklärt. Der Vorrat kann so klein sein, daß er zur Befriedigung der Bedürfnisse nur so lange ausreicht, bis ein neuer Vorrat zur Befriedigung der Bedürfnisse beschafft sein kann; er kann aber auch für eine längere Periode ausreichend sein. Der erstere Vorrat wird nur zur Konsumption dienen, von dem zweiten wird nur ein kleiner Teil zur Konsumption, der größere zum Erwerb dienen. So gelangt Adam Smith zum Begriff des Kapitals. Dann wird dargelegt, daß und inwiefern das Geld eine besondere Art von Kapital sei. In dem Kapitel über die Kapitalbildung findet sich die bekannte Untersuchung über produktive und unproduktive Arbeit. An die Lehre von der Kapitalbildung schließt sich die des Kapitalzinses und daran endlich die Lehre von der Verwendung der Kapitalien.

Schon diese Übersicht des zweiten Buches läßt uns erkennen, wie sehr Adam Smith privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Auffassung miteinander vermennt. Sein Kapitalbegriff, mit dem er in dem ganzen Buche operiert, ist ein privatwirtschaftlicher, kein volkswirtschaftlicher. Das Kapital ist ihm nur Mittel des privatwirtschaftlichen Erwerbs, nicht der volkswirtschaftlichen Produktion.

Das dritte Buch, das sich betitelt: »The different Progress' of opulence in different Nations« untersucht, auf welchem Wege die verschiedenen Völker zum Wohlstand gelangt seien. Dazu bahnt Adam Smith sich die Wege mit einer ganz rationalistischen Einleitung, nämlich mit dem natürlichen Fortschritt des Wohlstandes. Sie geht aus von dem Verkehr zwischen Stadt und Land, legt dar, daß das Land die Existenzmittel, die Stadt die Güter zur Befriedigung der Anstands- und Luxusbedürfnisse schaffe, daß demgemäß die ländliche Produktion älter sein müsse als die städtische. Der natürliche Fortschritt des Wohlstandes sei also der, daß mit der landwirtschaftlichen Produktion begonnen werde, die städtische Produktion sich aber nie mehr ausdehne, als der Bedarf der landwirtschaftlichen Produzenten an Anstands- und Luxusbedürfnissen infolge des Überschusses der landwirtschaftlichen Produktion über die Deckung der eigenen Existenzbedürfnisse der an der landwirtschaftlichen Produktion beteiligten Personen wachse. Von dem so gewonnenen rationalistischen Postulat aus wird dann die wirtschaftliche Entwicklung der west- und mittel-

europäischen Staaten seit dem Verfall des Römerreiches beurteilt und den Regierungen vorgeworfen, sie hätten stets gegen den natürlichen Fortschritt der Nationen zum Wohlstande gesündigt. Daran schließt sich eine längere historische Untersuchung darüber, daß der Charakter der antiken Städte ein ganz anderer gewesen sei als der der modernen. An diese Ausführungen schließt sich dann eine empirisch durchgesetzte, rationalistische Untersuchung darüber, inwiefern die Städte fördernd auf den Landbau gewirkt hätten.

Die ganze Methode dieses Buches ist äußerlich historisch, in der Tat durchaus rationalistisch, da die historischen Untersuchungen nur den Zweck haben, die Gefährlichkeit der Abweichungen von dem natürlichen Wege darzulegen. Abgesehen davon trotz der historische Untersuchung von historischen Schiefheiten. Man bedenke nur das eine Resultat, das Altertum habe nie gegen sein oben aufgestelltes Postulat gesündigt, das Mittelalter stets. Im übrigen erkennen wir an diesen Ausführungen den Einfluß des Physiokratismus. Seltsam und unvermittelt kontrastiert übrigens mit den Ausführungen der ersten Kapitel das letzte Kapitel.

Das vierte Buch, das sich betitelt: »Systems of political Economy« enthält eine sehr eingehende, aber durchaus rationalistische Beurteilung des Merkantilismus und eine sehr kurze Beurteilung des Physiokratismus. Das fünfte Buch, das sich betitelt: »The Revenue of the Sovereign or Common wealth«, behandelt die Finanzwissenschaft, die nicht mehr in den Rahmen unserer Betrachtungen fällt¹.

B) Die wichtigsten Theorien aus der Smithschen Lehre.

Wenn wir nunmehr dazu übergehen, die wichtigsten Theorien aus der Smithschen Lehre darzulegen, so wird es sich empfehlen, zunächst alle diejenigen vorwegzunehmen, in denen er mit den Physiokraten übereinstimmt, weil diese einer Darlegung und Besprechung im einzelnen nicht mehr bedürfen. Wir schicken also voraus:

1. die Punkte, in denen Adam Smith mit den Physiokraten übereinstimmt.

Adam Smith stimmt mit den Physiokraten überein:

a) darin, daß auch er die Volkswirtschaftslehre als eine mathematische, eine logische, eine Naturlehre auffaßt und sie in das Gebiet der exakten Wissenschaften verweist;

b) darin, daß auch er dem Grundsatz des laissez faire und passer huldigt und das merkantilistische Bevormundungssystem als prinzipiell falsch verwirft, nicht aber nur, was berechtigt gewesen wäre, als für seine Zeit nicht mehr passend;

c) darin, daß auch er die Erzielung eines reinen Volkseinkommens zur Förderung des Volkswohlstandes und Volksreichtums (wealth of nations) als Aufgabe der Volkswirtschaftspolitik ansieht;

¹ Vgl. über diesen Teil, besonders auch über die Smithschen Steuerprinzipien meine Finanzwissenschaft, 2. Aufl. 1910, S. 22 ff.

d) darin, daß auch er dem Binnenhandel gegenüber dem Außenhandel gerecht wird, ja jenem eine größere Bedeutung als diesem beimißt;

e) darin, daß auch er als wünschenswert nicht eine möglichst hohe sondern eine den Produktionsverhältnissen entsprechende Bevölkerungsvermehrung ansieht;

f) darin, daß auch er dem ausgesprochenen Individualismus huldigt;

g) darin, daß auch er zwischen privatwirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Betrachtungsweise nicht zu unterscheiden vermag.

Adam Smith betrachtet die Volkswirtschaft nur als Summe der in ihr vereinigten Privatwirtschaften und will die für eine Privatwirtschaft als richtig anzuerkennenden Wirtschaftsgrundsätze auch auf die Volkswirtschaft anwenden; sehr charakteristisch ist in dieser Beziehung für seine Auffassungsweise der Satz, mit dem er die Schutzzölle bekämpft: »Was in der Haushaltung einer Familie Klugheit sei (scil. die Waren möglichst billig einzukaufen), das könne doch in der Verwaltung eines großen Staates nicht wohl Torheit sein.«

Dabei entgeht es ihm dann auch noch, daß im Verkehre zweier Völker untereinander Schutzzölle gerade die Wirkung haben können, daß ein Land das andere zwingt, ihm seine Produkte billiger abzulassen, indem das absetzende Land, um seinen alten Absatzmarkt sich zu sichern, einen Teil des Zolls oder auch den ganzen Zoll auf sich abwälzen läßt. Die Verteuerung, sofern eine solche überhaupt stattfindet, macht sich doch nur für die Privaten, nicht für das Volk im ganzen bemerkbar. Adam Smith übersieht also, daß der einzelne die Ware jetzt zwar vielleicht teurer bezahlt, das Volk im ganzen aber ebenso teuer oder vielleicht sogar noch billiger kauft.

Adam Smith geht ferner in seiner Betrachtung überall nicht von dem Wohl des Staates und der Gesamtheit aus sondern von dem Wohl des einzelnen. Er meint, wenn der Staat nur jedem Individuum eine möglichste Entfaltung seiner Kräfte zur Hebung seines persönlichen Wohls gestatte, so werde sich mit der Steigerung des Wohlstandes aller Individuen auch am besten das Gesamtwohl des Staates heben.

Daran mögen sich anschließen:

2. die Punkte, in denen sich Adam Smith von den Physiokraten unterscheidet.

Adam Smith unterscheidet sich von den Physiokraten:

a) darin, daß er die Richtigkeit des Prinzips des *laissez faire et passer* ganz anders begründet als die Physiokraten,

b) in seiner Produktionslehre,

c) darin, daß er in die Volkswirtschaftslehre die Begriffslehre neu eingeführt hat, während die Physiokraten mit den volkswirtschaftlichen Begriffen als etwas Bekanntem und Vorauszusetzendem operierten; — besonders hervorzuheben ist auf diesem Gebiete seine Wertlehre, —

d) in seiner Geldlehre,

e) darin, daß er das Verteilungsproblem, freilich auch nur nach

der Seite, wie die Verteilung sich vollziehe, viel eingehender erörtert als die Physiokraten,

f) in seiner Ständelehre.

Ad a. *Die Gründe des Adam Smith für die Richtigkeit des Prinzips des laissez faire et passer.*

Während die Physiokraten die Richtigkeit des Prinzips des laissez faire et passer noch für jedes einzelne Gebiet der Volkswirtschaftspolitik nachzuweisen bestrebt gewesen waren, versucht Adam Smith für seine Richtigkeit einen allgemeinen Beweis zu geben. Gerade das Prinzip des laissez faire et passer soll nach ihm das beste Korrektiv dafür sein, daß jeder nur dem wirtschaftlichen Eigennuß folgt. Unter dem Prinzip des laissez faire et passer sei dem Eigennuß des einen der konkurrierende Eigennuß aller andern gleichsam wie ein Wächter an die Seite gestellt, um einen jeden zu nötigen, zur Wahrnehmung seines eigenen Interesses immer in derjenigen Richtung tätig zu sein, die auch im Interesse aller anderen liege; so würde der einzelne, während er doch nur seinen eigenen Nutzen verfolgt, durch das Prinzip des laissez faire et passer, wie von einer unsichtbar über ihm waltenden Hand, zur Förderung des gemeinsamen Interesses geführt.

Ad b. *Die Produktionslehre des Adam Smith.*

Wir sahen schon oben, daß die Physiokraten leugneten, daß in der Arbeit überhaupt ein Produktionsfaktor gesehen werden könne. Im Gegensatz zu ihnen hat dann Adam Smith in der Arbeit den hauptsächlichsten und wichtigsten Produktionsfaktor gesehen. Nach ihm soll die Natur als Produktionsfaktor nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen, was namentlich der Boden ohne ihre Hilfe zu liefern vermöge, sei für wenig oder nichts zu rechnen; eine Geviertmeile vermöge als Urwald kaum eine jagende Huronenfamilie zu ernähren, unter den Pflug gebracht gewähre sie Tausenden Unterhalt. Das Kapital ist dann ferner nach Adam Smith überhaupt gar kein besonderer Produktionsfaktor, sondern nur eine besondere Erscheinungsform des Produktionsfaktors Arbeit. Dieser hauptsächlichste und wichtigste Produktionsfaktor begegne uns nämlich in der Volkswirtschaft in zwei Erscheinungsformen, als lebende Arbeit, die man gemeinhin allein als Arbeit zu bezeichnen pflege, und als aufgespeicherte Arbeit, die man gemeinhin Kapital zu nennen pflege.

Da nun bei den Franzosen Arbeit im nationalökonomischen Sinne Industrie heißt, so hat J(ean) B(aptiste) Say, als er in seinem Werke »Traité d'économie politique« (1803) die Smithsche Lehre rein rationalistisch von allen Tatsachen losgelöst zur Darstellung brachte und seinem Volke empfahl, sie industrialisme getauft, im Gegensatz zum physocratisme. Das haben dann unsere Geschichtsschreiber der Volkswirtschaftslehre mit Industrialismus übersetzt, ohne zu bedenken, daß wir unter Industrie und folglich auch unter Industrialismus etwas ganz anders verstehen als der Franzose unter Industrie und folglich auch unter industrialisme.

Wollten wir der Lehre des Adam Smith eine dem Physiokratismus entsprechende Bezeichnung geben, müßten wir sie Ponokratismus nennen.

Obgleich also Adam Smith die Bedeutung des Produktionsfaktors Arbeit sehr stark hervorhebt, obgleich er ein besonderes Kapitel der Untersuchung widmet, wie dieser Produktionsfaktor durch die Arbeitsteilung und den freien Wettbewerb noch ergiebiger gestaltet werden könne, so wird er doch der Arbeit als Produktionsfaktor nicht voll gerecht. Zunächst will auch er, da er ja, wie schon hervorgehoben wurde, an der physiokratischen Lehre vom reinen Volkseinkommen festhält, für produktiv die Arbeit nur soweit erklären, als sie mehr als ihren Kostenwert erzeugt; aber er weiß doch schon, das sie auch in diesem Sinne nicht nur bei der wirtschaftlichen Tätigkeit, die man später die Urproduktion genannt hat, sondern auch bei jener wirtschaftlichen Tätigkeit, der man später den Namen Veredelungsproduktion beigelegt hat, produktiv sei; ja er ist sich dessen sogar schon bewußt geworden, daß man in dem von ihm gemeinten Sinne auch produktiv sein könne innerhalb des Handels und des Verkehrs. Erklärt er nun in allen diesen Berufen die Arbeit für produktiv, so leugnet er ihre Produktivität, soweit sie Immateriellem zugewandt ist.

Wenngleich er es nun selbst nirgends ausspricht, wenngleich man aus hier und da gemachten gelegentlichen Bemerkungen eher das Gegenteil entnehmen möchte, so haben die Sozialdemokraten aus seiner Leugnung des Wertes immaterieller Arbeit doch später herauslesen wollen, daß er auch die Tätigkeit eines Betriebsleiters eines produktiven Unternehmens, soweit sie sich auf die reine Leitung beschränkt, für unproduktiv erklärt habe, und beanspruchen für diesen Teil ihrer Lehre den »größten Bourgeoisnationalökonom« Smith als Eideshelfer. Übrigens hat J. B. Say diesen Teil der Lehre von Smith nicht übernommen sondern sogar mit ziemlichem Hohn überschüttet. Weshalb denn der Schweinehirt, fragt er, produktiv sei, nicht aber die Wärterin, die auf ein kleines Kind aufpasse. Ob denn ein kleines Kind soviel weniger wert sei als ein Schwein.

Einen außerordentlich wichtigen Bestandteil der Smithschen Produktionslehre bilden seine Ausführungen über die Arbeitsteilung: Adam Smith kennt schon die drei Hauptvorteile der Arbeitsteilung, größere Arbeitsgeschicklichkeit des Arbeiters, Zeitersparnis durch Vermeidung des fortwährenden Gerätewechsels, Möglichkeit, die zerlegten Arbeitsakte von einer Maschine vornehmen zu lassen; er kennt aber nicht ihre Nachteile, die er doch auch schon zu seiner Zeit hätte beobachten können. Er bemerkt des ferneren schon richtig, daß die Landwirtschaft unter anderem auch deshalb nicht so leistungsfähig sei wie die Veredelungsproduktion, weil sie die Arbeitsteilung weniger durchführen könne. Endlich führt er aus, daß die Arbeitsteilung auch international durchgeführt werden müsse, und daß sich darauf die Notwendigkeit des Freihandels begründe. Jeder Staat müsse produzieren, wozu seine Verhältnisse ihn am besten eigneten, und von anderen Ländern beziehen, was von ihnen billiger und besser geliefert werden könne.

Ad c. *Die Werttheorie des Adam Smith.*

Smiths' Werttheorie ist außerordentlich kompliziert: Der Wert eines Gutes ist zweierlei; er ist entweder die Nützlichkeit eines Gutes — diesen Wert nennen wir Gebrauchswert — oder er ist die Eintauschkraft eines Gutes — diesen Wert nennen wir Tauschwert. In bezug nun auf diesen Tauschwert können wir die Güter zunächst in zwei Klassen einteilen: in die nicht beliebig vermehrbaren Güter und in die beliebig vermehrbaren Güter. Der Tauschwert der nicht beliebig vermehrbaren Güter wird bestimmt durch den Grad der Begierde, mit welcher man sie zu erlangen sucht, und durch den Grad ihrer Seltenheit. Bei den beliebig vermehrbaren Gütern unterscheidet Smith für die weitere Betrachtung zwischen dem frühesten gesellschaftlichen Entwicklungsstadium und dem vorgerückteren gesellschaftlichen Entwicklungsstadium. In dem frühesten gesellschaftlichen Entwicklungsstadium sind gleiche Arbeitsmengen zu jeder Zeit und an jedem Ort für die Arbeiter von gleichem Wert. In dem frühesten Entwicklungsstadium ist darum die Arbeit, weil sie sich nie in ihrem Wert verändert, der alleingültige und wirkliche Maßstab, nach dem der Wert aller Waren zu jeder Zeit und an jedem Ort geschätzt werden kann. In dem frühesten gesellschaftlichen Entwicklungsstadium haben alle Güter nur diesen einen Tauschwert gehabt; er ist also darum der ursprüngliche, der natürliche, der vernunftgemäße, der normale Tauschwert. In dem vorgerückteren Entwicklungsstadium begegnet uns jedoch neben diesem wirklichen und normalen Tauschwert noch der Preis. Während für den normalen Tauschwert die Arbeit zu allen Zeiten und an allen Orten der Wertmesser ist und bleibt, ist für den Preis der Wertmesser das Geld. Im vorgerückteren Stadium der Entwicklung ist das Geld Tauschmittel und Wertmesser. Bei dem Preise unterscheidet Adam Smith nun wieder zwischen dem natürlichen Preis und dem momentanen Marktpreis. Der Preis — so führt er aus — ist ein zusammengesetzter und besteht in den allermeisten Fällen aus drei Elementen, Lohn, Kapitalszins und Rente (über diese vergleiche weiter unten). In jeder Gegend gibt es nun zu bestimmten Zeiten einen gewöhnlichen oder durchschnittlichen Satz der Löhne, der Kapitalgewinne und der Grundrenten, für jede einzelne der verschiedenen Beschäftigungsarten von Arbeit, Kapital und Boden. Diese Sätze können für die Zeit und die Örtlichkeiten, in denen sie vorherrschen, als die natürlichen bezeichnet werden, und der natürliche Preis einer Ware ist dann derjenige Geldbetrag, der hinreicht, um die natürlichen Arbeitslöhne, die natürlichen Kapitalgewinne und die natürliche Grundrente für die Arbeit, das Kapital und den Boden zu bezahlen, welche beschäftigt werden müssen, um die Ware auf den Markt zu bringen. Der momentane Marktpreis wird bestimmt durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Er kann den natürlichen Preis

übersteigen oder unter ihn herabsinken; er kann sich aber niemals lange und niemals weit von dem natürlichen Preis entfernen und muß immer wieder zu ihm zurückkehren. Für die Waren, die tatsächlich oder gesetzlich ein Monopol genießen, ist ihr Preis nach Adam Smith stets der höchst erreichbare, während der natürliche Preis der übrigen Waren den niedrigsten vorstellt, welcher für eine längere Zeitdauer zu erreichen ist. Monopolpreise haben nach Adam Smith die Nahrungsmittel, sobald aller Grund und Boden eines Landes in Privateigentum übergegangen ist.

Zu diesen Ausführungen von Adam Smith ist das Folgende zu bemerken: Zunächst sind seine Ausdrücke Gebrauchs- und Tauschwert sehr unglücklich gewählt. Was er Gebrauchswert nennt, ist überhaupt kein Wert sondern nur die Brauchbarkeit eines Gutes, was er Tauschwert nennt, ist der eigentliche wirtschaftliche Wert eines Gutes. Seine Art, die Ausdrücke Gebrauchs- und Tauschwert anzuwenden, war für die weitere Entwicklung der Wertlehre leider sehr lange Zeit sehr irreführend. Dann müssen wir den Ausdruck Normalwert als rationalistisch durchaus zurückweisen; für die moderne historische, relativistische Schule gibt es keinen Normalwert sondern höchstens einen den Verhältnissen angepaßten Wert, das ist dann aber auch etwas ganz Anderes als der Normalwert. Ferner ist es ein Zurückfallen in Betrachtungen, wie sie einer viel weniger entwickelteren, d. h. der mittelalterlichen Zeit entsprechen, wenn Adam Smith wieder die kanonistische Lehre aufnimmt, daß die Güter eigentlich normaliter nicht mehr kosten dürften, als Arbeit in ihnen investiert sei. Es heißt die kulturfördernde Wirkung des Kapitals und der Bodenmelioration vollständig verkennen, wenn man Kapitalszins und Bodenrente als anormale wirtschaftliche Erscheinungen hinstellt, d. h. also im rationalistischen Sinne gesprochen, als natur- und vernunftwidrige Zusätze zu dem normalen Wert. Wer möchte wohl noch einen Teil der zu seiner Verfügung stehenden Produktionsfaktoren zur Herstellung neuer Produktionsfaktoren, also einerseits zur Verbesserung der Bodenbonität bzw. zur Umwandlung einer Bodenqualität in eine den volkswirtschaftlichen Anforderungen mehr entsprechende Bodenqualität andererseits zur Gewinnung neuer Produktionsgüter, neuer Kapitalien verwenden, wenn er davon sich keinen Vorteil versprechen dürfte, wo wären wir heute agrar- und industrietechnisch, wenn den Unternehmern nie Bodenrente und Kapitalszins gewinkt hätten! Solche Anschauungen nahmen sich sehr schön aus im Mittelalter, aber doch nicht mehr in der viel entwickelteren Zeit des Adam Smith, und selbst die Kanoniker hatten doch schon zeitgemäßere Ansichten, indem sie die Lehre vom Zinsverbot ergänzten durch die Lehre vom Rentenkauf und Wechseldiskont. Wir kommen dann weiter zur Lehre vom Preis. Unglücklich gewählt ist hier wieder der Ausdruck natürlicher Preis; was Adam Smith darunter versteht, nennen wir heute Kostenwert oder, noch besser gesagt, Reproduktionskostenwert. So aufgefaßt, enthält die Smithsche Lehre einen richtigen und entwicklungs-fähigen, aber doch noch sehr rohen Kern der Lehre von dem Einfluß des Reproduktionskostenwertes auf den Marktpreis. Wenn Adam Smith am Ende bemerkt, Monopolpreise seien stets die höchst erreichbaren, so hatte er für seine Zeit Recht. Noch war der Stand der Großunternehmer nicht zu der Erkenntnis gelangt, daß der wahre Vorteil des Unternehmers nicht darin zu suchen sei, im einzelnen Falle den größten Gewinn zu erzielen, sondern darin, den höchsten Gesamtgewinn, d. h. das größte Produkt aus der Zahl der Leistungen und dem bei jeder Leistung erreichten Gewinn, zu machen. Noch wußte man mit andern Worten nichts von dem Grundsatz: »Großer Umsatz, kleiner Gewinn.« Es zeigt aber das Beispiel, zu

wie verkehrten Urteilen man gelangen kann, wenn man, besonders in Übergangszeiten, in der Adam Smith ja doch lebte, Erfahrungen generalisiert und für alle Zeiten und alle Völker zutreffend hinstellt. Endlich sei noch bemerkt, daß auch der Ausdruck »beliebig und nicht beliebig vermehrbare Güter« doch noch sehr roh ist, wir sprechen heute von dem verschiedenen Grade, mit dem es in unser Belieben gestellt ist, die Güter zu vermehren oder nicht.

Ad d. *Die Geldlehre des Adam Smith.*

Adam Smith hat, wie wir soeben schon bei seiner Wertlehre sahen, die beiden Hauptfunktionen des Geldes, Tauschmittel und allgemeiner Wertmesser zu sein, richtig erkannt. Geld, führt er des ferneren im scharfen Gegensatz gegen die Merkantilisten aus, ist kein Reichtum, vielleicht für den einzelnen Privaten, aber nicht für ein Volk im ganzen, ja vielleicht auch für ein einzelnes Volk, aber nicht vom allgemein menschlichen Standpunkt aus. Viel Geld im Lande erschwert sogar seine Funktion als Tauschmittel. Die starke Konzentration in einem Lande nimmt ihm die Kaufkraft und zwingt darum jeden einzelnen zu Tauschzwecken unnötig viel Geld mit sich zu führen. Aus diesem Grunde spricht er sich für die Humesche Quantitätstheorie aus; er hält den Ausgleich der Geldmassen durch den internationalen Handel nicht nur für unvermeidlich sondern sogar für wünschenswert. Zudem empfiehlt Adam Smith die Anwendung von Banknoten; denn die Verwendung von Gold und Silber und anderen Metallen zu Münzzwecken sei als Produktionsaufwand zu betrachten; diesen Produktionsaufwand für die Bereitstellung der nötigen Verkehrsmittel müsse man aber, wie jeden andern Produktionsaufwand, nach Möglichkeit zu verringern suchen; das könne man am besten durch Ausgabe von Papiergeld. Da müsse man nun freilich Vorsorge dafür treffen, daß niemals mehr Papiergeld umlaufe, als daß das Geld in seiner Eigenschaft als Verkehrsmittel zu allen umzusetzenden Waren stets dasselbe Wertverhältnis habe, wie die entsprechende Menge Gold und Silber und andere Münzmetalle zu allen anderen Werten. Zur Erreichung dieses Zweckes sei aber nur nötig, daß die Banken, welche Banknoten ausgeben wollen, darauf sehen, daß sie diese Banknoten nur für Zwecke des Warenaustausches ausgeben, d. h. nur gegen solche trassierten und akzeptierten Wechsel, bei welchen die Namen des Trassanten und Akzeptanten ihnen Bürgschaft dafür bieten, daß der Wechsel ein guter Handelswechsel ist. Dazu bedürfe es aber gar keines besonderen staatlichen Eingriffes, das würden die Banken schon der eigenen Sicherheit wegen tun. Also könne der Staat auch hier unbesorgt das Prinzip des *laissez faire et passer* walten lassen.

Ad e. *Das Verteilungsproblem bei Adam Smith.*

a) Seine Lohntheorie.

Die Ausführungen von Adam Smith über den Lohn sind noch

ziemlich dürftig. Der Lohn, sagt er an einer Stelle, ist die Vergütung der Arbeitsleistung. Der Lohnsatz wird bestimmt durch einen Widerstreit oder Kampf entgegengesetzter Interessen zwischen Unternehmer und Arbeiter, der sich auf dem Boden von Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften abspielt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt und fällt aber mit dem Volksreichtum; also muß auch der Lohn der Arbeiter steigen und fallen mit dem Volksreichtum. Darum haben die Arbeiter ein Interesse am Volkswohlstand. Der niedrigste Lohnsatz ist bestimmt durch den Kostenwert der Arbeit, unter den der Lohn niemals auf die Dauer sondern immer nur eine ganz vorübergehende Zeit herabsinken kann. Einen höchsten Lohnsatz gibt es nach Adam Smith nicht.

β) Seine Kapitalsgewinntheorie.

Der Kapitalsgewinn entsteht nach Adam Smith, sobald ein in den Händen einer Person befindlicher Kapitalbetrag von dieser benutzt wird, andere zu beschäftigen und sie mit Material und Unterhalt in der Absicht zu versehen, aus dem Produkt ihrer Arbeit einen Gewinn zu erzielen. Der Kapitalsgewinn wird nach Adam Smith ebenfalls bestimmt durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage von Kapitalien. Die Nachfrage nach Kapitalien steigt und fällt nach Adam Smith mit dem Volksreichtum, aber im umgekehrten Verhältnis, so daß also die Kapitalgewinne steigen bei abnehmendem und fallen bei zunehmendem Volksreichtum. Darum haben nach Adam Smith die Kapitalisten ein Interesse am Rückgange des Volkswohlstandes. Kapital selbst entsteht nach Adam Smith auch im volkswirtschaftlichen nicht nur im privatwirtschaftlichen Sinne durch Sparen.

Bei der Beurteilung dieser Kapitalsgewinntheorie von Adam Smith muß man zunächst seine Verwunderung darüber aussprechen, daß ein Mann von solchen Anschauungen der Lehre von der freien Konkurrenz huldigen konnte. Gerade zu einem dem Prinzip des *laissez faire et passer* entgegengesetzten Standpunkt, zu der Anschauung, daß es die Aufgabe der Staatsregierung sei, gegenüber dem einflußreichen Kapitalisten- und Unternehmerstande das Gemeininteresse mit allem Nachdruck zu wahren, hätten seine Ansichten über diesen Stand Adam Smith führen müssen. Sodann aber müssen wir doch zugeben, daß die obigen Ausführungen des Adam Smith über die Unternehmer, so seltsam sie uns auch erscheinen mögen, für seine Zeit doch richtig waren. So lange die Großunternehmer noch von den engherzigen Anschauungen des früheren Kleinbetriebes beherrscht wurden — und zur Zeit von Adam Smith, wo wir ja gerade erst die Anfänge des Großunternehmerstandes vor uns sehen, wurden sie noch davon beherrscht, gingen sie z. B. noch auf den größten Gewinn im Einzelfall aus, nutzten sie noch jede günstige Konjunktur übermäßig aus, ohne an die dauernden Folgen zu denken, wußten sie noch nichts davon, daß eine gutbezahlte und nicht übermäßig ausgenutzte männliche Arbeitskraft schließlich doch noch das Allerbilligste sei — da mußte ihr scheinbares Interesse sehr oft dem allgemeinen Interesse zuwiderlaufen. Auch dies Beispiel zeigt wieder, zu wie verkehrten Urteilen man gelangen kann, wenn man besonders in Übergangszeiten Erfahrungen seiner Zeit generalisiert.

γ) Seine Grundrententheorie.

Die Grundrente ist nach Adam Smith eine Monopolrente. Sobald aller Grund und Boden eines Landes in Privateigentum übergegangen sei, seien die Grundbewirtschafter in der Lage, für die Nahrungsmittel Monopolpreise, d. h. die höchsten erreichbaren Preise, zu fordern. Für die Nahrungsmittel gilt also nicht der Satz von den Produktionskosten, sondern die Regel für die Monopolpreise, daß sie die höchst erreichbaren sind. Es muß also bei ihnen sich eine Differenz ergeben zwischen dem Gesamterlös aller Produkte des Bodens einerseits und dem gesamten Kapitalsgewinn und dem gesamten Arbeitslohn für die Kapitalien und die Arbeitskräfte, welche beschäftigt werden mußten, damit die Produkte des Bodens gewonnen und zu Markt gebracht werden konnten, andererseits. Diese Differenz nennt Adam Smith die Grundrente. Sie wird also zunächst an den Bodenbewirtschafter gezahlt, bleibt aber bei diesem nicht sondern muß restlos von ihm an den Grundherrn abgeführt werden, wieder infolgedessen, daß aller Grund und Boden heute Privateigentum ist und die Grundherren darum heute ein Monopol haben und als Pacht die möglichst erreichbare Pacht fordern können, das ist die gesamte Grundrente. »So ernten«, fügt Adam Smith hinzu, »die Grundherren, wo sie nie gesät haben, und verlangen sogar für das freiwillige Produkt des Bodens eine Rente.« Da nun die Marktpreise für die Nahrungsmittel eine Folge des Volkswohlstandes sind, sind auch die Grundherren interessiert am Volkswohlstande. Smiths Ausführungen über die Grundrente beschränken sich also nur auf die landwirtschaftliche Grundrente. Er kennt die übrigen Arten von Grundrenten zwar auch, erwähnt sie aber nur gelegentlich.

Die Adam Smithsche Grundrententheorie trifft nicht, wie er meint, für den Fall zu, daß aller Grund und Boden eines Landes in Privateigentum übergegangen ist, sondern erst für den Fall, daß der gesamte zum Getreidebau geeignete Boden auch für solchen in Angriff genommen ist und den einheimischen Landwirten von außen keine Konkurrenz gemacht wird. So lange dies nicht der Fall ist, kann man die Grundrente nur, wie dies später Ricardo tut, als Differentialrente, nicht als Monopolrente erklären.

Ad f. *Die Ständelehre des Adam Smith.*

Adam Smith unterscheidet vier Stände, nämlich

1. den Arbeiterstand, den er den für das Volkswohl wichtigsten nennt,
2. den Grundbesitzerstand,
3. den Unternehmer- und Kapitalistenstand und
4. die liberalen Berufe.

Er untersucht nun, welches Interesse diese vier Stände am Gesamtwohl hätten. Zu welchen Resultaten er dabei gelangt, haben wir schon bei Gelegenheit seiner Ausführungen über Arbeitslohn, Kapitalgewinn und Grundrente gesehen. Welches Interesse die sogenannten liberalen Berufe am Gemeinwohl haben, hält Adam Smith nicht für nötig zu erörtern.

IV. Der Einfluß der Lehre des Adam Smith auf die Gesetzgebung.

Wenn wir uns nun mehr die Frage vorlegen, welchen Einfluß die Lehre des Adam Smith auf die Gesetzgebung ausgeübt habe, so müssen wir sagen, in seinem Vaterlande gar keinen, jedoch nicht, weil hier wieder der Spruch Geltung gehabt hätte, daß kein Prophet in seinem Vaterlande erhört sei, sondern, weil auf den beiden Gebieten, wo die Smithsche Lehre überhaupt nur Anerkennung zu ihrer Zeit gefunden hat, auf dem Gebiete der Landwirtschaft und der Industrie, wie wir schon sahen, schon vor dem Erscheinen des Smithschen Werkes in England keine fühlbaren Fesseln mehr vorhanden gewesen waren. Dagegen hat die Smithsche Lehre auf die Gesetzgebung zweier anderer Staaten, d. s. Frankreich und Preußen, einen großen Einfluß gehabt, der freilich nicht immer ein segensreicher war, da das System als rein doktrinäres sich um die vorhandenen Verhältnisse nicht kümmerte. In Frankreich geschah diese Annahme der Smithschen Lehre größtenteils in der berühmten Nachtsitzung vom 4. zum 5. August 1789, in der, wie ein Abgeordneter es selbst bezeichnete, *personne n'était plus maître de soi*, der Bartholomäusnacht der Privilegien und Mißbräuche, in der Adel und Geistlichkeit um den Preis der größeren Aufopferung wetteiferten. Der Adel verzichtete auf alle Feudalrechte (*l'Assemblée nationale détruit entièrement le régime féodal*), die Geistlichkeit auf die Zehnten, die Zünfte wurden aufgehoben, gleiche Besteuerung, gleiche Zulassung aller zu den Staatsämtern wurde festgesetzt. *Dans une nuit tout l'ancien ordre de la monarchie fut renversé.* Unter dem régime féodal verstand man, um nur das Wichtigste anzuführen, die Schollen- und Gesindepflicht, die patrimoniale Gerichtsbarkeit, die patrimonialen Jagd- und Fischereirechte. Am 22. August 1792 werden auch die feudalen Grundlasten ohne Ablösung abgeschafft. Das Freihandelsprinzip wird auch in Frankreich nicht akzeptiert. Der Zolltarif von 1791 ist nicht nur protektionistisch, er ist prohibitiv. 1792 werden in verschärftem Maße die Getreideaufstörungen des *ancien régime* wieder aufgenommen.

In Preußen akzeptiert man das Smithsche System zuerst nur schüchtern (schwache Versuche zur Aufhebung der Erbuntertänigkeit und Ablösung der Grundlasten), unter dem Einfluß der französischen Revolution, dann aber energisch nach dem unglücklichen Tilsiter Frieden. Durch das berühmte Edikt vom 9. Oktober 1807, »den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums betreffend, sowie die persönlichen Rechte der Landbewohner«, wird zwar die Erbuntertänigkeit — darunter verstand man in Preußen nur die Schollen- und die Gesindepflicht, nicht die Patrimonialgerichtsbarkeit, die schon Friedrich der Große beseitigt hatte, und nicht die Jagd- und Fischereirechte — aufgehoben, aber auch durch den Einfluß des Herrn von Schoen trotz des heftigsten Widerspruchs des Herrn von Stein der Bauernschutz beseitigt. Durch das Edikt vom 20. November 1810 wird die Gewerbefreiheit mit ganz geringen Beschränkungen eingeführt und den Zünften jeder öffentlich rechtliche Charakter genommen. Auch hier tadelte der Freiherr von Stein mit Recht, daß man bei der Einführung der Gewerbefreiheit viel zu weit gegangen sei, und daß man die Zünfte hätte reformieren, sie aber nicht völlig ihres öffentlich rechtlichen Charakters hätte entkleiden sollen. Am 14. September 1811 erfolgte das Ablösungsdekret, das später nach den Freiheitskriegen durch die sog. *Déclaration* vom 29. Mai 1816 so verschandelt wurde. Damit hört aber auch in Preußen der Einfluß von Adam Smith auf, auf die Handelspolitik hat er keinen Einfluß ausgeübt. Hier macht sich erst die seit 1815 hervortretende Agitation Ricardos bemerkbar. Die Freihandelslehren von Adam Smith waren überall ungehört verhallt.

Achtes Kapitel.

Malthus.

§ 32. Malthus.

1. Aus seinem Leben.

Malthus (1766—1834) war ursprünglich Geistlicher, wurde dann aber infolge seines Hauptwerkes Lehrer der Volkswirtschaftslehre; er veröffentlichte 1798 in erster, 1803 in wesentlich erweiterter Auflage, die dann allen späteren Auflagen zugrunde lag: »An Essay on the principle of population«.

2. Darstellung seiner Lehre.

Die Hauptsätze der Malthusschen Lehre sind die folgenden: Die Bevölkerung eines Landes habe, wenn keine Hemmnisse einträten, die Tendenz, sich in geometrischer Progression zu vermehren, während die natürlichen Nahrungsmittel eines Landes sich nur in arithmetischer Progression vermehren. Da nun aber mathematisch nachzuweisen sei, daß eine geometrische Progression, möge ihr Progressionsfaktor auch noch so klein sein, eine arithmetische Progression, möge ihre Progressionsdifferenz auch noch so groß sein, stets einholen müsse, so müsse in gewissen Abständen die Bevölkerungszunahme den natürlichen Nahrungsmittelspielraum eines Landes stets einholen, wenn keine Hemmnisse einträten. Solcher Hemmnisse unterscheidet Malthus die positiven und die präventiven. Als positive nennt er Not und Elend unter den unteren Volksklassen und in deren Gefolge ganz besonders eine starke Kindersterblichkeit, Seuchen und andere verheerende, ansteckende Krankheiten, welche auch wiederum besonders stark unter den Kindern aufräumten, Kriege, weil die meisten Kriege um Magenfragen im weiteren Sinne geführt würden, usw. Unter den präventiven Hemmnissen nennt er spätes Heiraten und Enthaltbarkeit vom Befruchtungsprozess sowohl vor der Eingehung der Ehe wie auch in der Ehe, indem man sich immer der Pflichten gegen die schon geborenen und die gegebenenfalls noch zu gebärenden Kinder bewußt werde. Diese präventiven Hemmnisse wirkten in den oberen Ständen schon genügend stark, sie wirkten aber noch gar nicht oder doch noch sehr ungenügend in den unteren Volksklassen. Die Ursache dieser Erscheinung sieht er in etwas Doppeltem. Als erstes nennt er die Armenunterstützung, weil sie so, wie sie in den meisten Ländern geübt werde, in dem Arbeiter das Pflichtbewußtsein seinen Nachkommen gegenüber ersticke, indem sie ihm die Sorge für seine Nachkommenschaft fast ganz abnehme. Die Armenunterstützung sei zwar nicht ganz abzuschaffen, sie müsse aber so eingerichtet werden, daß es dem erwachsenen Manne als schmachvoll erscheine, seine Nachkommenschaft einfach vom Staate ernähren zu lassen. Als zweites nennt er das Schulwesen. Er verlangt Pflichtschulen und auf den Pflichtschulen Erziehung zu dem Begriff von Ehre, Gewissen

und Pflichtgefühl. Einem gut erzogenen Arbeiter werde das Schmachvolle, das darin liege, daß er die Sorge für seine Nachkommenschaft auf den Staat abwälze, eher zum Bewußtsein kommen als einem gar nicht oder schlecht erzogenen. Malthus weiß ferner sehr wohl, was alle neueren Kritiker meist übersehen haben, daß der natürliche Nahrungsmittelspielraum ergänzt werden kann durch den Verkehrsnahrungsmittelspielraum. Er weist aber auf das außerordentlich Gefährliche dieser Ergänzung für die dauernde Erhaltung eines Volkes hin. Ein solches Volk, das sich auf den Verkehrsnahrungsmittelspielraum zu verlassen beginne, vernachlässige erfahrungsgemäß den Ausbau seines natürlichen Nahrungsmittelspielraums, ja lasse diesen sogar durch die Verwandlung von Ackern in Parke und Weiden stark zurückgehen, während die Bevölkerungszunahme, weil der Verkehrsnahrungsmittelspielraum als industrieller mit der Bevölkerung mitwachse, sich stark vermehre. Dann aber komme einmal die Zeit, wo der Verkehrsnahrungsmittelspielraum versage, weil die Völker, von denen man die Nahrung bezogen hätte, selbst anfangen zur Industrie überzugehen, um sich nicht mehr von den Völkern, die sich auf den Verkehrsnahrungsmittelspielraum eingerichtet hätten, ausbeuten zu lassen. Dann sei der Ruin für diese Völker da. Das könne freilich um Jahrhunderte hinausgezogen werden, aber kommen werde der Ruin. Darum müsse man doch bestrebt sein, die Volkszunahme mit der Zunahme des natürlichen Nahrungsmittelspielraums möglichst im gleichen Schritt gehen zu lassen; dazu aber seien rechtzeitige Erziehung auch der unteren Volksklassen zu den präventiven Hemmnissen und Vermeidung alles dessen, wodurch der natürliche Nahrungsmittelspielraum verkümmern oder doch in seiner weiteren Entwicklung aufgehalten werden könnte, nötig.

Die Malthusschen Ausführungen sind im Kern richtig, wenn auch an manchen Ausführungen Ausstellungen zu machen wären. Unter den Hemmnissen vergißt er diejenigen der Abnahme der Zeugungsfähigkeit, sowohl der absoluten wie der einer lebensfähigen Nachkommenschaft. Je dichter aber eine Bevölkerung wird, desto größer werden diese Hemmnisse in der Zeugungsfähigkeit. Diese Erscheinung hat ihren Grund darin, daß bei zunehmender Dichtigkeit der Bevölkerung, diese mehr und mehr sich in Groß- und Industriestädten konzentriert, und daß in diesen die Hemmnisse für die Zeugungsfähigkeit zu suchen sind. Immer weitere Kreise legen sich, sowie Malthus es gewünscht hat, eine Schranke in der Kindererzeugung auf, aber nicht in der Weise, daß sie die Zeugungssinnlichkeit an sich bekämpfen, sondern in der Weise, daß sie sie entweder unnatürlich befriedigen oder, zwar natürlich, aber unter Vorsichtsmaßregeln gegen die Folgen des Zeugungsprozesses, und das kommt nicht nur beim außerehelichen sondern sogar in immer steigendem Maße auch beim ehelichen Geschlechtsverkehr vor. Das muß natürlich die Zeugungsfähigkeit, wenn man nun einmal wirklich Ernst machen will, sehr beeinträchtigen, sei es, daß man überhaupt keine Kinder zeugt, sei es, daß die gezeugten Kinder sich entweder bald als lebensunfähig erweisen oder aber, wenn sie nicht schon vor der eigenen Geschlechtsreife sterben sondern diese erreichen, sich selbst nicht als geschlechtsfähig erweisen. Auch Geschlechtskrankheiten

müssen bei solcher Art Geschlechtsverkehr sich immer mehr ausbreiten. Dazu kommt, daß der Mangel ausreichender Bewegung oder eine ständige für die Geschlechtsteile nachteilige Bewegung gerade in den Groß- und Industriestädten sehr viele Frauen zeugungsunfähig macht oder sie doch nur eine wenig lebens- und zeugungsfähige Nachkommenschaft gebären läßt. Man hat nun freilich eine Zeitlang aus den statistischen Daten die Folgerung ziehen wollen, daß durch den Fortschritt der medizinischen Kenntnisse und die hygienischen Verbesserungen der Stadtanlagen sich die Zeugungskraft der Frauen auch in den Städten gehoben und die Kindersterblichkeit abgenommen habe. Wir müssen nun aber leider die Tatsache, daß mehrere Jahrzehnte hintereinander die Zeugungskraft der Frauen in den Städten sich gehoben und die Kindersterblichkeit abgenommen hat, heute weniger auf die Fortschritte der medizinischen Kenntnisse und die hygienischen Verbesserungen der Stadtanlagen zurückführen, wengleich diese Momente nicht ganz ohne Einfluß gewesen sein mögen, als darauf, daß die eben erst vom Lande zugewanderte Bevölkerung und ebenso die von ihr erzeugte Generation noch mehr Zeugungs- und innere Lebenskraft besaß als die alteingesessene Bevölkerung. Für die Richtigkeit dieser Annahme spricht der Umstand, daß z. B. in Berlin nicht nur die relative sondern sogar die absolute Geburtenzahl jetzt wieder Jahr für Jahr zurückgeht, und auch die Kindersterblichkeit wieder eine, wenn auch zunächst noch sehr geringe relative Zunahme zeigt. Beachten wir die drei Hemmungsmomente, die beiden schon von Malthus genannten und das hier ausgeführte, so müssen wir sagen: Die Bevölkerung vermehrt sich freilich in einer geometrischen Progression, aber nicht in einer gleichmäßigen, sondern derart, daß der geometrische Progressionsfaktor im gleichen Verhältnis mit der steigenden Sättigung der Kultur und der zunehmenden Bevölkerungsdichtigkeit immer kleiner wird, so daß schließlich die Gefahr nicht einmal ausgeschlossen ist, daß die drei Hemmungstendenzen den Progressionsfaktor sogar ganz aufzehren, ja zu einem Minuswert werden lassen, d. h. zu einer Abnahme der Bevölkerung führen. Auch die Zunahme des natürlichen Nahrungsmittelspielraums vollzieht sich nicht immer in einer glatten arithmetischen Reihe, sie nimmt vielmehr in manchen Zeitabschnitten einen sehr sprunghaften Verlauf, um dann freilich wieder, wenn der Beharrungszustand wieder eingetreten ist, im gleichmäßigen arithmetischen Tempo vorwärts zu gehen. So sind gegen die Malthusschen Ausführungen wohl mancherlei Einwendungen zu machen, drei Verdienste kann man ihm nicht absprechen, nämlich aufmerksam gemacht zu haben auf die große Gefahr, welche in einer weitgehenden Abhängigkeit vom Verkehrsnahrungsmittelraum liegt, in welcher Beziehung Malthus' Warnungsruf für sein Vaterland ungehört verhallte, und ferner hingewiesen zu haben auf die Gefahren einer allzu humanen Armenfürsorge und einer Vernachlässigung der Volkserziehung für die Volksvermehrung¹.

¹ Ganz im Sinne von Malthus hat auf die große Gefahr, die darin liegt, wenn die Industrieländer sich vom Verkehrsnahrungsmittelspielraum allzu abhängig machen, Gerhard Hildebrand in seinem 1910 erschienenen Werke »Die Erschütterung des Industriesozialismus und der Industrieherrschaft« hingewiesen.

Neuntes Kapitel.

Die klassische Schule unter dem Einfluß der Malthusschen Lehre.

Erster Teil.

Ricardo.

Vorbemerkung. Der Einfluß der Malthusschen Lehre auf die klassische Schule.

Die Malthussche Lehre brachte in die klassische Schule einen pessimistischen Zug, den sie freilich später wieder abgestreift hat; aber auch da zeigt sich die Malthussche Lehre insofern von Einfluß, als die klassische Schule bemüht ist, darzutun, das zu irgendwelchem Pessimismus gar kein Grund vorliege. Der erste, der sich von diesem Pessimismus beeinflußt zeigte, war David Ricardo.

§ 33. David Ricardo.

I. Aus seinem Leben.

David Ricardo (1772—1823) stammte aus einer von Spanien nach Holland geflüchteten jüdischen Familie. Sein Vater war nach London übergesiedelt und nahm hier in der Kaufmannswelt bald eine geachtete Stellung ein. Nach damaliger jüdischer Sitte empfing der Knabe eine rein kaufmännische und streng talmudistische Erziehung. Die letztere gefiel dem geweckten Knaben nicht und erfüllte ihn mit Widerwillen gegen das Judentum. Er entließ dem Vater, ließ sich taufen und wurde Schreiber bei einem Börsenmakler. Sobald er diesem das Geschäft abgesehen hatte, wurde er selbst freier Börsenmakler. Er erwarb sich solchen Ruf, daß er schon nach einigen Jahren ein Bankgeschäft aufmachen konnte. Auch hier hatte er Glück und mit 25 Jahren hatte er aus dem Nichts ein großes Vermögen erworben. Inzwischen hatte sich auch der Vater in Anerkennung des Geschäftsgeistes seines Sohnes wieder mit ihm ausgesöhnt. Mit 25 Jahren setzte sich Ricardo zur Ruhe und beschloß nun, eine politische Rolle zu spielen. Zuerst vervollständigte er seine Schulbildung, dann ging er an das volkswirtschaftliche Studium. Nun hielt er sich für reif, selbst literarisch hervorzutreten. 1810 veröffentlichte er seine erste Schrift: »The high price of bullion a proof of the depreciation of banknotes«. Es war eine Untersuchung darüber, wie die entwerteten Banknoten auf die normale Höhe gehoben werden könnten. Nach seinen Ratschlägen hat die Bank von England es später möglich gemacht, ihre Barzahlungen wieder aufnehmen zu können, freilich erst einige Jahre nach der Rückkehr des Friedens. Als 1815 der Streit über die Kornzölle heftig entbrannte, beteiligte sich auch Ricardo an diesem mit der Schrift »Essay on the influence of a low price of Corn on the profit of Stock«. Die Schrift hatte zwar zunächst den erwünschten Erfolg nicht, wurde aber später die Bibel der Anti Corn Law League. Auf diese Schrift folgte im nächsten Jahre eine weniger bedeutende Schrift, die sich, wie die erste, wieder mit der Einlösung der Banknoten beschäftigte, und im Jahre 1817 sein Hauptwerk »Principles of Political Economy and Taxation«. 1819 wurde er ins Unterhaus gewählt. Er hat dann noch zwei unbedeutendere Arbeiten über die Aufbringung außerordentlicher Staatsmittel und gegen die Kornzölle veröffentlicht. Nach seinem Tode erschien noch ein Vorschlag zur Gründung einer großen Staatsbank. Es war eine Natur wie Ferdinand Lassalle und List, die in jedem Mißerfolg eine persönliche Beleidigung empfinden, und mußte sich deshalb im politischen Kampfe sehr schnell aufreiben.

Ricardo entwickelt die Volkswirtschaftslehre in der Form eines streng mathematischen oder logischen Lehrbuches und operiert ausschließlich mit abstrakten Vorstellungen. Es bleibt aber sehr häufig bei der Form; dem äußerlich streng logischen Aufbau entspricht keineswegs immer die logische Schärfe und Genauigkeit. Besonders mit den Begriffen jongliert er sehr und wendet denselben Begriff in der mannigfaltigsten Bedeutung an. Das, was man bei ihm logische Schulung genannt hat, ist oft weiter nichts als dialektische Haarspalterei talmudistischer Art. Er hat außerdem eine große Fertigkeit, durch die verschrobenste Ausdrucksweise, die einfachsten Dinge kompliziert zu machen und so seiner Darstellung einen blendenden wissenschaftlichen Charakter zu geben, dessen sie aber bei genauerem Hinsehen durchaus entbehrt. Am unglücklichsten ist er in seinen Polemiken. Das hat seinen doppelten Grund. Einmal ist er in der englischen Sprache nie ganz zu Hause gewesen. Im Elternhause wurde ein hebräisch-portugiesisch-niederländischer Jargon gesprochen, eine gute Schulbildung hat er auch nicht genossen. In späteren Jahren, als gereifter Mann, suchte er das Versäumte nachzuholen. Das ist ihm nie voll gelungen. Die von den Engländern so gern gebrauchten Infinitiv-, Partizipial- und Gerondifkonstruktionen hat er nie recht verstanden. Oft besteht seine ganze seitenlange Polemik nur darin, daß er die zu bekämpfenden Konstruktionen falsch auflöst, gegen diese seine eigene falsche Auflösung dann zu Felde zieht und schließlich zu demselben Resultate gelangt wie sein scheinbarer Gegner. Solche Dispute erinnern oft sehr an Don Quichotes Kampf gegen die Windmühlen. Ein zweiter Grund, daß er in seinen Polemiken so oft Unglück hat, ist der, daß er eine Stelle aus dem Zusammenhange herausreißt, sie so ganz falsch versteht und dann gegen seine falsche Auslegung ankämpft. Dafür nur ein Beispiel statt vieler. Adam Smith hatte, wie wir uns erinnern, ausgeführt, daß im Urzustande gleiche Arbeitsmengen ausgetauscht werden, und daß jedes Gut soviel wert sei, als es Arbeit gekostet hat und wir daher Arbeit dafür eintauschen können, daß ferner im Urzustande die Arbeit als das Maß für den normalen Tauschwert der Güter unveränderlich sei. Ricardo übersieht, daß es sich um die Schilderung des angeblichen Urzustandes handelt, läßt diese Worte weg und polemisiert nun dagegen, daß jedes Gut soviel wert sei, als es Arbeit gekostet hat und wir daher Arbeit dafür eintauschen können. Ein Gut könne nur den einen oder den andern Tauschwert haben, nie beide; man müsse denn etwa glauben, daß beide identisch seien. Ja, nach Adam Smith sind beide auch identisch, aber im Urzustande, nicht unter unsern heutigen Verhältnissen. Dann polemisiert er dagegen, daß die Arbeit einen unveränderlichen Wert habe. Ja, nach Adam Smith muß sie im Urzustande als Maß des normalen Wertes unveränderlich sein. — Noch ein letztes Moment bleibt uns für das Verständnis der wissenschaftlichen Tätigkeit Ricardos zu erwähnen. Ricardo war in erster Linie ein ehrgeiziger Politiker, erst in zweiter Linie suchte er seinen Ehrgeiz auch darin, auf dem Gebiete der Wissenschaft zu glänzen. So steht bei ihm halb bewußt, halb unbewußt die Wissenschaft durchaus im Dienste der Politik. Die beiden wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen, die die damalige Zeit beschäftigten, waren die Kornzollfrage und die Zettelbankpolitik. Den Wünschen der großen Mehrheit in diesen beiden Fragen eine wissenschaftliche Grundlage zu geben, das mußte ihn zu gleicher Zeit als Politiker und als wissenschaftlichen Volkswirt bekanntmachen; darum bewegen sich Ricardos Spezialarbeiten auf diesen beiden Gebieten; aber auch sein großes Hauptwerk vom Jahre 1817 hat weiter keinen Zweck, als den von ihm vertretenen politischen Forderungen die allgemeine volkswirtschaftliche wissenschaftliche Grundlage zu geben. Das wird uns für viele der Ausführungen seines Hauptwerkes erst das richtige Verständnis geben.

II. Das Ricardosche Lehrgebäude.

A. Der Inhalt der Schrift von 1815.

Der Gedankengang der Schrift von 1815 ist ungefähr der folgende: Man habe in den Jahren der Kontinentalsperre Böden in Kultur genommen, die bei doppelt so hohen Bebauungskosten, als ihn die besten Böden erforderten, doch kaum mehr als die Hälfte von jenen trügen. Es stelle sich also bei diesen Böden die Einheitsmenge beinahe viermal so teuer als bei jenen. So lange man aber durch Prohibitivzölle das Ausland ausschließe, würde jenes unter den teuersten Bedingungen produzierte Getreide den Preis bestimmen. Es würden also auf Kosten der übrigen Konsumenten die Benutzer der besten Böden eine Grundrente herauswirtschaften, die dreimal so hoch wie ihre eigenen Betriebskosten seien. Diese Grundrente bleibe aber nicht einmal bei den Landwirten sondern wandere, da aller bebauungsfähiger Boden jetzt im Privateigentum sei, in die Hände der Grundeigentümer. Nur die Großgrundeigentümer würden also auf Kosten aller Konsumenten gemästet. Es leide aber darunter sehr die Industrie, die höhere Löhne zahlen müsse und die Preise habe aufschlagen müssen. Wenn aber alle Waren, Nahrungsmittel, Rohprodukte und veredelte Produkte um den vierfachen Betrag ihres wahren Wertes erhöht seien, so habe wegen der ganz gleichmäßigen Erhöhung aller Warenpreise kein Mensch im Inlande von den hohen Zöllen einen Nutzen. Nach außen aber könne die Industrie auch nicht absetzen, da ihre Preise für den Auslandsmarkt vielfach zu hoch seien. Die Industrie müsse sich also wieder auf den inländischen Absatz beschränken und könne die Aufhebung der Kontinentalsperre in keiner Weise ausnutzen. Die Not der Industrie müsse also noch fort dauern, ja sie müsse sich sogar noch vergrößern, da die Kriegslieferungen jetzt ausblieben. Dann aber würden in die Not der Industrie auch die Landwirtschaft und die Großgrundbesitzer bald mit hineingezogen werden.

Die von Ricardo gehegten Befürchtungen blieben vorläufig noch aus; sie zeigten sich erst, als Deutschland und die Union, die besten Abnehmer für Englands Industrieerzeugnisse, in ein und demselben Jahre, nämlich im Jahre 1842, zum Schutz-zollsystem übergangen; da begannen die Ricardoschen Ausführungen, die von der 1841 unter Führung Cobdens, des Sekretärs der Handelskammer in Manchester, gegründeten Anti Corn Law League zum Ausgangspunkt ihrer Agitation gemacht wurden, zu wirken. 1846 fielen die Zölle, wie wir schon an anderer Stelle sahen.

B. Übersicht über die in der Literatur besonders beachteten Theorien Ricardos.

Von den von Ricardo entwickelten Theorien haben in der Literatur eine besondere Beachtung gefunden:

1. seine Werttheorie,
2. seine Lehre von der Verteilung des Tauschwertes auf die Haupteinkommensarten,
3. seine Produktionslehre,
4. seine Lohnfonds- und Lohntheorie,
5. seine Grundrententheorie,
6. seine Lehre von der Produktionswilligkeit der Natur,
7. seine Quantitätstheorie,
8. seine Lehre von dem Nutzen des freien Außenhandels.

Ad 1. *Seine Werttheorie.*

Ricardo übernimmt zunächst von Adam Smith den Unterschied zwischen Gebrauchs- und Tauschwert. Über den Gebrauchswert auch nur ein Wort zu verlieren, hält er aber nicht für nötig; dem Tauschwert müßten sich die volkswirtschaftlichen Untersuchungen in erster Linie zuwenden, denn die richtige Erkenntnis des Tauschwertes sei in einer auf Arbeitsteilung und gewerblicher Produktion gegründeten Gesellschaft der Schlüssel zur Kenntnis der Volkswirtschaftslehre, weshalb man die Volkswirtschaftslehre auch als die Lehre der Tauschwerte bezeichnen könne. In bezug nun auf die Untersuchungen über den Tauschwert teilt auch Ricardo die Güter in zwei Klassen, in die nicht beliebig vermehrbaren und in die beliebig vermehrbaren Güter, die zum Glück für die Menschen die übergroße Mehrzahl der Güter bildeten. Den Tauschwert der nicht beliebig vermehrbaren Güter bestimmt er wie Adam Smith, bleibt aber nicht lange bei ihnen stehen. Bei den beliebig vermehrbaren Gütern unterscheidet er dann nicht zwischen dem frühesten und dem vorgerückteren Entwicklungsstadium, sondern behauptet, zu allen Zeiten habe der Tauschwert aller dieser Güter immer dem Maße von Arbeit entsprochen, die für die unter den ungünstigsten Bedingungen zu Markt gelieferten Waren bis zu ihrer Lieferung auf den Markt geleistet werden mußte. Wenn Adam Smith den Preis aus drei Elementen bestehen lassen, dem Arbeitslohn, dem Kapitalszins und der Rente, so habe er nicht genügend bedacht, daß die beiden letzten Elemente sich eben auch auf Arbeit zurückführen ließen. Kapitalszins sei weiter nichts als die Entschädigung für die Mitarbeit aufgespeicherter Arbeit, wenn aber einige neben diesen beiden noch eine Rente bezögen, so liege dies nur daran, daß zur Befriedigung des Marktes Waren — mit diesem Namen bezeichnet Ricardo die beliebig vermehrbaren Güter — auch von solchen Böden und aus solchen Gegenden bezogen werden müßten, die unter viel ungünstigeren Bedingungen zur Befriedigung des Marktes herangezogen werden müßten als diejenigen von anderen Böden und aus anderen Gegenden. Diejenigen Böden und Gegenden, aus denen Waren unter den ungünstigsten Bedingungen noch herangezogen werden müßten, bezögen keine Rente.

Also sei damit erwiesen, daß der Tauschwert aller Waren immer dem Maße von Arbeit entspreche, die für die unter den ungünstigsten Bedingungen zu Markte gelieferten Waren bis zu ihrer Lieferung auf den Markt geleistet werden mußte. Man könne nun auch bei dieser Erklärung des Tauschwertes noch sehr wohl unterscheiden zwischen einem normalen Tauschwert und einem momentanen Tauschwert. Es gebe für jeden Markt und jede Ware ein durchschnittliches Höchstmaß von Arbeit, das zur Befriedigung des Marktes mit der betreffenden Ware aufgewandt werden müsse; dieses durchschnittliche Höchstmaß von Arbeit, das sei der normale Tauschwert der Waren. Der momentane Tauschwert, der bestimmt werde durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, könne und brauche nicht immer mit dem normalen Tauschwert übereinzustimmen, weil nicht in jedem Falle immer das durchschnittliche Höchstmaß von Arbeit auf die Ware bis zu ihrer Bereitstellung auf den Markt verwandt werden müsse, aber jener könne von diesem niemals lange und niemals weit sich entfernen und müsse immer wieder zu ihm zurückkehren.

Ad 2. Seine Lehre von der Verteilung des Tauschwertes auf die Haupteinkommensarten.

Wenn Adam Smith den Preis oder, wie man besser sagen müsse, den Tauschwert habe bestehen lassen aus drei Elementen und daraus die Bildung des Tauschwertes habe erklären wollen, so sei das zwar falsch, dennoch habe die Zerlegung des Tauschwertes in seine drei Teile ihren wissenschaftlichen Wert, wenn nämlich auch nicht für die Frage der Tauschwertbildung, so doch für die Frage, wie sich der Tauschwert auf die drei Haupteinkommensarten verteile. Ändern sich, so führt er aus, die Anteilsbedingungen eines der an der Tauschwertbildung beteiligten Faktoren Arbeit, Kapital und Rente ganz gleichmäßig für alle Produkte, so könne dies am Tauschwert selbst nichts ändern, sondern nur eine Veränderung herbeiführen in der Verteilung des Tauschwertes an die Verfügungsberechtigten über die drei an der Tauschwertbildung beteiligten Faktoren. Wenn beispielsweise die Anteilsbedingungen für die Arbeit sich gleichmäßig änderten und der Arbeiter gleichmäßig mehr Lohn erhielte, so würden auch für die Gewinnung des Edelmetalls und die Prägung der Münzen die Anteilsbedingungen für die Arbeit sich ändern, und die Preiserhöhung würde also in Wahrheit gar nicht vorhanden sein, wenn man die früheren und die jetzigen Preise nach der Kaufkraft des Geldes miteinander vergliche. Aber der Anteil sei ein verschiedener geworden; er sei gestiegen für die Arbeit und entweder nur für einen oder für beide der anderen an der Tauschwertbildung beteiligten Faktoren gefallen. Ganz gleichmäßige Verbesserungen oder Verschlechterungen in den Anteilsbedingungen eines der an der Tauschwertbildung beteiligten Faktoren ändern also am

Tauschwerte nichts, hätten aber entsprechende Änderungen in den Anteilsbedingungen einer der beiden andern oder auch beider an der Tauschwertbildung beteiligten Faktoren zur Folge. Zu seiner Zeit sei nun das Verhältnis so, daß sich die Anteilsbedingungen der Rente fortdauernd verbesserten, weil bei der Aussperrung des ausländischen Getreides durch Prohibitivzölle immer schlechtere Bodensorten in Bearbeitung genommen werden müßten, so daß also die schon in Bearbeitung befindlichen eine immer größere Rente empfangen. Der Arbeiter müsse den Kostenwert seiner Arbeit erhalten; da nun auch dieser im Steigen begriffen sei, weil den Hauptteil des Kostenwertes seiner Arbeit die Kosten der Nahrungsmittel ausmachten, diese aber fortdauernd im Preise stiegen wegen der steigenden Grundrente, müsse auch der Arbeitslohn steigen. Es steige darum zwar der Preis aller Produkte um den steigenden Arbeitslohn, aber der Tauschwert aller Produkte bleibe, da alle Produkte gleichmäßig im Preise stiegen, derselbe, ebenso bleibe der Anteil des Arbeiters am Tauschwert derselbe, da er trotz der gesteigerten Löhne, doch nur den Kostenwert seiner Arbeit erhalte. Also sei der Effekt der ganzen Preissteigerung der, daß der Anteil der Rente am Tauschwert sich verbessert habe auf Kosten des Anteils des Kapitalgewinns. Ändern sich dagegen die Anteilsbedingungen eines an der Tauschwertbildung beteiligten Faktors nur in einem bestimmten Falle, so müßte das eine Tauschwertänderung für das betreffende Produkt zur Folge haben. Für diejenigen Produkte, die während der Änderungen der Anteilsbedingungen zwar schon hergestellt aber noch nicht an den Konsumenten gelangt seien, werde in diesem Falle der neue normale Tauschwert mehr oder minder erheblich von dem alten normalen Tauschwert, unter dem sie produziert seien, abweichen.

Ad 3. *Seine Produktionslehre.*

Während Adam Smith in der Natur noch einen eigenen, wenn auch einen untergeordneten Produktionsfaktor gesehen hatte, leugnete Ricardo, daß man in der Natur überhaupt einen Produktionsfaktor sehen dürfe. Was nämlich die Natur an sich als Produktionsfaktor biete, das schätze man nicht sondern erst, was der Mensch an Arbeit hinzufüge. Das Wasser habe z. B. nur da einen Wert, wo die Natur es nicht genügend biete und der Mensch es erst hinschaffen müsse. Alle Erträge des Feldes, des Gartens, des Waldes hätten erst da einen Wert, wo die Natur sie nicht genügend reichlich biete und der Mensch entweder der Produktion der Natur nachhelfen müsse oder die Erträge der Natur hinbefördern müsse, alle Bergwerksprodukte z. B. bekämen ihren Wert erst durch die Förderungskosten. Im übrigen schloß Ricardo sich der Produktionslehre von Adam Smith an, so daß demgemäß nach ihm die Arbeit, sei es als lebende, sei es als aufgespeicherte, aber doch immer

nur, soweit sie auf die Materie gerichtet ist, und soweit sie mehr als ihren Kostenwert erzeugte, den einzigen Produktionsfaktor darstellte; denn auch er hält fest an der Lehre vom reinen Volkseinkommen und hat diese Lehre noch schärfer betont als Adam Smith. Auch bei ihm bleibt es, wie bei Adam Smith, unklar, ob er die leitende Tätigkeit eines auf materielle Produktion gerichteten Betriebes als produktiv ansieht. Auch er spricht die gegenteilige Behauptung nirgends aus, macht vielmehr hier und da Bemerkungen, aus denen man entnehmen könnte, daß er den Betriebsleiter als beteiligt an der Produktion ansieht; doch bleibt auch sein Standpunkt so unklar, daß sich die Behauptung der Sozialdemokraten, die sich auf seine Leugnung immaterieller Produktion stützt, auch dieser große Bourgeoisnationalökonom habe die Produktivität der leitenden Tätigkeit eines Betriebsleiters geleugnet, aus seinen Schriften nicht positiv widerlegen läßt.

Ricardos Leugnung der Natur als Produktionsfaktor ist zunächst wieder ein Beweis dafür, wie wenig auch er privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Gesichtspunkte auseinander zu halten vermag. Privatwirtschaftlich betrachtet mögen wir die Natur als Produktionsfaktor häufig nicht einschätzen; aber selbst da nicht immer. Ricardo vergißt, daß er die Arbeit als Tauschwertmaß doch selbst nur für die sog. Waren, d. h. die beliebig vermehrbaren Güter, angesetzt habe; also können wir die Produktivität der Natur doch noch bei den nicht beliebig vermehrbaren Gütern einschätzen; damit kommen wir aber auch für die privatwirtschaftliche Betrachtung zu dem richtigen Standpunkt. Privatwirtschaftlich schätzen wir die Produktivität der Natur um so niedriger ein, je reichlicher sie sich zeigt, und um so höher, je zurückhaltender sie sich zeigt. Beim Eisen z. B. schätzen wir privatwirtschaftlich fast nur unsere eigene Arbeit ein, weil die Natur Eisen ziemlich reichlich liefert, dem Gold geben wir, weil die Natur es spärlicher liefert, auch privatwirtschaftlich gedacht, einen hohen Wert, obgleich seine Gewinnung leichter ist als die des Eisens.

Ad 4. *Seine Lohnfond- und Lohntheorie.*

Ricardo geht bei der Lohntheorie aus vom sogenannten Lohnfond. Er behauptet die Produktion werde in erster Linie veranlaßt durch das Anlagebedürfnis des Kapitals, nicht durch Konsumtionsbedürfnisse. Seines Anlagebedürfnisses wegen warte das Kapital das Konsumtionsbedürfnis nicht erst ab sondern komme ihm entgegen und suche es zu wecken. Das Konsumtionsbedürfnis komme für die Produktion darum erst in zweiter Linie in Betracht, nämlich nur für die Frage, ob und inwieweit es dem Anlage suchenden Kapital gelingen werde, das Konsumtionsbedürfnis mit Erfolg zu wecken. Dieses Anlage suchende Kapital nennt Ricardo Lohnfond. Er behauptet nun ferner, daß der Lohnfonds nur die Tendenz arithmetischer Zunahme zeige, die Bevölkerung die Tendenz geometrischer Zunahme. Seien nun die Lohnverhältnisse gut, so ziehe der Arbeiterstand, der seiner Neigung zu geometrischer Vermehrung stets vollständig nachgehe, den Nachwuchs auch fast vollständig auf, der Arbeiterstand vermehre sich also schneller als der Lohn-

fond. Die Arbeiterverhältnisse würden also ungünstigere. Nach dem Pendelgesetz würde der Lohn dann aber nicht nur auf den natürlichen Lohn herabgehen, d. h. auf einen Lohn, der dem Arbeiter für sich persönlich das Existenzminimum und eine Arbeitsrente zur Ernährung eines normalen Nachwuchses gewähre, sondern selbst noch darunter. Der Nachwuchs werde dann aber nicht nur wieder bis zur Normalität sondern selbst darunter zurückgehen; nicht aber deshalb, weil der Arbeiter seiner Sinnlichkeit Zügel anlege, sondern deshalb, weil die Kindersterblichkeit eine sehr starke sei. Damit werde wiederum umgekehrt der Lohn sich erst wieder bis zum sogenannten natürlichen Lohn, dann aber selbst darüber hinaus heben. So pendele der Lohn, d. h. der Marktwert oder der momentane Wert der Arbeit, immer um den sogenannten natürlichen Lohn, d. h. den Kostenwert der Arbeit, und könne sich niemals dauernd und niemals weit von ihm entfernen. Es finde also auf den Arbeitslohn die Tauschwertregel für die beliebig vermehrbaren Güter Anwendung. Ricardo nimmt also an, was Malthus nicht angenommen hatte, daß es erfolglos sein werde, dem Arbeiter Enthaltbarkeit in der Kindererzeugung zu predigen, daß er dem natürlichen Drang immer und immer wieder unterliegen werde.

Richtig ist an diesen Ausführungen zunächst, daß das Kapital nicht erst auf das Erwachen des Bedürfnisses wartet, um seiner Befriedigung zu dienen, sondern auch dem Bedürfnis vorgreift, wo es nach Lage der Verhältnisse erwarten darf, durch Anbieten der Produkte das Bedürfnis wecken zu können. Falsch aber war die Annahme von Ricardo, daß der Lohnfond immer nur in arithmetischer Progression wachsen werde. Als vielmehr infolge der Arbeiterversicherung, infolge der dadurch auch vermehrten privaten Versicherung, weil der Arbeiter durch die Zwangsversicherung die Vorteile der Versicherung kennen und schätzen gelernt hatte und sich und die Seinigen auch gegen die wirtschaftlichen Folgen solcher Ereignisse versicherte, bei denen eine Zwangsversicherung nicht Platz griff, infolge weiter des schnell zunehmenden öffentlichen Sparkassenbetriebes, weil der Arbeiter durch die Arbeiterversicherung die Bedeutung eines zurückgelegten Notgroschens würdigen gelernt hatte, infolge ferner der immer größeren Ausdehnung der Spar- und Vorschußvereine und infolge endlich des Depositen- und Giroverkehrs bei den Banken die Kapitalien der kleineren und mittleren Leute, die ammassiert viele Milliarden ausmachten, die großen Kapitalien sämtlich aus den sicheren behändigen öffentlichen Anleihen herausdrängten, weil sie sehr stark auf den Zinsfuß drückten, da wuchs der Lohnfond auf einmal durchaus sprunghaft und keineswegs in einer hübsch gleichmäßigen arithmetischen Progression. Es ist freilich anzunehmen, daß bei allen diesen Sammelstätten der Kapitalien des kleinen Mannes und des Mittelstandes in nicht mehr zu ferner Zeit ein Beharrungszustand eintreten werde, und daß dann eine ziemlich gleichmäßige arithmetische Progression des Lohnfonds stattfinden werde. Andreerseits war Ricardos Annahme falsch, daß die Arbeiterbevölkerung sich immer in geometrischer Progression vermehren werde, und daß darum in ihren Reihen von Zeit zu Zeit eine positive Repression eintreten werde, die ihren Bestand wieder hinter den Lohnfonds zurückwerfe. Auch im Arbeiterstande haben sich die beiden andern obengenannten Hemmnisse der geometrischen Progression schon geltend gemacht, so daß auch bei ihm der geometrische Progressionsfaktor eine stetige Abnahme zeigt.

Ad 5. *Ricardos Grundrententheorie.*

Ricardo hat sich über die Grundrente in doppelter Beziehung ausgesprochen, nämlich:

- a) über das Wesen der Grundrente und
- b) über die Entstehung der Grundrente.

Ad 5a. *Ricardo über das Wesen der Grundrente.*

Die Grundrente war gemäß der großen Bedeutung, die sie in seinem System bildete, einer der wenigen Begriffe gewesen, mit denen sich auch schon der Physiokratismus beschäftigt hatte. Er sah in der Grundrente denjenigen Teil des Erzeugnisses des Grund und Bodens, welcher dem Grundeigentümer für die Benützung der ursprünglichen und unzerstörbaren Kräfte der Natur bezahlt wird. Ricardo sagt mit einer einzigen scheinbar nur kleinen und unbedeutenden Änderung, die Grundrente sei derjenige Teil des Erzeugnisses des Grund und Bodens, welcher dem Grundeigentümer für die Benützung der ursprünglichen und unzerstörbaren Kräfte des Bodens bezahlt wird.

Bei dieser Erklärung der Grundrente ist Ricardo ein doppeltes Unglück zugestoßen:

1. nämlich steht sie im Widerspruch mit seiner sonstigen Lehre, in der er die Natur als Produktionsfaktor ganz leugnet, und auch mit seinen weiteren Ausführungen, nach denen die Grundrente eine Differentialrente ist.

2. zeigt aber seine scheinbar kleine und unbedeutende Abweichung von den Physiokraten, daß er sie gar nicht verstanden hat. Die Physiokraten sahen in dem Grund und Boden den Standplatz für die stoffumwandelnden Kräfte der Natur, der Niederschläge, des Lichtes und der Wärme; diese meinten sie, wenn sie von den unzerstörbaren Kräften der Natur sprachen, die der Grundeigentümer als Eigentümer jenes Standplatzes sich aneigne. Wenn Ricardo von den unzerstörbaren Kräften des Bodens spricht, so meint er damit die ursprünglichen und unzerstörbaren Pflanzennährkräfte des Bodens, indem er der Meinung war, der Reichtum des Bodens an Pflanzennährstoffen sei unerschöpflich und die Pflanzennährstoffe ersetzten sich durch den Verwitterungsprozeß so schnell, daß neben dem Stallung eine weitere Zufuhr von Pflanzennährstoffen nicht nötig sei. Das dem nicht so sei, das wußten die Physiokraten als Landwirte viel zu gut, um im Ricardoschen Sinne von ursprünglichen und unzerstörbaren Kräften des Bodens zu sprechen. Es gibt freilich gewisse Kräfte des Bodens, die bei seiner richtigen Bearbeitung sich nicht zerstören lassen, wie die Fähigkeit des Bodens, Wasser, Wärme und Nährstoffe aufzunehmen, aufzubewahren und im richtigen Verhältnis wieder an die Pflanzen abzugeben, und die Kapillarität des Bodens, d. i. die Fähigkeit, in trockenen Zeiten die Feuchtigkeit aus dem Untergrunde bis zu den Pflanzenwurzeln zu heben. Diese hat aber Ricardo sicherlich nicht gemeint, als er von den unzerstörbaren Kräften des Bodens sprach; denn von ihnen hat er sicherlich noch nichts gewußt.

Ad 5b. *Ricardo über die Entstehung der Grundrente.*

Die Grundrente entsteht nach Ricardo bei landwirtschaftlich benutztem Boden, sobald infolge Anwachsens der Bevölkerung Boden geringerer Güte in Anbau genommen und infolgedessen auf einen Teil des angebauten Bodens mehr Kapital verwendet werden muß als auf

den andern, um der Nachfrage nach Bodenprodukten zu genügen, und zwar entsteht sie deshalb, weil bei einem gewissen Mangel an landwirtschaftlichem Boden, der die Voraussetzung dafür sei, daß man den landwirtschaftlichen Boden zu erweitern oder intensiver auszunutzen trachtet, auch ein Mangel an landwirtschaftlichen Produkten sich bemerkbar machen müsse, und weil dann nach der Wertregel des Unterangebots der Marktpreis der Produkte durch diejenigen Produktionskosten bestimmt werde, welche unter den ungünstigsten Produktionsverhältnissen aufgewendet werden müssen, um die notwendige Menge der Erzeugnisse zu liefern. Bei den Bergwerken und bergwerksähnlichen Betrieben, d. h. allen Betrieben, die sich auf das Okkupieren der Bodenstoffe beschränken, soll nach Ricardo die Entstehung und die Höhe der Grundrente von dem Reichtum und der Lagerung der abzubauenen Produkte und von der Lage des Bergwerks abhängig sein, bei den Gebäudegrundstücken sowie überhaupt bei allen Grundstücken, bei denen nur ihre Tragkraft ausgenutzt wird, endlich nur von der Lage.

Zunächst scheint es, als ob Ricardos Ausführungen über die Entstehung und die Höhe der landwirtschaftlichen Grundrente nur einer ganz kleinen Änderung bedürften, um zu einer richtigen Lehre von der Grundrente zu gelangen; man braucht nämlich nur in den obigen Ausführungen statt Boden geringerer Qualität zu sagen, Boden, der unter ungünstigeren Bedingungen landwirtschaftlich ausgenutzt wird, um für den landwirtschaftlich benutzten Grund und Boden die richtige Vorstellung von der Entstehung der Grundrente zu haben. Sehen wir aber genauer hin, so hat Ricardo von der Entstehung der Grundrente eine ebenso falsche Vorstellung wie von dem Wesen der Grundrente. In bezug auf die Entstehung der Grundrente hat Ricardo zwar richtig erkannt, daß Mangel an Boden einer bestimmten Benutzungsart die Ursache ihrer Entstehung sei, und daß sie eine Differentialrente sei und nicht, wie Adam Smith wollte, eine Monopolrente, ganz falsch aber ist seine Vorstellung über die Reihenfolge in der Wahl der zu bebauenden Böden und ganz falsch die Vorstellung, daß nur die Qualität und Bonität der Böden maßgebend für die Höhe der Bodenrente und damit auch für das Vorhandensein und die Höhe der Grundrente gewesen sei. Was den ersten Punkt, die Reihenfolge in der Wahl der zu bebauenden Böden betrifft, so haben die Landwirte überall nicht den fruchtbarsten Boden zuerst in Angriff genommen — zu seiner Urbarmachung waren sie sogar technisch meist gar nicht fähig — sondern diejenigen Böden, bei denen sie glaubten, den günstigsten Unterschied zwischen dem Erschließungsaufwand und dem Ertrage erwarten zu dürfen, das waren aber meist die Böden mittlerer Bonität. Was den zweiten Punkt, die für das Vorhandensein und die Höhe der Grundrente bestimmenden Momente betrifft, so führt die heutige Wissenschaft deren beinahe zwanzig an, während Ricardo »sage und schreibe« einen kennt. Auf so dürftiger Grundlage baut sich bei ihm ein ganzes System auf. Spärlich sind auch die Momente, welche Ricardo für die Entstehung und Höhe der Rente der Bergwerks- und Gebäudegrundstücke aufzuführen weiß.

Wir haben hier noch ein paar Worte über den Ursprung der Ricardoschen Grundrententheorie zu sagen. Ricardo gibt an, zu seiner Grundrententheorie von Malthus und West angeregt zu sein. Dies ist unwahrscheinlich; denn seine Ausführungen zeigen eine auffallende Ähnlichkeit mit einer fast genau 40 Jahre vorher erschienenen Schrift von Anderson. Ricardo scheint Malthus und West

als Anreger zu seiner Theorie nur deshalb angegeben zu haben, damit man nicht weiter zurückgehe in der Forschung nach seinem Gewährsmann und das Plagiat nicht merke.

Ad 6. *Seine Lehre von der Produktionswilligkeit der Natur.*

In einem ganz anderen Sinne als die Physiokraten kommt Ricardo auf die Abhängigkeit des Menschen von der Produktionswilligkeit der Natur zu sprechen. Er stellt die Behauptung auf, an allen Teilen der Erde könne die Natur gezwungen werden, in einem ausreichenden Maße diejenigen Urprodukte zu liefern, die nach Lage der klimatischen Verhältnisse für die Existenz- und auch die allgemeinsten Anstandsbedürfnisse der Menschen erforderlich seien, und nur die zur Befriedigung der höheren Anstands- und Luxusbedürfnisse erforderlichen Produkte werde sie stets in beschränktem Maße liefern.

Diese Ausführungen stellen die Tatsachen geradewegs auf den Kopf. Sein Satz müßte heißen, wo der Mensch nicht in der Lage ist, den natürlichen Nahrungsmittelspielraum durch den Verkehrsnahrungsmittelspielraum zu vergrößern, da wird er sich nicht stärker vermehren, als daß dasjenige, was er der Natur ab-zuzwingen vermag, zur Befriedigung der Existenzbedürfnisse und der notwendigen Anstandsbedürfnisse ausreiche.

Ad 7. *Seine Quantitätstheorie.*

Die sogenannte Quantitätstheorie Ricardos besagt zweierlei:

1. behauptet sie, daß die Kaufkraft des Geldes im umgekehrten Verhältnis zur Menge des Geldes stehe und demgemäß eine gleichmäßige Bewegung der Preise aller Waren auf eine Änderung in der Menge des Geldes schließen lasse und zwar ein gleichmäßiges Steigen aller Warenpreise auf eine Vermehrung und ein gleichmäßiges Sinken aller Warenpreise auf ein Sinken des Geldvorrates;

2. besagt diese Theorie, daß sich bei vollständigem Freihandel der Geldumlauf von selbst regele. Bei großem Geldvorrat würden auch die Preise hoch sein, das werde die Einfuhr erleichtern und die Ausfuhr erschweren, man werde also eine ungünstige Handelsbilanz haben und diese ungünstige Handelsbilanz werde so lange anhalten, bis der Geldausgleich mit dem Ausland vollzogen sei und die Preise des Inlandes denen des Auslandes gleich seien. Bei geringem Geldvorrat würden auch die Preise niedriger sein, das werde die Einfuhr erschweren und die Ausfuhr erleichtern, man werde also eine günstige Handelsbilanz haben und diese günstige Handelsbilanz werde so lange anhalten, bis der Geldausgleich mit dem Auslande vollzogen sei und die Preise des Inlandes denen des Auslandes gleich seien.

Der erste Teil der Ricardoschen Quantitätstheorie ist zunächst wiederum ein rechter Beweis dafür, auf wie dürftigen Voraussetzungen der Rationalismus die kühnsten Lehrgebäude aufbaute. Ricardo vergißt dabei ganz, jene Geldmenge mit dem Güterumsatz, den sie vermitteln soll, in Verbindung zu bringen; er sagt nichts von dem Einfluß der größeren oder geringeren Regsamkeit des Geldumsatzes, nichts von der Ergänzung der Geldmenge durch Geldsurrogate wie Banknoten und

Wechsel, nichts endlich von dem Einfluß des Buch- und Übertragungsverkehrs. Mögen die Verhältnisse auch zur Zeit von Ricardo noch einfacher gewesen sein als heute, bemerkbar gemacht haben sich sicherlich schon alle die hier genannten Einflüsse, und gerade hier hätte Ricardo seine praktische Bewanderung in diesen Sachen zur Geltung bringen können; statt dessen begegnet uns gerade hier wieder eine so außerordentlich dürftige Grundlage der Beweisführung.

Auch beim zweiten Teil müssen wir zunächst wieder unsere Verwunderung über die überaus dürftige Beobachtung aussprechen. Nach Ricardo ist also Handelsbilanz noch identisch mit Zahlungsbilanz; das war in dem damaligen England sicherlich nicht mehr der Fall. Vermögen ferner kapitalarme Länder immer so gut, wie Ricardo es hier schildert, Kapitalien an sich zu ziehen? Sollen wir ferner aber wirklich, sofern es möglich wäre, so stillschweigend uns das Geld vom Ausland durch den freien Außenhandel abziehen lassen? Das mag vielleicht noch hingehen, wenn zwei Länder von alter Kultur miteinander in Handelsverbindung treten. Wie aber, wenn ein altes Kulturland mit Neuländern in Handelsverbindung tritt? Soll es sich von jenen so lange sein Geld abziehen lassen, bis die Preise zwischen beiden Ländern ausgeglichen sind?

An die Ricardosche Quantitätstheorie schloß sich ein großer bankpolitischer Streit an, der sich in drei Stadien abspielte; diese waren:

- a) die Currenctheorie,
- b) das Fullartonsche Prinzip,
- c) das gegenwärtige kontinentale System.

Ad 7a. *Die Currenctheorie.*

Die Currency, d. i. die Zirkulationstheorie, deren erster Autor nicht nachweisbar ist, besagt, die von Ricardo dargestellte automatische Regelung des Geldumlaufs durch den freien Außenhandel vollziehe sich nur so lange, wie nur Hartgeld in einem Lande umlaufe; sie unterliege aber absichtlichen Einwirkungen, die bekanntlich nach dem liberalen Rationalismus immer nur Unglück anrichten können, in einem Lande mit gemischter Zirkulation, d. h. in einem Lande, in dem neben Hartgeld auch noch Banknoten umlaufen. Die Menge der letzteren kann nach der Currencytheorie von der emittierenden Bank willkürlich geregelt werden. Gebe nun die emittierende Bank Noten in solchem Umfange aus, daß der Gesamtumlauf an Geldmitteln (Hartgeld und Banknoten zusammen) den Bedarf an Umlaufmitteln zur Bewältigung des Güterumsatzes übersteige, so würde das Geld entwertet werden, also die Preise steigen und eine ungünstige Handelsbilanz eintreten, d. h. Geld ins Ausland abfließen. Da nun nach dem Grashamschen Gesetz das schlechtere Geld das bessere ins Ausland treibe, so werde Hartgeld abfließen, bis die Preise entweder durch Abfließen von Hartgeld oder die Zurückziehung der Banknoten wieder ausgeglichen seien. Diese Zurückziehung der Banknoten aber werde nicht erfolgen, wenn sie nicht erzwungen werde; denn einerseits mache eine Notenbank mit der Ausgabe von Banknoten ein gutes Geschäft und werde die einmal ausgegebenen Banknoten nicht ungedrungen vom Markte zurücknehmen,

sodann aber werde die Produktion selbst zur Aufrechterhaltung der Preise die Bank zu immer weiterer Ausgabe von Banknoten drängen. So werde der fehlende Geldbetrag immer wieder durch einen Notennachschub gedeckt werden und immer mehr Hartgeld abfließen. Dies werde so lange gehen, bis endlich das Mißverhältnis zwischen Hartgeld und Notenumlauf das Mißtrauen der Geschäftswelt wachrufe, dann werde die Krisis da sein.

1825 kam die erste Krisis, die freilich mit der Notenausgabe nichts zu tun hatte, ihr aber zugeschrieben wurde. Gegen 1820 hatte England sich endlich von den Nachwehen der Napoleonischen Kriege erholt. 1819 hatte die Bank von England ihre Zahlungen wieder aufnehmen können. Eine hoffnungsvolle Stimmung bemächtigte sich aller Kreise; bald wurden die günstigen Verhältnisse, wie das so zu kommen pflegt, überall überschätzt, und so kam es zur ersten Krisis. Die Currencytheoretiker liefen zum erstenmal Sturm gegen die Bank von England; doch diese, verteidigt von so einsichtigen Männern wie Took, wehrte den Sturm noch einmal ab. Allmählich besserten sich die Verhältnisse, und auch die Currencytheoretiker beruhigten sich wieder. Da kam wieder als eine Folge der Überschätzung der günstigen Konjunktoren die große Krise von 1838. Über 300 Handelshäuser in London und beinahe 800 Handelshäuser in der Provinz machten Bankerott. Jetzt war kein Halten mehr. Das böse Corn Law und die böse Bank von England waren an allem schuld. Die nächsten Parlamentswahlen wurden unter diesen beiden Parolen abgehalten. Die Wähler sprachen sich für diese Parolen aus, und so erfolgte 1842 zugleich die Milderung des Corn Law (1846 die Aufhebung) und die Peelsche Bankakte. Die letztere erlaubt der Bank nur einen bestimmten Betrag bankmäßig gedeckter Noten auszugeben, die übrigen müssen bar gedeckt sein. Die Politik hat sich nicht bewährt. Dreimal (1847 Kartoffelkrankheit in Irland, 1857 Krimkrieg, 1866 Baumwollkrisis infolge des nordamerikanischen Bürgerkrieges) hat das Parlament das Gesetz suspendieren müssen.

Ad 7b. *Das Fullartonsche Notenrückströmungsprinzip.*

Das Fullartonsche Notenrückströmungsprinzip besagt, die Currencytheorie habe recht für die Staatsnoten überhaupt und für die Banknoten, wenn sie willkürlich ausgegeben würden, wenn also Staatsnoten überhaupt nicht oder nur in einem festbegrenzten Umfange, Banknoten aber nur zum Zwecke der Kreditgewährung, d. h. also, wenn nicht gegen Bardeckung, dann nur gegen bankmäßige Deckung ausgegeben werden dürften, und wenn außerdem noch eine Einlöschungspflicht für die Noten bestände, dann seien die von den Currencytheoretikern behaupteten Gefahren undenkbar.

Ad 7c. *Das gegenwärtige kontinentale System.*

Das gegenwärtige kontinentale System besagt, daß einerseits die starre Begrenzung der Notenausgabe undurchführbar sei, und daß ihre Suspendierung erst recht Unruhe und Mißtrauen hervorrufen müsse, daß es aber mit den Fullartonschen Vorschlägen auch nicht gemacht sei. Die beiden ersten Vorschläge seien sehr gut und unanfechtbar, der dritte aber nicht ausreichend; es nütze nichts, der Bank die Einlösungsverpflichtung aufzuerlegen, wenn nicht schon in normalen Zeiten Vor-

kehrungen getroffen seien, die Möglichkeit dieser Verpflichtung auch in kritischen Zeiten zu sichern. Als solche sind jetzt allgemein akzeptiert: 1. die Verpflichtung der Bank, einen gewissen Prozentsatz der Banknoten bar gedeckt zu halten, 2. die Erschwerung der Ausgabe nur bankmäßig gedeckter Noten über einen bestimmten Betrag hinaus.

Ad 8. *Seine Lehre von dem Nutzen des freien Außenhandels.*

Seine Lehre von dem Nutzen des freien Außenhandels gipfelt in dem Satz: »Unter dem Zeichen des freien Außenhandels produziert jedes Land diejenigen Produkte, die es mit dem größten Nutzen produziert, und verzichtet auf die Produktion derjenigen Güter, die es mit geringerem Nutzen oder mit Schaden produzieren würde.

Die Empfehlung des freien Außenhandels durch Ricardo hatte einen außerordentlichen Erfolg.

1. Zuerst befolgte Preußen auf dem Gebiete des Außenhandels die Politik des Liberalismus. Wenn sich nämlich die Reaktion auch seit 1815 in Preußen geltend machte, so geschah dies doch nicht auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik; denn damals exportierten die ostelbischen Großgrundbesitzer noch; wer aber exportiert, der ist in der Wirtschaftspolitik nicht antiliberal. Die Etappen des Überganges zum Freihandel waren die folgenden:

a) 1818. Preußen verlegt für die östliche und die westliche Staatshälfte alle seine Zölle an die Grenze und ordnet für die östliche und die westliche Hälfte das Zollwesen zwar noch getrennt, jedoch so, daß Waren aus dem einen Teil keinen Zoll in dem andern zahlen. Die neue Zollordnung kannte zwar noch alle Arten von Grenzzöllen, also nicht nur Ein- sondern auch Aus- und Durchfuhrzölle, war auch in ihren Sätzen nach den heutigen Begriffen noch hoch, aber niedrig, wenn man die Sätze mit den früher geltenden verglich. Für den Osten war die Regelung insofern sehr nachteilig, als die Waren aus dem Westen zollfrei hinein konnten. Der deutsche Westen hatte unter dem Schutze der Kontinentalsperre eine blühende Industrie entwickeln können. Ihr wurde jetzt der deutsche Osten ausgeliefert; so wurden dort die Keime jeder Industrie wieder zerstört.

b) 1822. Preußen regelt das Zollwesen für die östliche und die westliche Staatshälfte gleichmäßig, und zwar noch liberaler als 1818. Die englische Konkurrenz macht sich zudem geltend. Alle Versuche des deutschen Ostens, eine Industrie zu beleben, werden so immer wieder unterdrückt.

c) 1829. Preußen und Hessen-Darmstadt schließen einen Zollverein, dem 1831 auch Kurhessen beitrifft, womit die Verbindung zwischen den beiden Staatshälften Preußens fast hergestellt ist. Der preußische Zolltarif wird akzeptiert.

d) 1833. Abschluß des preußisch-deutschen Zollvereins, nachdem Preußen einige protektionistische Konzessionen an die süddeutschen Staaten gemacht hat.

2. Als zweiter Staat betrat England selbst die Fußstapfen des freien Außenhandels: die Hauptetappen sind

a) 1822. Die Zollreformen unter Canning und Huskisson erstrebten eine allgemeine Vereinfachung und Herabsetzung des Tarifs zur Erleichterung des Verkehrs und zur Verbesserung der Lage der unteren Klassen durch Verbilligung der allgemeinen Konsumgegenstände. Doch erklärte die Begründung der Vorlagen, ganz entsprechend der englischen Art, auch die radikalsten Reformen allmählich einzuführen, daß man sich vor jeder Überschätzung hüten und darum die Reformen auf das Notwendigste beschränken müsse. Die englischen Reformen kamen

98 Neuntes Kapitel. Die klassische Schule unter dem Einfluß der Malthusschen Lehre.

darum auch zunächst den freihändlerischen Wünschen bei weitem nicht in dem Maße entgegen wie die preußischen. Es bestanden nicht nur alle Arten von Grenzzöllen in ziemlich hohen Sätzen, es bestanden sogar noch Ein- und Ausfuhrverbote, und der Getreidehandel wurde, wie wir an anderer Stelle sahen, von der Reform gar nicht berührt.

b) 1832. Die Schutzzölle wurden stark herabgesetzt, die Einfuhrverbote in ziemlich hohe Einfuhrzölle umgewandelt, ebenso die meisten Ausfuhrverbote in ziemlich hohe Ausfuhrzölle; doch blieben noch einige Ausfuhrverbote bestehen. Der Getreidehandel wurde auch von dieser Reform nicht berührt.

c) 1842. Die Schutzzölle wurden noch mehr herabgesetzt, alle Verbote aufgehoben. Der Getreidehandel wurde zum erstenmal von der Reform auch berührt.

d) (1845), 1846 (1849) (1854). Alle Schutzzölle werden beseitigt, auch die Getreidezölle bis auf einen kleinen Rest.

Zehntes Kapitel.

Die klassische Schule unter dem Einfluß der Malthusschen Lehre.

Zweiter Teil.

Schluß.

§ 34. Übersicht der übrigen Vertreter der klassischen Schule.

Wenn wir uns darauf beschränken, unter den übrigen Vertretern der klassischen Schule nur die bedeutendsten hervorzuheben und das große Heer der jeder Originalität entbehrenden Nachbeter hier ganz übergehen, so wären als solche zu nennen:

- a) in England James Mill (1775—1836), John Ramsay Mac Culloch (1779—1864), Robert Torrens (1780—1864) und Nassau William Senior (1790—1864);
- b) in Frankreich Jean Baptiste Say und Eugène Daïre, Frédéric Bastiat, Michel Chevalier, Courcelle Seneuil, Léon Say, Maurice Block und Albert Schatz;
- c) in Deutschland Karl Heinrich Rau, Julius Wolf, Heinrich Dietzel und Karl Richard;
- d) in Italien Augusto Montanaris;
- e) in Amerika Amasa Walker, Francis Perry, Francis A. Walker, Simon Newcomb, Francis Washington Taussig und Arthur Francis Hadley.

§ 35. Die Engländer James Mill, John Ramsay Mac Culloch, Robert Torrens, Nassau William Senior.

a) James Mill legte in seinen »Elements« (1821) das Ricardosche System genau, knapp und gewandt dar.

b) Mac Culloch hat die Engländer mit Jean Baptiste Say vertraut gemacht und die Ricardosche Lehre vertieft durch den Ausbau der Lohntheorie und der Grundrententheorie und durch Beibringung statistischen und historischen Materials.

c) Robert Torrens war der Führer des rechten Flügels der Freihandelspartei zur Zeit des Kampfes um die Bankgesetzgebung und die Korngesetze. Bald nach Ricardos Tode hatte sich diese Partei nämlich gespalten in bezug auf die Frage der Tarifautonomie. Ihr linker Flügel führte aus: England könne kein Bedürfnis haben, mit andern Staaten Zolltarifverträge abzuschließen. Derartige Verträge könnten die andern Staaten nur auf den Gedanken bringen, als seien etwa bestehende Schutzzölle gerade England unangenehm, wodurch die Staaten höchstens sich bewogen fühlen könnten, an diesen Schutzzöllen gerade England gegenüber krampfhaft festzuhalten. England müsse vielmehr durch sein Verhalten den Beweis geben, daß derartige Zölle von den Konsumenten der Zoll erhebenden Staaten selbst getragen würden und darum in letzter Linie darauf hinausliefen, den Konsumenten, d. h. den unteren Volksklassen den Lebensunterhalt zu verteuern. Eng-

land könne es deshalb nur zweckdienlich sein, wenn jene Staaten den nutzlosen Kampf gegen seine alle Konkurrenz von vorneherein ausschließende Industrie durch Schutzzölle aufnähmen, dadurch würde der standard of life der unteren Klassen dieser Länder herabgedrückt, was einer allgemeinen Herabsetzung des wirtschaftlichen Niveaus jener Völker gleichkomme. Wie hoch also ein Land seine Zölle schraube, könne England ganz gleichgültig sein. Nur das müsse man vermeiden, daß England gegenüber höhere Differentialzölle erhoben würden, das beeinträchtige der großen Chikanen wegen sehr den Handel. Das vermeide man aber, indem man den andern Ländern jeden Grund zu gereizter Stimmung England gegenüber nehme. England könne darum ganz einseitig an seinem Freihandelssystem festhalten, es könne ihm in jeder Beziehung nur vorteilhaft sein, wenn die übrigen Staaten seinem Vorbilde nicht folgten. Dann könne es aber sein Ziel der Zolltarifvereinfachung am kürzesten dadurch erreichen, daß es auf jeden Zollvertrag verzichte und nur einen allgemein giltigen Zolltarif aufstelle. Alle diese Anschauungen teilte der rechte Flügel der englischen Freihändler nicht; er versprach sich vielmehr erst von einer Verallgemeinerung der Freihandelstheorie einen Vorteil für England. Gingen die anderen Staaten zum Schutz Zoll über, so würde das nicht nur jene Staaten selbst sondern auch England schädigen, und zwar in doppelter Weise. Erstens sei auch eine mangelhafte Konkurrenz schädlich, ja häufig noch schädlicher als eine gesunde, lebenskräftige, da sie im internationalen Handel den ganzen davon betroffenen Industriezweig schädigen könne, und zweitens verlören jene Länder durch Herabsetzung des standard of life an Kaufkraft. Darum müsse man sich solche Zölle vorläufig noch vorbehalten, deren Höhe jenen zum Schutz Zollsystem neigenden Staaten unangenehm sei, ohne daß sie doch England speziell schädigen könnten. Solche Zölle ließen sich im besondern auf dem Gebiete des Massenluxusses leicht finden. Man solle dann jene Staaten England gegenüber zur Befolgung des Freihandelsprinzipes dadurch zwingen, daß man ihnen eine Herabsetzung gerade dieser Zölle erst dann in Aussicht stelle, wenn sie die für England unangenehmen Schutzzölle wenigstens England gegenüber vertragsmäßig herabgesetzt hätten. Dann könne man später noch immer zur Wahrung der Einfachheit des Tarifes den betreffenden Tarifsatz jetzt allgemein herabsetzen; denn der hohe Tarifsatz habe ja nun seine Aufgabe erfüllt und sei nun nicht mehr nötig. Diese von Torrens verfochtenen Ideen wurden von Peel, Gladstone und Cobden akzeptiert.

d) Nassau William Senior. Mit scharfer Durchbildung der Begriffe und logischer Schärfe, die bei ihm nicht bloß, wie bei Ricardo, eine äußerliche Form ist, baute er eine rationalistische Volkswirtschaftslehre auf den folgenden vier Axiomen auf:

1. daß jeder Mensch mit möglichst geringen Opfern möglichst große Befriedigung seiner Bedürfnisse erstrebe,
2. daß die menschliche Fortpflanzungskraft nur von physischen Gebrechen, moralischem Pflichtgefühl und Standesbesorgnissen gezügelt werde,
3. daß die Macht der Arbeit und der Produktionsmittel durch Benutzung der Produkte zu neuer Produktion ohne Grenzen gesteigert werden könne,
4. daß vermehrte Arbeit und vermehrter Produktionsaufwand, verwendet auf eine gegebene Ackerfläche, im allgemeinen einen geringeren Ertrag liefert (Gesetz des abnehmenden Bodenertrages, das aber schon Turgot aufgestellt hatte).

Den Smith-Ricardoschen natürlichen Tauschwert nennt er als erster Kostenwert, die Ricardosche Quantitätstheorie vertieft er durch den Hinweis auf die Bedeutung der Schnelligkeit des Geldumlaufs, zu Ricardos Lehre von der Verteilung des Tauschwertes bemerkt er, Kapital und Lohn brauchten nicht immer im Gegensatz

zueinander zu stehen. Für den Arbeitslohn stellt er die Formel auf $\frac{W \cdot F}{N \cdot O \cdot W}$, d. h. Wages-Fund: Number of work men; doch erfordere gute Arbeit gute Löhne. Zu Ricardos Grundrententheorie bemerkt er, sie sei nur so lange richtig, wie der Stand der landwirtschaftlichen Betriebsweise unveränderlich bleibe.

§ 36. Die Franzosen Jean Baptiste Say, Eugène Daïre, Frédéric Bastiat, Michel Chevalier, Courcelle Seneuil, Léon Say, Maurice Block, Albert Schatz.

1. Jean Baptiste Say. (Vgl. auch § 29 III B ad b das Kleingedruckte an beiden Stellen.)

Jean Baptiste Say sucht die Freihandelslehre durch die Theorie der Absatzwege zu begründen. Im internationalen Handel würden Waren nur mit Waren gekauft, das Geld spiele dabei nur eine Vermittlerrolle; wer verkaufen wolle, müsse darum auch kaufen. Handelsbilanzen müßten sich immer ausbalanzieren. Die Herausrechnung positiver oder negativer Handelsbilanzen müsse notwendig auf einem Irrtum beruhen. Falsch sei darum auch der Satz, daß der Gewinn des einen immer mit dem Verlust des anderen erkaufte werden müsse. Aus der Theorie der Absatzwege leitet er auch die Unmöglichkeit einer allgemeinen Überproduktion her, weil Überproduktion in einem Gebiete doch immer nur möglich sei, wenn andere Gebiete nicht genug Waren zum Kaufen hätten.

2. Eugène Daïre.

Eugène Daïre gab in der Guillauminschen »Collection des principaux économistes« die »Physiocrates« (2 Bde., Paris 1846) heraus, war Begründer und erster Vorsitzender der 1842 begründeten Société d'économie politique. Sein Nachfolger war Bastiat.

3. Frédéric Bastiat.

Das Hauptwerk von Bastiat (1801—1850), einem jener Politiker, die mit Feuer und Flamme in ihren Ideen aufgehen und sich darum früh selbst aufreiben, sind die in seinem Todesjahr erschienenen Harmonies économiques, in denen er dem in der klassischen Schule eingerissenen Pessimismus zum Trotz noch einmal den Beweis zu erbringen versucht, daß das ganze volkswirtschaftliche Getriebe sich in schönster Harmonie¹ abspielen müsse, sofern man nur überall dem Prinzip des »laissez faire et laissez passer« folgt. Der Pessimismus war, wie wir wissen, in dreifacher Weise in die klassische Schule eingedrungen, durch die Bevölkerungslehre, durch die Lohntheorie und durch die Grundrententheorie. Diese drei Theorien bilden deshalb die pièces de résistance der Bastiatischen Lehre. Sie sucht er zu widerlegen, um darzutun, daß bei

¹ Als erster hat den Gedanken der Harmonie der Interessen Bernard de Maudeville in einem 1706 erschienenen Flugblatt »Table of the Bees« ausgesprochen, indem er sie aus dem natürlichen Ineinandergreifen der Handlungen der Menschen in einer auf Arbeitsteilung beruhenden Gesellschaft erklärte.

einer Befolgung des Prinzips des *laissez faire et passer* sich alles in schönster Harmonie abspielen werde. Der pessimistischen Bevölkerungslehre stellt er seine Assoziationstheorie gegenüber. Je dichter die Bevölkerung werde, desto mehr könne man sie in großen Betrieben nach dem Prinzip der Arbeitsteilung beschäftigen, desto einträglicher werde sich die menschliche Arbeit erweisen, desto mehr der Nahrungsmittelspielraum wachsen. Der Nahrungsmittelspielraum werde also bei wachsender Bevölkerung hinter dem Anwachsen der Bevölkerung nicht nur nicht zurückbleiben sondern ihm sogar vorauslaufen, so daß also die Bevölkerung immer wohlhabender werden würde, je mehr sie anwachse.

Das ist richtig und durch die gegenwärtige Beobachtung bestätigt, widerlegt aber doch Malthus in keiner Weise. Was nämlich Bastiat hier ausführt, bezieht sich nur auf die Veredelungsproduktion, also nur auf die Hebung des Verkehrs- nahrungsmittelspielraums; hier stehen der von Bastiat geschilderten Entwicklung zwei außerordentlich wichtige Momente hemmend entgegen, die Erschwerung der personalen und maschinellen Arbeitsteilung durch die zeitliche Arbeitsteilung und das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages. Malthus aber hatte nur auf das Mißverhältnis zwischen der Bevölkerungszunahme und der Zunahme des natürlichen Nahrungsmittelspielraums hingewiesen; er hatte wohl gewußt, daß man dies Mißverhältnis vorübergehend sogar reichlich durch Einschlebung des Verkehrs- nahrungsmittelspielraums ausgleichen könne; er hatte aber auch auf die Gefahren hingewiesen, die es mit sich bringen könne, sich auf den Verkehrs- nahrungsmittelspielraum allzusehr zu verlassen und einzurichten.

Gegen die Ricardosche Lohntheorie und gegen seine Ausführungen, daß die Interessen der Unternehmer und Arbeiter immer entgegengesetzte seien, führt er aus, die Interessen der Unternehmer und Arbeiter gingen Hand in Hand. Seien auch nur kurze Zeit die Anteile der Unternehmer und Kapitalisten am Produktionsertrage etwas günstiger als die der Arbeiter, so müsse damit auch der Lohnfond stärker wachsen, damit die Nachfrage nach Arbeitskräften sich wieder steigern und damit der Lohn wieder steigen.

In bezug auf den dritten Punkt weist Bastiat zunächst darauf hin, daß Ricardo in der Art, wie er das Wesen der Grundrente erklärt, sich mit seiner ganzen übrigen Lehre in Widerspruch setze, dann aber erklärt er, beim vollständigen Durchdringen des Prinzips des »*laissez faire et passer*« könne es weder bei der Bodenrente noch bei der Kapitalrente eine Monopol- oder Differentialrente sondern stets nur eine Arbeitsrente geben, speziell also bei der Bodenrente würde der Teil fortfallen, den man mit Grundrente zu bezeichnen pflege. Gestatte man insbesondere auch dem Auslande vollständig freie Konkurrenz, so würden alle Waren immer nur nach dem Gesetz des voll ausreichenden Angebots bewertet werden, d. h. der Tauschwert derjenigen Waren würde maßgebend sein, die unter den günstigsten Bedingungen angeboten würden. Allen Kapital- und Bodenbesitzern würde also nur die im Kapital in-

vestierte und angesammelte mitarbeitende Arbeit bezahlt, aber niemals würden sie eine Differential- oder Monopolrente für die Mitarbeit ihres Grund- und Bodens erhalten. Es würde damit die Forderung erreicht sein, daß der Tauschwert der Waren überhaupt nur dem Wert der geleisteten Arbeit gleichkommen solle. Alles dies aber sei, wie schon Adam Smith richtig gesagt habe, dadurch erreicht, daß der Eigennuß durch die freie Konkurrenz gezügelt sei.

Außer in diesen drei großen Hauptlehren weicht Bastiat noch in zwei anderen Punkten von der herrschenden Lehre des Klassizismus ab. Der Tauschwert eines Gutes, sagt er, entspricht nicht dem Kostenwert des Gutes sondern dem Kostenwert an Aufwendungen, den sein Besiß unerspart, was Carey später kürzer ausdrückt »mit den Reproduktionskostenwert«.

Die Careysche Lehre ist früher aufgestellt als die Bastiatsche. Man könnte darum versucht sein, die Bastiatsche für ein Plagiat der Carreyschen zu halten; dagegen spricht der Umstand, daß Bastiat den Ausdruck Reproduktionskostenwert noch sehr unbeholfen umschreibt. Wäre die Careysche Arbeit schon in Europa bekannt gewesen, hätte er doch den Ausdruck einfach übernommen. Wir haben hier also den Fall, daß zwei Gelehrte unabhängig voneinander ungefähr zur gleichen Zeit auf denselben Gedanken kommen.

Der zweite Punkt, in dem Bastiat von der herrschenden Lehre des Klassizismus abweicht, betrifft den Begriff »produzieren«. Während die herrschende Schule unter produzieren *survaleurs* schaffen verstand, definiert er produzieren als Erzeugen von Brauchbarkeiten und sieht den Reichtum eines Volkes nicht in der Summe seiner Tauschwerte sondern in der Summe seiner Brauchbarkeiten, weißt auch auf den großen Unterschied zwischen beiden Auffassungen hin.

Auch hier stimmt er wieder mit Carey überein und hat ihn dieser auch geradewegs des Plagiats bezichtigt; und doch ist es erwiesen, daß er den Gedankengang nicht von diesem entlehnt hat. Er gibt als Gewährsmann seiner Auffassung selbst einen noch zu besprechenden französischen Schriftsteller Dunoyer an, der vor Carey schrieb, und es ist erwiesen, daß er an diesen und nicht an Carey sich anlehnte. Carey ist auf die Idee selbständig gekommen, das sieht man aus seiner Begründung, die von der Dunoyers vollkommen abweicht und echt amerikanisch ist.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß Bastiat in dem besten Teil seiner Ausführungen die Institution des Privateigentums an mobilen und immobilien Produktionsmitteln gegen die Angriffe der Sozialisten außerordentlich geschickt verteidigt.

Unmittelbar nach ihrem Erscheinen waren die wirtschaftlichen Verhältnisse für eine Wirkung der Bastiatschen Schriften und ihre Verbreitung nicht besonders günstig — der hungernde Magen ist immer sehr zu Protektionismus geneigt, während der volle Magen Ellbogenweite wünscht; damals aber hungerten sehr viele Magen —, als aber im Beginn der sechziger Jahre das wirtschaftliche Leben überall wieder aufblühte, da drangen die außerordentlich einschmeichelnd geschriebenen Lehren in Theorie und Praxis noch einmal überall durch, und dem Liberalismus war noch einmal eine kurze Nachblüte gewährt. In England unter-

stützte Bastiats Schrift Cobden in seinen Bestrebungen ganz außerordentlich, in Frankreich gewann durch sie Hausmann, der wirtschaftliche Berater Napoleons III., diesen für den Freihandel, und es kam durch die Vermittlung von Hausmann und Cobden der erste internationale Handelsvertrag mit Tarifbindung und Meistbegünstigung zustande, in dessen Motiven es ausdrücklich heißt, es müsse das Bestreben der im Handelsverkehr stehenden Staaten sein, durch Darlegung ihrer Interessen sich gegenseitig möglichste Konzessionen zur Erleichterung des Warenaustausches zu machen, um durch Ermäßigung einzelner Zölle auf hauptsächlichste Ausfuhrartikel des anderen Landes Begünstigungen für diejenigen eigenen Waren zu erzielen, die einen hauptsächlichlichen Exportartikel nach dem anderen ausmachen; denn der merkantilistische Satz, daß der Nutzen des eigenen Landes nur durch die Schädigung des fremden erkauft werden könne, sei vollkommen verkehrt. In Deutschland übersetzt Prince Smith, aus einer rheinländischen Familie, die zur Zeit der Kontinentalsperre aus England eingewandert war, Bastiats Schrift ins Deutsche, lehnt Max Wirth seine 1856 erscheinenden »Grundzüge der Nationalökonomie« ganz eng an Bastiat an, entlehnt Schulze-Delitsch in seiner Agitation für das Genossenschaftswesen ungemein viele Argumente aus der Bastiatschen Assoziationstheorie, wird das Bastiatsche Buch die Bibel der Freihandelspartei, die unter Führung der drei schon genannten Männer sowie auch von Michaelis und Faucher jährlich einmal zu Kongressen zusammentrat und in der »Vierteljahrsschrift« sowie in der Presse, in Wort und in Schrift, die alten Zoll- und Gewerbebeschränken, sowie alle politische Bevormundung der Produktion aufs eifrigste bekämpfte, werden König Wilhelm I. von Preußen und sein Minister Bismarck — der ostelbische Großgrundbesitzer exportierte damals noch immer und war darum in wirtschaftlichen Fragen noch immer liberal — von dem Minister Delbrück wieder für den von Preußen seit ungefähr zwanzig Jahren verlassenen Freihandelsgedanken gewonnen, wird darum zwischen Deutschland und Frankreich mit Gültigkeit vom 1. Januar 1866 ein ganz liberaler Handelsvertrag abgeschlossen, wird der Zollverein von 1866 an wieder auf ganz liberalen Grundsätzen basiert, wird endlich die Gewerbeordnung wieder eine ganz liberale, was sich darin ausspricht, daß die Zünfte wieder zu privatrechtlichen Institutionen herabgedrückt werden, und daß nur noch für zwei Gewerbe der Befähigungsnachweis gefordert wird.

4. Michel Chevalier.

Er wurde nach Bastiats Tode Vorsigender der Société d'économie politique, hatte große Verdienste um das Zustandekommen des englisch-französischen Handelsvertrages vom Jahre 1860. Ursprünglich Saint Simonist und scharfer Gegner des Liberalismus wurde er zu einem Paulus. Sein »Cours d'économie politique« brachte tüchtige Abhandlungen über Geld, Banken und Eisenbahnen, für deren Verstaatlichung er merkwürdigerweise eintrat, dagegen unbedeutende und ganz selbständige Abhandlungen über die theoretische Nationalökonomie.

5. Courcelle Seneuil.

Er übernahm nach Chevaliers Tode 1879 den Vorsitz der Société d'économie politique. Er brachte ganz im Sinne von Ricardo und Senior für die Franzosen die klassische Lehre in ein streng logisches System. Er versuchte auch eine höchst sonderbare Neueinteilung der Volkswirtschaftslehre, die aber keinen Anklang fand.

6. Léon Say.

Er hat auf dem Gebiete der Finanzwissenschaft Bedeutendes geleistet, auf dem Gebiete der Volkswirtschaftslehre begnügte er sich mit einer erweiterten Ausgabe des Werkes seines Großvaters. Er ist Vorsigender der Economie politique.

7. Maurice Block.

Er ist in Berlin geboren und hieß ursprünglich Moritz Bloch. Seine talmudistisch geschulte Haarspalterei und sein Sarkasmus verschafften ihm in der Société d'économie politique schnell ein wissenschaftlich durchaus unverdientes Ansehen.

8. Albert Schatz.

In seinem 1907 erschienenen Werke *L'individualisme économique et social* unterscheidet er zwischen Liberalismus und Individualismus und charakterisiert beide folgendermaßen: Der Liberalismus preist die Freiheit als Selbstzweck des wirtschaftlichen Lebens, für den Individualismus ist die Freiheit nicht der Selbstzweck sondern nur ein Mittel zur möglichsten Vervollkommnung der Individuen. Der Liberalismus schafft einen Gegensatz zwischen Staat und Individuum, der Individualismus braucht, weil die Freiheit ihm nicht Selbstzweck sondern nur ein Mittel zum Zweck ist, die Freiheit nicht in dem Maße zu betonen, wie der Liberalismus; er verlangt darum wirtschaftliche Freiheit des Individuums vom Staate nur soweit, als der Zweck der Freiheit, die möglichste individuelle Vervollkommnung des Individuums, dies heischt. Die radikalen liberalen Forderungen des Liberalismus haben diesen kompromittiert, die gemäßigten liberalen Forderungen des Individualismus sollen und werden dem gemäßigten Liberalismus wieder neue Anhänger zuführen. Für den individualistischen Liberalismus stellt Schatz im Sinne seines Lehrmeisters Deschamps zunächst philosophische, d. h. psychologische und ethische Leitsätze, die uns an dieser Stelle nicht interessieren, dann aber auch volkswirtschaftliche Leitsätze auf. Als ersten Leitsatz stellt Schatz die Notwendigkeit einer sozialetischen Erziehung auf, weil nur durch sie ein sozialpolitisches Eingreifen des Staates zugunsten der unteren Volksklassen werde verhindert werden können. Nur dort, wo die oberen Volksklassen aus sich heraus ihrer Pflichten gegen die unteren Volksklassen sich bewußt werden und von diesem sozialen Bewußtsein in ihren wirtschaftlichen Handlungen sich lenken lassen, werde eine die individuellen Freiheiten einschränkende Sozialpolitik nicht nötig werden. Ein solcher Individualismus sei keineswegs identisch mit dem Eigennutz sondern ein durch Altruismus und Gemeinsinn auf das berechtigte Maß zurückgeführter Egoismus, der zur freien, nicht zur zwangsweisen Vergesellschaftung führe. Während der Liberalismus allen Organisationen den Krieg erklärte, will der Individualismus die freien Organisationen fördern. Die freien Organisationen vernichten nicht die freie Konkurrenz an sich sondern nur ihre Auswüchse, die Ziellosigkeit und die Unübersichtlichkeit. Die freien Organisationen bekämpfen nicht das Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben, sie unterwerfen sich im Gegenteil gern der Aufsicht des Staates insofern, als, wie der Liberalismus einmal richtig sagte, bei den Organisationen die Gefahr droht, daß sie nach einer Monopolstellung ringen, und eine obere Instanz vorhanden

sein muß, die diesen Mißbrauch der Organisationen verhindert; sie verlangen aber vom Staate, daß seine Staatsaufsicht nicht weiter geht, als die Verhinderung dieses Mißbrauches es fordert, und daß er vor allen Dingen die Organisationen nicht hindert, für das Individuum ein Mittel zur möglichst individuellen Vervollkommnung zu sein; denn gerade das können und müssen die freien Organisationen sein ¹.

§ 37. Die Deutschen Karl Heinrich Rau, Julius Wolf, Heinrich Dietzel, Karl Richard.

1. Karl Heinrich Rau.

1. Rau (1792—1870) wurde zu Erlangen geboren, studierte daselbst, habilitierte sich dort schon im Alter von 20 Jahren, wurde daselbst 24jährig außerordentlicher und 26jährig ordentlicher Professor der Staatswirtschaft, nahm 1822 einen Ruf nach Heidelberg an und verblieb dort bis zu seinem Tode.

Er ist der einzige bedeutendere Nationalökonom der klassischen Schule, der sehr viel von merkantilistischer und eudämonistischer Eigenart der Darstellung bewahrt hat, zudem ist er auch der gemäßigte Vertreter der klassischen Schule. Wenn er darum auch, ebenso wie Adam Smith, sein System als das allein berechtigte und naturgemäße hinstellt, wenn er auch gleich jenem die Volkswirtschaft als ein Aggregat von Privatwirtschaften auffaßt, so hat er doch einen viel tieferen Einblick in die psychologischen Vorgänge des Wirtschaftslebens und erklärt sie nicht allein aus dem Eigennutz, so redet er doch dem Prinzip des *laissez faire et passer* durchaus nicht das Wort sondern hält unter Umständen, wenn auch gemäßigt, im Sinne der merkantilistischen Bevormundungspolitik ein Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben, freilich mit möglichster Schonung der individuellen Interessen, durchaus für wünschenswert und notwendig. Weil aber vom Eudämonismus zu seinem Rationalismus so vielfache Brücken hinüberführen, verliert er sich auch niemals in so rein theoretische Deduktionen, wie der Smithianismus; alle seine Ausführungen sind vielmehr nach Art der alten Kameralisten belebt durch ein reiches geschichtliches, legislatives und statistisches Material. Er nutzt dies Material aber nur aus, um darzulegen, daß die von ihm konstruierte Volkswirtschaft die wirklich naturgemäße sei. In einem seiner älteren Aufsätze (*Ansichten der Volkswirtschaft*, 1821) äußerte er einmal Anschauungen, bei deren weiterer Befolgung er zum Begründer der historischen Schule in Deutschland geworden wäre; er kam jedoch von diesen Ansichten bald zurück, weil nach der historischen Methode die Wissenschaft der Volkswirtschaft Gefahr liefe, nur in die Vergangenheit zurückzublicken, ohne sich mit den

¹ Die exakte liberale Wissenschaft verfügt in Frankreich über das »Journal des Economistes«, »Le Monde Economique« und »La France économique et financière« und über das von Léon Say herausgegebene »Dictionnaire d'Economie politique«. Politisch hat sie ausgespielt.

Mitteln zu einer Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes zu beschäftigen. Im einzelnen sei noch bemerkt, daß von Rau die noch heute in Deutschland übliche Einteilung der politischen Ökonomie in theoretische und praktische Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft herrührt, und daß er den Unternehmergewinn als vierte Einkommensart sehr eingehend behandelt hat.

2. Julius Wolf.

Julius Wolf, geboren 1862, 1889 ordentlicher Professor in Zürich, 1897 in Breslau, regte 1904 die Gründung des mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins an, der eine Art mitteleuropäischen Zollbundes und eine internationale Kommission zur Schaffung gleichen Wirtschaftsrechtes ins Leben rufen will, gab von 1898—1910 die Zeitschrift für (besser: gegen) Sozialwissenschaft heraus, schrieb »Internationale Sozialpolitik« (1889), »Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung« (1892), »Verstaatlichung der Silberproduktion« (1892), »Der Kathedersozialismus und die soziale Frage« (1901), »Die Nationalökonomie als exakte Wissenschaft« und außerdem zahlreiche kleinere Arbeiten über Steuerwesen, Handel und Bank und Börsenwesen.

3. Heinrich Dietzel.

Geboren 1857, studierte er in Heidelberg und wurde 1885 außerordentlicher, 1886 ordentlicher Professor der Staatswissenschaften in Dorpat und 1890 nach Bonn berufen. Anfangs ein überzeugter Schüler Wagners, schrieb er 1895 für dessen Lehr- und Handbuch der politischen Ökonomie den ersten Teil der theoretischen Sozialökonomik, die Wagners Beifall aber nicht fand, so daß der zweite Teil nicht mehr erschien. Bald darauf sagte er sich mit Ausnahme des Rationalismus von seinem früheren Lehrer ganz los und ging ins Lager der Freihändler über. In deren Sinne schrieb er »Weltwirtschaft und Volkswirtschaft« (1900), »Sozialpolitik und Handelspolitik« (1902), »Das Produzenteninteresse der Arbeiter und die Handelsfreiheit« (1903) u. a. In allen diesen Schriften trat er im Gegensatz zu Wagner dafür ein, daß Deutschland ein ausgesprochener Industriestaat werden müsse, weil er dann eine viel größere Volkszahl zu ernähren vermöge. Er will also den Verkehrsmittelspielraum auf Kosten des natürlichen Nahrungsmittelspielraums mittelst Freihandels schnell heben.

4. Karl Richard.

Er schrieb »Die klassische Nationalökonomie und ihre Gegner« (1895), »Die Wirtschaftspolitik der historischen Schule« (1896).

§ 38. Der Italiener Augusto Montanaris.

Er schrieb »Elementi di economia politica« (1871). Sie entbehrt, wie die Arbeiten aller italienischen Klassiker, jeder Originalität, ist aber eine geschickte Zusammenfassung der klassischen Lehre.

§ 39. Die Amerikaner Amasa Walker, Francis Perry, Francis A. Walker, Simon Newcomb, Francis Washington Taussig, Arthur Francis Hadley.

Amasa Walker schrieb »Science of wealth« (1866), das unendlich oft aufgelegt wurde, Francis Perry machte die Bastiatische Lehre den Amerikanern mundgerecht, Francis Amasa Walker, General und Sohn von Amasa Walker, schrieb »Wages questions« (1876), »Money« (1878), »Political economy« (1883). Alle die Genannten genießen in Amerika großes Ansehen, obgleich sie jeder Originalität entbehren.

Elftes Kapitel. Der Anarchismus.

§ 40. Proudhon, der Begründer des Anarchismus.

Er war 1809 von armen Eltern geboren und wurde Setzer. Seine freien Stunden füllte er mit der Lektüre nationalökonomischer Bücher der verschiedensten Richtungen aus. 1840 erschien sein erstes und bedeutendstes Werk »*Qu'est que la propriété?*« Es ist in der lebenswürdigen französischen Form geschrieben, frei von allem radikalen Ton und schmeichelt sich darum ungemein beim Leser ein, wie auch Proudhon durchaus kein Gewaltmensch sondern mehr ein lebenswürdiger Phantast ohne allen Fanatismus war. Im Jahre 1846 ließ Proudhon, der inzwischen Bureauvorsteher eines Anwalts geworden war, seinem ersten ein zweites Hauptwerk folgen »*Système des contradictions économiques*«. Im Jahre 1848 wurde Proudhon, der inzwischen Kommis eines Transportgeschäftes geworden war, in die Kammer gewählt. Er beteiligte sich eifrig an den Arbeiten des Parlamentes und gab nacheinander mehrere anarchistische Zeitungen heraus, die aber immer wieder bald eingingen. Wichtig sind von den Aufsätzen dieser Zeit nur »*La Banque d'Échange*« und »*La Banque du Peuple*«. Bald darauf setzte ihn die Reaktion unter dem Präsidenten Napoléon auf zwei Jahre hinter Schloß und Riegel. 1851 veröffentlichte er sein drittes Hauptwerk »*Idée générale de la Révolution au XIX^{ème} siècle*«. Später hat Proudhon den Anarchismus selbst für ein unerreichbares Ideal erklärt und statt seiner selbst den Föderalismus empfohlen. Er war in späteren Jahren in rein praktischen Fragen ungemein rege journalistisch tätig in einer Weise, die weder den früheren Anarchisten noch den derzeitigen Föderalisten erkennen ließ. Da erschien 1858 ganz unerwartet sein großes Anklagebuch gegen Cavaignac und Napoléon »*De la justice dans la révolution*«. Er wurde zu mehrjährigem Gefängnis verurteilt; doch bot man ihm Gelegenheit zur Flucht und amnestierte ihn nach einiger Zeit ganz. Er nahm seinen Wohnsitz in Passy bei Paris. Mit bedeutenderen Werken trat er nicht mehr hervor, Er starb 1865.

Das erste der obengenannten Werke Proudhons »*Qu'est ce que la propriété?*« geht von dem Grundgedanken aus, daß nur derjenige wirtschaftliche Verkehr als gerecht zu bezeichnen sei, in welchem ausschließlich gleichwertige, d. h. durch denselben Arbeitsaufwand hergestellte Güter miteinander ausgetauscht würden. Dieser ersten Forderung eines gerechten Verkehrs entspreche die kapitalistische Wirtschaftsordnung herzlich wenig, denn in ihr erhalte der Arbeiter nie den vollen Ertrag seiner Arbeit, damit aber mache der Unternehmer sich zum Diebe, so freilich, daß das Gesetz seinen Diebstahl legalisiere. *La propriété c'est donc le vol légalisé*. Dieser legalisierte Raub sei aber nicht nur der kapitalistischen sondern jeder sozialen, d. h. jeder auf ein Über- und Unterordnungsverhältnis basierten Wirtschaftsordnung überhaupt nicht geben. Jede Ordnung überhaupt aber setze ein Über- und Unterordnungsverhältnis voraus; es dürfe also Ordnung überhaupt nicht geben; an die Stelle einer ἀρχή müsse die ἀναρχία treten. Dann werde jedes Individuum ganz nach freiem Ermessen handeln und dürfe deshalb des

seinen freiwilligen Leistungen vollauf entsprechenden Lohnes sicher sein. (Ja, wenn nur nicht Muskel, Nerven und Begabung noch verschieden wären und ein natürliches Über- und Unterordnungsverhältnis schaffen würden.) In seinem zweiten Hauptwerk »Système des contradictions économiques« verspottet Proudhon den Kommunismus. Wenn der Kapitalismus die Unterdrückung der Schwachen durch die Starken sei, so werde der Kommunismus die Unterdrückung der Starken durch die numerische Übermacht der Schwachen sein; denn Kommunismus sei auch Organisation und Organisation stets die Schaffung eines Über- und Unterordnungsverhältnisses. In »La Banque d'Échange« entwickelte er den Plan einer Tauschbank, welche einem jeden die zur Eröffnung eines gewerblichen Betriebes erforderlichen Mittel in Gestalt von bons d'échange so lange vorstrecken sollte, bis die eigene Produktion die zinsfreie Rückzahlung gestatten würde. Seine Banque du Peuple war eine Art von Darlehnskassenverein. Sie wurde tatsächlich ins Leben gerufen und fristete ihr Dasein bis zu seiner ersten Gefangensetzung im März des Jahres 1849.

In seinem dritten Hauptwerk »Idée générale de la Révolution« legte Proudhon eingehend dar, wie er sich die von ihm erstrebte Gesellschaftsordnung vorstelle und wie sie neu gebildet werden müsse. Die Verwirklichung dieser Idee erwartet Proudhon von der ihr innewohnenden agitatorischen Gewalt.

§ 41. Kurze Übersicht über die übrige Literatur des Anarchismus.

In Deutschland vertraten außer einem einzigen Christen, dem ehemaligen Oberlehrer Kaspar Schmidt, der unter dem Pseudonym Max Stirner in dem Werk der »Einzig und sein Eigentum« dem Anarchismus eine Art philosophischer Grundlage zu geben suchte und sich dabei als ein kalt egoistischer Schwärmer erwies, den Anarchismus nur Juden, nämlich Moses Heß (1812—1872), Karl Grün (1817—1887), Mühlberger (1872), in einer Schrift über die Wohnungsfrage, Reinsdorf, erster Vertreter der Propaganda der Tat in Deutschland, Johann Most (geboren 1846), Herausgeber der Freiheit, seit Jahrzehnten in Amerika, Johanna Goldmann, ebenfalls seit Jahrzehnten in Amerika, wo sie 1901 den Mörder des Präsidenten Mc. Kinley für sein Verbrechen gewann. In Rußland traten für den Anarchismus ein Bakunin (1814—1876), Sergey Netschajew († 1869 in der Peter-Paul-Festung), der die Lehre von der Propaganda der Tat aufbrachte, Fürst Krapotkin, bedeutendster Schriftsteller des Anarchismus in der Gegenwart. In Italien verfocht den Anarchismus Maletesta, der — echt italienisch — die Propaganda des Dolches lehrte, dem die Kaiserin Elisabeth von Österreich 1898 zum Opfer fiel. Anarchist ist endlich auch der in Deutschland auferzogene und deutsch schreibende lyrische Dichter John Henry Mackay, ein Schotte.

Zwölftes Kapitel.

Der merkantilistische Rationalismus.

§ 42. Der merkantilistische Rationalismus in Frankreich.

Vertreter des merkantilistischen Rationalismus waren in Frankreich Ferrier, Ganilh und Louis Say.

1. Ferrier.

Er schrieb »Du Gouvernement dans ses rapports avec le commerce« (1802), indem er rationalistisch die Frage des Außenhandels ganz im Sinne der merkantilistischen Schutzöllner betrachtete.

2. Ganilh.

Er schrieb »Des Systemes d'économie politique«, d. h. von den Handelssystemen, wo die Frage des Freihandels und Schutzzolls rationalistisch erörtert und im Sinne des letzteren entschieden wird, »Traité de l'économie politique«, ein Versuch, die Bevormundungspolitik rationalistisch als richtig zu beweisen, mit zahlreichen Belegen aus der Praxis.

3. Louis Say.

Er war ein Bruder von Jean Baptiste Say. Er schrieb »principales causes de la richesse« (1818) ganz im Sinne von Antonio Serra, aber rationalistisch, ferner »Considérations sur l'industrie et la législation sous le rapport de leur influence sur la richesse des États« (1822) ganz im Sinne Colberts, aber rationalistisch, sodann »Traité de la richesse individuelle et de la richesse publique« (1826), worin er dem Liberalismus Verwechslung privatwirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Betrachtung vorwirft, und endlich »Etudes sur la richesse des nations et réfutation des principales erreurs en économie politique«, ebenfalls eine scharfe Auseinandersetzung mit der klassischen Schule. Bei seinem ersten Aufenthalt in Frankreich lernte List Louis Say kennen und hat die Kenntnis seiner Schriften dann Carey vermittelt.

§ 43. Carey.

1. Aus seinem Leben.

Carey (1793–1879) wurde in Philadelphia als Sohn eines irischen Buchhändlers geboren. Wie alle Irländer hegte auch sein Vater einen glühenden Haß gegen das Mutterland und hat diesen auch auf seinen Sohn übertragen. Fast noch ein Knabe trat dieser in die Buchhandlung des Vaters ein. Er vergrößerte diese so, daß er bald für den ersten Buchhändler Philadelphias galt. Jetzt erwachte in ihm der Wunsch, selbst schriftstellerisch tätig zu sein. Sein Hauptwerk waren die »Principles of social science« (1858–1859).

Carey ist insofern als merkantilistischer Rationalist zu bezeichnen, als er

1. zwei der wichtigsten merkantilistischen Programmpunkte auch zu den seinigen gemacht hat, nämlich
 - a) die Frage, wie Geld ins Land zu bringen sei,
 - b) die Frage, wie die Volkszahl schnell zu heben sei,

2. zwei der von den Merkantilisten besonders vorgeschlagenen Mittel zur Erreichung dieses Programms auch empfiehlt, nämlich
 - a) ein Getreideausfuhrverbot bzw. doch einen hohen Getreideausfuhrzoll, was er freilich vollkommen anders wie die Merkantilisten begründet,
 - b) industrielle Schutzzölle, wobei er die Notwendigkeit zur Weckung der Industrie freilich wieder ganz anders begründet wie die Merkantilisten,
3. sich als rationalistisch insofern erweist, als er
 - a) Beobachtungen, die er in Amerika gemacht hat, generalisiert,
 - b) volkswirtschaftliche Forderungen, wie sie für das Amerika seiner Tage zutrafen, generalisiert.

II. Übersicht über die in der Literatur besonders beachteten Theorien Careys.

Von den von Carey entwickelten Theorien haben in der Literatur eine besondere Beachtung gefunden:

1. seine Produktionslehre, die die Lehre vom Volksreichtum mit einschließt,
2. seine Werttheorie,
3. seine Grundrententheorie,
4. seine Lehre von der Interessenharmonie zwischen dem Unternehmer- und dem Arbeiterstande,
5. seine Geldlehre,
6. seine Bevölkerungslehre,
7. seine Begründung der Schutzzölle und Getreideausfuhrzölle bzw. -verbote.

Ad 1. Seine Produktionslehre und Lehre vom Volksreichtum.

Unter Produzieren versteht Carey Brauchbarkeiten schaffen, nicht Tauschwerte. Die alte Tauschwertlehre sei nicht volkswirtschaftlich sondern privatwirtschaftlich. Für die Volkswirtschaft käme die Menge und der Grad der Brauchbarkeiten, nicht der Tauschwert in Betracht. Das gelte sowohl für den Begriff produzieren wie für den Begriff Volkswohlstand und Volksreichtum. Dieser bestände in einer Summe von Brauchbarkeiten, nicht in einer Summe von Tauschwerten. Man könne sich durch die Summe der Tauschwerte auch kein Urteil über die Summe der Brauchbarkeiten bilden; während nämlich die Summe der Brauchbarkeiten sich augenscheinlich unaufhörlich steigere, nähmen die Tauschwerte unaufhörlich ab; man würde also zu einem vollständig falschen Bilde gelangen, wenn man den Volksreichtum nach den Tauschwerten bemessen wolle. In bezug auf die Produktion wird dann noch ausgeführt: Am intensivsten sei die Produktion, bei der menschliche Arbeit und Natur, verbunden mit Kapital, aufs innigste zusammenwirkten. Vereinzelt seien weder der Produktionsfaktor Arbeit noch der Produktionsfaktor Natur sehr produktionsfähig, erst ihre innige Vereinigung und ihre Verbindung mit Kapital mache sie in hohem Maße produktionsfähig. Wenig habe die Arbeit allein zur Zeit des vorwiegenden Hand-

werks geleistet, wenig biete die Natur dem Hirten, dem Jäger und dem Fischer, auch wenig noch beide zusammen im Ackerbau. Erst wenn man alle beide Faktoren durch Kapital miteinander auf innigste verbinde, erreiche man eine intensive Landwirtschaft, erst der mit Kapitalien meliorierte Boden gebe die großen Erträge, erst das durch Maschinen bewirkte innige Zusammenarbeiten von Natur und Arbeit habe die Erträge der Veredelungsproduktion in einer ganz ungeahnten Weise gehoben.

Ad 2. *Seine Werttheorie.*

In der Werttheorie hat Carey als der erste darauf hingewiesen, daß der Wert der Waren sich nicht nach den Produktionskosten sondern nach den Reproduktionskosten richte. Diese nähmen aber unaufhörlich ab, weil unsere Fähigkeit, die Widerstände zur Beschaffung des Bedarfs zu überwinden, fortwährend zunehme.

Der letzte Satz mag richtig sein für die Waren der Veredelungsproduktion, er ist es aber nicht für die Waren der Urproduktion, insbesondere nicht für die Waren der Landwirtschaft. Hier können freilich auch vorübergehend durch Erschließung ganz neuer Böden die durchschnittlichen Opfer zur Überwindung der Widerstände bei der Beschaffung des Bedarfs geringer werden, im allgemeinen aber werden nach dem Gesetze des abnehmenden Bodenertrages die Widerstände eher wachsen als abnehmen.

Ad 2. *Seine Grundrententheorie.*

Carey wendet sich gegen Ricardos Grundrententheorie in doppelter Beziehung:

- a) es gäbe nämlich gar keine Grundrente,
- b) Ricardos Lehre von der Reihenfolge der Erschließung der Böden sei falsch.

Ad 2a. *Careys Versuch zu beweisen, daß es keine Grundrente gebe.*

Zum Beweise dessen, daß es keine Grundrente gebe, führt Carey das folgende an. Peel habe seinerzeit den Gesamtbetrag der englischen Bodenrente auf rund 50 000 000 Lstr. geschätzt; das entspreche bei einem Zinsfuß von 4% einem Kapitalwerte des Bodens von 1 250 000 000 Lstr. Damit könne man nach dem Lohnstande zur Zeit Peels die Arbeit von 24 Millionen Menschen auf 1 Jahr oder von 1 Million Menschen auf 24 Jahre kaufen. Ob man nun glaube, daß 1 Million Menschen in 24 Jahren England von dem Urzustande, wie ihn ungefähr Caesar schildere, auf den heutigen Zustand bringen könnte? Also stecke in der Bodenrente nicht einmal eine vollständige Kapitalrente für das in den Boden gesteckte Kapital, geschweige denn noch eine Grundrente. Wer in Amerika die Arbeit der Urbarmachung sehe, würde auch die Legende von der Grundrente aufgeben.

Zu diesen Ausführungen Careys ist zu sagen: Bei nicht übermäßig hohem Schutzzoll wird es, von der Nachbarschaft guter Absatzplätze abgesehen, wohl kaum eine landwirtschaftliche Grundrente und eine solche für Bergwerksbetriebe geben können; städtische Grundrenten lassen

sich wohl kaum in Abrede stellen; hier ist in der nötigen Fürsorge für die Verkehrsmittel durch Unterlassung zuviel gesündigt worden, am wenigsten freilich in England und Amerika.

Ad 2b. Careys Einwände gegen die Ricardosche Lehre von der Reihenfolge in der Erschließung der Böden.

In bezug auf die Reihenfolge der Erschließung der Böden weist Carey auch für Amerika darauf hin, daß man überall die Böden mittlerer Güte zuerst in Bebauung nehme.

Ad 3. Careys Lehre von der Interessenharmonie zwischen dem Unternehmer- und dem Arbeiterstande.

Die Interessenharmonie zwischen dem Unternehmer- und dem Arbeiterstande beweist Carey zunächst in ähnlicher Weise wie Bastiat. Dann aber fügt er noch hinzu: Da die Reproduktionskosten für die Kapitalien fortdauernd geringer würden, müßten auch die Entleihungskosten für die Kapitalien geringer werden, d. h. der Zinsfuß andauernd fallen, also der Anteil der Kapitalisten am Gesamtertrage fortdauernd abnehmen, mithin auch die Bodenrente, die ja nur eine Kapitalrente sei, fortdauernd zurückgehen. Also müsse der Lohn auf Kosten der Boden- und der Kapitalrente fortdauernd steigen.

Ad. 4. Careys Geldlehre.

Da Carey einem Neulande angehörte, maß er dem Gelde, ganz wie die Merkantilisten, als produktionsbelebendem Element einen hohen Wert bei. Wenn der Liberalismus behaupte, in kapitalarmen Ländern habe das Geld eine große Kaufkraft, seien also die Preise niedrig, und sie könnten durch den Überschuß des Exportes darum reichlich Geld an sich ziehen, so sei das falsch. Alle landwirtschaftlichen Länder erhielten für ihre Exportartikel, weil diese auf dem Weltmarkt zuviel angeboten würden, niedrige Preise; müßten dagegen ihre Importartikel, da nach diesen die Nachfrage zu groß sei, als daß die wenigen Länder mit Veredelungsproduktion ihr genügen könnten, hohe Preise bezahlen. Dazu käme noch ein Moment. Die Getreide und andere Lebensmittel exportierenden Staaten besorgten ihren Außenhandel nicht selbst, wohl aber die Veredelungsprodukte exportierenden Staaten. Dadurch seien diese des weiteren noch sehr viel günstiger gestellt. So hätten die landwirtschaftlichen Staaten keine günstige Handelsbilanz und müßten zufrieden sein, wenn sie wenigstens keine ungünstige Handelsbilanz hätten. Ändern könne sich die Bilanz nur mit der Hebung der Industrie. Dies sei das einzige Mittel, Geld ins Land zu ziehen.

Ad 5. Careys Bevölkerungslehre.

Auch bei der Bevölkerungslehre macht es sich wieder geltend, daß Carey einem Neulande angehört; nicht nur bekämpft er allen Malthusianismus sondern fordert von dem Staat auch eine auf die Förderung der

Einwanderung und der Geburtenzahl gerichtete Bevölkerungspolitik. Die dichte Bevölkerung verfiel er im übrigen genau wie Bastiat, nur noch bedeutend enthusiastischer.

Ad 6. Careys Befürwortung industrieller Schutzzölle und eines Ausfuhrverbotes bzw. eines prohibitiven Ausfuhrzolls für Getreide und andere Lebensmittel.

Für industrielle Schutzzölle und einen Ausfuhrzoll bzw. ein Ausfuhrverbot auf Getreide und andere Lebensmittel führt Carey an: Mit der Ausfuhr von Getreide und anderen Lebensmitteln ginge die beste Nährkraft eines Volkes, die Nährkraft des Bodens ins Ausland. Damit es nun aber der Landwirtschaft nicht an Abnehmern fehle, solle man durch Schutzzölle eine Industrie ins Leben zu rufen suchen, die das Getreide und die anderen Lebensmittel im Inlande selbst aufzehre. Auch deshalb empfehle sich des ferneren die Hebung der Industrie, weil man nur durch Hebung der Industrie schnell zu einer großen Volkszahl gelangen könne.

§ 44. Hamilton.

In seiner Eigenschaft als Staatssekretär des Schatzamts überreichte er dem Hause der Abgeordneten der Vereinigten Staaten 1791 einen Bericht über Maßnahmen zur Förderung der einheimischen Gewerbe. Adam Smiths Lehre vom Freihandel sei nur dann durchführbar, wenn alle Staaten sie gleichzeitig verwirklichten. Die Veredelungsproduktion sei produktiver als die Landwirtschaft, weshalb man auf ihre Pflege bedacht sein müsse. Durch mäßige Schutzzölle könne man sie auch in Amerika fördern trotz des Kapitalsmangels und der hohen Löhne, weil alle Einwanderer noch billig Land kaufen und so eine kleine Selbständigkeit sich sichern könnten. Unzweifelhaft ist für den Schatzsekretär Hamilton neben der volkswirtschaftlichen auch die finanzielle Bedeutung der Schutzzölle maßgebend gewesen, die Kriegsschuld des Befreiungskrieges war noch in keiner Weise abgetragen.

¹ In Deutschland hat Carey einen Anhänger in Eugen Dühring gefunden, in Amerika selbst in E. Peshine Smith, der 1858 ein »Manual of political economy« veröffentlichte, in William Elder mit »Questions of the day« (1871) und in Robert E. Thompson mit »Social science« (1875), in Italien in Francesco Ferrara, der insbesondere seine Reproduktionskostenwertlehre als bedeutsam für die Wertlehre und seinen Optimismus vertrat.

Dreizehntes Kapitel.

Der religiöse, ethische, soziale Rationalismus.

§ 45. Die bedeutendsten Vertreter des religiösen, ethischen, sozialen Rationalismus.

Die Hauptvertreter des religiösen, ethischen und sozialen Rationalismus sind:

1. in England Thomas Chalmers, James Lauderdale und John Rae,
2. in Frankreich Simonde de Sismondi und Alban de Villeneuve Bargemont sowie die katholisch Sozialen,
3. in Deutschland Karl Ludwig von Haller, Friedrich Julius Stahl, Theodor von Bernhardt, Johann Gottlieb Hoffmann, Adolph Wagner, Karl Theodor von Eberg, Max von Heckel, die katholisch Sozialen, die evangelisch Sozialen und Friedrich Naumann,
4. in Italien Marco Minghetti und die Wagnersche Schule.

§ 46. Thomas Chalmers und James Lauderdale.

1. *Thomas Chalmers.*

Thomas Chalmers (1780—1847), Begründer der freien Kirche Schottlands, war Malthusianer, aber mit starker Betonung des sittlich-christlichen Momentes. Seine Hauptwerke sind: »The christian and civic economy of large towns« (1821—36) und »On political economy in connection with the moral state and moral prospects of society« (1832).

2. *James Lauderdale.*

James Lauderdale (1759—1839) schrieb gegen Adam Smith »Inquiry into the nature and the origine of public wealth« (1804), worin er gegenüber der reinen Produktionslehre jenes die Distributionsfrage betont und der klassischen Schule ihre häufige Verwechslung des privatwirtschaftlichen mit dem volkswirtschaftlichen Standpunkt vorwirft.

3. *John Rae.*

John Rae, ein in Kanada ansässiger Schotte, wies in seinem 1834 erschienenen Buche »Statements of some new principles on subject of political economy exposing the fallacies of the system of free trade and of some doctrines maintained in the Wealth of nations« insbesondere darauf hin, daß die freie Konkurrenz den Konzentrationsprozeß beschleunige. Das Buch war sehr geschickt geschrieben¹.

¹ Als einen heftigen Bekämpfer der wirtschaftlichen Motivenlehre der klassischen Schule kann man auch den großen englischen Historiker Carlyle nennen, der in verschiedenen seiner großen historischen Arbeiten Gelegenheit genommen hat, auf den zersetzenden Einfluß der klassischen Volkswirtschaftslehre hinzuweisen. Von Carlyle beeinflusst war John Lalors Buch »Money and morals« (1852). Sehr bemerkenswert ist auch der freilich etwas barocke Kunstkritiker und National-

§ 47. Simonde de Sismondi, Alban de Villeneuve Bargemont, die katholisch Sozialen Frankreichs.

1. *Simonde de Sismondi.*

Simonde de Sismondi (1773—1842), ein geborener Genfer, schrieb sein Hauptwerk »Nouveaux principes de l'économie politique« im Jahre 1818. Die freie Konkurrenz sei nicht die beste Züglerin des wirtschaftlichen Eigennutzes sondern bedeute einen Kampf aller gegen alle, in welchem die wirtschaftlich Schwachen stets unterliegen, so daß die Kluft zwischen den Armen und den Reichen sich immer mehr vertiefe und die sozialen Gegensätze immer schärfer würden. Die durchaus privatwirtschaftliche und nicht volkswirtschaftliche Lehre vom reinen Volkseinkommen mache den Arbeiter zu einem Mittel zum Zweck, während sein Wohlergehen, als des Hauptteiles der Bevölkerung, Hauptzweck sein müsse. Der Nutzen des Unternehmers sei nichts als ein Raub an dem Arbeiter, er gewinne nicht, weil sein Unternehmen vielmehr einbringe als es koste, sondern weil er nicht bezahle, was es koste, weil er dem Arbeiter einen genügenden Entgelt für seine Arbeit nicht gewähre. Die Freiheit habe die Lage des Arbeiters nicht gebessert. Er müsse nach wie vor arbeiten, bis er vor Ermüdung umsinke. Sie habe aber seine Lage noch verschlechtert. Früher habe sein Herr, weil

ökonom John Ruskin. Nach ihm sollen die wirtschaftlichen Schäden der Zeit auf ungenügender Volkserziehung beruhen; nur Veredelung und Verschönerung des Lebens durch Rückkehr zur Natur und durch Pflege der Kunst könne Abhilfe schaffen. Diesen Gedanken vertrat er besonders in den folgenden vier Arbeiten: »Unto this last« (1862), »Time and tide by wear and tyne« (1867), »Munera pulveris« (1872), »Fors Clavigera« (8 Bde., 1871 ff., später zu 4 zusammengezogen). Eine sehr scharf gehaltene Kritik an der Lehre der klassischen Schule übte er in »Four Essays over the first principles of economy« (1872). Erwähnenswert ist auch die Schriftstellerin Harriet Martineau. In ihren ältesten Schriften »Illustrations of political economy« (9 Bde., 1832—1834) bekennt sie sich voll und ganz zu Ricardo, in der folgenden Schrift »Poor law and pauper's« (1833), einer scharfen Kritik der englischen Armengesetze, sehen wir sie in Malthusschen Fußstapfen weilen, in der »Society in America« sagt sie sich zum erstenmal ganz entschieden von dem starren englischen Freihandel los, der jede Organisation verwarf, und tritt ungemein scharf für Arbeitnehmerverbände aller Art ein. Noch entschiedener aber sagte sie sich von der klassischen Schule in ihrer 1877 nach ihrem Tode erschienenen *Autobiography* los. In dieser sprach sie, ohne jedoch selbst den rationalistischen Standpunkt zu verlassen, der klassischen Volkswirtschaftslehre jeden wissenschaftlichen Charakter ab und erklärte, daß sie eine so vollständige Umänderung erfahren müsse, daß man kaum etwas anderes bei ihr anerkennen dürfe, als die Lehre von den festen und unabänderlichen wirtschaftlichen Naturgesetzen, die aber noch nicht gefunden sondern noch zu finden seien. Um dieselbe Zeit führte David Syme in seinen 1876 erschienenen »Outlines of an industrial science« ebenfalls auf rationalistischer Grundlage einen heftigen Kampf gegen die klassische Schule.

er sein Eigentum war, ein Interesse an der Erhaltung seiner Arbeitskraft gehabt; jetzt presse er ihn wie eine Zitrone aus und werfe ihn dann weg. Neben der Verschlechterung in der Lage des Arbeiters betont Sismondi auch schon die andere Seite im Verelendungsprozeß von Marx. Überall in der Landwirtschaft, im Gewerbe und im Handel vollziehe sich ein Konzentrationsprozeß und damit die immer geringere Möglichkeit für den einzelnen, sich selbständig zu machen. Wesentlich hätte zu diesen beiden Erscheinungen die Auflösung aller wirtschaftlichen Organisationen beigetragen. Sie hätte den kleinen Unternehmern den wirtschaftlichen Halt genommen, den sie früher durch enge Anlehnung aneinander gehabt hätten; an ihre Stelle sei gegenseitige Interessenlosigkeit getreten; sie hätte aber auch den abhängigen Arbeitern diejenige wirtschaftliche Unterstützung genommen, die sie in Not und Alter teils in ihren eigenen Organisationen teils in denen der Arbeitgeber gefunden hätten. Frage man ihn nun aber, wie die Schäden der Zeit zu heilen seien, so müsse er bekennen, er wisse es selbst nicht. Ein Zurück zu den alten Verhältnissen sei ausgeschlossen; was an ihre Stelle treten solle, wisse er nicht zu sagen; nur soviel wisse er, daß das Studium der Distributionsfrage und das Studium eines neuen Arbeiterschutzes und neuer Organisationen, um den Arbeiter und kleinen Unternehmer vor Not und Elend zu bewahren, die wichtigsten Aufgaben seiner Zeit bildeten.

2. Alban de Villeneuve Bargemont.

Aus einer altadeligen und frommkatholischen Familie stammend veröffentlichte er 1834 sein Hauptwerk »*Économie politique chrétienne ou recherches sur la nature et les causes du pauperisme en France et en Europe et sur les moyens de le soulager et de le prévenir*«. Seine Darstellung der französischen und europäischen Verhältnisse ist ebenso düster wie diejenige Sismondis. Seine Heilmittel sind Abkehr von der materialistischen, egoistischen, individualistischen, kosmopolitischen Auffassung volkswirtschaftlicher Fragen zu sittlichen, religiösen, karitativen, altruistischen, sozialen und nationalen Anschauungen, von denen auch die neu zu schaffenden Organisationen des Wirtschaftslebens erfüllt sein müßten, sollten sie wirklich die neue Zeit heilen helfen.

3. Die katholisch Sozialen Frankreichs.

Unter den katholisch Sozialen Frankreichs sind als die hervorragendsten zu nennen: de Metz Noblat, Charles-Périn (1815—1905), Josef Rambaud, Charles Antoine, Marquis René de la Tour du Pin.

a) de Metz Noblat.

In seinen »*Lois économiques*« (1867) führt er aus: die Erbsünde wandle die ursprünglichen, reinen Naturgesetze in schwache, abgeblaßte Tendenzen um. Seine theoretische Nationalökonomie ist ein etwas sonderbarer Eklektizismus aus verschiedenen Klassikern. Doch verwirft er ihr Prinzip des *laissez faire et passer*, da die wirtschaftlichen Interessen für den Staat nicht allein maßgebend seien sondern auch die öffentliche Ordnung und die nationale Unabhängigkeit. Aber nur, soweit wie diese es forderten, dürfe der Staat in das wirtschaftliche Leben eingreifen.

Die Bevormundungspolitik verwirft er. 'Volkswohlstand werde durch Übung der beiden katholischen Tugenden Enthaltbarkeit und Keuschheit geschaffen; die erstere führe zum Sparen, die letztere bewahre den Staat vor proletarischer Vermehrung.

b) Charles Périn.

Er verwirft den Eklektizismus Noblats und will auch die theoretische Nationalökonomie auf den katholischen Sittengesetzen aufbauen. Man müsse danach trachten, die Erbsünde zu bekämpfen und damit den reinen Naturgesetzen Geltung zu verschaffen, durch die allein die von Bastiat so schön geschilderte Interessenharmonie erreichbar sei. Im übrigen stimmt er mit Noblat überein. Er schrieb »De la richesse dans les sociétés chrétiennes« (1861), »Les lois de la société chrétienne« (1875), »Premiers Principes d'Economie Politique« (1888).

c) Josef Rambaud.

In seinen »Elements d'économie politique« unterscheidet er zwischen der Volkswirtschaftslehre, die nur schildere und darstelle und darum, weil unsere volkswirtschaftlichen Verhältnisse von der Erbsünde durchseucht seien, mit der Ethik nichts zu tun habe, und der Volkswirtschaftspolitik, die auf christlicher Ethik aufgebaut sein müsse. Da nun die christliche Ethik Sache der Kirche und nicht des Staates sei, so sei die Volkswirtschaftspolitik Aufgabe der Kirche, nicht des Staates; so vor allem das Arbeiterversicherungs-, das Armen- und das Unterstützungswesen und andere Le Playsche Forderungen, die hier aber rationalistisch, nicht, wie bei Le Play, empirisch begründet werden.

d) Charles Antoine.

Er war Jesuit und führte die von ihm akzeptierten Rambaudschen Ideen insofern weiter aus, als er als Quellen der Volkswirtschaftspolitik das kirchliche Dogma, päpstliche Enzykliken, das Naturrecht und die katholische Moraltheologie anführte. Für schwache Geister liebt er seine rationalistisch gewonnenen Lehren durch Beispiele aus der Praxis zu belegen. Er schrieb »Cours d'économie sociale«.

e) Marquis René de la Tour du Pin.

Er ist der Hausgelehrte der von dem Großindustriellen Maurice Maignen gen. Maurice le Prévôt, der selbst aus dem Arbeiterstande hervorgegangen war, und vom Comte Albert de Mun 1871 gegründeten katholischen Arbeitervereine, deren Programm darin besteht, den Arbeiter dem Christentum zurück zu gewinnen, die gegenseitige Annäherung der sozialen Klassen zu fördern, den Arbeiter durch eine staatliche Zwangsversicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen unverdienter Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit und frühzeitigen Todes des Ernährers sicher zu stellen und eine staatliche Arbeiterschutzgesetzgebung nach deutschem Vorbilde einzuführen. Für diese Forderungen sollte der Marquis die wissenschaftliche Grundlage liefern. Er unterscheidet drei Gebiete der Sozialwissenschaft, die soziale Ethik, deren Gegenstand das Sittengesetz, das historisch gewordene Recht und die Überwindung der Erbsünde durch die Tugenden der Religion ist, die soziale Geschichte und endlich die soziale Ökonomik, die Lehre von der Arbeit, dem Eigentum und dem Tausch. Die soziale Ethik erinnert sehr stark an Le Play, was Du Pin auch selbst zugibt; in der sozialen Geschichte wird das Mittelalter als die höchste soziale Entwicklung hingestellt, zu der zurückzukehren wir bestrebt sein müssen. In der sozialen Ökonomik sind bei weitem am ausführlichsten die Ausführungen über die Arbeit. Der Zweck der Arbeit sei, den Menschen ihren Lebensunterhalt zu sichern; darum müßten die Produktionsmittel in erster Linie

zur Befriedigung der Massenbedürfnisse verwandt werden, und erst, wenn diese ausreichend befriedigt sind, darf die Produktion sich anderen Gütern zuwenden. Die Produktion wird sich aber schon von selbst der Massenproduktion zuwenden, sofern nur die Massen auch die Produktionserzeugnisse aufzunehmen vermögen. Darum ist die richtige Leitung der Produktion eine Frage der Distribution. Die Erzeugnisse der Produktion müssen so verteilt werden, daß jeder sein standesgemäßes Auskommen hat, d. h. ein Auskommen, das dem Bezieher die auskömmliche Ernährung einer normalen Familie, eine ausreichende und gesunde Wohnung, eine standesgemäße Kleidung, die Möglichkeit von Alters- und Notrücklagen und eine standesgemäße Erholung von der Arbeit gestattet. Im christlichen Staat wird der Arbeitgeber schon als frommer, pflichtbewußter Christ dem Arbeiter diesen auskömmlichen Lohn gewähren, im nachrevolutionären Staat, wo die Arbeitsfreiheit weiter nichts bedeutet als das Recht des Arbeiters, wie eine Ware bald hierhin, bald dorthin dirigiert zu werden, geschieht dies durchaus nicht. Die Schäden der Arbeitsorganisation der liberalen Arbeitsordnung lassen sich nur beseitigen durch Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf christlicher Grundlage, die, wie die mittelalterliche Zunft, ein selbständiges Selbstverwaltungs- und Rechtssprechungsorgan im Staate darstellen und darum auch von sich aus ihren Mitgliedern die ihnen gebührenden Rechte garantieren können. Mit dem Recht der Selbstverwaltung und der Rechtssprechung ausgestattet werden die Organisationen für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine solche Werbekraft ausüben, daß ein Zwang zum Beitritt gar nicht nötig sein wird, um alle zum Beitritt zu bewegen. An die Organisationen der Arbeitnehmer sollen die Arbeitgeber gehalten sein, als Ersatz für die Garantieplichten, die die alten Zünfte den Gesellen gegenüber hatten, Zuschläge zu den von ihnen gezahlten Löhnen zu entrichten. Aus diesen Zuschlägen soll für die Arbeitnehmer ein Versicherungsfond gegen die wirtschaftlichen Folgen von unverdienter Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit und frühzeitigem Tod des Ernährers errichtet werden. Im Kapitel über Tausch werden zunächst die allbekanntesten Klagen gegen die kapitalistische Tauschordnung wiederholt. Im Gegensatz zu dieser garantiert der christliche Zukunftsstaat den gerechten Preis für alle ausgetauschten Leistungen. Der christliche Staat ruht auf den Grundlagen der Familie und der Arbeiterorganisationen. Jeder Familienvater wählt in seinen Organisationen die Kommunal- und Staatsvertretungen, und diese bestellen die Verwaltungsbeamten. Bei der kirchlichen und konservativen Gesinnung Du Pins soll jedoch der Staat in eine monarchische Spitze enden.

Diese christlich-soziale Bewegung erlebte die Genugtuung, daß Leo XIII. sie in seiner berühmten Bulle »Rerum novarum« vom 15. Mai 1891 sanktionierte.

§ 48. Karl Ludwig von Haller, Friedrich Julius Stahl, Theodor von Bernhardi, Johann Gottlieb Hoffmann, Adolph Wagner, Karl Theodor von Eheberg, Max von Heckel, die katholisch Sozialen Deutschlands, die evangelisch Sozialen Deutschlands, Friedrich Naumann.

1. Karl Ludwig von Haller (1768—1854).

Einer alten schweizerischen Adelsfamilie entstammend stand er erst in schweizerischen, dann in österreichischen Staatsdiensten, wurde 1806 Professor des Staatsrechts an der Universität Bern, welches Amt er 1820 infolge seines Übertritts zum Katholizismus niederlegen mußte. Nun trat er in französische Staatsdienste und 1830 nach der Julirevolution in die Dienste des katholischen Kantons Solothurn. In seinem Hauptwerk »Restauration der Staatswissenschaften« empfiehlt er Rückkehr zum aufgeklärten Despotismus.

2. Friedrich Julius Stahl (1802—1861).

Von jüdischen Eltern geboren trat er früh zum Christentum über und habilitierte sich in seiner Vaterstadt München für römisches Recht. Erst jetzt wandte er sich auf Schellings Anregung der Rechtsphilosophie zu. 1830 bzw. 1837 veröffentlichte er ganz im Schellingschen Sinne eine »Philosophie des Rechts nach geschichtlicher Anschauung«. Nach mehreren sich schnell folgenden Berufungen erhielt er 1840 einen Ruf nach Berlin. Hier veröffentlichte er 1847 wiederum im Schellingschen Sinne »Der christliche Staat und sein Verhältnis zum Deismus und Judentum«. Der Staat ist nach ihm eine göttliche Institution und muß deshalb streng konfessionell sein. Die Befehle der Obrigkeit sind als göttliche Gebote aufzufassen, woraus sich der Hauptsatz seiner Lehre »Autorität nicht Majorität« ergibt. Im letzten Teil schleuderte er echt renegatenhaft schwere Anklagen gegen seine ehemaligen Glaubensgenossen, indem er generalisierend den in der Tat zersetzenden Radikalismus des linken Flügels der Juden allen seinen früheren Glaubensgenossen zum Vorwurf machte und damit dem Antisemitismus seiner neuen Glaubensgenossen und konservativen Parteifreunde großen Vorschub leistete. Die Berufung ins Herrenhaus war der Dank des Königs für diese Schrift. Hier riß er sofort die Führung der konservativen Partei an sich.

3. Theodor von Bernhardi (1802—1887).

Ein deutsch-russischer wohlhabender Privatgelehrter auf dem Gebiet der Geschichte stand er nur vorübergehend als Diplomat im preußischen Staatsdienst. Hier muß er erwähnt werden wegen einer kleinen, aber wichtigen Schrift: »Kritik der Gründe, die für großes und kleines Grundeigentum sprechen« (1847). Die klassische Schule empfehle das Großgrundeigentum, weil es ein größeres Reineinkommen abwerfe; sie tue dies im engen Zusammenhange mit ihrer privatwirtschaftlichen, aber nicht volkswirtschaftlichen Lehre vom reinen Volkseinkommen, die wieder ein Ausfluß dessen sei, daß sie in dem Staate nicht ein ethisches organisches Ganzes sondern ein Konglomerat von Privatwirtschaften sähe. Daher komme es dann auch, daß die Lehre nur den Tausch-, aber nicht den Gebrauchswert betone, daher komme es dann weiter, daß sie die Natur nicht produktiv nenne, da die Natur Gebrauchs-, nicht Tauschwerte produziere. Auch die Leugnung der immateriellen Produktion ergebe sich daraus.

4. Johann Gottlieb Hoffmann.

Auch Johann Gottlieb Hoffmann (1765—1847), der eigentlich Statistiker war und Bedeutendes auch auf dem Gebiet der Steuerlehre geleistet hat, ist hier wegen seiner beiden volkswirtschaftlichen Monographien »Über die Natur und die Bestimmung der Rente aus Boden und aus Kapital« (1837) und »Die Lehre vom Gelde« (1838) zu nennen. Das erstere ist Hoffmanns wichtigstes theoretisches Werk. Der Hauptgedanke des Werkes ist: Die Renten aus Boden und Kapital sind ein Einkommen aus fremder Arbeit, welches die glücklichen Empfänger verpflichtet, dafür in Form der Übernahme unentgeltlicher Ehrenämter etwas zu leisten. Es sei ferner ein durchaus unwürdiger Gedanke, daß der Arbeiterstand nur ein Werkzeug der Rentner sei, dessen Wert auf dem Betrage des Einkommens beruhe, das er ihnen erarbeite.

5. Adolph Wagner.

Adoleh Wagner entstammt einer alten angesehenen fränkischen Familie. Er wurde 1835 in Erlangen geboren, wo sein Vater als Professor der Zoologie wirkte. Schon 1840 wurde sein Vater nach Göttingen berufen. Hier verlebte Wagner seine Jugend und empfing seine Jugendeindrücke, hier studierte er auch seine ersten

Semester, dann aber ging er nach Heidelberg und schloß sich hier bald ganz anßerordentlich eng an Rau an. Von 1858—1865 wirkte er dann als Lehrer an Handelsakademien bzw. kaufmännischen Fortbildungsanstalten. Eine Abhandlung »Die Gesetzmäßigkeit in den scheinbar willkürlichen menschlichen Handlungen« verschaffte ihm einen Ruf als Professor der Statistik an die Universität Dorpat. Von hier erhielt er 1868 einen Ruf als Professor für die staatswissenschaftlichen Fächer nach Freiburg und schon zwei Jahre darauf nach Berlin, wo er seitdem wirkt.

Sein starres Festhalten an der prinzipiellen dogmatischen Behandlung volkswirtschaftlicher Fragen, sein unentwegtes Verbleiben bei der ausschließlich deduktiven Methode zwingt uns, ihn den Rationalisten zuzurechnen. Anfangs war er Rationalist ganz in dem gemäßigt liberalen Sinne Raus, dessen Lieblingsschüler er gewesen war, dann aber ging er durch die Lektüre der Schriften Hermanns, von dem noch weiter unten zu sprechen sein wird, sowie der Schriften Hoffmanns und Bernhards in das christlich-ethisch-soziale Lager über. Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre vollzog sich bei ihm der Übergang. Noch 1870 übernahm er den Auftrag, eine Neuauflage der Schriften seines Lehrers Rau zu besorgen; 1872 sah er sich jedoch bewogen, diesen Auftrag zurückzugeben, weil er sich überzeugt hatte, daß seine Anschauungen mit denen seines alten Lehrers nicht mehr übereinstimmten. Im übrigen hat auch der Rationalismus selbst bei ihm eine merkwürdige Modifizierung durchgemacht. Rationalist in dem Sinne, ein für alle Zeiten und alle Völker passendes Volkswirtschaftssystem zu finden, ist er nicht mehr, bei ihm beschränkt sich das, was er die prinzipiell dogmatische Behandlung nennt, auf die vollständige Abweisung der induktiven Methode. Was er die prinzipiell dogmatische Behandlung nennt, ist die rein deduktive Methode, wie ein volkswirtschaftliches Handeln gegebenenfalls wirken könne, welche Vorteile, welche Nachteile es haben könne. So ist es ihm möglich, den Standpunkt der deduktiven Methode, der prinzipiellen und dogmatischen Behandlung volkswirtschaftlicher Fragen zu betonen und doch zu gleicher Zeit seine Schüler vor jeder Generalisierung zu warnen; denn die Generalisierung zieht die Folgerung, es müsse so sein, während er immer nur die Folgerung zieht, es könne so sein, so hat er ferner eigentlich über jede Frage drei Meinungen, indem er untersucht, was sich dafür sagen lasse, was sich dagegen sagen lasse und was sich daraus ergebe. Meist ist das Ergebnis dieser seiner Untersuchungen die »Relativität«, d. h. man müsse aus den Umständen entnehmen, ob man sich im einzelnen Falle für oder gegen eine bestimmte Politik aussprechen solle. Damit beweist er deduktiv, prinzipiell, dogmatisch, rationalistisch den Standpunkt der älteren historischen Schule, von dem später die Rede sein wird, als richtig. Die Anhänger der älteren historischen Schule könnten mit diesem Ergebnis sehr zufrieden sein, wenn er dabei nur nicht vergäbe, daß diese Behandlung einer Frage doch erst die Wegweisung für ihre induktive Untersuchung in jedem einzelnen Fall sei, daß die prinzipiell dogmatische Durcharbeitung einer Frage nur als Vorarbeit angesehen werden könne, um in jedem einzelnen Fall eine Richtschnur für die induktive Behandlung der Frage zu haben, mit anderen Worten, daß die deduktive Methode da aufhöre, wo im einzelnen Fall die spezielle Fragestellung einsetzt.

Im übrigen steht er zwischen der österreichischen und der Schmollerschen Schule; ein Sichverlieren in psychologische, deduktive Probleme, wie es die österreichische Schule tut, scheint ihm ebenso wenig genügend für die Volkswirtschaftslehre, welche die praktischen Aufgaben nie aus dem Auge verlieren dürfe, wie die Betrachtungsweise der historischen Schule, welche sich in die Vergangenheit versenke und

darüber die Gegenwart vergesse; er erkennt den wissenschaftlichen Wert der beiden Schulen der österreichischen sowohl wie der Schmollerschen vollkommen an, macht ihnen aber ihre Beschränkung, welche sie die Praxis einerseits und die Gegenwart andererseits vergessen lasse, zum Vorwurf. In bezug auf den Smithianismus erkennt er an, daß der Historismus zu recht behaupte, daß man nicht von wirtschaftlichen Naturgesetzen sondern nur von historischen Entwicklungstendenzen sprechen dürfe, daß ferner der Sozialismus in seiner Kritik des Smithianismus recht habe, daß der Smithianismus nur eine Produktionslehre, nicht aber eine Distributionslehre enthalte, daß er einseitig die Produktion und nicht die Wohlfahrt aller Volksklassen im Auge habe, daß er mit seiner Lehre von der freien Konkurrenz die wirtschaftlich Starken, die Begabteren und die Gewissenloseren bevorzuge, daß dem Eigennutz durch Erweckung der sozialen und der ethischen Kräfte entgegen gearbeitet werden müsse, daß endlich auch die österreichische Schule recht habe, daß die vom Smithianismus geschaffenen Grundlagen der Volkswirtschaftslehre ungenügend seien. In bezug auf den Sozialismus erkennt er die Kritik an, welche die älteren Sozialisten an den Zuständen ihrer Zeit übten, ebenso die Kritik, welche sie an der Lehre des Smithianismus übten, abgesehen von den Teilen, wo sie einzelne Lehren dieser Schule sich in ihrer Weise zurecht legten. In ihren positiven Forderungen, soweit sie auf einen vollständigen Umsturz der heutigen Produktions- und Gesellschaftsordnung hinzielen, vermag er sich ihnen nicht anzuschließen. Er selbst nennt seinen Standpunkt den legalen oder sozialrechtlichen, womit er einerseits den Einfluß der Gesetzgebung und des Rechtes auf die Volkswirtschaft hervorheben und andererseits zugleich die Berechtigung der Volkswirtschaftslehre, danach zu streben, Einfluß auf alle Teile der Gesetzgebung, besonders des Rechtes zu gewinnen, betonen will. In der Finanzwissenschaft hat er als der erste sein ganzes System auf dem volkswirtschaftlichen und sozialen Standpunkt der Leistungsfähigkeit begründet.

Sein Einfluß auf die preußisch-deutsche Steuergesetzgebung ist ein ganz unverkennbarer. Endlich ist noch zu bemerken, daß von ihm die erste Anregung zur Gründung des Vereins für Sozialpolitik ausging, indem er staatswissenschaftliche Professoren aller Schattierungen, soweit sie nur immer die Notwendigkeit sozialer Reformen anerkannten, zu einer Vorbesprechung auf dem berühmten Eisenacher Kongreß von 1872 einlud. Veranlaßt war das Vorgehen Wagners durch einen Artikel von H. B. Oppenheim in der Nummer der Nationalzeitung vom 17. Dezember 1871, in welchem diejenigen akademischen Vertreter der national-ökonomischen Wissenschaft als Kathedersozialisten verspottet wurden, die sich für ein weitgehendes Eingreifen des Staates auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik zugunsten derjenigen Berufskreise und derjenigen sozialen Schichten aussprachen, die unter den damaligen wirtschaftspolitischen Verhältnissen unterdrückt wurden. Wie kaum irgendein anderer Nationalökonom tritt Wagner stets für diejenigen ein, die unten liegen; sobald aber seine früheren Schützlinge die Oberhand

gewinnen und im Gefühl ihrer Macht mit Forderungen hervortreten, die er in seiner scharfen, kühlen und kritischen Beobachtung als unberechtigt erkennt, wendet er sich nicht nur von ihnen ab sondern tritt ihnen auch entgegen. Dies hat ihm vielfach von den verschiedensten Parteien, welche nicht einsehen wollen, daß sie sich geändert haben, nicht aber er, den Vorwurf der Unbeständigkeit zugezogen. Das hat ihn eine Zeitlang verärgert von der Teilnahme am öffentlichen Leben zurückstehen lassen; doch bald war sein Interesse für das Gemeinwohl wieder stärker als seine persönliche Verärgerung, und trotz seines hohen Alters hat er gerade wieder in letzter Zeit eine recht rege Teilnahme am öffentlichen Leben gezeigt, nicht ohne den Widerspruch früherer Freunde gegen sich herauszufordern. Das hat ihn aber nicht abgehalten, übertriebene Forderungen zu bekämpfen und für unterdrückte Volksteile einzutreten. Neben dem Verein für Sozialpolitik hat Wagner auch in Gemeinschaft mit seinem persönlichen und politischen Freunde, dem verstorbenen Adolf Stöcker, den evangelisch-sozialen Kongreß ins Leben gerufen. Veranlassung bot die Aufhebung des Sozialistengesetzes und das persönliche Eintreten des Kaisers für eine Arbeiterwohlfahrtspolitik. Beides ließ ein starkes Wiederaufleben sozialer Fragen erwarten und machte den Wunsch rege, daß die positiven evangelischen Elemente bei diesen Erörterungen nicht im Hintergrunde bleiben möchten. Endlich sei noch erwähnt, daß neben Max Sering er hauptsächlich es sich als Verdienst anrechnen darf, wenn die deutsche Bodenbesitzreformbewegung die utopistischen Forderungen mehr und mehr in den Hintergrund treten läßt und dafür desto mehr erfolgreiche positive Arbeit auf dem Gebiet der Bodenbesitzreform leistet.

Die Hauptarbeitsgebiete Wagners sind 1. Grundlegung und Methodik der Volkswirtschaftslehre, 2. das Verhältnis von Volkswirtschaft und Recht, 3. die Währungsfrage, 4. das Bankwesen, 5. das Versicherungswesen, 6. das Finanzwesen, 7. die Frage der Bodenbesitzreform, 8. die Streitfrage: »Agrar- oder Industriestaat«, 9. — aber nur vorübergehend — die Statistik.

Die wichtigsten Schriften Wagners sind:

1. auf dem Gebiet der Grundlegung und Methodik der Volkswirtschaftslehre
 - a) für das von ihm herausgegebene Lehrbuch der politischen Ökonomie Bd. 1 »Grundlegung und Methodik der Volkswirtschaftslehre« (1876, zuletzt 1893),
 - b) »Theoretische Sozialökonomie oder Allgemeine und theoretische Volkswirtschaftslehre, Grundriß tunlichst in **prinzipieller** Behandlung« (1907),
2. auf dem Gebiet des Verhältnisses von Recht und Volkswirtschaft
 - a) für sein Lehrbuch Bd. 2 »Volkswirtschaft und Recht«, besonders Vermögensrecht oder Eigentum und Personenrecht oder Freiheit in volkswirtschaftlicher Betrachtung« (1893),
 - b) »Mein Konflikt mit dem Freiherrn von Stumm-Halberg (1895).

In diesen Schriften tritt er sehr stark für Staatssozialismus und Verstaatlichung bzw. Vergemeindlichung vieler Betriebe, wie z. B. des Verkehrswesens, des Versicherungswesens, des Beleuchtungswesens, der Kanalisation, der Elektrizität, des Schlachtwesens usw. ein.

Wichtige Schriften Wagners sind ferner

3. auf dem Gebiet der Währungsfrage zahlreiche Monographien und Aufsätze, besonders auch über das Wesen des Papiergeldes,
4. auf dem Gebiete des Bankwesens:
 - a) der Aufsatz Kredit und Bankwesen in Schönbergs Handbuch,
 - b) die Kredit der Peelschen Bankakte ((1862),
 - c) zahlreiche andere Monographien und Aufsätze über das Bankwesen, besonders die Zettelbankpolitik.

5. auf dem Gebiete des Versicherungswesens der Aufsatz »Versicherungswesen« in Schönbergs Handbuch,
6. auf dem Gebiete der Finanzwissenschaft, seinem Hauptarbeitsgebiete,
 - a) alle Teile der Finanzwissenschaft in seinem eigenen Lehrbuche Bd. 5—8,
 - b) die Aufsätze über direkte Steuern und Finanzverwaltung in Schönbergs Handbuch,
 - c) »Finanzwissenschaft und Staatssozialismus« (1887), zur Verteidigung seiner vielen Verstaatlichungs- und Vergemeindlichungsvorschläge in seiner Finanzwissenschaft,
7. auf dem Gebiete der Bodenbesitzreform »Wohnungsnot und städtische Bodenfrage, die soziale Bedeutung des Erbbaurechtes« (1901),
8. »Agrar- und Industriestaat, Rechtfertigung des Agrarschutzes mit besonderer Berücksichtigung auf die Bevölkerungsfrage« (1902),
9. auf dem Gebiete der Statistik
 - a) »Die Gesetzmäßigkeit in den scheinbar willkürlichen menschlichen Handlungen« (1864),
 - b) »Statistik des Volks- oder Nationaleinkommens und Vermögens« (1903).

6. Karl Theodor von Eheberg

muß in diesem Zusammenhang eigentlich nur deshalb genannt werden, weil sein Hauptwerk die Finanzwissenschaft (zehn Auflagen) aus einem Grundriß, der die Grundideen der Wagnerschen Finanzwissenschaft darlegen sollte, hervorgegangen ist. Andere größere bedeutendere Arbeiten hat Eheberg, der seit 1884 ordentlicher Professor der Staatswissenschaften in Erlangen ist, nicht geschrieben. Er gibt die Annalen des Deutschen Reiches heraus, lieferte viele Übersetzungen und gab 1883 Lists »Nationales System der politischen Ökonomie« mit einer trefflichen Einleitung heraus.

7. Max von Heckel.

Aus einer angesehenen Schweizer Familie stammend wurde er 1902 ordentlicher Professor der Staatswissenschaften an der Universität Münster. In dem 1907 veröffentlichten ersten Bande seiner Finanzwissenschaft folgte er ganz der deduktiven Methode Wagners. Seit Kuno Frankensteins Tode gibt er das Hand- und Lehrbuch der Staatswissenschaften heraus.

8. Die katholisch Sozialen in Deutschland.

Unter den deutschen katholisch Sozialen sind als die hervorragendsten zu nennen: Wilhelm Emanuel Freiherr von **Ketteler**, Bischof von Mainz (1811—1877), Franz **Hitze** (1851), 1903 ordentlicher Professor für christliche Gesellschaftswissenschaft an der Universität Münster, eine besondere für ihn geschaffene Professur, seit 1884 ständig Mitglied des Reichstages, seit 1880 Generalsekretär des Arbeiterwohls, eines Verbandes katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde in München-Gladbach und Herausgeber der Monatsschrift »Arbeiterwohl«, und Heinrich **Pesch**. Ketteler veröffentlichte auf sozialem Gebiete »Die Arbeiterfrage und das Christentum« (1864), »Die Arbeiterbewegung und ihr Verhältnis zu Religion und Sittlichkeit« (1869). Von Higes sozialpolitischen Arbeiten sind als die wichtigsten zu nennen: »Die soziale Frage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung« (1877), »Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft« (1881, 16 Vorträge), »Die Quintessenz der sozialen Frage« (1881), »Schutz dem Handwerk« (1883), »Pflichten und Aufgaben

der Arbeitgeber in der Arbeiterfrage« (1889), »Schutz dem Arbeiter« (1890), »Normalarbeitsordnung und Normalstatut eines Arbeiterausschusses« (1892), »Die Arbeiterfrage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung« (1899). Seit 1905 gibt er auch noch die »Soziale Kultur« heraus, und sind alle größeren Arbeiten von ihm seitdem dort erschienen. Der Jesuit Heinrich Pesch veröffentlichte 1905 bzw. 1909 in zwei Bänden ein von der katholischen Kirche approbiertes »Lehrbuch der Volkswirtschaftslehre«, und zwar Bd. I »Grundlegung«, Bd. II »Allgemeine Volkswirtschaftslehre«, weitere Bände sind noch zu erwarten.

9. Die evangelisch Sozialen in Deutschland und Friedrich Naumann.

Im Jahre 1890 begründeten Hofprediger a. D. Adolf Stöcker und Lizentiat Pfarrer Weber aus München-Gladbach auf Veranlassung der bekannten Februar-erlasse Kaiser Wilhelms II. und der bevorstehenden Aufhebung des Sozialistengesetzes, die eine erneute lebhaftere Diskussion der sozialen Frage in der Öffentlichkeit in Aussicht stellten, den evangelisch-sozialen Kongreß, dessen Aufgabe sein sollte, »die sozialen Zustände des deutschen Volkes vorurteilslos zu untersuchen und sie an dem Maßstab der sittlichen und religiösen Forderungen des Evangeliums zu messen«. 1896 schieden die am weitesten nach links stehenden Elemente unter Friedrich Naumann und Paul Göhre aus und gründeten den national-sozialen Verein, der das ganze Gegenwartsprogramm der Sozialdemokraten annahm und nur ihr Zukunftsprogramm verwarf. Zwei Naumannsche Wochenschriften »Die Hilfe« und »Die Zeit« machten vergeblich Propaganda für diesen Verein. Da löste er sich auf. Ein Teil unter Naumann trat den Freisinnigen bei, ein Teil unter Breitscheit begründete den demokratischen Verein, ein Teil endlich unter Göhre schloß sich den Sozialdemokraten an. 1897 schieden die am weitesten nach rechts stehenden Elemente unter den beiden Begründern aus und stifteten die »kirchlich-soziale Konferenz«, die es aber ebenfalls nicht zu einer Bedeutung bringen konnte. Führer des evangelisch-sozialen Kongresses ist seitdem der Theologieprofessor Adolf Harnack. Stöcker (1835—1909) hat größere Werke auf sozialem Gebiete nicht hinterlassen, Lizentiat L. Weber veröffentlichte 1907 sein »Soziales Handbuch«, Friedrich Naumann im selben Jahre seine »Neudeutsche Wirtschaftspolitik«. Die beste Darstellung der christlichen Arbeiterbewegung in Deutschland gab 1908 A. Erdmann. Im Geiste der evangelisch-sozialen Partei geschrieben ist das Buch des Freiherrn H. v. Friesen »Schwert und Pflug«, das die Notwendigkeit betont, zu einer neuen Gesellschaftsordnung zu gelangen.

§ 49. Marco Minghetti und die Wagnersche Schule in Italien.

1. Marco Minghetti.

Im Jahre 1859 veröffentlichte der spätere italienische Minister Marco Minghetti ganz im Sinne von Simonde de Sismondi und Alban de Villeneuve-Bargemont sein Hauptwerk »Della economia pubblica et delle sue attenze colla morale et col diritto«.

2. Die Wagnersche Schule in Italien.

Zunächst hat den Wagnerschen Standpunkt in Italien vertreten Luigi Cossa (1831—1896) in seinen »Primi elementi di economia politica« (1876), in seinen »Primi elementi di scienza della finanze« (1876) und in seinem »Guida allo studio dell' economia politica« (1876). Er ist später aber zu dem ursprünglich von ihm vertretenen Standpunkt der älteren deutschen historischen

Schule wieder zurückgekehrt. Wir werden ihn darum später noch einmal zu erwähnen haben. Treu geblieben ist der Wagnerschen Richtung sein zweiter italienischer Schüler **Carlo Ferrari**, der darum zum Begründer der Wagnerschen Schule in Italien wurde. Seine Schüler waren **Camillo Supino**, von dem 1904 das erste italienische Lehrbuch der Volkswirtschaftslehre erschien, der außerdem tüchtige deduktive Untersuchungen über den Lohnfond, Börsenfragen und Verkehrsfragen geliefert hat, **Guiseppe Ricca Salerno**, von dem außer sehr tüchtigen Arbeiten auf dem Gebiet der Finanzwissenschaft erschienen »Saggio sulla teoria del capitale« (1877), »Del salario e delle sue leggi« (1878), »Del metodo in economia politica« (1878), **Maffeo Pantaleone** mit »Principii di economia pura« (1889) und sehr tüchtigen Arbeiten über Tausch, Preisbildung, Cooperation, Syndikate und Kartelle. Während seine Hauptarbeiten auf dem Gebiete der Finanzwissenschaft und Statistik lagen, zeigte sich in seinen vortrefflichen Untersuchungen über Geld und Kredit, die er in hohem Alter veröffentlichte, von Wagner beeinflusst **Angelo Massedaglia** (1820—1891). Fernere Schüler Ferraris waren **Bachi** mit zahlreichen Arbeiten über Gemeindeunternehmungen, **Lorini** mit zahlreichen und tüchtigen Arbeiten über die Geldfrage und den Kapitalprofit, **Di Muro** mit zwei tüchtigen Arbeiten über das Verteilungsproblem und über die Wirtschaftlichkeit von Meliorationen, **Virgili**, mit »Die Genossenschaft im Prinzip und in der Gesetzgebung« (ohne Jahr), **Della Volta**, »Probleme der Arbeiterorganisation« und »Landwirtschaftliche Arbeitseinstellungen« ohne Jahr), **Valenti**, »Cooperation« (ohne Jahr) und **Ambron** mit »Zweck und Aufgabe der Emissionsbanken« (1905).

Vierzehntes Kapitel.

Der psychologische Rationalismus.

§ 50. Die Sonderstellung des psychologischen Rationalismus zum übrigen Rationalismus.

Der psychologische Rationalismus steht in seiner Grundanschauung durchaus auf dem Boden des Rationalismus; er ist jedoch der Meinung, daß die klassische Schule deshalb nicht zu exakten Resultaten gelangt sei, weil sie die Psychologie des wirtschaftlichen Handelns zu wenig oder eigentlich gar nicht ausgebaut habe, indem sie nur ein wirtschaftliches Motiv, den Eigennuß, annahm und aus ihm alles wirtschaftliche Handeln erklären wollte. Der psychologische Rationalismus ist der Meinung, daß in jedem Menschen stets gleichbleibende wirtschaftliche Motive des Handelns wirksam seien; kenne man diese, so könne man aus ihnen auch die Gesetze wirtschaftlichen Handelns ableiten und so eine auf wirklich exakter Grundlage basierte, für alle Zeiten und alle Völker geltende sogenannte exakte Volkswirtschaftslehre aufbauen. Dies haben sich die psychologischen Rationalisten denn auch zur Aufgabe gemacht.

§ 51. Die bedeutendsten Vertreter des psychologischen Rationalismus.

Die bedeutendsten Vertreter des psychologischen Rationalismus waren:

1. in Deutschland Friedrich Benedikt Wilhelm von Hermann, Friedrich Julius Neumann und Arthur Dix,
2. in Osterreich Karl Menger, Eugen Böhm von Bawerk, Franz von Wieser, Mataja, Emil Sax, Eugen von Philippovich, Johann von Komorzynski, Hermann Schullern zu Schrattenhofen, Max Menger,
3. in Frankreich Alfred de Tarde und G. Tarde,
4. in Italien Melchiore Gioja, Domenico Berardi, C. A. Conigliani, Arthur Labriola.

§ 52. Friedrich Benedikt Wilhelm von Hermann, Friedrich Julius Neumann und Arthur Dix.

1. Friedrich Benedikt Wilhelm von Hermann.

Hermann, ursprünglich Mathematiklehrer, habilitierte sich noch als solcher für Staatswissenschaften in München, wurde ebendort 1827 außerordentlicher, 1833 ordentlicher Professor und trat 1841 in den bairischen Staatsdienst. 1832 veröffentlichte er seine »Staatswissenschaftlichen Untersuchungen«.

In acht größeren Abhandlungen werden die Begriffe, Wert, Preis, Vermögen, Arbeit, Kapital, Einkommen, Gewinn und Güterverzehrung einer scharf dialektischen Analyse und Revision unterzogen, um die

prinzipiell dogmatischen Grundlagen einer exakten Volkswirtschaftslehre zu gewinnen. Volkswirtschaftlich, nicht privatwirtschaftlich müsse man diese Begriffe zu erfassen versuchen, indem man in dem Staat ein organisches Ganzes, nicht ein Konglomerat von Einzelwirtschaften sehe. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus tritt er scharf für die Begriffe der immateriellen Güter, des immateriellen Volkseinkommens und des immateriellen Volkseinkommens ein. Durchaus privatwirtschaftlich sei die Lehre vom reinen Volkseinkommen und die daraus abgeleitete Lehre, daß die menschliche Arbeit nur soweit produktiv sei, als ihr Ertrag über ihre Reproduktionskosten hinausgehe. Auch mit der Motivenlehre hat er sich eingehend beschäftigt, vor allem mit den altruistischen und sozialen Motiven.

2. Friedrich Julius Neumann.

Geboren 1835 habilitierte er sich 1865 in Königsberg, erhielt 1871 einen Ruf nach Basel, 1873 nach Freiburg, 1876 nach Tübingen und quieszierte 1907. Den Standpunkt eines psychologischen, sehr persönlich gefärbten Rationalismus verfocht er in den »Grundlagen der Volkswirtschaftslehre« (1889), in den Aufsätzen »Wirtschaftliche Grundbegriffe« und »Preis« in Schönbergs Handbuch, in zahlreichen Aufsätzen über Grundbegriffe, Preisbildung, Wirtschaftsgesetze in der Tübinger und in der Conradschen Zeitschrift. Außerdem veröffentlichte er »Volk und Nation« (1888), gab die »Beiträge zur Geschichte der Bevölkerung in Deutschland« heraus und schrieb verschiedene Aufsätze über die Steuerlehre.

3. Arthur Dix.

Er schrieb »Der Egoismus« (1889), »Die Wurzeln der Wirtschaft« (1889) und andere kleinere psychologisch-rationalistische Arbeiten, aber auch praktisch-volkswirtschaftliche Arbeiten, so »Deutschland auf den Hochstraßen der Weltwirtschaft« (1901)¹.

§ 53. Karl Menger, Eugen Böhm von Bawerk, Franz von Wieser, Mataja, Emil Sax, Eugen von Philippovich, Johann von Komorzynski, Hermann Schullern zu Schrattenhofen, Max Menger.

1. Karl Menger.

Geboren 1840 wurde er 1873 ordentlicher Professor der Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien. Er schrieb: »Grundsätze der Volkswirtschaftslehre« (1871), »Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften« (1883), »Die Irrtümer des Historismus in der deutschen Nationalökonomie« (1884).

2. Eugen Böhm von Bawerk.

Geboren 1851 studierte er in Wien, Heidelberg, Leipzig und Jena, habilitierte sich 1880 in Wien, wurde 1881 außerordentlicher und 1884 ordentlicher Professor

¹ Auch von Moritz Lindemann besitzen wir eine wirtschaftspsychologische Arbeit »Wirtschaftswissenschaftliche Grundbegriffe« (1859). Seine späteren Arbeiten aber bewegten sich auf dem Gebiete der Fischerei und der Abwanderungsfrage.

in Innsbruck, trat 1889 in den praktischen Verwaltungsdienst, war mehrfach Finanzminister und in den Zwischenzeiten Professor in Wien. Er schrieb »Rechte und Verhältnisse vom Standpunkt der volkswirtschaftlichen Güterlehre« (1881) und »Kapital und Kapitalzins« (1884 und 1889).

3. Freih. Friedr. von Wieser.

Freih. Friedr. von Wieser, Professor zuerst in Prag, dann in Wien, brachte in der sog. Grenznutzentheorie die Untersuchungen der österreichischen Schule über den Wert zum Abschluß. Er schrieb »Untersuchungen über den natürlichen Wert« (1884) und »Der natürliche Wert« (1889).

4. Viktor Mataja.

Geboren 1847 studierte er in Wien, wurde 1890 außerordentlicher und 1892 ordentlicher Professor in Innsbruck, trat aber schon in demselben Jahre in den Verwaltungsdienst. Er schrieb »Der Unternehmergewinn« (1884).

5. Emil Sax.

Geboren 1845 studierte er in Wien, wurde 1879 ordentlicher Professor in Prag und quieszierte 1893. Er schrieb »Die Ökonomik der Eisenbahnen« (1870), »Das Wesen und die Aufgabe der Nationalökonomie« (1884), »Grundlegung der theoretischen Staatswissenschaft« (1887) und »Transport und Kommunikationswesen« in Schönbergs Handbuch.

6. Eugen von Philippovich.

Geboren 1858 studierte er in Graz, Wien und Berlin, habilitierte sich 1884 in Wien, wurde 1885 außerordentlicher, 1886 ordentlicher Professor in Freiburg, 1893 in Wien. Er schrieb »Aufgabe und Methode der politischen Ökonomie« (1886) und »Grundriß der politischen Ökonomie«, Bd. 1 »Allgemeine Volkswirtschaftslehre« (1893), Bd. 2 »Volkswirtschaftspolitik« (2 Abt. 1899 und 1907). Mit Grünberg und Bernajik zusammen gibt er seit 1898 die Wiener staatswissenschaftlichen Studien heraus.

7. Johann von Komorzynski.

Er schrieb über Wert, Kredit und Preis, aber auch über praktische volkswirtschaftliche Fragen.

8. Hermann von Schullern zu Schrattenhofen.

Geboren 1861 wurde er 1899 Professor an der technischen Hochschule zu Brünn, 1901 an der Hochschule für Bodenkultur in Wien. Er schrieb »Untersuchungen über Wesen und Begriff der Grundrente« (1889), »Die theoretische Nationalökonomie Italiens in neuester Zeit« (1891) und zahlreiche Aufsätze in Zeitschriften und Sammelwerken nicht nur über theoretische sondern auch über praktische Fragen.

9. Max Menger.

Er schrieb zwar vielfach theoretisch psychologisierend, aber doch nicht in dem oft verschrobenen Stil der älteren Wiener Schule über Genossenschaftswesen, Finanzwissenschaft und Währungsfrage.

Die österreichische Schule geht bei ihren Bestrebungen, die rationalistische Volkswirtschaftslehre durch Vertiefung der psychologischen Grundlagen neu zu beleben, von der wissenschaftlich unhaltbaren Voraussetzung aus, die Motive des wirtschaftlichen Handelns seien zu allen Zeiten dieselben. Schon damit kam sie zu dem unhaltbaren Resultat, eine psychologisch vertiefte theoretische Volkswirtschaftslehre schaffen zu wollen, die einen dauernden Wert besitze, während es doch immer

nur möglich ist, eine für ein Volk und eine Zeit zutreffende Volkswirtschaftslehre zu schreiben. Sie haben uns aber nicht einmal eine für die österreichischen Verhältnisse ihrer Zeit zutreffende Volkswirtschaftslehre geliefert; ihre Untersuchungen über den Wert bieten uns vielmehr nur eine Beschreibung der privatwirtschaftlichen Motive der Wiener Wochenmarktsbesucher, die noch nicht gelernt haben, sich von dem Augenblicksbild des Marktes in ihren Preisbestimmungsgründen zu emanzipieren, die weder mit ihrem Angebot noch mit ihrer Nachfrage zu warten vermögen, wenn die Marktverhältnisse für sie ungünstig sind. Nur mit solchen wirtschaftlich beschränkten Menschen rechnet die Grenznutzentheorie, wenn sie sagt: »Grenznutzen ist der Wert, den aus einem bestimmten Vorrat, der zur Bedürfnisbefriedigung des Schätzenden am wenigsten nötige Einzelteil für den Schätzenden hat«. Der Wert dieses Einzelteils soll dann den Wert des ganzen Vorrats bestimmen, indem man den Quotienten des Einzelteils in den ganzen Vorrat mit dem Wert des Einzelteils multipliziert. Das ist nur dann richtig, wenn man mit Menschen rechnet, die völlig unfähig sind, in ihrem Warenangebot irgendeine Zurückhaltung zu üben. Rechnen wir aber mit solcher Zurückhaltungsfähigkeit, so kommen wir wieder zur alten Wertlehre für den Fall der Überproduktion, daß derjenige den Wert bestimme, der den niedrigsten Wert noch für ökonomisch hält. Die Begründung der Kapitalzinsforderung besagt, der Mensch gebe den gegenwärtigen Gütern einen gewissen Vorzug vor künftigen Gütern derselben Art und Zahl wegen der Unsicherheit der Zukunft und des geringeren Bedachts, welchen die meisten Menschen auf die Sicherstellung ihrer künftigen Bedürfnisse nehmen. Diese Gründe mögen bei dem hold leichtsinnigen Leutnants- und Studentenkredit und beim Notkredit, d. h. also bei allem rein konsumptiven Kredit, mit anderen Worten bei anormalem Kredit, aber doch niemals bei dem normalen Produktionskredit zutreffen. Es werden dann noch technische Gründe des Kredits angeführt, daß nämlich die technisch ergiebigsten Produktionsmethoden diejenigen sind, bei welchen man sich weit-ausholende und zeitraubende Produktionswege gestatten kann; d. h. doch weiter nichts anders, als daß die Produktion mit Kapital weit ergiebiger ist als diejenige ohne Kapital; d. h. als Begründung des Zinses wird in einer schwer verständlichen Form die Produktivität des Kapitals angeführt. Damit aber kommen wir noch zu einer anderen Seite: Die Darstellung der österreichischen Schule ist sehr breit, ihre Sprache und Ausdrucksweise ungemein schwer verständlich, und, anstatt dem Leser schwierige Probleme leicht verständlich zu machen, macht sie ihm auch noch leichte Probleme schwer verständlich. Im allgemeinen müssen wir darum von der österreichischen Schule sagen, daß sie einen ungemeinen Aufwand an Zeit, Arbeit und Scharfsinn ziemlich nutzlos verpufft und die Nationalökonomie außerordentlich wenig gefördert hat. Das alles gilt freilich nicht von Eugen von Philippovich; er hat zwar auch einige Eigentümlichkeiten der österreichischen Schule; im allgemeinen aber gehört sein Lehrbuch doch bei weitem zu den besten der Gegenwart und muß besonders den Studierenden in erster Linie empfohlen werden. Er hat auch die österreichische Volkswirtschaftslehre im übrigen aus der Sackgasse rein theoretischer Untersuchungen wieder herausgeführt und in dieser Beziehung, wie wir schon oben sehen, mit genügendem Erfolge anregend gewirkt.

§ 54. Alfred de Tarde und G. Tarde.

Ersterer schrieb »L'idée du juste prix« (1907), letzterer »La Logique sociale« (1898), »Les Lois de l'imitation, étude sociologique« (1900) und »Psychologie économique« (1902).

§ 55. Melchiore Gioja, Dominico Berardi, C. A. Conigliani, Arthur Labriola.

Melchiore Gioja schrieb über Wert, Preis und Kapitalszins; Dominico Berardi bemühte sich, seinen Landsleuten die Wiesersche Grenznutzen­theorie klarzumachen; C. A. Conigliani schrieb »Teoria generale degli effetti economici delle imposte« und die kleine Bekenntnisschrift »Le basi subjective delle scambio«, Arthur Labriola endlich schrieb 1900 über die Ver­teilung des Ertrages und die Grenzen der Produktivität.

Fünfzehntes Kapitel.

Der mathematische Rationalismus.

§ 56. Beurteilung und Übersicht des mathematischen Rationalismus'.

Der mathematische Rationalismus ist die stärkste Extravaganz des Rationalismus; mit Infinitesimal- und Integral- und anderen »In«-Rechnungen, mit den gewagtesten Funktionen und Kurven und anderen mathematischen Gebilden werden mit großem Aufwand von Zeit, Arbeit, Scharfsinn und mathematischem Zeichentalent oft die einfachsten nationalökonomischen Lehrsätze bewiesen; es kreißt ein Berg, um eine Maus zu gebären. Nur ein einziger der Mathematiker hat eine etwas größere Bedeutung gewonnen; es ist Johann Heinrich Thünen, mit dem wir uns weiter unten zu beschäftigen haben werden. Bei den übrigen genügt eine Aufzählung ihrer Namen und ihrer Werke. Es sind: Augustin Cournot: »Recherches sur les principes mathématiques de la théorie des richesses« (1838); Gossen: »Gesetze des menschlichen Verkehrs« (1853); Launhardt: »Mathematische Begründung der Volkswirtschaftslehre« (1865); Jevons: »Theorie of Political Economy« (1871); Walraß: »Éléments d'économie politique pure« (1874—1877), »Théorie mathématique de la richesse sociale« (1883), »Etudes d'économie sociale« (1896) und »Etudes d'économie politique appliquée« (1898); G. B. Antonelli: »Sulla teoria matematica [della economia politica« (1886); Giovanni Rossi: »La matematica applicata alla teorica della ricchezza sociale« (1889); Lehr: »Grundbegriffe und Grundlagen der Volkswirtschaftslehre« (1893), als ein Teil des von Cuno Franckenstein herausgegebenen Hand- und Lehrbuch der Staatswissenschaften; Auspiß und Lieben: »Untersuchungen über die Theorie des Preises« (1896); V. Pareto: »Cours d'économie politique« (1897), und als letzter L. C. Colson mit einem großen sechsbändigen Werke »Cours d'économie politique« (1901—1905).

§ 57. Johann Heinrich von Thünen.

I. Sein Leben.

Johann Heinrich von Thünen (1783—1850), Sohn eines Landwirts, war er selbst zur Landwirtschaft bestimmt. Er erlernte sie zunächst praktisch, studierte dann bei dem damals berühmtesten Lehrer der Landwirtschaft Thaer in Celle und darauf noch zwei Semester in Göttingen Jurisprudenz und Volkswirtschaft. Danach pachtete er zunächst ein Gut und kaufte endlich 1810 das Gut Tellow in Mecklenburg. Hier entstand sein Werk. Es erschien zuerst 1826 unter dem Titel: »Der isolierte Staat in seinen Beziehungen zur Landwirtschaft und Nationalökonomie« mit dem Untertitel: »Untersuchungen über den Einfluß, den die Getreidepreise, der Reichtum des Bodens und die Abgaben auf den Ackerbau ausüben.« 1842 erschien die zweite Auflage in völlig umgearbeiteter Form. Nach dieser wird gewöhnlich zitiert. Später entschloß sich Thünen dann, dem ersten Band einen zweiten folgen zu lassen. Dieser führte den Titel: »Der naturgemäße Arbeitslohn und dessen Verhältnis zum Zinsfuß und zur Landrente.« Er sollte in zwei Abteilungen zerfallen. Die erste Abteilung sollte nur vom naturgemäßen Arbeitslohn selbst handeln, die zweite von seinem Verhältnis zum Zinsfuß und zur Landrente. Die erste Abteilung konnte Thünen noch selbst herausgeben. Sie erschien 1850 im Todesjahre des Verfassers. Die zweite Abteilung war beim Tode des Verfassers noch vollständig

unfertig und ganz verworren. In dieser unfertigen und ganz verworrenen Form erschien sie dann 1863. Nicht einmal der beherrschende Gedankengang ist aus dieser Ausgabe ersichtlich. Man muß sich deshalb mit dem ersten Band und der ersten Abteilung des zweiten Bandes begnügen.

II. Sein Werk.

1. Der Inhalt des ersten Bandes vom isolierten Staat.

Wie das bei Autodidakten wohl zu geschehen pflegt, — denn im Grunde genommen war Thünen in der Volkswirtschaftslehre, der er nur einige Freistunden seines Studiums gewidmet hatte, Autodidakt — entsprach der Untertitel des ersten Bandes durchaus nicht dem Inhalt. Thünen untersucht vielmehr zuerst den Einfluß der Lage des Absatzmarktes auf die Wahl des landwirtschaftlichen Betriebssystems und auf die Preise der landwirtschaftlichen Produkte und im Anschluß an den letzten Teil auf die Entstehung und Entwicklung einer Grundrente. Um nun den Einfluß einzig und allein der Lage darstellen zu können, eliminiert er alle anderen die Wahl der Betriebssysteme, die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte und die Entstehung und Entwicklung einer Grundrente beeinflussenden Faktoren. Er stellt sich zudem einen Volksstamm vor, der durch einen Urwald von der Außenwelt vollständig abgeschlossen ist. Der Boden dieses Urwaldes ist vollständig eben und nach Qualität und Bonität vollständig gleich; so sind also alle äußeren Einflüsse, als Verkehrsanlagen, Bodenbonität und Bodenqualität eliminiert. Nur die Lage bleibt von Einfluß. Im Mittelpunkt wird der Volksstamm die Stadt anlegen, um ihn werden sich die verschiedenen Betriebssysteme in konzentrischen Kreisringen lagern. In den ersten Kreis fällt die sogenannte freie Wirtschaft, der Anbau und die Gewinnung solcher Produkte, die einen weiten Transport nicht gestatten, also Garten- und Gemüsebau, Milchwirtschaft und darum der Anbau von Futtergewächsen, Rüben- und Kartoffelbau. In den zweiten Kreis fällt des schweren Transportes dieser Hölzer wegen der Anbau von Nutzholz. Die nächsten drei Kreise treiben Getreidebau. Nach den Transportkosten der übrigen Produkte muß sich die Wahl der drei für den Getreidebau möglichen Betriebssysteme richten; darum wird der dritte Kreis Fruchtwechselwirtschaft, der vierte Kreis Koppelwirtschaft, der fünfte Kreis Dreifelderwirtschaft treiben. Der sechste Kreis treibt Weidewirtschaft, also z. B. Schafzucht zum Zwecke der Wollgewinnung, Züchtung zum Zwecke der Gewinnung von Jungvieh, das dann zu Mästungs- oder Nutzungszwecken an die inneren Kreise abgegeben wird; auch Ackerbau kann hier noch getrieben werden, aber nicht mehr, um die Produkte selbst an die Stadt abzusetzen, sondern, um aus ihnen gewonnene Veredelungsprodukte, wie z. B. Branntwein, an die Stadt zu verkaufen. Aber auch Handelsgewächse können hier angebaut werden; denn ihr hoher Wert im Verhältnis zu Volumen und Gewicht gestattet einen

weiten Transport. Jeder äußere Kreis wird mehr oder minder auch Produkte der inneren Kreise zu eigenem Bedarf anbauen. An den sechsten Kreis schließt sich der Urwald mit der Jagd und der Brennholzgewinnung. Daß die verschiedenen Betriebssysteme sich in Kreisringen um die Stadt herumlegen müssen, ergibt sich daraus, daß der Übergang von einem System zum andern überall da sich vollzieht, wo das eine Betriebssystem einen größeren Reinertrag verspricht als das andere. Da dafür nun nach Thünens Voraussetzungen nur die Entfernung von der Stadt maßgebend sein kann, so muß die Grenzlinie zwischen zwei Betriebssystemen ein Kreis sein. In dem isolierten Staat wird selbstverständlich der Preis für alle landwirtschaftlichen Produkte bestimmt durch die Produktionskosten dessen, der noch unter den ungünstigsten Bedingungen zur Versorgung der Stadt herangezogen werden muß. Da die Gunst oder Ungunst der Bedingungen aber im isolierten Staat nur von der Entfernung von der Stadt abhängt, so bestimmt der den Preis der landwirtschaftlichen Produkte, der ihn aus weitester Entfernung heranschaffen muß. Aber auch er muß mit seiner Landwirtschaft noch einen Reinertrag erzielen; sonst nämlich wäre er zu einem extensiveren System übergegangen oder Jäger oder Holzhauer geworden. Es müssen mithin alle Landwirte einen Reinertrag erzielen, die inneren jedoch einen größeren als die äußeren. Die äußersten werden nur den Reinertrag erzielen, der ihrer Rodungsarbeit entspricht, also keine eigentliche Grundrente, alle mehr nach innen liegenden Landwirte werden aber eine steigende Grundrente empfangen. Es wird nun angenommen, daß in dem Staate eine gleichmäßige Grundsteuer eingeführt wird. Nach Thünen soll die Grundsteuer dann bei den am äußersten Rand gelegenen eine Arbeitsrentensteuer sein, dann eine teilweise Arbeits-, teilweise Grundrentensteuer, hierauf eine die Grundrente ganz aufzehrende und endlich eine immer größere Teile der Grundrente freilassende Steuer sein. Es soll damit die Ungerechtigkeit einer die Lage zum Absatzmarkte nicht berücksichtigenden Grundsteuer nachgewiesen werden. Zum Schluß wird, um den Einfluß der Verkehrsstraßen zu studieren, noch angenommen, daß durch den Staat ein Fluß geht. Es wird dann durch mathematische Berechnung nachgewiesen, daß aus den konzentrischen Kreisringen dann Ellipsenringe werden würden, deren Exzentrizität sich nach der Stärke des Gefälles des Stromes bestimmt. Die Stadt wird dann nach Thünen im unteren Brennpunkt der Ellipse liegen.

Zunächst werden sich in der Praxis, wo noch viele andere die Wahl der Betriebssysteme bestimmende Momente, wie Bodenqualität, Bodenbonität, außerordentlich mannigfaltige Verkehrsverhältnisse und Transporttechnik, Arbeiterverhältnisse, Veredelungsproduktionstechnik im Nahrungsmittelgewerbe u. a. mitwirken, die Verhältnisse etwas anders gestalten. Sodann hat man aber auch unter den Thünenschen Voraussetzungen die Richtigkeit der von ihm angenommenen Reihenfolge in der Wahl der Betriebssysteme bezweifelt. Thünen geht dabei aus

von der Schwierigkeit des einzelnen Transports, beachtet aber gar nicht die Häufigkeit eines solchen Transportfalles; diese aber würde sicherlich bei der Wahl der Betriebssysteme mit in Betracht gezogen werden, und würden danach der Nutzholzwaldring, bei dem der einzelne Transportfall sehr selten ist, und der Koppelwirtschaftsring, der ebenfalls etwas selteneren Transport nötig hat, an andere Stelle kommen. Man würde demnach als Reihenfolge für die Ringe erhalten: Freie Wirtschaft, Fruchtwechselwirtschaft, Dreifelderwirtschaft, Koppelwirtschaft, Nutzholzwirtschaft und Weide und Brennholzwirtschaft. Dann sind seine Ausführungen über die Grundsteuer falsch. Im isolierten Staat würde sie sich, da die Konkurrenz von außen fehlt, auf die Konsumenten abwälzen lassen. Die Ungerechtigkeit einer Grundsteuer, die die Lage und die Verkehrsverhältnisse nicht berücksichtigt, läßt sich gerade erst nachweisen, wenn durch die Konkurrenz von außen die Abwälzungsmöglichkeit genommen ist. Endlich hat man die Verschiebung der Kreisringe zu Ellipsenringen im Falle des Vorhandenseins eines Flusses bezweifelt und gemeint, es müßten dann andere, dreiecks- und rhombenförmige Gebilde entstehen.

2. Der naturgemäße Arbeitslohn.

Der sogenannte naturgemäße Arbeitslohn ist nach Thünen gegeben durch die berühmt gewordene Formel $A = \sqrt{ap}$; dabei ist A der sogenannte naturgemäße Arbeitslohn, a das Existenzminimum des Arbeiters, um sein Leben und das Leben einer Normalfamilie zu fristen, p der bei der Produktion durch das Zusammenwirken von Kapital und Arbeit erzeugte Mehrwert. Da nun p unaufhörlich wachse, so müsse auch A unaufhörlich wachsen, welche Konsequenz Thünen auch zog, indem er testamentarisch auf seinem Gut für seine Arbeiter Gewinnbeteiligung anordnete. So lange das Gut in den Händen seiner Nachkommen war, haben diese die testamentarische Verfügung auch geachtet.

Der naturgemäße Arbeitslohn, erklärte er, ist derjenige, den ein Arbeitsgeber dem Arbeitnehmer dann zahlen muß, wenn für jenen noch dieselben Voraussetzungen zur eigenen Kapitalsbildung gegeben sind, wie sie für ihn einst vorhanden waren, als er den Grundstock zu seinem Kapital legte. Um also zu untersuchen, wie hoch der naturgemäße Arbeitslohn sein müsse, müsse man sich einen solchen Fall konstruieren. Sein isolierter Staat schien ihm dazu die beste Gelegenheit zu bieten. Er ging von folgender Voraussetzung aus: Eine Arbeitergruppe seines isolierten Staates hat sich zu folgendem Unternehmen vereinigt. Ein Teil von ihnen soll an der Grenze des isolierten Staates roden, ein anderer soll für Lohn in dem isolierten Staate dienen, was sie dabei an Lebensmitteln über den eigenen Bedarf hinaus als Lohn erhalten, sollen sie an die Arbeiter, die mit der Rodung beschäftigt sind, abgeben. Dafür sollen dann alle gemeinsam das Eigentum an dem gerodeten Lande erwerben. Nachdem das Land gerodet ist, bleibt ein Teil auf dem gerodeten Lande, dieses zu bearbeiten, ein anderer Teil dient weiter in dem isolierten Staate. Die Überschüsse aus dem gerodeten Gute und die Lohnüberschüsse fließen weiter in einen gemeinsamen Sparfonds, bis sie so viel Lebensmittel gespart haben, daß alle Arbeiter der Gruppe ein Jahr davon leben können. Nun beschließen sie, ihr zuerst gerodetes Land an eine andere Arbeitergruppe zu verpachten, selbst aber neues Land zu roden. Jener Arbeitergruppe können sie aber nicht mehr Pacht berechnen, als daß jene denselben Überschuß von ihrer Arbeit haben, den sie selbst einst bei ihrer Erwerbung des Rodlandes hatten; sonst nämlich

würden die Arbeiter, an welche sie das Land verpachten wollen, sich ebenfalls teilen und es ebenso machen, wie sie es selbst vor einer Reihe von Jahren gemacht haben. Auf diese Weise würden wir dann also finden können, welchen Anteil ein Kapitalist an dem durch das Zusammenwirken von Kapital und Arbeit bei der Produktion erzeugten Mehrwert dem Arbeiter gewähren muß, wenn dieser ihm seine Arbeit unter denselben Bedingungen zur Verfügung stellt, unter denen es dem Kapitalisten einst möglich war, ein Kapital zu erwerben.

Der Grundgedanke seiner Berechnung ist richtig, die mathematische Durchrechnung der Formel aber falsch, bei richtiger Durchrechnung hätte Thünen vielmehr, wie sich dies voraussehen ließ, zu einer identischen Gleichung gelangen müssen.

3. Einige weitere bekannte Ausführungen Thünens aus seinem Buch.

Bekannt sind noch Thünens Ausführungen über Kapitalszins und Arbeitslohn, die übrigens an die Grenznutzentheorie anklingen.

3 a. Thünens Ausführungen über Kapitalszins.

Der Kapitalszins wird nach ihm bestimmt durch die Nutzung des zuletzt angelegten Kapitalsteiles; so lange nämlich wird der Betrieb noch weiter ausgedehnt werden, als ein Überschuß über den Zins, der für das verwendete Kapital gezahlt werden muß, erzielt wird.

3 b. Thünens Ausführungen über den Arbeitslohn.

Der Arbeitslohn wird bestimmt durch das Mehrerzeugnis, welches der zur Erweiterung des Betriebes zuletzt eingestellte Arbeiter liefert; so lange nämlich werde mit der Einstellung neuer Arbeiter vorgegangen, bis der zuletzt herangezogene einen Überschuß nicht liefert, und dieser letzte bildet auch die Grenze für den zu zahlenden Arbeitslohn mit rückwirkender Kraft auf die Gesamtheit der Arbeiter.

Diese Ausführungen sind falsch wie alle Versuche, die den Kapitalszins und den Arbeitslohn auf eine einfache Formel zurückführen wollen. Nur solche Erklärungen können uns über die Höhe des Arbeitslohnes und des Kapitalszinses unterrichten, die mit der großen Mannigfaltigkeit des Lebens rechnen.

Sechzehntes Kapitel.

Der föderalistische Rationalismus.

§ 58. Begriff und Einteilung des Föderalismus.

Das allen Föderalisten Gemeinsame ist das, daß sie auf genossenschaftlichem Wege (französisch: *fédération*, später: *association*) das der Menschheit gesteckte Ideal zu erreichen suchen. Den Glauben, daß die Menschheit einem solchen Idealzustande zustrebe bzw. doch wenigstens zuzustreben vermöge, teilen sie mit den Sozialisten und den Kommunisten. Dieser Glaube aber an einen vernunftgemäßen Idealzustand nötigt und berechtigt uns, alle drei Gruppen den Rationalisten zuzuweisen. Man kann unter den Föderalisten die folgenden Untergruppen unterscheiden:

1. Fourier, Victor Considerant, Jean Baptiste André Godin, Winkelblech, gen. Karl Marlo,
2. Saint Simon, Enfantin, Bazard, Louis Blanc, Lassalle,
3. Buchez, Schulze-Delitsch,
4. Robert Owen.

§ 59. Fourier, Viktor Considerant, Jean Baptiste André Godin, Karl Marlo.

I. *Fourier* (1772—1837).

I. Aus seinem Leben.

Einer angesehenen südfranzösischen Patrizierfamilie entstammend wurde er durch eigene Energielosigkeit und Unfähigkeit und widrige Geschehnisse in den Kaufmannsstand und in diesem in eine abhängige untergeordnete Stellung gedrängt. Mit der Gegenwart äußerst unzufrieden, aber mit einem großen Selbstbewußtsein ausgestattet glaubte er sich zum Reformator der sozialen Welt berufen. Er veröffentlichte »*Théorie des quatre mouvements et des destinées générales*« (1808 anonym) und »*Le nouveau Monde industriel et sociétaire*« (1829), eine Erweiterung der ersten Schrift. Die Druckkosten trug eine reiche Witwe Clairisse Vigoureux.

II. Sein System.

Er unterscheidet vier Entwicklungsphasen der Menschheit, nämlich Kindheit, Mannbarkeit, Niedergang und Verfall, und bei der ersten wieder sieben Abschnitte: Paradies, Wildheit, Nomadenleben, Zwiespalt in Freie und Unfreie, Zivilisation, Föderalismus, Übergang zur Harmonie, d. h. zur Mannbarkeit. Im fünften Abschnitt sollte seine Zeit sein. Sie stellt durchaus keinen idealen Zustand dar, während der Föderalismus, in dem die »volltönigen« Menschen zur Leitung der Menschheit berufen sind, beginnt, ihn anzubahnen. Volltönig sind die Menschen, in denen außer den fünf Sinnestrieben auch die fünf seelischen Triebe Gruppentrieb, Serien- oder Untergruppentrieb, Betätigungstrieb, Begeisterungstrieb und Abwechslungstrieb voll entwickelt sind. Unter ihrer Leitung wird im Föderalismus die Menschheit zur vollen Harmonie der Mannbarkeit sich entwickeln. Selbstverständlich ist Fourier selbst ein solcher volltöniger

Mensch, der in dem noch ganz unidealen Zustand der Zivilisation nicht an die ihm gebührende Stelle zu gelangen vermag. Die Wirtschaftsorganisation des Föderalismus stellen die Familistèren oder Phalangstèren dar; das sind Konsumvereine mit vollständiger Selbstproduktion aller nur wünschbaren Leistungen. Zu dem Zwecke werden innerhalb jeder Phalange oder Familistère Serien der mannigfaltigsten Art gebildet. Jedes arbeitsfähige Mitglied einer Phalange oder Familistère ist Mitglied mindestens einer Serie, die er sich selbst auswählen kann, womit die Sicherheit gegeben ist, daß er auch arbeiten werde, weil die von ihm gewählte Serie seinem Betätigungs- und Untergruppentriebe am meisten zusagen werde. Dem Abwechslungstriebe genügt die Bestimmung, daß man auch mehreren Serien angehören und die Serien jederzeit wechseln kann. Der Begeisterungstrieb, der ja schon im Zeitalter der Zivilisation viele Menschen, die es nicht nötig hatten, zu mancher wenig angenehmen Beschäftigung, wie der der Krankenpflege, treibe, werde dafür sorgen, daß die als unangenehm empfundenen Arbeiten ihre Vertreter fänden. Der Gruppentrieb endlich werde die Bildung der Phalangen fördern. Die Einzelausführungen über die kapitalistische Fundierung einer solchen Phalange bieten neben dem Grundgedanken kein besonderes Interesse und können darum wohl übergangen werden.

2. Considerant (1808—1893).

Zum Offizier bestimmt, gab er, von der Witwe Clairisse Vigoureux gewonnen, diesen Beruf noch im Einführungsstadium' auf, um sich ganz der Propaganda der Fourierschen Ideen zu weihen. Sein Lohn war die Heirat mit der einzigen Tochter der reichen Witwe. Erfolgreicher als in Frankreich war die Propaganda in den südlichen Territorien der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Hier wurden auch die ersten Versuche zur Realisierung der Fourierschen Ideen gemacht, die zwar über das erste Stadium hinaus kamen, aber alle keinen dauernden Erfolg hatten. 1848 wurde Considerant Mitglied der Deputiertenkammer, geriet aber in Konflikt mit Napoléon, der einst mit der Bewegung sympathisiert hatte, dann aber nicht mehr daran erinnert sein wollte, und mußte nach Brüssel fliehen, von wo aus er die Propaganda fortsetzte. Es gelingt ihm als Gründungskapital für eine Phalangstère in Texas 1000000 Dollar aufzubringen. Diese aber scheiterte vollständig, weil das Menschenmaterial — ausgemergelte Großstädter — für eine Neulandskolonie körperlich völlig untauglich gewesen war. Damit war seine Rolle ausgespielt.

3. Jean Baptiste André Godin (1817—1888).

Von armen Eltern geboren war er doch schon 1840 in der Lage, in Guise eine Fabrik für Heizvorrichtungen zu errichten. Schon frühzeitig für Fouriers Ideen gewonnen legte er 1859 für seine Arbeiter eine Familistère an. Jede Arbeiterfamilie hatte ihre eigene Wohnung, außerdem aber bestanden noch gemeinsame Eß- und Unterhaltungsräume, die Gemeinschaft der Arbeiter stellte Kinderpflegerinnen, Kinderwärterinnen, Kindergärtnerinnen, Ärzte usw. an, verwaltete die gemeinsame Küche, veranstaltete die Abendunterhaltungen, zahlte die Miete für die gemeinsame Küche und die übrigen gemeinsamen Räume. Es war also ein großer, bis ins

weiteste gehender Konsumverein, jedoch nicht mit Selbstproduktion sondern mit Angestellten. Später hat Godin diesem Familistère seine Fabrik vermacht. Sie war seitdem wohl auch Produktivgenossenschaft, aber in ihrem Tätigkeitsgebiet waren beide Genossenschaften vollständig voneinander getrennt.

4. Karl Marlo.

Er schrieb in vier Bänden (1850—1858) ein »System der Weltökonomie«, eine ungemein breite Paraphrase Fourierscher Ideen.

§ 60. Saint Simon, Bazard, Enfantin, Louis Blanc, Lassalle.

1. Claude Henri de Rouvray, Comte de Saint Simon (1760—1825).

I. Sein Leben.

Aus einer sehr alten, sehr reichen und hochangesehenen Adelsfamilie stammend ergriff er die Offizierslaufbahn, zeichnete sich in Amerika aus und hatte die besten Aussichten auf eine glänzende Karriere, als er von innerer Unrast, seinem wesentlichsten Charakterzuge, getrieben seine Stellung aufgab und auf Reisen ging. Bei der Nachricht der Berufung der Stände kehrte er sofort zurück. Er gehörte zu den Adligen, die sich dem Bürgerstande bei allen ihren Forderungen aus innerster Überzeugung anschlossen, obgleich die Reformen ihm sein eigenes Vermögen kosteten. Mit dem kleinen Rest seines Vermögens beteiligte er sich zusammen mit dem Grafen Redern, dem preußischen Gesandten in London, an Grundstücksspekulationen in den Gütern der Emigranten. Dadurch erwirbt er zwar ein neues Vermögen und bringt es auch rechtzeitig in Sicherheit, aber seine Beziehungen zum Grafen Redern werden bekannt, machen ihn als *ci devant* verdächtig und ziehen ihm eine mehrmonatliche Untersuchungshaft zu. Auf langen Reisen bringt er sein neues Vermögen durch und muß schließlich zufrieden sein als er in Paris einen untergeordneten, schlecht bezahlten Posten bei der Stadtverwaltung erhält. Ein wohlhabend gewordener ehemaliger Diener nimmt ihn in seinem Hause auf. 1814 kehrt seine Familie zurück, sie gewährt ihm bis zu seinem Tode eine auskömmliche Pension. Jetzt erst beginnt seine schriftstellerische Tätigkeit. Seine beiden bedeutendsten Schriften sind: »Réorganisation de la société européenne« (1817) und »Nouveau Christianisme« (1825).

II. Sein System.

a) In der ersten Schrift wirft er die Frage auf, ob es für Frankreich ein größerer Verlust sein würde, 3000 seiner hervorragendsten Gelehrten, Künstler, Bankiers, Industriellen, Kaufleute, Handwerker und Arbeiter oder 30 000 Geistliche, Adlige, Großgrundbesitzer, Juristen, Beamten, Offiziere zu verlieren, und beantwortet diese Frage selbst dahin, die letzteren würden sich sehr schnell wieder ersetzen lassen, die ersteren nur sehr schwer. Mithin seien die ersteren für Frankreich ein wertvollerer Besitz und seien deshalb auch über die letzteren zu setzen. In Wahrheit sei die Rangordnung eine umgekehrte, obgleich die Wissenschaft doch unbestritten zugebe, daß aller Wert in letzter Linie auf Arbeit zurückzuführen sei. Es müsse nun aber die Arbeit und es müßten die Stände, die sie verrichteten, also die Gelehrten, die Künstler, die Bankiers, die Kaufleute, die Industriellen, die Handwerker, die Arbeiter die erste Stelle einnehmen, nicht aber die Geistlichkeit, der Adel, die Großgrund-

besitzer, die Juristen, die Beamtenschaft, die Offiziere. Es sei eine Organisation der Gesellschaft zu bilden, in welcher die zweite Klasse der ersten Klasse untergeordnet sei und ihr diene, so daß sich aus der noch immer feudalen Organisation des Staates eine durchaus industrielle als Höhepunkt der Zivilisation entwickle. Eine solche vollständige Organisation sei aber nur möglich durch die Beseitigung jegliches Geburtsrechtes und die Aufhebung aller Privilegien, durch eine Erziehung, die bei jedem die natürlichen Anlagen in vollster Harmonie zu entwickeln sucht.

b) In Nouveau Christianisme will er ein neues Christentum schaffen, das den sittlichen Wert der Arbeit anerkenne und die erlösenden Mittel gegen die sozialen Wirren der Gegenwart gewähre. Das wahre Christentum hat nicht nur religiöse sondern, da es in dem Gebote der Nächstenliebe wurzeln muß, auch sozialpolitische Zwecke zu verfolgen. Daß es des Gebotes der Nächstenliebe vergaß, hat nach Saint Simon das Christentum bisher seine Aufgabe, eine wahrhaft erlösende Lehre und keine Religion zu sein, noch nicht erfüllen lassen; daß es den sittlichen Wert der Arbeit nicht erkannte, machte das Christentum weltfremd, so daß sein Reich nicht von dieser Welt war. Mit dem Jahre 1789 hebe eine neue Epoche des Christentums an, die soziale. Die gläubigen und wahren Christen der Gegenwart haben dafür zu sorgen, daß die politischen Vorrechte, die aus der Vergewaltigung früherer Jahrhunderte stammen, verschwinden, und daß dasjenige Regierungssystem eingeführt werde, das durch Fürsorge für die arme und zahlreichste Volksklasse die Gebote der Nächstenliebe praktisch zu verwirklichen sucht. Das war Saint Simons Vermächtnis.

2. *Saint Amand Bazard* (1791—1832).

I. Sein Leben.

Als Begründer des Geheimbundes der Carbonari, die die Republik wiederherstellen wollten, an einem Putsch beteiligt wird er zum Tode verurteilt und muß sich verborgen halten. In dieser Zeit tritt er in Beziehung zu den Saint Simonisten. Schnell wird er ihr Führer. Als 1828 die Gährung gegen Karl X. anfang, begann er vor einer täglich größer werdenden Zuhöreremenge Vorträge über den Saint Simonismus zu halten. Diese erschienen 1831 unter dem Titel »Exposition de la doctrine Saint Simonisme« (Le nouveau Christianisme). 1832 starb er an Abzehrung.

II. Sein System.

In einer historischen Einleitung wird ausgeführt, wie man in jedem Kulturabschnitt eine aufbauende organische und eine abfallende anorganische Periode unterscheidet. Mit Saint Simon habe ein neuer Kulturabschnitt, der soziale, begonnen. Seine Lehre weise den organischen Aufbau dieses Abschnittes auf. Die wesentlichen Merkmale dieses organischen Aufbaues seien:

1. der Ausschluß jeder ferneren Ausbeutung einer Person durch eine andere, d. h. eine neue Produktionsordnung, die keinerlei Unterordnungsverhältnisse der Personen untereinander kenne, auch die kapitalistische nicht;
 2. die Aufhebung aller Geburtsvorrechte, zu denen Bazard, über Saint Simon hinausgehend, auch das Erbrecht rechnet;
 3. eine bessere Erziehung des Menschengeschlechtes;
 4. eine erhöhte Pflege der Religion, die nach ihm identisch ist mit der Pflege der Wissenschaften, weil Religion Gotteserkenntnis, Gotteserkenntnis aber wiederum die Erkenntnis alles Seins und Werdens ist; denn in allem Sein und allem Werden dokumentiert sich Gott;
 5. eine geordnete Produktion im Gegensatz zu der heutigen Unordnung des Prinzips des laissez faire et passer.
- Neu sind also bei ihm zwei Punkte:
- a) die Aufhebung des Erbrechtes,
 - b) die scharfe Kritik des Prinzips des laissez faire et passer.

Ad a. Die Aufhebung des Erbrechtes.

Sie begründet Bazard folgendermaßen: Das Erbrecht sei kein absolutes und kein unabänderliches sondern wie alle anderen sozialen Tatsachen dem Gesetz der Entwicklung unterworfen; es könne zu verschiedenen Zeiten in verschiedener Weise ausgedehnt, begrenzt und geregelt werden; es sei kein Naturrecht sondern ein historisch gewordenes und historisch wandelbares Recht. Historisch sei es nachweisbar, wie dieses Erbrecht gewachsen und eingeschränkt sei; es habe z. B. während einer langen Periode des Mittelalters auch ein Erbrecht in den Ämtern, Staatsvorrechten und anderen Privilegien bestanden und sei dann beseitigt worden. Bei dem Tode des Besitzers müsse sein Eigentum nicht an die Familie sondern an den Staat fallen, unter dessen Schirm und Mitwirkung es erworben und erhalten sei; der Staat soll es zur Belohnung derer verwenden, die sich im Staat und in der Gesellschaft besondere Verdienste erworben hätten; so solle an die Stelle des Familienrechtes das Erbrecht des Verdienstes treten. Die Verteilung der an den Staat gefallen Vermögen solle durch sogenannte Staatsbanken erfolgen.

Bazard übersieht bei seinem Vorschlag die Bedeutung des Erbrechtes als treibendes Moment der Tätigkeit, er übersieht auch, daß sein Vorschlag einen Protektionismus und eine Korruption der Staatsverwaltung von der allerschlimmsten Art groziehen würde.

Ad b. Die Schilderung der Industrie unter dem Einfluß der freien Konkurrenz.

Bazard schildert die Industrie unter dem Einfluß der freien Konkurrenz als ein Trümmerfeld, auf dem unter tausend Ruinen und zwischen Millionen elender Hütten sich vereinzelt kolossale Gebäude des Reichtums erheben; denn die freie Konkurrenz bedeute weiter nichts als einen Krieg aller gegen alle, der mit der Vernichtung der Mehrheit ende. Der Untergang der Schwachen sei eine regelmäßige Erscheinung, die man kalt bedauere, ohne ihr abzuhelfen. Die sogenannte freie Konkurrenz lasse sich kurz charakterisieren durch die Worte: *«L'exploitation de l'homme par l'homme.»*

Diese Schilderung ist zwar etwas stark aufgetragen, war aber für Bazards Zeit im allgemeinen doch zutreffend. Ihre historische Bedeutung liegt darin, daß sie der Punkt ist, an den die Sozialisten später anknüpfen.

3. Barthélemy Prosper Infantin (1798—1864).

Schon bei Lebzeiten Saint Simons für dessen Lehre gewonnen veröffentlichte er 1828 einen Saint Simonistisch-Bazardschen Roman »Les mémoires d'un industriel

de l'an 2240«. Das Erbrecht ist abgeschafft, alle Standesunterschiede sind verwischt, von den Lehrern angeleitet wählen die Kinder sich ihren Beruf, alle Produktionsmittel sind staatliches Eigentum und werden vom Staat an jeden verliehen, der die Fähigkeit zu ihrer Benutzung nachweist; Entdeckungen werden sofort Eigentum des Staates; sie und alle neuen Maschinen dienen dazu, die Arbeitszeit immer mehr zu verkürzen.

Die berüchtigten Ordonnanzen Karls X. vom 30. Juli 1830 beantworteten Enfantin und Bazard mit einem vom ersteren verfaßten Manifest, das in kurzen prägnanten Zügen das Saint Simonistisch-Bazardsche System, dazu aber auch die Emanzipation der Frau, die freie Ehe, enthielt. Darüber kam es zu inneren Streitigkeiten unter den Saint Simonisten. Als die Majorität sich für Enfantin entschied, sagten sich Bazard und alle wohlhabenden Mitglieder von der Vereinigung der Saint Simonisten los. Nun machte sich Enfantin zum Messias der Saint Simonisten. Gleich Christus zog er in die Wüste, d. h. auf sein kleines Gütchen, um sich auf sein Messiasamt vorzubereiten. Ganz Israel, d. h. alle Saint Simonisten, strömten hinaus, den neuen Heiland zu vernehmen. Die Polizei griff gegen den Unfug ein. Da beschlossen die Saint Simonisten das undankbare Frankreich zu verlassen. Nach einiger Zeit kehrten sie einzeln wieder heim. Seitdem hat man vom Saint Simonismus nichts mehr gehört. Enfantin wurde später ein ganz vernünftiger Bankier und erwarb als solcher ein beträchtliches Vermögen.

4. *Louis Blanc* (1811—1882).

I. Sein Leben.

Als Hauslehrer in der Familie eines Fabrikanten lernt er die Arbeiterverhältnisse kennen, erhält für ein paar kleiner Gedichte einen Preis und dadurch einen Redakteurposten an einem Pariser demokratischen Blatt. Da Louis Blanc nicht für Verstaatlichung der Eisenbahnen eintreten darf, gibt er den Posten wieder auf und gründet eine eigene Monatsschrift, die »Revue du progrès politique, sociale und littéraire«. Eine Artikelserie daraus veröffentlicht er besonders unter dem Titel »Organisation du Travail«. In kleinen Bänden gibt er dann vom demokratischen Standpunkt aus geschrieben die Geschichte der Jahre 1830—1840 und dann diejenige der großen französischen Revolution heraus. 1846 übernahm er die Redaktion der »Reform«. 1848 wurde er in die provisorische Regierung gewählt. In dieser fordert er eine organisation du travail nach dem von ihm entwickelten Plane, die Aufstellung des Rechtes auf Arbeit für die Arbeiter, eine Maximalarbeitszeit für alle Arbeiter, ein Verbot des Zwischenmeistertums, die Errichtung von Arbeitsnachweisen, die Aufhebung der Gefängnis- und Zuchthausarbeit, die Errichtung staatlich unterstützter Produktivgenossenschaften. Die Wahlen zur Assemblée nationale ergaben eine der radikalen provisorischen Regierung feindliche gemäßigte Mehrheit. Nun machen die Communards unter Blanqui einen Aufstand, der von Cavaignac niedergeworfen wird. Blanc wird, wenn auch grundlos, beschuldigt, den Aufstand der Communards heimlich gefördert zu haben. Seine Verurteilung ist eine im voraus beschlossene Sache; da entflieht er nach England und widmet sich hier wieder schriftstellerischer Tätigkeit. Er gab eine neue Monatsschrift »Nouveau monde« heraus, arbeitete seine »organisation du travail« nach den gemachten Erfahrungen um, so daß man nicht aus der ursprünglichen sondern aus der neunten Auflage sein System ansehen kann, und vollendete seine Geschichte der französischen Revolution. Am Tage nach der Schlacht bei Sedan kehrte er nach Frankreich zurück. Im Alter von 59 Jahren ließ er sich als gemeiner Soldat in die Nationalgarde einreihen. Er war bis zu seinem Tode dauernd Mitglied der Deputiertenkammer, hat aber irgendeine Rolle in dieser nicht mehr gespielt. Von radikaleren Elementen wie Marx war er überholt.

II. Sein System.

Sein System knüpft zunächst an an den Ausspruch Bazards von der Exploitation de l'homme par l'homme. Die Exploitation müsse dazu dienen, die Macht des Kapitals selbst zu brechen, indem man einen Kapitalisten sucht, der, über allen Kapitalisten stehend, die Übermacht der großen Kapitalisten zugunsten der Gesamtheit vernichtet. Dieser Kapitalist aber braucht nicht erst gesucht zu werden, er ist schon vorhanden; es kommt nur darauf an, daß man ihn veranlasse, seine Mittel in dieser Richtung anzuwenden. Dieser Kapitalist ist nämlich der Staat, der nicht nur die Macht sondern auch die Aufgabe hat, den Besitzlosen zu helfen. Der Staat soll alle Produktion an sich ziehen. Ist dies geschehen, so behält er zunächst noch, aber nur für einen provisorischen Übergang die »Hierarchie der Funktionen«, d. h. die Verwaltung der industriellen Werkstätten, bis er den Arbeiterstand zur Selbstverwaltung erzogen hat. Kann diese Erziehung als abgeschlossen gelten, so überläßt der Staat an die Arbeiterassoziationen die industriellen Werkstätten. Diese wählen dann ihre Leiter selbst und regeln die Verteilung des Arbeitsertrages nach dem Grundsatz des berechtigten Bedarfs. Von Nationalwerkstätten findet sich nichts in seinem System; diese waren vielmehr ein Mittel seiner Gegner, um ihn zu übertrumpfen.

1. Louis Blanc unterschätzt die Tätigkeit des Unternehmers und Betriebsleiters.
2. Er überschätzt die Fähigkeit des Staates zur Betriebsleitung. Diese Fähigkeit kann sich immer nur auf beschränkten Gebieten bewähren.
3. Er unterschätzt die Schwierigkeit, eine Produktivgenossenschaft selbständiger Handwerker oder Fabrikarbeiter zu leiten. Auch wenn eine ganze Generation von Arbeitern in der Selbstzucht erzogen worden ist, und wenn die Fähigsten zur Leitung erzogen sind, werden unzweifelhaft sich bald die größten Schwierigkeiten einstellen, die entweder die sämtlichen Etablissements an den Rand des Untergangs bringen oder nur zur Entstehung eines neuen Unternehmerstandes führen werden; wie auch jetzt alle Produktivgenossenschaften nur zu dem einen Ziele führen, dem Unternehmerstande neue frische Kräfte aus dem kleinen Handwerkerstande oder dem Arbeiterstande zuzuführen, während freilich die meisten mit einem völligen Zusammenbruche enden.

Einen Saint Simonisten kann man Louis Blanc nicht nennen, da er gerade an den Punkt Bazards anknüpft, der nicht Saint Simonistisch war. Auch einen internationalen Sozialdemokraten kann man Louis Blanc nicht nennen. Er war durch und durch national, wie auch sein bedeutendster Schüler Lassalle durch und durch national war.

5. Ferdinand Lassalle.

I. Sein Leben.

Ferdinand Lassalle (1825—1864) war von jüdischen Eltern in Breslau geboren. Er entstammte einer der jüdischen Familien, die ihren Wohlstand der merkantilen Politik Friedrichs des Großen verdanken. Wie alle diese jüdischen Familien war auch die Lassallesche gut preußisch und königstreu gesinnt. Auch Lassalle selbst ist, abgesehen vielleicht von den Tagen, da er in die Garne von Marx geriet, und von den letzten Lebenstagen, in denen Enttäuschungen und Aufregungen ihn hinrissen, stets national und königstreu gesinnt gewesen. 1842 bezog er die Universität Breslau, später Berlin zum Studium der Philologie, Archäologie und Philosophie. Jung und reich konnte er sein Studium auf breiter Grundlage aufbauen. Er begab sich deshalb 1844 auf Reisen, die ihn auch nach Paris führten. Dieser Aufenthalt in Paris, so kurz er war, wurde doch ausschlaggebend für sein späteres Leben. Er trat hier in enge Beziehungen zu den verschiedenen französischen föderalistischen

und anarchistischen Kreisen; durch sie erhielt er wiederum Anknüpfungspunkte an die Gräfin Hagfeld, eine Bekanntschaft, die für ihn doppelt verhängnisvoll wurde; einmal brachte sie ihn in unangenehme Lagen (Verurteilung wegen Verleumdung und den berühmten Kassettenprozeß), sodann aber wurde sie Veranlassung, daß er acht volle Jahre seines Lebens einer Lappalie opferte. Am Rhein fand Lassalle auch Anschluß an Marx und wurde Mitarbeiter an dessen »Rheinischer Zeitung«. Lassalle veröffentlichte meist Artikel über das preußische Steuerwesen, wobei er sich hauptsächlich an Loß, einen damals sehr bekannten Finanzschriftsteller, anschloß. In einen Prozeß verwickelt, verteidigte er sich selbst durch eine glänzende Rede und erzielte seine Freisprechung. Dadurch wurde er in seinen Ausführungen aber unvorsichtiger und ein neuer Prozeß endete mit seiner Verurteilung zu sechs Monaten Gefängnis. Als Lassalle das Gefängnis verließ, war Marx nach England geflüchtet, die revolutionäre Bewegung unterdrückt. Noch bis 1854 hielt der Hagfeldprozeß Lassalle im Rheinlande fest, dann siedelte er nach Berlin über und nahm seine philosophischen Studien wieder auf. Er schloß sich der Hegelschen Schule eng an und veröffentlichte in ihrem Sinne »Die Philosophie Heraclit des Dunklen von Ephesus«, ein zwar sehr fleißiges, aber auch sehr phantasievolles zweibändiges Werk, das vor einer strengen Kritik nicht stich zu halten vermag. Diesem Werk folgte das sog. historische Drama »Franz von Sickingen«, in dem freilich nicht Franz von Sickingen sondern Lassalle zu uns spricht. Doch er spricht nicht übel: Seine Werke atmen eine gehobene Vaterlandsliebe, eine deutsch-nationale Gesinnung, vertrauensvolle Verehrung für das Fürstenhaus, warme Begeisterung für die Schöpfung eines deutschen Einheitsstaates unter einer starken Kaiserregierung, von der er allein eine Befriedigung der sozialen und wirtschaftlichen Forderungen des vierten Standes erhofft. Nur durch Blut und Eisen — das Wort war noch nicht von Bismarck gefallen — läßt er Franz von Sickingen sagen, kann die deutsche Frage gelöst werden.

»Das Herrliche, das die Geschichte sah,
Und alles Große, was sie jemals wird vollbringen,
Dem Schwert zulezt verdankt es sein Gelingen.
Siehst du die Donnerbüchsen, die Karthauen stehen?
Aus ihren Mündungen schöpft diese Zeit
Ihr ungestümes Recht.«

Hatte er Unrecht mit seiner Behauptung, die Arbeiterwohlfahrtspolitik könne nur von einem starken preußisch-deutschen Kaiserhaus inaugurirt werden? Freilich geschah diese Arbeiterwohlfahrtspolitik in einem ganz anderen Sinne, als es vermutet hatte.

Dem Drama folgte schon nach zwei Jahren das große rechtsphilosophische Werk »Das System der erworbenen Rechte«. »Was ist es,« heißt es im Vorwort, »das den innersten Grund unserer politischen und sozialen Kämpfe bildet? Der Begriff der erworbenen Rechte ist wieder einmal streitig geworden, und dieser Streit durchzittert das Herz der heutigen Welt«. Trotz aller Dialektik und allem Scharfsinn, trotz einiger richtiger Ausführungen war das Buch doch in allen seinen Teilen verfehlt. Lassalle war juristisch Autodidakt, keine ruhige, nüchterne sondern eine interessierte, agitatorische Natur. Er brachte also für ein solches Werk durchaus nicht die nötigen Voraussetzungen mit. Da mußte dem Werke der Erfolg versagt bleiben. Das Jahr 1862 brachte den Verfassungskonflikt. Nun duldete es Lassalle nicht mehr in der Studierstube. Doch sonderbar, der Verfasser des Dramas »Franz von Sickingen« vermochte nicht in Bismarck den kommenden Mann zu erkennen, wenigstens stellte er sich in dem Konflikte im Beginn auf die Seite des Freisinns, Nachdem er zunächst in drei Broschüren »Verfassungswesen«, »Was nun,«

»Macht und Recht« vergeblich versucht hatte, die Fortschrittspartei zu der Erklärung zu veranlassen, die Verfassung sei keine konstitutionelle, um so die Regierung zu zwingen, entweder in andere Bahnen zu lenken oder einzugestehen, daß sie in der Tat absolut regiere, beschließt er, sich auf Kosten des Freisinns, der von seinem Liebeswerben — seiner Meinung nach wenigstens — nicht die genügende Notiz genommen hatte, aus den unteren bürgerlichen Kreisen des Freisinns und der Arbeiterschaft selbst eine eigene Partei zu gründen. Diesem Zweck diente ein Vortrag, den er 1862 in einem östlichen Berliner Handwerkerverein hielt, und der über die drei wirtschaftlichen Perioden des Grundbesitzes und der Sklaverei, des Kapitalismus, in der wir noch ständen, und die es zu überwinden gälte, und der Arbeit, die die Periode des Kapitalismus einmal ablösen müsse, handelte. Infolge dieser Rede angeklagt mußte er sich vor dem Landsgerichte und dem Kammergerichte in Berlin verteidigen. Die bei diesen Verhandlungen von ihm gehaltenen Verteidigungsreden ließ er unter dem Titel »Die Wissenschaft und die Arbeiter« und »Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen« drucken.

In Deutschland wurde das Arbeitervereinswesen nach 1848 entweder von der Regierung erfolgreich unterdrückt oder geriet ins Schlepptau der Gothaer, d. h. der großliberalen Partei, und vegetierte in Arbeiterbildungsvereinen weiter. Da kam Anfang des Jahres 1863 der Arbeiterbildungsverein Leipzig unter Führung des rührigen zweiundzwanzigjährigen Schuhmachers Vahlteich auf den Gedanken, einen allgemeinen Arbeiterkongreß nach Leipzig zu berufen und auf diese Weise ein selbständiges Vorgehen des Arbeiterstandes zu veranlassen. Hiermit stießen die Arbeiter natürlich auf den Widerstand der Gothaer Partei, die eine Emanzipation des Arbeiterstandes mit argwöhnischen Augen ansehen mußte. Schulze-Delitzsch, damals durch seine rührige Tätigkeit für das Genossenschaftswesen schon eine sehr bekannte Persönlichkeit, an den man sich mit der Bitte gewandt hatte, die Organisation und die Hauptrede des Kongresses zu übernehmen, versagte darum bzw. empfahl den Arbeitern, seinen Genossenschaften beizutreten, im übrigen aber sich in Arbeiterbildungsvereinen ein tieferes volkswirtschaftliches Wissen anzueignen, ehe sie an eine eigene Vertretung ihrer Interessen gingen.

Diese Antwort gefiel den Leipziger Arbeitern natürlich nicht, und sie wandten sich mit demselben Gesuch nunmehr an Lassalle, der ja durch drei kurz aufeinander folgende kleine Bücher sein Interesse für den Arbeiterstand bewiesen hatte. Lassalle begriff sofort, daß jetzt durch die Unklugheit von Schulze-Delitzsch für ihn die Gelegenheit zur Bildung einer eigenen, von der großen liberalen Partei unabhängigen Arbeiterpartei gekommen sei. Er antwortete auf das Ersuchen des Leipziger Arbeitervereins mit dem »Offenen Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses nach Leipzig«. (Diesen stolzen Titel hatte sich der Vorstand des Leipziger Arbeiterbildungsvereins selbst beigelegt).

Zu spät bemerkte Schulze-Delitzsch seinen Fehler. Nun beginnt von seiten beider Männer von Lassalle und von Schulze-Delitzsch ein Liebeswerben um die Arbeiter, von seiten des ersteren, um sich selbst eine Partei zu gründen, von seiten des letzteren, um die Arbeiter bei der großliberalen Partei festzuhalten. In seinem Jahresbericht über die deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften für das Jahr 1863 und in seinem Arbeiterkatechismus (1863) kam Schulze-Delitzsch auch auf seinen Streit mit Lassalle zu sprechen. Lassalle antwortete mit dem Pamphlet »Herr Bastiat Schulze-Delitzsch, der ökonomische Julian«. Ein Pamphlet muß diese Broschüre genannt werden, weil Lassalle in ihr den Ton

des Anstandes, den man auch dem politischen Gegner schuldet, vollständig vernachlässigt hatte.

Um sich von einer anstrengenden Agitation zu erholen, reiste Lassalle nach der Schweiz. Hier erneuerte er die Bekanntschaft mit einem Fräulein von Dönniges, der er schon in Berlin vorgestellt worden war. Wiederum wurde es für ihn verhängnisvoll, Verkehr in adligen Kreisen zu suchen. Ein Duell ist die Folge, in dem Lassalle tödlich verwundet wird.

II. Sein System.

Lassalle besitzt irgendwelche Originalität nicht; seine Bedeutung beruhte nur darauf, sich eklektisch ein zur Agitation sehr gut verwertbares System zusammengestellt und dies System dann auch in agitatorisch geschickter Weise intensiv verwertet zu haben. Eigentlich nur in den letzten zwei bis drei Jahren seines Lebens beruht seine Bedeutung. Marx, Proudhon, Rodbertus, vor allen aber Louis Blanc und Ricardo mußten ihm mit Bruchstücken ihrer Lehre bei der Zusammenstellung seines Systems helfen. Alles Wesentliche seines Systems hat er von den beiden letzten entliehen, von den drei ersten nur Arabesken und Schnörkel. Wir können uns deshalb auf seine Entlehnungen aus den beiden letztgenannten Schriftstellern beschränken.

a) Seine Entlehnungen aus Ricardo.

Aus Ricardo hat Lassalle die Lohntheorie entlehnt, welche sich bei ihm zu dem »ehernen Lohngesetz« verdichtet, das nach ihm gelten soll, so lange die kapitalistische Produktion währt. Seine Formulierung lautet: »Die Beschränkung des durchschnittlichen Arbeitslohnes auf die in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderliche Lebensnotdurft, das ist also das eherne und grausame Gesetz, welches den Arbeitslohn unter den heutigen Verhältnissen beherrscht.«

b) Seine Entlehnungen aus Louis Blanc.

Von Louis Blanc hat Lassalle den Gedanken entlehnt, daß der Staat die Exploitation de l'homme par l'homme zugunsten des Arbeiterstandes zum Abschluß bringen solle.

Er weicht dann aber von Louis Blanc in zwei Punkten ab.

c) Seine Abweichungen von Louis Blanc.

α) Lassalle meint, Louis Blanc habe nicht genügend berücksichtigt, wie der Staat zur Exploitation der Kapitalisten zu veranlassen sei. Der Staat würde, so meint Lassalle, so lange die Regierung in den Händen der besitzenden Klassen sei, nie zur Exploitation der Kapitalisten schreiten. Folglich müßten die Arbeiter zunächst einmal danach streben, sich Einfluß auf die Regierung zu verschaffen; zu diesem Zwecke müßten sie sich zu einer großen sozialen Partei zusammenschließen, deren aller-

nächstes Ziel die Erringung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes mit geheimer Abstimmung (Art. 20 der Verf. des Nordd. Bundes vom 26. Juli 1867) sein müsse, um Vertreter der Arbeiterklasse in das Parlament zu bringen, wo sie die Forderungen der Arbeiter geltend machen und deren Erfüllung durchsetzen könnten.

β) Lassalle hält die von Louis Blanc als Übergangsstadium vorgeschlagene provisorische staatliche Produktion weder für notwendig noch für möglich. Er denkt sich den Übergang von der kapitalistischen zur föderativen Produktion vielmehr in der folgenden Weise. Dem Staate stehe, sofern er nur einigermaßen eine regelmäßige Verzinsung in Aussicht stellen könne, ein billiger Kredit ins Ungemessene zur Verfügung. Diesen Kredit solle er benutzen, um zunächst in solchen Bezirken und Orten, welche durch die Art ihrer Gewerbetätigkeit, die Dichtigkeit der Bevölkerung, die Befähigung der Arbeiter die günstigsten Aussichten böten, Produktivassoziationen ins Leben zu rufen, und diese mit dem ihm zu Gebote stehenden Kredite in die Lage versetzen, die Unternehmer auszukaufen. Nachdem man zunächst bei diesen die nötige Erfahrung gesammelt habe und der Arbeiterstand selbst in seiner Elite ein Vorbild gewonnen habe, solle darauf die Entwicklung erst langsamer, dann schneller schrittweise vor sich gehen, bis schließlich alle Produktion sich innerhalb von Produktivgenossenschaften vollziehe. Wenn die Ausdehnung dieser Wirtschaftsform eine ansehnliche geworden sei, würden die Assoziationen Verbände unter sich zu schließen haben, um an die Stelle der jetzigen planlosen, kraftvergeudenden Wirtschaftsweise, wo jeder darauflos produziere, ohne sich um den anderen zu kümmern, eine planmäßigere und sparsamere zu setzen; wenn nämlich gegenwärtig zwar in jeder einzelnen Unternehmung, sofern sie rationell betrieben werde, knappe Ordnung und zweckmäßige Arbeitsteilung herrsche, so kämen doch im ganzen der Volkswirtschaft kolossale Verschwendungen und fortwährende Verluste vor.

γ) Um in dieser Weise vorzugehen, brauche der Staat nicht erst zu warten, bis die kapitalistische Produktion reif zur Ernte sei, sondern könne damit sofort beginnen.

Soweit es sich bei Lassalles System um Entlehnungen handelt, können wir an dieser Stelle von einer Kritik selbstverständlich absehen. Es sei hier nur noch bemerkt, daß die offizielle Sozialdemokratie selbst heute sein ehernes Lohngesetz insofern aufgegeben hat, als sie es nicht mehr als charakteristisch für den Kapitalismus sondern nur für die individuelle Lohnvereinbarung erklärt. Darum nutzt sie es auch heute in einer ganz anderen Weise aus als Lassalle. Sie sagt den Arbeitern nicht mehr: »Ihr könnt, so lange die kapitalistische Produktion währt, nichts zur Besserung eurer Lage tun; deshalb strebet danach, diese Produktion so bald als möglich mit Staatshilfe durch eine genossenschaftliche zu ersetzen.« Sie sagt vielmehr den Arbeitern: »So lange ihr isoliert und vereinzelt seid, werdet ihr nur einen Lohn erreichen, wie ihn das ehernes Lohngesetz euch verheißt; wenn ihr aber durch eine starke Pateiorganisation (offizielle Erklärung

des Parteivorstandes) oder durch eure Gewerkschaften (offizielle Erklärung der Gewerkschaftler) gedeckt seid, werdet ihr einen über jene Lohnhöhe hinausgehenden Lohn euch erzwingen können«. Was Lassalles Wunsch des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes betrifft, so ist er schon 1867 erfüllt worden, ohne daß es bisher der Arbeiterschaft gelungen wäre, das Reich zu bewegen Produktivgenossenschaften mit seiner Unterstützung zu begründen. Mit einer einzigen Produktivgenossenschaft ist 1863 in Reichenbach i. Schl. auf Bismarcks Verwendung mit Privatgeldern König Wilhelms I. ein Versuch gemacht worden, der kläglich scheiterte. Zum Schluß muß noch hervorgehoben werden, daß Lassalles Vorschläge keinen revolutionären Charakter aufweisen sondern ein Weiterbauen auf historischem, rechtlichem Wege fordern.

§ 61. Buchez, Schulze-Delitzsch.

1. Buchez (1796—1865).

Schon 1816 war er leitender Redakteur des »Journal des progrès des sciences et institutions médicales« und Mitarbeiter an St. Simons »Producteur«, sagte sich aber nach St. Simons Tode vom St. Simonismus los und begründete eine eigene philosophische Zeitschrift »L'Européen«, die er zum Organ einer katholischen, auf Selbsthilfe des Arbeiterstandes basierten, durchaus anti-revolutionären, sozialen Reform machte. Durch Produktivgenossenschaften, die auf Selbsthilfe basiert seien, müsse der Arbeiterstand sich von dem Unternehmerstande zu emanzipieren suchen. Diese Produktivgenossenschaften müßten klein anfangen und sich dadurch immer mehr heraufarbeiten, daß sie einen möglichst großen Teil des Gewinnes nicht verteilen sondern zur Erweiterung des Unternehmens benutzten. Die Betonung seines antirevolutionären und katholischen Standpunktes brachte ihm die Sympathien der damals allmächtigen Monarchisten und Geistlichen. Mit ihrer Hilfe, nicht durch Selbsthilfe, aber auch deshalb, weil Buchez streng auf große Rücklagen aus den Geschäftsgewinnen sah, gediehen seine Produktivgenossenschaften sehr gut. Außer zahlreichen Artikeln im Européen veröffentlichte er »Introduction à la science de l'histoire« (1832), »Histoire parlementaire de la Révolution française« (1833—1838) und sein national-ökonomisches Hauptwerk: »Essai d'un traité complet de philosophie au point de vue du catholicisme et du progrès« (1839—1840). 1848 wurde er in die konstituierende Versammlung gewählt und durch den Einfluß des Klerus Präsident dieser Versammlung. Man warf ihm aber vor, bei dem Blanquischen Putsch nicht genug Energie gezeigt zu haben. Seine Rolle war damit ausgespielt.

Buchez übersieht die ungemainen Schwierigkeiten, die sich der Gründung und Durchführung einer Produktivgenossenschaft entgegenstellen; diese liegen einerseits in der Person des Leiters und andererseits in den übrigen Genossen. Der Leiter zunächst muß drei Eigenschaften in sich vereinigen, die man außerordentlich selten in einem Menschen vereinigt sehen wird; diese sind ein ungemaines organisatorisches Talent, Diplomatie und Uneigennützigkeit. Sein organisatorisches Talent muß noch größer sein, als es ein Unternehmer, wenn er wirklich vorwärts kommen will, besitzen muß; denn ein selbständiger Unternehmer kann in der Organisation wohl einmal irren, wenn er nur rechtzeitig seinen Irrtum einsieht und rückgängig macht; der Leiter einer Produktivgenossenschaft aber darf niemals irren; denn auch der kleinste Irrtum kann ihn seinen Platz verlieren lassen, weil der gewöhnliche Arbeiter dem Genossen einen Irrtum schwerlich verzeihen wird. Zu dieser ganz hervorragenden Eigenschaft eines selbständigen Unternehmers kommen nun noch, wie gesagt, zwei Eigenschaften, die dieser durchaus nicht zu besitzen braucht,

diese sind Diplomatie und Uneigennützigkeit. Der selbständige Unternehmer kann von oben her dekretieren, der Leiter einer Produktivgenossenschaft muß immer und immer wieder nicht nur die Majorität, sondern auch, um nicht den Gedanken der Vergewaltigung des einzelnen durch die Mehrheit und damit Unzufriedenheit aufkommen zu lassen, jeden einzelnen von der Richtigkeit seiner Anordnungen überzeugen, ohne dabei doch Schwäche und Nachgiebigkeit zu zeigen, weil dann seine Autorität sofort geschwunden wäre. Ein Produktivgenossenschaftsleiter muß gewissermaßen die Fähigkeit besitzen, auf seine Umgebung eine Art suggestiver Kraft auszuüben. Dazu kommt nun noch endlich, wie gesagt, eine vollständige Uneigennützigkeit, damit der Leiter, wenn er sich hineingearbeitet hat, wenn er sich das Vertrauen der Kundschaft und der Lieferanten erworben hat, nicht, einerseits der Schwierigkeiten des fortwährenden Diplomatisierens überdrüssig und andererseits gelockt durch die großen Vorteile, die er in selbständiger Stellung erringen könnte, sich von den Genossen lossage und sich selbständig mache. Die Produktivassoziation würde in diesem Falle nicht zur Emanzipation des Arbeiterstandes führen sondern nur zum Sprungbrett für einen neuen aus dem Arbeiterstande sich emporarbeitenden Unternehmerstand dienen. Angenommen nun aber selbst, ein solcher Leiter habe sich gefunden, wo findet sich für ihn ein Nachfolger, wenn er stirbt oder sein Amt infolge Alters niederlegt? So beruht also eine solche Produktivgenossenschaft, selbst wenn sie wirklich einmal glückt, immer auf zwei Augen und ist der Gefahr des Zusammenbruchs oder der Auflösung ausgesetzt, wenn diese zwei Augen nicht mehr über sie zu wachen vermögen. Und nun auf der anderen Seite: Bei den Genossen ist ein unentwegtes Vertrauen zu der einmal gewählten Leitung, der Verzicht auf jedes ehrgeizige Intrigieren, um auch einmal in die geachtete leitende Stellung zu kommen, die bescheidene Anerkennung der überragenden Fähigkeiten des Leiters nötig. Wo werden wir diese überall finden? Wo wird eine Produktivgenossenschaft nicht an den ehrgeizigen inneren Intrigen scheitern? Ein dritte Schwierigkeit der Produktivgenossenschaft hat Buchez richtig erkannt und, wie man zugeben muß, mit Erfolg bekämpft, daß nämlich die Genossen besonders im Beginn des Arbeitens einer solchen Genossenschaft uneigennützig auf große persönliche Gewinne verzichten müssen, um dem Unternehmen einen genügenden Erweiterungs- und Erneuerungsfond zu beschaffen. Buchez ist es gelungen, bei seinen Produktivgenossenschaften alle diese Schwierigkeiten zu überwinden. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß sie sich immer mit derselben Leichtigkeit werden überwinden lassen. Buchez' Assoziationen setzten sich zusammen aus klerikalen Arbeitern; hier half die außerordentlich große suggestive Kraft der katholischen Geistlichkeit, hier half auch die direkte Drohung des Geistlichen, der Genossenschaft die ungemein große Unterstützung seines Einflusses zu entziehen, wenn sie sich dem nicht fügen wollte, was er und der nominelle Leiter der Genossenschaft für richtig hielten. Zu den drei genannten Schwierigkeiten kommt nun noch die vierte, die hauptsächlichste. Man wird mit den Buchezschen Genossenschaften den Unternehmerstand nicht in denjenigen Betrieben herausdrängen können, die von Anfang an die Investierung eines großen Kapitals verlangen, weil ihre Produkte sich nur in Großbetrieben herstellen lassen. Wenn in Frankreich die Produktivgenossenschaften Buchezscher Art mehr als irgendwo anders gediehen sind, so liegt das zu einem großen Teil auch daran, daß gemäß dem geringen wirtschaftlichen Wagemut der Franzosen in Frankreich wenig Großbetriebe bestehen, die von Anfang an große Kapitalien verlangen, wie der eigentliche Fabrikbetrieb, als vielmehr Großbetriebe, die nur ein kaufmännisches und organisatorisches Talent erfordern, wie der Verlag der Hausindustrie und die Manufaktur, und solche Betriebe, die sich allmählich aus kleinen Betrieben herauswachsen können.

Es sei noch, um Mißverständnissen vorzubeugen, darauf hingewiesen, daß die gemachten Ausführungen nur für solche Produktivgenossenschaften gelten, bei denen alle an der ausführenden Arbeit beteiligten Personen Genossen sind (kurz gesagt, für Arbeiterproduktivgenossenschaften), nicht aber oder wenigstens doch nicht in vollem Umfange für die, bei denen nur die Leiter Genossen sind (kurz gesagt, für Handwerkergenossenschaften), und noch weniger für die Teilproduktivgenossenschaften, bei denen eine Reihe beruflich verwandter Unternehmer ein in ihrem Hauptunternehmen gewonnenes Produkt gemeinsam verarbeiten und absetzen, wie sie uns in der Landwirtschaft sehr häufig begegnen und mit gutem Erfolg arbeiten. Alle diese Genossenschaften haben jedoch mit den Buchezschen nichts zu tun; denn sie können nie dazu führen, den Arbeiter vom Unternehmer zu emanzipieren. Das aber wollte Buchez mit seinen Genossenschaften¹.

2. Schulze-Delitzsch.

I. Sein Leben.

Schulze-Delitzsch (1808—1883) wurde nach bestandenen juristischen Staatsexamen als Nachfolger seines Vaters (der Posten vererbte sich gleichsam seit vielen Generationen in seiner Familie) 1841 Patrimonialrichter in seiner Geburtsstadt Delitzsch, da in diesen 1815 von Sachsen erworbenen Landesteilen noch Patrimonialgerichte bestanden. In dieser Stellung lernte er sehr genau die Bedürfnisse und die Not des kleinen Mannes kennen und erwarb sich zugleich ungemein das Vertrauen seiner Mitbürger. Daher entsandte ihn der Delitzscher Wahlkreis 1848 in die preußische Nationalversammlung. Schnell erlangte Schulze eine führende Stellung. Man wählte ihn zum Vorsitzenden eines von der Nationalversammlung eingesetzten Ausschusses zur Untersuchung des Notstandes der arbeitenden Klassen. Auf seinen Antrag faßte die Nationalversammlung den Beschluß, der Regierung die Steuern zu verweigern. Die Folge war die Auflösung der Nationalversammlung und eine Anklage gegen Schulze-Delitzsch wegen dieses Antrages. Schulze vermochte jedoch seine Richter zu überzeugen, daß ein solcher Antrag das gute Recht eines Abgeordneten sei. 1849 wurden die Patrimonialgerichte abgeschafft, und Schulze-Delitzsch wurde mit geringem Wartegeld zur Verfügung gestellt. Um ihn für seinen Antrag zu strafen, ließ ihn die Regierung mehr als ein Jahr auf die Neuanstellung warten und gab ihm dann einen Richterposten in Wreschen in Posen. Schon im folgenden Jahre hatte er hier einen Konflikt mit dem Justizminister. Ohne den erbetenen Urlaub abzuwarten, reiste er in persönlichen Angelegenheiten in seine Vaterstadt. Der Minister verhängte dafür über ihn eine, wie man anerkennen muß, milde Disziplinarstrafe. Doch für den schon verärgerten

¹ Wesentlich Buchezsche Ideen vertrat **Ott** in seinem »*Traité d'économie*« (1852). Das an sich unbedeutende, jeder Originalität entbehrende Buch spielt eine historische Rolle dadurch, daß der linke demokratische Flügel der französischen katholisch-sozialen Arbeiterbewegung, die sogenannten christlichen Demokraten oder katholischen Sozialisten, 1892 auf das Buch zurückgriff und seine Neuauflage, die für ihn seitdem eine Art von Bibel bildet, veranlaßte. Im übrigen ist der linke Flügel von der Du Pinschen Bewegung nicht losgetrennt und vertritt deren Programm. — In der freien Vollgenossenschaft sieht auch Charles **Gide** die Lösung der sozialen Frage. Da er aber in bezug auf die Methode nicht Rationalist sondern Historiker ist, so werden wir auf ihn an anderer Stelle zurückkommen. — Ein fernerer französischer Vertreter der Buchezschen freien Genossenschaft, der aber von den katholisierenden Tendenzen Buchez' frei ist, ist **Edmond Villey**.

Schulze wurde sie Veranlassung, den Staatsdienst zu verlassen und sich in seiner Vaterstadt als Rechtsanwalt niederzulassen. Schon während seiner Wartezeit bis zur Wiedereinberufung in den Staatsdienst hatte er in Delitsch zwei Rohstoffgenossenschaften für Tischler und Schuhmacher ins Leben gerufen. Nun widmete er sich der Gründung von Genossenschaften in Delitsch und Umgebung mit großer Emsigkeit. 1853 veröffentlichte er »Assoziationsbuch für deutsche Handwerker und Arbeiter« und 1858 »Die arbeitenden Klassen und das Assoziationswesen in Deutschland«. Auf dem ersten Vereinstage deutscher Vorschußvereine zu Weimar im Jahre 1859 übertrug man Schulze die Stellung eines Anwalts des Genossenschaftswesens, welche er bis zu seinem Tode bekleidete. Seitdem gab er auch die »Jahresberichte über die deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften« heraus. 1861 veröffentlichte er »Die Vorschuß- und Kreditvereine als Volksbanken«. Seit 1861 gehörte er auch wieder dem preußischen Landtage an. 1863 veröffentlichte er für Arbeiterbildungsvereine den »Arbeiterkatechismus«. An dem Zustandekommen des preußischen und des norddeutschen Gesetzes betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften nahm er 1868 bzw. 1869 lebhaften Anteil. Die Gesetze zeitigten die beiden Schriften: »Die Gesetzgebung über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften« (1869) und »Neue vollständige Anweisung für Vorschuß- und Kreditvereine« (1870).

II. Sein System.

Als Schüler Buchez' will Schulze durch Produktivgenossenschaften den Unternehmerstand aus dem Sattel heben; er teilt aber nicht dessen religiöse Lebensanschauung und hat seine Nebenabsichten nach dieser Seite hin nicht zu den seinigen gemacht; des ferneren aber glaubte er nicht sogleich mit Produktivgenossenschaften anfangen zu dürfen sondern hielt als Vorstufe die Roh-, Halbfabrikate-, Werkzeugs-, Maschinen-, Einkaufs- sowie Verkaufsgenossenschaften für notwendig, später wollte er noch eine zweite Vorstufe, die der ersten noch wieder vorausgehen sollte, die Kreditgenossenschaften, schaffen, und schließlich bequeme er sich auch zu dem Zugeständnis, daß auch Konsumvereine zur allgemeinen Einbürgerung des genossenschaftlichen Gedankens als unterste Vorstufe sich empfehlen würden.

Mit Recht haben die Sozialisten verschiedener Färbung ihm vorgeworfen, daß seine Vorstufen nur als Vorstufen für Handwerkerproduktivgenossenschaften, nicht als Vorstufen für Arbeiterproduktivgenossenschaften angesehen werden könnten, daß man mithin auf seinem Wege nie zu dem Ziel gelangen würde, das er sich gesteckt hatte, den Unternehmerstand aus dem Sattel zu heben. Falsch war also das Ziel, das Schulze-Delitsch sich steckte, falsch der Weg, auf dem er es zu erreichen suchte; seine historische Bedeutung aber liegt darin, daß ein glücklicher Zufall es wollte, daß das, was Schulze nur Mittel zum Zweck sein sollte, sich als ein erstrebenswertes und erstrebbares, segensbringendes Ziel erwies. Es ging ihm wie Saul, der ausging, seines Vaters verlorene Eselin zu suchen, und dabei ein Königreich fand. Schulze-Delitsch jagte einem Phantom nach und wurde auf der Jagd nach dem Phantom, sich selbst unbewußt, zu einem der realsten Reformatoren. Damit aber, daß Schulze-Delitsch die Jagd nach dem Phantom aufzugeben sich nur sehr schwer entschließen konnte, auch dann noch nicht, als die Arbeiterproduktivgenossenschaften immer mehr in nebelhafter Ferne verschwanden, während die Genossenschaften, die ihm nur als Mittel zum Zweck vorgeschwebt hatten, mehr und mehr begannen, ihre selbständige segensreiche Wirkung zu betätigen, hängt es zusammen, daß er fast bis zum Ende seines Lebens an der Solidarhaft festhielt. Für die auf Selbsthilfe gestellten Arbeiterproduktivgenossenschaften würde nämlich die Solidarhaft eine unbedingt notwendige Voraussetzung sein, und sollten

alle anderen Arten von Genossenschaften erzieherische Vorstufen zu diesen Produktivgenossenschaften sein, so mußte schon um des erzieherischen Zweckes willen auch bei ihnen an der Solidarhaft festgehalten werden¹.

§ 62. Robert Owen (1771—1858).

1. Sein Leben.

Von armen Eltern geboren, kaufte er schon 1800 eine große Feingarnspinnerei in New Lannarck in Schottland. Er errichtete für seine Arbeiter eine gemeinsame Kaufstätte für alle Lebensbedürfnisse, richtete ihnen Kantinen ein, baute ihnen gesunde Arbeiterfamilienhäuser mit kleinen Gärten, schränkte die Kinderarbeit ein, verkürzte die Arbeitszeit auch für die Erwachsenen, überwand eine Krisis dadurch, daß er keinen Arbeiter entließ, sondern statt dessen für alle Arbeitszeit und Lohn verringerte. Für die Arbeiterkinder richtete er Schulen ein. Seine Fabrikanlagen erwarben sich bald weithin einen Ruf; von allen Seiten kamen die Besucher herbei, um sie näher zu studieren. 1812 erschien sein erstes Hauptwerk: »A new view of society« und 1820 sein zweites Hauptwerk: »The book of the new moral world«. 1814 gründete er mit ungeeignetem Menschenmaterial — ausgemergelten Großstädtern — in dem amerikanischen Territorium Indiana eine kommunistische Kolonie New Harmony, die vollständig mißlang. Ebenso ging es ihm mit einem Versuche in Texas und zwei weiteren Versuchen in England selbst. Nun erst war er von seinen kommunistischen Anwendungen geheilt. 1832 gründete er bei einer großen Arbeitslosigkeit die Labour Exchange Bank. Jedes Mitglied konnte in den Magazinen der Bank Waren gegen Arbeitsstundenmarken deponieren und für die Arbeitsstundenmarken Waren von der Bank kaufen. Es fanden sich bald von vielen Arbeitern große Warenvorräte ein. Da mußte die Bank auf Annahme weiterer Waren von ihnen verzichten. Das führte zu inneren Streitigkeiten, die nach 1½ Jahren die Liquidation der Bank herbeiführten. Erst nach all diesen vergeblichen reformatorischen Versuchen begann Owens erfolg- und segensreiche reformatorische Tätigkeit auf dem Gebiete der Konsumvereine. Es ist sein Verdienst in diesen Genossenschaften, endlich die Klasse gefunden zu haben, die am meisten dem Arbeiter zu nützen vermag. Auch hier mißglückten freilich die ersten Versuche. Endlich aber im Jahre 1844 gelang es 28 armen Webern im Städtchen Rochdale bei Manchester, die richtige organisatorische Grundlage solcher Konsumentenvereinigungen zu finden. Die Rochdaler Genossenschaft der redlichen Pioniere wurde vorbildlich für das Konsumvereinswesen der ganzen Welt. Owens Verdienst bestand darin, mit der Propaganda für Konsumvereine nicht geruht zu haben, bis sie glückten.

2. Sein System.

Not und Elend, führt er aus, können nur durch eine gänzlich neue systematische Erziehung des einzelnen ausgerottet werden. Der Mensch, sagt er, sei das Produkt einerseits seiner angeborenen Neigungen, andererseits aber auch der äußeren Verhältnisse; darum könne er für seine Taten als Entgelt weder belohnt noch bestraft werden. Strafen und Belohnungen könnten wohl ein Mittel der Erziehung, aber niemals ein Entgelt für schlechte oder gute Taten sein. Die Laster und schlechten Charaktereigenschaften seien Krankheiten, welche Heilung, nicht Bestrafung — es sei denn als Mittel der Heilung — erforderten, aber auch

¹ Im Sinne von Schulze-Delitzsch, ebenfalls mit scharfer Betonung der Selbsthilfe, doch ohne Nachjagung nach einem Phantom, haben weiter gewirkt Schenck und Crüger.

die besten Anlagen könnten durch unberechenbare äußere Einflüsse verbildet werden. Der Erziehung der Jugend müsse deshalb die größte Sorgfalt zugewendet werden. In jedem Menschen, selbst im Verbrecher, stecke der Trieb nach Anerkennung von seiner Umgebung. Dieser Trieb müsse durch Erziehung zu einem Triebe werden, Anerkennung darin zu suchen, daß man als ein nütliches und brauchbares Mitglied der Gesellschaft gelte, daß man die für jeden Menschen erforderliche eigene Selbstachtung in dem Bewußtsein der Nützlichkei für andere suche. In einer Gesellschaft derart erzogener Menschen werde an allen nütlichen Dingen bald derselbe Überfluß herrschen wie jetzt am Wasser, da jeder bemüht sein werde, nach besten Kräften sich der Gesamtheit nütlich zu erweisen, und jeder einzelne Mensch, wenn er von diesem Triebe beseelt sei, weit mehr zu leisten vermöge, als er und seine etwa unmündigen Kinder zu verbrauchen vermöchten. Wie wir nun jetzt am Wasser kein Privateigentum erwürben, weil bei seinem reichlichen Vorhandensein eine Besitzergreifung zu privatem Eigentum jedes Reizes entbehre, so werde auch, da alle anderen Dinge in demselben Überfluß vorhanden sein werden, niemand mehr sich bewogen fühlen, irgend etwas von ihnen als privates Eigentum zu beanspruchen, und die Einrichtung des Privateigentums werde ganz durch den allgemeinen Überfluß an allen nütlichen Dingen von selbst aufhören.

Siebzehntes Kapitel.

Der sozialistische Rationalismus.

§ 63. Begriff und Übersicht des Sozialismus'.

Das allen Sozialisten Gemeinsame ist das, daß sie auf dem Wege der Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung der Produktionsmittel das der Menschheit gesteckte Ziel zu erreichen glauben, wenn auch nicht immer suchen, da sie häufig, wie z. B. Marx- und seine Schule meinen, daß dies Ziel nicht erstrebt zu werden brauche sondern sich aus der heutigen Entwicklung mit Naturnotwendigkeit von selbst ergebe, also auch ohne Streben der Arbeiter von selbst kommen müsse.

Man kann unter den Sozialisten unterscheiden:

1. die Vorläufer Johann Gottlieb Fichte und Karl Johann Rodbertus-Jageťow;
2. eine Gruppe für sich bildend Friedrich Engels und Karl Marx;
3. die Epigonen Amersin, Bellamy, Theodor Herzka, Willam Morris, Karl Kauťky, Anton Menger, August Bebel, F. E. Bilz, Adolf, Heinrich und Lily Braun, Paul Göhre, Franz Mehring, Heinrich Cunow und die beiden Franzosen Charles Andler und Adolf Landry;
4. die Revisionisten Eduard Bernstein, Bruno Schönlank, David, Schippel, von Vollmar, Herz, Block (Herausgeber der sozialistischen Monatshefte), Robert Wilbrandt, o. ö. Professor der Staatswissenschaften an der Universität Tübingen, und der Franzose Jaurès. Sehr nahe steht den revisionistischen Sozialdemokraten ferner Werner Sombart.

§ 64. Johann Gottlieb Fichte und Karl Johann Rodbertus-Jagetzow.

1. Johann Gottlieb Fichte (1762—1814).

Eigentlich Philosoph muß Fichte hier genannt werden wegen seiner Schrift »Der geschlossene Handelsstaat« (1801), die scharf auf der Grenze zwischen einem merkantilistischen und einem sozialistischen Idealstaate steht. Die Grundzüge dieses Idealstaates sind nämlich die folgenden: Arbeiten muß jeder Arbeitsfähige von einem bestimmten Alter an und zwar jeder in einer Art von Beamtenstellung. Beamter ist der Landwirt, Beamte sind der Handwerker und der Leiter und der Arbeiter eines Großbetriebes, Beamter ist der Leiter einer inneren Verkaufsstätte. Jeder Tätige enthält für seine Tätigkeit seine Entschädigung, sei es in Gehalt, sei es in Stunden- oder Stücklohn, sei es im Anteil an der umgesetzten Ware. Da alle Tätigen Staatsbeamte sind, kann der Staat auch, ganz dem Bedarf entsprechend, die Aufnahme in die verschiedenen Tätigkeitssphären regeln. Er soll vor allem dafür sorgen, daß genügend Arbeitsfähige sich dem Ackerbau widmen. Der

Staat soll nach Möglichkeit seinen Bedarf durch eigene Produktion decken. Was er an das Ausland absetzen und von dem Auslande beziehen will, das verkauft und kauft die Staatsverwaltung für den ganzen Staat. Der einzelne Staatsangehörige darf mit dem Auslande nicht auf eigene Rechnung sondern nur auf Rechnung und im Auftrage des Staates in Handelsbeziehungen treten. Dieser Idealstaat soll nach Fichte das Recht auf, aber auch die Pflicht zur Arbeit verwirklichen; wer nämlich arbeiten kann, hat nicht nur ein Recht auf sondern auch eine Pflicht zur Arbeit. Wer arbeiten kann und nicht arbeiten will, hat auch kein Recht zum Essen; wer arbeiten kann und arbeiten will, hat auch ein Recht, Arbeit zugewiesen zu erhalten. Eine gewisse freie Berufswahl besteht, aber nur soweit, wie sie dem Bedarf entspricht. Unter denen, die sich zu einem Berufe melden, wählt der Staat die Fähigsten aus und bereitet sie gegebenenfalls noch weiter zu dem Berufe vor. Die übrigen müssen spätestens bis zu dem Tage, wo sie gesetzlich verpflichtet sind, sich an der Arbeit zu beteiligen, sich zu einem Beruf gemeldet haben, in dem noch Stellen frei sind, sonst wird ihnen von den Staatsleitern eine ihren Fähigkeiten entsprechende Stellung zugewiesen. Auch jene Berufe, die das Leben verschönen, sind erlaubt, soweit es der Wohlstand des Staates zuläßt. Erziehung der Jugend zu arbeitsreudigen und pflichttreuen Staatsangehörigen, die aber auch den Anlagen der einzelnen nach Möglichkeit gerecht wird, bildet auch bei ihm, wie den meisten Zeichnern eines Idealstaates, die Hauptgrundlage seines idealen Staates.

2. *Karl Johann Rodbertus-Jageſow* (1805—1875).

1. Sein Leben.

Geboren zu Greifswald als Sohn eines ordentlichen Professors in der juristischen Fakultät studierte er Jurisprudenz und trat in den Staatsdienst. Nach dem Tode des Vaters gab er aber den ihm unsympathischen Beruf auf, ging auf Reisen und kaufte dann das pommersche Gut Jageſow. Früh wurde er in die Kreis- und Provinziallandtage gewählt, auch mit Kreis- und Provinzialämtern und mit der Stellung eines Generallandschaftsrates der pommerschen Landschaft wurde er betraut. Er wurde in den vereinigten Landtag und später auch in die erste Kammer entsandt, legte aber nach Aufoktroiyierung der neuen Verfassung alle seine Ämter und Vertretungen nieder. Seitdem nahm er kein Amt und keine Vertretung mehr an, seitdem begann aber auch erst seine soziale literarische Tätigkeit. Wenn seine Schriften auch bis stark an die Grenze des Sozialistischen ein warmes Interesse für den Arbeiterstand bewiesen, blieb er doch immer der feine vornehme Gelehrte, der aller Agitation, insbesondere aller die Arbeiter selbst aufrufenden Agitation durchaus abhold war. Auch einen internationalen und revolutionären Zug hat seine Lehre durchaus nicht. Er war monarchisch und königstreu und über den großen Umwälzungen, die er von späteren Jahrhunderten erwartete, verfaß er nicht die Reformen der Gegenwart. Seine wichtigsten Schriften sind

- a) »Vier soziale Briefe an von Kirchmann« (1850/51, der vierte erst 1884 von Wagner herausgegeben),

- b) »Zur Beleuchtung der sozialen Frage« (Teil I 1875, Teil II erst 1885 von Wagner herausgegeben, eine neue Bearbeitung des zweiten und dritten sozialen Briefes an von Kirchmann),
- c) »Die Handelskrisen und die Hypothekennot der Grundbesitzer« (1858),
- d) »Zur Erklärung und Abhilfe der heutigen Kreditnot des Grundbesitzes« (1869),
- e) »Offener Brief an das Komitee des deutschen Arbeitervereins« (1863), in dem er die Einladung Lassalles zur Teilnahme an der Arbeiterorganisation mit der Begründung ablehnte, daß die soziale Frage nicht als eine politische sondern als eine rein wirtschaftliche behandelt werden müßte,
- f) »Der Normalarbeitstag« (1871).

II. Übersicht über die Hauptlehren von Rodbertus.

Die Hauptlehren von Rodbertus sind

- a) seine Produktionslehre,
- b) seine Wertlehre,
- c) seine Lohntheorie,
- d) seine Lehre von den Handelskrisen,
- e) seine Grundrententheorie,
- f) seine Vorschläge zur Behebung der Hypothekennot des Grundbesitzes,
- g) seine Vorschläge zur Erleichterung der Beschaffung eines Personalkredites der Landwirte.

Ad a. *Seine Produktionslehre.*

Einziger Produktionsfaktor ist nach Rodbertus die materielle Arbeit. Produzieren heißt nämlich nach ihm Werte schaffen. Werte zu schaffen vermag aber nur die materielle Arbeit. Diese schafft Werte in zweierlei Form, nämlich als lebende Arbeit und als Arbeit, die im Boden und im Kapital aufgespeichert ist. Arbeit ist im wirtschaftlichen Sinne ein unwiederbringlicher Zeitaufwand. Ein unwiederbringlicher Zeitaufwand ist nur die materielle Arbeit; denn das Produkt der materiellen Arbeit ist zerstörbar, das Produkt aber der immateriellen Arbeit, also der Gedanke, ist unzerstörbar. Darum ist die immaterielle Arbeit kein unwiederbringlicher Zeitaufwand und darum keine Arbeit im wirtschaftlichen Sinne. Daß die Natur kein Produktionsfaktor ist, wird ähnlich wie bei Ricardo bewiesen. Die Arbeit der Natur verursache keinen Kostenaufwand und werde deshalb auch nicht geschätzt.

Soweit es sich um die Ausschaltung von Natur und Kapital als eigene Produktionsfaktoren handelt, ist Rodbertus Lehre nicht neu, bedarf also keiner Kritik mehr, soweit es sich um die Ausschaltung der immateriellen Arbeit handelt, sind seine Ausführungen ein Spiel und ein Blendwerk mit Worten, die die Frage selbst nicht berühren und darum auch nur scheinbar lösen.

Ad b. *Seine Wertlehre.*

Rodbertus' Wertlehre folgt aus seiner Produktionslehre. Da nur die materielle Arbeit Werte schaffen kann, kann jedes wirtschaftliche Gut

auch nur soviel wert sein, als in ihm Arbeit investiert ist. Der beste Wertmaßstab ist darum die Zeit der Arbeit. Seine Wertlehre ist also genau die Ricardosche, was er auch immer selbst betont hat.

Ad c. *Seine Lohntheorie.*

In jedem wirtschaftlichen Gute ist zweierlei Arbeit investiert, nämlich lebende Arbeit und aufgespeicherte Arbeit, also muß sich auch der Wert des wirtschaftlichen Gutes im Tauschverkehr in zwei Teile teilen, die Lohnquote und die Profitrate. So lange nun die Verteilung des Nationalproduktes sich nach dem Grundsätze der freien Konkurrenz vollziehe, würde, da, wie wissenschaftlich anerkannt sei, die freie Konkurrenz nichts anderes sei als der Kampf aller gegen alle, bei dieser Verteilung der wirtschaftliche Starke stets über den wirtschaftlich Schwachen siegen, die wirtschaftlich Starken würden dann die wirtschaftlich Schwachen stets so knapp halten, daß ihr Anteil am Nationalprodukt gerade hinreiche, sie selbst und einen Arbeiternachwuchs aufzuziehen, niemals aber dem Arbeiter gestatte, sich aus seiner Lohnsklaverei empor zu arbeiten. Der absolute Anteil der Arbeiter am Nationalprodukt bliebe so stets derselbe; bei wachsendem Volkswohlstande würde ihr relativer Anteil also zurückgehen zugunsten des absoluten und relativen Anteils der wirtschaftlich Starken. Mithin zeige die wirtschaftliche Entwicklung die Tendenz der fallenden Lohnquote und der steigenden Profitrate. Eine völlige Besserung und Gesundung dieser Verhältnisse könne freilich erst von einer Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln, also an Grund und Boden und an Kapital, erwartet werden. Doch stehe diese Beseitigung des Kapitals noch in zu weiter Ferne, sie sei vielleicht erst in fünfhundert Jahren zu erwarten. So lange könne man aber mit einer Besserung in diesen Verhältnissen nicht warten; denn es stehe historisch fest, daß bisher alle Kulturen an diesem steigenden Mißverhältnis zwischen der Lohnquote und der Profitrate zugrunde gegangen seien. Wenn man also auch das ungesunde Verhältnis in der Gegenwart nicht von Grund aus beseitigen könne, so müsse man es doch auch schon in der Gegenwart nach Möglichkeit zu mildern suchen. Und als ein solches Milderungsmittel auch schon in der Gegenwart empfiehlt er den Normalarbeitstag. Je nach der Art des Betriebes soll für jedes Gewerbe ein normaler Zeitarbeitstag von 6—12 Stunden festgesetzt werden und ein normales Arbeitswerk, welches in dieser Zeit durchschnittlich hergestellt werden kann. Von dem Staate soll dann der Lohnsatz für den normalen Werkarbeitstag periodisch festgesetzt werden.

Der erste beschreibende Teil seiner Lohntheorie war unzweifelhaft für seine Zeit richtig. Seine Behauptung, daß die darin geschilderte ungesunde Tendenz der kapitalistischen Wirtschaft eigen sei und darum erst mit dieser selbst beseitigt werden könnte, hat sich glücklicherweise als falsch herausgestellt. Es hat sich ergeben, daß sie nicht der kapitalistischen Wirtschaftsordnung an sich eigen ist, sondern nur der individuellen Lohnvereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeit-

nehmer. Sein Vorschlag, wie die ungesunde Entwicklung in dem Anteil der Lohnquote und der Profitrate schon in der Gegenwart zu mildern sei, entzieht sich der Beurteilung, da ein tatsächlicher Versuch zu seiner Verwirklichung bisher noch nicht gemacht ist. Vielleicht aber darf man in dem Umstande, daß bisher nicht einmal ein Versuch zu seiner Verwirklichung gemacht ist, auch ein Urteil der Praxis über den Vorschlag sehen.

Ad d. *Seine Lehre von den Handelskrisen.*

Rodbertus' Lehre von den Handelskrisen hängt eng mit seiner Lohntheorie zusammen. Da der absolute Anteil der Arbeiter am Nationalprodukt stets der gleiche bleibt und der Arbeiter den größten Teil der Bevölkerung ausmacht, so muß immer wieder der Konsum hinter der Produktion zurückbleiben und damit immer wieder von neuem eine Handelskrisis eintreten. Besser kann dies erst werden, wenn die Lohnquote steigt. Alle Maßnahmen also zur Stetigung der Lohnquote sind zugleich auch Maßregeln gegen die stete Wiederkehr der Handelskrisen und liegen somit auch im Interesse des Unternehmerstandes, der, was er bei den geringen Löhnen gewinnt, bei den Krisen wieder reichlich zusetzt.

Ad e. *Seine Grundrententheorie.*

Während Rodbertus sich in seinen übrigen Theorien mehr oder minder eng an Ricardo anschließt, stellt er seine Grundrententheorie im bewußten Gegensatz zu Ricardo auf. Die Ricardosche Grundrententheorie gehe von der Annahme aus, daß die schlechtesten bebauten Grundstücke eines Wirtschaftsgebietes keine Rente bringen, da die Rente nur der Mehrgewinn der fruchtbareren Ländereien sein solle. Ricardos Grundrententheorie verliere daher ihre Grundlage, sobald bewiesen werden könne, daß auch der schlechteste Boden eine Grundrente trage. Dies aber glaubt Rodbertus durch seine Theorie von dem Wesen und der Entstehung der Grundrente nachweisen zu können. Wesen und Entstehung der Grundrente erklärt er nämlich in der folgenden Weise: Rente an sich ist der Ertrag der Mitarbeit der in dem Grund und Boden einerseits und in den beweglichen Produktionsmitteln, den Kapitalien, andererseits aufgespeicherten Arbeit. Im Preise wird die lebende und die Mitarbeit der aufgespeicherten Arbeit bezahlt. Der Fabrikant bezahlt dem Rohstofflieferanten seinen Anteil an der Mitarbeit des Bodenkapitals, er selbst erhält vom Abnehmer diesen vorausgezählten Anteil an der Mitarbeit des Bodenkapitals und seinen Anteil an der Mitarbeit des beweglichen Kapitals bezahlt, nicht aber erhält er Zinsen für den dem Rohstofflieferanten gemachten Vorschuß; denn der Wert der Ware bestimmt sich nur nach der investierten Arbeit, enthält aber einen solchen Zinsposten nicht. Wenn nun beide, der Rohstofflieferant und der Fabrikant, die Verzinsung ihres Anlagekapitals miteinander verglichen, so müsse sich für den Rohstofflieferanten ein höherer Prozentsatz ergeben als für den Fabrikanten. Jeder nämlich erhalte zwar eine gleiche Verzinsung

seiner Produktionsmittel, der Fabrikant erhalte aber gar keine Verzinsung für den dem Rohstofflieferanten gemachten Vorschuß. Mithin müsse die Verzinsung seines gesamten Anlagekapitals einen bedeutend geringeren Prozentsatz ergeben als die Verzinsung des Anlagekapitals des Rohstofflieferanten, und diese Differenz in den Prozentsätzen nenne man Grundrente. In Wahrheit existiere also eine Grundrente überhaupt nicht sondern sei nur eine rechnerische Fiktion.

Die Rodbertussche Grundrententheorie richtet sich eigentlich nicht nur gegen die Ricardosche Grundrententheorie sondern ganz allgemein gegen die Behauptung, daß es eine Grundrente gäbe; sie bestreitet überhaupt das Vorhandensein einer Grundrente und will dies damit beweisen, daß die deutschen Landwirte sich damals unterschiedslos eine Grundrente herauszurechnen vermochten, daß es also damals ein Wirtschaftsgebiet gegeben habe, in dem jeder Landwirt eine Grundrente bezog. Wenn wir aber die Grundrente als Differentialrente erklären wollen, also in dem Sinne, daß jeder Landwirt eine Grundrente empfangt, der unter günstigeren Bedingungen seine Waren an den Markt zu liefern vermag als derjenige, der noch unter den ungünstigsten Bedingungen zur Befriedigung des Marktes herangezogen werden muß, so dürfen wir Wirtschaftsgebiet nicht identifizieren mit nationalem Wirtschaftsgebiet; Wirtschaftsgebiet im Sinne einer Erklärung der Grundrente ist dann vielmehr dasjenige Gebiet, das zur Befriedigung des zentralen Weltmarktes herangezogen werden muß. Zentraler Weltmarkt für landwirtschaftliche Produkte aber war zur Zeit von Rodbertus Südengland, und das Wirtschaftsgebiet, das zu seiner Befriedigung herangezogen werden mußte, war Ostdeutschland und Russisch-Polen. Da nun damals alle ostdeutschen Landwirte ihr Getreide unter günstigeren Bedingungen als die polnischen Landwirte nach Südengland lieferten, so mußten alle ostdeutschen Landwirte damals eine Grundrente beziehen. Erst die unter den ungünstigsten Bedingungen zur Befriedigung des südenglischen Marktes noch heranzuziehenden polnischen Landwirte bezogen keine Grundrente. Dadurch also, daß Rodbertus den Begriff Wirtschaftsgebiet falsch auffaßte, konnte er zu der Anschauung gelangen, daß die Grundrente als Differentialrente nicht zu erklären sei, und kam er dann auf die sonderbare Idee, sie für eine rechnerische Fiktion zu erklären. Im übrigen beweisen seine Ausführungen wieder, zu welcher sonderbaren Resultaten man durch reine Deduktion gelangen kann, wenn man nicht jedes Resultat deduktiver Betrachtung induktiv nachprüft, und wenn man ferner alle deduktiv gewonnenen Resultate als eine Notwendigkeit, nicht als eine Möglichkeit hinstellt.

Ad f. Seine Vorschläge zur Behebung der Hypothekennot des Grundbesitzes.

Man solle, will Rodbertus, überhaupt niemals von dem Kapitalwerte sondern immer nur von dem Rentenwerte eines Grundstückes sprechen. Ein Grundstück soll z. B. nicht für eine Kapitalsumme verkauft werden sondern für eine Rente. Zahlt der Käufer dem Verkäufer diese Rente pünktlich und devastiert er auch das Gut nicht, so daß die spätere Zahlung der Rente gefährdet erscheint, so hat der Verkäufer an den Käufer keinerlei rechtlichen Anspruch. Dagegen sind andererseits in den Kaufvertrag die Bedingungen aufzunehmen, unter denen es dem Käufer freisteht, die Kaufrente ganz oder teilweise abzulösen. Ebenso soll auf ein Grundstück keine Summe geliehen werden sondern nach mittelalter-

licher Art (vergl. § 14) auf das Grundstück eine Rente gekauft werden. Zahlt der Besitzer des Grundstückes, auf das eine Rente gekauft ist, dem Käufer der Rente diese Rente pünktlich und devastiert er auch das Gut nicht so, daß die spätere Zahlung der Rente gefährdet erscheint, so hat der Käufer der Rente an den Grundstücksbesitzer keinerlei rechtlichen Anspruch. Dagegen sind andererseits in den Rentenkaufvertrag Bedingungen aufzunehmen, unter denen es dem Grundstücksbesitzer freisteht, die auf seinem Gute lastende Rente ganz oder teilweise abzulösen.

Soweit in dem Rodbertusschen Vorschläge ein gesunder Kern steckt, war die Frage durch die Pfandbriefinstitute, insbesondere durch die Landschaften in den meisten Teilen Deutschlands schon gelöst. Bis dahin, wo das Gut die Rentenlast zu ertragen vermochte, konnten einigermaßen größere Landwirte schon damals unkündbaren Kredit aufnehmen, und blieben ihnen die Restkaufgelder ungekündigt; wo das Gut die Rentenlast nicht mehr zu tragen vermag, würde auch durch Rodbertus' Vorschlag den Landwirten nicht zu helfen sein; denn dann würde der Rentenberechtigte auch nach seinem Vorschläge in die Lage kommen, zur Sicherung seiner Ansprüche sich an das Gut selbst halten zu müssen. Es blieben also nur die wenigen Fälle übrig, wo ein einzelner Privater verhältnismäßig eine größere Summe auf ein Grundstück geliehen hat und diese Summe aus rein persönlichen Gründen zurückziehen muß. Diese Fälle aber sind, wie gesagt, soweit es sich um einen gesunden Hypothekarkredit der Landwirte handelt, äußerst selten.

Ad g. Seine Vorschläge zur Erleichterung der Beschaffung eines Personalkredites der Landwirte.

Man solle, schlägt Rodbertus zur Erleichterung der Beschaffung eines Personalkredites der Landwirte vor, im ganzen Lande kleine Zwangsvereinsbanken stiften, die sich an eine Zentralbank anlehnen und unter Garantie des gesamten Grundbesitzes des Bezirkes der kleinen Zwangsvereinsbank Gelder aufnehmen, um sie als Personal-, nicht als Hypothekenkredit an die Mitglieder weiterzugeben. Diese kleinen Zwangsvereinsbanken eröffnen für jedes Zwangsmittelglied eine laufende Rechnung (Kontokorrent), nehmen seine disponiblen Gelder an und gewähren ihm Kredit bis zu einer vorher bestimmten Höhe. Die Vereinsbanken stehen ihrerseits wieder mit der Zentralbank in Kontokorrentverkehr.

Sein Vorschlag ist bis auf die Zwangsangehörigkeit zu den Vereinsbanken durch die Raiffeisenschen, Haasschen und Schulze-Delitzschschen Darlehnskassenvereine verwirklicht worden.

§ 65. Karl Marx und Friedrich Engels.

1. Karl Marx (1818—1883).

I. Sein Leben.

Karl Marx war 1818 in Trier als Sohn eines jüdischen Advokaten geboren. Als der Knabe einige Jahre zählte, trat die Familie zum Christentum über, aber nicht aus innerer Überzeugung, sondern weil es damals in den gebildeteren jüdischen Kreisen des Rheinlandes gleichsam zum guten Ton gehörte, durch Abstreifung des Judentums seine Vorurteilslosigkeit zu beweisen und sich zugleich eine bessere ge-

sellschaftliche Position zu sichern (Heinrich Heine). Dennoch ist Marx besonders eine jüdische Eigenart geblieben, die eine Folge des Generationen hindurch getriebenen Talmudstudiums war, das ist die bis zur Haarspalterei gehende scharfe logische Schulung und die Freude an antithetischer Dialektik, die ihn einerseits, wie so viele Juden, zum Studium Hegelscher Schriften nicht nur die Fähigkeit, sondern auch die Neigung mitbringen ließ, und sich andererseits in der Schreib- und Darstellungsweise seiner Schriften stets scharf bemerkbar gemacht hat. Die Bevölkerung des Rheinlandes war 1815 nur sehr ungern preußisch geworden. Die Traditionen der Krummstabherrschaft, unter der sich gut leben ließ, waren noch zu frisch im Lande. Der Krummstab hatte geglaubt, durch die Macht der religiösen Beherrschung der Geister seine Herrschaft sichern zu können; große Heere hatten darum die geistlichen Fürsten nicht gehalten; auch die Verwaltung, von einer reichen Geistlichkeit im Nebenamt fast unentgeltlich ausgeübt, hatte nicht viel gekostet. Steuerzahlen hatte man unter dem Krummstab wenig gekannt. Auch in der inneren Verwaltung war die Kirche, soweit sie nur nichtkirchliche Angelegenheiten betraf, sehr nachsichtig gewesen und hatte mehr als einmal fünf gerade sein lassen. Die Zeit der französischen Herrschaft mit ihrer Gloire hatte man sich allenfalls auch noch gefallen lassen; nun aber kam die nüchterne und doch so anspruchsvolle preußische Regierung, die sich in alles mischte, nach allem sah, hohe Steuern, ja sogar Militärdienst verlangte. Ein solcher Tausch behagte den Rheinländern nicht. Von nationaler Gesinnung konnte darum bei den Rheinländern der damaligen Zeit wenig die Rede sein, am wenigsten bei der jüdischen und ehemals jüdischen Bevölkerung. Dazu kam der Verkehr im Elternhause. Aus aller Herren Länder gingen die Vertreter hier aus und ein, nur nicht aus Deutschland, am meisten aber solche Personen, bei denen infolge der internationalen Blutmischung die sogenannte Nationalität eine rein konventionelle war. Was wunders, wenn der gereifte Mann später ganz international und kosmopolitisch fühlte und sich über nationale Denkweise als etwas Überlebtes und Kindisches hinwegsetzte. Und zu alledem noch der Einfluß der Hegelschen Philosophie. Die Hegelsche Philosophie hat auf ihre Jünger ganz verschiedenartig gewirkt. Bei dem einen, so bei dem eigenen Sohne des Philosophen, weckte sie einen historischen Sinn und konservative Weltanschauung, den anderen wiederum konnte die unaufhörlich sich ablösende Negierung nicht schnell genug gehen, die eigene Unrast ihres Innern wollten sie auf das große geschichtliche Werden übertragen. Diese Elemente mußten unter der Einwirkung der Hegelschen Philosophie zu ultraradikalen Revolutionären werden. Was die eigene innere Unrast noch nicht tat, um einen Hegelschüler zum Revolutionär zu machen, das vollendete die fast gierige Lektüre der religiös und politisch radikalen philosophischen Schriften Feuerbachs, der einst selbst von Hegel ausgegangen war. So verband sich in Marx vaterlandslose Gesinnung mit revolutionären Neigungen. So sehen wir also, wie der Einfluß der Heimat und des Elternhauses, der eigenen unstäten Natur und der großen philosophischen Bewegung der Zeit, die sich an die Person Hegels knüpfte, Marx zu dem kosmopolitischen, revolutionären Agitator werden ließ.

Er studierte in Bonn und Berlin Jurisprudenz und Philosophie und schloß sein Studium auch durch eine Promotion offiziell ab. Er hatte dann die Absicht, sich in Bonn zu habilitieren. Man bedeutete ihm aber, daß ein Mann von seinen radikalen Gesinnungen niemals an einer deutschen Universität als Dozent zugelassen werden würde. Daher gab er sein Vorhaben auf und machte es wie so viele radikale jüdische junge Leute vor ihm und nach ihm, er stürzte sich in die Journalistik. Er kaufte sich ein altes, angesehenes rheinisches Blatt, die Rheinische Zeitung, redigierte sie aber in so radikalem Sinne, daß die Redaction

Fridrichowicz, Grundriß einer Geschichte der Volkswirtschaftslehre. 11

gierung sehr bald das weitere Erscheinen verbot. Nun ging er nach Paris und gab hier zusammen mit dem Sozialisten Arnold Ruge die deutsch-französischen Jahrbücher heraus. In diesen überschüttete er alles, was einem Deutschen heilig sein konnte, Vaterlandsliebe und Religion mit beißendem, giftigem Spott. Auf Betreiben der preußischen Regierung wurde er darum aus Paris ausgewiesen und begab sich darauf nach Brüssel. Hier wurde er sofort Mitglied des geheimen Kommunistenbundes, des Vorläufers der späteren Internationalen, und veröffentlichte als Antwort auf Proudhons »Philosophie de la misère« »misère de la philosophie«. Eng befreundete er sich hier mit Friedrich Engels, der gewissermaßen sein getreuer Knappe wurde und, von einigen Unterbrechungen abgesehen, sich seitdem niemals wieder von ihm getrennt hat. Ende des Jahres 1847 besuchten beide Männer gemeinsam den ersten internationalen Sozialistenkongreß in London, der sie mit der Abfassung eines Manifestes der kommunistischen Partei betraute. Dieses Manifest, das mit den Worten begann, »Proletarier aller Länder einigt euch«, ist insofern wichtig, als der Gegensatz zu seinem späteren System uns Marx' Werdegang erkennen läßt. Von Brüssel aus, wohin Marx und Engels aus London zurückgekehrt waren, wurde es im Beginn des Jahres 1848 verbreitet. Die Folge war, daß Marx und Engels aus Belgien ausgewiesen wurden. Da empfingen sie die Kunde von dem Ausbruch der Februarrevolution in Paris. Nun wußten sie, wo sie in der nächsten Zeit die Stätte ihrer Wirksamkeit zu suchen hätten. Als aber die Wogen der Revolution in ihre Heimat überschlugen, da kehrten sie nach jahrelanger Abwesenheit dorthin zurück. Marx begründete die »neue Rheinische Zeitung«, die aber unterdrückt wurde, sobald die Regierung sich im Frühjahr des Jahres 1849 wieder stärker fühlte. Marx mußte Preußen von neuem verlassen, nach längeren Irrfahrten nahm er schließlich seinen dauernden Wohnsitz in London. 1852 wurde er Korrespondent der »New York tribune«, der er sehr wertvolle Berichte über die Lage der arbeitenden Klassen aller Länder Europas einsandte. 1864 beteiligte er sich an der Gründung der internationalen Arbeiterassoziation. Seine diktatorischen Neigungen bei der Leitung der Assoziation, die er sehr schnell an sich gerissen hatte, ließen es 1872 zu einem Bruch und schließlich zur Auflösung der internationalen Assoziation kommen. 1867 erschien der erste Band seines Kapitals. Marx selbst hat nie mehr veröffentlicht, erst nach seinem 1883 erfolgten Tode wurden von Engels 1885 und 1894 der zweite und dritte Band herausgegeben, in denen aber sehr viel ausschließlich Engelssches unter marxistischer Flagge zu segeln scheint. Diese drei Bände sollten ursprünglich nur der erste Teil eines großen Werkes sein, dessen übrige Teile sich betiteln sollten: »Grundeigentum«, »Lohnarbeit«, »Staat«, »Auswärtiger Handel«, »Weltmarkt«. Marx scheint aber durch die Beobachtungen der späteren Jahre belehrt worden zu sein, daß seine im ersten Bande des Kapitals ausgesprochenen Prophezeiungen, wie die weitere wirtschaftliche Entwicklung sich mit Naturnotwendigkeit von der heutigen kapitalistischen Produktionsordnung zur zukünftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung vollziehen müsse, eine falsche gewesen sei, und scheint diese Beobachtung seine weitere Arbeitslust gehemmt zu haben. Dafür spricht nicht nur, daß er schon ausgearbeitete Teile ungenutzt liegen ließ und weitere Arbeiten ganz unterblieben, dafür spricht auch sein oft getaner Ausspruch: »Moi, je ne suis pas Marxiste«. An seinem »Lebenswerk«, wie Sombart es nennt, scheint er demgemäß noch bei seinen Lebzeiten selbst irre geworden zu sein.

II. Sein System.

Wenn Marx in dem 1847 mit Friedrich Engels zusammen ausgearbeiteten Manifeste noch einen Idealstaat ausmalte, den zu verwirklichen er auch vor Gewalttat nicht zurückschreckte, wie Expropriation des Grundeigentums, Abschaffung des Erbrechts, Konfiskation des Eigentums aller derer, die sich der Herrschaft des Proletariats widersetzen und durch Auswanderung entziehen würden, so soll sein Kapital im Sinne der alttestamentarischen Propheten eine große Prophezeiung sein; ganz wie die alten jüdischen Propheten stellt er dem gegenwärtigen Elend, der heutigen kapitalistischen Produktionsordnung das Reich des Messias, die zukünftige sozialistische Gesellschaftsordnung gegenüber. Doch zeichnet er das messianische Reich nicht als Idealbild, dem zuzustreben die Aufgabe der Gegenwart sei, sondern als einen Zustand, der sich aus den heutigen Verhältnissen heraus mit Naturnotwendigkeit ergeben müsse. Wie alles Seiende, selbst die Negierung des Vorangegangenen, in sich die Keime seiner Zersetzung und seiner Negierung trägt, die schließlich zu seiner vollständigen Auflösung und zu einem Zustande führen müssen, der dem gegenwärtigen Zustande gegenüber als seine vollständige Negierung anzusehen ist, so trägt auch die heutige kapitalistische Produktionsordnung die Keime ihrer eigenen Zersetzung, Auflösung und Verneinung schon in sich; diese Keime sind die Exploitation de l'homme par l'homme infolge der schrankenlosen, freien Konkurrenz und die jämmerlichen Lohnverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung. Beide zusammen stellen den Verelendungsprozeß der heutigen kapitalistischen Produktionsordnung dar, in dem diese sich schließlich selbst aufzehrt, worauf dann als ihre Negierung aus den Trümmern der heutigen kapitalistischen Produktionsordnung die zukünftige sozialistische Gesellschaftsordnung von selbst entstehen wird. Eine große Prophezeiung also soll »Das Kapital« sein und eine Begründung dessen, daß der prophezeite messianische wirtschaftliche Zustand sich aus den heutigen Verhältnissen mit Naturnotwendigkeit ergeben müsse. Wir haben also bei Marx' System zu unterscheiden, einmal den Verelendungsprozeß der heutigen kapitalistischen Produktionsordnung, der sich einerseits ausspricht in ihren jämmerlichen Arbeitslöhnen und andererseits in der Exploitation de l'homme par l'homme, zu zweit aber das ungetrübte und auf alle Schichten des Volkes gleichmäßig sich erstreckende Glück der zukünftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung.

a) Marx' Lohntheorie.

Marx' Lohntheorie stellt sich als eine Konsequenz der Ricardoschen Wert- und Produktionslehre dar. Das Kapital könne nur dadurch entstehen und nur dadurch sich vermehren, daß es möglichst den größten

Teil des Arbeitsproduktes in sich aufsauge; denn das Kapital sei nichts anderes als aufgespeicherte Arbeit. Die Arbeit schaffe ihren Kostenwert und einen Mehrwert. Den Mehrwert bringe der Kapitalist ganz an sich und nicht nur die Amortisations- oder Abnutzungsquote des Kapitals. Daß es dem Kapitalisten gelinge, den ganzen Mehrwert der Arbeit an sich zu bringen, dafür seien zwei Erscheinungen maßgebend, die industrielle Reservearmee und der Mangel an Kapital. Es böten sich nämlich immer mehr Arbeitskräfte an, als gebraucht würden; schienen aber wirklich einmal die Verhältnisse so zu liegen, daß in irgendeiner Branche in nächster Zukunft das Angebot an Arbeitskräften ein weniger reichliches zu werden verspreche, so könne man ganz sicher sein, daß das Kapital durch arbeitssparende Maschinen rechtzeitig wieder für das Vorhandensein einer Reservearmee von Arbeitern Sorge. Umgekehrt sei stets weniger Kapital vorhanden als gesucht würde; denn das Kapital, das die Leitung der Produktion in Händen habe, werde sich nie stärker reproduzieren, als daß sein Angebot bis zu einem gewissen Grade hinter der Nachfrage zurückbleibe. Mithin bestimme sich der Anteil der Arbeiter an dem Produktionsertrage nach dem Gesetze des Überangebots, d. h. derjenige Arbeiter bestimme den Arbeitslohn, der mit dem geringsten möglichen Arbeitslohn noch zufrieden sei; der Arbeitslohn sei also gleich dem Kostenwert der Arbeit. Der Anteil der Kapitalisten aber bestimme sich nach dem Gesetze des Unterangebots, d. h. der Kapitalist könne für die Mitarbeit seines Kapitals den höchsten Anteil an dem Produktionsertrage verlangen, der ihm nach Lage der volkswirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt gewährt werden könne, d. h. also nicht nur die Amortisations- oder Abnutzungsquote des Kapitals sondern auch den ganzen bei der Produktion über den Kostenwert der Arbeit und über die Abnutzungsquote des Kapitals erzeugten Mehrwert. Diesen Mehrwert wiederum sei der Kapitalist bestrebt, durch intensive und extensive Ausnutzung des Arbeitstages immer mehr auszudehnen. Je länger der Arbeitstag sei, je intensiver innerhalb der Arbeitszeit die Arbeitskraft ausgenutzt werde, desto mehr Mehrwert sauge der Kapitalist auf und desto rascher gehe die Anhäufung des Kapitals vor sich. Besonders beliebte Formen der intensiven Ausbeutung der Arbeitskraft seien die Arbeitsteilung und die Akkordlöhnung. Möge auch das ewige Einerlei der Arbeit den Arbeiter geistig und physisch verkümmern lassen, für den Arbeitgeber kämen nur die Vorteile in Betracht, daß der Arbeiter, der sich ausschließlich mit der nämlichen Arbeit befasse, in ihr eine große, mitunter unglaubliche Geschicklichkeit erlange und dadurch bedeutend mehr und bedeutend Besseres leiste, daß der Geräthewechsel fortfalle und dadurch viel Zeit erspart werde, die der Arbeiter zur Erzeugung eines Mehrwertes ausnützen könne, daß die Zerlegung der Arbeit in immer einfachere Akte immer mehr die

Möglichkeit schaffe, die teure Arbeitskraft der gesunden, erwachsenen, vollkräftigen männlichen Arbeiter durch die Arbeit von Frauen, Kindern, Greisen, Krüppeln, Schwächlingen und durch Maschinenarbeit zu ersetzen, dadurch zu gleicher Zeit das Angebot von Arbeitskräften zu erhöhen, die Reservearmee zu vergrößern und so auch die Lohnsätze für die gesunden, vollkräftigen, erwachsenen männlichen Arbeitskräfte zu drücken, daß der geistig und physisch verkümmerte, einseitig ausgebildete Arbeiter seinen Bedrückungen gegenüber weniger widerstandsfähig sei. Durch die Form der Akkordlöhnung werde dem Arbeiter ein innerer Zusammenhang des Arbeitslohnes mit dem Wert seiner Leistung nur vorgetäuscht. Habe der Arbeiter, durch den Akkordlohn angereizt, neue Methoden der Arbeit gefunden, welche ihm eine intensivere Ausnutzung der Arbeitszeit gestatteten, so ziehe der Arbeitgeber jetzt neue Kräfte aus der Reservearmee heran. Er gebe ihnen für die Probezeit nur einen kleineren Lohn, verspreche ihnen aber, diesen Lohn zu erhöhen, sobald sie dasselbe zu leisten vermöchten als jener ältere Arbeiter. Der Akkordsatz aber, den er ihnen verspreche, sei unter dem Akkordsatz des alten Arbeiters und gerade nur so bemessen, daß er dem Kostenwert der Arbeit bei intensivster Ausnutzung der Arbeit entspreche. Nun sei der neu eingestellte Arbeiter angelegentlichst bemüht, dem älteren alles abzusehen. Lange dauere es nicht, und der Arbeitnehmer könne seinem neuen Arbeitgeber melden, daß er imstande sei, dasselbe wie sein älterer Arbeitsgenosse zu leisten. Nun werde diesem mitgeteilt, daß man ihm die alten Akkordsätze nicht mehr zahlen könne, da man billigere Arbeitskräfte haben könne. Um nicht brotlos zu werden, müsse er in Akkordsätze willigen, die ihm wiederum nichts weiter gewährten als gerade den Kostenwert seiner Arbeit. Schon die Entstehung des Mehrwertes selbst sei so ein Raub an der Arbeitskraft, der Gesundheit, der Lebensdauer des Arbeiters, eine Ausbeutung, die über das Unrecht des Raubes des ganzen Mehrwertes noch weit hinausgehe. Vom Mehrwert der Arbeit müsse freilich der Kapitalist Handelsgewinn, Zins, Grundrente und Steuern an die Händler, die Rentner, die Grundherren und den Staat weiter geben, behalte aber doch noch einen sehr reichlichen Rest als Gewinn.

Was den rein beschreibenden Teil der Marxschen Lohntheorie angeht, so traf die gegebene Schilderung für seine Zeit und für England insbesondere in weitem Maße zu. Wenn Marx ferner glaubte, daß die geschilderten Verhältnisse nur mit der Beseitigung des Kapitalismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden könnten, so befolgte er damit, wie wir gesehen haben, ein altes liberales Rezept; auch die Liberalen hatten stets, wie wir wissen, alle Ursachen irgendwelcher Mißstände mit Stumpf und Stiel ausrotten wollen und niemals die Reformmöglichkeiten erwogen. Wenn Marx aber auch bei seiner Behauptung, die geschilderten Lohnverhältnisse seien dem Kapitalismus eigen und würden darum so lange andauern, wie der Kapitalismus währe, sich auf berühmte Vorbilder der liberalen Schulen berufen konnte, so war darum jene seine Behauptung doch keineswegs richtig. Die ge-

schilderten Lohnverhältnisse waren, wie die spätere Erfahrung bewiesen hat, nicht dem Kapitalismus sondern nur der individuellen Lohnvereinbarung eigen. Sie verschwanden und verschwinden in dem Maße, wie die individuelle Lohnvereinbarung durch die Lohnvereinbarungen zwischen den Verbänden der Arbeitnehmer und Arbeitgeber abgelöst wird.

b) Die Exploitation de l'homme par l'homme nach Marx.

Marx stellt sich die Exploitation de l'homme par l'homme im übrigen wie alle Föderalisten seit Bazards Zeiten vor, nur von dem Schluß malt er uns ein anderes Bild aus. Wenn die Stunde der heutigen kapitalistischen Produktionsordnung geschlagen habe, weil infolge der andauernden Exploitation de l'homme par l'homme das Privateigentum sich dadurch immer mehr selbst negiert habe, daß es immer weniger Leute gäbe, die noch ein Eigentum besäßen, so werde der Arbeiter, der nur noch wenigen Kapitalmagnaten, Tyrannen der furchtbarsten Art gegenüber stehe, selbst seine Ketten sprengen, indem er die Expropriateurs expropriere und die Negierung des Privateigentums, die darin lag, daß es nur noch so wenig Privateigentümer gab, durch Beseitigung dieser wenigen Kapitalmagnaten selbst negiere, so daß die Hegelsche Lehre der unaufhörlichen Negierung der Negierung sich auch hier wieder bewähren werde. Der Übergang zu einer neuen Produktionsordnung ohne die paar Kapitalmagnaten werde sich dann auch ganz glatt abwickeln. In dem großen und lang andauernden Exploitationsprozeß, in welchem die Arbeiter in stetig größeren Betrieben beschäftigt werden würden, würden sie allmählich auch das korporative Zusammenarbeiten, die bewußte technologische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige gemeinsame Ausbeutung der Naturkräfte, die Verwandlung der einfachen Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Verbilligung aller Produktionsmittel besonders durch ihren Gebrauch als gemeinsame Produktionsmittel kombinierter Arbeit gelernt haben. Der Arbeiter würde darum, wenn er in der Stunde der Reife und der Ernte sich selbst der Produktionsmittel bemächtigen würde, zu korporativer Arbeit genügend vorgebildet sein, so daß es keiner Übergangsperiode mehr bedürfe.

Daß auch hier die Marxsche Schilderung für seine Zeit und besonders für England zutrifft, kann nicht bestritten werden. Auch hier folgte Marx nur wieder dem alten liberalen Rezept, wenn er meinte, die Veranlassung zu diesen Verhältnissen, der Kapitalismus, müsse erst mit Stumpf und Stiel ausgerottet sein, ehe eine Besserung eintreten könne, wenn er andere Reformmöglichkeiten als die völlige Beseitigung des Kapitalismus erst gar nicht erwog. Und dennoch müssen wir auch hier wieder sagen, die geschilderten Verhältnisse waren nicht dem Kapitalismus eigen sondern nur dem Vorwalten der unbedingt freien Konkurrenz und mußten darum immer mehr zurücktreten, je mehr das sinnlose Darauflosproduzieren wieder der Ordnung und Übersicht in der Produktion wich. Zwar sehen wir in manchen Zweigen, wie im Verkehrsgewerbe, in der Elektrizität und im Bankgewerbe sich den Konzentrationsprozeß noch immer mehr vollziehen, in

der Landwirtschaft aber und selbst schon in vielen Gewerben der Veredelungsproduktion sehen wir infolge der Einführung der Explosionsmaschinen und der Verzettlung der Elektrizität die großen Mittelbetriebe sich als die aussichtsvollsten erweisen.

III. Die Bedeutung von Marx' Kapital.

Die Bedeutung von Marx' Kapital liegt gerade darin, daß es keinen zu erstrebenden Idealstaat ausmalte sondern eine Prophezeiung dessen war, worauf die zur Zeit der Abfassung des Buches noch sehr traurige Entwicklung hinauswolle. Dadurch ist sie für den Arbeiterstand lange Zeit eine Art von Bibel gewesen und ist es zum Teil noch heute und wurde die Lehre vom Verelendungsprozeß und dem Abschluß dieses Verelendungsprozesses zu einer Art von Dogma und ist es zum Teil noch heute. Dazu kommt eine plastische und lebensvolle und doch außerordentlich prägnante und scharf umrissene Sprache, die, ohne je trivial zu werden, doch einen Ton anschlägt, der zu dem Herzen und dem Verständnis des Arbeiters spricht. »Ja so,« sagte mir einmal ein Arbeiter, »so hätt' ich es selbst gesagt, nur nicht so gut, so klar, so deutlich.« Und im weiteren Gespräch mit ihm merkte ich dann, wie gerade die Sprache von Marx die Arbeiter packt und am Herzen reißt, wie ungemein volkstümlich Marx zu schreiben verstanden hat, wie mitunter gerade das, was uns Gebildeten verschroben vorkommt, die Arbeiter zum Nachdenken anregt, weil sich ihnen beim Lesen gewissermaßen eine kalte Gänsehaut über den Rücken zieht.

2. Friedrich Engels.

Friedrich Engels (1820—1895), Sohn eines reichen jüdischen Fabrikbesitzers aus Barmen, trat 1844 als Mitarbeiter an den deutsch-französischen Jahrbüchern in die sozialistische Bewegung ein; noch im selben Jahre kehrte er aber nach Barmen zurück und wurde hier eines der rührigsten Mitglieder des Kommunistenklubs. Bald aber wurde ihm in Preußen der Boden unter den Füßen zu heiß, und er begab sich nach Brüssel. Von da an war er Marx' treuer Knappe, bis dieser 1849 Preußen von neuem verlassen mußte. Da begab sich Engels nach Barmen und beteiligte sich hier an dem kommunistischen Aufstande. Als dieser niedergeschlagen war, gelang es Engels zu entkommen, und er wandte sich nach der Pfalz und nach Baden. Auch hier glückte es ihm, sich rechtzeitig zu flüchten; auch er begab sich nach England, wo er in dauernder Verbindung mit Marx blieb.

Friedrich Engels bekannteste Schriften sind:

1. War er an der Abfassung des berühmten »kommunistischen Manifestes« vom Winter 1847/48 beteiligt,
2. schrieb er »Die Lage der arbeitenden Klassen in England« (1845),
3. »Herrn E. Dührings Umwälzung der Wissenschaft« (1870),
4. »Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie« (1873),
5. »Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates« (1877),
6. »Die Entwicklung des Socialismus von der Utopie zur Wissenschaft« (1883), d. h. vom Idealstaat zur Prophezeiung,
7. gab er von Marx' Kapital 1885 den zweiten und 1894 den dritten Band heraus, wobei es nicht feststeht, wieviel Eigenes er dabei unter Marxistischer Flagge mitsegeln ließ.

§ 66. Die Epigonen.

1. **Amersin**, »Das Land der Freiheit« (1874).
2. **Bellamy**, »Ein Rückblick aus dem Jahre 2000« (1888).
3. Theodor **Hertzka** (geb. 1845) veröffentlichte
 - a) »Die Geseze der socialen Entwicklung« (1886),
 - b) »Freiland, ein sociales Zukunftsbild« (1890),
 - c) »Reise nach Freiland« (1893),
 - d) »Entrückt in die Zukunft« (1895).

Im Jahre 1891 machte er den Versuch, im heutigen Nordrhodesia ein sozialistisches Gemeinwesen (Freiland) zu begründen; doch scheiterte der Plan schon, bevor die Expedition ihr Ziel noch erreicht hatte. Der offizielle Sozialismus ist gemäß der von Marx überkommenen Lehre, daß die heutige kapitalistische Produktionsordnung sich von selbst zur zukünftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung umwandeln müsse, gegen alle solche Experimente, übrigens aber auch gegen jede genauere Schilderung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, da man die von der Zukunft zu erwartende, nicht aber nach bestimmten Plänen zu bildende Ordnung nicht schon vorher so genau kennen könne, um ein eingehendes Bild von ihr zu entwerfen.

4. **William Morris**, »New from Nowhere or an Epoch of Rest« (1891).
5. **Karl Kautzky** (geb. 1854), unter allen Epigonen der bedeutendste, Herausgeber des sog. wissenschaftlichen Organs der Sozialdemokratie, der von ihm und dem sozialdemokratischen Verleger Dieß in Stuttgart begründeten Zeitschrift »Die neue Zeit«, ist Hauptmitarbeiter an der von der offiziellen Parteileitung in Einzelheften herausgegebenen »Geschichte der Sozialdemokratie«, vertritt mit aller Schärfe den sog. dogmatischen oder marxistischen Standpunkt in der Sozialdemokratie und bekämpft in Wort und Schrift aufs eifrigste den sog. Revisionismus. Seine Hauptchriften nach dieser Richtung hin sind
 - a) »Karl Marx' ökonomische Lehren« (1887),
 - b) »Das Erfurter Programm, in seinem grundsätzlichen Teil erläutert« (1892),
 - c) »Die Agrarfrage« (1898),
 - d) »Bernstein und das sozialdemokratische Programm« (1899),
 - e) »Ethik und materialistische Geschichtsauffassung« (1906).
6. **Anton Menger** (geb. 1841), jüngerer Bruder von Karl Menger, dem Begründer der österreichischen Schule, ordentlicher Professor in der Wiener juristischen Fakultät von 1877—1899, seitdem im Ruhestand, schrieb:
 - a) »Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag in geschichtlicher Darstellung« (1875),
 - b) »Das bürgerliche Recht und die besiglosen Klassen« (1891),
 - c) »Die socialen Aufgaben der Rechtswissenschaft« (1895),
 - d) »Neue Staatslehre« (1903).

Bis dahin nur als sehr radikaler Rechtsphilosoph bekannt, bekannte er sich in der letzten Schrift offen zur Sozialdemokratie und suchte das Bild eines sozialdemokratischen Zukunftsstaates auszumalen. Die offizielle Sozialdemokratie hat das Buch mit Stillschweigen übergangen.

7. **August Bebel** (geb. 1840), Mitglied des Leipziger Arbeiterbildungsvereins seit 1861, Mitbegründer der sozialdemokratischen Partei im Jahre 1869, stets von streng marxistischer, dogmatischer Richtung, seit 1867 Mitglied des Reichstages

- tages, seit 1892 Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei, mehr Politiker als Schriftsteller, muß hier doch genannt werden wegen der folgenden Schriften
- a) »Unsere Ziele« (1876),
 - b) »Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft« (1883),
 - c) »Die Frau und der Sozialismus« (1884),
 - d) »Charles Fourier« (1888),
 - e) »Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien« (1890).
8. **F. E. Bilz**, »Der Zukunftsstaat, Staatseinrichtungen im Jahre 2000« (1904).
 9. **Adolf Braun** schrieb
 - a) »Die Arbeiterschutzesetze des deutschen Reiches« (1890),
 - b) »Die Tarifverträge der deutschen Gewerkschaften« (1892).
 10. **Heinrich Braun** gab 1892—1895 das sozialpolitische Centralblatt und 1888—1903 das Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik heraus.
 11. **Lily Braun** schrieb »Die Frauenfrage« (1901), »Die Memoiren einer Socialistin« (1911).
 12. **Paul Goehre** arbeitete schon als Student nur um der Kenntnis halber drei Monate als natürlich ungelernter Fabrikarbeiter, wurde dann Pastor, legte aber sein Pastorat nieder und wandte sich der Sozialdemokratie zu. Er schrieb »Drei Monate Fabrikarbeiter« (1891), »Die evangelisch-soziale Bewegung in Deutschland« (1896), »Wie ein Pfarrer Socialdemokrat wurde« (1900), »Die deutschen Arbeiterconsumvereine« (1910).
 13. **Franz Mehring** schrieb »Geschichte der deutschen Socialdemokratie« (1897), deren spätere vollständig umgearbeitete Neuauflagen wissenschaftlich weniger wertvoll sind.
 14. **Heinrich Cunow** schrieb außer vielen ethnologischen, kulturhistorischen und volkswirtschaftlichen Abhandlungen in der neuen Zeit »Verwandtschaftsorganisationen der Australneger« (1894), »Die sociale Verfassung des Inkareiches« (1896) und gab 1896 L. v. Maurers Einleitung in die Geschichte der Mark-, Hof-, Dorf- und Stadtverfassung neu heraus.
 15. und 16. **Charles Andler** und **Adolphe Landry**, Frankreichs bedeutendste Vertreter des sog. wissenschaftlichen Sozialismus, fußen beide auf einem in Deutschland selbst wenig beachteten deutschen Sozialisten Efferts (schrieb 1893 »Arbeit und Boden«). Andlers Hauptwerk war eine »Geschichte des Socialismus in Deutschland«, die soviel Verständnis und Unparteilichkeit zeigt, wie man sie nur immer von einem Sozialisten erwarten kann. Landry schrieb »L'utilité sociale et la propriété individuelle« (1901), worin er den Nachweis zu erbringen versucht, daß zwischen beiden ein unüberbrückbarer Gegensatz bestehe, »L'intérêt du Capital« (1904), worin er dessen Nichtberechtigung nachzuweisen sucht, »Un économiste inconnu« (1906, gemeint war Otto Eiferts), »Manuel économique« (1908), »Le problème du profit« (1908). Landry bemüht sich übrigens, die wirtschaftlichen Vorgänge der heutigen Volkswirtschaft zu verstehen, und schließt sich dabei sogar an bürgerliche Nationalökonomien wie die österreichische Schule an, so daß man oft viele Seiten hintereinander lesen kann, ohne irgend etwas von dem sozialdemokratischen Standpunkt des Verfassers zu merken. Bei allen Teilen gibt er eine Darstellung aller Theorien zu dem betreffenden Teile, der diesen nach Möglichkeit gerecht wird.

§ 67. Die Revisionisten.

Zuerst griff die marxistische Verelendungstheorie Bruno **Schönlank** († 1897) an, ihm folgte Eduard **Bernstein** in den beiden Werken »Die Voraussetzungen des Socialismus und die Aufgaben der Socialdemokratie« (1899) und »Zur Geschichte und Theorie des Socialismus« (1901). Andere größere Arbeiten von ihm sind »Der Streik, sein Wesen und sein Wirken« (1906) und die »Geschichte der »Berliner Arbeiterbewegung« (3 Bände, 1907). Marx' Ausführungen über die Entwicklung der Landwirtschaft haben im besonderen angegriffen Friedrich **Hertz** in seinem Buch »Die agrarischen Fragen im Verhältnis zum Socialismus« (1899) und **David** in dem Buch »Socialismus und Landwirtschaft« (1903). Friedrich **Herz** hat auch sehr tüchtige Arbeiten über rein bürgerliche Themata geschrieben. Zu den bedeutendsten Revisionisten zählt endlich noch **Georg Schippel**, der über Handelspolitik schrieb.

§ 68. Die Hauptpunkte des gegenwärtigen sozialdemokratischen Lehrgebäudes.

Man kann das gegenwärtige sozialdemokratische Lehrgebäude in zwei Hauptteile zerlegen. Der erste Hauptteil betrifft die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur sogenannten klassischen Schule, der zweite Hauptteil gibt uns ein Bild von der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft, soweit die Sozialdemokratie glaubt prophetisch sich darüber aussprechen zu können; wie bei Marx nämlich handelt es sich auch bei der offiziellen Sozialdemokratie, die in diesem Punkte ihren Meister sehr wohl verstanden hat, nicht um ein zu erstrebendes Zukunftsideal sondern um die Prophezeiung, daß die heutige Entwicklung zu bestimmten Zielen mit Naturnotwendigkeit hinführen müsse.

1. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur sog. klassischen Schule.

In bezug auf die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur sogenannten klassischen Schule kann man wieder zwei Unterteile machen, die von der Sozialdemokratie an der sogenannten klassischen Schule geübte Kritik und die Anlehnungen des sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus an die sogenannte klassische Schule.

1a. Die von der Sozialdemokratie an der sog. klassischen Schule geübte Kritik.

α) Als Hegelianer leugnen die Sozialdemokraten die Naturgesetze im volkswirtschaftlichen Leben. Sie erklären vielmehr nach heraklitisch-hegelianischem Vorbilde, daß alle wirtschaftlichen Erscheinungen im ewigen Fluß befindlich seien. Wie sie sich bis zur Gegenwart unaufhörlich geändert hätten, so könnten sie auch in Zukunft geändert werden.

β) Insbesondere gelte dies von der heutigen Eigentumsordnung; diese für eine natürliche, absolute, unveränderliche erklären zu wollen, widerspreche aller historischen Erfahrung. Das Privateigentum sei historisch entstanden, gewachsen, gemindert und könne auch noch weiter

historisch eingeschränkt werden; insbesondere das Privateigentum an Produktionsmitteln müsse gänzlich aufgehoben werden und der Gesellschaft zufallen, wobei sie im Unklaren sind, was unter Gesellschaft zu verstehen sei.

γ) So wenig wie die heutige Eigentumsordnung sei auch die heutige kapitalistische Produktionsordnung nach dem Prinzip der freien Konkurrenz eine natürliche oder unabänderliche. Diese Produktionsordnung nach dem Prinzip der freien Konkurrenz bedeute vielmehr einen Kampf aller gegen alle, eine Exploitation de l'homme par l'homme; diese Produktionsordnung nach dem Prinzip der freien Konkurrenz bedeute des ferneren statt einer Ordnung eine Produktionsunordnung; denn in den einzelnen Betrieben möge wohl nach dem Prinzip möglicher Arbeits- und Kostenersparung produziert werden, im ganzen der Volkswirtschaft aber würde dadurch, daß jeder ohne Rücksicht auf den anderen darauflos produziere, viel Arbeit und viel Material vergeudet.

δ) Es sei nämlich vollkommen verkehrt, zu behaupten, das Gesamtinteresse werde dann am besten gefördert werden, wenn jedem einzelnen vergönnt sei, sich nach besten Kräften zu entfalten, soweit er nur die Rechtssphäre seiner Mitmenschen nicht störe. So weit das Privatinteresse sich ungehindert entfalten dürfe, stehe es stets im Gegensatz zum Gesamtinteresse; darum müsse der individuelle Eigennuß zum Besten des kollektiven Eigennußes und des Gemeinsinns erstickt werden.

ε) Wie die heutige Produktionsordnung an sich verkehrt sei, so sei es auch verkehrt, als Hauptaufgabe der Wirtschaftsordnung die Produktionsordnung hinzustellen, im Mittelpunkt der Wirtschaftsordnung müsse vielmehr der Mensch aller Klassen und sein Wohlbefinden stehen; nur eine Wirtschaftsordnung, welche nicht den Menschen, sondern die Produktion als ihren Mittelpunkt betrachtete, hätte darum zu einer extremen Arbeitsteilung führen können, die den Menschen zur Maschine mache und ihn geistig verdimme, nur eine solche Wirtschaftsordnung hätte die Arbeitszeit und die intensive Ausnutzung dieser Arbeitszeit nicht nur für männliche Erwachsene sondern selbst für Frauen und Kinder so ausdehnen können, daß ihnen kaum Zeit zum Essen und Schlafen bleibe, daß sie völlig zum Arbeitstier herabgewürdigt, ja noch schlechter als dieses behandelt würden; denn ein Arbeitstier schone man doch aus Besorgnis vor den Beschaffungskosten.

1b. Die Anlehnungen des sog. wissenschaftlichen Sozialismus an die sog. klassische Schule.

Der sogenannte wissenschaftliche Sozialismus hat sich in folgenden Punkten an die sogenannte klassische Schule angelehnt:

- α) an die Ricardosche Wertlehre,
- β) an die Ricardosche Produktionslehre,

- γ) an die Ricardosche Lehre von der Produktionswilligkeit der Natur,
- δ) an die Ricardosche Grundrententheorie,
- ε) an die Ricardosche Lehre vom Kapitalzins,
- ζ) an die Ricardosche Lohntheorie.

α) Die Anlehnung des sog. wissenschaftlichen Sozialismus an die Ricardosche Wertlehre.

Wenn schon der große Bourgeoisnationalökonom David Ricardo lehre, daß Kapital und Boden als Produktionsfaktoren nichts als aufgespeicherte Arbeit seien, so könnten das Kapital und die im Boden aufgespeicherte produktive Kraft nur dadurch entstanden sein, daß die sozial Mächtigeren dem Arbeiter einen Teil von dem Ertrage seiner Arbeit vorenthalten und in Kapital und Bodenwert aufgespeichert hätten. Nachdem aber das Kapital und der Bodenwert einmal entstanden seien, hätten sie die sozial Mächtigeren dann derart gestärkt, daß sie imstande seien, nicht nur den Ertrag der im Kapital und im Bodenwert aufgespeicherten Arbeit ganz allein für sich in Anspruch zu nehmen sondern auch den Arbeitern einen dauernd wachsenden Teil von dem Ertrage ihrer eigenen Arbeit vorzuenthalten. Darum sei das Privateigentum an allen Produktionsmitteln, Kapital und Grund und Boden abzuschaffen, damit der Arbeiter im Preise der Ware seine Arbeit voll bezahlt erhalten könne, wobei der Sozialismus den Wert der Ware dann noch in sehr roher Weise bloß nach der Quantität, nicht nach der Qualität der darauf verwandten Arbeit bemessen sehen wollte.

β) Die Anlehnung des sog. wissenschaftlichen Sozialismus an die Ricardosche Produktionslehre.

Die Ricardosche Lehre, daß die Arbeit der einzige Produktionsfaktor sei, legen die Sozialisten sich in dem Sinne aus, daß nur die materielle Arbeit des ausübenden Arbeiters, nicht auch die immaterielle der leitenden Personen eines Betriebes produktiv sei. Was sich demnach auch immer ein Betriebsleiter oder Unternehmer als Zinsrente oder Unternehmergewinn für das Tragen des Risikos oder als Entschädigung für die Arbeit der Leitung aneignet, stets ist es nach ihrer Meinung legalisierter Raub, und zwar entweder, wie der Unternehmergewinn und die sogenannte Entschädigung für die Arbeit der Leitung, direkter Raub oder, wie die Zinsrente, ein Raub, für den man als legale Berechtigung einen früheren legalisierten Raub anführt. Dieser legalisierte Raub sei aber so groß, daß dem Arbeiter jede Möglichkeit genommen sei, von dem Ertrage seiner Arbeit irgend etwas zu sparen und in den Besitz ersparter Arbeit, d. h. in den Besitz von Kapitalien zu gelangen. In den Besitz dieser ersparten Arbeit, d. h. des Kapitals, setze sich der Unternehmer vielmehr ganz allein, und mit Hilfe dieser auf legalem

Wege dem Arbeiter geraubten Ersparnisse seiner Arbeit bereichere sich der Unternehmer dann ebenfalls noch, indem er den Mehrertrag menschlicher Arbeit, welcher durch die Produktionsmittel gewonnen werde, sich ebenfalls aneigne. Ohne diesen legalisierten Raub würde der Arbeiter nicht nur in den vollen Besitz des Ertrages seiner Arbeit gekommen sein sondern auch als rechtmäßiger Besitzer der Kapitalien, die ihm, wenn auch auf legalem Wege, geraubt seien, in den Besitz des Ertrages der durch die Produktionsmittel geleisteten Arbeit, auf welche nur er Anspruch habe, da sie nur aus den Ersparnissen seiner Arbeit gewonnen seien.

γ) Die Anlehnung des sog. wissenschaftlichen Sozialismus an die Ricardosche Lehre von der Produktionswilligkeit der Natur.

In Anlehnung an die Ricardosche Lehre, die Natur könne an allen Teilen der Erde gezwungen werden, in einem ausreichenden Maße diejenigen Urprodukte zu liefern, die nach Lage der klimatischen Verhältnisse für die Existenz — und auch für die allgemeinsten Anstandsbedürfnisse der Menschen erforderlich seien, führt der sogenannte wissenschaftliche Sozialismus aus, es bedürfe also lediglich nur einer anderen Organisation der volkswirtschaftlichen Arbeit der Gesellschaftsordnung, um alle Menschen mit allen zum Leben erforderlichen Gütern zu versorgen, d. h. mit anderen Worten, um Not und Elend mit einem Schlage aus der menschlichen Gesellschaft zu verbannen.

Abgesehen davon, daß die Ricardosche Lehre selbst falsch ist, was wir schon an anderer Stelle (vgl. S. 94) sahen, übersah der sog. wissenschaftliche Sozialismus bei seiner Anlehnung an Ricardos Ausführungen auch noch, daß Ricardo gesagt hatte, die Natur könne gezwungen werden, daß aber jeder der Natur angetane intensive Zwang, das zu liefern, was sie nicht aus freien Stücken zu liefern gewillt ist, höhere Kostenwerte erfordere, daß aber diese Kostenwerte erst dann aufgewendet werden können, wenn die Preise der Produkte oder in der sozialistischen Zukunftsgesellschaft die Bewertungen der Produkte entsprechend gestiegen sind, daß aber eine Preissteigerung bzw. höhere Bewertung eine intensivere Nachfrage, d. h. einen Mangel voraussetze. Auch die sozialistische Zukunftsgesellschaft könnte darum, wenn die Ausführungen Ricardos richtig und nicht falsch wären, erst durch einen solchen Mangel darauf hingelenkt werden, der Natur einen intensiveren Zwang anzutun, diejenigen Produkte unter menschlicher Leitung in einem höheren Maße als früher zu liefern, nach denen der Bedarf gestiegen ist, d. h. also auch in der sozialistischen Zukunftsgesellschaft wäre der Mangel, wenn auch nicht immer gleich Not und Elend, nicht ausgeschlossen, selbst vorausgesetzt, daß Ricardos Ausführungen richtig und nicht falsch seien.

δ) Die Anlehnung des sog. wissenschaftlichen Sozialismus an die Ricardosche Grundrententheorie.

Auch die Ricardosche Grundrententheorie ist von den Sozialisten ausgenutzt worden. Wenn, so deduzierten sie, wie der Bourgeoisnationalökonom Ricardo lehre, und wie es deshalb als unzweifelhaft

richtig von ihnen angenommen werden könne, das Wesen der Grundrente in demjenigen Teil des Erzeugnisses des Grund und Bodens zu suchen sei, welcher dem Grundeigentümer für die Benutzung der ursprünglichen und unzerstörbaren Kräfte des Bodens bezahlt wird, so dürfe Eigentümer des Grund und Bodens nur die Gesellschaft sein.

e) **Die Anlehnung des sog. wissenschaftlichen Sozialismus an die Ricardosche Zinstheorie.**

Ricardo sah bekanntlich in dem Einkommen aus Kapital denjenigen Teil des Erzeugnisses aus dem Zusammenwirken von Kapital und Arbeit, welcher dem über das Kapital irgendwie Verfügungsberechtigten für die Benutzung der in den Produktionsmitteln aufgespeicherten Arbeit bezahlt wird. Daraus zog der sogenannte wissenschaftliche Sozialismus den Schluß, daß das Einkommen aus Kapital der Gesellschaft gebühre, und daß zur Erreichung dieses Zieles kein anderer Weg führe als die Überleitung des Eigentums an Produktionsmitteln in die Hände der Gesellschaft. Erkläre man nämlich das Kapital im Ricardoschen Sinne, dann sei das Kapital das Resultat eines fortgesetzten legalisierten Raubes und müsse schon darum der Gesellschaft wieder zugestellt werden; ein doppelt legalisierter Raub aber sei es, wenn man den Kapitalisten auch noch die Früchte seines Raubes genießen lasse.

2. Die zukünftige sozialistische Gesellschaftsordnung nach den Andeutungen des sog. wissenschaftlichen Sozialismus.

Wie schon an anderer Stelle erwähnt wurde, lehnt der sogenannte wissenschaftliche Sozialismus es ab, ein genaues Bild von der zukünftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung zu geben; nur einzelne Grundsätze werden in den Schriften des sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus angedeutet. Diese zusammen zu stellen, sei hier ein Versuch gemacht, ohne daß die Gewähr dafür übernommen werden kann, daß dabei nicht irgendein Grundsatz, auf den der sogenannte wissenschaftliche Sozialismus Wert legt, übergangen sei. Der Grund für ein solches Übergehen ist dann eben darin zu suchen, daß der sogenannte wissenschaftliche Sozialismus die Grundzüge nirgends zusammengestellt hat sondern nur gelegentlich hier und dort erwähnt. Die Grundzüge sind nun die folgenden

- a) keine kapitalistische sondern nur eine gesellschaftliche Produktionsordnung, d. h. eine für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion, darum
- b) keine kapitalistischen Unternehmer und von den Kapitalisten bestellte Unternehmungsleiter sondern von der sozialistischen Gesellschaft bestellte Unternehmungsleiter; beides setzt voraus:
- c) Überleitung der Produktionsmittel aus kapitalistischem Eigentum in gesellschaftliches Eigentum in der von Marx selbst beschriebenen Weise;

- d) vollständige Übersicht über die Produktion und den Bedarf des Weltmarktes, darum
- e) Vermeidung aller Überproduktion, aller Krisen, aller wirtschaftlich unnötiger oder doch wenigstens nicht voll benötigter Arbeit und darum
- f) große Arbeitersparnis;
- g) Recht auf Arbeit für jeden Arbeitsfähigen, aber auch
- h) Pflicht zur Arbeit für jeden Arbeitsfähigen, darum
- i) weitere Gelegenheit für den einzelnen, die Arbeitszeit zu verkürzen, da die Arbeit für die Wespen wegfällt, darum
- k) für jeden genügende Zeit übrig, sowohl dem Sport und der Körperpflege wie wissenschaftlichen und künstlerischen Neigungen dilettantisch nachzugehen;
- l) Kunst und Wissenschaft im Dienste aller, nicht einer bevorzugten Klasse, darum im besondern
- m) eine unentgeltliche weltliche Erziehung, die alle Fähigkeiten ausbildet, auch Unentgeltlichkeit der Lehrmittel;
- n) Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes, soweit man in der zukünftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung überhaupt noch nötig haben wird, zu prozessieren, weil der Hauptzankapfel des Kapitalismus, das Privateigentum an Produktionsmitteln ja fortfallen wird; ferner
- o) Unentgeltlichkeit der ärztlichen Behandlung und der Arzneimittel,
- p) gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied der Geschlechter und der Abstammung;
- q) Religion Privatsache;
- r) keine staatlichen Schranken, d. h. keine Staatsgrenzen.

Das ganze Bild schwebt wesenlos in der Luft, da der sog. wissenschaftliche Sozialismus nicht sagt, was denn das eigentlich sei die über den ganzen Erdkreis verbreitete Gesellschaft, die Gesellschaftsordnung, die gesellschaftliche Produktionsordnung; das sind unbestimmte und unfassbare Begriffe, deren Erklärung der sog. wissenschaftliche Sozialismus uns schuldig bleibt.

§ 69. Die sozialistische Bewegung in Deutschland.

Bei der sozialistischen Bewegung in Deutschland kann man die folgenden Perioden unterscheiden:

1. die Anfänge der sozialistischen Bewegung bis zur Gründung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins im Jahre 1863;
2. die sozialistische Bewegung bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes,
3. die sozialistische Bewegung unter dem Sozialistengesetz,
4. die sozialistische Bewegung nach Aufhebung des Sozialistengesetzes.

Ad 1. *Die sozialistische Bewegung in Deutschland bis 1863.*

Die ersten Anfänge der Arbeiterbewegung in den Jahren 1847—1850 wurden in den folgenden Jahren entweder unterdrückt oder gerieten ins Schlepptau der Gothaer, d. h. der großliberalen Partei und vegetierten in Arbeiterbildungsvereinen weiter.

Ad 2. Die sozialistische Bewegung in Deutschland bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes.

1863 wurde der allgemeine deutsche Arbeiterverein begründet. Sein Präsident war zuerst Lassalle, dann der dramatische Dichter Jean Baptista von Schweitzer. So lange diese beiden Männer das Präsidium innehatten, war der allgemeine deutsche Arbeiterverein zwar radikal, aber national-monarchistisch und frei von revolutionären Anwandlungen. Als aber von Schweitzer wegen seiner Beziehungen zu Bismarck dem Verein 1871 verdächtig wurde und von dem Präsidium zurücktreten mußte, bekam in dem allgemeinen deutschen Arbeiterverein die marxistische Richtung unter Bebel und Liebknecht schnell die Oberhand. Doch hatten sich inzwischen noch weitere, für die sozialistische Arbeiterbewegung wichtige Vorgänge abgespielt. 1868 waren die ersten Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine begründet worden. Um diese Bewegung nicht aufkommen zu lassen und um sie zu bekämpfen, beschloß der allgemeine deutsche Arbeiterverein auf seiner Tagung in Hamburg sozialistische Gewerkvereine zu begründen. Doch machte die sozialistische Gewerkvereinsbewegung anfangs nur sehr geringe Fortschritte und geriet 1871 mit dem Rücktritt von Schweitzers in Marxistisches Fahrwasser. Um ein Gegengewicht gegen die Lassallesche Richtung zu schaffen, begründete die marxistische Richtung 1869 unter Bebels und Liebknechts Leitung in Eisenach die sozial-demokratische Partei. Bis 1871 beföhden sich nun der Arbeiterverein und die Gewerkvereine einerseits, die sozialdemokratische Parteileitung andererseits und schwächten sich gegenseitig. Seit 1871 aber fand eine gegenseitige Annäherung statt. Dann kam 1875 auf dem berühmten Gothaer Kongreß eine Einigung beider Richtungen zu Wege. Die Folge war, daß die Lassalleaner immer mehr an Boden verloren, die Marxisten immer mehr an Boden gewannen. So wurde die sozialdemokratische Partei der öffentlichen Ordnung dreifach gefährlich, nämlich durch ihr Wachstum an sich, durch ihre Einigkeit und durch das immer mehr zunehmende Aufkommen der radikalen Richtung in ihr. Bismarck, der bis dahin der Bewegung ruhig zugeschaut hatte, ja sie selbst nicht ganz ungerne als Gegengewicht gegen die liberale Bourgeoisie gesehen hatte, hielt es darum nach den bekannten Attentaten des Jahres 1878 für höchst notwendig, der Bewegung Einhalt zu tun; doch kam erst 1879 das sog. Sozialistengesetz zustande.

Ad 3. Die sozialistische Bewegung in Deutschland während des Sozialistengesetzes.

Durch das Sozialistengesetz wurde, wie wir heute wissen, zwar die Organisation der Partei völlig zertrümmert, ihre Ausbreitung aber nicht nur nicht gehemmt, sondern sogar gefördert; dies lag an der ungeschickten Handhabung des Gesetzes, insbesondere des Ausweisungsparagraphen durch die Polizeiorgane. Aus allen Wahlkreisen, die der Sozialdemokratie schon sicher waren, wurden die Führer ausgewiesen. Mit großer Kunst verstanden sie es dann, sich solche neuen Wohnsitze zu wählen, wo die Voraussetzungen für eine Agitation sehr günstig waren, während die schlecht unterrichteten Polizeiorgane die Gefahr erst merkten, wenn der Platz dann sozialdemokratisch wählte. Mit Vorliebe nämlich wählten sich die Sozialdemokraten ländliche Bezirke mit hausindustrieller und bergmännischer Bevölkerung, die sie, mit dem Nimbus des Märtyrers umgeben, in aller Stille aber doch intensiv bearbeiteten. War der Kreis der Sozialdemokratie gewonnen, so wurden sie nun zwar ausgewiesen, aber der Kreis blieb der Sozialdemokratie erhalten, und sie wanderten in einen andern Kreis, wo ihnen die Polizeiorgane allein schon durch ihre Ausweisung vorgearbeitet hatten. So wurde durch die verkehrte Handhabung des Ausweisungsparagraphens die Sozialdemokratie von der Polizei selbst un-

ermeßlich gefördert. Das Gesetz wurde bis 1890 regelmäßig immer wieder auf zwei Jahre erneuert; dann verzichtete die Reichsregierung selbst auf das Gesetz, nachdem Bismarck die Reichskanzlerwürde an Caprivi hatte abgeben müssen.

Ad 4. Die sozialistische Bewegung in Deutschland nach Aufhebung des Sozialistengesetzes.

Sofort nach Erlöschen des Sozialistengesetzes wurde ein konstituierender Kongreß der Partei nach Halle berufen. Hier hielt Liebknecht seine berühmte Rede gegen Lassalle und erreichte auch, daß der Kongreß den Parteivorstand beauftragte, ihm auf dem nächsten Parteitage ein revidiertes Programm vorzulegen, in dem aus dem alten Einigungsprogramm von 1873 alle Lassalleschen Irrtümer ausgemerzt seien.

In der Tat enthält das noch heute gültige Erfurter Programm von 1891 nichts mehr vom ehernen Lohngesetz und staatlich subventionierten Produktivgenossenschaften, das Erfurter Programm ist dogmatisch rein und unvermischt marxistisch. Es umschreibt zunächst die Verelendungstheorie von Marx, führt dann ganz im marxistischen Sinne aus, daß die Verelendung mit Naturnotwendigkeit mit der Überleitung der Produktionsmittel aus Privateigentum in Eigentum der sozialistischen Gesellschaft enden müsse, und daß vorher irgendeine wesentliche und dauernde Besserung in der Lage der Arbeiter nicht zu erwarten sei. Dann aber kommt ein ganz lassallescher Gedanke, daß nämlich der Befreiungskampf der Arbeiterklasse ein politischer und kein rein ökonomischer sei; darauf wird aus der Gleichheit der Interessen der Arbeiterklassen aller Länder der internationale Charakter der Bewegung zu rechtfertigen gesucht. Der Schluß enthält die aktuellen Forderungen der Sozialdemokratie, die ein literarisch wissenschaftliches Interesse nicht haben.

Während die bisher besprochenen Programmteile in dem Wort Sozialdemokratie mehr den ersten Teil betonen, betont der letzte Teil des Programms mehr den zweiten Teil des Wortes Sozialdemokratie. Das Erfurter Programm war innerhalb der sozialdemokratischen Partei der letzte große Triumph der marxistischen Richtung. Die sozialdemokratische Partei hat seitdem zwar an Umfang gewonnen, an Radikalismus aber nachgelassen. In Süddeutschland überwiegt der Revisionismus überhaupt schon, und in Norddeutschland neigen die Führer der mit der offiziellen Parteileitung stets konkurrierenden Gewerkschaftsbewegung mehr oder minder stark zum Revisionismus. Die offizielle Parteileitung hat eingesehen, daß sie den Revisionismus stillschweigend in ihren Reihen dulden muß, will sie es nicht zu einem Bruch innerhalb der ganzen sozialdemokratischen Bewegung kommen lassen. Bebel ist die letzte große Säule der dogmatischen Richtung, mit seinem Tode wird diese wohl dem Revisionismus erliegen. In demselben Maße aber, wie der Revisionismus an Umfang gewinnt, in demselben Maße beginnt die Partei sich auch wieder zu einer nationalen und reformatorischen Arbeiterpartei umzumauern; sie nimmt wieder mehr Lassalleschen Geist, wenn auch nichts von seinen speziellen Lehren in sich auf. Hierfür bezeichnend ist auch der Bruch zwischen den deutschen und den polnischen Sozialdemokraten.

§ 70. Die sozialistische Bewegung in Frankreich.

In Frankreich ist der eigentliche Sozialismus nicht alt. Nachdem die föderalistischen Richtungen der Saint Simonisten, der Fourierschen und der Fridrichowicz, Grundriß einer Geschichte der Volkswirtschaftslehre. 12

DOI <https://doi.org/10.3790/978-3-428-56016-5>

Louis Blancschen Schule ausgespielt hatten, traten an ihre Stelle vier neue Gruppen, die der Anarchisten, die Ende der sechziger Jahre die stärkste radikale Partei in Frankreich war, die der Kommunisten, die sich in die beiden Untergruppen der Cabetisten und Blanquisten trennten, deren Gründer uns weiter unten noch näher beschäftigen werden, die der Marxisten unter Jules Guesde und Paul Lafargue, und die der Possibilisten, einer zwar radikalen, aber doch nationalen, antirevolutionären und gemäßigten Arbeiterpartei unter Brousse und Allemane. In den siebziger Jahren nahmen die Marxisten den Namen parti ouvrier an, die Anarchisten und Kommunisten vereinigten sich zu dem comité révolutionnaire central; zu diesen beiden Gruppen und den Possibilisten kam als vierte aber jetzt die fédération nationale des syndicats ouvriers de France, die, ähnlich wie unsere Revisionisten, zwischen den Possibilisten und den streng dogmatischen Marxisten standen. 1899 wurden alle diese Gruppen mit Ausnahme der Possibilisten zu der sozialistischen Partei vereinigt; schon 1900 jedoch sagten sich die Marxisten unter Guesde als sozialistische Arbeiterpartei und 1901 die Kommunisten und Anarchisten als Alliance communiste wieder los, so daß es also augenblicklich wieder vier radikale Gruppen in Frankreich gibt, von denen heute die Possibilisten und Sozialisten, also die beiden gemäßigten Gruppen, die bedeutendsten sind. Der sozialistischen Gruppe gehören Jaurès und Vaillant an und bis 1904 auch der ehemalige Landwirtschaftsminister und außerordentlich gemäßigte Sozialist Millerand, der freilich 1904 seiner gemäßigten Anschauungen wegen aus der sozialistischen Partei ausgestoßen wurde.

§ 71. Die sozialistische Bewegung in England.

Die älteste radikale Arbeiterbewegung Englands war der Owenismus, eine von Robert Owen angeregte, übrigens in der Agitation außerordentlich gemäßigte kommunistische Bewegung, die den Kommunismus gleichsam mit platonischer Liebe vertrat; in den dreißiger Jahren gesellte sich zu ihr die Chartistische Bewegung, die mehr eine politische als eine wirtschaftliche Bewegung war, und Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Wahlrechts für England anstrebte, sonderbarerweise aber bei den Arbeitern selbst wenig Unterstützung fand. Beide Bewegungen wurden von der Gewerkvereinsbewegung abgelöst, die zwar schon in der Mitte der zwanziger Jahre einsetzte, aber doch erst in den neunziger Jahren eine größere Bedeutung erlangte. Lange Zeit, so lange es nämlich nur für gelernte Arbeiter Gewerkvereine gab, waren sie frei von allen sozialistischen Tendenzen und stellten nur eine radikale Arbeiterreformpartei dar. Seit 1900 zirka haben sich aber unter Leitung von John Burns (zurzeit Minister im liberalen Ministerium) auch die ungelerten Arbeiter in Gewerkvereinen zusammengetan. Diese sind zwar Sozialisten, aber nur im Sinne unserer Revisionisten. Neben diesen beiden Hauptgruppen der Arbeiter haben die extremeren der Marxisten, der Anarchisten und der Kommunisten bisher sehr wenig aufkommen können. Wir finden also in England eine noch gemäßigtere Arbeiterbewegung als in Frankreich.

§ 72. Die sozialistische Bewegung in Oesterreich-Ungarn.

In Oesterreich-Ungarn ist die sozialistische Bewegung erst sehr jungen Datums. Der Nationalitätenkampf und der Mangel an Industrie hinderte in den meisten Ländern das Aufkommen der sozialistischen Bewegung. Noch weniger konnten die Sozialisten bei dem sehr gering entwickelten Wahlrecht bis 1896 zu einer Ver-

treten in den Parlamenten gelangen. Seit 1896 hat einerseits die Industrie in Ungarn und den beiden österreichischen Erzherzogtümern einen großen Aufschwung genommen, und ist andererseits das Wahlrecht immer demokratischer geworden. Dadurch ist die sozialistische Bewegung immer mehr in Fluß gekommen. Sie trägt aber hier einen mehr nationalen Charakter, und die internationale Richtung vermag vorläufig noch wenig aufzukommen.

§ 73. Die sozialistische Bewegung in Belgien.

Belgien hat als das verhältnismäßig stärkste Industrieland — verhältnismäßig übertrifft seine Industrie diejenige Englands — auch verhältnismäßig die am weitesten verbreitete sozialistische Bewegung. Da die belgische Bevölkerung meist ohne Schulbildung ist und die Arbeiterwohlfahrtspolitik hier noch sehr wenig geleistet hat, so kann man sich nicht darüber wundern, daß hier die extremen Richtungen, die Anarchisten, die Kommunisten und Marxisten, fast ausschließlich vertreten sind, Revisionisten und Possibilisten fast völlig fehlen.

§ 74. Die sozialistische Bewegung in Holland.

In Holland ist die sozialistische Bewegung noch sehr jungen Datums. Vor ungefähr 25 Jahren kam hier eine anarchistische Partei unter Domela Nieuwenhuis auf; zu ihr gesellte sich vor ungefähr zwanzig Jahren eine sozialistische, marxistische Partei, die heute die erstere an Bedeutung weit übertrifft. In Holland sind also die extremen Richtungen bei weitem überwiegend.

§ 75. Die sozialistische Bewegung in der Schweiz.

In der Schweiz gibt es eine sozialistische Bewegung erst seit ungefähr 25 Jahren, mit der fortschreitenden Industrialisierung der Schweizer Hochebene, insbesondere also der Kantone Bern, Basel und Zürich, macht sie aber sehr schnelle Fortschritte. Die Färbung ist marxistisch-revisionistisch, wie in Oberdeutschland.

§ 76. Die sozialistische Bewegung in den skandinavischen Staaten.

1. in Schweden macht die sozialistische Bewegung marxistischer Färbung infolge der sehr rasch vor sich gehenden Industrialisierung Südschwedens ganz unermessliche Fortschritte,
2. in Norwegen ist sie bei dem landwirtschaftlichen Charakter des Landes und der dünnen Bevölkerung auf die Hauptstadt Christiania beschränkt,
3. in Dänemark ist es der Sozialdemokratie gelungen, fast das ganze flache Land von Jütland sich zu erobern; daher ist hier die sozialistische Bewegung weit stärker als man nach dem überwiegend agrarischen Charakter des Landes annehmen sollte. Der Grund ist der, daß trotz ziemlich dichter landwirtschaftlicher Bevölkerung doch der Großgrundbesitz überwiegt, und daß von den vielen kleinen Küstenplätzen aus die Sozialdemokratie ihre Agitation tief ins Land ausbreiten konnte.

§ 77. Die sozialistische Bewegung in Italien.

In Italien war lange Zeit nur der Anarchismus, der für die Propaganda der Tat eintrat, die einzige Arbeiterorganisation. Mit der Industrialisierung Norditaliens und der immer größeren Volksdichtigkeit um Neapel und in Sizilien macht jedoch der Sozialismus — meist extremster Richtung — sehr große Fortschritte.

§ 78. Die sozialistische Bewegung in Spanien und Portugal.

Auf der iberischen Halbinsel bildete lange Zeit nur der Anarchismus italienischer Art die einzige Arbeiterorganisation. Erst mit der dadurch beginnenden Industrialisierung Spaniens, daß es immer mehr eine Interessensphäre für fremde Kapitalisten wird, beginnt sich langsam ein Sozialismus auszubreiten; er ist sehr extremer Färbung.

§ 79. Die sozialistische Bewegung in Rußland.

In Rußland ist der Radikalismus unter den Arbeitern weit weniger verbreitet als unter den sogenannten Intelligenzen, einem gebildeten Proletariat, und den Juden. Einem sozialistischen Arbeiterstand begegnen wir nur in Russisch-Polen, dem russischen Industriezentrum südlich von Moskau und in den Hafenstädten der Ostsee und des schwarzen Meeres. Unter den russischen Arbeitern sind vier radikale Richtungen verbreitet, nämlich ein kommunistischer Anarchismus, der zur Propaganda der Tat sehr leicht bereit ist, aber zum Glück für Rußland unter den eigentlichen Arbeiterkreisen wenig Anhang hat, ein dogmatischer Marxismus, der im eigentlichen Rußland ziemlich stark vertreten ist (Plechano w), ferner ein revisionistischer Marxismus, zu dem ein großer Teil der gelernten Industriearbeiter sich bekennt, und endlich die Gewerkschaftler, die zwar radikal sind, aber doch nur im Sinne der französischen Possibilisten und der älteren englischen Gewerkvereine gelernter Arbeiter. So ist unter den russischen Arbeitern der Radikalismus noch wenig verbreitet, und finden andererseits unter ihnen die gemäßigteren Richtungen mehr Anhang als die echten Marxisten und Revolutionäre.

§ 80. Die sozialistische Bewegung in Amerika.

Man kann in den Vereinigten Staaten vier große Hauptgruppen radikaler Arbeiter unterscheiden, die Föderalisten, die Gewerkschaften der gelernten Arbeiter, die Gewerkschaften der ungelernten Arbeiter und endlich die Sozialisten. Die ersteren nennen sich die Knights of labor; sie wollen durch Produktivgenossenschaften und Konsumvereine die soziale Frage lösen; die zweiten nennen sich die federation of labor; sie sind ebenso gemäßigt wie die entsprechenden englischen Gewerkvereine und auch meist englischen, jedoch nicht irischen Ursprungs, da sich die Iren und die Engländer in Amerika scharf trennen; die dritten nennen sich Central labor Unions; die vierten endlich nennen sich Socialistic party. In Amerika ist die sozialistische Bewegung ebenfalls jungen Datums und begann erst mit der intensiveren Industrialisierung. Sie wird wesentlich erschwert durch die Rassegegensätze. Sie ist eine Bewegung der Weißen, an der den Farbigen kein Anteil gegeben wird. Sie wird ferner erschwert durch den Gegensatz zwischen Engländern, Iren, Deutschen, Romanen und Slaven, die sich gerade in Arbeiterkreisen ziemlich schroff gegenüberstehen, viel schroffer, als Fernerstehende glauben. So hat der Sozialismus es zur Bildung einer eigenen Partei noch nicht gebracht; er bildet nur eine selbständige Abteilung der Demokraten.

§ 81. Die sozialistische Bewegung in Australien.

In Australien gibt es nur zwei radikale Arbeitergruppen, die Gewerkschaften der gelernten und die Gewerkschaften der ungelerten Arbeiter.

§ 82. Die internationale sozialistische Bewegung.

Man kann die internationale sozialistische Bewegung in zwei große Perioden einteilen, nämlich

1. die Periode der sogenannten Internationalen von 1836—1874 und
2. die Periode der internationalen Arbeiterkongresse von 1889 bis zur Gegenwart.

Ad 1. *Die Periode der »Internationalen« von 1836—1874.*

Im Jahre 1836 wurde in Brüssel ein Geheimbund, der »Bund der Kommunisten«, eine internationale Arbeiterverbindung, begründet. Lange Zeit blühte dieser Geheimbund tatsächlich wie ein Veilchen ganz im Verborgenen, kein Mensch sah, hörte und merkte etwas von ihm. Da kam 1847 vorübergehend etwas Leben in ihn. Auf dem in London abgehaltenen Kongreß wurden Marx und Engels mit der Abfassung eines Parteiprogramms beauftragt. So entstand das schon mehrfach erwähnte »internationale kommunistische Manifest«. 1849 entschlummerte die »Internationale« zunächst wieder ganz fest. Sie schien unerweckbar. Dennoch gelang es Marx, sie 1864 unter dem Namen »Internationale Arbeiterassoziation« zu neuem Leben zu erwecken. Bis 1872 machte sie sich ziemlich stark bemerkbar. Dann kam die schon an anderer Stelle geschilderte Krisis.

Ad 2. *Die Periode der internationalen Arbeiterkongresse von 1889 bis zur Gegenwart.*

Die Veranlassung, die internationalen radikalen Kongresse wieder aufleben zu lassen, gab die Säkularfeier der großen französischen Revolution. Merkwürdig war der Kongreß von 1893 in Zürich, der die Kommunisten und Anarchisten ausschloß und der Kongreß von 1900 in Paris, der die Schaffung eines ständigen Bureaus der sozialistischen Internationalen beschloß. Die internationalen Arbeiterkongresse haben die Bedeutung der »Internationalen« nie erlangt. Einerseits haben die Regierungen sie weniger fürchten und richtiger einschätzen gelernt, andererseits leiden auch diese internationalen Kongresse an den inneren Parteiungen. Wenn auch mit der Zeit die Gegensätze zwischen den einzelnen Ländern sich auszugleichen beginnen, indem einerseits die Länder mit etwas weniger radikalen Elementen, solche etwas stärker aufkommen sehen und andererseits in Ländern mit sehr radikalen Elementen auch gemäßigttere Parteiführer ans Ruder kommen, so kann man im großen und ganzen doch noch sagen, daß die Gegensätze der Länder die Hauptgegensätze auf den internationalen Arbeiterkongressen bedingen. Fast ausschließlich extreme Vertreter entsenden Holland, Belgien, Italien und Spanien, überwiegend gemäßigte Vertreter entsenden Österreich, England, Frankreich, die Schweiz, die nordamerikanische Union und Australien, auf der Grenze zwischen beiden, doch so, daß sie immerhin noch mehr extreme als gemäßigte Vertreter entsenden, stehen Dänemark, Rußland und Deutschland. Im ganzen überwiegen noch immer die extremen Vertreter auf dem Kongreß.

Achtzehntes Kapitel.

Der kommunistische Rationalismus.

§ 83. Begriff und Übersicht des Kommunismus'.

Das allen Kommunisten Gemeinsame ist, daß sie auf dem Wege der Verstaatlichung der Produktions- und Genußmittel das der Menschheit gesteckte Ziel glauben suchen zu müssen.

Dies Ziel setzt, wie Marx es vollkommen richtig charakterisiert hat, auf der einen Seite einen Herdenmenschen, auf der anderen Seite ungemein begabte Herrenmenschen voraus, für die das Ideal darin besteht, Führer einer solchen Herde zu sein, die aber keinerlei materielle Zwecke für sich verfolgen. Deshalb sehen wir auch den Kommunismus so oft in Verbindung mit religiösen Zwecken, also hauptsächlich bei Sekten, dann bei Orden, deren Ziel das Herrschen über die Geister ist, wie bei dem Pythagoräischen Philosophenorden und dem Jesuitenorden.

Die bekanntesten kommunistischen Schriften, die meist in der Form von Staatsromanen erschienen sind, sind

1. Platons Idealstaat, später in den Gesetzen gemildert (bald nach 400 bzw. um 375 v. Chr., vergl. § 3).;
2. Thomas Morus' Utopia (um 1525), das unerreichte Vorbild aller neuzeitlichen Staatsromane, ein demokratisch kommunistischer Polizeistaat im merkantilen Sinne, der zwar an Platons Idealstaat anknüpft, aber gerade das Aristokratische, das Militärische und das Philosophische vermeidet, d. h. also nur die Form übernimmt, in sie aber einen vollständig anderen Inhalt gießt;
3. Boissel, »Jcaria« (um 1550);
4. Campanella, »Sonnenstaat« (um 1630);
5. Bacon von Verulam (vergl. § 16, No. 2), »Eine neue Insel der Glücklichen, genannt Atlantis« (um 1625);
6. Denis Vairasse, »Histoire des Sevarambes« (um 1675);
7. Morelly, »Les îles flottantes« (um 1750) und »Code de la nature« (um 1755), in denen das Eigentum heftig angegriffen und als die Quelle aller Laster, insbesondere auch des Hochmuts und des Eigennutzes bezeichnet wird, der Kommunismus aber als die Quelle aller Tugenden geschildert wird (Tout citoyen sera homme public, sustenté, entretenu et occupé aux dépens du public);
8. Mably, »Doutes proposés aux philosophes-économistes sur l'ordre naturel et essentiel des sociétés publiques« (um 1770) und »De la législation ou principes des lois« (um 1775), in denen die Vorzüge der Gütergemeinschaft gepriesen, der Einwand aber, daß das persönliche Interesse als Triebfeder zum gewerblichen Fleiß nötig sei, mit dem Hinweis auf die dem Menschen angeblich angeborene Neigung zur Arbeit kurz abgetan wird;
9. Jean Paul Brissot de Warville, »Sur la propriété et le vol« (um 1789), in dem alles Vermögen, das über das zur Erhaltung unserer Existenz Nötige hinausgeht, als Diebstahl bezeichnet wird;
10. Babeuf, »Bouleversement général dans l'ordre de propriété« (um 1795), der auch dadurch berühmt ist, daß er im Jahre 1795, als durch

den Sturz des Konvents und die Errichtung des Direktoriums die letzten Hoffnungen der Umsturz männer vernichtet waren, mit einem Bund der Gleichen (Confédération des Egaux) einen Aufbruchversuch zur Durchführung seiner Ideen machte, der aber im Keime erstickt wurde und damit endete, daß Babeuf und seine Anhänger guillotiniert wurden (das letzte Mal, daß in der Geschichte der großen französischen Revolution die Guillotine Massenarbeit verrichtete);

11. Robert Owen (vergl. § 60);
12. Cabet, »Voyage en Icarie« (um 1840), der auch dadurch berühmt ist, daß er 1848 einen völlig mißglückten Versuch zur Gründung eines kommunistischen Idealstaates in Texas machte, der aber freilich wohl deshalb mißglückte, weil Cabet selbst beim Landeserwerb gründlich getäuscht worden war, daß er im Jahre 1851 einen neuen Versuch in Illinois machte, der anfangs einen etwas besseren Erfolg hatte, aber 1856 an innerer Uneinigkeit scheiterte, und daß er endlich im Jahre 1856 einen dritten Versuch in Missouri machte, der den Tod des Gründers (1856) noch fast acht Jahre überdauerte;
13. und 14. Barbès und Blanqui, die weniger durch ihre Schriften als durch die große politische Rolle, die sie in Frankreich gespielt haben (1830 [nur Blanqui], dann 1839 mißglückter Aufstand gegen Louis Philippe, 1848 wirksame Teilnahme an der ganzen Bewegung des Jahres, besonders aber der Putsch vom 15. Mai, 1871 Aufstand der Kommune [nur Blanqui]; nach Blanqui nennen sich noch heute die Blanquisten, eine sozialistisch-republikanische Partei.), bekannt sind;
- 15—17. Bakunin, Krapotkin und Netschajew, die es mit der bekannten russischen Unklarheit fertig brachten, die beiden extremen Gegensätze des Anarchismus' und des Kommunismus' zu vereinigen;
18. Wilhelm Weitling, »Garantien der Harmonie und Freiheit« (um 1840) und »Evangelium des armen Sünders« (um 1845).

§ 84. Überblick über kommunistische Gemeinden in der Geschichte.

1. Die erste kommunistische Gemeinde, von der wir wissen, war der Pythagoräische Orden, der etwa von 550—400 vor Christi Geburt bestand.
2. Die zweite uns bekannte kommunistische Gemeinde war der Orden der Essener bei den Juden, der ungefähr von 150 vor bis 70 nach Chr. bestand.
3. Die dritten uns bekannten kommunistischen Gemeinden waren die ersten Christengemeinden; auch Christus schon scheint mit den siebenzig Jüngern kommunistisch gelebt zu haben; ein Essener aber war er ebenso wenig wie Johannes der Täufer; damit sind seine übrigen, das Judentum zersetzenden Lehren nicht vereinbar; die Essener waren nämlich sehr strenggläubige Juden.
4. Zu viert sind als kommunistische Gemeinden die freien Nonnen- und Mönchsorden der Beghinen und Begharden zu nennen, die sich dadurch von den übrigen Mönchs- und Nonnenorden unterscheiden, als der Austritt aus ihnen jederzeit gestattet ist und das Keuschheitsgelübde nur für die Zeit der Zugehörigkeit zum Orden gilt. Sie kamen um das Jahr 1200 auf und finden sich — so zum Beispiel besonders zahlreich in Belgien — noch heute.
5. Kirchlich noch freiere, aber doch kommunistische Gemeinden bildeten die Brüder und die Schwestern des gemeinsamen Lebens, auch Brüder oder Schwestern vom guten Hirten, nach ihren Patronen auch Hieronymianer oder Gregorianer und nach ihrem Stifter Gerhard Groote (um 1375) auch Gerhardenianer genannt, die, ohne irgendein Gelübde abzulegen, doch in klösterlicher Gemeinschaft lebten.

6. Einen sektiererischen Charakter haben die sittenlosen Adamiten mit Frauen- und Gütergemeinschaft, die seit 1400 zirka immer und immer wieder aufgetaucht sind. Adamiten sind wohl die Perfektionisten in New York (vergl. unten No. 13). Adamiten heißen sie davon, daß sie ihre erotischen und orgienhaften Gottesdienste in stark überhitzten, die Sinnlichkeit darum ungemein anregenden Räumen vollständig nackend abhalten (offiziell sind sie überall verboten).
7. Kommunistische Ideen begegnen uns 1525 bei den Wiedertäufern.
8. Einen kommunistischen Gottesstaat wollte Thomas Münzer gründen.
9. Das Muster eines Kommunistenstaates, in dem ein in der Beherrschung der Geister sehr geübter Orden (der Jesuitenorden) eine herdenmäßige Menschenmenge (die außerordentlich willfähigen und friedfertigen Guarinaindianer) vollständig beherrschte, war der Jesuitenstaat in Paraguay und weiten umliegenden Gebieten von 1610—1768, in welchem Jahre die spanische Regierung infolge von Mißhelligkeiten mit dem Orden dort eine weltliche Regierung einführte, unter der es übrigens die armen Guarinaindianer viel schlimmer hatten als unter dem väterlichen Regiment des Ordens.
10. Ebenfalls wieder von kirchlich-kommunistischem Charakter war die 1777 in England begründete, aber bald nach der nordamerikanischen Union verpflanzte Quäker-Schäkergemeinde. Ihre Gründerin war eine unglückliche Frau, die ihre sämtlichen acht Kinder schnell hintereinander verloren, darüber an ihrem Geiste etwas gelitten hatte und infolgedessen öfter in Visionen verfiel, in welchem Zustande sie der ungebildeten Masse als heilig erschien. Da sie mit ihrem Manne in unglücklicher Ehe gelebt hatte und den Grund ihres Unglücks in der Einehe suchte, führte sie nicht nur Güter- sondern auch Weibergemeinschaft ein.
11. Wie die vorige ist von kirchlich kommunistischem Charakter die Harmonisten- oder Rappistengemeinde, die 1804 in Amerika von einem schwärmerischen württembergischen Bauern Georg Rapp begründet wurde, der Staat und Kirche in ihrer ursprünglichen Reinheit und Wesensgleichheit auf der Grundlage der Harmonie wieder herstellen wollte. Unter Harmonie verstand er Gleichheit und Einheit. Seine Gemeinde gründete zuerst eine Kolonie »New Harmony«, verkaufte sie aber 1814 an Robert Owen (vergl. § 60) und legte im Staate Pennsylvanien die Stadt Economy an. Die Rappisten leben in Ehelosigkeit und Gütergemeinschaft. Das gemeinsame Vermögen der Gemeinde wird von dem hohen Priester, als welcher bis zu seinem Tode (1847) Rapp tätig war, verwaltet; sie ergänzen sich durch Zuwanderung und Adoption.
12. Die Gründungen von Robert Owen (vergl. § 60).
13. Die Perfektionisten oder Bibelkommunisten, eine altchristliche Hausgemeinschaft mit Weiber- und Gütergemeinschaft (vergl. oben No. 6), wurde 1836 von John Humphrey Noyes am Oneidafluß — daher auch Oneidagemeinde genannt — begründet.
14. Ein kommunistischer Priesterstaat war auch der alte Inkastaat in Peru.

Neunzehntes Kapitel.

Der agrarsozialistische Rationalismus der Bodenreformer.

§ 85. Die Hauptdaten der Bodenbesitzreformbewegung.

1. Im Jahre 1753 spricht Jean Jaques Rousseau in seiner berühmten, von der Akademie zu Dijon gekrönten Preisschrift »*Traité sur l'origine de l'inégalité parmi les hommes*« den, wenn auch auf ganz falschen historischen Vorstellungen beruhenden, dennoch berühmt gewordenen Satz aus: »Der erste, der ein Stück Land umzäunte und erklärte: Dies gehört mir, und Leute fand, die einfältig genug waren, ihm das zu glauben, war der wahre Begründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wieviele Verheerungen, wieviele Kriege, wieviel Mord und Elend wären der Menschheit erspart geblieben, wenn jemand die Umzäunung umgerissen, die Gräben verschüttet und den anderen zugerufen hätte: »Hütet euch, diesem Betrüger zu glauben! Ihr seid verloren, wenn ihr vergeßt, daß die Früchte des Bodens allen gehören und dieser selbst niemandem gehört.«
2. Thomas Spencer erklärte 1775 in einem zu Newcastle gehaltenen Vortrage »*The meridian sun of liberty*« die soziale Frage für lösbar durch die Bodenverstaatlichung und sprach damit zum erstenmal den Grundgedanken der Bodenbesitzreformer aus.
3. 1854 vertrat Gossen in seiner Schrift »*Gesetze des menschlichen Verkehrs*« (vgl. § 54) die folgende Lehre: Das Grundeigentum ist die Ursache der Verarmung. Der Staat soll den Grund und Boden durch Zwangsenteignung an sich bringen, indem er den bisherigen Eigentümern eine sich allmählich amortisierende Rente zahlt. Die Amortisation werde er durch die Steigerung der Grundrente aufbringen können, die so der Gesamtheit wieder zugute komme, indem sie sie in die Lage versetze, sich allmählich wieder in den Besitz ihres Grund und Bodens zu setzen. Dabei schwebte ihm die 1850 in Preußen eingerichtete Grundlastenablösungsrentenbank vor. Die Schrift wurde wenig bekannt.
4. 1870 trat Stamm in seiner nach Form und Inhalt sehr sozialistischen Schrift »*Die Erlösung der darbenenden Menschheit*« für die Verstaatlichung des Grundeigentums ein.
5. 1872 wurde unter reger Anteilnahme des Soziologen John Stuart Mill in England die »*Land Tenure Reform Association*« begründet, die Bodenverstaatlichung und bis zur Erreichung dieses Zieles Reform der Grundbesitzverhältnisse erstrebte, wobei daran zu denken ist, daß in England die Landwirte meist Pächter und die Häuser meist in Erbbaurecht gebaut sind.
6. 1879 vertrat einen ähnlichen Standpunkt wie Stamm Samter in seinem Buch »*Das Eigentum in seiner sozialen Bedeutung*«.
7. Mehr Aufmerksamkeit als alle seine Vorgänger erregte 1880 Henry George mit seiner Schrift »*Progreß and poverty*«.
8. 1882 trat in England aus der Mitte der Bodenbesitzreformer ein Gegner von Henry George in der Person von Alfred Russel Wallace auf, der in seiner Schrift »*Nationalisation of land*« durchaus Gossensche Ansichten vertrat, obgleich er das Buch nachweislich nicht gekannt haben konnte.
9. 1884 veröffentlichte Michael Flürsheim sein Hauptwerk: »*Auf friedlichem Wege*«.
10. 1885 und 1886 trat für Flürsheim, was seinerzeit sehr viel Aufsehen erregte, ein adliger Großgrundbesitzer C. von Helldorf-Baumersrode mit zwei

Schriften: »Verstaatlichung des Grund und Bodens« und »Das Recht der Arbeit und die Landfrage« ein.

11. 1892 übernahm nach Flürscheims Rücktritt Damaschke die Führung des deutschen Bundes für Bodenbesitzreform.
12. 1898 veröffentlichte der »deutsche Bund für Bodenreform« (nicht mehr Bodenbesitzreform) sein sog. »Gegenwartsprogramm für Realpolitik«.

§ 86. Henry George, Michael Flürscheim, das Gegenwartsprogramm der deutschen Bodenreformer, Damaschke.

1. Henry George.

Besser als aus seinem Hauptwerke läßt die Georgesche Lehre sich nach dem kürzeren, 1884 veröffentlichten Buche »Social problems« darstellen. Das Grundeigentum ist nach ihm die Ursache der trotz aller technischen und kulturellen Fortschritte immer mehr um sich greifenden Verarmung der unteren Volksschichten und des von Marx nach seiner Meinung durchaus richtig geschilderten Verelendungsprozesses, also der fortdauernden exploitation de l'homme par l'homme infolge der sich immer von neuem wiederholenden Krisen einerseits und der elenden Lohnverhältnisse andererseits. Es kann nach ihm erst dann besser werden, wenn die Grundrente eine private Einnahmequelle nicht mehr bildet. Darum soll der Staat durch eine Grundsteuer die ganze Grundrente für sich in Anspruch nehmen. Die Steuer soll auf Selbsteinschätzung der Grundbesitzer beruhen und der Staat berechtigt sein, wenn ihm die Selbsteinschätzung zu niedrig erscheint, zu dem Einschätzungswert das Grundstück zu erwerben. Mit dieser Steuer werde der Staat alle Staatsbedürfnisse befriedigen können. Darum wird die von ihm angeregte Idee auch die Lehre von der single tax genannt.

Damit kommt Henry George auf eine alte physiokratische Forderung zurück die oben bei der Lehre der Physiokraten deshalb nicht berührt wurde, weil sie in die Finanzwissenschaft, nicht in die Volkswirtschaftslehre gehört. Henry George unterstützte den Erfolg seines Werkes durch große Agitationsreisen in der Union selbst, in England und in Australien. In Amerika wurde ein Bund der Bodenreformer begründet, dessen Präsident Henry George bis zu seinem Tode (1897) war; in England entstand die English Land Restoration League, wegen ihrer Hauptforderung auch die Single tax men genannt, und erklärten sich die sämtlichen Gewerkvereine unterschiedslos für Henry Georges Lehre; in Australien tritt für die Lehre von Henry George im Bundesparlament eine stetig wachsende, schon ziemlich starke Minderheit ein, so daß es durchaus nicht ausgeschlossen ist, daß sie hier einmal die Oberhand gewinnen. In Neuseeland hat eine bodenreformatorische Mehrheit die Georgesche Grundsteuer schon eingeführt.

2. Michael Flürscheim.

Er macht, ohne das Buch zu kennen, denselben Vorschlag wie Gossen. So lange dieser Vorschlag noch nicht durchgeführt, solle wenigstens die Georgesche Grundsteuer erhoben werden, wobei er es offen läßt, ob als single tax. Flürscheim vertritt die Ansicht, daß mit der Beseitigung der Grundrente auch der Kapitalszins verschwinden und der Arbeiter sich vom Kapitalisten emanzipieren werde.

Seit 1887 gab er »Deutsch Land« heraus, die bald darauf zum Organ des von ihm begründeten Deutschen Bundes für Bodenbesitzreform wurde und 1890 den Titel »Frei Land« erhielt. 1892 zog er sich von aller Agitation zurück.

3. Das Gegenwartsprogramm der deutschen Bodenreformer.

Unter dem Einfluß von Adolph Wagner und Max Sering entschloß sich Adolf Damaschke neben der Zukunftspolitik, die mehr in den Hintergrund gerückt aber nicht ganz aus dem Auge gelassen werden sollte, eine den Bedürfnissen der

Gegenwart entsprechende und zur Verwirklichung des großen Zukunftsideals hinüberleitende Realpolitik zu treiben. Es gelang ihm, die Mehrheit des deutschen Bundes für Bodenbesitzreform für sein Vorhaben zu gewinnen. Im Jahre 1898 wurde er mit der Ausarbeitung eines neuen Programms des Bundes betraut.

- a) Als Ziel des Bundes wird die Herbeiführung eines Rechtes hingestellt, das für den Boden
 - α. seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte fördert, dagegen aber jeden Mißbrauch ausschließt;
 - β. die Wertsteigerung, die er ohne Zutun des Einzelnen erhält, möglichst der Gesamtheit zugute kommen läßt.
- b) Zur Durchführung dieser Aufgaben werden gefordert:
 - α. Verstaatlichung des Hypothekarkredites,
 - β. Verhinderung der gemeinschädlichen Ausnutzung der Naturkräfte und Bodenschätze,
 - γ. Verhinderung monopolistischer Gewerbe und Betriebe,
 - δ. Erhaltung und Erweiterung des öffentlichen Eigentums,
 - ε. modifiziert die Hauptforderung von Henry George, nämlich Besteuerung des un bebauten städtischen Bodens nach dem Werte, der durch Selbsteinschätzung zu bestimmen ist, Enteignungsrecht der Gemeinden nach diesem Wert,
 - ζ. bei allen Wertsteigerungen, die durch öffentliche Anlage hervorgerufen sind, Heranziehung der betreffenden Bodenbesitzer zu den Kosten der öffentlichen Anlagen nach dem Verhältnis der Wertsteigerung,
 - η. bei ländlichen Zwangsverkäufen ein Vorkaufsrecht für die Gemeinde bzw. den Staat,
 - θ. Planmäßige innere Kolonisation mit Vorbehalt aller der Rechte, die nötig erscheinen, ein späteres Illusorisch-machen seiner Kolonisationspolitik verhindern zu können,
 - ι. Sicherstellung der Forderungen der Bauhandwerker,
 - κ. Unterstützung solcher Baugenossenschaften, die am gemeinschaftlichen Eigentum festhalten, namentlich auch durch pachtweise Überlassung von Gemeindeeigentum.

Der Bund hat folgende Resultate zu verzeichnen,

- a) daß weit über 200 preußische Gemeinden, darunter sehr viele große, heute für unbebaute Grundstücke die Georgesche Hauptforderung in der Form des Bundes angenommen haben,
- b) daß die meisten Staaten heute Landesgesetze zum Schutz der Bauhandwerker erlassen haben,
- c) daß die oben unter κ wiedergegebene Forderung sowohl von der Reichsverwaltung wie von Landesverwaltungen und von vielen Gemeindeverwaltungen befolgt wird,
- d) daß Preußen und Baden eine Statistik über die Grundverschuldung des ländlichen Besitzes aufgenommen haben,
- e) daß die Entschuldungsfrage sehr lebhaft erörtert wird und in nächster Zukunft ein entsprechender Reformplan von Preußen zu erwarten ist,
- f) daß die Marineverwaltung in Tsingtau alle ihre Forderungen zu erfüllen sich bemüht,
- g) die Einführung einer Reichswertzuwachssteuer.

4. *Damaschke.*

Seit 1892 gibt er das Organ »Frei Land« heraus, dessen Titel seit 1896 »Deutsche Volksstimme« ist; seit 1894 läßt er außerdem unperiodisch die sozialen Streitfragen erscheinen, und seit 1905 gibt er auch das »Jahrbuch für Bodenreform« heraus.

§ 67. Der den Bodenbesitzreformern nahestehende Schriftsteller Franz Oppenheimer und die Wohnungsreformer Eberstadt, Flesch, Fuld, Grävell, von Mangoldt, Pesl und Heinrich Peter.

1. Franz Oppenheimer.

Er will durch Aufteilung der östlichen großen Güter in lauter kleine Parzellen, die gerade eine Familie zu ernähren vermögen, seinen liberalen Sozialismus erreichen. Darunter versteht er eine Gesellschaftsordnung, in der das wirtschaftliche Selbstinteresse seine Herrschaft bewahrt und sich in völlig freiem Wettbewerbe durchsetzt, und in der dennoch nur noch eine Art von Einkommen existiert, das Arbeitseinkommen, während Kapitalprofit und Grundrente bis auf harmlose Splitter verschwunden sind, in der also das wirtschaftlich soziale Klassenverhältnis der kapitalistischen Wirtschaft verschwunden ist. Würden die großen Güter des Ostens in besagte kleine Parzellen aufgeteilt, so würde noch für Jahrtausende freies Land vorhanden sein, das jedem zugänglich sei, der es nutzen wolle. Sobald diese Aufteilung vorgenommen würde, würde die Arbeiterklasse als Inbegriff der Vermögenslosen, der eigener Produktionsmittel Entbehrenden nicht mehr vorhanden sein. Die Bodensperre durch die Großgrundbesitzer habe das Kapitalverhältnis produziert und müsse es reproduzieren, solange sie bestehe. Sobald man die Bodensperre durch die Großgrundbesitzer beseitige, werde es auf absehbare Zeiten keine Arbeiterklasse und kein Kapitalverhältnis mehr geben.

Der Vorschlag zeugt von einem durch Sachkenntnis nicht getrübbten, rein doktrinären Blick. Bei Durchführung seines Vorschlages würden wir im Osten infolge der Schwierigkeit des Absatzes für kleine Landwirte einen unter der Knute der Wucherer seufzenden, proletarischen Kleinbauernstand haben.

2. Die Wohnungsreformer.

- a) R. Eberstadt hat auf dem Gebiet der Wohnungsfrage viele Einzelaufsätze, dann aber auch eine größere Monographie »Handbuch des Wohnungswesens und der Wohnungsfrage« geschrieben. Vordem bewegten sich seine Arbeiten auf dem Gebiete des Bankwesens. Sie vereinigten die Sachkenntnis eines eingeweihten Fachmannes mit der Gründlichkeit und Unparteilichkeit eines Gelehrten.
 - b) Karl Flesch hat auf dem Gebiet der Wohnungsfrage zahlreiche Aufsätze veröffentlicht, andere Arbeiten von ihm bewegen sich auf dem Gebiete der Armenpflege und der Arbeiterversicherung.
 - c) Ludwig Fuld betätigte sich auf denselben Gebieten wie Karl Flesch nicht nur in Zeitschriften sondern auch in kleineren Monographien, außerdem aber hat er auch zahlreiche juristische Aufsätze und Monographien veröffentlicht.
 - d) Albert Grävell erörterte in einer längeren 1901 erschienenen Monographie sehr erschöpfend »Die Baugenossenschaftsfrage« (1901).
 - e) Karl von Mangoldt beleuchtete in mehreren Artikeln die Wohnungsfrage.
 - f) D. Pesl ist hier zu nennen wegen einer größeren Monographie »Das Erbaurecht« (1910).
3. Nahe steht den Bodenreformern auch **Heinrich Peter** mit seiner Monographie »Wert und Preis unbebauter Liegenschaften in der modernen Großstadt« (1910)¹.

¹ Auch Johannes Fuchs (vgl. § 97 N. 16) wäre hier zu erwähnen.

Zwanzigstes Kapitel.

Die Soziologen.

§ 88. Übersicht über die Soziologen.

Man kann die Soziologen wohl am besten in die folgenden Gruppen einteilen

1. Methodologen, unter denen zu erwähnen sind
 - a) der Begründer der Soziologie Auguste Comte,
 - b) René Worms,
 - c) Emile Durkheim;
2. Empiriker und Historiker;
3. Biologen
 - a) Schäffle,
 - b) Jean Izoulet;
4. Pragmatiker und Politiker
 - a) John Stuart Mill,
 - b) Spencer,
 - c) Léon Bourgeois,
 - d) Alfred Fouillée;
5. Spezialisten
 - a) der evangelische Geistliche Natorp mit einer 1899 veröffentlichten Sozialpädagogik, die seine Berufung nach Marburg als Professor der Pädagogik zur Folge hatte,
 - b) Othmar Spann mit zahlreichen Aufsätzen und Monographien über die Frage der unehelichen Kinder,
 - c) Ferdinand Tönnies, von dem hier zwei Arbeiten zu nennen sind: »Probleme des Verbrechens und der Strafe« (1902) und »Die Lage der Seeleute in den deutschen Ostseehäfen« (1903 im 104. Bde. der Schriften des Vereins für Sozialpolitik).

§ 89. Die Methodologen.

1. Auguste Comte (1798—1857).

Schon als Student war er Mitarbeiter an St. Simons l'organisateur. Dieser hatte seinen Schülern wieder und wieder die Aufgabe gestellt, die Herrschafts- und Unterordnungsverhältnisse der modernen Gesellschaft zum Gegenstande ihres Studiums zu machen. Dieser Aufforderung seines Meisters folgte Auguste Comte und wurde so der Begründer der Soziologie. Schon 1820 begann er Vorlesungen über die Soziologie zu halten, die er Philosophie positive nannte. Comtes wichtigste Schriften sind

1. Plan des travaux scientifiques nécessaires pour réorganiser la société (1822),
2. Cours de philosophie positive (1839—42),
3. Système de politique positive ou traité de sociologie, instituant la religion de l'humanité (1851—54).

Von den drei genannten Werken hat das erste nur einen programmatischen Wert, dem erst das erste Hauptwerk den Inhalt gegeben hat. In seinen späteren Jahren verfiel auch er, wie alle Schüler St. Simons, in einen religiösen Mystizismus; dieser spiegelt sich in seinem zweiten großen Hauptwerk wieder, das deshalb viele Widersprüche mit dem ersten aufweist und durchaus nicht auf dessen wissenschaftlicher Höhe steht. Seine wissenschaftliche Bedeutung für die Geschichte der Volkswirtschaftslehre beruht demnach auf seinem ersten großen Hauptwerk. Die Einzelheiten seines Systems können uns hier nur soweit interessieren, als sie mit der Volkswirtschaftslehre zusammenhängen; seine philosophischen und wissenschaftsgeschichtlichen Anschauungen müssen wir darum hier übergehen.

Positive Philosophie ist bei ihm, wie schon hervorgehoben wurde, identisch mit Soziologie. Positive Philosophie treiben heißt bei ihm, alle Erfahrungswissenschaften als Hilfswissenschaften der Krönung und des Zweckes aller Erfahrungswissenschaften der Soziologie, d. h. der sozialen Entwicklungsgeschichte treiben, welche die Fortschritte der menschlichen Vervollkommnungsfähigkeit und der kulturellen Selbsterziehung darzulegen habe. Er steht im allgemeinen auf einem optimistischen Standpunkt, indem er in den mißlichen Zeiten nur Übergangsperioden zu sehen vermag, die stets zu einer noch größeren Vollkommenheit hinüberleiten. Besonders wichtig ist der vierte Band seiner Soziologie, in dem er die wissenschaftliche Sonde an den Smithianismus legt.

Was Comte dem Smithianismus vorwirft, ist das Folgende:

a) Der Smithianismus sei keine Volks- sondern eine Privatwirtschaftslehre. Er habe die Volkswirtschaftslehre nicht als eine Wissenschaft aufgefaßt, in welcher die sämtlichen Elemente des wirtschaftlichen Zustandes eines Volkes in ihren Beziehungen und gegenseitigen Wirkungen zu erforschen seien, weil die Volkswirtschaft selbst als ein ungemein feiner Organismus aufzufassen sei, sondern als Wissenschaft von dem losen Nebeneinanderarbeiten von Privatwirtschaften, weil er eben in der Volkswirtschaft selbst weiter nichts als ein loses Konglomerat von Privatwirtschaften gesehen habe ohne jeden inneren Zusammenhang.

b) Der Smithianismus beachte nur den statischen, nicht auch den dynamischen Teil der Volkswirtschaftslehre. Unter dem statischen Teil versteht er die Beschreibung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustandes, unter dem dynamischen Teil die Darstellung seiner Entstehung und seiner Entwicklung, insbesondere seiner Entwicklungsstufen; der erste Teil zeige uns die Volkswirtschaft im ruhenden Zustande, der zweite in der Bewegung. Er vergleicht die verschiedenen Entwicklungsstufen miteinander, um dabei die Tendenzen der Entwicklung aufzuweisen. Er zeigt insbesondere auch, wie bei dem Übergange von einer Entwicklungsstufe zur anderen das vorwiegend tätige Element in dem angehäuften Einfluß vergangener Generationen bestehe, wie darum die Entwicklung eine historische, organische aus dem Gewordenen heraus sein müsse, eine evolutionäre, keine revolutionäre. Diese dynamische

Seite der Volkswirtschaft lasse sich einseitig deduktiv nicht erfassen, sondern nur induktiv, und zwar sei die einzig mögliche induktive Methode hier nur die historische. So stellen sich uns also die Soziologen als eine besondere Gruppe der historischen Schule dar, und wir können das, was Comte dem Smithianismus an zweiter Stelle vorwirft, kurz bezeichnen als den Mangel an historischem Sinn, als Rationalismus.

c) Wirft Comte dem Smithianismus seinen Rationalismus auch noch nach einer anderen Seite hin vor; der Rationalismus spreche von einem natürlichen, vernunftgemäßen, ursprünglichen, normalen Zustande, zu dem die Menschheit zurückzukehren bestrebt sein müsse. Einen solchen Zustand habe es nie gegeben und könne es nie geben; er leugne das ewig Fließende, Bewegliche in den wirtschaftlichen Verhältnissen. Das Ziel dürfe nicht ein Beharrungszustand, das Ziel müsse ein ordnungsmäßiger, ruhiger, stetiger, nicht ein Unordnung und Aufregung erzeugender, sprunghafter Wechsel der Verhältnisse sein.

d) Greift Comte die Motivenlehre des Smithianismus an. Er habe nur den durch die freie Konkurrenz gezügelten Egoismus gekannt, er sage nichts von den sittlichen Trieben des Wirtschaftslebens, die zum mindesten im Keime in allen Menschen vorhanden seien und nur der Weckung bedürften, wo sie sich nicht wirksam zeigten.

e) Der Smithianismus habe durch seinen zersehenden Einfluß den revolutionären Bestrebungen vorgearbeitet; die Soziologie arbeite nicht auf die Revolution sondern auf die Evolution hin.

Comte überschätzt die Bedeutung der Soziologie als der Zusammenfassung und der Krönung aller Erfahrungswissenschaften. Es war ihm die richtige Erkenntnis aufgegangen, daß die Soziologie einer großen Reihe verwandter Wissenschaften als Hilfswissenschaften bedürfe; als Autodidakten — sein Studium war Mathematik und keine einzige der Hilfswissenschaften der neu von ihm begründeten Lehre der Soziologie — aber war es ihm entgangen, daß nicht nur die Soziologie sondern jede Wissenschaft verwandter Wissenschaftsgebiete als Hilfswissenschaften bedarf. Mit demselben Recht also, wie es hier für die Soziologie geschieht, könnte jede andere Erfahrungswissenschaft auf dem Gebiete der Erfahrungswissenschaften sich als die Krönung aller Erfahrungswissenschaften hinstellen und könnte jede exakte Wissenschaft sich als die Krönung aber exakten Wissenschaften ausgeben. Abgesehen von dieser Überschätzung der Soziologie bedeutet aber die Schöpfung der Soziologie und insbesondere ihre Schöpfung als einer, um mit Comte zu reden, vorwiegend dynamischen Wissenschaft einen großen Fortschritt der Wissenschaft. Die Soziologie ist freilich die der Volkswirtschaftslehre am nächsten verwandte Wissenschaft, sie ist aber doch als eigene Wissenschaft zu betrachten, wengleich viele der älteren Nationalökonomien, wie z. B. Johannes Conrad (Halle) sich dagegen sträuben. Merkwürdig übrigens, daß gerade ein Mathematiker den Rationalismus so gründlich angriff.

2. René Worms.

Begründer und Generalsekretär des »Institut international de Sociologie« (1893) und der »Société de sociologie de Paris« (1895), Herausgeber der »Revue internationale de Sociologie« (1893) veröffentlichte er »La

science et l'art de l'économie politique« (Untersuchungen über die Aufgabe der theoretischen und praktischen Volkswirtschaftslehre) (1896) und »Philosophie des sciences morales« (3 Bde. 1903—1907) (Methodenfrage der moralischen Wissenschaften).

Im Sinne der alten Griechen, der Engländer und der Franzosen zählt er zu den moralischen Wissenschaften auch die Lehren vom Staate, also auch die Soziologie. Die Methode der theoretischen Volkswirtschaftslehre soll sein

1. beobachten,
2. aus dem Beobachteten das Typische und Generelle herauschälen, d. h. klassifizieren,
3. den ursächlichen Zusammenhang zwischen den Erscheinungen festzustellen versuchen, wobei die Induktion von der Deduktion geleitet sein soll.

Die Methode der praktischen Volkswirtschaftslehre soll sein

1. Feststellung des zu befriedigenden Bedürfnisses,
2. Feststellung der Mittel, die zu dem zu befriedigenden Bedürfnis führen können,
3. als Schluß, aus beiden Feststellung der Forderungen der Volkswirtschaftspolitik.

Das Ganze nennt er Syllogismus des Handelns. Dieser spielt bei seinen Schülern eine große Rolle, ist aber kaum etwas anderes als eine logische Spielerei. Wie so viele Franzosen erkennt Worms, obgleich er auf dem Boden der historischen Schule steht, doch wirtschaftliche und soziale Naturgesetze an. Volkswirtschaftslehre und Soziologie sind bei ihm zwei ganz getrennte Wissenschaften, nur daß jede der anderen als Hilfswissenschaft bedarf.

Worms ist ein Blender und tüchtiger Organisator, kann auch der Wissenschaft große Mittel zuwenden und;verdankt diesem Umstande sein Ansehen in Frankreich; seine wissenschaftliche Bedeutung ist gering.

2. *Emile Durkheim.*

Die Individualpsychologie könne nur zerrissene Zerrbilder der Soziologie liefern, wie man sie etwa erhalten würde, wenn man ein zusammengesetztes Bild aus seinen Teilen zu erklären versuche, da einerseits der assoziierte Mensch nie — selbst in führender Stellung nicht — den Einfluß auf eine Assoziation habe, daß man aus seiner Psyche heraus das gesellschaftliche Handeln erklären könne, und andererseits das aus einem Zusammenwirken vieler Psychen sich ergebende Handeln ganz anders sei als das irgendeiner individuellen Psyche. Die Soziologie müsse darum Massenpsychologie, d. h. Psychologie der gegenseitigen Suggestion sein. Ein Experimentieren sei darum, da experimentelle Massenpsychologie ausgeschlossen sei, für den Soziologen unmöglich; ihm bleiben als Mittel der Induktion darum nur Massenbeobachtung und Statistik. Die Philo-

sophie habe als fremde die Voraussetzungslosigkeit hindernde Elemente in die Soziologie Begriffe wie Evolution, Positivismus, Spiritualismus u. ä. hineingetragen, die Wirtschafts- und die Sozialpolitik hätten der Soziologie ein ihr fremdes Ziel gesteckt. Zur Volkswirtschaftslehre nimmt er dieselbe Stellung wie René Worms ein. Die Biologie sei kaum etwas anderes als eine wissenschaftliche Spielerei, ebenso die Anwendung des Syllogismus. Die Soziologie müsse darum eine reine, auf sich beruhende, alles Fremdartige abstreifende Wissenschaft sein. Ihre Methode soll Induktion sein; nur ein einziges deduktives Postulat will er zulassen, das ist das Gesetz des Kausalnexus, d. i. das Gesetz, daß jede soziologische Erscheinung durch eine andere begründet sein müsse, und daß in letzter Linie alle soziologischen Erscheinungen auf Handlungen assoziierter Menschen zurückzuführen seien. Durkheims soziologisches Hauptwerk ist: »Les règles de la méthode sociologique« (1895).

In seinem volkswirtschaftlichen Werk »De la Division du travail social« vertritt er mit vollständiger Verkennung der Schwierigkeiten, die sich ihrer Verwirklichung gegenüberstellen, Buchezsche Ideen. Im übrigen behandelt er die Voraussetzungen und die Wirkungen, die günstigen wie die ungünstigen, der Arbeitsteilung. Als erstere führt er an die Vereinigung eines starken Solidaritätsgefühls mit vollentfalteter Individualität, weil erst die Arbeitsteilung es dem Menschen zum Bewußtsein bringe, daß er seine Individualität nur als Glied einer geordneten Assoziation entfalten könne. Die ungünstigen Wirkungen sind nach ihm nur eine Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, weshalb er sie durch Produktivgenossenschaften Buchezscher Art zu beseitigen hofft¹.

§ 90. Die deskriptiven, historischen oder empirischen Soziologen.

Unter allen Soziologen haben unzweifelhaft das größte Verdienst um die Soziologie als Wissenschaft die deskriptiven, historischen oder empirischen Soziologen. Sie sehen die Aufgabe der Soziologie teils im Comteschen Sinne in dem Studium der gegenwärtigen Herrschafts- und Unterordnungs-

¹ Fragen der Methodologie haben noch behandelt die Soziologen Lester F. Ward in seiner »Reinen Soziologie« (1908), der unten noch näher zu behandelnde Spencer, der schon genannte Othmar Spann in zwei größeren Monographien »Zur Kritik des Gesellschaftsbegriffes der modernen Soziologie« (1903) und »Wirtschaft und Gesellschaft« (1907) und mehreren kleineren Aufsätzen über dasselbe Thema, der ebenfalls schon erwähnte Ferdinand Tönnies in den drei Monographien »Gemeinschaft und Gesellschaft« (1887), »Philosophische Terminologie einer psychologischen Soziologie« (1906) und »Entwicklung der Soziologie« (1908) sowie mehreren Aufsätzen, Albert Hesse in der Monographie »Natur und Gesellschaft« (1904) und zahlreichen in den Conradschen Jahrbüchern erschienenen Aufsätzen und endlich Gerolamo Boccardo, der in seinem Werke »L'economia politica moderna o la sociologia« die Soziologie mit der Volkswirtschaftslehre identifiziert und sie für einen Teil der Rechtsphilosophie erklärt.

verhältnisse der modernen Gesellschaft, teils im Schmollerschen Sinne in einer Entwicklungsgeschichte der gesellschaftlichen Schichtungen. Die bedeutendsten Vertreter dieser Richtung sind Franklin Giddings mit dem Werke »Reading in descriptiv and historical sociology« (1906), Gustav Ratzenhofer mit »Soziologie« (1908), Simmel, der sich auch auf dem Gebiete der Philosophie hervorgetan hat, mit »Soziale Differenzierungen« (1890 im 10. Bde. der Schmollerschen Forschungen), »Die Philosophie des Geldes« (1900), »Die Großstädte und das Geistesleben« (1903) und seinem großen Hauptwerk »Soziologie« (1908) und der schon erwähnte Ferdinand Tönnies, der ursprünglich Philosoph war und nach berühmten Mustern von der Philosophie zur Soziologie übergang, mit zwei sozialhistorischen Werken »Rückblicke auf deutsche Volkswirtschaft und Kultur« (1904) und »Entwicklung der sozialen Frage« (1907). Wenn ich auf alle die genannten Soziologen hier nicht näher eingehe, so geschieht es nicht etwa deshalb, weil ich sie wissenschaftlich gering einschätze. Im Gegenteil bin ich der Meinung, daß gerade sie erst die Soziologie zu einer wirklichen Wissenschaft erhoben haben, während alle diejenigen, die ihnen vorangegangen sind, im besten Fall Vorarbeiten für eine wissenschaftliche Soziologie geliefert haben. Wenn ich auf alle sie nicht näher eingehe, so geschieht es nur deshalb, weil ihre Arbeiten sich nicht mehr in dem Rahmen einer Geschichte der Volkswirtschaftslehre bewegen. Sie haben — und zwar, wie ich glaube, mit Recht — die Soziologie von der Volkswirtschaftslehre emanzipiert und zu einer eigenen selbständigen Wissenschaft gemacht; hier aber habe ich nur die soziologischen Schriften derer zu behandeln, die entweder die Soziologie als Teil der Volkswirtschaftslehre behandelt haben oder aber, wie die Methodologen, ihre Stellung zur Volkswirtschaftslehre klargelegt haben. Unter den deskriptiven, historischen, empirischen Soziologen ist, wie wir schon sahen, auch Auguste Comte zu nennen, ebenso Herbert Spencer, der sich große Verdienste um die beschreibende Soziologie erworben hat, aber doch der Schule der politischen und rationalistischen Soziologen zugerechnet werden muß, weil er später ganz in deren Lager übergang, und endlich auch John Stuart Mill, der aber schließlich auch die Soziologie in den Dienst der politischen Bestrebungen zu stellen gedachte.

§ 91. Die Biologen.

1. Schäffle.

I. Aus seinem Leben.

Albert Schäffle (1831—1903) wurde zu Nürtingen in Württemberg geboren, studierte in Tübingen, war 1850—1860 Redakteur an dem in Stuttgart erscheinenden Schwäbischen Merkur, 1860—1868 ordentlicher Professor der Staatswissenschaften in Tübingen, 1868—1871 in Wien, dann wenige Monate Minister für Handel und Landwirtschaft in Wien und lebte seitdem als Privatmann in Stuttgart. Von 1892 bis zu seinem Tode gab er die »Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft« heraus.

Die Hauptwerke Schäffles sind

1. »Kapitalismus und Sozialismus«, 1870,
2. »Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft«, 1871,
3. »Bau und Leben des sozialen Körpers«, 1872,
4. »Die Quintessenz des Sozialismus«, 1875,
5. »Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie«, 1885.
6. »Steuern«, als 2. und 3. Band der Finanzwissenschaft in dem Franckensteinschen Hand- und Lehrbuch der Staatswissenschaften (1895 und 1897).

II. Inhalt und Übersicht seiner Werke.

Die erste Arbeit »Kapitalismus und Sozialismus« gibt einen Extrakt aus der vom Sozialismus am Kapitalismus geübten Kritik, der Schäffle im großen und ganzen beistimmt; ihr stellt man am besten die unter 4 genannte Arbeit an die Seite, die einen Extrakt des positiven Teils der Lehren des Sozialismus gibt und darlegt, wie ungefähr die sozialistische Gesellschaftsordnung aussehen würde; das Buch liest sich fast wie ein Staatsroman, ungefähr wie Bellamys Rückblick aus dem Jahre 2000, und man ist oft versucht, Schäffle selbst für einen Sozialdemokraten zu halten, so warm und lebhaft ist die Schilderung. Was Schäffle bezweifelt, ist eben nur das eine, daß dieses Idyll durchführbar sei; das aber ist für die Entscheidung der Frage, ob man Schäffle selbst für einen Sozialdemokraten halten dürfe, gerade der springende Punkt. Ein zusammenhängendes Ganzes bilden auch die unter 2 und 3 genannten Werke. Gemeinsam ist jenen die Auffassung der Volkswirtschaft als eines organischen Ganzen, in welchem alles durch das Gesetz der Wechselwirkung und der gegenseitigen Abhängigkeit aller Teile voneinander so eng ineinander greife, daß eine Auffassung der Volkswirtschaft als eines losen Aggregats von Einzelwirtschaften unmöglich jemals zu einem richtigen Verständnis führen könne. In dem zweiten der in Rede stehenden Werke ist aber diese Auffassung etwas übertrieben und die Durchführung der Idee eine zu gekünstelte; seine Analogien aus der Anatomie und Biologie haben bis jetzt noch sehr wenig Nachahmung und Anerkennung gefunden. Seine Steuerlehre ist ganz auf dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit aufgebaut.

In diesem Zusammenhang interessiert uns am meisten das dritte der oben angeführten Werke. Man hat seine Soziologie eine biologische genannt. Wenn sie auch bisher nur wenig Anklang gefunden hat, so hat doch bisher kaum einer der späteren Soziologen es unterlassen, zu der sogenannten biologischen Soziologie Stellung zu nehmen. Die Idee, das Volk mit einem Menschen im großen zu vergleichen, ist übrigens kein origineller Gedanke Schäffles, wir begegnen ihr schon in der alten brahmanischen Religion, wir treffen sie in Platons Staatslehre an und finden sie in der Rede des Menenius Agrippa. Aber der bis ins einzelne durchgeführte Vergleich ist daran das Neue und zugleich eine wissenschaftliche Verirrung Schäffles¹.

2. Jean Jzoulet.

Er sieht im Staat ein organisches Wesen, zieht aber keine Vergleiche zwischen dem Staat und animalischen Lebewesen. In seinem Hauptwerk: »La cité moderne: Métaphysique de la Sociologie« (1896) tritt er für »Solidarité libérale« ein. Der Individualismus beruhe auf der Anschauung des Eigentums an der eigenen Person. Ein solches Eigentum gebe es nicht. Die Person des Einzelnen sei ein Produkt der

¹ Die an sich schon outrierte Manier biologischer Soziologie Schäffles hat der französische Soziologe **Espinas** in seinem Werk »Les sociétés animales« (1893) dann noch auf die äußerste Spitze getrieben.

Gesellschaft, mithin auch ein Eigentum der Gesellschaft. Der Sozialismus ziehe aus der richtigen Auffassung des Staates als eines Organs die falsche Folgerung einer nivellierenden Gleichheit; wie in jedem Organe so seien aber auch im Staate die einzelnen Teile ungleich. Differenzierende und darum liberale Solidarität sei demgemäß die Forderung der Soziologie.

§ 92. Die Pragmatiker und Politiker.

1. *John Stuart Mill* (1806—1873).

Er war ein Sohn und Schüler von James Mill (vergl. § 33a.). Er schrieb

1. »System of Logic« (1843),
2. »Essays on some unsettled questions of political economy« (1844),
3. »Principles of political economy with some of their applications to social philosophy« (1848),
4. »Auguste Comte and the positivisme« (1865),
5. »Examination of Sir W. Hamiltons philosophy« (1865),
6. *Autobiography* (1873).

Von einem System kann man bei ihm kaum reden. Er war von außen kommenden Anregungen ungemein zugänglich, und so muß man eigentlich drei Perioden seines Lebens unterscheiden. In der ersten, wo sich noch der Einfluß der väterlichen Unterweisung bemerkbar macht, ist er strenger Rationalist, in der zweiten, wo er unter dem Einfluß der Comteschen Lehre steht, huldigt er mit der gleichen Überzeugung wie früher dem Rationalismus jetzt der induktiven Methode und will diese sogar auf die exakten Wissenschaften anwenden. Er bekämpft den Rationalismus selbst in diesen und behauptet, auch die Lehren dieser beruhen in letzter Linie auf Erfahrung; er bekämpft dementsprechend in der Philosophie auch die Metaphysik. In der dritten Periode ist er mit dem Sozialismus bekannt geworden (wie, werden wir noch weiter unten sehen); und neigt jetzt diesem stark zu (vgl. § 84, No. 5). Bei alledem vermag er sich den früheren Anschauungen niemals ganz zu entziehen, und so kommt dann ein so unklares Gemisch heraus, wie es sich schon aus dem Titel seines oben unter No. 3 erwähnten, 1848 erschienenen Werkes ergibt. So kommt er schließlich Ricardo gegenüber zu dem halben und darum unfertigen und unklaren Resultate, daß er in Ricardos Lehre zwischen der Theorie der Produktion und der Theorie der Distribution unterscheidet. In der Theorie der Produktion habe Ricardo in seiner Darstellung vollständig das Richtige getroffen, weil sich die Produktion in der Tat nach stets unabänderlichen, natürlichen Wirtschaftsgesetzen vollziehe, man hier also mit der deduktiven, rationalistischen Methode in der Tat zu richtigen Resultaten gelangen könne; in der Theorie der Distribution habe Ricardo aber unrecht; hier vollziehe sich nicht alles, wie Ricardo auch hier annehme, nach unabänderlichen und natürlichen Gesetzen, hier änderten sich vielmehr mit den wechselnden Verhältnissen innerhalb der Gesellschaft die Vorgänge von Zeit zu Zeit. Deshalb sei es nötig, diesen Teil der Volkswirtschaftslehre von neuem zu durchforschen. Indem er dies nun tut, wird er mit den Kritikern der klassischen Schule mehr und mehr vertraut, dadurch auch der Lektüre sozialistischer Schriften mehr und mehr zugeführt und damit bei seiner großen Empfänglichkeit für fremde Anregungen mehr und mehr selbst zum Sozialisten. Diese Halbheit, Unfertigkeit und Unklarheit seiner Anschauungen begegnet uns auch wieder in der vierten der obengenannten Schriften, nach der wir ihn durchaus nicht als einen berufenen Interpreten von Auguste Comte bezeichnen können. Ihn zu verstehen, war er schon deshalb nicht geeignet, weil er, wie Roscher ganz richtig von ihm gesagt hat, durchaus kein historischer

Kopf war; so bringt er es denn fertig, von Auguste Comte die Überzeugung von der Richtigkeit und der Notwendigkeit der induktiven Methode zu übernehmen, zugleich aber die von diesem am Smithianismus geübte Kritik zu tadeln. Nicht wundern kann es unter diesen Verhältnissen, wenn Mills Versuch, die Comtesche Lehre der wirtschaftlichen Dynamik zur Darstellung zu bringen, selbst von seinen Landsleuten, wie z. B. Ingram, als völlig verfehlt bezeichnet wird. Dieselbe Halbheit, Unfertigkeit und Unklarheit begegnet uns auch in seiner Autobiographie. Über den Verteilungsprozeß äußert er zunächst durchaus sozialistische Anschauungen, meint aber dann, die sozialistische Distributionsordnung stehe noch in weiter Ferne, und vorläufig müsse man noch mit der Verteilung nach dem Prinzip des Eigennutzes auszukommen suchen. Als getreuer Schüler Comtes erwartet er von der Zukunft die religion de l'humanité, meint aber, die allgemeine Verbreitung dieser Religion stehe noch in weiter Ferne, und vorläufig müsse man noch mit der Lehre von der göttlichen Offenbarung auszukommen suchen. Über alle diese Mängel und Widersprüche, Halbheiten und Unfertigkeiten vermag uns auch seine gewandte und anziehende Darstellungsweise, die doch zugleich alle Seichtheiten eines Berufsjournalisten vermeidet, seine in vielen Fragen uns begegnende sympathische Anschauungsweise nicht hinweg zu helfen. Zu dieser vollständigen Systemslosigkeit kommt nun noch der Mangel fast jeder Originalität. Aber auch dabei hat er, wie wir gesehen haben, mit einem nicht immer glücklichen Eklektizismus die Lehren seiner Vorgänger zu einem sogenannten System zusammengefaßt. Nur eine selbständige Theorie kennt die Geschichte der Volkswirtschaftslehre von ihm, d. i. die Lehre von der Gleichung der internationalen Nachfrage. Nach Mill regeln sich die Preise der im internationalen Handel zweier Länder ausgetauschten Waren so, daß die Geldsummen, die sie sich gegenseitig zu zahlen haben, sich gegenseitig ausgleichen. Es mag dies für seine Zeit (1845) noch annähernd richtig gewesen sein, heute würde kein Nationalökonom mehr diese Behauptung auszusprechen wagen¹.

2. Herbert Spencer.

Herbert Spencer (1820—1903), englischer Philosoph, der auch verschiedene Arbeiten auf dem Gebiet der Soziologie veröffentlicht hat. Hierher gehören »Social statics« (1851), »The Study of Sociology« (1873), »The Principles of Sociology« (1876—1896, 3 Bde.) als ein Unterteil seines »System of synthetic philosophy« (1862—1896), ferner war er seit 1873 Hauptherausgeber

¹In gedrängter und klarer Darstellung, aber ohne jede Originalität hat die Millsche Volkswirtschaftslehre Fawcett in seinem 1863 erschienenen und später noch oft verlegten »Manual of political economy« entwickelt. Als englischer pragmatischer Soziologe wäre noch R. A. Bray mit dem von feiner Beobachtung zeugenden, wenn auch, indem es englische Beobachtungen verallgemeinert, etwas generalisierenden, 1907 erschienenen Buche »The town Child« zu erwähnen.

Vollständig unter Millschem Einfluß steht der französische Soziologe A. E. Cherbuliez mit seinem Hauptwerk »Précis de la Science économique et de ses principales applications« (2 Bde., 1862). Das Werk zerfällt in zwei Teile, eine theoretische und eine praktische Volkswirtschaftslehre. Der erste Teil ist wenig originell, er ist nur die Wiedergabe der klassischen theoretischen Nationalökonomie. Wenn er diesen allein geschrieben hätte, wäre er weder überhaupt, noch an dieser Stelle zu nennen. In der praktischen Volkswirtschaftslehre läßt Cherbuliez die französische Gesetzgebung auf allen Gebieten der praktischen Volkswirtschaftspolitik Revue passieren und nimmt sie dabei unter die Lupe der Millschen Lehre, die er widerspruchslos akzeptiert und für den Ausfluß höchster sozialer Weisheit erklärt.

der Sammlung »Descriptive sociology or groups of sociological facts, classified and arranged«.

So große Verdienste Herbert Spencer im einzelnen um die Soziologie hat, von einem System kann man auch bei ihm nicht sprechen, nicht einmal in seinem soziologischen Hauptwerk; zwischen dem ersten Bande und den beiden folgenden liegt ein großer Zeitraum, und in diesem Zeitraum vollzog sich bei Spencer ein vollständiger Wandel seiner Anschauungen. In seinen älteren soziologischen Schriften und ebenso noch im ersten Bande seines soziologischen Hauptwerkes schloß er sich ziemlich eng an Auguste Comte an, auf den er durch die Lektüre von John Stuart Mill aufmerksam geworden war; in den beiden letzten Bänden aber seines soziologischen Hauptwerkes fiel er immer mehr zum Smithschen Individualismus zurück, der schließlich bei ihm bis zur Verleugnung jeder Staats-tätigkeit ausartete und sehr nahe an den Anarchismus eines Max Stirner und Mackay grenzte¹.

3. *Léon Bourgeois.*

Léon Bourgeois, der auch als Staatsmann berühmte französische Soziologe, geht in seinem Buche »Essai d'une philosophie de la Solidarité« (1907), welches die Ursachen der Solidarität (das ist, wie wir schon früher sahen, der Interessenharmonie und der gegen- und wechselseitigen Abhängigkeit der verschiedenen Volksschichten und Berufsstände voneinander) erklären soll und so zu einer eingehenden Darlegung des organischen Charakters des Volkes wird, von der Owenschen Lehre aus, daß der Mensch ein Produkt seiner Umgebung sei. Demgemäß teilt er die Menschen in drei Klassen ein, in diejenigen, die in glückliche Verhältnisse hineingeboren sind, die ihrer Umgebung viel verdanken, bei denen sich darum zum Solidaritätsgefühl noch das Dankbarkeitsgefühl gesellen muß, in diejenigen, die in durchschnittliche oder mittlere Verhältnisse hineingeboren sind, die der Umgebung zwar keinen besonderen Dank schulden, aber auch keine Ansprüche zu erheben haben, und endlich in diejenigen, die in unglückliche Verhältnisse hineingeboren sind, an die ihre Umgebung eine Schuld abzutragen hat. Die erste Klasse kann ihrer Umgebung ihren Dank nur dadurch abstaten, daß sie ihre Schaffenskraft und ihr Vermögen in den Dienst der Gemeinschaft stellt. Die Gemeinschaft aber wiederum muß die ihr zur Verfügung gestellte Schaffenskraft und Vermögensmacht benutzen, um ihre Schuld an die dritte Klasse abzutragen; d. h., die vom Geschick Begünstigten müssen die Gemeinschaft in den Stand setzen, den minder Begünstigten Unentgeltlichkeit des Unterrichts auf allen Stufen, ein Existenzminimum und Sicherheit gegen die wirtschaftlichen Folgen unverdienter Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit sowie frühzeitigen Todes des Ernährers zu gewähren.

¹ Die widerspruchsvolle Soziologie Spencers hat den Franzosen als verwässerte und verzuckerte Limonade der Vielschreiber Gustave de Molinari in seinen »Notions fondamentales d'économie politique et programme économique« (1891) vorgesezt.

So schön diese Lehre auf den ersten Blick erscheint, so gefährlich kann sie werden. Die vielfach — wenn auch nicht immer — vorhandene Schuld der Eltern an dem späteren Geschick ihrer Kinder, indem sie leichtsinnig Kinder in die Welt setzen oder sich leichtsinnig der Pflichten gegen ihre Kinder entschlagen, wird hier der Gesamtheit aufgeladen; das ist trotz des wissenschaftlichen Gewandes Gefühlsduselei, die nur allzu sehr geeignet ist, das Verantwortlichkeitsgefühl dieser Klasse ihren Angehörigen gegenüber, das oft schon gering genug ist, ganz zu erdrücken, aber keine echte Wissenschaft. Die Forderungen, die Bourgeois daran knüpft, und die an sich ganz berechtigt sind, ließen sich auch anders als in dieser auf eine schiefe Ebene führenden Weise begründen.

4. Alfred Fouillée.

In seinen beiden Hauptwerken »La propriété sociale et la Démocratie« (1884) und »La science contemporaine« (1904) weist er jede Art biologischer Soziologie ab, die darüber hinausgeht, den Staat für einen Organismus im Sinne der Solidarität zu erklären, weil der Staat als ein Organismus, der aus Millionen höchstorganisierter Organismen bestehe, jeden Vergleich mit anderen Organismen ausschließe. In bezug auf die Entstehung des Staates akzeptiert er die rationalistische, durchaus unhistorische Lehre Rousseaus vom *contrat social*. Seiner Staatsauffassung gemäß wendet sich Fouillée gegen den absoluten Eigentumsbegriff der Individualisten und des römischen Rechtes und tritt für den Eigentumsbegriff des deutschen bürgerlichen Gesetzbuches ein (§ 903). Das Recht des Staates, durch Gesetz das Eigentumsrecht zu beschränken, leitet Fouillée einmal aus der Solidarität, sodann aber daraus ab, daß wir nur in und mit der Hilfe der Gesellschaft das Eigentum hätten erwerben können. Andererseits aber verwirft er auch das kommunistische und das sozialistische Eigentum, weil er die ungemein treibende und kulturfördernde Wirkung des Individualeigentums nicht verkennt. Daß trotzdem auch das Gemeineigentum neben dem individuellen einen großen Platz einnehmen dürfe, sei nicht zu verkennen. Wie weit aber beide nebeneinander bestehen sollten und könnten, das sei nicht prinzipiell sondern staatsindividuell zu untersuchen. Die Volkswirtschaftslehre könne nur die Gesichtspunkte für eine solche Untersuchung angeben.

Im ganzen kommt Fouillée unter allen Franzosen mit seinen Betrachtungen der Auffassung der deutschen historischen Soziologen am nächsten. Trotzdem muß er den politischen Soziologen zugerechnet werden, weil er sich bei seinen soziologischen Betrachtungen eine politische Aufgabe gestellt hat, nämlich die Rechtfertigung bestehender Einrichtungen¹.

¹ Ebenfalls den politischen Soziologen zuzurechnen ist der stark zur Sozialdemokratie neigende Soziologe **Gumplowicz** mit »Rechtsstaat und Sozialismus« (1881), »Der Rassenkampf« (1883), (Gumplowicz ist Österreicher), »Grundriß der Soziologie« (1885), »Soziologie und Politik« (1892), »Die soziologische (lies beinahe sozialdemokratische) Staatsidee« (1892), »Geschichte der Staatstheorien« (1905), »Sozialphilosophie« (1910, Glaubensbekenntnis eines »Beinahsozialdemokraten«).

Einundzwanzigstes Kapitel.

Die historische Schule.

§ 93. Die Vorläufer der historischen Schule.

Galiani, Carli, Jones und Dunoyer.

1. Fernando Galiani (1728–1787) weilte von 1759–1769 als neapolitanischer Gesandtschaftssekretär in Frankreich. Um diese Zeit war in Frankreich der von den Physiokraten angeregte Kampf um die Freigabe der Getreidezölle ausgebrochen. Der König hatte schließlich 1764 dem Drängen des Volkes und der Physiokraten nachgegeben und das seit 1720 bestehende prinzipielle Ausfuhrverbot durch eine prinzipielle Ausfuhrerlaubnis ersetzt. Galiani bespricht nun in den erst nach seinem Fortgang aus Frankreich 1770 gedruckten »Dialogues sur le commerce de blé« die von den Gegnern und den Befürwortern des Systems vorgebrachten Gründe. Mit Geist und Wiß, Humor und Spott wendet er sich gegen die gerade erst neu aufgetauchte rationalistische Behandlungsweise volkswirtschaftlicher Fragen und vertritt einen durchaus modernen historischen Standpunkt. Da diese Anschauungsweise der Zeit weit vorausgeeilt war, wurde er von seiner Zeit durchaus nicht verstanden, die sich wohl über den Geist und Wiß, den Humor und Spott freute, den Standpunkt der Schrift aber nicht zu erfassen vermochte, während die Verspotteten Wut schnaubten, aber eine Widerlegung nicht fanden.

2. Graf Giovanni Rinaldo Carli (1720–1795) vertrat in einer 1771 veröffentlichten Schrift »Sul libero commercio de' grani« einen Galiani nahekommenen Standpunkt.

3. Richard Jones (1790–1855), Professor zu Haileybury, ging zuerst vom historischen Standpunkte aus dem Rationalismus systematisch, konsequent und gründlich zu Leibe und hat sich besonders mit dem Meister im Rationalismus David Ricardo sehr eingehend beschäftigt. Nicht nur seine Zeit sondern selbst spätere Anhänger der historischen Methode, wie Mill und Roscher, die nachweislich viele Anregung durch ihn empfangen haben, haben ihn doch nicht genug gewürdigt; so blieb er auch nach seinem Tode noch lange wenig beachtet, bis erst Ingram ihm gerecht geworden ist. Seine Methode ist durchaus induktiv, und umfassende Studien sowohl auf dem Gebiete der Geschichte wie auf dem Gebiete der zeitgenössischen wirtschaftlichen Verhältnisse befähigten ihn, diese Methode mit Erfolg anzuwenden.

Er arbeitet zwar auch mit »principles«, erstens aber sind seine »principles« aus scharfer Beobachtung abgeleitete Abstraktionen, zweitens sprechen sie immer nur von einer Möglichkeit, nie von einer Notwendigkeit, und drittens zieht er aus einem Vordersatz nie einen Nachsatz, ohne jenen induktiv auf seine Richtigkeit nachgeprüft zu haben. Er hat zum erstenmal erkannt, daß es immer nur die Nationalökonomie eines Volkes und einer Zeit geben könne; d. h. daß das, was für ein Volk als richtig erkannt ist, nun nicht für alle Völker richtig zu sein brauche, und daß das, was für dies Volk zu einer gewissen Zeit richtig gewesen sei, nun nicht auch für alle Zeiten für dies Volk richtig und zutreffend sein müsse. Er will keine angeblich für alle Zeiten und alle Völker passende rationalistische Volkswirtschaftslehre schreiben sondern eine ationale und historische, wie sie für sein Volk und seine Zeit passe.

Aus einem doppelten Grunde blieb er zu seiner Zeit unbeachtet; erstens nämlich schrieb er zu einer Zeit, wo in England irgendwelche Zweifel an der Richtigkeit der rationalistischen Lehre noch nicht aufgetaucht waren; zweitens aber schrieb er kein einziges größeres Werk sondern nur eine Reihe kleinerer Abhandlungen; solche aber tauchen, auch wenn sie noch so bedeutend sind, immer schnell in der Menge von ihresgleichen unter, besonders aber dann, wenn der Verfasser gegen den Strom schwimmt.

4. Barthélemy Charles Dunoyer (1786 – 1862), zuerst Publizist, dann hoher französischer Staatsbeamter. Er schrieb »L'industrie et la morale considérées dans leurs rapports avec la liberté« (1825), aufgenommen als erster Band in das dreibändige Werk »De la liberté du travail« (1845).

Sein Werk ist mehr ein soziologisches als ein volkswirtschaftliches. Wie er in der Einleitung sagt, ist es auf Beobachtung und Erfahrung aufgebaut. Unter *liberté* versteht er alles, was die Arbeit zu einer freudigen zu machen geeignet ist, alles, was die im Volke ruhenden Kräfte zu entwickeln und zu einer arbeitswilligen Betätigung zu rufen vermag, alles, was ein Volk geistig, sittlich und politisch zu heben imstande ist, kurz alles, was der Arbeit vermehrte Schaffenskraft verleiht, nicht bloß persönliche Freiheit, Freiheit von einschränkenden Gesetzen und Verordnungen, Freiheit von jeder öffentlichen Bevormundung. Freiheit ist aber nicht zügellos freie Konkurrenz und Organisationslosigkeit. Doch sollten die Organisationen von den arbeitenden Ständen ohne staatliche Einmischung aus sich heraus gebildet werden. Sie sollten Übersichtlichkeit des Marktes schaffen und den arbeitenden Klassen Gelegenheit bieten, die in ihnen ruhenden kulturellen, sittlichen und sozialen Kräfte zu betätigen und auf diesem Wege das seinerzeit überall herrschende Chaos in eine Harmonie der Interessen, der Humanität, der Moral, der Gerechtigkeit und einer richtig verstandenen wirtschaftlichen Freiheit umwandeln.

Ganz besonders stark historisch und soziologisch ist der erste Band des Werkes, der von dem Einfluß der Rasse, der Kultur und der Standesverhältnisse auf die wirtschaftliche Freiheit, in dem Sinne, wie er sie auffaßt, handelt; einen Glanzpunkt dieses Bandes bildet wiederum seine Lehre von der Produktivität der immateriellen Arbeit¹.

¹ Als ein Vorläufer der historischen nationalökonomischen Schule wäre auch der Philosoph Condorcet (1743–1794) mit seiner »Art social« zu nennen, die sich unter seinen nachgelassenen Werken fand. Er bestreitet die wirtschaftlichen Naturgesetze, er will nur Entwicklungstendenzen anerkennen, die aber durch das historische Milieu, in dem sie wirken, stark modifiziert würden. Er ist ein Gegner der Politik des *laissez faire et passer* und verlangt aktive staatliche Wirtschaftspolitik, die er *art social* nennt, um der Ungleichheit des Besitzes, der sich immer mehr erweiternden sozialen Kluft zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden bzw. Gebildeten und Nichtgebildeten und der Ungleichheit der Bildung an sich entgegenzuarbeiten. Man könnte auch versucht sein, Condorcet einen Vorläufer der Soziologen zu nennen, da Auguste Comte außer von Saint Simon seine Hauptanregungen von ihm empfangen hat. Was jedoch August Comte von ihm übernommen hat, das ist nicht das, was das eigentlich Soziologische in seinen Werken ausmacht, sondern

§ 94. Die Begründer der historischen Schule Adam Müller, List, Hildebrand, Knies und Roscher.

1. Adam Müller (1779—1829).

In seinem Hauptwerke »Elemente der Staatskunst« (1810) betont er den ethischen, nationalen und historischen Grundgehalt der Volkswirtschaftslehre, die Bedeutung der intellektuellen, idealen und geistigen Kultur neben der materiellen Wohlfahrt, die Bedeutung der Verteilungsfrage neben der Produktionsfrage, die Gleichmäßigkeit, Stetigkeit und Sicherheit aller Verhältnisse neben dem hastigen, nervösen Streben nach Reichtum und Wohlstand.

In konservativen und adeligen Kreisen erfreute sich das Buch jahrzehntelang einer ganz außerordentlichen Beliebtheit. Praktische Bedeutung hat es aber nie gewonnen.

2. Friedrich List.

I. Aus seinem Leben.

Friedrich List (1789—1846) wurde als Sohn eines wohlhabenden Handwerkers in Reutlingen geboren. Sein Vater ließ ihn die Lateinschule seiner Vaterstadt beziehen, nahm ihn aber, als er vierzehn Jahre alt geworden war, zu sich in die Lehre. Er erwies sich jedoch für das Handwerk als zu schwächlich; daher verschaffte ihm sein Vater eine Stelle als Schreiberlehrling in der Kanzlei von Reutlingen. Hier zeigte er sich derart anstellig, daß er schon binnen kurzem an das Oberamt in Tübingen versetzt wurde. Soviel es ihm möglich war, besuchte er rechts- und staatswissenschaftliche Vorlesungen an der Universität. Auch hier zeigte er trotz seiner ungenügenden Vorbildung ein solches Verständnis, daß der Kurator der Universität auf ihn aufmerksam wurde. Als dieser bald darauf Kultusminister wurde, berief er List zu seinem Mitarbeiter. Auch hier bewährte er sich vortrefflich, so daß der Minister den jungen Mann mit dem wichtigen Gutachten über die Errichtung einer staatswissenschaftlichen Fakultät betraute. Das Gutachten fand derart den Beifall des Ministers, daß dieser es nicht nur in allen Stücken befolgte sondern auch den Achtundzwanzigjährigen als ordentlichen Professor in diese Fakultät berief. Daneben verblieb er in seiner Stellung im Ministerium und unterstützte den Minister im Kampf gegen das verrottete Beamtentum. So suchte dieses nach einem Vorwand, den unangenehmen Menschen los zu werden. Einen solchen bot ihnen List selbst, indem er in seinem ungestümen Eifer für die wirtschaftliche Einigung Deutschlands sich dadurch gegen die württembergischen Gesetze verging, daß er in Frankfurt am Main eine große Propagandarede zur Gründung eines deutschen Handelsvereins hielt, wobei er vergaß, daß den württembergischen Beamten jede politische Betätigung außerhalb der Landesgrenzen verboten war. Einem gegen ihn anzustrebenden Verfahren kam List zuvor, indem er seine Staatsstellungen niederlegte. Er gründete nun einen Handelsverein in Nürnberg, der sich die Abschaffung aller inneren Zollgrenzen in Deutschland zur Aufgabe machte. Da es aber damit den Mitgliedern des Vereins nicht schnell genug ging — die damalige stürmische Zeit wollte schnelle Erfolge sehen —, so ging der Verein bald wieder in die Brüche.

seine historische Auffassung, der Gedanke der Evolution, die Gegnerschaft gegen das Prinzip des laissez faire et passer und der Gedanke, daß der Ausgleich der sozialen, der wirtschaftlichen und der Bildungsgegensätze eine Aufgabe des Staates sei.

Nun wählte ihn seine Vaterstadt in die württembergische Kammer. Hier nahm er sein Lieblingsthema, Kampf gegen das verrottete Beamtentum, wieder auf, verfaß dabei aber leider, daß über die Hälfte der Mitglieder der Kammer selbst Beamte waren. So drehte ihm die Kammer aus seinen Reden einen Strick; sie schloß ihn aus und überantwortete ihn den Gerichten wegen Verleumdung der Staatsverwaltung. Er wurde zu schwerer zehntonatlicher Festung (eine Art von Zuchthausstrafe) verurteilt. Er entzog sich der Verbüßung der Strafe durch die Flucht und reiste dann drei Jahre in Frankreich, England und der Schweiz umher. Als er aber 1824 zum Besuch seiner Familie heimlich nach Württemberg zurückkehrte, wurde er verraten und sofort auf den hohen Asperg abgeführt. Die Stimmung gegen ihn war inzwischen jedoch schon milder geworden. Er wurde nicht wie ein gewöhnlicher Verbrecher behandelt und schon nach einigen Monaten gegen das Versprechen, Deutschland zu verlassen, entlassen. Er wandte sich nach Amerika und kaufte sich in Pennsylvanien an. Hier hatte er Glück; auf seinem Gute wurde ein Kohlenflöz entdeckt, und er verkaufte sein Besitztum unter außerordentlich günstigen Bedingungen an eine Gesellschaft. Mit dem Kapital beteiligte er sich an einer Eisenbahngesellschaft zur Aufschließung der neuentdeckten Kohlenflöze. Auch dabei blieb das Glück ihm treu, so daß er sich in ganz kurzer Zeit im Besitß eines Vermögens befand, das ihm eine sorgenfreie Existenz erlaubte. Auch für seine spätere wissenschaftliche und politische Betätigung waren seine Erfahrungen in Amerika wichtig, sie führten ihn zu seiner späteren Propaganda für das Eisenbahnwesen. Im Jahre 1832 kehrte er mit Erlaubnis der württembergischen Regierung nach Deutschland zurück; doch wurde ihm der Aufenthalt in Württemberg auch jetzt noch verboten. Er nahm seinen Wohnsitz zuerst in Hamburg, dann in Leipzig. Hier begründete er ein Komitee zum Bau einer Bahn von Leipzig nach Dresden. Doch mit dem stürmischen Draufgänger, der er noch immer war, war ein Zusammenarbeiten sehr schwer. Man bot ihm daher für den Austritt eine Entschädigungssumme von 4000 Talern in Form eines sogenannten Ehrengeschenkes an. Er gründete jetzt ein eigenes Eisenbahnjournal und hatte mit diesem für den Ausbau des deutschen Eisenbahnnetzes in der Tat einen sehr großen Erfolg. War das Glück bis dahin mit ihm gewesen, verließ es ihn jetzt. Zunächst verlor er durch einen Bankkrach in Amerika sein dort erworbenes und hinterlegtes Vermögen, sodann warf sein Eisenbahnjournal nicht den gehofften pekuniären Ertrag ab. Ein Gesuch an die württembergische Regierung, ihm die Rückkehr in die engere Heimat zu gestatten, wurde abschlägig beschieden. So kam ihm ein Antrag der Augsburger Allgemeinen Zeitung, als ihr Korrespondent nach Paris zu gehen, sehr gelegen. Er lieferte der Zeitung nicht nur Korrespondenzen aus Paris, er lieferte ihr auch für die wissenschaftliche Beilage zahlreiche national-ökonomische Aufsätze, die sich beim Publikum großer Beliebtheit erfreuten. So glaubte er nach einigen Jahren genug erworben zu haben, um sich in Deutschland selbst wieder eine Existenz gründen zu können. 1841 erschien sein Hauptwerk: »Das nationale System der politischen Ökonomie«, im wesentlichen eine zusammenfassende Überarbeitung der volkswirtschaftlichen Artikel, die er der Augsburger Allgemeinen Zeitung eingesandt hatte. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland nahm er seinen Wohnsitz in Augsburg und bewahrte zunächst noch seine engen Beziehungen zur Allgemeinen Zeitung. 1843 begründete er das Zollvereinsblatt. Der Einfluß des Blattes auf die Entwicklung in Deutschland war weit größer als der pekuniäre Ertrag; von neuem traten materielle Sorgen an List heran; dazu kam ein körperliches Leiden, das seine Körper- und Geisteskraft zu untergraben drohte. Er beabsichtigte, eine Erholungsreise in die Tiroler Alpen zu machen. Aber auf dem Wege dorthin machte er in einem erneuten Anfall von geistiger

Mutlosigkeit durch einen Pistolenschuß seinem Leben ein Ende. List war eine starke Herrennatur und hatte doch zugleich mit allen Kleinlichkeiten des Lebens fast unaufhörlich zu kämpfen. An diesem Zwiespalt innerer Größe und äußerer kleinlicher Verhältnisse ging er zugrunde.

Lists bedeutendste hierher gehörigen Schriften sind

1. »Outlines of a new system of political economy« (1827),
2. »Das deutsche National-Transportsystem in volks- und staatswirtschaftlicher Bedeutung« (1838),
3. »Das nationale System der politischen Ökonomie« (1841).

II. Sein System.

a) Schon in dem ersten kurzen Grundriß eines neuen Systems politischer Ökonomie griff er die damals die Wissenschaft noch allgemein beherrschende klassische Schule an, der er Verwechslung von Tauschwerten und Braubarkeiten in der Produktionslehre vorwarf, womit er die Verwechslung von Rentabilität und Produktivität, d. h. die Verwechslung privatwirtschaftlicher mit volkswirtschaftlicher Auffassung bezeichnen wollte, der er ferner ihren von den einzelnen Völkern ganz absehenden allgemeinen, wie er es nannte, kosmopolitischen und unhistorischen Standpunkt vorhielt, an dessen Stelle er eine nationale und historische Volkswirtschaftslehre gesetzt sehen wollte.

Das Buch erschien im Verlage von Carey und wurde für diesen die erste Veranlassung, sich volkswirtschaftlichen Fragen zuzuwenden, hatte auch auf dessen spätere Lehre manchen Einfluß, nur daß er nicht auch seinen antirationalistischen, nationalen, historischen Standpunkt annahm.

b) In dem zweiten Werk betont er die Bedeutung der Eisenbahnen für den nationalen Binnenverkehr. Der Schiffsverkehr fördere den internationalen Handel und die Auswanderung, der Eisenbahnbau werde ergänzend den nationalen Binnenhandel und die nationale Binnenwanderung fördern, ohne doch den internationalen Handel und die internationale Wanderung zu hemmen; vielmehr würden auch diese aus dem Eisenbahnverkehr neue große Anregungen empfangen, und so die Produktion doppelt gefördert werden, zugleich aber auch die menschliche Arbeitskraft an Bedeutung gewinnen, indem sie, nicht mehr an die Scholle gebunden, sich stets dahin wenden könne, wo sie sich am vorteilhaftesten betätigen könne.

c) List faßt in dem dritten großen Werk seine Anklagen gegen die klassische Schule selbst in die drei Worte zusammen: Kosmopolitismus, Materialismus und Partikularismus, letzterer in dem Sinne von Individualismus gemeint. Gegenüber dem Kosmopolitismus betont er die nationale Seite der Volkswirtschaftslehre, gegenüber dem Materialismus die sittlichen Aufgaben der Volkswirtschaft, gegenüber dem Individualismus die sozialen Gesichtspunkte in der Volkswirtschaftslehre. Als nationaler Volkswirtschaftslehrer empfiehlt er für Deutschland und alle Staaten, die mit ihm die gleichen Voraussetzungen teilen, an Stelle des

Freihandels, der wohl für England, aber noch keineswegs für Deutschland richtig sei, ein gemäßigtes industrielles Schutzollsystem, als ethischer Volkswirtschaftslehrer betont er die Produktivität der liberalen Berufe und ergießt hier seinen ganzen Spott über die Smithsche Schule. So fragt er z. B. einmal, weshalb denn der Schweinehirt produktiv tätig sei, der Volksschullehrer aber ein unnötiger Esser, weshalb der Kutscher produktiv sei, nicht aber der Herr im Wagen, auch wenn es ein Keppler, Newton oder eine andere wissenschaftliche Größe sei. Als Sozialpolitiker betont er neben der Produktionsfrage die Verteilungsfrage. Ganz besonders aber erweist er sich als Gegner der englischen Schule in einem vierten Punkte. Aus der Smithschen Lehre von der Arbeitsteilung hatte diese im Kampfe gegen die Getreidezölle allmählich die Lehre von der natürlichen Arbeitsteilung der Staaten und zwar in dem Sinne ausgebildet, daß sie England die Rolle des Industriezentrums und des Industriemarktes der Welt zuwies, allen anderen Staaten aber die Rolle von Ackerbaustaaten. Ganz England sollte die Stadt der Erde und die übrigen Länder sollten ihren Bannmeilenbezirk bilden und diese dadurch bewogen werden, beim Ackerbau zu beharren, daß England seinen Ackerbau aufgab und die Ackerbauprodukte der ganzen Erde bei sich schrankenlos einließ. Demgegenüber entwickelt List nun seine berühmt gewordene Lehre von den fünf Entwicklungsstufen der Staaten. Als solche nennt er zwei vagierende und drei ansässige, nämlich

- a) Jagd oder Fischerei, also rein okkupierend,
- b) nomadisierende Viehzucht, bei der also die Natur zum Produzieren schon angehalten wird, neben Jagd und Fischerei,
- c) Ackerbau neben Viehzucht, Jagd und Fischerei,
- d) Kleingewerbe neben Ackerbau, Viehzucht, Jagd und Fischerei,
- e) Handel und Großindustrie, die sich beide stets nebeneinander entwickeln müßten, neben Kleingewerbe, Ackerbau, Viehzucht, Jagd und Fischerei.

Bemerkenswert ist bei dieser Lehre erstens einmal die zum erstenmal gegebene Anregung, die volkswirtschaftliche Entwicklung als einen historischen Prozeß aufzufassen, zuzweit aber, daß er den Entwicklungsprozeß nicht als einen Umwandlungs- sondern als einen Erweiterungsprozeß auffaßt, indem so eine neue Produktionsart zu den alten schon vorhandenen hinzutritt, nicht aber an ihre Stelle tritt, wenn sie auch vielfach einen ummodelnden Einfluß auf sie ausüben wird, wie sich z. B. die nomadisierenden Produktionszweige unter dem Einfluß der Ansässigkeit allmählich in die Forstwirtschaft, die Fischzucht und die Viehzucht umwandeln. List will also nicht im englischen Sinne Deutschland zu einem einseitigen Industriestaat machen, er will vielmehr zu den hisherigen vier Produktionsarten noch zwei neue die Industrie und den Großhandel hinzufügen.

Die höchste Entwicklungsstufe zu erreichen müssen nach List alle Staaten streben, die von Natur dazu geeignet sind; das sind aber nach seiner Meinung alle Staaten der kälteren Hälften der gemäßigten Zonen,

insofern sie über Metalle und Kohlen verfügen. Diese Voraussetzungen träfen für Deutschland zu; also müsse es danach streben, die Industrie und den Großhandel als letzte große Erweiterung seinen bisherigen Produktionsarten hinzuzufügen. Um das zu erreichen, sei aber für dieses vorläufig nur ein gemäßigtes industrielles Schutzollsystem notwendig. Während er ein industrielles Schutzollsystem fordert, bekämpft er die Getreidezölle, weil sie den Verhältnissen entsprechend zwecklos seien, ja sogar schädlich wirken könnten. Er verlangt ferner ein möglichst großes Zollgebiet, wie sich ja schon aus seiner Bekämpfung der inneren Zollschranken Deutschlands und seinen Bestrebungen um die Schaffung eines einheitlichen deutschen Zollgebiets ergibt. Hauptsächlich will er in dies Gebiet die Küstenstaaten eingeschlossen sehen, die damals außer Preußen im Zollverein noch sämtlich fehlten.

Man wird den Listschen Ausführungen als für seine Zeit für Deutschland richtig durchaus beipflichten können, ebenso seinem historischen und nationalen Standpunkte; wenn wir uns dennoch an dieser Stelle mit Lists Ausführungen etwas eingehender beschäftigen, so geschieht es nicht, um uns gegen ihn zu wenden, sondern gegen die heutigen Gegner agrarischer Schutzölle oder doch der Getreidezölle Johannes Conrad aus Halle, Lujo Brentano und Walther Loß aus München, Sombart aus Berlin, Biermer aus Gießen, die Gebrüder Weber aus Heidelberg, Julius Wolf aus Breslau und Dießel aus Bonn. Wenn diese List als Eideshelfer heranziehen, so vergessen sie dabei zweierlei: Erstens wollte List Deutschland nicht zu einem ausgesprochenen Industriestaat machen sondern, um es kurz auszudrücken, zu einem Agrar- und Industriestaat; er wollte ihm die Industrie zur Landwirtschaft hinzugewinnen, nicht aber die Industrie auf Kosten der Landwirtschaft gewinnen, nicht die Industrie gegen die Landwirtschaft eintauschen, was zu empfehlen die Gegner aller landwirtschaftlichen Schutzölle nicht anstehen (Johannes Conrad nimmt einen abweichenden Standpunkt ein). Zweitens bekämpfte List die landwirtschaftlichen Schutzölle nicht generell, was seinem historischen und relativistischen Standpunkte widersprach, sondern, weil er sie nach den wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands zu seiner Zeit nicht nur nicht für nötig sondern sogar für schädlich hielt. Nach den damaligen wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands hatte er aber mit dieser Behauptung recht. Deutschland war ein landwirtschaftliche Produkte exportierendes Land; ein solches braucht zum Schutze für seine Landwirtschaft keine Zölle, da diese höchstens die Wirkung haben könnten, im Inlande die Lebensmittel ganz zwecklos zu verteuern, was nur schädlich wirken könnte. Wenn also List nach den damaligen Verhältnissen Deutschlands Getreidezölle verwarf, so darf daraus noch nicht geschlossen werden, daß er sie auch unter den heutigen, gänzlich veränderten Verhältnissen verwerfen würde. Im Gegenteil darf man wohl annehmen, daß er unter den heutigen Verhältnissen sich für agrarische Schutzölle ausgesprochen haben würde, da er die Industrie der Landwirtschaft hinzugefügt sehen wollte, nicht aber diese jener opfern lassen wollte.

III. Lists Einfluß auf die Praxis.

Lists Einfluß auf die Praxis war ein ganz ungemainer. Während der preußisch-deutsche Zolltarif von 1833 ein sehr liberaler gewesen war, zeigte der neue Zolltarif von 1841 wieder sehr starke schutzöllnerische Tendenzen; auch in der Gewerbepolitik vollzog sich ein Umschwung; die preußischen Gewerbegesetze von 1845, noch mehr aber von 1849 bedeuten eine starke Abkehr von den frei-

händlerischen Lehren; freilich wurde die antifreihändlerische Bewegung unterstützt durch den Druck, der damals infolge der Konkurrenz der englischen Industriewaren auf dem deutschen Gewerbe lastete. Auch auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens war Lists Einfluß ein bedeutender. Um so tragischer war es, daß List durch sein aus seiner Kraftnatur entspringendes schroffes Auftreten sich keine persönlichen Gönner zu verschaffen vermochte und darum so unglücklich enden mußte.

3. Hildebrand.

Bruno Hildebrand (1812—1878) wurde 1841 ordentlicher Professor in Marburg, 1851 in Zürich, 1856 in Bern, 1861 in Jena. Seine Hauptarbeiten sind statistischer Art. Außerdem begründete er 1863 »Die Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik«.

Hier kommt sein Werk: »Nationalökonomie der Gegenwart und der Zukunft« (1848) in Betracht. Der erste Teil ist eine Kritik der Nationalökonomie der Gegenwart, d. h. des Smithianismus, der zweite Teil, der nie erschienen ist, sollte zeigen, wie die Nationalökonomie der Zukunft sein müsse. Als Aufgabe der Nationalökonomie der Zukunft stellt Hildebrand hin, einer gründlichen, historischen Richtung Bahn zu brechen und die Nationalökonomie zu einer Lehre von den ökonomischen Entwicklungsgesetzen der Völker umzugestalten. Hildebrand unterscheidet drei Wirtschaftsstufen, nämlich Natural-, Geld- und Kreditwirtschaft.

4. Knies.

Karl Knies (1821—1898) wurde 1855 ordentlicher Professor in Freiburg und 1865 in Heidelberg. 1896 trat er in den Ruhestand. Seine Arbeiten bewegten sich auf den verschiedensten Gebieten; für eine Geschichte der Volkswirtschaftslehre kommen jedoch nur zwei seiner Werke in Betracht: »Die politische Ökonomie vom Standpunkt der geschichtlichen Methode« (1853) und »Geld und Kredit« (1873—1879).

In beiden Werken sucht Knies gegenüber der Schule von Adam Smith, die historische Wandelbarkeit auch der Grundfragen der Volkswirtschaftslehre nachzuweisen. In dem erstgenannten Werke geschieht dies hinsichtlich der Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, in dem zweiten wird die Geschichte des Geldes und des Kredits behandelt, hinsichtlich des Kredits auch die Frage, welche Stellung Staat, Kirche und Wissenschaft in den verschiedenen Zeiten ihm gegenüber eingenommen haben.

5. Roscher.

Wilhelm Roscher (1807—1894) wurde 1844 ordentlicher Professor in Göttingen und 1848 in Leipzig, wo er bis zu seinem Tode lehrte. Von seinen Werken sind für eine Geschichte der Volkswirtschaftslehre von Bedeutung: »Grundriß zu Vorlesungen über die Staatswirtschaft nach geschichtlicher Methode« (1843), »Ansichten der Volkswirtschaft aus dem geschichtlichen Standpunkt«

(1861), »System der Volkswirtschaftslehre« (1854—1894), und zwar Bd. 1: »Grundlagen« (1854), Bd. 2: »Ackerbau und Forstwirtschaft« (1859), Bd. 3: »Handel und Gewerbefleiß« (1881), Bd. 4: »Finanzwissenschaft« (1886), Bd. 5: »Armenpflege und Armenpolitik« (1894), dazwischen erschienen: »Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland« (1874), »Politik« (1890).

Nach Roscher ist die Wirtschaftsordnung kein künstliches Erzeugnis subjektiv menschlicher gesetzgeberischer Willkür sondern wie seine Sprache — es war kein Zufall, daß Roscher gerade diesen Vergleich zog; er war ursprünglich klassischer Philologe, als solcher hatte er promoviert, als solcher hatte er sich auch noch habilitiert — und wie sein Recht, worauf vor ihm schon Schelling hingewiesen hatte, ein organisches Produkt des Volksgeistes und seines mit innerer Notwendigkeit schaffenden Wesens. So wenig wie das Hirngespinnst des Naturrechts sich an die Stelle des historischen Rechtes setzen könne, das das Volk aus sich heraus schaffe, so wenig könne eine rationalistisch gefundene Wirtschaftsordnung sich an die Stelle der historisch überkommenen Wirtschaftsordnung setzen. Jede Wirtschaftsordnung müsse zwei Voraussetzungen erfüllen, sie müsse den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in jeder Beziehung entsprechen, und sie müsse mit den Rechtsanschauungen des größeren Teiles des Volkes sich in vollem Einklang befinden. Wer eine Änderung der Wirtschaftsordnung anrege, der habe also zweierlei nachzuweisen, erstens, daß die bisherige Wirtschaftsordnung den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen nicht mehr genügend entspreche, daß aber bei der von ihm angeregten Wirtschaftsordnung dies der Fall sein werde, zweitens, daß die bisherige Wirtschaftsordnung auch mit den Rechtsanschauungen des Volkes sich nicht mehr in Einklang befinde, daß dagegen die von ihm angeregte Wirtschaftsordnung den heutigen Rechtsanschauungen des Volkes voll entspreche und darum an die Stelle jener treten müsse. Diesen Nachweis werde aber nur der erbringen können und darum nur der zur Anregung neuer Wirtschaftsordnungen befähigt sein, der einerseits die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse genau kenne und andererseits auch genau anzugeben vermöge, wie das Volk selbst über diese Wirtschaftsordnung fühle. Um dies zu können, sei ein eingehendes Studium der geographischen, klimatischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eines Volkes, wie sie durch seine geschichtliche Entwicklung geworden seien, nötig. Habe man aber erst dies als notwendig erkannt, so ergebe sich daraus die weitere Erkenntnis, daß die Volkswirtschaft nicht, wie die früheren rationalistischen Schulen es wollten, eine Wirtschaftsordnung zu suchen habe, die für alle Länder, alle Völker, alle Zeiten, alle Verhältnisse passe und mit einem von Sachkenntnis nicht getrüben, reinen Vernunftblick gefunden sei, sondern

eine Wirtschaftsordnung, die den jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen und den jeweiligen Rechtsanschauungen eines Volkes entspreche, d. h. eine nationale und eine historische Wirtschaftsordnung. In diesem Sinne also will Roscher die Volkswirtschaftslehre als eine nationale und eine historische aufgefaßt sehen, daß sie ihre Jünger durch ihren Unterricht immer und immer wieder zu befähigen habe, auf Grund genauer Kenntnis aller einschlägigen Verhältnisse dereinst an einer nationalen und historischen Wirtschaftsordnung mitzuwirken. Wir haben hier aber noch auf ein anderes Wort seiner Erklärung hinzuweisen, d. i., daß Roscher, die Wirtschaftsordnung als ein organisches Produkt des Volksgeistes hinstellt. Roscher sieht in dem Volke vom nationalökonomischen Standpunkte aus ein geschlossenes organisches Ganzes, in welchem die Einzelwirtschaften durch eine staatliche Gewalt einer wirtschaftlichen Rechtsordnung unterworfen sind, welche sie zwingt, die berechtigten Interessen aller anderen Einzelwirtschaften anzuerkennen, und ihnen ferner diejenigen Beschränkungen und Pflichten auferlegt, welche notwendig sind, damit das organische Ganze die von ihm erwarteten Zwecke und Aufgaben erfüllen kann, dafür aber auch dem Einzelnen Wahrung seiner berechtigten wirtschaftlichen Interessen und Erfüllung seiner mit anderen gemeinsamen Bedürfnisse gewährleistet. Wenn Roscher das Volk ein organisches Ganzes nennt, so will er damit sagen, daß die einzelnen Volksteile zueinander in wechselseitiger Wirkung stehen und darum auf die Dauer in dem gegenseitigen Wohlbefinden aufeinander angewiesen sind, daß alle Volksteile schließlich in Mitleidenschaft gezogen werden müssen, wenn ein Volksteil krankt, daß das Volk aber nicht, wie es die rationalistischen Schulen getan hätten, als ein loses Konglomerat einzeln für sich dastehender Individuen aufgefaßt werden dürfe; eine solche Lehre wirke zerseßend und zerstörend, nicht zusammenhaltend und aufbauend. Zugleich aber ergibt sich für Roscher aus der Auffassung des Volkes als eines geschlossenen, organischen Ganzen, in dem alle Teile in ihrem Wohlbefinden von dem Wohlbefinden aller übrigen Teile abhängig sind, daß die Volkswirtschaftslehre nicht nur eine nationale und historische sondern auch eine soziale sein müsse, d. h., daß sie zum Ausgangs- und Mittelpunkt ihrer Betrachtungen den Menschen nehmen müsse, soweit er Bedürfnisse empfindet und Güter erwirbt und besitzt, aber nicht den vereinzelt Menschen sondern den Menschen, der größeren organischen Verbänden angehört. Dagegen hätten die älteren Schulen in doppelter Weise gesündigt. Sie hätten vom Merkantilismus an bis zum Manchesterliberalismus zum Ausgangspunkt ihrer Betrachtung die Produktion gemacht; sie seien dabei soweit gekommen, daß sie Mittel und Zweck verwechselt hätten; anstatt daß man die Produktion als ein Mittel zum Zwecke menschlichen Wohlergehens

angesehen habe, sei der Mensch selbst nur noch als ein Mittel zum Zwecke der Produktion angesehen worden; die Produktionsfrage sei vollständig beherrschend in den Vordergrund getreten, die Distributionsfrage sei über Gebühr vernachlässigt worden. Zu zweit hätten sich die vorangegangenen Schulen, mit Ausnahme freilich des Merkantilismus, dagegen, daß die organischen Verbänden angehörenden Menschen zum Ausgangspunkte der Volkswirtschaftslehre zu nehmen seien, dadurch veründigt, daß sie, soweit sie vom Menschen überhaupt sprachen, ihn in seiner Vereinzelung betrachteten, nicht in seiner Zugehörigkeit zu einem organischen Ganzen. Das ist also der dreifache große Umschwung, den die Volkswirtschaftslehre durch Roscher erfuhr, daß er sie zu einer nationalen, einer historischen und einer sozialen machte. Dagegen will es wenig besagen, daß die Eierschalen des Rationalismus ihm hier und da noch anhafteten, daß er besonders in dem theoretischen Teil der Volkswirtschaftslehre, in der Grundlegung, sich vielfach von dem Einfluß der klassischen Nationalökonomie noch nicht ganz frei zu machen vermocht hat, daß darum dieser Band als der schwächste anusehen ist; der zweite, dritte und fünfte Band — auch die Finanzwissenschaft lag ihm weniger — sind wahre, echte Meisterwerke, und besonders der fünfte Band ist weit mehr, als er verspricht; er ist eine Verwaltungs- und Bevölkerungslehre. Eine Eigentümlichkeit von Roscher ist es, daß — wohl als Überbleibsel seiner philologischen Zeit — die reichen Schätze seines Wissens sich sehr häufig in den Anmerkungen verbergen, die meist weit mehr Raum beanspruchen als der Text.

§ 95. Die jüngere historische Schule.

Die Roscherschen Anschauungen werden noch heute von den meisten Anhängern der historischen Schule vertreten; daneben aber hat sich eine jüngere historische Schule gebildet. Diese identifiziert theoretische Volkswirtschaftslehre mit einer Art Philosophie der Wirtschaftsgeschichte oder vernachlässigt die theoretische Volkswirtschaftslehre ganz, oder stellt endlich unter dem Namen der theoretischen Nationalökonomie allgemeine wirtschaftliche Entwicklungsbetrachtungen an, wie z. B. die Produktion der verschiedensten Produktionsarten gewachsen sei, wieviel Arbeitskräfte sie einst, wieviel Arbeitskräfte sie jetzt beschäftigen, wie stark sie einst, wie stark sie jetzt an der Gesamtproduktion beteiligt seien, wie der Konzentrationsprozeß sich vollziehe, wie Frauen- und Kinderarbeit eindringe, und viele andere allgemeine Betrachtungen mehr. Das Gemeinsame aller dieser Anschauungen ist also zunächst, daß die theoretische Nationalökonomie in dem früheren Sinne ein überwundener Standpunkt sei.

Demgegenüber wäre aber zu betonen, daß die Nationalökonomie der theoretischen Nationalökonomie im alten Sinne aus zwei Gründen nicht entbehren könne:

Wie jede andere Wissenschaft muß auch sie mit Begriffen operieren, und, da nach der Auffassung der historischen Schule auch die Begriffe mit den Verhältnissen historisch wandelbar sind, bedarf sie sogar einer fortwährenden Nachprüfung der Begriffe, ob sie noch zutreffend seien; dann aber muß die theoretische Volkswirtschaftslehre eine Beobachtungslehre sein; sie muß uns beobachten lehren, wie der Produktions- und Distributionsprozeß sich abspiele, indem sie auf die mannigfachen Momente hinweist, die diese Prozesse beeinflussen können; sie muß ihre Jünger lehren, welche Momente von Einfluß sein können, damit sie später einmal ihr Augenmerk darauf richten können, ob und inwieweit diese Momente im einzelnen Falle sich bemerkbar machen. Auch diese Lehre muß fortwährend weiter gebildet werden, da mit dem Wandel der Verhältnisse immer neue beeinflussende Momente hinzu kommen können. Die theoretische Nationalökonomie muß ferner die Wechselbeziehungen zwischen Recht und Wirtschaft und zwischen Staat und Wirtschaft darlegen. Alles das ist Aufgabe der theoretischen Volkswirtschaftslehre und darf nicht vernachlässigt werden, wenn wir im einzelnen Fall zu genügender allseitiger Beobachtung aller mitspielenden Momente befähigt sein wollen. Müssen wir so einerseits betonen, daß auch die historische Volkswirtschaftslehre der theoretischen Nationalökonomie im alten Sinne nicht entbehren kann, so müssen wir andererseits das als theoretische Nationalökonomie zurückweisen, was uns von einigen Vertretern der neuen historischen Schule als Ersatz dafür geboten wird. Was zunächst ihren Ersatz durch die Philosophie der Wirtschaftsgeschichte betrifft, so müssen wir diesen aus denselben Gründen ablehnen, aus denen wir eine Identifizierung von Nationalökonomie mit Wirtschaftsgeschichte, wovon weiter unten die Rede sein wird, ablehnen müssen, sodann aber auch deshalb, weil die Wirtschaftsgeschichte noch eine viel zu junge Wissenschaft ist — die ersten Anfänge reichen kaum fünfzig Jahre zurück, etwas intensiver gepflegt wird sie erst seit etwa fünfundzwanzig Jahren —, als daß unsere Kenntnisse auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte zu einer wissenschaftlich haltbaren Philosophie der Wirtschaftsgeschichte schon ausreichen könnten; wir laufen darum bei einem solchen Versuch der Philosophie der Wirtschaftsgeschichte sehr leicht Gefahr, zu einer konstruktiven Philosophie der Wirtschaftsgeschichte zu gelangen. Wir müssen die allgemeinen Betrachtungen ablehnen, weil sie zur praktischen und nicht zur theoretischen Nationalökonomie gehören; freilich müssen sie dort an richtiger Stelle untergebracht werden.

Die neuere historische Schule identifiziert des ferneren praktische Nationalökonomie mit Wirtschaftsgeschichte und Finanzwissenschaft mit Finanzgeschichte.

Auch diese Identifizierung muß aus zwei Gründen abgelehnt werden. Zunächst können wir aus einem Vergleich mit früheren Perioden doch deshalb herzlich wenig lernen, weil gerade in der Gegenwart auf allen Gebieten ein solcher Umchwung der Verhältnisse sich vollzogen hat, daß uns die Wirtschaftsgeschichte vergangener Jahrhunderte außer der Frage, wie die gegenwärtigen Verhältnisse entstanden seien, wenig zu sagen vermag, und daß wir für die gegenwärtige Praxis aus ihr so gut wie nichts entnehmen können; zu zweit aber leidet darunter das eigentliche Studium der Nationalökonomie, dessen Aufgabe die Erkenntnis der Gegenwart ist, weil diese Richtung der Nationalökonomie mit ihren wissenschaftlichen Arbeiten gewöhnlich entweder noch früher oder aber da Halt macht, wo die eigentliche Nationalökonomie, d. h. das Studium der wissenschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart anfängt. Die Nationalökonomie ist eine historische Wissenschaft insofern, als ihr Gegenstand ein solcher ist, der einem unaufhörlichen historischen Wechsel unterworfen ist; sie ist aber nicht die Wirtschaftsgeschichte. Auch

Wirtschaftsgeschichte und Soziologie sind notwendige Wissenschaften, sie sind für die Nationalökonomie neben der Statistik die wichtigsten Hilfswissenschaften; sie sind aber nicht die Nationalökonomie selbst.

§ 96. Die bedeutendsten Vertreter der historischen Schule in Deutschland Richard van der Borght, Lujo Brentano, Adolf Buchenberger, Karl Bücher, Gustav Cohn, Johannes Conrad, Theodor von der Goltz, Joseph Grunzel, Georg Hanssen, Karl Theodor von Inama-Sternegg, Georg Knapp, Wilhelm Lexis, Walter Lotz, August Meitzen, August von Miaskowski, August Sartorius von Waltershausen, Georg Schanz, Gustav Schmoller, Gustav Schönberg, Gerhard von Schulze-Gävernitz, Max Sering, Werner Sombart, Wilhelm Stieda.

1. Richard van der Borght.

Richard van der Borght (1861), 1892 Professor an der technischen Hochschule in Aachen, 1901 in das Reichsamt des Innern berufen, leitete 1903 die Enquête über die deutschen Kartelle, wurde 1904 Präsident des kaiserlichen statistischen Amtes, schrieb zahlreiche Arbeiten über das Arbeiterversicherungswesen, über statistische Lösungen allgemeiner volkswirtschaftlicher Probleme, über Verkehrsfragen und von größeren Arbeiten »Über den Einfluß des Zwischenhandels auf die Preise« (1888), »Das Verkehrswesen« (1894), »History of banking in the Netherlands« (1896), »Handel und Handelspolitik« (1900), »Grundzüge der Sozialpolitik« (1904).

2. Lujo Brentano.

Lujo Brentano (1844), 1873 Professor in Breslau, 1882 in Straßburg, 1888 in Wien, 1889 in Leipzig, 1891 in München, schrieb »Die Arbeitergilden der Gegenwart« (1871), »Einigungsämter« (1873), »Die wissenschaftliche Leistung des Herrn L. Bamberger« (1873), »Die Sicherung des Arbeitsvertrages« (1874 in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik), »Das Arbeitsverhältnis gemäß dem heutigen Recht« (1877), »Die Arbeiterversicherung gemäß der heutigen Wirtschaftsordnung« (1879), »Der Arbeiterversicherungszwang« (1881), »Die Arbeitseinstellungen und die Fortbildung des Arbeitsvertrages« (1890), »Das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung« (1892). Seitdem hat er sein altes Arbeitsgebiet verlassen und sich der Agrarpolitik zugewandt, bei der er einen antischutzöllnerischen und dem Großgrundbesitz feindlichen Standpunkt einnimmt. Er hat diesen Standpunkt in zahlreichen kleineren Aufsätzen und Monographien und zwei großen Hauptwerken »Agrarpolitik« (Bd. 1, 1897; ein zweiter Band dürfte kaum noch erscheinen) und »Erbrechtspolitik« (Bd. I, der vom Fideikommiss handelt, 1899; auch hier dürften weitere Bände wohl kaum noch erscheinen) vertreten. Seit 1893 gibt er mit Leser eine »Sammlung älterer und neuerer staatswissenschaftlicher Schriften«, mit Lotz »Die Münchener volkswirtschaftlichen Studien« heraus.

3. Adolf Buchenberger.

Adolf Buchenberger (1848—1904) trat 1878 in den badischen Staatsdienst, leitete 1883 in einer vorbildlich gewordenen Weise die badische Agrarenquête, wurde 1893 Finanzminister, schrieb »Erhebungen über die Lage der Landwirtschaft in Baden« (1883, eine vorbildlich gewordene Arbeit), »Zur landwirt-

schaftlichen Frage der Gegenwart« (1887), »Agrarwesen und Agrarpolitik« (2 Bde. 1892 u. 93 in Wagners Lehr- und Handbuch der politischen Ökonomie), »Die Lage der bauerlichen Bevölkerung im Großherzogtum Baden« (1893), »Grundzüge der deutschen Agrarpolitik« (1897), außerdem Arbeiten auf dem Gebiete der Finanzgeschichte und Finanzpolitik.

4. Karl Bücher.

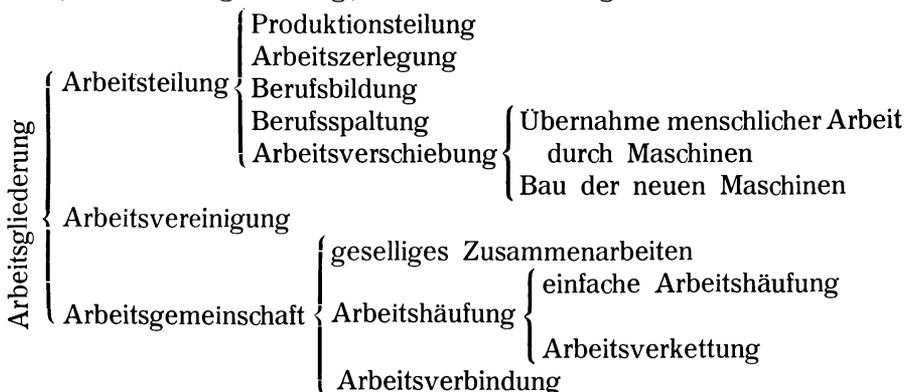
Karl Bücher (1847), 1883 Professor in Basel, 1890 an der technischen Hochschule in Karlsruhe, 1892 in Leipzig, schrieb »Gutachten über das gewerbliche Bildungswesen« (1878, Bd. 15 der Schriften des Vereins für Sozialpolitik), in der deutschen Ausgabe von E. de Lavelaye »Das Ureigentum« 1879 die Kapitel VI, IX, XIV u. XV), »Die Frauenfrage im Mittelalter« (1882), darauf nach zahlreichen Arbeiten über Stadtgeschichte, »Die gewerblichen Betriebsformen in ihrer historischen Entwicklung« (1892), »Die Entstehung der Volkswirtschaft« (Sammlung von Einzelaufsätzen, die bei jedem Neuerscheinen vermehrt wurde, erste Ausgabe 1893, letzte Ausgabe 1911), »Die Einkommensverhältnisse der Leipziger Handwerker« (1897, eine vorbildliche Arbeit), »Arbeit und Rhythmus« (1899), »Die Großstädte in Gegenwart und Vergangenheit« (1903). Seit Schäffles 1903 erfolgtem Tode gibt er die »Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft« heraus.

Drei Büchersche Theorien haben für die Geschichte der Volkswirtschaftslehre eine größere Bedeutung gewonnen; diese betreffen

a) die Entstehung der Volkswirtschaft, für die Bücher drei Stufen, nämlich Hauswirtschaft, Stadtwirtschaft und Volkswirtschaft annimmt,

b) die geschichtliche Entwicklung der Gewerbe, die sich in fünf Stufen, nämlich Hauswerk, Lohnwerk, Handwerk, Verlagssystem basiert auf Hausindustrie, und Fabrik vollzogen haben soll;

c) die Arbeitsgliederung, für die er das folgende Schema aufstellt:



5. Gustav Cohn.

Gustav Cohn (1840), seit 1884 Professor in Göttingen; seine Arbeiten bewegen sich hauptsächlich auf dem Gebiet des Börsenwesens und des Verkehrswesens; von größeren Arbeiten schrieb er »Untersuchungen über die englische Eisenbahnpolitik« (2 Bde. 1874/75), »Volkswirtschaftliche Aufsätze« (1882), »Nationalökonomische Studien« (1886), »System der Nationalökonomie« (3 Bde. 1885—1898, Bd. I »Grundlegung« (1885), Bd. II »Finanz-

wissenschaft« (1889), Bd. III »Handel und Verkehr« (1898)), »Zur Politik des deutschen Finanzwesens« (1905). Von allen Nationalökonomen steht er in bezug auf seine politische Stellung Wagner am nächsten.

6. Johannes Conrad.

Johannes Conrad (1839), seit 1872 Professor in Halle. Seine Arbeiten, die fast alle in den von ihm seit 1878 als Nachfolger Hildebrands herausgegebenen »Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik« erschienen sind, bewegen sich hauptsächlich auf dem Gebiet der Agrarpolitik, auf dem er sich als Gegner der Getreidezölle und des Großgrundbesitzes zeigt, der städtischen Wohnungsfrage und der ländlichen und industriellen Arbeiterfrage. Er ist Herausgeber des außerordentlich verdienstvollen, wenn auch etwas einseitigen »Handwörterbuches der Staatswissenschaften«, das 1889 zu erscheinen begann und jetzt in vollendeter dritter Auflage vorliegt, er gibt ferner die »Sammlung ökonomischer Abhandlungen des Seminars zu Halle« heraus. An Lehrbüchern, die sich außerordentlicher Beliebtheit bei der studierenden Jugend erfreuen, wenn sie auch sehr ungleich gearbeitet sind — besonders kurz sind die theoretische Nationalökonomie und in der praktischen Nationalökonomie die Abschnitte über Geld-, Bank- und Börsen-, Sparkassen- und Versicherungswesen, Handel und Verkehr, sowie die ganze Finanzwissenschaft, umgekehrt wieder sehr eingehend Agrarpolitik und Statistik — veröffentlichte er einen kürzeren »Leitfaden zum Studium der Nationalökonomie« und einen längeren »Grundriß« in 5 Bdn., Bd. 1 »Nationalökonomie«, Bd. 2 »Volkswirtschaftspolitik«, Bd. 3 »Finanzwissenschaft«, Bd. 4 und 5 »Statistik«. Ein Jahr des ersten Erscheinens läßt sich bei diesen Büchern kaum anführen, da sie ihren Ursprung aus kleinen Heften genommen haben, die Conrad seinen Zuhörern gratis zugab.

7. Theodor von der Goltz.

Theodor von der Goltz (1836—1905), 1869 Professor der Landwirtschaft in Königsberg, 1875 Direktor des landwirtschaftlichen Instituts in Königsberg, 1885 desgleichen in Jena, 1895 desgleichen in Bonn-Poppelsdorf, schrieb, abgesehen von technisch landwirtschaftlichen Arbeiten, »Die ländliche Arbeiterfrage« (1873), »Die Frage der ländlichen Arbeiter im Deutschen Reich« (1875), »Die ländliche Arbeiterklasse« (1893), »Die agrarischen Aufgaben der Gegenwart« (1894), »Vorlesungen über Agrarwesen und Agrarpolitik« (1899), »Geschichte der deutschen Landwirtschaft« (2 Bde. 1902 und 1903). Außerdem gab er ein »Handbuch der gesamten Landwirtschaft« (3 Bde. 1889—90) heraus; er selbst verfaßte für dieses u. a. die agrarpolitischen Teile.

8. Joseph Gunzel.

Josef Gunzel schrieb »Die Reichenberger Tuchindustrie« (1890), »Handbuch der internationalen Handelspolitik« (1898), »Der internationale Wirtschaftsverkehr« (1899), »System der Handelspolitik« (1901), »Kartelle« (1902), »System der Industriepolitik« (1903), »System der Verkehrspolitik« (1908), »Grundriß der Wirtschaftspolitik« (5 Bde. 1909—1910. Bd. 1 »Volkswirtschaftslehre«, Bd. 2 »Agrarpolitik«, Bd. 3 »Industriepolitik«, Bd. 4 »Handelspolitik«, Bd. 5 »Verkehrspolitik«).

9. Georg Hanssen.

Georg Hanssen (1809—1894), 1837 Professor in Kiel, 1848 in Göttingen, 1851 selbst Vorsigender der landwirtschaftlichen Akademie, 1860 Professor in Berlin, 1869 wieder in Göttingen, schrieb außer zahlreichen Aufsätzen in Falcks Neuem

staatsbürgerlichen Archiv, in dem von Rau herausgegebenen Archiv der politischen Ökonomie, in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft und im Journal für Landwirtschaft und außer statistischen und agrarischen Schriften »Die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Umgestaltung der gutsherrlich bäuerlichen Verhältnisse in den Herzogtümern Schleswig-Holstein« (1861), eine vorbildlich gewordene Untersuchung, und »Agrarhistorische Abhandlungen« (2 Bde. 1880 und 1884). Er war der Schöpfer der Agrargeschichte.

10. Georg Knapp.

Georg Knapp (1842), 1874 Professor in Straßburg, schrieb zahlreiche Abhandlungen zur Theorie und Praxis der Bevölkerungsstatistik, ferner »Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens« (1887), »Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit« (1891), »Grundherrschaft und Rittergut« (1897), »Staatliche Theorie des Geldes« (1905), gibt seit 1886 die »Abhandlungen aus dem statistischen Seminar zu Straßburg« heraus.

11. Karl Theodor von Inama-Sternegg.

Karl Theodor von Inama-Sternegg (1843—1908), 1871 Professor in Innsbruck, 1880 in Prag, 1881 Direktor im kaiserlich königlichen Statistischen Amt und Honorarprofessor in Wien, 1884 Präsident der kaiserlich königlichen statistischen Zentralkommission, 1905 emeritiert, schrieb »Deutsche Wirtschaftsgeschichte« (3 Bde. 1879—1899), »Neue Probleme des modernen Kulturlebens« (1908), außerdem viele kleinere Abhandlungen als Vorarbeiten zu seinen beiden großen Hauptwerken.

12. Wilhelm Lexis.

Wilhelm Lexis (1837), 1874 Professor in Dorpat, 1876 in Freiburg, 1884 in Breslau, 1887 in Göttingen, schrieb »Die französischen Ausfuhrprämien« (1870), »Einleitung in die Theorie der Bevölkerungsstatistik« (1875), »Zur Theorie der Massenerscheinungen in der menschlichen Gesellschaft« (1877), »Gewerkvereine und Unternehmerverbände in Frankreich« (1879 im 17. Bde. der Schriften des Vereins für Sozialpolitik), »Zur Währungsfrage« (1881), »Die Wirkungen der Getreidezölle« (1889), »Der gegenwärtige Stand der Währungsfrage« (1896), »Zur Theorie der Bevölkerungs- und Moralstatistik« (1903), »Das Wesen der Kultur« (1905), »Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert« (1908), »Allgemeine Volkswirtschaftslehre« (1910).

13. Walther Lotz.

Walther Lotz (1865), 1897 Professor in München, schrieb außer vielen Aufsätzen in Zeitschriften »Geschichte und Kritik des deutschen Bankgesetzes« (1888), »Die Technik des deutschen Emissionsgeschäftes« (1890), »Das Schieds- und Einigungsverfahren in der Walz- und Stahlindustrie Nordenglands« (1890 im 45. Bde. der Schriften des Vereins für Sozialpolitik), »Handelspolitik« (2 Bde. 1892), »Die Verkehrsentwicklung in Deutschland« (1900), »Eisenbahntarife und Wasserfrachten« (1900 im 89. Bde. der Schriften des Vereins für Sozialpolitik), »Die Handelspolitik des Deutschen Reichs« (1901 im 92. Bde. der Schriften des Vereins für Sozialpolitik), »Das Aufkommen der Geldwirtschaft im staatlichen Haushalt« (1908), »Finanzreform im heutigen England« (1910); mit Brentano zusammen gibt er die »Münchener volkswirtschaftlichen Studien« heraus.

14. August Meitzen.

August Meitzen (1822—1910) wurde 1861 Grundsteuer-Regulierungskommissar, was für sein späteres Leben insofern bedeutungsvoll wurde, als er dadurch auf die beiden verwandten Gebiete hingewiesen wurde, die seine Lebensaufgabe werden sollten, die Beschreibung des preußischen Staates in bezug auf die Anbau-fähigkeit und die allgemeine Agrargeschichte. 1865 wurde er als Regierungskommissar nach Berlin berufen und beauftragt, ein großes Werk »Über den Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates« zu liefern. Unter Aufrechterhaltung dieses Auftrages wurde er 1868 als Regierungs-rat in das preußische statistische Landesamt berufen. Hier leitete er die Agrar-statistik. 1872 wurde er in das kaiserliche statistische Amt berufen, ausdrücklich aber ausbedungen, daß der ihm 1865 erteilte Auftrag bestehen bleiben solle. Auch im kaiserlichen statistischen Amte leitete er die Agrarstatistik. 1873 wurde sein Werk über den Boden Preußens vollendet. 1875 wurde er außerordentlicher Pro-fessor an der Berliner Universität mit dem Lehrauftrag für Agrargeschichte, Agrar-politik und Statistik. Seit dem Umschwunge seiner Handelspolitik im Jahre 1881 war Bismarck mit den sehr stark liberalen Arbeiten des statistischen Amtes des Deutschen Reiches nicht zufrieden und hob die beschreibenden Abteilungen einfach auf; so verlor auch Meitzen 1882 sein Amt und wurde zur Verfügung gestellt. Im Jahre 1892 wurde er bei Gelegenheit seines 70jährigen Geburtstages ordentlicher Honorarprofessor. 1894 erhielt er den Auftrag, eine Ergänzung zu seinem Werke über den Boden Preußens für die neuen Provinzen zu liefern. Nach Fertigstellung dieses Werkes im Jahre 1901 übernahm er beinahe achtzigjährig den Auftrag zu einer Neuauflage dieses großen Werkes und führte es auch mit Hilfe jüngerer Kräfte bis 1908 durch. Außer dem genannten Hauptwerk, das schon ein Lebenswerk für sich sein könnte, schrieb er noch »Codex Diplomaticus Silesiae« (4 Bde. 1863), durch den er seinen Ruhm begründete, »Siedelung und Agrarwesen der Germanen, Kelten, Römer, Finnen, Slaven« (3 Bde. 1896), ein großes, breit angelegtes Werk, zu dem er große Reisen und große Vorarbeiten hatte machen müssen, die in vielen Zeitschriften veröffentlicht sind. Auch dieses Werk könnte ein Lebenswerk für sich allein sein. Zu diesen drei großen agrarhistori-schen und beschreibenden Werken kamen viele Arbeiten und Aufsätze über Agrar-politik in Zeitschriften und Sammelwerken, dazu die trefflichen Einleitungen zu den agrarstatistischen Arbeiten des preußischen statistischen Landesamtes und des statistischen Amtes des Deutschen Reiches. Bei alledem fand er noch Zeit zu größeren Werken. Zu nennen wäre noch »Die internationale land- und forstwirtschaftliche Statistik« (1873), »Das deutsche Haus in seinen volkstümlichen Formen« (1882), »Zur Frage des Kanalbaues in Preußen« (1885). Das Buch ist weit mehr, als der bescheidene Titel »Zur Frage« vermuten läßt; es ist eine gründliche und allseitige Erörterung der Frage des Kanalbaues, durch die das Thema in Wahrheit vollständig erschöpft wurde. Endlich bleibt noch zu nennen »Zur Agrargeschichte Norddeutschlands« (1901), wo eben-falls wiederum das Wörtchen »Zur« falsch ist. Neben allen diesen reichen Arbeiten fand Meitzen, gewissermaßen so en passant, noch Zeit, ein sehr instruktives Buch über Statistik zu schreiben, das sich »Geschichte, Theorie und Technik der Statistik« betitelt (1886, zweite sehr erweiterte Auflage 1903). Fürwahr ein reiches und geseignetes Gelehrtenleben!

15. August von Miaskowski.

August von Miaskowski (1838—1899), 1874—1881 Professor in Basel, mit Unterbrechung eines Jahres, in dem er als Professor an der landwirtschaftlichen Hoch-

schule in Hohenheim wirkte, 1882 in Breslau, 1882 Mitglied des preußischen Landesökonomiekollegiums, 1884 Mitglied des deutschen Landwirtschaftsrates, 1889 Professor in Wien, wo es ihm aber so wenig behagte, daß er schon 1891 einen Ruf nach Leipzig annahm, 1898 wegen schwerer Nervenkrankheit emeritiert, schrieb »Die Gebundenheit des Grund und Bodens durch Familienfideikomnisse« (1873), »Die Verfassung der Land-, Alpen- und Forstwirtschaft in der deutschen Schweiz in ihrer geschichtlichen Entwicklung« (1878), »Die schweizerische Allmende in ihrer geschichtlichen Entwicklung« (1879, im 2. Bde. der Schmollerschen Forschungen), »Das Erbrecht und die Grundeigentumsverteilung im Deutschen Reich« (2 Bde. 1882 und 1884), »Agrarpolitische Zeit- und Streitfragen« (1889), »Das Problem der Grundbesitzverteilung« (1890), »Die Anfänge der Nationalökonomie« (1891), »Staats- und sozialwissenschaftliche Beiträge« (3 Bde. 1892–1897).

16. August Sartorius von Waltershausen.

August Sartorius von Waltershausen (1853), 1885 Professor in Zürich, 1888 in Straßburg, schrieb außer zahlreichen Aufsätzen in den Conradschen Jahrbüchern über die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die er zwischen 1880 und 1885 mehrfach bereiste, »Die Stellung des Staates zu der Alters- und Invalidenversorgung für Lohnarbeiter«, ferner zahlreiche größere Monographien über nordamerikanische und kanadische Verhältnisse, nämlich über die Gewerkschaften, über die sozialistische Bewegung, über die Arbeiterverhältnisse und über die Handelsbeziehungen zu Deutschland, sodann »Das volkswirtschaftliche System der Kapitalsanlage im Auslande« (1907).

17. Georg Schanz.

Georg Schanz (1853), 1882 Professor in Würzburg. Sein Hauptarbeitsgebiet ist die Finanzwissenschaft. Er gibt seit 1884 das »Finanzarchiv« heraus. Von volkswirtschaftlichen Arbeiten schrieb er »Zur Geschichte der deutschen Gesellenverbände« (1877), »Englische Handelspolitik gegen Ende des Mittelalters« (2 Bde., 1881), »Zur Geschichte der Kolonisation und Industrie in Franken« (1884), »Studien über die bayrischen Wasserstraßen« (3 Bde., 1893 und 1894), »Zur Frage der Arbeitslosenversicherung« (1895), zu dem er seit dem ersten Erscheinen mehrere Fortsetzungen veröffentlichte. Seit 1894 gibt er die »Wirtschafts- und Verwaltungsstudien mit besonderer Berücksichtigung Bayerns«, man kann wohl sagen Frankens, heraus. An seiner fränkisch-bayrischen Heimat hängt er mit großer Liebe und hat deshalb schon verschiedene Berufungen an andere Universitäten, selbst nach München, abgelehnt.

18. Gustav Schmoller.

Gustav Schmoller (1838) wurde 1865 Professor in Halle, 1872 in Straßburg, 1882 in Berlin, 1884 Mitglied des preußischen Staatsrats, 1887 Historiograph der brandenburgisch-preußischen Geschichte und Mitglied der preußischen Akademie der Wissenschaften, 1899 als Vertreter der Universität Berlin Mitglied des Herrenhauses; anlässlich seines siebenzigjährigen Geburtstages und der Zentenarfeier der

Universität Berlin wurde er Wirklicher Geheimer Rat mit dem Titel Exzellenz und erhielt den erblichen Adel.

Schmoller fußt einerseits auf der deutschen historischen Schule von Hildebrand, Knies und Roscher und andererseits auf den Soziologen St. Simon, Auguste Comte, John Stuart Mill und Herbert Spencer; so sieht er die Aufgabe der Volkswirtschaftslehre darin, »einer gründlichen historischen Richtung Bahn zu brechen und die Nationalökonomie zu einer Lehre von den ökonomischen Entwicklungsgesetzen der Völker umzugestalten« mit besonderer Berücksichtigung der Organisation der Arbeit, der Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und der psychologischen, besonders der ethischen Kräfte, welche die Volkswirtschaft bewegen; man kann ihn deshalb den Führer und Begründer der Schule der sozialetischen Wirtschaftshistoriker nennen.

A. Schmollers Arbeiten fallen

I. in die Richtung, wie er die Volkswirtschaftslehre auffaßt,

II. in die preußische Verwaltungs-, Verfassungs-, Finanz- und Wirtschaftsgeschichte mit besonderer Berücksichtigung der Zeit des preußischen Eudämonismus,

III. in die mittelalterliche deutsche Wirtschaftsgeschichte; auf diesem Gebiete hat er selbst freilich nur eine größere Arbeit veröffentlicht, im übrigen aber sich auf eine anregende Tätigkeit beschränkt.

IV. Ein weiteres Gebiet Schmollers, auf dem er aber ebenfalls weniger selbstschaffend als anregend tätig ist, ist die Erforschung wichtiger sozialer Erscheinungen der Gegenwart, wie z. B. der Arbeiterfrage, der Agrarfrage, der Handwerkerfrage, der Hausindustrie, des Hausiergewerbes, der Unternehmungsformen, der Entlohnungsmethoden usw.

B. Schmoller hat folgende Monographien veröffentlicht:

I. **Im Sinn seiner Auffassung der Volkswirtschaftslehre** schrieb er

- a) »Über einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft«, Ein offenes Sendschreiben an Herrn Professor Dr. von Treitschke (Jena 1875), eine Antwort auf Treitschkes Schrift »Der Sozialismus und seine Gönner« (Berlin (1875), in welcher dieser die Bestrebungen des Vereins für Sozialpolitik bekämpft hatte, die sich damals um die Frage der Arbeiterkoalitionen drehten und für diese eintraten.

Die Schrift kritisiert den extremen Individualismus, betont die Notwendigkeit, zu neuen Organisationen der Volkswirtschaft zu gelangen, und verlangt, daß die Volkswirtschaftslehre nicht nur von dem rein materiellen Produktionsstandpunkte aus sondern auch von dem sozialen Distributionsstandpunkte aus behandelt werde.

Treitschke hat übrigens seinen individualistischen Standpunkt bald darauf ganz verlassen.

In derselben Richtung hat Schmoller ferner veröffentlicht

- b) eine Sammlung von Aufsätzen, die unter dem Titel »Zur Literaturgeschichte der Staats- und Sozialwissenschaften« (Leipzig 1888) herausgegeben ist. Die Sammlung enthält zwar sehr bedeutsame Beiträge zur staatswissenschaftlichen Literaturgeschichte der Gegenwart, ist aber doch nicht selbst eine solche, diese fehlt uns vielmehr noch. Schmoller verteidigt in diesen Aufsätzen seinen ja noch keineswegs allgemein geteilten Standpunkt der Volkswirtschaftslehre gegenüber den bedeutendsten Vertretern der Volkswirtschaftslehre seiner Zeit.

Hierzu kommt

- c) eine Sammlung von Aufsätzen unter dem Titel »Über einige Grundfragen der Volkswirtschaftslehre« (Leipzig 1898). Außer dem schon erwähnten Sendschreiben an Heinrich von Treitschke enthält dieser Band noch zwei Aufsätze, in denen er seine oben charakterisierte Auffassung von der Aufgabe der Volkswirtschaftslehre der österreichischen Schule und Adolph Wagner gegenüber verteidigt.

Des ferneren fallen in diese Richtung

- d) eine Sammlung von Aufsätzen unter dem Titel »Über Wesen und Verfassung der großen Unternehmungen« (München 1890), die sämtlich als Beiträge zur Darstellung der historischen Entwicklung der Organisation der Arbeit aufzufassen sind,
e) Schmollers Hauptwerk »Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre« (2 Bände 1900, neu bearbeitet 1908, und 1904),
f) »Einige prinzipielle Erörterungen über Wert und Preis« (1902).

II. Auf dem Gebiete der preußischen Verwaltungs-, Verfassungs-, Finanz- und Wirtschaftsgeschichte hat Schmoller eine Sammlung von Aufsätzen, betitelt »Umriss und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte« (Leipzig 1898) veröffentlicht. Diese enthält eine Zusammenstellung aller Einzeluntersuchungen Schmollers zur preußischen Verfassungs-, Verwaltungs-, Finanz- und Wirtschaftsgeschichte.

III. Auf dem Gebiete der mittelalterlichen deutschen Wirtschaftsgeschichte hat Schmoller die Monographie »Die Straßburger Tucherzunft« (Straßburg 1879) geschrieben. Eine außerordentlich gründliche Darstellung, ein Muster wirtschaftshistorischer Forschung gibt sie ein Beispiel mittelalterlichen Zunftlebens durch die Jahrhunderte hindurch. Die Arbeit hatte gegenüber der fast abergläubischen Furcht der extremen Individualisten vor allen wirtschaftlichen Organisationen auch ihren politischen Zweck; sie sollte zeigen, daß die Zünfte in ihrer guten Zeit auch ihr Gutes geleistet hätten, daß es also nicht darauf ankomme, sie deshalb, weil sie in ihrer erstarrten Form nicht mehr zeitgemäß wären, zu dem wirtschaftlichen Geringel zu werfen, sondern, sie zeitgemäß umzugestalten.

IV. Auf dem Gebiete der Erforschung wichtiger sozialer Erscheinungen der Gegenwart veröffentlichte Schmoller

a) eine Sammlung von Aufsätzen unter dem Titel »Zur Sozial- und Gewerbepolitik der Gegenwart« (Leipzig 1890) die hauptsächlich im Sinne des Vereins für Sozialpolitik sich mit Sonderfragen der gegenwärtigen Sozialpolitik beschäftigen,

b) »Wesen und Bedeutung der neueren Armenpflege« (1902).

Auch die unter 1d genannte Sammlung könnte hier angeführt werden.

Zu alledem kommen ungezählte Aufsätze in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, in den württembergischen Jahrbüchern, in den preußischen Jahrbüchern, in den Hildebrandschen Jahrbüchern, in der Zeitschrift für preußische Geschichte und Landeskunde, in der Historischen Zeitschrift, in der Deutschen Rundschau, in den Sitzungsberichten der Akademie der Wissenschaften, in seinen eigenen Forschungen, in seiner eigenen Zeitschrift, in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik, in den Acta Borussica, im literarischen Zentralblatt.

C. An Zeitschriften und Sammelwerken gibt Schmoller heraus

I. das Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, das hauptsächlich Aufsätze aus den speziellen Arbeitsgebieten Schmollers bringt,

II. die staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen, das sind größtenteils Arbeiten seines Seminars, die sich hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, auf dem Gebiete der preußischen Verfassungs-, Verwaltungs-, Finanz- und Wirtschaftsgeschichte und der deutschen mittelalterlichen Wirtschaftsgeschichte bewegen,

III. seit 1887 im Auftrage der preußischen Akademie der Wissenschaften die »Acta Borussica«, welche zunächst ein Bild der preußischen Staatstätigkeit zur Zeit des Eudämonismus geben sollen,

IV. seit 1906 zusammen mit L. Bernhard und V. Böhmert »Untersuchungen über Entlohnungsmethoden«.

Endlich ist Schmoller stets eines der bedeutendsten Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik gewesen und hat seit beinahe zwei Jahrzehnten die Leitung dieses Vereins allein übernommen, den er seitdem in seinem Sinne leitet, durch Enquêtes die bedeutendsten wirtschaftlichen Fragen tiefer zu ergründen und die Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart auf einem tieferen und eingehenderen Studium der wichtigsten auftauchenden wirtschaftlichen Fragen aufzubauen.

Drei Schmollersche Theorien haben für die Geschichte der Volkswirtschaftslehre eine größere Bedeutung gewonnen; diese betreffen

- a) die Wirtschaftsstufen,
- b) die Arbeitsteilung,
- c) die Unternehmungsformen.

Ad a. Auf die Wirtschaftsstufen kommt Schmoller zweimal am Anfang und am Ende seines Grundrisses zu sprechen. An der ersten Stelle nennt er Hauswirtschaft, Stammes- oder Dorfwirtschaft, Stadtwirtschaft, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft; an der zweiten Stelle zählt er die Epochen der agrarischen Eigenwirtschaft und des Stammes, der Stadtwirtschaft, der Mittel- und Territorialstaaten, der größeren nationalen Staaten und der neuen Weltstaaten auf.

Ad b. In bezug auf die Arbeitsteilung unterscheidet er die Arbeitsteilung in der Familie, die soziale und berufliche Arbeitsteilung, die Scheidung des Gewerbes von der Haus- und Landwirtschaft und die Arbeitsteilung in der ersten wie in der zweiten und endlich die räumliche Arbeitsteilung.

Ad c. In bezug auf die Unternehmungsformen stellt er das folgende Schema auf:

1. die einfachen Formen

{	a) landwirtschaftliche	{	α) Gutsbetriebe
	b) gewerbliche, d. s. Handwerksbetriebe		β) bäuerliche

- | | | |
|--------------------------------------|---|---|
| 2. die zusammen-
gesetzten Formen | { a) die älteren An-
sätze zu größeren
Betrieben

b) die modernen
Formen der
größeren Be-
triebe | { α) Genossenschaften
β) Gilden oder Korporationen
γ) Städte- und Staatsverwal-
tungen
δ) Das Verlagssystem der
Hausindustrie |
| | | { α) die Fabrik
β) die neueren Erwerbs- und
Wirtschaftsgenossenschaften
γ) Kartelle, Trusts, Fusionen. |

19. Gustav Schönberg.

Gustav Schönberg (1839–1908), 1869 Professor in Basel, 1870 in Freiburg, 1873 in Tübingen; sein Hauptarbeitsgebiet war das Handwerk, außerdem gab er als Sammelwerk das sogenannte »Schönbergsche Handbuch« heraus, in dem er große Abschnitte selbst geliefert hat.

20. Gerhard von Schulze-Gävernitz.

Gerhard von Schulze-Gävernitz (1864), 1896 Professor in Freiburg, schrieb »Zum sozialen Frieden« (2 Bde. 1890), »Der Großbetrieb« (1892), »Thomas Carlyles Welt- und Gesellschaftsanschauungen« (1893), »Die Genossenschaftsbewegung der englischen Arbeiter« (1896), »Volkswirtschaftliches aus Rußland« (1899), »Britischer Imperialismus« (1906), »Kultur und Wirtschaft« (1907).

21. Hermann Schumacher.

Hermann Schumacher (1868), nach großen Reisen 1901 Professor an der Handelshochschule in Köln, 1904 in Bonn schrieb zahlreiche und umfangreiche Arbeiten über Getreidehandel, über chinesische Handels- und Verkehrsverhältnisse, über Handelsvertragspolitik, über Binnenschiffahrtsabgaben, über Bankwesen, über Geldwesen, über die Kartellfrage, über die Großindustrie.

22. Max Sering.

Max Sering (1857), 1889 Professor an der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, 1897 zugleich Professor an der Universität, 1906 Professur an der Hochschule niedergelegt. Er schrieb außer zahlreichen Abhandlungen in Zeitschriften »Geschichte der preußisch-deutschen Eisenzölle von 1818–1881« (1882 in den Schmollerschen Forschungen), »Die landwirtschaftliche Konkurrenz Nordamerikas in Gegenwart und Zukunft« (1887), »Arbeiterverschüsse in der deutschen Industrie« (1890 im 46. Bde. der Schriften des Vereins für Sozialpolitik), »Die Lage der Landwirtschaft in der östlichen und westlichen Hälfte der preußischen Monarchie« (1891), Arbeiterfrage und Kolonisation in den östlichen Provinzen Preußens« (1892), »Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland« (1893 im 56. Bde. der Schriften des Vereins für Sozialpolitik), »Das Sinken der Getreidepreise und die Konkurrenz des Auslandes« 1894. »Das Moselland in der Vergangenheit und Gegenwart« (1910). Von 1897 bis 1904 leitete er die Enquête des Landwirtschaftsministeriums über die »Vererbung des ländlichen Grundbesitzes im Königreich Preußen«, die in 14 Heften erschienen ist, von denen er den Bericht über Schleswig-Holstein selbst schrieb. Seit 1903 ist er an der Herausgabe der Schmollerschen Forschungen beteiligt.

23. *Werner Sombart.*

Werner Sombart (1863), 1906 Professor an der Handelshochschule in Berlin, schrieb ungezählte größere und kleinere Abhandlungen über Sozialismus, Arbeiterfrage und Arbeitsteilung. Hervorzuheben sind »Der moderne Kapitalismus« (1902), »Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert« (1903), »Sozialismus und soziale Bewegung« (1905), »Die Juden und das Wirtschaftsleben« (1911). Mit Jaffé und Max Weber zusammen gibt er das »Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik« heraus.

Wissenschaftlich wertvoll ist Sombarts Hinweis darauf, daß die Tendenz bestehe, jede Verwendung organischer Stoffe, welche nicht zu menschlichen Ernährungszwecken dienen, durch Verwendung anorganischer Stoffe zu ersetzen, ja daß diese Tendenz sogar soweit gehe, daß wir mehr und mehr dem Boden überhaupt nur noch solche organischen Stoffe abzurufen suchten, die der Ernährung dienen, und daß wir solche organischen Stoffe, die nur anderen Zwecken zu dienen fähig sind, überhaupt nicht mehr zu gewinnen trachteten und sie durch anorganische Stoffe zu ersetzen suchten. Dadurch werde neben der steigenden Expansion und der steigenden Intensität des Bodenanbaus noch eine sehr starke Vergrößerung des natürlichen Nahrungsmittelspielraums möglich sein.

24. *Wilhelm Stieda.*

Wilhelm Stieda (1852), 1879 Professor in Dorpat, 1884 in Rostock, 1898 in Leipzig, schrieb außer statistischen und aktuellen und lokalen Arbeiten »Zur Entstehung des deutschen Zunftwesens« (1877), »Das Enquêtewesen in Frankreich« (1877 im 13. Bde. der Schriften des Vereins für Sozialpolitik), »Die Straßburger Tucher- und Weberzunft« (1879 zusammen mit Schmoller), »Die deutsche Hausindustrie« (1889 im 39. Bde. der Schriften des Vereins für Sozialpolitik), »Das Gewerbegericht« (1890), »Hansisch Venetianische Handelsbeziehungen im 15. Jahrhundert« (1894), »Der Befähigungsnachweis« (1895), »Arbeiterorganisation« (1898 als Bericht über die Verhandlungen des evangelisch-sozialen Kongresses), »Die Anfänge der Porzellanfabrikation auf dem Thüringerwald« (1902), »Über die Quellen der Handelsstatistik im Mittelalter« (1903), »Die Nationalökonomie als Universitätswissenschaft« (1906). Er besorgte 1899 eine neue Ausgabe des 3. Bdes. des Roscherschen Systems der politischen Ökonomie und gibt seit 1901 volkswirtschaftliche und wirtschaftsgeschichtliche Abhandlungen heraus.

§ 97. Weitere erwähnenswerte Vertreter der historischen Schule.

1. **Franz Adickes.** Sein Hauptarbeitsgebiet ist kommunale Sozialpolitik.
2. **Georg Adler** (1863—1908). Seine Hauptarbeitsgebiete waren die sozialistische Bewegung, die Arbeiterfrage und die soziale Frage. Von historischen Arbeiten schrieb er »Die Fleischnahrungspolitik der deutschen Städte beim Ausgange des Mittelalters« (1893) und »Die Epochen der deutschen Handwerkerpolitik« (1903).
3. **Paul Aschrott**, von Beruf Jurist, schrieb er auf dem Gebiete der Volkswirtschaft über Armenwesen, Wohnungsfrage, kommunale Verkehrsfragen, Erziehungs-

fragen, Arbeiterversicherung im Auslande und endlich die amerikanischen Trusts.

4. **Stephan Bauer** schrieb hauptsächlich über die industrielle Arbeiterfrage, gibt seit 1897 die »Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte« und als deren Ergänzungen die »sozialgeschichtlichen Forschungen« heraus.

5. **Franz Berghoff-Ising** schrieb »Staatliches Erbrecht und Erbschaftssteuer« (1885), »Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Pachtwesens« (1887), »Die historisch-ethische Richtung in der Nationalökonomie« (1889), »Fortschritt und Armut« (1892), »Die sozialistische Bewegung in der Schweiz« (1895), »Aufgabe und Methode der Volkswirtschaftslehre« (1898), außerdem in Schmollers Jahrbuch Aufsätze über die Arbeiterfrage.

6. **Ludwig Bernhard** erregte durch Aufsätze über die Polenfrage die Aufmerksamkeit der Regierung und wurde infolgedessen trotz des heftigsten Widerspruches der Fakultät in sehr jungem Alter vierter ordentlicher Professor der Volkswirtschaft an der Berliner Universität.

7. **Magnus Biermer** (1861), 1898 Professor in Greifswald, 1900 in Gießen, schrieb »Währungsfrage« (1896), »Die deutsche Handelspolitik des neunzehnten Jahrhunderts« (1899), »Die deutsche Geldverfassung« (1908), veröffentlichte eine »Sammlung nationalökonomischer Aufsätze und Vorträge«.

8. **Victor Böhmert**. Seine Hauptarbeitsgebiete waren Arbeiterwohlfahrts-einrichtungen, Lohnfrage und Gewinnbeteiligung, Armenwesen und Statistik. Von 1873—1895 gab er den »Arbeiterfreund«, die Zeitschrift des Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, heraus.

9. **Walter Claaßen** schrieb »Schweizer Bauernpolitik im Zeitalter Ulrich Zwinglis« (1899 im 4. Hefte der sozialgeschichtlichen Forschungen), »Die soziale Berufsgliederung des deutschen Volkes« (1904 im 23. Bde. der Schmollerschen Forschungen), »Die deutsche Landwirtschaft« (1905).

10. **Paul Dehn** schrieb über Außenhandel, Warengeschäfte, Zweigggeschäfte und Mittelstandsfragen.

11. **Karl Diehl** (1864), 1898 Professor in Rostock, 1899 in Königsberg, 1908 in Freiburg, schrieb über Geschichte des Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus.

12. **Ehrenberg** (1857), 1899 Professor in Rostock, schrieb über Handel und Handelsgeschichte, die Geschichte großer Kaufmannsfamilien der Vergangenheit und der Gegenwart, Arbeitsvermittlung und die landwirtschaftliche Arbeiterfrage und gibt seit 1906 das »Thünenarchiv« heraus. Er ist ein fleißiger, aber wenig wissenschaftlicher Arbeiter.

13. **Ludwig Elster** (1856), 1887 Professor in Breslau, 1897 ins preußische Kultusministerium berufen, schrieb über Versicherungs- und Sparkassenwesen und gibt das sehr gut redigierte »Wörterbuch der Volkswirtschaftslehre« heraus.

14. **Franz Eulenburg** schrieb über Stadtgeschichte, kommunale Sozialpolitik, Lohnfragen und Sozialphilosophie.

15. **Kuno Franckenstein** schrieb »Bevölkerung und Hausindustrie Thüringens« (1890 im 2. Bd. der Neumannschen Sammlung »Beiträge zur Geschichte der Bevölkerung Deutschlands«), »Ländliche Arbeiterverhältnisse« (1892 im 54. Bde. der Schriften des Vereins für Sozialpolitik), begründete das »Hand- und Lehrbuch der Staatswissenschaften«, ein Sammelwerk, in welchem jeder Band nur von einem Gelehrten geschrieben ist, begründete ferner die bald wieder eingegangene Vierteljahrsschrift für Staats- und Volkswirtschaft,

für Literatur und Geschichte der Staatswissenschaften und gab einige Bücher Lehrs neu heraus.

16. **Johannes Fuchs** (1865), 1893 Professor in Greifswald, 1897 in Freiburg, 1908 in Tübingen, schrieb »Der Untergang des Bauernstandes und das Aufkommen der Gutsherrschaften« (1888), »Die Handelspolitik Englands und seiner Kolonien in den letzten Jahrzehnten« (1893 im 57. Bde. des Vereins für Sozialpolitik), »Zur Wohnungsfrage« (1904), »Die Entwicklung und allgemeine Bedeutung der Gemeindebetriebe und ihr Verhältnis zu den Privatbetrieben« (1910 im 128. Bde. der Schriften des Vereins für Sozialpolitik).

17. **Josef Goldstein** schrieb außer vielen Aufsätzen in Zeitschriften, kleineren Monographien und Arbeiten über aktuelle Themata mehrere größere Arbeiten über die französische Bevölkerungsfrage, über Berufsstatistik und über Gewerbepolitik.

18. **Eberhard Gothein** (1853), 1890 Professor in Bern, 1903 in Heidelberg, schrieb zahlreiche Arbeiten auf dem Gebiete der Kultur- und Wirtschaftsgeschichte.

19. **Karl Grünberg** (1861), 1909 Professor in Wien, schrieb »Die Bauernbefreiung in Böhmen und Mähren« (2 Bde. 1893/94).

20. **Bernhard Harms** (1876), 1906 Professor an der landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim, 1906 in Jena, 1908 in Kiel, schrieb »Praktische Maßnahmen zur Erleichterung und Verbilligung der Ernährung des Volkes« (1895 im 7. Heft der Schriften der Zentralstelle für Arbeitswohlfahrteinrichtungen), »Fürsorge für die Familie von Anstaltspfleglingen« (1903 ebenda im 22. Bde.), »Entwicklungsgeschichte der deutschen Buchbinderei« (1902), »Deutsche Arbeitskammern« (1904). Seit 1910 gibt er die »Probleme der Weltwirtschaft« heraus.

21. **Wilhelm Hasbach** (1849), 1893 Professor in Kiel, schrieb »Das englische Arbeiterversicherungswesen« (1883 im 5. Bde. von Schmollers Forschungen), »Die allgemeinen philosophischen Grundlagen der von François Quesnay und Adam Smith« begründeten politischen Ökonomie (1888 im 10. Bde. von Schmollers Forschungen), »Untersuchungen über Adam Smith« (1891), »Die englischen Landarbeiter in den letzten 100 Jahren« (1894 im 54. Bde. der Schriften des Vereins für Sozialpolitik).

22. **Max Haushofer** (1840), 1868 Professor an der technischen Hochschule in München, schrieb außer zahlreichen praktischen Anweisungs- und Belehrungsbüchern »Der landwirtschaftliche Kredit« (1864), »Die Zukunft der Arbeit« (1866), »Lehr- und Handbuch der Statistik« (1872), Grundzüge des Eisenbahnwesens« (1873), »Der Existenzkampf des Kleingewerbes« (1885), »Der moderne Sozialismus« (1896), »Bevölkerungslehre« (1903).

23. **Adolf Held** (1844—1880), 1872 Professor in Bonn, 1880 in Berlin, stand in seinen politischen Anschauungen Adolph Wagner ganz außerordentlich nahe und wurde hauptsächlich auf jenes Betreiben nach Berlin berufen. Er schrieb »Careys Socialwissenschaft und das Merkantilssystem« (1866), »Grundriß für Vorlesungen über Nationalökonomie« (1873), »Socialismus, Socialdemokratie und Socialpolitik« (1878), »Zwei Bücher zur socialen Geschichte Englands« (1881 von Georg Knapp herausgegeben).

24. **Heinrich Herkner** (1863), 1892 Professor an der technischen Hochschule in Karlsruhe, 1898 an der Universität Zürich, 1907 an der technischen Hochschule in Charlottenburg, schrieb »Die oberelsässische Baumwollenindustrie und ihre Arbeiter« (1887 im 4. Heft der Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Straßburg), »Die sociale Reform als Gebot des wirtschaft-

lichen Fortschritts« (1881), »Die Arbeiterfrage« (1894) und außerdem zahlreiche Abhandlungen in wissenschaftlichen Zeitschriften.

25. **F. C. Huber** schrieb »Das Submissionswesen« (1885), »Die Organisation des Kleinbetriebes« (1892), »Die Entwicklung des modernen Verkehrs« (1893), »Deutschland als Industriestaat« (1901), »Auf dem Wege zur Eisenbahngemeinschaft« (1902), »Die Kartelle« (1903), »Das Agrarproblem und die Weltwirtschaft« (1904), »Fünfzig Jahre deutschen Wirtschaftslebens« (1906).

26. **Edgar Jaffé** schrieb über Hausindustrien und Bankwesen, gibt zusammen mit Sombart und Max Weber das Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik.

27. **Ignatz Jastrow**, ursprünglich Historiker, wo er Bedeutenderes leistete, hat er auf dem Gebiete der Volkswirtschaftslehre nur Anleitungsbücher und Aufsätze über aktuelle Themata geschrieben.

28. **Franz Iwolf** schrieb zahlreiche Aufsätze über die Vergangenheit und Gegenwart Steiermarks, dazu über Handel und Verkehr, Geld- und Bankwesen.

29. **Richard von Kaufmann** schrieb außer bedeutenden Arbeiten auf dem Gebiete der Finanzwissenschaft und zahlreichen Aufsätzen für Zeitschriften »Die Lage der preussischen Landwirtschaft« (1878), »Preußens landwirtschaftliche Verwaltung« (1878), »Die Zuckerindustrie in ihrer wirtschaftlichen und steuerfiskalischen Bedeutung« (1878), »Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen in den Staaten Europas« (1879), »Die Reform der Handels- und Gewerbekammern« (1883), »Die Eisenbahnpolitik Frankreichs« (2 Bde. 1896).

30. **Friedrich Kleinwächter** (1838), 1872 Professor am Polytechnikum zu Riga, 1875 zu Czernowit, schrieb »Die Nationalökonomie als Wissenschaft und ihre Stellung zu den übrigen Disciplinen« (1883), »Die Kartelle« (1883), »Die Grundlagen und Ziele des sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus« (1895), »Die Staatsromane« (1891), »Das Einkommen und seine Verteilung« (1896), »Lehrbuch der Nationalökonomie« (1902) und viele kleinere und größere aktuelle Arbeiten.

31. **Karl Köhne** schrieb über Stadtgeschichte und Gewerberecht.

32. **Emanuel Leser** schrieb über die Geschichte der Volkswirtschaftslehre und Bankfragen.

33. **Ernst Levy von Halle** schrieb über Handels- und Kolonialpolitik.

34. **Robert Liefmann** schrieb über Unternehmervverbände, Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften und Hausindustrien.

35. **H. Losch** schrieb über Berufs- und Einkommensfragen und ländliche Arbeiterverhältnisse. Sein Hauptarbeitsgebiet ist jedoch die Statistik.

36. **R. E. May** schrieb zahlreiche Aufsätze in Schmollers Jahrbuch und »Die Wirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft« (1901), »Die Grundgesetze der Wirtschaftskrisen« (1902).

37. **Georg von Mayr** (1841), 1868 a. o. Professor in München, dazu 1869 Direktor des bayrischen statistischen Bureaus, zu beiden 1872 Ministerialdirektor im Ministerium des Innern und bayrischer Vertreter im Bundesrat, 1879 kaiserlicher Unterstaatssekretär für das Reichsland, 1887 zur Verfügung gestellt, 1891 in Straßburg habilitiert, 1898 ordentlicher Professor in München. Sein Hauptarbeitsgebiet ist die Statistik. Seit 1890 gibt er das allgemeine statistische Archiv heraus. Er schrieb über aktuelle Fragen zahlreiche Aufsätze und außerdem »Die Pflicht im Wirtschaftsleben« (1900), »Grundriß zu den Vorlesungen über praktische Nationalökonomie« (1900), »Begriff und Gliederung der Staatswissenschaften« (1900).

Fridrichowicz, Grundriß einer Geschichte der Volkswirtschaftslehre.

38. **Ernst Mischler** (1857), 1897 Professor in Graz, betätigte sich hauptsächlich auf dem Gebiete der Statistik, der Finanzwissenschaft und der Armenpflege.
39. **Franz Xaver Freiherr von Myrbach-Rheinfeld** (1850), 1900 Professor in Innsbruck, betätigte sich auf dem Gebiete der Steuerlehre, der öffentlichen Privatbetriebe und der Währungsfrage.
40. **Erwin Nasse** (1829—1890), 1856 Professor in Basel, 1856 in Rostock, 1860 in Bonn, schrieb über Agrarwesen, Geld- und Bankwesen und Finanzfragen.
41. **Clamor Neuburg** schrieb über Geschichte des Handwerks, des Bergbaus, der Städteentwicklung und über aktuelle Fragen und bearbeitete Lehrs Lehrbuch der politischen Ökonomie neu.
42. **Karl Oldenburg** (1864), 1902 Professor in Greifswald, schrieb über Nihilismus und Sozialdemokratie, über Agrarfragen und über handelspolitische Fragen.
43. **August Oncken** (1844—1911), 1878 Professor in Bern; sein Hauptarbeitsgebiet war die Geschichte der Nationalökonomie, daneben Statistik.
44. **Hermann Paasche** (1851), 1879 Professor am Polytechnikum in Aachen, 1879 in Rostock, 1884 in Marburg, 1897 an der technischen Hochschule in Berlin, 1909 emeritiert, seit 1881 Mitglied des Reichstages, dessen zweiter Präsident er vorübergehend war und gegenwärtig wieder ist, seit 1893 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses. Seine Arbeiten bewegen sich auf dem Gebiete der Wertschwankungen des Geldes, der Zuckerindustrie, des Zuckerhandels und der Kolonialpolitik.
45. **Julius Pierstorff** (1851), 1883 Professor in Jena, schrieb außer vielen kleinen Aufsätzen und Monographien über die Frauenfrage und die Lage des Handwerks, »Die Lehre vom Unternehmervergewinn« (1875), »Die Lage des Handwerks in Jena« (1897 im 70. Bde. der Schriften des Vereins für Sozialpolitik). Seit 1893 gibt er die Abhandlungen des Seminars zu Jena heraus.
46. **Ludwig Pohle** schrieb außer zahlreichen Arbeiten über die Auswanderungspolitik, die Kartellfrage, die Frauenfrage und den Kleinhandel, »Deutschland am Scheidewege« (1902), »Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens« (1904), »Bevölkerungsbewegung, Kapitalbildung und Wirtschaftskrisen« (1911).
47. **Karl Rathgen** (1856), 1895 Professor in Marburg, 1900 in Heidelberg, 1907 an dem Kolonialinstitut in Hamburg, schrieb zahlreiche Arbeiten über Japan, das Kolonialwesen und das Genossenschaftswesen.
48. **Georg Ruhland**, »wissenschaftlicher Beirat des Bundes der Landwirte«, schrieb »System der politischen Ökonomie« (3 Bde. 1903—1908).
49. **Wilhelm Seelig** (1821—1906), 1853 Professor in Freiburg, 1854 in Kiel, bearbeitete die Agrargeschichte und Agrarpolitik.
50. **Eugen Schwiedland** (1863), 1904 Professor an der technischen Hochschule in Wien, schrieb außer zahlreichen Aufsätzen in Zeitschriften »Das Kleingewerbe und die Hausindustrie in Österreich« (2 Bde. 1894), »Über den Einfluß der Gewerbefreiheit auf die Lage des Kleingewerbes« (1895), »Eine vorgeschriebene Fabrikgesetzgebung« (1897, Darstellung der Fabrikgesetzgebung Neu-Seelands), »Ziele und Wege einer Heimarbeitsgesetzgebung« (1889, zweite sehr erweiterte Auflage 1903), »Das Hausiergewerbe in Österreich (1899 im 82. Bde. der Schriften des Vereins für Sozialpolitik), »Die gewerblichen Betriebsformen in Österreich« (1900), »Psychologische Grundlagen der Wirtschaft« (1905), »Einleitung in die Agrarpolitik« (1906), »Das böhmische Schleiferland« (1907), »Einführung in die Volkswirtschaftslehre« (1908, zweite, sehr erweiterte Auflage 1910).
51. **Isidor Singer** schrieb »Untersuchungen über die sozialen Zustände in den Fabrikbezirken des nordöstlichen Böhmens« (1885),

»Die sozialen Verhältnisse Ostasiens« (1888), »Soziale Wanderungen« (1889).

51. **Ludwig Sinzheimer** schrieb »Über die Grenzen der Weiterbildung des fabrikmäßigen Großbetriebes in Deutschland« (1893), »Der Londoner Grafschaftsrat, ein Beitrag zur städtischen Sozialreform« (1900), »Die Arbeiterwohnungsfrage« (1902), »Über die Stellung der oberen Klassen und der Wissenschaft zu den Gewerkschaften« (1902). Seit 1903 beschäftigt ihn ausschließlich das Grenzgebiet der Technik und Volkswirtschaft. Er gibt die »Technisch-volkswirtschaftlichen Monographien« heraus.

52. **Oscar Stilling** schrieb »Die englische Agrarkrisis« (1899), »Die Spielwarenhausindustrie des Mainzer Oberlandes« (1899), »Die Lage der weiblichen Dienstboten in Berlin« (1902), ein von Übertreibungen und einseitigen Auffassungen strotzendes Buch, »Eisen- und Stahlindustrie« (1904), »Stein- und Kohlenindustrie« (1906), »Geld- und Bankwesen« (1907),

54. **Rudolf Stolzmann** ist hier mit nur zwei, aber sehr bedeutenden Arbeiten zu nennen, nämlich »Die soziale Kategorie in der Volkswirtschaftslehre« (1897) und »Der Zweck in der Volkswirtschaft« (1909).

55. **Arthur von Studnitz** schrieb über die Währungsfrage, die nordamerikanische Arbeiterfrage, Unfallstatistik und Binnenschiffahrt.

56. **Walter Troeltsch** (1866), 1899 Professor an der technischen Hochschule in Karlsruhe, 1902 in Marburg, schrieb außer zahlreichen Arbeiten in Zeitschriften »Studien zur Gewerbe und Sozialgeschichte Alt-Württembergs« (1897), »Über die neuesten Voraussetzungen im deutschen Wirtschaftsleben« (1899), »Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften« (1905).

55. **Otto Trüdinger** schrieb außer zahlreichen Arbeiten und Aufsätzen über die Handwerkerfrage, das Hausiergewerbe, kommunales Finanzwesen und württembergische Specialia »Die Arbeiterwohnungsfrage« (1888).

58. **Karl Umpfenbach** (1832), 1864 Professor in Würzburg, 1873 in Königsberg, 1899 emeritiert und in seine Vaterstadt Gießen übergesiedelt. Sein Hauptarbeitsgebiet war die Finanzwissenschaft. Auf volkswirtschaftlichem Gebiet schrieb er »Das Wesen des Geldes« (1856), »Die Volkswirtschaftslehre oder Nationalökonomik« (1867), »Des Volkes Erbe« (1874), »Das Kapital in seiner Kulturbedeutung« (1879), »Die Altersversorgung und der Staatssozialismus« (1883).

59. **Heinrich Waentig** (1870), 1899 Professor in Greifswald, 1904 in Münster, 1904 in Halle, schrieb »Auguste Comte« (1894), »Gewerbliche Mittelstandspolitik« (1898); seit 1903 gibt er die »Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister« heraus.

58. **Otto Warschauer** schrieb über Föderalismus, Sozialismus, Aktienwesen, Bankwesen und Lotteriefragen.

59. **Adolf Weber** schrieb über Bankwesen, Wohnungsfragen und Kapitalismus und Sozialismus.

60. **Alfred Weber**, Bruder des Folgenden, (1870) wurde 1903 mit dessen Vertretung betraut und 1904, nachdem sein Bruder wegen hartnäckiger Krankheit die Professur niedergelegt hatte, zu dessen Nachfolger gewählt und bestätigt. An größeren nationalökonomischen Arbeiten hatte er bis dahin nur verfaßt »Die Hausindustrie der Frauen in Berlin« (1899 im 86. Bde. der Schriften des Vereins für Sozialpolitik). Erst zehn Jahre später veröffentlichte er »Über den Standort der Industrien« (1909).

61. **Max Weber** (1864), zuerst Handelsrechtler und als solcher promoviert, habilitiert und zum a. o. Professor ernannt, wird er plötzlich 1894 in Freiburg zum Professor für Volkswirtschaftslehre ernannt und erhält drei Jahre darauf 1897 einen Ruf nach Heidelberg; 1903 erkrankt er schwer und legt 1904 die Professur nieder. Er schrieb »Zur Geschichte der Handelsgesellschaften im Mittelalter« (1889), »Römische Agrargeschichte« (1891), »Die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland« (1892 im 55. Bde. der Schriften des Vereins für Sozialpolitik), »Die ländliche Arbeiterverfassung« (1893 ebenda im 58. Bde.) »Die Landarbeiter in den evangelischen Gebieten Norddeutschlands« (1899). Mit Jaffé und Sombart zusammen gibt er das »Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik« heraus. Sein Standpunkt ist dem Brentanoschen sehr ähnlich.

62. **Johannes Wernicke** schrieb außer zahlreichen Aufsätzen in den Conradschen Jahrbüchern und statistischen Arbeiten »Nationale Schutzpolitik« (1896), »Der objektive Wert und Preis« (1896), »Kapitalismus und Mittelstandspolitik« (1907), »Der Kampf um den wirtschaftlichen Fortschritt« (1910).

63. **Kurt Wiedenfeld** (1871), 1903 Professor an der kgl. Akademie in Posen, 1904 an der Handelshochschule in Köln, schrieb über Börse, Schifffahrt, Eisenbahnverkehr und Getreidehandel.

64. **Friedrich Zahns** Arbeiten fallen in das Gebiet der Statistik, der Finanzwissenschaft, der Arbeiterversicherung und der Sozialpolitik.

65. **Alfred Zimmermann** schrieb außer großen und sehr verdienstvollen Werken über die Kolonialpolitik — seit 1893 gibt er die »Kolonialgesetzgebung«, seit 1894 die »Kolonialgeschichtlichen Studien« heraus — und außer zahlreichen Aufsätzen in Zeitschriften »Blüte und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien« (1885), »Geschichte der preußisch-deutschen Handelspolitik« (1892), »Weltpolitisches« (1901).

66. **Rudolf Zimmermann** schrieb über Bevölkerungsstatistik, Armenwesen, Hausiergewerbe, Sparkassenwesen und Braunschweiger Spezialia.

67. **Otto von Zwienedeck-Südenhorst** (1871), 1902 Professor an der technischen Hochschule in Karlsruhe, schrieb außer zahlreichen Aufsätzen in Zeitschriften und in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik und kleineren Monographien »Lohnpolitik und Lohntheorie« (1899), »Sozialpolitik« (1911).

¹ Als weitere Vertreter der deutschen historischen Schule in der Gegenwart oder jüngsten Vergangenheit wären noch zu nennen **Biermann** mit Arbeiten aus dem Gebiete der Geschichte der Volkswirtschaftslehre, unter denen besonders zu nennen wäre »Staat und Wirtschaft« Bd. 1 bis zu Adam Smith; ebenfalls auf dem Gebiete der Geschichte der Volkswirtschaftslehre liegt die Hauptarbeit von **Gertrud Bäumer** »Die soziale Idee« 1910, die außerdem eine Rolle in der Frauenbewegung spielt. Auf dem Gebiete der Agrarpolitik ist mit zahlreichen kleineren und größeren Aufsätzen und Monographien vertreten **Heinrich Dade**. 1903 gab er neu bearbeitet den 2. Bd. von Roschers System der Volkswirtschaft heraus, der die Agrarpolitik behandelt; auch ist er Herausgeber der Zeitschrift für Agrarpolitik. Auf dem Gebiete der Agrargeschichte und der beschreibenden Agrarwissenschaft hat Tüchtiges auch **Friedrich Großmann** geleistet. Auf dem Gebiete der Handwerkerfrage ist zu nennen **Thilo Hampke**, auf dem Gebiete des Handwerks und des Hausiergewerbes **Eugen Nübling** der außerdem die Vorgeschichte Ulms sehr eingehend bearbeitet hat, auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung **Schmöle** mit einem Werke »Die sozialdemokratischen Gewerk-

§ 98. Die historische Schule in Italien.

In Italien kann man nicht weniger als vier Richtungen in der historischen Schule unterscheiden. Am weitesten kommt der exakten Forschungsmethode entgegen die **Nazzanische** Richtung, daran schließt sich die **Cossasche** (vergl. § 47, No. 2), dann die **Loriasche** und endlich die **Schiaterellasche**.

1. Die Nazzanische Richtung.

Nazzani vertritt in seinem »Saggi di economia politica« (1881) und in seinem »Sunto di economia politica« (1882) zwar den historischen Standpunkt, neigt aber derartig stark zur deduktiven Methode, daß er hart an der Grenze der beiden Forschungsmethoden steht und man denen nicht ganz unrecht geben kann, die ihn wie **Ingram** der exakten Schule zurechnen oder wie **Schullern-Schrattenhofen** doch von ihm sagen, daß es dem Literarhistoriker bei vielen Äußerungen von ihm schwer falle, ihn noch zu den Anhängern der historischen, empirischen Schule zu rechnen. Im Gegensatz dazu finden sich dann aber wieder Äußerungen, wie z. B. die, daß auch die Grundlehren und Grundbegriffe der theoretischen Volkswirtschaftslehre historischen Wandlungen unterworfen seien, die ihn als ausgesprochenen Historiker erscheinen lassen.

Denselben Standpunkt wie **Nazzani** nimmt **Alessio** mit seinen »**Alcuni criteri propri**« (ohne Jahr) ein. Den Übergang von **Nazzani** zu **Cossa** bildet **Tedele Lampertico**, ursprünglich ein Schüler **Messedaglias**, der ein großes umfassendes Werk »**Economia dei popoli e degli stati**« (1874—1889) veröffentlichte.

2. Die Cossasche Richtung.

Luigi Cossa (1831—1896), 1860 Professor in Pavia, gilt den Italienern selbst als ihr größter Nationalökonom und hatte auch auf die Entwicklung der Nationalökonomie in Italien einen ganz ungemainen Einfluß. Seine Schule ist aber trotzdem nicht die größte. Auf demselben Standpunkt wie **Luigi Cossa** stehen **Emilio Cossa** mit

schaften in Deutschland« (2 Bde. 1896 und 1898). Verschiedene Seiten der Arbeiterfrage hat der jüngst verstorbene Direktor des statistischen Bureaus der Stadt Berlin **Hirschberg** beleuchtet, so die Frage der Arbeiterversicherung und der Armenpflege. Sein Hauptwerk auf diesem Gebiet war »**Die soziale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin**« (1897). Außerdem veröffentlichte er zahlreiche statistische Arbeiten. Auf dem Gebiete der Kolonialpolitik und des auswärtigen Handels betätigte sich **Hübbe Schleiden**. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung behandelten **Mentor Bouncatian** in »**Studien zur Theorie und Geschichte der Wirtschaftskrisen**« (1908) und **Waldemar Mitscherlich** in »**Der wirtschaftliche Fortschritt**« (1910). Endlich wären noch zu nennen **Kollmann**, **Sievekink** und **Spiethoff**, obwohl sie größere Monographien auf dem Gebiete der Volkswirtschaftslehre überhaupt nicht veröffentlicht haben sondern nur kleinere Monographien oder Aufsätze in Zeitschriften und Sammelwerken und zwar der erste ausschließlich in dem Schmollerschen Jahrbuch.

seinem Werke »Le forme naturali della economia sociale« (1899) und seiner Abhandlung über die Konflikte und Bündnisse zwischen Kapital und Arbeit, **Ulisse Gobbi** mit seinem »Compendio di economia politica« (1887) und **Augusto Graziani** mit dem Werk »Sulla teoria generale del profitto« (1887), mit seinem 1904 erschienenen Handbuch der Volkswirtschaftslehre, in dem er aber auch einem sachlich und methodologisch abweichenden Standpunkte gerecht zu werden sich bemüht, mit seinen Untersuchungen über den volkswirtschaftlichen Einfluß der Maschinen, über den Lohn, über die Wertbestimmungsgründe und über anderes mehr. Unter Cossas Schülern ist er unzweifelhaft der bedeutendste. Im Cossaschen Sinne gehalten sind endlich die 1901 erschienenen Untersuchungen von **Sannaccone** über die Produktionskosten.

3. Die Loriasche Richtung.

Loria steht auf ganz entschieden historischem Boden, jedoch nicht in dem Sinne der neuen deutschen historischen Schule sondern in dem Sinne von Roscher, Knies und Hildebrand. Seine Untersuchungen über Grundrente und Kapitalgewinn sind ganz nach der Art von Knies' Untersuchungen über das Geld. Den Wandlungen des Begriffes selbst geht er auch in dem Werke nach »La teoria del valore negli economia politica« (1882). Erwähnenswert ist als Bekenntnisschrift ein Aufsatz von ihm »La Storia nella Scienza economia«. In diesem präzisiert er seinen Standpunkt selbst in der folgenden Weise. Es seien die historisch aufeinander folgenden Wirtschaftsstadien zu beschreiben, aus jedem durch ein Zusammenarbeiten von Deduktion und Induktion die ein jedes beherrschenden und nur für jedes gültigen Wirtschaftsgesetze zu erforschen. Über allen diesen Gesetzen stehe ein einziges für alle Zeiten gültiges, das der Entwicklung, welches die Aufeinanderfolge der verschiedensten historischen Gesetze bestimme. Dagegen wendet er sich entschieden gegen die Identifizierung von Volkswirtschaftslehre mit Wirtschaftsgeschichte und mit dem Ansammeln empirischen Materials. Verschiedene Arbeiten der neuen deutschen Schule, die in diesem Sinne gehalten sind, werden von ihm durchgehehelt. Dagegen weist er seine Schüler immer und immer wieder auf die jüngste Entwicklung der Volkswirtschaft und auf die Erforschung der Gegenwart als den wichtigsten Teil der politischen Ökonomie hin. In diesem Sinne sind denn auch alle Arbeiten seiner überaus zahlreichen Schule gehalten.

Ganz in derselben Weise wie Loria vertritt den historischen Standpunkt **Leone Wollenborg** mit seinem Werk »Interno al costo relativo di produzione cune norma par la determinazione del valore« (1882). Der dritte große Begründer der gemäßigt historischen Schule in Italien ist **Vito Cutumano**, von dem drei große Werke hier zu nennen sind, nämlich »Dell' economia politica nel medio avo« (1876), »Le scuole economiche della Germania in rapporto alla questione sociale« (1875) und »Sulla condizione attuale degli studi economici in Germania« (1873). Von kleineren Arbeiten, die der Erforschung der Gegenwart oder der jüngsten Vergangenheit dienen, sind hier zu nennen **Tivaroni**: »Die Korrektive der heutigen Reichthumsverteilung« (1903), **Graziadei**: »Die Preise bei freier Konkurrenz und bei Kartellbildung« (1903), **Eniaudi**: »Die

Bergwerksrente« (1900) und »Die Besiedelung Argentiniens durch Italien« (1900), **Coletti**: »Der statistische Wert der Ziffern des Welthandels« (1904), **Tombesi**: »Die italienische Baumwollenindustrie am Ende des 19. Jahrhunderts« (1902), **Contento**: »Arbeiterschutzesetzgebung« (1901), **Lorenzoni**: »Das Genossenschaftswesen in Deutschland« (1902), **Cosatini**: »Die Wanderarbeiter« (1903), **Fannio**: »Kurze Skizzen über die britische Kolonisation«, in der die Gründe der ungemein umfangreichen und schnell sich vollziehenden Ausdehnung der englischen Nation über den ganzen Erdball untersucht werden, **Sabbatini**: »Unsere Exporte« (1903) und »Die italienische Ausfuhr nach Zentraleuropa« (1904), **Giglioli T. Malessere**: »Agrario e alimentare in Italia« (1905).

4. Die Schiaterellasche Richtung.

Noch entschiedenere Vertreter der historischen Richtung als Loria mehr im Sinne der neuen deutschen historischen Schule sind **R. Schiaterella** mit »De metodo in ecomia sociale« (1875), **S. Cagnetti de Martiis** mit »Delle attinenze tra l'economia sociale e la storia« (1865), **De Viti** mit einer Geschichte der Banken, die auf sehr fleißigen Untersuchungen beruht, aber ein verknöchertes Resultat liefert, **Lo Re** mit einer Geschichte der italienischen Landwirtschaft (1902) und »Die traurige Capitanata« (1896). Im allgemeinen hat diese Richtung in der italienischen Nationalökonomie nicht viel Anhang gefunden. Es wäre aber falsch, anzunehmen, daß die Wirtschaftsgeschichte damit in Italien nicht gepflegt würde. Sie wird gepflegt aber nicht von der Nationalökonomie sondern von der Geschichte. Während in Deutschland nämlich die Wirtschaftsgeschichte noch fast bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts um ihre Gleichberechtigung kämpfen mußte und noch heute verhältnismäßig sehr wenige Wirtschaftshistoriker eine ordentliche Professur für Geschichte bekleiden, hat in Italien unter dem Einfluß von Beloch, eines deutschen Gelehrten, der Deutschland hatte verlassen müssen, weil man ihm hier gewissermaßen die Existenzberechtigung absprach, die Wirtschaftsgeschichte auch in der offiziellen Geschichtswissenschaft früh und umfangreich Fuß gefaßt.

§ 99. Übersicht über die historische nationalökonomische Schule in Frankreich und Belgien.

Die bedeutendsten Vertreter der historischen nationalökonomischen Schule in Frankreich und Belgien sind:

1. Der Begründer **Paul Cauwès**,
2. **Frédéric Le Play** und seine Schule, nämlich
 - a) **E.-Cheysson**,
 - b) **Pierre du Maroussem**,
 - c) **Henri de Tourville**,
 - d) **Edmond Demolins**,
 - e) **Léon Poinsard**,
 - f) **Claudio Jannet**,
 - g) **Paul de Roussières**,
 - h) **Charles de Ribbe**,
 - i) **Eugène Rostand**,
3. **Charles Gide**,

4. **Paul Leroy Beaulieu** und seine Schule, nämlich

- a) Eugène d'Eichthal,
- b) Arthur Raffalovich,
- c) Raphaël-Georges Lèvy,
- d) Alfred Neymark,

5. **die Methodiker**

- a) Emile Worms,
- b) Maurice Bourgin,

6. **die Wirtschaftshistoriker**

- a) Levasseur,
- b) Germain Martin,
- c) Henri Baudrillart,

7. **Emile de Laveleye.**

Ad 1. *Cauwès.*

Erster Vertreter des historischen Standpunktes war in Frankreich mit seinem 1879 erschienenen »Précis d'économie politique« Paul Cauwès, ein eifriger Verfechter der Listschen Lehre. Im Verein mit Charles Gide begründete er 1887 die »Revue d'économie politique« zur Verbreitung des deutschen historischen Standpunktes. Nach Cauwès hat jede Volkswirtschaft und damit auch jede Volkswirtschaftslehre ihren nationalen und ihren historischen Charakter; Völker gleicher Kultur weisen zwar ähnliche, aber nie gleiche wirtschaftliche Erscheinungen auf und nie wird man aus den Erfahrungen anderer Länder auf das eigene Land Schlüsse ziehen dürfen, wenigstens nicht ohne sorgfältige Nachprüfung der Frage, ob die Verhältnisse des eigenen Landes denen des fremden wesentlich gleich sind. Immerhin wird man ähnliche Erscheinungen und ähnliche Entwicklungstendenzen wahrnehmen können. Als solche fast gesetzmäßigen gleichen Erscheinungen nennt Cauwès die Arbeitsteilung und Arbeitserlegung auf der einen, die Kombination der Produktion, den Güter- und Leistungsaustausch auf der anderen Seite. Cauwès steht auf dem Boden des Schutzes der nationalen Arbeit und der Sozialpolitik. Welche Aufgaben der Staat zu erfüllen habe, lasse sich nur national und historisch, nicht allgemein beantworten. Von Wagner hat Cauwès die Anschauung von den engen Beziehungen zwischen Recht und Volkswirtschaft entnommen. Freilich ist er von Haus aus Jurist gewesen und werden Vorlesungen über Volkswirtschaft in Frankreich stets in der juristischen Fakultät gelesen.

Zu dem Fehler der neueren historischen Schule Deutschlands, die Notwendigkeit der theoretischen Nationalökonomie ganz zu leugnen bzw. einen verwässerten Extrakt aus der praktischen statt dessen zu bieten, zeigt auch er sehr viel Neigung. Zum mindesten läßt ihn dieser Teil der Volkswirtschaftslehre so kühl, daß er hier seinen Hörern ein mit seinem übrigen Lehrsystem unvereinbares und auch in den einzelnen Teilen nicht übereinstimmendes Gemisch Bastiatscher, rein klassischer und österreichischer Schule vorträgt. Seine theoretische Nationalökonomie ist

darum reich an inneren Widersprüchen und der schwächste Teil seines im übrigen trefflichen Systems.

Ad 2. *Fédéric Le Play*.

Frédéric Le Play (1806–1882), berühmter Nationalökonom und Staatsmann, Begründer des sogenannten Le Playschen Systems, Begründer und erster Herausgeber der Zeitschrift »La Réforme Sociale«, eifriger Förderer der Arbeiterschutz- und Wohlfahrtspolitik, schrieb »Les ouvriers Européens« (6 Bde. 1855), »La réforme sociale en France« (2 Bde. 1864, in späteren Auflagen 3 Bde.), »L'organisation du Travail« (1870), »L'organisation de la Famille« (1870), »La constitution essentielle de l'humanité« (1879).

Le Play steht auf induktivem Boden. Zum Ausgangspunkt seiner Betrachtungen nimmt er die Familie, und Familienmonographien, die er auf fast dreißigjährigen Reisen durch Europa und die angrenzenden Teile Afrikas und Asiens sammelte, sind ihm darum die Hauptquellen für seine induktive Methode. Dabei ist aber seine Methode doch nicht die reiner wissenschaftlicher Voraussetzungslosigkeit. Die Grundlage seiner Betrachtung bildet vielmehr die katholische Lehre von der Erbsünde, die nur durch die vier katholischen Kardinaltugenden Enthaltensamkeit, Keuschheit, Werkmäßigkeit als Ausfluß wahren frommen Glaubens und Arbeitsfreudigkeit als Ausfluß wahren reinen Pflichtbewußtseins, bekämpft werden kann. Dabei muß bemerkt werden, daß Le Play zu den »starken« Charakteren gehört, »die sich vom Zweifel zu innerer Frömmigkeit durchgerungen haben«. Er geht von dem Satz aus, daß es wirtschaftliche Naturgesetze für den Menschen gebe, denen die menschlichen Gesellschaften sich zu unterwerfen gehalten seien, wenn sie nicht leiden sondern blühen wollen. Die wirtschaftlichen Naturgesetze müssen wir darum an den blühenden Völkern und den blühenden Volksteilen ergründen, denn ihr wirtschaftliches Tun und Treiben muß den wirtschaftlichen Naturgesetzen entsprechen, weil sie anders nicht blühen könnten. Um die wirtschaftlichen Naturgesetze bei solchen Völkern zu studieren, sucht er die Familienwirtschaften der arbeitenden Klassen solcher wirtschaftlich gesunden Völker gründlich kennen zu lernen. Das glaubt er am besten durch kommentierte Haushaltsbudgets solcher Familien erreichen zu können. Doch nicht nur in alle Einzelheiten des materiellen Lebens solcher Familien muß man einzudringen suchen, auch ihr geistiges Leben muß man zu ergründen bestrebt sein. Beschäftigt man

¹ Neben Cauwès hatte das größte Verdienst um die Einführung der historischen Methode in Frankreich **L. Wolowski** (1810–1876), ein in Frankreich naturalisierter Pole, der durch seine Übersetzung der beiden ersten Bände von Roschers System und die dazu geschriebene Einleitung (1875) noch kurz vor seinem Tode die Franzosen mit der neuen deutschen Richtung bekannt machte. Einen Namen in der Wissenschaft hatte er sich schon vorher durch Arbeiten über Geld- und Bankwesen und Finanzfragen gemacht. Von Adolph Wagner wird er sehr hoch eingeschätzt. In Geldfragen war er Bimetallist. Im übrigen aber war er weit mehr liberal als konservativ.

sich ferner erst näher mit dem ganzen Familienleben der arbeitenden Klassen, so wird man überall auf die »*autorités sociales*« stoßen, Lehrer, Geistliche, Gutsbesitzer, aber häufig auch einfache Angehörige der arbeitenden Klassen selbst, deren Rat in allen wichtigen Familienangelegenheiten eingeholt wird. Diese haben instinktiv die richtigen Naturgesetze erfaßt, bei ihnen kann man sie also am besten studieren. Das oben an erster Stelle genannte sechsbändige Werk »*Les ouvriers européens*« behandelt dreihundert solcher kommentierter Arbeiterbudgets, die Le Play auf seinen 27 Jahre währenden Reisen gesammelt hat. Auf ihnen baut er seine Sozialwissenschaft auf, die uns arbeitende Familien auf allen Kulturstufen zeigen soll. Dies ist für ihn auch das eigentliche Quellenstudium sozialer Entwicklung, da die historischen Überlieferungen viel zu dürftig und sporadisch seien, um aus ihnen soziale Entwicklungsgeschichte studieren zu können. Immerhin steht er ihr doch nicht so ablehnend gegenüber wie Leroy Beaulieu, auf den wir noch zurückkommen werden. Das Ergebnis seiner Untersuchungen hat Le Play zweimal zu ziehen versucht; er kommt dabei zu etwas verschiedenen Resultaten. Den ersten Versuch machte er in der Schrift »*La réforme sociale en France*«. Danach muß eine soziale Reform Frankreichs sich auf den folgenden 7 Grundlagen aufbauen: Religion, Eigentum, Familie, Arbeit, Genossenschaft, Patronage, sei es der Arbeitgeber, sei es der Grundherren, die, in welcher Form auch immer sein möge, großes, privates Grundeigentum in kleinen Losen ausgeben, sei es »*des autorités sociales*« und Staatsgewalt. In seiner letzten Hauptschrift »*Constitution essentielle de l'humanité*« führt Le Play dagegen aus: Eine menschliche Gesellschaft ist gesund und kann darum blühen und gedeihen, wenn sie auf der Familie aufgebaut ist und auf den folgenden 8 Grundlagen ruht, von denen die ersten 5 und die letzte sittlicher Natur, die beiden übrigen materieller Natur sind, nämlich 1. den zehn Geboten, 2. der Religion, 3. der väterlichen Autorität, 4. der staatlichen Autorität, 5. der Achtung vor den überkommenen Einrichtungen, 6. dem Gemeineigentum am Grund und Boden, 7. dem Privateigentum am Grund und Boden und 8. dem Patronage. Wir finden also Religion, väterliche Autorität, staatliche Autorität, Patronage und Eigentum, letzteres freilich in der zweiten Schrift in seine beiden Teile aufgelöst, in beiden; es fehlen im zweiten Hauptwerk aber die Arbeit und die Genossenschaft. Die Arbeit fehlt, weil sie nach Le Plays späterer Auffassung keine Grundlage der Familie ist sondern sich innerhalb der Gesellschaft von selbst ergibt, wenn sie auf den von ihm geforderten Grundlagen ruht, die Genossenschaft fehlt nur scheinbar; soll die Genossenschaft nämlich eine wahre Stufe der Gesellschaft sein, muß sie auf Patronage »*des autorités sociales*« aufgebaut sein, d. h. auf unbedingtem Vertrauen zu den Führern der Genossenschaft. Der Unterschied zwischen beiden Werken, der ersten

speziellen Anwendung seines Systems auf Frankreich und der allgemeinen Ziehung eines Fazits seines Systems im zweiten Werk, ist also nur ein solcher einer anderen logischen Gruppierung.

Die Le Playsche Schule.

In der Le Playschen Schule kann man drei Gruppen unterscheiden: 1. diejenigen, die das Arbeitsgebiet erweitert haben, unter welchen die bedeutendsten E. Cheysson und Pierre du Maroussem sind, 2. diejenigen, die die Methode vertieft haben, unter denen die bedeutendsten Henri de Trouville, Edmond Demolins und Léon Poincard sind, und 3. diejenigen, die die Le Playsche Methode oder die eines seiner Schüler für bestimmte Forschungen zur Anwendung gebracht haben, unter welchen die bedeutendsten Claudio Yannet, Paul de Roussiers, Charles Ribbe und Eugène Rostand sind.

Ad 2a. *E. Cheysson.*

E. Cheysson hat zunächst zu den 6 Bänden von Le Play einen statistischen Auszug und auf Grund dieses eine zusammenhängende Darstellung geliefert und auf Grund dieser Arbeit wiederum den Nachweis erbracht, wie das Le Playsche Material sich auch statistisch ausnutzen lasse. Insofern würde er zur zweiten Gruppe, d. h. zu den Vertiefern der Methode, gehören. Er hat aber auch das Arbeitsgebiet wesentlich erweitert, indem er in die Erforschung die Arbeitsstätten und die Landgemeinden hineinbezog, für die er selbstverständlich genötigt war, eine eigene Methode, die von der alten Le Playschen vielfach abwich, aufzustellen.

Ad 2b. *Pierre du Maroussem.*

Noch mehr als E. Cheysson hat Pierre du Maroussem das Arbeitsgebiet der Le Playschen Schule ausgedehnt. Er will Landschafts- und Großstadtmonographien geben. Diese sollen die Landschaften statistisch und allgemein beschreibend darstellen; daran sollen sich für jede der Landschaft bzw. der Großstadt typische Berufsart je drei Familien- und drei Arbeitsstättenmonographien reihen, und zwar je eine glückliche, eine unglückliche und eine mittlere. Damit läßt er freilich den ursprünglichen Zweck Le Plays, aus den glücklichen Familien die wirtschaftlichen Naturgesetze abzuleiten, ganz aus dem Auge und geht zur allgemeinen beschreibenden Darstellung über, die nicht mehr einen außer ihr selbst liegenden sondern den eigenen wissenschaftlichen Zweck verfolgt. Daran soll sich dann ferner eine Marktbeschreibung, eine allgemeine über den gesamten Tauschverkehr der Landschaft bzw. der Großstadt und eine spezielle über den bzw. die Hauptmärkte und die Börsen reihen. Auf diesen Landschafts- bzw. Großstadtdarstellungen sollen sich die allgemeinen Landesbeschreibungen aufbauen.

Ad 2c.. *Henri de Tourville.*

Henri de Tourville will in die Maroussemschen Großstadt-, Landschafts- und allgemeinen Landesbeschreibungen physikalische Untersuchungen über die Bodenformation, die Bodenbeschaffenheit und das

Klima sowie auch ethnologische Untersuchungen einflechten, um zu haltbaren Resultaten über den wirtschaftlichen Charakter der Rassen und Völker zu gelangen.

Ad 2d. *Edmond Demolins.*

Während Henri de Tourville selbst bei seinen Untersuchungen über den wirtschaftlichen Charakter der Rassen und Völker sich vor Übertreibungen und Generalisierungen zu hüten gewußt hat, treffen wir solche in starkem Maße bei seinem Schüler Edmond Demolins an, der sich andererseits aber ein Verdienst dadurch erwarb, daß er die Erziehungsfragen in den Kreis seiner Betrachtungen zog.

Ad 2e. *Léon Poinsard.*

Ein Schüler Demolins' ist Léon Poinsard, der wiederum Demolins' Eigenart übertreibt und das Charakteristische der Familien in der Erziehung sehen will, die sie den Kindern angedeihen lassen.

Ad 2f. *Claudio Jannet.*

Ein unklarer und unfähiger Kopf wollte der Le Playschen Lehre die theoretische Grundlage durch ein Gemisch von Klassizismus und wirtschaftlichem Katholizismus geben. Noch weniger glücklich war er in einem Reisebericht über die nord-amerikanische Union, als Romane und Katholik zeigte er für diese vorwiegend germanische und evangelische Nation keinerlei Verständnis.

Ad 2g. *Paul de Roussières.*

Paul de Roussières bereiste ebenfalls die Vereinigten Staaten und kam zu einem dem Jannetschen direkt entgegengesetzten Resultate.

Ad 2h. *Charles de Ribbe.*

Charles de Ribbe ist dadurch merkwürdig, daß er das Le Playsche System auf altes Urkundenmaterial anwandte, das, bis auf das fünfzehnte und sechszehnte Jahrhundert zurückreichend, er in Familienarchiven Südfrankreichs fand.

Ad 2i. *Eugène Rostand.*

Unter den Schülern Le Plays, die der dritten Gruppe angehören, ist der bedeutendste Eugène Rostand. Er will die soziale Frage auf dem Wege genossenschaftlicher (hauptsächlich durch Spar- und Darlehnskassen- und durch Konsumvereine) und gewerkschaftlicher Selbsthilfe gelöst sehen, und ist der Ansicht, daß im Sozialismus der Revisionismus schließlich siegen und die Sozialdemokratie sich zu einer auf dem Boden der Reformen stehenden Arbeiterpartei umgestalten werde. Im übrigen betont er das historische und das ethische Moment in der Volkswirtschaft.

Ad 3. *Charles Gide.*

Charles Gide ist unter allen französischen Nationalökonomern der Gegenwart unzweifelhaft der vielseitigste. Unter allen französischen Nationalökonomern kommt er Gustav Schmoller insofern am nächsten, als auch er die Volkswirtschaftslehre vom historischen und soziologischen Standpunkte aus betrachtet. Daneben aber hält er doch, wie so viele Vertreter der historischen Schule in Frankreich, an dem Glauben an

wirtschaftliche Naturgesetze fest. Ferner weicht er von Schmoller insofern ab, als er es für eine Aufgabe nicht nur der Volkswirtschaftspolitik sondern auch der Volkswirtschaftslehre hält, Ziele zu setzen — und zwar die Verwirklichung der Naturgesetze — und den Weg zu solchen Zielen zu weisen. Wie Le Play will er aber diese Naturgesetze nicht rationalistisch sondern auf dem Wege der Beobachtung zu ergründen suchen. Er glaubt sogar, diese Naturgesetze auf dem Wege der Empirie schon gefunden zu haben und auch den Weg zu ihrer Verwirklichung weisen zu können. Wenn man von Naturgesetzen spreche, so brauche man darum den Menschen doch noch nicht für willensfrei zu erklären. Die wirtschaftlichen Naturgesetze ergäben sich aus der Vernunft der Verhältnisse. Seine Wertlehre ist eine Kombination der Wertlehren der österreichischen und der klassischen Schule. Einerseits nämlich seien die Güter so viel wert, als sie Arbeit gekostet hätten, und andererseits ließe sich die Richtigkeit dieses Satzes durch die Grenznutzentheorie darlegen.

Die gegenseitige Abhängigkeit der Volksschichten und Berufe voneinander bedinge eine Interventionspolitik des Staates; denn ein Gehenlassen der Dinge führe nicht, wie Bastiat lehrte, zur Harmonie der Interessen sondern habe vielmehr erfahrungsgemäß den Effekt, daß ungesunde Tendenzen sich nun voll wirksam erweisen könnten. Der Mensch sei aber bei guter Beobachtung der Verhältnisse in der Lage, den ungesunden Tendenzen rechtzeitig entgegenzutreten und alle wirtschaftlichen Verhältnisse in Harmonie zu bringen und in Harmonie zu erhalten. Charles Gide ist also Optimist in bezug auf die Macht der Regierung, die Verhältnisse in gute Harmonie bringen zu können. In bezug nun auf die Frage, wie wir zu dieser Harmonie gelangen können, lernen wir Gide von einer neuen Seite her kennen, nämlich als Anhänger Buchez'. Die Verwirklichung der Harmonie erwartet er von der Verwirklichung derjenigen Vollproduktivgenossenschaft, der auch alle an der ausführenden Arbeit beteiligten Personen angehören. Daß solche Genossenschaften, wofern nur die heranwachsende Jugend wirtschaftlich und sozial dafür erzogen werde, bei guter Leitung der wirtschaftlichen Entwicklung möglich und ohne große Schwierigkeiten durchführbar seien, unterliegt ihm keinen Zweifel. So könne die soziale Frage gelöst werden, ohne daß man die wirtschaftliche Willensfreiheit so einschränke, wie die Verwirklichung der sozialistischen Zukunftsgesellschaft es erfordern würde. Wie bei Schulze-Delitsch sollen zunächst Konsum- und Wohnungsgenossenschaften, dann Spar- und Darlehnskassenvereine und endlich Ein- und Verkaufs- und Besitzgenossenschaften die Produktivgenossenschaften vorbereiten, und bei diesen selbst soll sich der Übergang von den Teilproduktivgenossenschaften über die Vollproduktivgenossenschaft der Leiter zur Voll-

produktivgenossenschaft auch aller an der ausführenden Arbeit beteiligten Personen vollziehen. Gehe die Regierung nur mit Energie an den Gedanken heran, nach dieser Seite hin die Entwicklung zu fördern, so könne die soziale Frage in zwei bis drei Generationen gelöst sein; dabei sind ihm die Konsum-, die Einkaufs- und Besitzgenossenschaften nicht nur Vorstufen der Produktivgenossenschaften sondern auch zu gleicher Zeit Selbstzweck der Entwicklung in dem Sinne, daß künftighin aller Tausch sich nur zwischen den Genossenschaften vollzieht, der Individualtausch aber mit allen seinen Gebrechen verschwindet. Auch das Individual-eigentum an Produktionsmitteln werde so von selbst verschwinden und an seine Stelle ein genossenschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln treten. Indem aber nur Genußmittel ein individuelles Eigentum bildeten, werde die Ungleichheit individueller Eigentumsmengen allmählich sich ausgleichen. Soweit Gide als evolutionistischer Prophet! Wir lernen Gide aber auch noch nach einer anderen Seite hin, nämlich als Geschichtsschreiber der Volkswirtschaftslehre kennen. Er hat sich mit Charles Riste zu einer »Histoire des Doctrines économiques depuis les Physiocrates jusqu' à nos jours« (1909) verbunden; dabei hat Charles Riste die Darlegung der rationalistischen Doktrinen übernommen, während Charles Gide alle Lehrmeinungen aus ihrer Zeit heraus zu erklären versucht. Charles Riste ist selbst Rationalist, und Charles Gide hat sich mit ihm in der Meinung verbunden, den rationalistischen Lehrmeinungen so am besten gerecht werden zu können.

Die Absicht war sicherlich gut; doch war sie dem Werke nicht gerade förderlich. Einerseits nämlich stehen die Risteschen Ausführungen kaum auf der Höhe der Wissenschaft, andererseits aber werden dem Leser in einem Werke, in dem es gerade auf Einheitlichkeit der Auffassung ankommt, zwei ganz verschiedene Auffassungen aufgetischt, und das Werk der beiden Autoren klappt vollständig auseinander¹.

Ad 4. *Paul Leroy Beaulieu.*

Paul Leroy Beaulieu kommt trotz seines historischen Standpunktes zu sehr liberalen Anschauungen, beinahe noch mehr als in Deutschland Brentano. Er gibt den *Economiste français* heraus und schrieb »De la colonisation chez les peuples modernes« (1874), »Essai sur la répartition des richesses

¹ Um die Geschichte der Volkswirtschaftslehre haben sich des ferneren noch **Deschamps** und **Dubois** große Verdienste erworben, indem sie 1908 zur Pflege der Geschichte der Volkswirtschaftslehre die »Revue de l'Histoire des Doctrines économiques« gegründet haben. Von Dubois ist ferner 1903 ein »Précis de l'Histoire des Doctrines économiques« erschienen, der aber nur bis zu den Merkantilisten reicht, so daß das obengenannte Werk zu ihm die Fortsetzung bildet. Auf dem Gebiet der Volkswirtschaftslehre hat sich noch **Georges Weill** mit drei Arbeiten hervorgetan »Saint Simon« (1894), »L'école Saint-Simonienn« (1896) und »Le mouvement social en France« (1904). Die Werke sind zwar sehr eingehend, schälen aber den wissenschaftlichen Kern nicht immer heraus und kommen der Vorliebe der Franzosen zur L'égèrité bis zum Anekdotenhaften entgegen.

und sur la tendance à une moindre inégalité des conditions« (1881), »Traité théorique et pratique d'économie politique« (1895), »L'état moderne et ses fonctions« (1900), »Le collectivisme« (1907).

Er charakterisiert seine Methode selbst in der folgenden Weise: »Meine Methode besteht darin, die politische Ökonomie als eine lebendige Wissenschaft zu behandeln, sie in einer Zeit, in der Erfahrungen nach allen Richtungen in Hülle und Fülle vorhanden sind, durch aufmerksame Beobachtung zu verjüngen, zu festigen und zu entwickeln.« Er will die Nationalökonomie aus einer rein scholastischen, mit Begriffen, d. h. mit »Schemen«, operierenden Wirtschaftstheorie zu einer reellen, auf dem Boden der Tatsachen fußenden Beobachtungswissenschaft machen. Er legt aber Wert auf das zeitgenössische und der letzten Geschichtsperiode angehörige Material. Er wendet sich sehr scharf gegen die neudeutsche Schule. Selbst die Entwicklung der Wirtschaftsstufen will er — was sicherlich falsch ist, da Völker mit zurückgebliebener Kultur uns über die Entwicklung der Kulturvölker keinen Aufschluß geben können — nicht historisch studieren, weil die wirtschaftsgeschichtliche Überlieferung uns nur Brosamen für eine Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse einer vergangenen Zeit zu geben vermöge, sondern durch das beobachtende Studium zeitgenössischer Entwicklungsstufen.

Auch er erkennt trotz seines historischen Standpunktes Naturgesetze an, weil zu allen Zeiten und an allen Orten dieselben Ursachen dieselben Wirkungen erzeugten und bei allen Völkern auf allen Kulturstufen sich dieselben Triebfedern wirtschaftlichen Handelns fänden. Doch würden die Naturgesetze durch das Zusammentreffen mit anderen Naturgesetzen und durch die Wirkung in verschiedenen Milieus modifiziert; dadurch sei ihre Feststellung außerordentlich erschwert, und doch bestehe in der Feststellung dieser wirtschaftlichen Naturgesetze eine Hauptaufgabe der Volkswirtschaftslehre. Umgekehrt würden darum die Naturgesetze nicht immer und unter allen Verhältnissen dieselbe Wirkung haben. So sei z. B. die günstige Wirkung des Freihandels zwar ein Naturgesetz und die allgemeine Entwicklung werde durch ihn unzweifelhaft gefördert, ob dies aber auch der Fall sei bei der Entwicklung eines einzelnen Volkes, bei dem auf einer bestimmten Kulturstufe andere ebenfalls in Wirksamkeit tretende Naturgesetze und das gesamte Milieu die im allgemeinen günstige Wirkung modifizieren und durch die Modifizierung in ihr Gegenteil verkehren könnten, das sei eine besondere Frage, die einer besonderen Untersuchung bedürfe. Der absolute Freihandel setze eine gleichmäßige Kultur der ganzen Erde voraus; so lange die einzelnen Teile der Erde noch auf verschiedener Kulturstufe ständen, könne diese Verschiedenheit der Kulturstufen allein schon die allgemeinen günstigen Wirkungen des Freihandels für die einzelnen Völker derart modifizieren, daß sie in ihr Gegenteil umgewandelt würden. Auch vom

Standpunkte der Finanz- und der Ausgleichzölle behandelt Leroy Beaulieu an der berühmten Stelle, wo er die Frage des Freihandels erörtert, die Handelspolitik. Da er also trotz seines historischen Standpunktes Naturgesetze anerkennt, so vollzieht sich bei ihm auch die Wertbildung nach bestimmten Naturgesetzen, und, da das Naturgesetz, nach dem sich die Wertbildung vollzieht, in welchem Milieu es auch immer ist, wenig oder gar nicht von anderen Naturgesetzen durchkreuzt werden kann, so kann man das Naturgesetz der Wertbildung als ein nur unwesentlich modifizierbares annehmen. Die sogenannten Klassiker haben seiner Meinung nach jedoch das Naturgesetz der Wertbildung nicht erkannt, das sei vielmehr erst den Österreichern und den mit ihnen wissenschaftlich verwandten Mathematikern, besonders Jevons, vorbehalten geblieben, was freilich auch nicht stimmt, da die österreichische Schule ihr Wertgesetz vom Wochenmarkt abgelesen hat, nicht aber von dem Markt, an dem die Wertbildner sich versammeln. In den Untersuchungen der österreichischen und mathematischen Schule über den Vorgang der Wertbildung spielten eine besondere Rolle die surrogierenden Güter. Diese Lehre der surrogierenden Güter erweitert nun Leroy Beaulieu zu der Lehre von der Substitution. Er kennt vier solcher Substitutionen, nämlich

1. die Surrogierung der Güter,
2. die Substitution der Produktionsverfahren,
3. die Substitution organischer Arbeitsleistung durch anorganische,
4. die Substitution der Bedürfnisse¹.

Das Gesetz der Substitution wirke ganz besonders allen anderen Naturgesetzen entgegen und bewirke ganz besonders deren Modifizierungen. Wenn das Naturgesetz der Wertbildung davon wenig betroffen würde, so liege dies nur daran, weil das Naturgesetz der Wertbildung das der Substitution (nämlich das der Surrogierung der Güter) schon in sich schließe. Neben den Naturgesetzen kennt Leroy Beaulieu aber auch noch Tendenzen der Entwicklung. Er will drei solcher Tendenzen gefunden haben, nämlich die Tendenz der steigenden Arbeitsrente und der sinkenden Profitrate, die Tendenz der steigenden Staatsaufgaben auf wirtschaftlichem Gebiete und die Tendenz der Hineinbeziehung der Gebiete niederer Kulturstufen in den Machtbereich der Gebiete mit höherer Kultur.

Vergleichen wir hiermit die oben angeführte Literatur, so sehen wir, wie er jeder dieser Tendenzen eine eigene abgeschlossene Untersuchung gewidmet hat. Unklar freilich ist es, wie er bei dieser Erkenntnis der Tendenz steigender Einwirkung des Staates auf das Wirtschaftsleben doch so liberale Anschauungen vertreten konnte, wie er sie vertrat.

¹ So habe z. B. die Kleidung ursprünglich das Bedürfnis der Erwärmung befriedigen sollen, während sie heute weit mehr das Bedürfnis des Schmuckes befriedige.

Die Leroy Beaulieusche Schule.

Unter Leroy Beaulieus Schülern, freilich nicht in dem Sinne, daß sie zu seinen Füßen gesessen haben, wohl aber in dem Sinne, daß sie sich ganz seinen Anregungen entsprechend auf dem Gebiete der Volkswirtschaftslehre betätigt haben, sind zu nennen Eugène d' Eichthal, Arthur Raffalovich, Raphaël-Georges Lévy und Alfred Neymarck.

Ad 4a. *Eugène d'Eichthal* ist derjenige von den Schülern Leroy Beaulieus, der für seine wissenschaftliche Auffassung das meiste Verständnis zeigt; doch schwächt er jenes Naturgesetz zu Regeln ab, indem er die Modifizierungen stärker als jener betont und zu dem Resultate gelangt, dieser Modifizierungen wegen sei der Ausdruck Naturgesetz irreführend. Die Gründe der Modifizierungen werden von ihm sehr eingehend untersucht. Er huldigt wie sein Lehrer sehr liberalen Anschauungen, sofern man darunter den Standpunkt eines möglichst beschränkten Staatsinterventionismus versteht, aber auch wiederum sehr konservativen Anschauungen, soweit man darunter die Abneigung gegen schnelle Änderungen im Gefüge des Wirtschaftslebens versteht; diese Abneigung entspricht seiner historischen Auffassung, nach der das historisch Gewordene seine Berechtigung als solches hat und nicht durch stark eingreifende Änderungen einfach über den Haufen geworfen werden darf. Er selbst nennt seinen Standpunkt den der Solidarität, d. h. also in der Ausdrucksweise der deutschen Schule den der gegenseitigen Abhängigkeit der verschiedenen Schichten und Berufsklassen voneinander. Er hat sein spezielles Interesse der sozialistischen Bewegung und der sozialen Frage zugewandt.

Ad 4b. *Arthur Raffalovich.*

Wenn Arthur Raffalovich auch sehr liberalen Anschauungen huldigt, so kann man doch den von ihm unter dem Titel »Le marché financier« herausgegebenen Jahresberichten über die Finanzlage der wichtigsten Kulturstaaten der Erde außerordentliche Sachkenntnis und klare, anschauliche, übersichtliche Darstellung nicht absprechen.

Ad 4c. *Raphaël-Georges Lévy.*

Raphaël-Georges Lévy, Historiker speziell auf dem Gebiete des Bank-, Börsen- und Finanzwesens, vereinigt die Auffassung der deutschen gemäßigten historischen Schule mit Scharfblick und großem Sachverständnis, huldigt im allgemeinen aber doch liberalen Anschauungen.

Ad 4d. *Alfred Neymarck.*

Alfred Neymarck schrieb »Finances Contemporaines« (5 Bde., 1903—1907). Das Buch ist zwar im einseitig klassischen liberalen Sinne geschrieben, aber eine Fundgrube für die Kenntnis der finanziellen Entwicklung Frankreichs von 1860—1906.

Ad 5. *Die Methodiker.*

Die Methodiker der historischen nationalökonomischen Schule in Frankreich sind Emile Worms und Maurice Bourguin.

Ad 5a. *Emile Worms.*

Für die Literaturgeschichte wichtig ist Emile Worms kleine Monographie »La méthode d'Enseignement des Sciences morales

et politiques« (1907), in der er ein Zusammenarbeiten der deduktiven und der induktiven Methode fordert. Des weiteren hält er es für außerordentlich wünschenswert, daß die Volkswirtschaftslehre, ohne in die Soziologie aufzugehen, die wie die Wirtschaftsgeschichte und die Statistik eine eigene Wissenschaft und für die Volkswirtschaftslehre nur eine Hilfswissenschaft sei, doch gerade an diese Wissenschaft eine sehr enge Anlehnung suche. Worms will aber außer der Wirtschaftsgeschichte, der Statistik und der Soziologie auch noch die Sozialpolitik aus der Volkswirtschaftslehre ausgeschieden und als eigene Wissenschaft behandelt sehen. Für jedes dieser fünf Fächer sollten an jeder Universität eigene Lehrstühle geschaffen werden.

Ad 5b. *Maurice Bourguin.*

Maurice Bourguin sieht wie Emile Worms die richtige Methode in der vereinten Anwendung der Deduktion und Induktion. Während aber Emile Worms mehr den sozialethischen Standpunkt sich zu eigen macht und schon von der Weckung der ethischen Kräfte im Volke sich große Wirkungen für das volkswirtschaftliche Leben erhofft, vertritt Maurice Bourguin mehr den energischeren sozialpolitischen Standpunkt. Sein Hauptwerk »Les systèmes socialistes d'Évolution économique« enthält zwar wenig originelle Gedanken, zeugt aber von der Fähigkeit, alle Erwerbungen der Wissenschaft durch Anwendung der Induktion und der Deduktion zu einem sehr guten Lehrbuch zu verarbeiten.

Ad 6. *Die Wirtschaftshistoriker.*

Die Wirtschaftsgeschichte im engeren Sinne hat in Frankreich und Belgien nur drei bedeutende Vertreter, nämlich Pierre Emile Levasseur, Germain Martin und Henri Baudrillart.

Ad 6a. *Pierre Emile Levasseur.*

Die Arbeiten Levasseurs kann man in zwei Gruppen einteilen, d. s. in die national-ökonomischen und die wirtschaftshistorischen. Unter den ersteren sind hier hervorzuheben »Précis d'économie politique« (1869, seitdem fast jährlich neu aufgelegt), »La Méthode en économie politique« (1898). Auch in Zeitschriften hat er dieses Thema in zahlreichen Artikeln behandelt. Berühmter sind seine wirtschaftshistorischen Arbeiten. Unter diesen wären zu nennen »Histoire des classes ouvrières en France« (4 Bde. 1859—1869), »La France et ses Colonies« (3 Bde., 1886—1889), »La population Française« (3 Bde., 1890—1892), in der er seine bekannte wirtschaftsgeschichtlich philosophische Bevölkerungstheorie entwickelte, »L'ouvrier américain« (2 Bde., 1898), »Questions ouvrières et industrielles en France sous la Troisième République« (1907).

Obgleich Levasseur auf beiden Wissenschaftsgebieten, dem der Volkswirtschaftslehre und dem der Wirtschaftsgeschichte, als Lehrer und Schriftsteller sich betätigt hat, will er doch beide als zwei vollständig selbständige Wissenschaften angesehen wissen und sieht in der Wirtschaftsgeschichte weder die Volkswirtschaftslehre selbst noch einen Teil der Volkswirtschaftslehre sondern nur eine Hilfswissenschaft der Volkswirtschaftslehre.

Ad 6b. *Germain Martin.*

Germain Martin ist ausschließlicher Wirtschaftshistoriker. Wir besitzen von ihm zwei größere Geschichtswerke »La grande industrie en France sous le règne de Louis XIV et sous celui de Louis XV« und »Les associations ouvrières au XVIII^{ème} siècle« (beide ohne Jahreszahl).

Ad 6c. *Henri Baudrillart.*

Henri Baudrillart (1821—1892) schrieb zwei größere wirtschaftsgeschichtliche Werke, die zwar einen etwas chauvinistischen Einschlag haben, aber doch einen dauernden wissenschaftlichen Wert beanspruchen dürfen; es sind »Jean Bodin et son temps« (1853) und »Histoire du luxe« (4 Bde., 1880). Außerdem leitete er die von der »Académie des Sciences Morales et Politiques« veranstaltete Enquête über die Lage der französischen Landbevölkerung und veröffentlichte ihre Resultate in drei von großem Sachverständnis und großem Fleiß zeugenden Bänden.

Methodisch und politisch kommt er von allen französischen Schriftstellern Schmoller am nächsten; doch will er ein Eingreifen des Staates nur auf dem Gebiete des Unterrichts, der öffentlichen Arbeiten, des Volkskredits, des Schutzes der Frauen- und Kinderarbeit und der Armenunterstützung zulassen. Im übrigen erhofft er gleich Schmoller sehr viel von der Erweckung der sozial-ethischen Kräfte im Volke.

Ad 7. *Emile de Laveleye.*

Vertreter der gemäßigten historischen Richtung ist der Belgier Emile de Laveleye (1822—1892), 1864 Professor in Lüttich. Er schrieb »Essai sur l'économie rurale de la Belgique« (1863), »Le marché monétaire et les crises depuis 50 ans« (1865), »La Lombardie et la Suisse, études d'économie rurale« (1869), »Etudes et essais« (1869), »Le socialisme contemporain« (1876), »De la propriété et de ses formes primitives« (1877), »La monnaie et le bimétallisme international« (1890), »Essais et études« (2 Bde., 1894 und 1895).

§ 100. Übersicht über die englische historische Schule.

Man kann bei der englischen historischen Schule vier Gruppen unterscheiden, nämlich

1. die unklare vermittelnde Richtung, welche von Walter Bagehot und H. Sidgwick vertreten wird,
2. die Volkswirtschaftler im Sinne der älteren deutschen historischen Schule, deren Hauptvertreter T. E. Cliffe-Leslie ist,
3. die Volkswirtschaftler im Sinne der neueren deutschen historischen Schule, deren Hauptvertreter James E. Thorold Rogers und W. T. Ashley sind,
4. die reinen Wirtschaftshistoriker, unter denen die bedeutendsten Thomas Took, William Newmarch, W. Cunningham und Vinogradoff sind.

Ad 1a. *Walter Bagehot.*

Walter Bagehot (1826—1877) war in seinen älteren Schriften ausgesprochener Ricardianer und bekannte sich gegenüber der damals in England herrschenden Millschen Richtung selbst als den letzten Mann

der Vormillschen Periode, in späteren Jahren machte er aber der Roscherschen Schule einige Zugeständnisse, ohne sich doch entschieden von der Ricardoschen Anschauung lossagen zu können. Natürlich kam so ein unklares und unhaltbares System zustande. Am genauesten hat er seinen Standpunkt in einer Reihe von Abhandlungen präzisiert, die R. H. Hutton nach seinem Tode 1880 unter dem Titel »Economic Studies« publizierte. Hier vertrat er den Standpunkt, daß man die Verkehrs- und Wirtschaftsgesetze der höchstentwickelten Völker deduktiv zu finden vermöge, weil deren Verkehrs- und Wirtschaftsleben als das höchstentwickelte dem Vernunftsideal entspreche, daß aber die Völker diesem Ideale nur in langer Entwicklung zustreben könnten, daß bisher nur England dieses Entwicklungsstadium erreicht, daß darum nur auf England die natürlichen Verkehrs- und Wirtschaftsgesetze der klassischen Schule zuträfen, auf alle anderen Völker aber, da sie dieses höchste Stadium des Verkehrs- und Wirtschaftslebens noch nicht erreicht hätten und noch in der Entwicklung begriffen seien, nicht. Denn das Verkehrs- und Wirtschaftsleben der noch in der Entwicklung begriffenen Völker vollziehe sich nach anderen und zwar mit dem Entwicklungsstadium stets wechselnden Wirtschaftsgesetzen, in dem jedes Wirtschafts- und Verkehrsstadium seine eigenen Gesetze habe, und zwar andere als das Verkehrs- und Wirtschaftsleben der auf dem Höhepunkt der Entwicklung stehenden Völker; nur bei diesen vollziehe es sich, eben weil sie die höchste Entwicklung erreicht hätten, nach den Vernunft- und Naturgesetzen.

Einen ähnlichen Standpunkt hatte früher schon Jones, der englische Vorläufer der historischen Schule, ausgesprochen. Doch ist es erwiesen, daß ihn, der damals ganz vergessen und und unbeachtet war, Bagehot bei seinen Ausführungen nicht benützt hat.

So soll denn die historische Methode zutreffen für die Auffindung der Wirtschafts- und Verkehrsgesetze der verschiedenen Wirtschaftsstufen der noch im Entwicklungsstadium befindlichen Völker, über deren Wirtschafts- und Verkehrsgesetze uns die klassische Schule nichts gesagt habe, die rationalistische Methode für die im höchsten Entwicklungsstadium befindlichen Völker, und beide Methoden sollen sich gegenseitig derart ergänzen, daß zwar alle anderen Völker außer dem englischen zunächst noch die historische Methode werden anzuwenden haben, England allein aber schon die rationalistische Methode anwenden darf.

Er selbst verstand sowohl die induktive wie die deduktive Methode zu handhaben und hat seiner Lehre gemäß, die erstere bei der Darstellung der älteren Wirtschaftsgeschichte Englands, die letztere bei der Darstellung zeitgenössischer englischer Verhältnisse angewandt. Wir besitzen von ihm sowohl wirtschaftshistorische Werke, hauptsächlich auf dem Gebiete der Geschichte des Geldes, wie rein abstrakt deduktive wirtschaftliche Untersuchungen ganz im Sinne Ricardos, wie endlich auch eine Reihe von Aufsätzen über die Methode der Volkswirtschaftslehre.

Ebenso sonderbar wie sein Versuch, das Arbeitsgebiet der beiden entgegengesetzten Methoden zu bestimmen, ist auch seine Stellungnahme

zu den übrigen Gebieten der Gesellschaftslehre. Für die abstrakte oder deduktive Methode gäbe es nur das eine Gebiet der Volkswirtschaftslehre; sie habe darum mit Recht alle anderen Gebiete der Gesellschaftswissenschaften außer acht gelassen; für die historische Methode kämen auch die übrigen Gebiete der Gesellschaftswissenschaften außer der Volkswirtschaftslehre in Betracht. Ebenso sei es nur eine Frage der historischen nicht der abstrakten Methode, wie die Völker zu Reichtum gelangten; denn die Völker der höchsten Entwicklungsstufe seien schon zu Reichtum gelangt und brauchten sich deshalb diese Frage nicht mehr vorzulegen. Die abstrakte Methode rechnet mit schon reichen Völkern; sie studiert, wie dieser Reichtum sich auf die einzelnen Volksteile verteilt, und sie studiert, welche Bedeutung er für das reiche Volk haben kann.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß Bagehot ein ungemeines Verständnis für die Tätigkeit des Betriebsleiters zeigt und vor allen Dingen auch auf die Tatsache hinweist, daß Unternehmer und Betriebsleiter immer weniger miteinander identisch seien, indem der erstere ein reiner Kapitalist, der letztere ein Angestellter sei, daß umgekehrt aber auch bei den Unternehmungen physischer Personen der Geldgeber einerseits und der Unternehmer und Betriebsleiter andererseits sehr häufig getrennt seien. Von Bagehots Werken wäre zunächst anzuführen »*Physics and politics*« d. h. Anwendung physikalischer bzw. naturwissenschaftlicher Ergebnisse auf Fragen der Politik; es wird darin nämlich die Darwinsche Selektions- und Vererbungstheorie auf die Bildung politischer Gemeinden angewandt. Es gilt von dem Buch dasselbe wie von der von Schäffle angeregten biologischen Soziologie, daß das Werk nämlich doch kaum als etwas mehr als eine geistreiche Spielerei angesehen werden könne. Viel bedeutender ist »*Lombard Street or a description of the money market*« (1873). Bei diesem Werke und ähnlichen Arbeiten über das Wesen und die Geschichte des Geldes vereinigte er die Erfahrungen eines Leiters einer der bedeutendsten Banken Englands mit wissenschaftlicher Tiefe und einer ganz ausgeprägten Befähigung zur Deduktion. So ist dies Werk einer der besten Beweise dafür, zu welchen Resultaten die Nationalökonomie bei richtiger Vereinigung von Induktion und Deduktion zu gelangen vermöge. Mit demselben Thema beschäftigte sich ein nachgelassener Aufsatz »*A practical plan for assimilating English and American money*«. Seine Arbeiten finden sich meist in der von ihm redigierten Wochenschrift »*The economist*«. Diese Aufsätze sind 1895 in einer Gesamtausgabe erschienen, nachdem schon ein Teil, die oben genannten »*economics studies*« 1880 in einer Sonderausgabe erschienen waren. Er hat auch rein politische Arbeiten geschrieben, die für die Geschichte der Volkswirtschaftslehre belanglos sind.

Ad 1b. *H. Sidgwick.*

H. Sidgwick will wie Bagehot die deduktive Methode für die Erkenntnis von Volkswirtschaften höchster Kulturstufe gelten lassen, jedoch nur für den Tausch- und Verteilungsprozeß, nicht für den Produktionsprozeß (also gerade umgekehrt wie Mill). Er gibt sich in »*The principles of political economy*« (1887) die größte Mühe, den Nachweis zu erbringen, daß Ricardos Lehre vom Tausch und der Verteilung mit geringen Verbesserungen für Volkswirtschaften der höchsten Entwicklungsstufe zutreffen würde.

Wenn auch dieser Teil seiner »principles« vollständig verunglückt ist, so sind doch die übrigen induktiven Teile um so lehrreicher¹.

Ad 2. *T. E. Cliffe Leslie.*

T. E. Cliffe Leslie war der erste englische Nationalökonom, der in einem zuerst 1876 in der *Dubliner Universitätszeitschrift »Hermathena«* und später 1879 in seinen »*essays moral and political*« erschienenen Aufsätze dem Rationalismus bedingungs- und ausnahmslos den Krieg erklärte. Insbesondere führte er dort aus, daß der Satz, den die klassische Schule zum Ausgangspunkte ihrer Betrachtungen nahm und zu gleicher Zeit doch auch als die zu beweisende Behauptung hinstellte, daß die freie Konkurrenz die nur auf ihren eigenen wirtschaftlichen Vorteil bedachten Menschen doch so zu handeln zwingt, daß sie mit ihrem eigenen Vorteil zu gleicher Zeit auch das öffentliche und das Gemeininteresse wahrnehmen, weil sie anders eine ausreichende Nachfrage nach ihren Leistungen nicht erreichen könnten, eine unbewiesene und ihrer Generalisierung wegen auch unbeweisbare Behauptung sei. Auch das sei falsch, daß man im Eigennuß die einzige Triebfeder wirtschaftlichen Handelns sähe; so sittlich arm sei die menschliche Seele glücklicherweise doch nicht. Es sei das aber nur ein Beispiel dafür, wie die orthodoxe Schule auf den dürftigsten Voraussetzungen die kühnsten Theorien aufbaue; derselben Erscheinung begegneten wir überall, wo wir auch immer die »berühmten« Theorien der klassischen Schule unter die Lupe nähmen, überall fänden wir, daß auf ganz dürftigen und unhaltbaren Voraussetzungen die stolzesten Gedankengebäude, aber eben auch weiter nichts als das, aufgeführt seien. Des weiteren wendet sich Leslie dann dagegen, die volkswirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes ganz losgelöst von allen anderen Lebensbetätigungen dieses Volkes verstehen und erklären zu wollen, sie seien insbesondere nur ein Glied der gesamten gesellschaftlichen und politischen Entwicklung und ohne Berücksichtigung dieser werde man sie weder verstehen noch erklären können. »Die wirtschaftliche Lage der englischen oder irgendeiner anderen Gesellschaft«, sagt er an einer für seine Auffassung besonders charakteristischen Stelle, »ist das Ergebnis der Gesamtbewegung, welche die staatliche Verfassung, den Bau der Familie, die Religionsformen, die gelehrten Berufe, die Künste und Wissenschaften, den Zustand der Landwirtschaft, der Gewerbe und des Handels entfaltet hat.« Und nicht nur im Rahmen ihrer Zeit sondern auch aus der geschichtlichen Entwicklung heraus müßten wir die wirtschaftlichen Zustände und Verhältnisse eines Volkes zu verstehen suchen.

Außer der schon oben genannten Sammlung von Aufsätzen sind als be-

¹ Auch **Jevons** ist eine Zeitlang für eine teilweise Berechtigung der historischen Methode eingetreten. Dieser stets schwankende und unklare Kopf endigte jedoch, wie wir schon früher sahen, schließlich bei den Mathematikern.

deutendere Arbeiten Leslie noch zu erwähnen »Landsystems and industrial economy of Ireland, England and continental countries« (1870) mit einem Anhang »The wage-fund theory by Ricardo«, in der seine berühmte Widerlegung der Ricardoschen Lohnfondtheorie durch induktiv gewonnene Gegenbeweise erfolgte. Auch viele andere Theorien der klassischen Schule hat Leslie durch induktiv gewonnene Gegenbeweise widerlegt und damit, wie kaum ein anderer, dazu beigetragen, das stolze Lehrgebäude der klassischen Schule als das erscheinen zu lassen, was es war, als eine nur scheinbar systematische Aneinanderreihung leerer Hirngespinnste, die vor der Erforschung der Wirklichkeit wie eitel Dunst und Rauch zerstieben¹.

Ad 3a. *James E. Torold Rogers.*

Wie Leslie der Begründer der englischen historischen Volkswirtschaftslehre im Sinne der älteren deutschen Schule ist, so ist James E. Torold Rogers (1823—1890) der Begründer der englischen historischen Volkswirtschaftslehre im Sinne der

¹ Die übrigen englischen Volkswirtschaftler im Sinne der älteren deutschen historischen Schule.

Wie in Frankreich hat in auch England die ältere deutsche historische Schule weit mehr Anhänger gefunden, als die jüngere. Wir können, nachdem wir die Anschauungen des Begründers dieser Schule in England charakterisiert haben, ebenso wie es mit der deutschen Nationalökonomie dieser Richtung geschah, ihre bedeutendsten Vertreter mit ihren bedeutendsten Werken nur in alphabetischer Folge auführen. Es sind **J. H. Chapman** »The woollen and worsted industries« (1907), **L. Darwin** »Municipal trade« (1903), **C. R. Fay** »Cooperation at home and abroad« (1908), **N. P. Gilmann** »Methods of industrial peace« (1907), **Goschen**, dessen zuerst 1863 erschienenenes, dann unzählige Male wieder aufgelegtes Werk »Theorie of foreign exchanges«, anerkannt das beste auf diesem Gebiete ist, **W. E. Hearn** »Plutology« (1864), eine der besten Produktionslehren, **Dr. W. Nelson Hancock**, der uns eine große Reihe von großer Sachkenntnis zeugender Arbeiten über Irland geliefert hat, **E. D. Howard** »The cause and Extend of the recent industrial progress of Germany«, mit Verständnis und ohne Neid und Groll geschrieben soll das Buch wenigstens für die Industrie die deutsche Handelspolitik England zur Nachahmung empfehlen; **Arthur Twining Hadley** »Economics and account of the relations between private property and public welfare« (1907); das Buch fordert die Nachahmung der deutschen Arbeiterwohlfahrtspolitik und nach dieser Seite hin einen völligen Bruch mit der alten Politik des »Nichtinterventionismus«; **Fred C. Hove** »The british city« (1907), **Arthur Latham and Charles H. Garland** »The conquest of consumption« (1910), **John Macdonell** »Survey of political economy« (1871), **Mac Gregor** »Industrial Combination« (1906), **Macleod**, von dem wir eine sehr matte und farblose Volkswirtschaftslehre »Elements of economics« (2 Bde., 1886 und 1899) und sehr brauchbare Arbeiten über das Bankwesen besitzen, **Alfred Marshall** »Economics of industry (1899) und »Principles of political economy« (1895), **H. W. Macrosty** »The trust movement in british industry« (1907), **W. A. Prandergast** »Credit and its uses« (1907), **E. Reich** »Imperialism« (1905), **John L. Shadwell** »System of political economy« (1871), **Sidney J. Shapman** »Work and wages« (1908), Untersuchungen, die ganz im Sinne von Leslie gehalten sind, **H. W. Wolff** »Cooperative banking, its principles and practice« (1907) und endlich der ungenannte Verfasser der 1907 erschienenen sehr scharfen Anklageschrift gegen die englische Handelspolitik »The causes of decay in the british industry« (1907).

jüngeren deutschen Schule. Man könnte ihn ohne sein 1870 erschienenes »Manual of political economy« den ausschließlichen Wirtschaftshistorikern zuschreiben. Sein hauptsächlichstes wirtschaftshistorisches Werk ist »History of agriculture and prices in England 1250–1793«. Das Werk wurde nicht vollendet. Bei seinen Lebzeiten erschienen 6 Bände, ein siebenter erschien erst 1902; auch durch diesen wurde das Werk nur bis zum Jahre 1701 fortgeführt. Weitere wirtschaftsgeschichtliche Werke von ihm waren »Six Centuries of work and wages« (2 Bde., 1884) und »The first nine years of the Bank of England« (1887). Geschichtsmethodisch bzw. geschichtsphilosophisch war sein Werk »The economic interpretation of history«, in dem er einer sehr materialistischen Geschichtsauffassung huldigte. Merkwürdig ist, daß der Schöpfer der englischen Wirtschaftsgeschichte im Jahre 1869, als er also schon sein großes wirtschaftsgeschichtliches Werk begonnen hatte, eine neue Auflage des Smithschen Werkes besorgte, die sich übrigens durch Sorgfalt und eine sehr gute Biographie Smiths auszeichnete.

Ad 3b. *W. T. Ashley.*

Von dem zweiten großen Vertreter der Volkswirtschaftslehre im Sinne der jüngeren deutschen Schule W. J. Ashley besigen wir eine vorzügliche Geschichte der englischen Volkswirtschaftslehre in »An introduction to economic history and theory« (2 Bde., 1888–1893) und »Surveys historic and economic« (1900), eine Art Philosophie der Wirtschaftsgeschichte, von der das schon eingangs dieses Kapitels Gesagte gilt, daß solches Werk schon deshalb mißglücken muß, weil unsere Kenntnisse für ein solches Werk noch nicht ausreichen, und die Autoren deshalb allzu leicht Gefahr laufen, Lücken unserer Kenntnisse durch philosophische Konstruktionen der Wirtschaftsgeschichte auszufüllen, eine Gefahr, der auch Ashley nicht entronnen ist, wie eine spätere eingehendere wirtschaftsgeschichtliche Forschung mehr als einmal bewiesen hat. Bei allem Fleiße und allem Aufwand von Geistreichigkeit mußte darum auch dieses Werk schnell der Veraltung infolge der weiteren Forschung verfallen. Es macht immer einen traurigen Eindruck, hochbedeutsame Gelehrte infolge von Ungeduld sich auf Irrwegen bewegen zu sehen.

Ad 4. *Die reinen Wirtschaftshistoriker Englands.*

Unter den reinen Wirtschaftshistorikern sind zunächst **Thomas Tooke** (1774–1858) und **William Newmarch** zu nennen, die 1838–1857 eine sehr berühmt gewordene und von den Wirtschaftshistorikern später oft und viel benutzte »History of prices« verfaßten. Die vier ersten Bände sind von Tooke, die beiden letzten von Newmarch. Tooke war eifriger Verfechter der Freihandelspolitik, er verfaßte, und zwar damals noch ganz rationalistisch und im Sinne Ricardos, die von der Kaufmannschaft Londons dem Parlament eingereichte Freihandelspetition. Seinen freihändlerischen Standpunkt hat Tooke nie verlassen, nur hat er ihn später nicht mehr rationalistisch sondern vom speziellen englischen Standpunkte aus verteidigt. Auch in die Frage der Bankreform griff er in den vierziger und fünfziger Jahren als Gegner der Currencytheorie und der Peelschen Bankakte mit zwei Schriften ein, nämlich mit »An inquiry into the currency principles« (1844) und »On the bank charter Act of 1844« (1856). Zur letzten Schrift gab ihm die Suspension der Peelschen Bankakte infolge des Krimkrieges Veranlassung. Er prophezeite damals, daß England bei jeder Krisis genötigt sein werde, diese Akte zu suspendieren. Ferner ist zu nennen **W. Cunningham** mit »Growth of English industry and commerce« (1882), die beste Geschichte des Merkantilismus in England. Der bedeutendste unter den heutigen englischen Wirtschaftshistorikern ist **Vinogradoff**. Er veröffentlichte 1905 »The growth of the manor«, das die Entstehung der englischen Latifundien behandelt.

§ 101. Die amerikanische historische Schule.

Die historische Schule ist nach Amerika direkt aus Deutschland verpflanzt worden, teils durch geborene Amerikaner, die aber auf deutschen Universitäten wenigstens einen Teil ihrer volkswirtschaftlichen Bildung empfangen hatten, teils durch deutsche Juden, die bei der in Deutschland herrschenden Strömung hier schwer im Universitätsleben sich eine Stellung erringen konnten und sich darum nach Amerika wandten, wo die Verhältnisse für sie günstiger lagen. Die bedeutendsten Vertreter der historischen Schule in Amerika sind **Charles F. Dunbar**, **Simon N. Patten** und **A. S. Bolles**, neben denen dann noch weiter zu nennen wären **Edwin R. A. Seligmann**, **E. J. James**, **Richard T. Ely**, **Henry C. Adams**, **Richmond Mayo Smith** und **Heinrich Münsterberg**. Simon N. Patten schrieb 1902 »Theory of welfare«, A. S. Bolles veröffentlichte zwei große wirtschaftshistorische Werke »Industrial history of the United States« (1880) und »Financial history of the United States« (1883—1886). Die historische nationalökonomische Schule hat sich in Amerika zwei Mittelpunkte geschaffen, der eine ist die 1885 in Saratoga gegründete American Economic-Association, die ähnliche Ziele verfolgt wie bei uns der Verein für Sozialpolitik, der zweite ist die **Harward-Universität** in Boston, die das »Quarterly Journal of Economics« herausgibt. Eigentlicher Leiter dieser hochbedeutsamen Zeitschrift ist zurzeit Dunbar, der 1876 einen vorzüglichen Aufsatz über die Geschichte der amerikanischen Volkswirtschaftslehre in der »North American Review« veröffentlichte. Lehrreich über den Streit zwischen der klassischen und der historischen Schule in Amerika ist ein Sammelband von Aufsätzen aus der amerikanischen Zeitschrift »Science«, der 1886 unter dem Titel »Science economic discussion« erschien.

§ 102. Die russische historische Schule.

Auch die russische historische Schule hat wie die amerikanische ihre Anregung direkt aus Deutschland empfangen, teils über Dorpat, wo bis zur Umwandlung in eine russische Universität meist reichsdeutsche Professoren wirkten, teils durch Russen, die in Deutschland studierten, teils endlich durch Deutsche, die wie Herr von **Haxthausen** in Rußland reisten und über russische wirtschaftliche Zustände eingehende Berichte lieferten. Wie das in der Natur liegt, beschäftigten sich die meisten hierher gehörigen Schriften, von denen ich übrigens nur die deutsch oder französisch geschriebenen aufzuführen vermag, hauptsächlich mit der Landwirtschaft. Zu nennen wären Haxthausen mit »Studien über die russischen Zustände und die ländlichen Einrichtungen Rußlands« (3 Bde., 1847—1852), »Die ländliche Verfassung Rußlands« (1866), **Johann von Keußler**, »Zur Geschichte und Kritik des bäuerlichen Gemeindebesitzes in Rußland« (3 Bde., 1876—1887), **M. Wallace**, »La Russie« (1877), **Simkhowitsch**, »Die Feldgemeinschaft in Rußland« (1898), **A. Yermoloff**, »La Russie agricole« (1907), **Simon Sagorski**, »Die Arbeiterfrage in der russischen Landwirtschaft« (1908). Über die russische Industrie ist bisher erst eine bedeutendere Arbeit erschienen von **M. Lauwick**, »L'industrie dans la Russie méridionale, sa situation et son avenir« (1907).

Zweiundzwanzigstes Kapitel.

Die Stellungnahme der sozialen Schulen zu den Fragen der Volkswirtschaftspolitik und ihr Einfluß auf sie.

§ 103. Die Stellungnahme der sozialen Schulen zur Lehre von der freien Konkurrenz.

1. Die Stellungnahme zur Lehre selbst.

Zur Lehre von der freien Konkurrenz nehmen die sozialen Schulen die Stellung ein, daß sie zugeben, daß die freie Konkurrenz die günstigen Folgen, die ihr die liberalen Schulen zuschreiben, wohl haben **könne**, aber **nicht** unbedingt haben **müsse**, ebenso auch, daß sie den Gegnern der freien Konkurrenz zugestehen, daß sie gewisse ungünstige Folgen, welche jene ihr nachsagen, wohl haben **könne**, aber **nicht** unbedingt haben **müsse**. Aus diesem Grunde fordern die sozialen Schulen in jedem Falle eine genaue Abwägung dessen, ob die günstigen oder die ungünstigen Wirkungen überwiegen könnten, und demgemäß eine mehr oder minder weitgehende Einschränkung der absoluten Freiheit; sie fordern, wie sie es nennen, nicht eine absolute sondern eine sittlich beschränkte Freiheit; d. h. die Freiheit soll auch nach dieser Schule, wenn auch nicht ausnahmslos, die Regel bilden; die Ausnahmen sollen jedoch gesetzlich nur soweit statuiert werden, als der Schutz der wirtschaftlich Schwachen gegen die wirtschaftlich Starken es zu fordern scheint; diese Ausnahmen seien allein nach dem Prinzip der Wohlfahrtspolitik, nicht nach einem allgemeinen System zu bestimmen und müßten deshalb für die verschiedenen Verhältnisse und Berufe ganz verschieden bemessen werden. Die sozialen Schulen sprechen sich im besonderen für die Freiheit der Person aus, d. h. für die Beseitigung aller unfreien persönlichen Verhältnisse und für die Gleichheit aller vor dem Gesetz, für die Freiheit der Bewegung, d. h. für die Freizügigkeit und für die Freiheit des Erwerbs, d. h. für die freie Berufswahl; sie wollen aber die Freiheit des Arbeitsvertrages zugunsten der wirtschaftlich Schwachen, also hauptsächlich der Kinder, der Jugendlichen und der Frauen, beschränkt sehen; der Staat solle sich vorbehalten, Arbeitsverträge, die von diesen oder für diese Personen abgeschlossen werden, zu überwachen und gegebenenfalls in ihrem eigenen Interesse ganz oder teilweise zu annullieren; es bezieht sich das insbesondere auf die Arbeitszeit. Die sozialen Schulen erkennen ferner die Freiheit des Betriebes nicht voll an sondern wollen dem Staat hier wieder in weitem Umfange ein Konzessionsrecht einräumen; insbesondere soll dieses Konzessionsrecht sich auf diejenigen Arbeitsräume und ihre sämtlichen Zubehöre beziehen, in welchen abhängige Personen beschäftigt werden sollen, sofern also solche Konzession

zugunsten der wirtschaftlichen Schwachen ausgeübt wird; die sozialen Schulen erkennen ferner auch die Freiheit des Marktes nicht im vollen Umfange an, insbesondere nicht den Freihandel im engeren Sinne, d. h. das Recht, ausländische Waren ganz unbeschränkt einführen und inländische Waren ganz unbehindert ausführen zu dürfen.

2. Ihre Stellungnahme zu den Konsequenzen der klassischen Schule aus der Lehre von der freien Konkurrenz.

Aus der Lehre von der freien Konkurrenz hatte, wie wir wissen, die klassische Schule die Folgerung gezogen, daß es keinerlei wirtschaftliche Organisationen geben dürfe, und daß auch weder der Staat selbst noch die ihm subdelegierten politischen Verbände sich als wirtschaftliche Organisationen ansehen dürften, daß sie also ihre Aufgabe nicht darin sehen dürften, irgendwie in das wirtschaftliche Leben einzugreifen, höchstens insoweit, als sie zur Durchführung ihrer übrigen Aufgaben Forderungen wirtschaftlicher Art an die einzelnen Angehörigen zu stellen hätten. Demgegenüber gaben nun alle sozialen Richtungen, auch die liberalsten, die fast abergläubische Furcht der klassischen Schule vor den Organisationen ausnahmslos auf; die liberalsten sozialen Richtungen unterschieden sich gerade dadurch von allen anderen sozialen Richtungen, daß sie ein staatliches Eingreifen in das Wirtschaftsleben und ebenso die Schaffung öffentlich rechtlicher Organisationen nicht für nötig hielten sondern glaubten, die auch von ihnen anerkannten Schäden aus der Zeit, da die Lehre von der freien Konkurrenz die Wirtschaftspolitik ausnahmslos beherrschte, dadurch beheben zu können, daß sie alle Hindernisse für die freien privaten Organisationen beseitigten und ihnen durch die Verleihung der Rechtsfähigkeit die Grundlagen für einen gesicherten Bestand schufen. In bezug auf die Frage der öffentlich rechtlichen Organisationen gab es also eine soziale Richtung, die liberalste, am weitesten nach links stehende, welche diese verwarf. Alle anderen sozialen Richtungen traten für diese warm ein. In bezug auf die Frage, ob der Staat und die ihm untergeordneten Verbände sich selbst als wirtschaftliche Organisationen betrachten sollten, muß man in der Stellungnahme der verschiedenen sozialen Richtungen zwischen dem Staat und den ihm untergeordneten öffentlichen Verbänden unterscheiden. Anfangs wollte nur der am stärksten soziale Flügel der Sozialen etwas von dem Eingreifen der dem Staat untergeordneten Verbände in das Wirtschaftsleben wissen, allmählich aber änderten sich die Anschauungen, und jetzt neigt vielfach sogar der liberalste Flügel der Sozialen zu der Ansicht, daß die dem Staate untergeordneten Verbände in das wirtschaftliche Leben einzugreifen haben. Endlich haben die sozialen Schulen auch sehr genau die Frage erörtert, ob und inwieweit der Staat sich als Wirtschaftsorganisation zu betrachten und darum in das

wirtschaftliche Leben einzugreifen habe. Nach den gemachten Ausführungen haben wir es also mit vier Problemen zu tun

- a) **Stellungnahme der sozialen Schulen zu den freien Organisationen,**
- b) **Stellungnahme der sozialen Schulen zu den öffentlich rechtlichen Berufsorganisationen,**
- c) **Stellungnahme der sozialen Schulen zu der Frage, wie weit die dem Staate untergeordneten Verbände in das wirtschaftliche Leben einzugreifen haben,**
- d) **Stellungnahme der sozialen Schulen zu der Frage, wie weit der Staat in das wirtschaftliche Leben einzugreifen habe.**

Ad a. Stellungnahme der sozialen Schulen zu den freien Organisationen.

Schon oben sahen wir, daß in bezug auf die freien Organisationen sich alle sozialen Schulen einig sind, und zwar handelt es sich hier insbesondere um zwei Gruppen von Organisationen, um die Genossenschaften und um die freien Berufsvereine, insbesondere um die Arbeitergewerkvereine.

Ad aa. Stellungnahme der sozialen Schulen zu den Genossenschaften.

Was die Stellung der sozialen Schulen zu den Genossenschaften betrifft, so stehen sie mit zwei Einschränkungen den genossenschaftlichen Bestrebungen im allgemeinen freundlich gegenüber; einerseits teilen sie die überschwenglichen Hoffnungen, welche Schulze-Delitzsch auf die Vollproduktivgenossenschaften setzte, im allgemeinen nicht, und andererseits sind die Ansichten in bezug auf die Konsumvereine geteilt. Die einen bekämpfen die Konsumvereine vom Standpunkte einer Mittelstandspolitik, die anderen meinen, nicht auf die Erhaltung eines selbständigen Mittelstandes komme es an, sondern nur auf die Erhaltung des Mittelstandes an sich; daß dieser aber nicht nur sich halte sondern auch zunehme, beweise die Einkommensteuerstatistik; diejenigen selbständigen Mittelstandspersonen, die durch die Konsumvereine bekämpft würden, das seien Hunger- und Lumpenexistenzen, deren Geschäftsbetrieb auf dem durchaus unwirtschaftlichen und für weite Konsumkreise schädlichen Grundsatz »Kleiner Umsatz, großer Gewinn« beruhen.

Ad ab. Stellungnahme der sozialen Schulen zu den Gewerkvereinen.

In bezug auf die Gewerkvereine haben sich besonders zwei Männer der liberalsten Schattierung der sozialen Schulen hervorgetan Brentano und Max Hirsch; eine Zeitlang hat sich auch Conrad mit der Frage der Rechtsfähigkeit dieser Gewerkvereine beschäftigt. Im Jahre 1871/72 veröffentlichte **Brentano** sein zweibändiges Werk »Die Arbeitergilden der Gegenwart«. Als nun 1872 die Gründung des Vereins für Sozialpolitik beschlossen wurde, wurde die Frage der Gewerkvereine als erste auf die Tagesordnung der ersten Sitzung des Vereins

für Sozialpolitik gesetzt, und daraus entstanden dann die drei Arbeiten Brentano, »Die Sicherung des Arbeitsvertrages« (1874 in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik), Max Hirsch, »Entwurf zu einem Gesetz betr. die gegenseitigen Hilfskassen« (1874 ebda). Ders., »Über den Bruch des Arbeitsvertrages« (1874 ebda.). Die Einladung Kaiser Wilhelms II. im Jahre 1890 zu einer internationalen Konferenz über eine internationale Arbeiterwohlfahrtspolitik gab Brentano zu zwei und Max Hirsch, der inzwischen Anwalt einer Gruppe von Gewerkvereinen geworden war, zu drei Schriften über dies Thema Veranlassung. Brentano schrieb damals »Die Arbeitseinstellungen und die Fortbildung des Arbeitsvertrages« (1890) und »Über das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung« (1892), Max Hirsch schrieb »Die Arbeiterschutzgesetzgebung« (1891), »Die Arbeitsfrage und die deutschen Gewerkvereine« (1893), »Die Entwicklung der Arbeiterberufsvereine in Großbritannien und Deutschland« (1896); außerdem gab Max Hirsch das Verbandsorgan »Der Gewerkverein« heraus. Übrigens sind sich die sozialen Schulen in bezug auf die Gewerkvereine nicht mehr so ganz einig, und man kann, wie z. B. von Adolph Wagner, öfter den Ausspruch von dem Marschieren der Bataillone gegeneinander hören.

Ad b. *Die Stellungnahme der sozialen Schulen zu den öffentlich-rechtlichen Berufsorganisationen.*

In bezug auf die öffentlich rechtlichen Berufsorganisationen herrschte im Anfange unter den sozialen Schulen durchaus keine Einigkeit, und besonders gerade diejenige Richtung, die die freien Organisationen zu beleben trachtete, bekämpfte die im Anfange noch allein auftretenden Bestrebungen nach Wiederbelebung der Innungen und ihrer neuen Ausstattung mit öffentlich rechtlichen Funktionen, und gerade in dieser Beziehung hat sich der linke Flügel mit der Frage der Schaffung öffentlich rechtlicher Berufsorganisationen noch am wenigsten befreunden können, während er ihr sonst, als sie allmählich auf immer mehr Berufe, wie Landwirte, Handeltreibende, Ärzte, Rechtsanwälte, Apotheker, Berufsbörsianer usw. ausgedehnt wurde, mehr und mehr Sympathie abzugewinnen vermochte.

Ad c. *Die Stellungnahme der sozialen Schulen zu der Frage des Eingreifens der dem Staate untergeordneten öffentlichen Verbände in das Wirtschaftsleben.*

Schon oben sahen wir, daß in bezug auf das Eingreifen der dem Staate subdelegierten öffentlichen Verbände zunächst nur der sozialste Flügel der sozialen Schulen, die sogenannten Kathedersozialisten Wagner'scher Richtung, für eine solche Politik eintraten und zwar in bezug auf die Beschaffung von Wohlfahrtseinrichtungen und in bezug auf die

Versorgung mit Wasser und Heizungs- und Beleuchtungsmitteln. Später kamen dazu auch noch die neueren Bodenreformer mit den Aufgaben, die sie auf ihrem Gebiete insbesondere von den Gemeinden erfüllt sehen wollten, Aufgaben, die auch von einem großen Kreis der übrigen sozialen Schulen in ihr Programm aufgenommen wurden. Allmählich ließen sich aber auch hier die übrigen sozialen Schulen für das Programm sozialer Tätigkeit der dem Staate subdelegierten öffentlich rechtlichen Verbände gewinnen, je mehr die üblen Folgen dessen sich zeigten, daß die genannten Verbände bisher auf diesen Gebieten versagt hatten, und sehr links stehende Gemeindevertretungen ventilieren in letzter Zeit z. B. eifrig die Frage der Vergemeindlichung der Verkehrsmittel.

Ad d. *Die Stellungnahme der sozialen Schulen zu der Frage des Eingreifens des Staats in das Wirtschaftsleben.*

Der Staat kann die Privatwirtschaften beeinflussen

I. materiell, und zwar

A) durch Unterstützungen, die er gewährt

a) der Gesamtheit, und zwar

α) auf dem Gebiete des Verkehrs durch Anlegung, Instandhaltung und Verbesserung der Verkehrsmittel,

β) auf dem Gebiete der allgemeinen Schutzanlagen, wie der Deiche und Dämme, des Feuerlöschwesens usw.,

γ) auf dem Gebiete der Volksbildung durch Bereitstellung der Mittel für Unterrichtsanstalten allgemeiner Art;

b) bestimmten Volksschichten, z. B. durch die Ausgaben für die Alters- und Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung, das Reichsversicherungsamt, die Gewerbeinspektion usw.,

c) bestimmten Produktionszweigen durch Beschaffung der materiellen Mittel für Musteranstalten, Fachschulen, Gewährung von Prämien, Kreditvermittlung und andere Mittel,

d) bestimmten Betrieben oder Personen durch Gewährung von Belohnungen, Subventionen, Vorrechten, Kredit, Unterstützungen bei wissenschaftlichen und künstlerischen Arbeiten,

B) durch materielle Forderungen, eine Frage, die uns hier nicht weiter berührt und darum unberücksichtigt bleiben kann,

C) durch die Konkurrenz, in die er durch den Besitz und den Betrieb wirtschaftlicher Unternehmungen mit der privatwirtschaftlichen Tätigkeit tritt,

II. immateriell, und zwar

A) auf dem Wege der Gesetzgebung und der Verordnungen, die wieder betreffen können

a) die Gesamtheit, wie in der allgemeinen, nicht speziellen Gesetzgebung und in der Regelung des Geldwesens, des gesamten Bildungswesens usw.,

- b) bestimmte Volksschichten, wie in der Arbeiterversicherungs-, Arbeiterschutz- und Arbeiterversöhnungsgesetzgebung,
 - c) bestimmte Produktionszweige, wie in der Gewerbeordnung und allen anderen Spezialgesetzen, aber auch im Schutzzoll und in der Regelung des Fachschulwesens,
 - d) bestimmte Personen, wie in den meisten Verfügungen,
 - B) durch Regelung und Überwachung des gesamten Bildungswesens, soweit das Interesse der Lernenden dies zu fordern scheint,
 - C) durch Regelung und Überwachung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande durch Zollgesetzgebung, Abschluß von Handels- und Verkehrsverträgen, Errichtung von Konsulaten usw.
- Daraus ergeben sich fünf Probleme
- a) Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben zugunsten der Gesamtheit,**
 - β) Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben zugunsten bestimmter Volksschichten,**
 - γ) Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben zugunsten bestimmter Berufe,**
 - δ) Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben zugunsten einzelner Betriebe und einzelner Personen,**
 - ε) das Problem der Staatsbetriebe.**

In bezug auf diese fünf Probleme sind die sozialen Schulen sich einig über die folgenden Leitsätze:

Ad *α*. Der Staat soll allgemeine Aufgaben in die Hand nehmen, wenn Privatunternehmungen sie entweder gar nicht oder doch nicht in gleicher Güte und mit dem gleichen Interesse für die Gesamtheit leisten.

Ad *β*. Der Staat soll zugunsten bestimmter Volksschichten in das wirtschaftliche Leben eingreifen, wenn es sich wie bei der Arbeiterschutzgesetzgebung um den Schutz der wirtschaftlich Abhängigen gegen Ausbeutung und Unterdrückung handelt, oder, wenn es sich um große Einrichtungen handelt, die wie die Arbeiter- und die Privatbeamtenversicherung von allgemeinem Werte auch für die Gesamtheit sind,

Ad *γ*. Der Staat soll zugunsten bestimmter Produktionszweige in das wirtschaftliche Leben eingreifen, wenn es sich

- αα*) um Produktionszweige handelt, zu deren Schöpfung die Voraussetzungen im allgemeinen gegeben sind, zu der auch die notwendige privatwirtschaftliche Initiative sich erwarten läßt, die aber ohne Staatshilfe über die Schwierigkeiten des Anfangs nicht hinwegkommen können,
- ββ*) um Produktionszweige handelt, die unter einer vorübergehenden Krisis schwer zu leiden haben, durch staatliche, zu ihren Gunsten erfolgende Eingriffe aber über die Krisis gefördert werden könnten,

γγ) um Produktionszweige, die wir trotz lang andauernder Krisis nicht verkümmern lassen dürfen, weil sie so wichtige Bestandteile unseres wirtschaftlichen Organismus bilden, daß ihr Hinsiechen den ganzen Wirtschaftskörper in Mitleidenschaft ziehen würde.

In allen diesen drei Fällen soll der Staat jedoch nur eingreifen, wenn sich auf dem Wege privater Selbsthilfe dasselbe wie durch Staatshilfe entweder gar nicht oder doch nicht in derselben Güte und mit demselben Erfolge für den betreffenden Produktionszweig erreichen läßt.

In den beiden ersten Fällen soll der Staat ferner nur eingreifen, wenn sich erwarten läßt, daß die gewährte Unterstützung, der gewährte Schutz später der Gesamtheit einen Nutzen einbringen werde, der größer ist, als der Aufwand für die gegenwärtige Unterstützung oder Bevorzugung zu veranschlagen ist.

Ad δ. Der Staat soll einzelnen einen besonderen Schutz, eine besondere Unterstützung zuteil werden lassen, wenn man annehmen darf, daß der Nutzen, der in der Gegenwart oder doch in der Zukunft der Gesamtheit aus dieser Unterstützung erwächst, größer sein wird als der Aufwand für die gewährte Unterstützung, den gewährten Schutz.

Bei allen Eingriffen des Staates zugunsten bestimmter Volksschichten, bestimmter Produktionszweige oder einzelner Betriebe oder Personen liege ferner die Gefahr vor, daß sie die Unzufriedenheit der übrigen hervorrufen, die Ansprüche und die Zuversicht auf die Staatshilfe steigern und den eigenen Unternehmungsgeist untergraben.

Es folge daraus, daß bei der Gewährung solcher Eingriffe besondere Vorsicht zu walten habe, sowohl bei der Erwägung der Frage, ob sie überhaupt zu gewähren seien, wie bei der Frage nach dem Umfange des Eingriffs, wie endlich bei der Frage nach der Dauer des Eingriffs.

Ad ε. Ein Staatsbetrieb sei da wünschenswert, wo allgemeine Gesamtinteressen durch sie besser vertreten werden könnten als durch den einzelnen.

Während man sich über die Leitsätze einig war und ist, herrschte und herrscht nicht immer Einigkeit darüber, wie weit im einzelnen Falle nun die Voraussetzungen für einen Staatseingriff gegeben seien, besondere Uneinigkeit herrschte früher unter den sozialen Schulen über die Frage der Arbeiterversicherung und die Frage der Getreidezölle.

§ 104. Die Stellung der sozialen Schulen zu den Fragen der Arbeiterversicherung.

Es war hier wieder der linke liberale Flügel der sozialen Schulen, der sich lange Zeit ablehnend verhielt; man behauptete, eine zwangsweise staatliche Versicherung sei nicht nötig, es sei nur nötig, der privaten freien Versicherung durch die Gesetzgebung die Wege zu ebnen, um auf diesem Wege dasselbe erreichen zu können, was man

durch die staatliche Versicherung anstrebe. Als dann der Beweis erbracht war, daß diese Annahme eine falsche sei, wurde der fernere Einwand erhoben, daß Industrie, Staat und Gemeinden nicht wohlhabend genug seien, um die Kosten der Versicherung tragen zu können. Als dann aber die Erfahrung zeigte, daß die Kosten der Arbeiterversicherung auf das Kapital abgewälzt würden, weil die Arbeiterversicherung ungeahnte Milliarden schuf, weil ferner die private Versicherung und das Sparkassenwesen, die Anlage von Geldern bei den Spar- und Darlehnskassenvereinen und den Depositenbanken nicht, wie man anfangs gefürchtet hatte, infolge der staatlichen Arbeiterversicherung zurückgingen sondern sich in ungeahnter Weise belebten und neue Milliarden aus der Erde gestampft wurden, die dem vorhandenen Kapital Konkurrenz machten und den Zinsfuß so herabdrückten, daß Industrie, Staat und Gemeinden, was ihnen die Arbeiterversicherung kostete, in ersparten Zinsen reichlich wieder einbrachten, da bekehrten sich alle sozialen Schulen zur Arbeiter- und Privatbeamtenversicherung.

§ 105. Die Stellung der sozialen Schulen zur Frage des Getreidezolls.

Die Streitfrage um den Getreidezoll spitzt sich mehr und mehr zu der Frage »Agrarstaat und Industriestaat« oder »alleiniger Industriestaat« zu. Im einzelnen handelt es sich um die folgenden Fragen:

1. Können wir es ohne Gefahr darauf ankommen lassen, daß wir den Verkehrsnahrungsmittelspielraum durch einseitige Begünstigung der Industrie auf Kosten des natürlichen Nahrungsmittelraums schnell steigern, um den ganzen Bevölkerungszuwachs dem Lande zu erhalten und deutsche Elemente aus allen anderen Ländern an uns zu ziehen?
2. Sind die hygienischen Verhältnisse in den Städten jetzt so gute, daß die Städte sowohl einen Bevölkerungszuwachs wie die nötige Rekrutierungsziffer uns gewährleisten können?
3. Wie weit projizieren sich die Getreidepreise auf die Grundstückspreise, und wie weit ist eine solche Projektion wünschenswert?
4. Wie weit wird durch Versagung der Getreidezölle sich der Übergang vom Ackerbau zur Viehzucht vollziehen und welchen Einfluß wird dieser Übergang auf unsere gesamte wirtschaftliche Struktur haben, insbesondere könnte er Krisen nach sich ziehen?

§ 106. Einfluß der sozialen Schulen auf die Wirtschaftspolitik.

Legen wir uns zum Schluß die Frage vor, welchen Einfluß die sozialen Schulen auf die Volkswirtschaftspolitik gehabt haben, so können wir sagen, daß in Deutschland, die sozialen Schule und zwar diejenige Richtung, die eine soziale Fürsorge im weitesten Umfange verlangt, auf der ganzen Linie gesiegt habe. In keinem Lande ist der Liberalismus und Doktrinarismus in der Volkswirtschaftspolitik so gründlich über-

wunden worden wie in Deutschland. In einigen anderen Ländern, wie in Österreich, möchte man wohl Deutschlands Beispiel nachahmen, doch fehlt ihnen noch der deutsche Wohlstand; denn die soziale Fürsorgepolitik setzt Wohlstand voraus. Länder, die noch im Stadium des wirtschaftlichen Großhungerns sind, können sich darum sozusagen den Luxus einer Sozialpolitik nicht gestatten. Deshalb konnten aber auch wir selbst diese Politik erst inaugurieren, als Deutschland durch seine wirtschaftliche und politische Einigung endlich wieder zu dem Wohlstande der zweiten Hälfte des sechszehnten Jahrhunderts zurückgekehrt war, ja diesen wohl noch übertroffen hatte. Hoffen wir im Interesse wahrer Kultur und wahrer Menschlichkeit, daß das deutsche Vorbild mehr und mehr auf dem ganzen Erdball Nachahmung finden möge!

Namenregister.

Die Zahlen bedeuten die Seiten.

- Adamiten 184.
Adams 249.
Adickes 222.
Adler 222.
Alessio 229.
Allemane 178.
Almagro 20 f.
Almeida 21.
Albuquerque 21.
Ambron 126.
Amerika 107 f., 114, 180, 181,
186, 217, 221, 236, 249.
Amersin 154, 168.
Anderson 93 f.
Andler (Charles) 154, 169.
Antoine (Charles) 117, 118.
Antonelli 132.
Argentinien 231.
Aristoteles 5 ff., 14.
Arkwright 69.
Aschrott 222.
Ashley 243, 248.
Athen (als vorbildlicher Staat) 8.
Auspitz und Lieben 132.
Australien 181, 186.
- Babeuf 182 f.
Bachi (126).
Bacon 38, 41, 45, 182.
Baden 187.
Bagehot 243 ff.
Bakunin 109, 183.
Barbès 183.
Bastiat 99, 101 ff., 107, 113,
114, 118, 232, 237.
Baudrillart 232, 243.
Bäumer (Gertrud) 228.
Bazard 137, 139, 140 f., 166.
Bebel (August) 154, 168, 176,
177.
Becher 38, 42 ff.
Beghinen und Begharden 183.
Belgien (siehe auch Nieder-
lande) 31, 179, 181, 183.
Bellamy 154, 168.
Berardi (Domenico) 127, 131.
Beloch 231.
Berghoff Ising 223.
Bernatzik 129.
Bernhard 220 223.
Bernhardi (Friedrich von) 115,
119, 120, 121.
Bernstein (Eduard) 154, 168,
170.
Bibelkommunisten 184.
Biermann 228.
Biermer 223.
Bilz 154, 169.
Biologen 189, 193, 199.
- Bismarck 104, 144, 148, 176,
177, 216.
Blanc 137, 139, 142, 146, 178.
Blanqui 142, 148, 178, 183.
Block (Maurice) 105.
Block 154.
Boccardo (Gerolamo) 193.
Bodin 38, 39, 40, 41, 48 f., 243.
Böhm von Bawerk 127, 128 f.
Böhmert 200, 223.
Boisguillebert 33, 34, 39, 47 f.
Boissel 182.
Bolles 249.
Borghet (Richard van der) 212.
Bouncaian 229 Anm.
Bourgeois (Léon) 189, 198 f.
Bourguin 232, 242.
Braun (Adolf) 154, 169.
— (Heinrich) 154, 169.
— (Lily) 154, 169.
Bray 197 Anm.
Breitscheit 125.
Brentano 206, 212, 215, 228,
252.
Britannia languens 38.
Brousse 178.
Buchenberger 212 f.
Bücher 212, 213.
Buche 137, 148, 193, 237.
Burns 178.
- Cabet 178, 183.
Cabral 21.
Campanella 182.
Canning 97.
Carbonari 140.
Caprivi 177.
Carey 103, 110 ff., 204, 224.
Carli 200.
Carlyle 115 Anm., 221.
Cato 9 ff.
Cavaignac 108, 142.
Cauwès 231, 232 f.
Chalmers (Thomas) 115.
Chapham 247.
Chartisten 178.
Cherbuliez 197 Anm.
Chevalier 104.
Cheysson 231, 235.
Child 38, 46.
Christus 183.
Claaßen 223.
Cliffe Leslie 243, 246 f.
Clive (Lord) 22.
Cobden 86, 100, 104.
Cocceji 25.
Cognetti de Martiis 231.
Cohn (Gustav) 212, 213 f.
Coke 38.
- Colbert 21, 28, 33, 34, 38, 110.
Coletti 231.
Colson (L. C.) 132.
Columbus 20.
Communards 142.
Comte (Auguste) 189 ff., 193,
194, 196 f., 198, 201 Anm.,
218, 227.
Condorcet 201 Anm.
Conigliani (C. A.) 127, 131.
Conrad 191, 206, 212, 214,
252.
Considerant 137, 138.
Contento 231.
Copernikus 39, 48.
Cortez 20.
Cosatini 231.
Cossa (Emilio) 229 f.
— (Luigi) 125 f., 229 f.
Cournot 132.
Court, Pieter und Jan de la 38,
44.
Crompton 69.
Cromwell (Oliver) 22, 32, 38,
44, 46, 69.
Cromwell (Richard) 32.
Crüger 152 Anm.
Cunningham 243, 248.
Cunow 154, 169.
Cutumano 230.
- Dade 228.
Daïre 99, 101.
Damaschke 186, 187, 188.
Dänemark 22 Anm., 23, 179,
181.
Darwin 247.
Davenant 38, 46.
David 154, 170.
Dehn 223.
Delamarre 39, 48.
Delbrück 104.
Demolins 231, 235, 236.
Deschamps 105.
Deutschland 17, 38, 39, 42 ff.,
46 f., 104, 106, 109, 114, 115,
119 ff., 122, 127 f., 175 ff.,
181, 247 Anm., 257 f.
Diehl 223.
Dietzel 107, 206.
Diogo Cão 21.
Dirck 38.
Dix (Arthur) 127, 128.
Dönniges (Fräulein von) 146.
Dühring (Eugen) 114, 167.
Dunbar 249.
Dunoyer 103, 201.
Dupont de Nemours 56.
Durkheim 189, 192 f.

- Eberstadt 188.
 Efferfs 169.
 Eheberg (Karl Theodor von) 115, 119, 124.
 Ehrenberg 223.
 Elbe 23.
 Eichthal 232, 241.
 Elder (William) 114.
 Elisabeth 32.
 Elster 223.
 Ely 249.
 Infantin 137, 139, 141 ff.
 Engels 154, 160, 162, 163, 167 f., 181.
 England 16, 21 ff., 22 f., 29 ff., 35, 38, 41, 44 f., 68 f., 80, 96 ff., 99 ff., 103 f., 115 mit Anm., 159, 178, 181, 186, 205, 231, 243.
 Eniaudi 230 f.
 Erdmann 125.
 Espinas 195 Anm.
 Essener 183.
 Eugenie (Kaiserin von Österreich) 109.
 Eulenburg 223.

 Fannio 231.
 Faucher 104.
 Fawcett 197 Anm.
 Fay 247.
 Ferrara (Francesco) 114.
 Ferrari (Carlo) 126.
 Ferrier 110.
 Feuerbach 161, 167.
 Fichte 154.
 Flesch 188.
 Flürsheim (Michael) 185, 186.
 Forbonnais 38, 46.
 Fortrey 38, 46.
 Fouillée 189, 199.
 Fourier 137 ff., 169, 177 f.
 Franckenstein (Kuno) 124, 223.
 Frankreich 16, 18, 21, 23, 31, 33 f., 35 f., 38 f., 40, 45 f., 80, 104, 110, 115, 116 ff., 127, 154, 169, 177 f., 181, 231 ff.
 Friedrich der Große 19, 23, 24 f., 26, 29, 36, 38, 64.
 Friedrich Wilhelm I. 23, 24.
 Friesen (H. von) 125.
 Fuchs 224.
 Fuld 188.
 Fullarton 96.

 Galiani 56, 200.
 Ganilh 110.
 Garland 247 Anm.
 Genovesi 38, 39.
 George (Henry) 185, 186, 187.
 Gerhardianer 183.
 Giddings 194.
 Gide (Charles) 150 Anm., 231, 232, 236 f.

 Giemann 247.
 Gioja (Melchore) 127, 131.
 Gladstone 100.
 Gobbi 230.
 Godin 137, 138 f.
 Göhre 125, 154, 169.
 Goldmann 109.
 Goldstein 224.
 Goltz (Theodor von der) 212, 214.
 Goschen 247.
 Gossen 132, 185, 186.
 Gothein 224.
 Gournay 54 f.
 Graswinkel 38, 44.
 Gravell 188.
 Grazia dei 230.
 Gregorianer 183.
 Großmann 228 Anm.
 Grotius 51.
 Grün 109.
 Grünberg 129, 229.
 Grunzel 212, 214.
 Guarinaindianer 184.
 Guesde 178.
 Gumplowicz 199 Anm.

 Haas 160.
 Hadley 107, 247.
 Haller (Karl Ludwig von) 115, 119.
 Hamilton (A.) 114.
 — (W.) 195.
 Hampke 228 Anm.
 Hancock 247.
 Hanssen 212, 214 f.
 Harmonisten 184.
 Harms 224.
 Harnack (125).
 Hasbach 224.
 Hatzfeld (Gräfin) 144.
 Haushofer 224.
 Hausmann 104.
 Haxthausen 249.
 Hearn 247.
 Heckel (Max von) 115, 119, 124.
 Hegel 144, 161, 166, 170.
 Held 224.
 Helldorf (Baumersrode) 186.
 Herbert 55, 56.
 Hergreave 68.
 Herkner 224 f.
 Hermann (Friedrich, Benedikt, Wilhelm von) 121, 127 f.
 Hertz 154, 170
 Hertzka (Theodor) 154, 168.
 Heß 109.
 Hesse (Albert) 193 Anm.
 Highs 68.
 Hieronymianer 183.
 Hildebrand (Bruno) 207, 218, 230.
 Hildebrand (Gerhard) 83.

 Hirschberg 229 Anm.
 Hirsch-Dunckersche Gewerksvereine 176, 252 f.
 Hitze (Franz) 124.
 Hoffmann (Johann Gottlieb) 115, 119, 120, 121.
 Hornigk 38, 42.
 Hove 247 Anm.
 Howard 247.
 Hübbe-Schleiden 229 Anm.
 Huber 225.
 Hume (David) 65.
 Huskisson 97.
 Hutcheson 67.

 Jaffé 222, 225.
 James 249.
 Jannet 231, 235, 236.
 Jastrow 225.
 Jaurès 154, 178.
 Jevons 132, 240, 246 Anm.
 Inama-Sternegg 212, 215.
 Ingram 197, 200.
 Jones 200, 244
 Italien 38, 39 f., 106, 109, 114, 115, 125 f., 127, 129, 179, 181, 229 ff.
 Juden 16, 29, 36, 84, 85, 109, 120, 143, 160 f., 180, 183, 222, 249.
 Justi 38.
 Iwolf 225.
 Izoulet 188.

 Kanonisten 13 f., 67, 76.
 Kaiser Karl V. 18.
 Karl II. von England 22, 29, 32, 35, 44.
 Karl X. 140, 142.
 Kaufmann 225.
 Kaunitz 38.
 Kautzky (Karl) 154, 168.
 Ketteler (Wilhelm Emanuel, Freiherr von) 124 f.
 Keußler 249.
 Kirchmann 155 f.
 Kleinwächter 225.
 Klock 38, 46.
 Knapp 212, 215, 224.
 Knies 207, 218, 230.
 Knights of labor 180.
 Köhne 225.
 Kollmann 229 Anm.
 Komorzynski 127, 128, 129.
 Krapotkin 109, 183
 Kurfürst, der große 22 Anm., 23, 38.

 Labriola (Arthur) 127, 131.
 Lafargue 178.
 Lalor (John) 115 Anm.
 Lampertico 229.
 Landry (Adolphe) 154, 169.

Lassalle 137, 139, 142 ff., 156, 176, 177.
 Latham 247 Anm.
 Lauderdale (James) 115.
 Launhardt 132.
 Lauwick 249.
 Laveleye 232, 243.
 Law (John) 35 f., 39, 56, 62.
 Lehr 132, 224, 226.
 Leo III. 119.
 Leopold I 38.
 Leroy Beaulieu 232, 234, 237 ff.
 Leser 212, 225.
 Levasseur 232, 242 f.
 Lévy 232, 241.
 Levy von Halle 225.
 Lexis 212, 215.
 Liebknecht 176, 177.
 Liefmann 225.
 Lindemann (Moritz) 128 Anm.
 List 110, 124, 202 ff., 232.
 Locke 38, 44 f.
 Lorenzoni 231.
 Loria 229, 230 f.
 Lorini 126.
 Losch 225.
 Lotz (der ältere) 144.
 Lotz (Walther) 212, 215.
 Louis Philippe (Regent) 34.
 Louis Philippe (König) 183.
Mably 182.
 Macchiavelli 38, 39, 41.
 Mc. Culloch 99.
 Macdonell 247 Anm.
 Mc. Gregor 247 Anm.
 Mackay 109.
 Mc. Kinley 109.
 Macleod 247 Anm.
 Macrosty 247 Anm.
 Maignen (Maurice) 118.
 Malessere 231.
 Maestroit 48.
 Maletesta 109.
 Malthus 81 ff., 84, 91, 93, 102, 113, 115, 116 Anm.
 Mangold 188.
 Maria Theresia 38.
 Marlo 137, 139.
 Maroussem 231, 235.
 Marshall 247 Anm.
 Martin 232, 243.
 Martineau (Harriet) 116 Anm.
 Marx 142, 143, 144, 146, 154, 160 ff., 168, 170, 174, 177, 181, 182, 186.
 Marxisten 154, 160, 168, 176, 177, 178, 179, 180.
 Mataja 127, 128, 129.
 Maudeville 101.
 Maximilian I 33 f.
 May 225
 Mayr 225.

Mehring 154, 169.
 Meitzen (August) 212, 216.
 Méline 64.
 Melon 38, 45.
 Menenius Agrippa 195.
 Menger (Anton) 154, 168.
 Menger (Karl) 127, 128.
 Menger (Max) 127, 128, 129.
 Mercier de la Rivière 56.
 Messedaglia (Angelo) 126, 229.
 Miaskowski 212, 217 f.
 Michaelis 104.
 Mill (James) 99, 196.
 Mill (John Stuard) 185, 189, 194, 196 ff., 200, 218, 244, 245.
 Millerand 178.
 Minghetti (Marco) 125.
 Mirabeau (der ältere) 55, 56, 64.
 Mischler 226.
 Mitscherlich 229 Anm.
 Molinari 198 Anm.
 Montaigne 39, 40, 41, 45, 46.
 Montanaris 106.
 Montchrétien 38, 40.
 Morellet 56.
 Morelly 182.
 Morris (William) 154, 168.
 Morus 182.
 Most 109.
 Mühlberger 109.
 Müller (Adam) 202.
 Mun 35, 38, 44.
 Mun (Comte Albert de) 118.
 Münsterberg 249.
 Münzer (Thomas) 184.
 Muro 126.
 Myrbach Rheinfeld 226.
 Napoléon III 104, 108, 138.
 Nasse 226.
 Natorp 189.
 Naumann (Friedrich) 115, 119, 125.
 Nazzani 229.
 Necker 39, 46.
 Netschajew 109, 183.
 Neuburg 226.
 Neumann (Friedrich Julius) 127, 128.
 Newcomb 107.
 Newmarch 243, 248.
 Neymark 231, 241.
 Niederlande 16, 18, 21, 23, 31, 35, 38, 44, 179, 181.
 Nieuwenhuis (Domela) 179.
 Noblat (de Metz) 115, 116, 117 f.
 North 38, 44 f.
 Norwegen 179.
 Noyes 184.
 Nübling 228 Anm.
Oder 23.
 Oldenburg 226.

Oncken 226.
 Oppenheim (H. B.) 122.
 Oppenheimer 188.
 Österreich 17, 22 f., 121, 127, 128 ff., 178, 181, 257 f.
 Ott 150 Anm.
 Owen (Robert) 137, 152, 178, 183, 184, 198.
Paasche 226.
 Pantaleone (Maffeo) 126.
 Paraguay 182, 184.
 Pareto V. 132.
 Patten 249.
 Peel (siehe auch Peelsche Bankakte) 100, 112.
 Perfektionisten 184.
 Périn (Charles) 117, 118.
 Perry 107.
 Peru 20 f., 184.
 Pesch (Heinrich) 124.
 Pestl 188.
 Petty 38, 44 f.
 Philipp III. von Spanien 16.
 Philippovich 137, 128, 129.
 Pierstorff 226.
 Pitt (William) 38.
 Pizarro 20.
 Platon 1 ff., 6 ff., 67, 182, 195.
 Play (Le) 118, 231, 233 ff.
 Plechanow 180.
 Plinius (der ältere) 9 ff.
 Pohle 226.
 Poinsard 231, 235, 236.
 Polen 16, 24, 159, 223.
 Portugal 16, 18, 21, 31.
 Pradergast 247 Anm.
 Preußen 17, 22 Anm., 23, 24 ff., 80, 97, 104, 122, 187.
 Prevôt (Maurice le) 118.
 Proudhon 108 f., 146, 162.
Quesnay 51, 55, 63, 64, 224.
Rae (John) 115.
 Raffalovich 232, 241.
 Raiffeisen 160.
 Raleigh 38, 44.
 Rambaud (Josef) 117, 118, 119.
 Rappisten 184.
 Rathgen 226.
 Ratzenhover 194.
 Rau 106, 121.
 Lo Re 231.
 Réfugiés 36.
 Reich 247 Anm.
 Reinsdorf 109.
 Rheinland 160 ff.
 Ribbe 231, 235, 236.
 Ricardo 84 ff., 99, 100, 102 f., 104, 112, 113, 116 Anm., 146, 157, 158, 163, 171 ff., 196, 200, 243, 245, 247, 248.
 Ricca (Salerno) 126.

- Richard 107.
 Riste 238.
 Rochdaler Pioniere 152.
 Rodbertus-Jagetzow 146, 154, 155 ff.
 Rogers (Torold) 247 f.
 Römer 9 ff.
 Roscher 196, 200, 207 ff., 218, 222, 228 Anm., 230, 244.
 Rossi (Giovanni) 132.
 Rostand 231, 235, 236.
 Rousseau 185, 199.
 Roussiars 231, 235, 236.
 Ruge (Arnold) 162.
 Ruhland 226.
 Ruskin (John) 115.
 Rußland 109, 180, 181, 183, 249.
- Sabbatini 231.
 Sachsen 23 f.
 Sagorski 249.
 Saint Simon und Saint Simonismus 104, 137, 139 ff., 143, 148, 177 f., 189, 190, 218.
 Samter 185.
 Sannaccone 230.
 Sartorius von Waltershausen 212, 217.
 Sax (Emil) 127, 128, 129.
 Say (Jean Baptiste) 73, 74, 99, 101, 104, 110.
 Say (Léon) 104, 106 Anm.
 Say (Louis) 110.
 Scaruffi 39, 48.
 Schäffle 189, 194.
 Schanz (Georg) 212, 217.
 Schatz 105 f.
 Schelling 120, 208.
 Schenck 152 Anm.
 Schiaterrella 229, 231.
 Schippel 154, 170.
 Schmöle 228 f. Anm.
 Schmoller 121, 194, 212, 217 ff., 236, 243.
 Scholastiker 14.
 Schön 80.
 Schönberg 212, 221.
 Schönlank (Bruno) 154, 170.
 Schrötter 38, 46 f.
 Schullern zu Schratzenhofen 127, 128, 129.
 Schulze (Delitzsch) 104, 137, 145, 148, 150 ff., 237, 252.
 Schulze-Gaevernitz 212, 221.
 Schumacher 212, 222.
 Schweden 22 Anm., 23, 31, 179.
 Schweizer 176.
 Schweiz 179, 181.
 Schwiedland 226.
 Seckendorf 38, 42.
 Seelig 226.
 Seligmann 249.
 Seneuil 104.
 Seniov 99, 100 f., 104.
- Sering 123, 187, 212, 221 f.
 Serra 38, 46, 110.
 Shadwell 247 Anm.
 Shapmann 247 Anm.
 Sidgwick 243, 245 f.
 Sieveking 229 Anm.
 Simkhowitzsch, 249.
 Simmel 194.
 Singer 226 f.
 Sinzheimer 227.
 Sismondi (Simonde de) 115, 116 f., 125.
 Smith (Adam) 29, 31, 67 ff., 87, 88, 90, 93, 100, 114, 122, 224, 248.
 Smith (E. Peshine) 114.
 Smith (Prince) 104.
 Smith (Richmond Mayo) 249.
 Sombart (Werner) 154, 162, 206, 212, 222, 225.
 Spanien 16, 18, 20, 23, 44, 180, 181.
 Spann 189, 193.
 Sparta (als vorbildl. Staat) 2 f.
 Spencer (Herbert) 189, 193, 194, 197 f., 218.
 Spencer (Thomas) 185.
 Spiethoff 229 Anm.
 Stafford 38, 41.
 Stahl (Friedrich Julius) 115, 119, 120.
 Stamm 185.
 Stein 80.
 Steuarts 38, 41.
 Stieda 212, 222.
 Stillich 227.
 Stirner 109, 198.
 Stöcker 123, 125.
 Stölzmann 227.
 Studnitz 227.
 Stumm-Halberg 123.
 Supino (Camillo) 126.
 Süßmilch 39, 49.
 Syme (David) 116 Anm.
- Tarde (Alfred de) 127, 130.
 Tarde (G.) 127, 130.
 Taussig 107.
 Temple 38, 46.
 Thünen (Johann Heinrich) 132 ff.
 Thurn und Taxis 23 f.
 Thompson (Robert E.) 114.
 Tivaroni 230.
 Tombesi 231.
 Tönnies 189, 193, 194.
 Took 96, 243, 248.
 Torrens 99 f.
 Tour du Pin (Marquis René de la) 117, 118 f., 150 Anm.
 Tourville 231, 255 f.
 Treitschke 218.
 Troeltsch 227.
 Trüdinger 226.
- Tsingtau 187.
 Turgot 56, 63, 100.
- Umpfenbach 226.
- Vahlteich 145.
 Vaillant 178.
 Vairasse 182.
 Valenti 126.
 Varro 9 ff.
 Vasco da Gama 21.
 Vigoureux (Clairisse) 137, 138 f.
 Villeneuve Bargemont (Alban de) 115, 116, 117, 125.
 Villey (Edmond) 150 Anm.
 Vinogradoff 243, 248.
 Virgili 126.
 Viti 231.
 Vollmar 154.
 Volta 126.
- Waentig 227.
 Wagner 107, 115, 119, 120 ff., 125 f., 155, 156, 187, 224, 232, 253.
 Walker (Amasa) 107.
 Walker (Francis Amasa) 107.
 Wallace (Alfred, Russel) 185.
 Wallace (M.) 249.
 Walpole 38.
 Walraß 132.
 Ward 193 Anm.
 Warschauer 227.
 Warville 182.
 Weber (Adolf) 227.
 Weber (Alfred) 206, 227.
 Weber (Lizentiat L.) 125.
 Weber (Max) 206, 222, 225, 228.
 Weitling 183.
 Wernicke 228.
 West 93.
 Wiedenfeld 228.
 Wiedertäufer 184.
 Wieser (Friedrich von) 127, 128, 129.
 Wilbrand (Robert) 154.
 Wilhelm I. (von Preußen, deutscher Kaiser) 104, 148.
 Wilhelm II. 123, 125, 153.
 Wilhelm von Oranien 38, 44, 45.
 Wirth 104.
 Witt (Jan de) 44.
 Wolf (C. Julius) 107.
 Wolff (H. W.) 247 Anm.
 Wollenborg 230.
 Worms (Emile) 232, 241 f.
 Worms (René) 189, 191 f.
- Xenophon 1.
- Yermoloff 259.
- Zahn 228.
 Zimmermann (Alfred) 228.
 Zimmermann (Rudolf) 228.
 v. Zwiedeneck-Südenhorst 228.

Sachregister.

Die Zahlen bedeuten die Seiten.

- Ablösung der Fronen und Lasten 25, 29, 63, 80.
Absatzwege (Theorie der Absatzwege) 101.
Adel 18.
Agrargeschichte 215, 216, 228.
Agrarpolitik 11, 24, 29, 40, 63, 80, 168, 170, 212 f., 214, 216 f., 221, 225, 228 Anm.
Agrarrecht 11, 12.
Agrarsozialismus 185 ff., 234.
Agrar- und Industriestaat 32, 82, 83, auch Anm., 107, 123, 124, 205 f., 225, 257.
Akkordlohn 164 f.
Allgemeiner deutscher Arbeiterverein 175, 176.
Altertum 1.
Altruismus 105, 128.
American Economic Association 249.
Anarchismus 52, 108 f., 144, 178, 179, 180, 181, 183, 198, 223.
Anti Corn Law League 84, 86.
Antirevolutionär 248.
Arbeit (geschätzt) 1, 12, 65, 69, 139, 140, 145, 234.
Arbeit als Produktionsfaktor 40, 45, 46, 55 f., 57 f., 65, 67, 69, 70, 73, 89 f., 100, 111 f., 118, 127, 128, 139, 140, 156, 172.
Arbeiterbildungsvereine 145, 175.
Arbeiterkongreß (allgemeiner, in Leipzig) 145, 156.
Arbeiterschutz 117, 118, 214, 231, 233, 253, 254.
Arbeiterstand 79 f., 90 f., 111, 113, 116 f., 120, 139, 140, 145, 146 ff., 150, 155, 167, 186, 188.
Arbeitervereine 118, 145, 151, 212, 214, 218.
Arbeiterversicherung 91, 118, 119, 188, 198, 212, 214, 221, 227, 254, 256 f.
Arbeiterversöhnungspolitik 254.
Arbeiterwohlfahrtpolitik (s. auch Arbeiterschutzpolitik und Arbeiterversicherung) 247 Anm., 253.
Arbeitseinkommen 188.
Arbeitseinstellungen 253.
Arbeitsfreiheit 116 f., 119.
Arbeitsfreudigkeit 233.
Arbeitsgemeinschaft 213, 232.
Arbeitsgliederung 213.
Arbeitsleistung 253.
Arbeitslöhne 45, 49, 58, 66, 75, 78, 87 ff., 90 f., 99, 100 f., 102, 108 f., 111, 113, 116, 119, 132, 135, 136, 146, 147, 156, 157 f., 163, 173, 175, 186, 212, 214, 228, 240, 248, 253.
Arbeitsstätten 235, 250.
Arbeitsteilung 4, 9, 67, 69, 70, 74, 87, 102, 162, 193, 205, 213, 220, 232.
Arbeitsvereinigung 213.
Arbeitsvertrag 26 f., 147, 157, 165 f., 212, 214, 250, 253.
Arbeitszeit 164, 171, 250, 253.
Armenwesen 81 f., 116 Anm., 118, 185, 186, 188, 198, 208.
Assoziationstheorie 102, 104, 193.
Ausgangspunkt der Volkswirtschaftslehre 171, 209.
Außenhandel (s. auch Handelsbilanz) 29, 42, 45, 46, 47, 65 f., 66, 72, 87, 97, 101, 104, 110, 113, 155, 197, 247 Anm.
Autorités sociales 234.
Bank von England 35, 62, 84, 95 f., 248.
Bankfrage 10, 35, 38, 39, 49, 77, 81 f., 84, 85, 95 ff., 99, 123, 188, 215.
Banknoten 35 f., 44, 62, 66, 77, 84, 85, 95 ff.
Bannmeilengebiet, Bannmeilenrecht 17, 22, 26 f., 31.
Bäuerliche Betriebe 11, 25, 26, 29, 41, 64, 120, 188, 212, 214, 224.
Bauernbefreiung 17 f., 24, 25, 29 f., 80.
Bauernschutz 24 ff.
Baugenossenschaften 187, 188.
Bauhandwerker 187.
Befähigungsnachweis (s. auch Handwerk, Zünfte und KonzeSSIONswesen) 104.
Begriffslehre 72, 211, 229, 230, 239.
Berufsvertretungen 253.
Betriebsleiter 245.
Betriebssysteme (landwirtschaftliche) 133, 134 f.
Bevölkerungsfrage 10 f., 14, 16 f., 36 f., 38, 39, 41, 42, 43, 49, 54, 56, 61 f., 72, 81 ff., 90 f., 100, 101, 102, 110, 111, 113, 118, 124, 128, 242, 257.
Bevölkerungsstatistik 49, 215.
Bevormundungspolitik 19 f., 28 f., 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 54, 56, 60, 63 f., 71, 106, 110, 118.
Binnenhandel 42, 45, 65, 72.
Blühende Völker und Volksteile 233.
Boden(besitz)reformer 123, 124, 185 ff., 254.
Bodenertrag (Gesetz des abnehmenden) 100, 102, 112.
Bodenrente (s. auch Grundrente) 45, 75, 76 f., 89, 112 f., 120, 132, 172.
Bodensperre 188.
Bodenständige Industrien 59 f.
Brahmanische Religion 195.
Christengemeinden 183.
Christentum (neues) 139 f., 141, 189 f., 197.
Christlicher Staat 117 ff., 140.
Consolidation Acte 38.
Contrat social 199.
Currencytheorie 95 f.
Darlehnskassenvereine 109.
Darwinsche Selektions- und Vererbungstheorie 245.
Demokratischer Verein 125.
Depositent- und Giroverkehr 91.
Diderotsche Encyclopädie 51, 55, 64.
Diebstahl 108, 182.
Dienstpflicht (militärische) 25 f.
Differenzialzölle 100.
Dogma (kirchliche) 118.
Dynamik 190, 191, 197.
Ehernes Lohngesetz 146, 147, 177.
Eigennutz 73, 100, 105, 106, 122, 127, 128, 171, 182, 191, 197, 246.
Eigentum an der eigenen Person 195 f.
Eigentumsrecht 54, 170, 199, 212, 243.
Einheit (wirtschaftl., Deutschlands) 97, 104, 202 ff.
Einigungsbestrebungen (des Merkantilismus) 15, 17 f.
Einzelhöfe 26.
Einzige Steuer 148 Anm., 186.
Eisenacher Kongreß 122, 176.
Eisenbahnen 36 f., 104, 129, 203 ff., 213.
Elektrizität 167.

- Enthaltbarkeit 118, 233.
 Entschuldungsfrage 187, 221.
 Entwicklungsstufen 41, 190, 205, 207, 213, 218 ff., 230, 234, 239, 244.
 Entwicklungstendenzen 240 f.
 Enzykliken (päpstliche) 118.
 Erbbaurecht 124, 185, 188.
 Erbrecht 141, 142, 163, 212, 217, 221.
 Erbsünde 117, 118, 233.
 Erbutertätigkeit 25, 29, 63 f., 80.
 Erfahrung (siehe Methodenfrage).
 Erfurter Programm 168, 177.
 Erziehungsfrage 2, 8, 81 f., 105, 116 Anm., 140, 141, 152, 155, 175, 189, 198, 235.
 Ethische Kräfte 2, 8, 40, 41, 122, 168, 202, 204, 218, 236.
 Ethischer Rationalismus 115 ff.
 Ethnographie 236.
 Eudämonismus (s. Merkantilismus) (Erklärung des Namens) 19 f.
 Evangelisch Soziale 115, 119, 125.
 Evangelisch sozialer Kongreß 123, 124.
 Evolution 148, 163, 166, 190, 191, 193.
 Existenzminimum 198.
 Exploitation de l'homme par l'homme 141, 143, 146, 163, 166 f., 171, 186.
 Explosionsmaschinen 167.
 Exporthandel (s. auch Exportindustrie) 18, 24 ff.
 Exportindustrie 32, 34, 35, 40, 56, 59 ff.
 Fabrikindustrie 68.
 Familienleben 2, 8, 234.
 Familienmonographien 233.
 Familistären 138, 139.
 Februarrevolution 162.
 Fideikomisse 217.
 Finanzgeschichte 211, 217, 218.
 Finanzwissenschaft 211, 217.
 Föderalismus 108 ff., 166, 227.
 Föderalistischer Rationalismus 108, 137 ff., 177 f., 180.
 Fortschritt 185, 228, 229.
 Frauenarbeit 69.
 Frauengemeinschaft 184.
 Freie Berufswahl 250.
 Freie Ehe 142.
 Freie Konkurrenz 73, 78, 101 f., 105 f., 115, 116, auch Anm., 117, 122, 157, 163, 166, 170, 191, 201, 230, 246, 250 ff.
 Freihandel und Freihändler 38, 40, 44 ff., 74, 80, 87, 94 f., 97 f., 99 f., 101, 104, 107, 110, 114, 116 Anm., 239, 247 Anm., 248, 251.
 Freiheit 54, 105 f., 201, 250.
 Freiheit des Betriebes 250.
 Freizügigkeit 250.
 Gegenwartsprogramm der Bodenreformer 186, 187.
 Geldfrage 2, 4, 9, 10 f., 13 f., 15 f., 18 f., 24, 35, 38, 39, 42, 44, 45, 46, 47, 48 f., 56, 62, 66, 72, 77, 87, 94 ff., 110, 111, 113, 120, 207, 227, 243, 245.
 Geldstreit (der albertinischen und ernestinischen Linie) 39, 48.
 Gemeinheitsteilungen 64.
 Gemeinsinn 105, 128, 171.
 Gemengelage 63 f.
 Genossenschaftswesen 104, 145, 150 ff., 231, 234, 236, 252.
 Genußmittel 182, 199.
 Gesamtwohl 73, 78 ff., 122, 171, 246.
 Gesellenfrage 26 f.
 Gesellschaft 171, 174 f.
 Getreidehandelspolitik 29, 30, 32, 34, 38, 39, 41, 44, 45, 46, 47 f., 54 f., 56 f., 84 ff., 98 ff., 111, 114, 124, 200, 206, 212, 214, 221, 225, 257.
 Gewerbe und Handel (seine Einschätzung) 1, 3, 4, 7, 8, 9, 10, 13, 39, 40, 42, 43, 46, 54 f., 57 ff., 63, 65, 73, 213.
 Gewerbefreiheit 28, 80.
 Gewerbornung (siehe auch Handwerk) 104, 206.
 Gewerbliche Produktion 87.
 Gewerkschaften 147, 176, 177, 178, 180, 181, 186, 212, 214, 218, 227, 228 f. Anm., 236, 252.
 Giro- und Lehnbank zu Berlin 36.
 Gleichheit vor dem Gesetz 250.
 Gothaer Kongreß 176.
 Gothaer Partei 145, 175.
 Grashamsches Gesetz 62, 95 f.
 Grenznutzentheorie 129, 130, 136, 237.
 Großgrundwirtschaften 11, 29, 41, 64, 120, 188, 212, 214, 215, 224, 248.
 Großindustrie 18, 26, 28, 31 f., 34, 43.
 Großliberale Partei 145, 175.
 Großstadtmonographien 235.
 Grundlastenablösungsbank 185.
 Grundrente 45, 75, 79, 86, 87, 92 ff., 99, 101, 102 f., 111, 112 f., 120, 132, 133, 134, 156, 158, 172, 173, 185, 186, 188, 230.
 Grundsteuer 134, 135, 186, 187.
 Grundverschuldung 187.
 Haftung bei Genossenschaften 151.
 Hallischer Kongreß 177.
 Handel (siehe auch Handelsbilanz) 40.
 Handelsbilanz 19, 38, 40, 43, 45, 46, 54, 57, 94 f., 101, 113.
 Handelskompagnien 23, 42.
 Handelsprivilegien 23, 42, 44, 64.
 Handelsstockungen 45, 155, 156, 158.
 Handelsverein (deutscher) 202.
 Handelsverträge 104.
 Handwerk (siehe auch Zunftstatuten und Zunftberichte) 17 f., 26, 29, 31, 33, 40, 43, 64, 80, 104, 221.
 Harmonienlehre 101 f., auch Anm., 111, 113, 117, 118, 183, 193, 195, 198, 199, 201, 209, 237.
 Harvard Universität 249.
 Haushaltsbudget 233.
 Hausindustrie 28, 31, 36 f., 69, 213.
 Hauswerk 213.
 Hegemonie (Imperium) 1, 2, 4, 7 f., 11.
 Hierarchie der Funktionen 143, 147.
 Hilfskassen (253).
 Historismus und Historische Schule 41, 43, 106, 107, 121 f., 125 f., 128, 189, 193, 196, 199, 200 ff.
 Hohe Landstraße 24.
 Hörigkeit 24, 25.
 Hypothekarkredit 156, 159, 187.
 Idealstaat 1, 7, 154, 163, 167, 168, 169, 170, 182.
 Jesuitenstaat 182, 184.
 Immaterielle Produktion 40, 65, 74, 90, 120, 156, 172, 201, 205.
 Imperium (siehe Hegemonie).
 Impot unique 48 Anm.
 Indirekte Steuern 144, 145.
 Individualismus und Liberalismus 105 f.

- Individualistischer Rationalismus 52, 64, 72, 116 Anm., 117, 120, 128, 195, 196, 198, 204, 209 f.
- Individualität (siehe auch individualistischer Rationalismus) 1, 2, 4, 7 f., 64, 72, 193.
- Industrialisme 73.
- Industrialismus 73.
- Industriestaat 32, 107, 123 f., 205, 225.
- Inkastaat 20 f., 184.
- Internationale 162, 181.
- Interventionspolitik (siehe auch Bevormundungspolitik) 237, 241, 242, 247 Anm., 251, 254 ff.
- Kadettenanstalten 18.
- Kameralismus (siehe Merkantilismus) (Erklärung des Namens) 19 f.
- Kampfaller gegen alle 116, 157.
- Kanalbauten 23, 69.
- Kantone, Kantonist 26.
- Kapital (Lehre vom) (siehe auch als Produktionsfaktor und Kapitalgewinn) 70, 127, 129, 163, 172, 227.
- Kapital (als Produktionsfaktor) 13, 73, 89 f., 111 f., 156, 172, 227.
- Kapital (Marx' Buch) 162 ff.
- Kapitalgewinn 70, 75, 76, 77, 78 f., 87 f., 113, 120, 172, 174, 186, 188, 230.
- Kapitalismus 108, 116 ff., 119, 145, 146, 147, 157, 163, 165, 166, 170, 188, 193, 194 f., 222, 227, 228.
- Kastelle 212, 230.
- Kathedersozialisten 107, 122, 218, 253.
- Katholisch Soziale 115, 116, 117 ff., 119, 124 f., 148, 150 Anm., 236.
- Katholische Tugenden und Sittengesetze 118, 233.
- Kausalnexus 193.
- Keuschheit 118, 233.
- Kinderarbeit 69.
- Kinderaussetzung 4, 8.
- Kirche 118.
- Klassische Schule 65 ff., 84 ff., 87, 88, 107, 110 f., 114, 115, 116 Anm., 122, 127, 170, 190, 196, 197 Anm., 204, 207, 209, 232, 236, 237, 244, 246, 247, 249.
- Kolonialpolitik 18, 20 ff., 40, 41, 46, 228, 229 Anm., 231, 238, 240, 242.
- Kolonisation (innere) 11, 24, 26, 36, 187, 221.
- Kommunale Betriebe 254.
- Kommune 183.
- Kommunismus 2, 8, 13, 109, 137, 152, 162, 167, 178, 179, 180, 181, 182 ff., 199, 223.
- Kommunistenbund 162, 181.
- Konstituierende Versammlung (Frankreich 1848) 142, 148.
- Konsumption 43, 127.
- Konsumvereine 138, 139, 151, 152, 180, 235, 237, 252.
- Kontinentales System 96 f.
- Kontinentalperre 30, 86, 97, 104.
- Konzentrationsprozeß 115, 117, 166 f., 201 Anm., 210.
- Konzessionswesen 26 f., 28 f., 250 f.
- Kornmagazine 43.
- Kosmopolitismus 117.
- Kostenwert 57, 58, 59, 60, 74, 76, 89, 91, 100, 103, 112, 164 f.
- Kreditfrage 155, 159 f., 207.
- Krisen 96, 156, 158, 229 Anm.
- Laissez faire et passer 54, 57 ff., 71, 72, 73, 78, 101 f., 106, 115, 116, auch Anm. 117, 122, 141, 201, 237.
- Landeskommissare 25.
- Landesmonographien 235.
- Landgemeinden 235.
- Ländliche Arbeiterfrage 214, 215, 221, 228, 231, 249.
- Landschaften 160.
- Landschaftsmonographien 235.
- Land Tenure Reform Association 185.
- Landwirtschaft (seine Einschätzung 1, 3, 4, 7, 10, 13, 33, 39, 40, 41, 42, 43, 46, 54 f., 57 ff., 63, 65, 73, 154.
- Legaler Standpunkt 122.
- Lehnsrecht 14.
- Leistungsfähigkeit 122.
- Liberale Berufe 63, 65.
- Lohnfond 11, 87, 90 f., 247.
- Lohnquote 157, 158.
- Lohntheorien 58, 66, 78, 87 ff., 90 f., 99, 101 f., 102, 108 f., 111, 113, 119, 135, 136, 146, 147, 156, 157 f., 163, 173, 175, 186, 228, 240.
- Lohnwerk 213.
- Luxus 66.
- Manchester 86.
- Manifest der kommunistischen Partei 162, 163, 167, 181.
- Manufaktur 28, 31 f.
- Marktbeschreibungen 235.
- Maß- und Münzwesen 35 Anm.
- Materialismus 117, 168, 202, 204, 248.
- Mathematischer Rationalismus 132 ff., 240.
- Mehrwert 57, 60, 164 f., 173.
- Meistbegünstigung 104.
- Merkantilismus 15 ff., 19, 67, 71, 106, 110 ff., 154, 182, 209, 218.
- Merkantilistischer Rationalismus 53, 110 ff., 224.
- Methodenfrage 7, 41, 43, 50 f., 52, 71, 106, 107, 117 f., 120 ff., 124 ff., 127 ff., 132 ff., 170, 187 ff., 197, 200, 207 ff., 210 ff., 218 f., 225, 229, 230 f., 231, 233, 235 f., 239, 241 f., 244 f.
- Mittelalter (Stellung der Volkswirtschaftslehre im M.) 12, (Preis des M's) 118.
- Mitteuropäischer Wirtschaftsverein 107.
- Mittelstandspolitik 227, 228, 252.
- Modifizierungen der Naturgesetze 117, 118, 233, 239, 241.
- Monopolpreise 76 f., 79.
- Motivenlehre 73, 100, 105, 106, 115, 122, 127, 128, 129, 130, 152, 191, 218, 246.
- Nahrungsmittelspielraum 81 f., 94, 102, 107, 222, 257.
- Nationaler Standpunkt 202, 204, 209 f., 228, 232.
- Nationalversammlung (Preuß. von 1848) 150.
- Nationalwerkstätten 143.
- Natur (als Produktionsfaktor) 45, 57 ff., 73, 89 f., 92, 111 f., 120, 156, 172 (Produktionswilligkeit der Natur) 87, 94, 173.
- Naturgesetze in der Volkswirtschaftslehre 52, 71, 117, 118, 121, 122, 124, 127, 128, 170, 192, 196, 201, 230, 233 f., 235, 236 f., 239, 241, 244.
- Natürliche (Das) 51 ff., 191.
- Naturrecht 50 ff., 118, 208.
- Navigationsacten 22, 35.
- Neuengland Kolonien 22.
- Neuseeland 186.
- New Harmony 152, 184.
- Nihilismus 226.
- Norddeutscher Bund 146 ff.
- Normalarbeitstag 156, 157, 158.
- Notenbanken 35 f.
- Oneidagemeinde 184.
- Orden 182.

- Organisationen (wirtschaftl.) 64, 105 f., 108 f., 116 Anm. 117, 119, 201, 218, 233, 251.
 Orgien 184.
 Ostindische Handelskompagnien 23, 44.
 Pachthöfe 29, 41, 63, 79, 86, 185.
 Papiergeld 19, 35 f., 44, 48, 62, 66, 77, 84, 95 ff., 123.
 Patrimonialgerichtsbarkeit 25, 80, 150.
 Patronage 234.
 Peelsche Bankakte 96, 123, 248.
 Personalkredit (landwirtschaftlicher) 156, 160.
 Pfandbriefinstitute 160.
 Pflanzschulen 18.
 Pflichtschule 81 f.
 Phalangstören 138.
 Physikalische Erdbeschreibung 235 f.
 Physiokratismus 54 ff., 68, 71, 72, 92, 94, 101, 186, 200, 209.
 Planlosigkeit der Produktion 147, 166, 171, 175.
 Politische oder pragmatische Soziologie 189, 194.
 Ponokratismus 74.
 Positivismus 189 ff., 193.
 Possibilisten 178, 179, 180.
 Postwesen 23 f.
 Preislehre (siehe auch Wertlehre) 13, 45, 48, 75 f., 88 f., 94 f., 113, 119, 127, 130, 133, 134, 188, 228, 230, 248, 257.
 Preistaxen 13, 28.
 Preußisch - deutscher Zollverein 97, 104, 206 f.
 Priesterstaat 184.
 Privateigentum 2 f., 8, 11, 103, 108, 142, 153, 157, 163, 166, 167, 169, 170 f., 172, 174, 177, 182, 185, 199, 234, 238, 247.
 Privatwirtschaftliche Betrachtungsweise 57 ff., 70, 72, 90, 110, 115, 116, 120, 128, 190, 204.
 Privilegierte Städte 25 f.
 Privilegien (siehe auch Handelsprivilegien) 140, 141, 142.
 Produit net 54, 57 f., 59, 63, 71, 90, 116, 120, 128.
 Produktionsfaktoren (siehe Arbeit, Natur, Kapital als Produktionsfaktoren).
 Produktionslehre (vgl. auch Produktionsfaktoren und produit net) 45, 72, 73, 87, 89 f., 111, 156, 171, 172, 196, 204, 209, 218, 245, 247 Anm.
 Produktionsmittel 100, 103, 118 f., 154 ff., 157, 166, 170 f., 172, 174, 177, 182, 188, 199, 238.
 Produktionsordnung 171, 174.
 Produktivgenossenschaft 139, 142, 143, 147, 148, 151 f., 177, 180, 193, 237 f., 252.
 Produzieren (Der Begriff) 45, 57 f., 103, 111.
 Profitrate 157, 158, 169, 240.
 Propaganda der Tat 109, 180.
 Protektionismus 35, 38, 40, 43, 46 f., 80, 97, 110, 111, 114.
 Provisor. Regierung (Frankreich 1848) 142.
 Psychologischer Rationalismus 121 f., 127 ff., 169, 192, 232, 237, 140.
 Pythagoräischer Philosophenstaat 2, 182, 183.
 Quäker-Schakergemeinde 184.
 Quantitätstheorie 66, 77, 87, 94, 100.
 Rationalismus 46, 50 ff., 196, 200, 204, 208, 210, 238, 244, 246.
 Recht auf Arbeit 142, 155, 175, 186.
 Recht und Wirtschaft 211, 218, 232.
 Rechtspflege 175.
 Reichtum 9, 9, 40, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 57 f., 65, 77, 110.
 Relativität 41, 121.
 Religion 175, 234.
 Religiös. Rationalismus 115 ff., 141, 236.
 Rentenkauf 13, 76, 159 f.
 Reproduktionskosten 112, 113, 114, 128.
 Reproduktionskostenwert 10, 76, 103, 112, 114.
 Reservearmee (industrielle) 164 f.
 Restitutionsedikte 24.
 Revisionismus 154, 168, 177, 178, 179, 180, 236.
 Römisches Recht (Rezeption des R. R.) 12.
 Revolution 148, 163, 168, 190, 191.
 Schutz der wirtschaftlich Schwachen 250.
 Schutzzölle 72, 80, 98, 99 f., 110, 111, 113, 114, 205, 212, 214, 228, 232, 247.
 Sekten 182 ff.
 Selbstgenügsamkeit d. Staaten 5, 8, 14, 17, 27.
 Selbsthilfe 148, 151 f.
 Single tax 186.
 Sklaven, Sklaverei, Sklavenarbeit 1, 6 f., 11, 12, 65, 116 f.
 Société d'économie politique 101 f., 104.
 Solidarität 193, 195, 198, 199, 241.
 Sozialdemokratische Partei 147, 168 f., 176 f., 194 f., 224, 226.
 Soziale Frage 156, 230, 237, 241.
 Sozialer Rationalismus 115 ff., 122.
 Soziale Schulen 250.
 Sozialethik 9, 105, 118, 204, 218 f., 242.
 Sozialismus 68, 74, 90, 103, 122, 137, 147, 151, 154 ff., 170 ff., 175 ff., 188, 194 f., 196, 223, 224, 227, 228 f., Anm. 236, 243.
 Sozialistengesetz 122, 125, 175, 176 f.
 Sozialistischer Rationalismus 154 ff., 170 ff., 175 ff., 194 f., 196, 224, 225, 227, 241.
 Sozialpolitik 9, 25, 28, 105, 140, 204, 209, 218 f., 224, 228, 232, 233, 242.
 Sozialrechtlicher Standpunkt 122.
 Soziologie 189 ff., 201, auch Anm., 212, 218, 236, 242.
 Sparkassen 91.
 Spar- und Vorschußvereine 91, 236, 237.
 Staat und Wirtschaft 211, 254 f.
 Staatsaufgaben 240.
 Staatsnoten 96.
 Staatsromane (siehe auch Idealstaaten) 154, 168, 182 ff., 195, 225.
 Staatssozialismus 123, 124, 227.
 Städtischer Boden (unbebauter) 187, 188.
 Stadtkommissariat 17, 27.
 Stadtrat 17 f.
 Ständewesen 2, 56, 62 f., 73, 79.
 Statik 190.
 Statistik 212, 231, 235, 242.
 Sterilität der Industrie 55, 59.
 Steuerlehre 48 Anm., 63 Anm., 122, 144, 145, 186, 194 f.
 Steuerverweigerung 150.
 Substitution 222, 240.
 Surrogierende Güter 240.
 Survaleur 57, 60.
 Syllogismus des Handelns 192.
 Systematik 43, 51, 67 f., 70.

- Tarifaufonomie** 99 f., 104.
Tarifbindung 99 f., 104.
Tarifverträge 99 f., 104.
Tauschbanken 109, 152.
Tauschlehre (s. auch Wertlehre und Protektionismus) 10, 104, 119, 232, 238, 245.
Theoretische Volkswirtschaftslehre 210 ff., 232.
Transithandel (kolonialer) 18, 20 ff., (festländischer) 23 ff., 35.

Überproduktion 101.
Unternehmgewinn 66, 107, 116, 127, 129, 172.
Unternehmerstand 78, 111, 113, 119, 148, 158, 186, 245.
Unternehmungsformen 218 ff.

Verantwortlichkeitsfrage 152, 198, 199, 237.
Verein für Sozialpolitik 122, 218 ff., 252 f.
Verelendungsprozeß 117, 163, 167, 177, 186, 201 Anm.
Verfassungskonflikt 144.
Vergemeindlichung 254.
Vergesellschaftung 154 ff., 177.
Verkehrswesen 23 f., 34 Anm., 36 f., 69, 104, 129.
Verlagssystem 213.

Vermögensgleichheit 2, 8.
Vernunftblick (der reine) 51, 57, 58, 62.
Verstaatlichung 123, 124, 154 ff., 182, 185 ff.
Verteilungsproblem 43, 73, 78, 87, 88 f., 100 f., 107, 115, 117, 122, 124, 127, 157, 188, 196, 202, 204, 209, 218, 225, 230, 237, 245.
Volkseinkommen (reines, vgl. *Produit net*) 71, 74, 90, 111, 116, 120, 124, 128, 157, 158.
Volkswirtschaft und Volkswirtschaftslehre (Auffassung der V. u. V.) 72, 87, 106, 120, 122, 189, 190, 193, 195, 196, 198, 199, 202, 204, 207 ff., 210 ff., 218, 230, 232, 235 ff.
Volkswohlstand, Volksreichtum (s. a. *Volkseinkommen*) 44, 45, 46, 47, 48, 49, 57 f., 65, 70, 71, 72, 77, 78 f., 110 ff., 245.

Wahlrecht (allgem., gleiches, direktes, geheimes) 146 ff., 178.
Warenbeschau 13, 28.
Wechselgeschäft 14, 76.

Wehrpflicht (in Preußen zur Zeit des Merkantilismus) 25f.
Werkätigkeit 233.
Wertlehre 45, 72, 75 ff., 87 f., 103, 111 f., 114, 119, 120, 127, 129, 130, 156 f., 171, 172, 188, 228, 237, 240.
Wertmaß 58, 66, 74, 77, 157, 158, 237.
Wertzuwachs 187.
Wirtschaftsgeschichte 210 ff., 215, 218, 230, 231, 234, 239, 242.
Wirtschaftsgesetze der Entwicklungsstufen 244, 248.
Wirtschaftsstufen (vgl. *Entwicklungsstufen*).
Wohlfahrtspolitik 250, 253.
Wohnungsfrage 109, 124, 188, 214, 227.

Zahlungsbilanz 19, 38, 54, 57, 94 f., 113.
Zins 4, 9, 10, 13 f., 39, 45, 46, 66, 76, 91, 113, 129, 130, 132, 136, 172, 186.
Zollpolitik 34 Anm., 40, 43, 80, 86, 97 f., 99, 240.
Zünfte 12 f., 26 ff., 31, 33, 42, 64, 80, 104, 117, 119, 219, 253.
Züricher Kongreß 181.